

Detlef Pollack

# Politischer Protest

Politisch alternative Gruppen in der DDR

Leske + Budrich, Opladen 2000

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Pollack, Detlef:**

Politischer Protest : politisch alternative Gruppen in der DDR / Detlef Pollack. - Opladen : Leske + Budrich, 2000

ISBN 3-8100-2478-3

© 2000 Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: DruckPartner Rübemann, Hemsbach  
Printed in Germany

## Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	7
<b>1. Theoretische Aspekte</b> .....	35
1.1. Organisationsgesellschaft DDR.....	35
1.1.1. Politische Homogenisierung und funktionale Differenzierung.....	35
1.1.2. Politisches Versorgungssystem und individuelles Selbstinteresse .....	36
1.1.3. Westabschottung und Westorientierung .....	37
1.1.4. Formalität und Informalität .....	38
1.2. Theorien neuer sozialer Bewegungen.....	40
1.2.1. Das gesellschaftliche Bezugsproblem als Ausgangspunkt sozialer Bewegungen: Structural Strains-Ansatz und Deprivationstheorien .....	41
1.2.2. Die organisatorischen Voraussetzungen des Protests im Innern der Bewegungen: Der Resource Mobilization-Ansatz und das politische Prozeßmodell .....	43
1.2.3. Die kulturellen Voraussetzungen des Protests im Innern der Bewegungen: Framing-Ansatz und Collective Identity.....	44
1.2.4. Die bewegungsexternen Bedingungen der Möglichkeit von Protest: Der Political Opportunity Structure-Ansatz.....	46
1.3. Überlegungen zum Begriff Gruppe .....	49
1.4. „Oppositionell“, „politisch alternativ“, „widerständig“ - begriffliche Klärungen.....	57
<b>2. Zur Geschichte der politisch alternativen Gruppen in der DDR</b> .....	62
2.1. Die Vorgeschichte .....	65
2.2. Die 'Friedensbewegung' .....	77
2.3. Die zweite Hälfte der achtziger Jahre.....	96

<b>3.</b>	<b>Systematische Fragestellungen</b> .....	137
3.1.	Zur Verbreitung und zur Alters- und Sozialstruktur der politisch alternativen Gruppen.....	137
3.2.	Zur Motivationsstruktur.....	143
3.3.	Zu den politischen Handlungszielen.....	151
3.4.	Zu den Handlungsmitteln.....	155
3.5.	Welt- und Selbstdeutungsmuster der politisch alternativen Gruppen.....	165
3.6.	Zu den gruppeninternen Strukturen und Prozessen.....	178
3.6.1.	Binnenverhältnisse.....	178
3.6.2.	Verhältnis zu anderen Gruppen.....	189
3.7.	Zu den Außenkontakten der Gruppen.....	193
3.7.1.	Verhältnis zu den Ausreisewilligen.....	193
3.7.2.	Verhältnis zur Kirche.....	197
3.7.3.	Verhältnis zum Staat und zur SED.....	200
3.7.4.	Verhältnis zur Bevölkerung.....	205
<b>4.</b>	<b>Die Rolle der politisch alternativen Gruppen im Umbruchsprozeß 1989</b> .....	209
4.1.	Bürgerbewegung, Bürgerrechtsbewegung und Fluchtbewegung.....	209
4.2.	Hardliner und Reformen in der Partei.....	234
4.3.	Die Interaktion der Handlungslinien.....	243
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	253
	<b>Literatur</b> .....	261
	Unveröffentlichte Quellen.....	261
	Veröffentlichte Quellen und Sekundärliteratur.....	263

## Einleitung: Leitende Fragestellungen, Methodenreflexion, Forschungsüberblick

An einem lauen Sommerabend im Juni 1989 saß ich gemeinsam mit Andreas Müller - einem der führenden Oppositionellen Leipzigs, der heute Beigeordneter im Leipziger Stadtparlament ist - auf dem Balkon seiner Wohnung in der August-Bebel-Straße und sprach mit ihm über die gegenwärtige politische Situation im Lande. Wie immer an diesen Abenden gab es Rotwein und eine große Kanne schwarzen Tee. Auf seine Einladung hin waren zwei weitere Bekannte - oder Freunde - gekommen. Es handelte sich um die Zusammenkunft einer der etwa 20 Oppositionsgruppierungen, die es in Leipzig damals gab:<sup>1</sup> des Arbeitskreises *Ökumene und Gerechtigkeit*. Zu den Treffen des Arbeitskreises, dem fast ausschließlich Studenten, Repetenten und Assistenten des Theologischen Seminars<sup>2</sup> in Leipzig angehörten und der wohl vor allem aufgrund seiner intellektuellen Ausrichtung in der aufgeregten Gruppenszene Leipzigs nur selten öffentlich in Erscheinung trat, kamen gewöhnlich zwischen 10 und 15 Mitglieder. Möglicherweise aufgrund der bevorstehenden Sommerferien oder weil Prüfungszeit war, hatten sich diesmal nur vier eingefunden.

Anhand eines vorbereiteten Stichwortzettels berichtete Andreas Müller über die politischen Veränderungen der letzten Monate. In der Tat, seit Sommer 1987 hatte sich die Lage gewandelt. Mit dem Olof-Palme-Friedensmarsch im Sommer 1987 war ein Signal für die „Aufbruchsbereitschaft“ kritisch denkender Bürger gesetzt worden. Wie die Pleiße-Märsche im Juni 1988 und im Juni 1989 sowie die Demonstration anlässlich des Liebknecht/Luxemburg Gedenkens im Januar 1989 in Leipzig gezeigt hatten, war die Bereitschaft gewachsen, „kalkulierte persönliche Risiken“ einzugehen und „Unzufriedenheit deutlich auszudrücken“.<sup>3</sup> In der Bevölkerung nahmen immer weniger Leute „noch ein Blatt vor den Mund“. In die erstarrte DDR-Gesellschaft war etwas Bewegung gekommen, dies konnte man nicht mehr übersehen. Gleichzeitig war Andreas Müller aber auch enttäuscht darüber, wie geringfügig die zu beobachtenden Veränderungen ausgefallen waren. Die Parteiführung zeigte trotz des atmosphärischen Wandels keine Dialogbereitschaft, und die Zahl der Risikobereiten blieb klein. Insbesondere an den Kommunalwahlen machte sich seine Enttäuschung fest. Die Auszählung der alternativen Gruppen hatte ergeben, daß etwa 8 Prozent der Bevöl-

1 Findeis 1990: 91. Dietrich (1995: 588) spricht von 25 politisch-oppositionellen Gruppen.

2 Kirchliche Ausbildungsstätte in Leipzig mit Hochschulstatus, der staatlich allerdings nicht anerkannt war.

3 Andreas Müller: Tendenzen der Entwicklung in der DDR 1988/1989 - einige Aspekte. Manuskript (im Archiv des Verfassers).

kerung mit Nein gestimmt<sup>4</sup> und ein etwa gleich hoher Anteil an der Wahl nicht teilgenommen hatte (Unterberg 1991: 50). Eine etwas größere Zahl von Nein-Stimmen und Verweigerungen, meinte Andreas Müller, habe schon erwartet, vielleicht etwa das Doppelte. So saßen wir an diesem Abend zusammen und räsionierten über die Aussichten auf weitere Veränderungen in der DDR, nicht ahnend, daß dies die letzte Zusammenkunft unserer Gruppe sein sollte.

Das Treffen in der August-Bebel-Straße im Juni 1989 macht zweierlei deutlich. Einerseits war im Juni 1989 trotz der Verweigerung der SED gegenüber Reformen eine gewisse atmosphärische Veränderung in der Gesellschaft wahrzunehmen, so daß Spannungen und Konflikte, die die Gesellschaft prägten, deutlicher als früher hervortraten. Andererseits mußten wir uns erst vergewissern, daß sich tatsächlich etwas getan hatte. Die Veränderungen waren unseres Erachtens minimal. Auf keinen Fall hatten wir das Gefühl, uns in einer revolutionären Situation zu befinden. Das heißt, auch wenn man in die Betrachtung der Herbstereignisse des Jahres 1989 die Spannungsverschärfungen in den Monaten davor mit einbeziehen muß, handelte es sich in der Zeit zwischen 1987 bis Oktober 1989<sup>5</sup> doch nicht um eine kontinuierliche Entwicklung. Die Aktivitäten der politisch alternativen Menschenrechts-, Friedens-, Umwelt- und Frauengruppen bis zum Sommer 1989 und die Massenbewegung des Herbstes 1989 sind zwei unvergleichliche Phänomene. Der Versuch, letztere aus ersteren zu erklären, übersieht ihre gänzlich unterschiedliche Qualität.

Die Differenz zwischen dem gelegentlichen Protest einer verschwindenden Minderheit, als die man die alternativen Gruppen bezeichnen muß, und dem kontinuierlichen Massenprotest ab Herbst 1989 wird inzwischen von vielen Sozialwissenschaftlern gesehen, und sie wird auch von manch einem der Gruppenvertreter selbst eingeräumt. John Torpey beispielsweise spricht explizit von zwei Bewegungen: von der Bewegung der oppositionellen Gruppen und der Bewegung der breiten Masse der Bevölkerung, zu der er auch die Ausreiser zählt. Während die erste auf den Dialog mit der SED und die Reform des Sozialismus gesetzt hätte, habe sich die zweite am We-

4 Offiziell lag der Anteil der Nein-Stimmen in Leipzig bei knapp 4 % (Unterberg 1991: 50).

5 Ende September 1987 - mit der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in Görlitz - setzt Gerhard Rein (1990: 17) als den Beginn der - wie er sie nennt - protestantischen Revolution an. Ähnlich Forek (1993: 49), für den die Revolution mit der Stasi-Aktion gegen die Umweltbibliothek im November 1987 und den darauf folgenden Solidaritätsaktionen begann. Poppe/Eckert/Kowalczuk (1995b: 24) stellen die Behauptung auf, daß „die Ausweitung der oppositionellen Gruppen zu überregionalen Sammlungsbewegungen (...) mit der landesweiten Öffnung der IFM im März 1989 (begann)“. Demgegenüber hält Neubert (1997: 724) zu Recht fest, daß der Erfolg des Aufrufs der IFM (*Initiative Frieden und Menschenrechte*) vom 1. März 1989 „eher spärlich“ war.

sten orientiert und die Abschaffung der DDR intendiert (Torpey 1992: 21ff.). Ganz gleich, ob damit die Differenzen zwischen der Massenbewegung und der Oppositionsbewegung exakt bestimmt sind, ist es doch zweifellos richtig, zwischen beiden Phänomenen deutlich zu unterscheiden. Die Bevölkerung stand den alternativen Gruppierungen eher abwartend und kritisch gegenüber, und die Gruppierungen hatten ihrerseits kaum Kontakt zur Bevölkerung (Pollack 1990a: 1220ff.). Es ist nicht wahr, daß der Massenprotest von den Oppositionsgruppierungen ausgegangen ist. Diese haben zu den Protesten - zumindest in Leipzig, Dresden, Berlin, Magdeburg, Rostock und anderen Großstädten - nicht einmal aufgerufen (Pollack 1990b: 302).<sup>6</sup>

Auch Opp und Voß stellen die Differenz zwischen den Oppositionsgruppierungen und der Massenbewegung deutlich heraus. Sie lehnen sowohl die These ab, die oppositionellen Gruppierungen hätten die Bürger zu Protesten direkt mobilisiert, als auch die, daß sie als Identifikationsgrößen gedient und auf diese Weise indirekt zur Entstehung der Proteste beigetragen hätten (Opp/Voß 1993: 142ff.).

Sogar Mitglieder der oppositionellen Gruppierungen selbst vertreten oft nicht die Meinung, sie hätten den Protest auf der Straße organisiert - ob schon es auch diese Auffassungen gibt<sup>7</sup> -, sondern weisen, bevor sie auf ihre eigenen Aktivitäten zu sprechen kommen, auf äußere Faktoren wie etwa die Ausreisewelle hin oder stellen die Eigendynamik und Unsteuerbarkeit des Geschehens heraus. Natürlich halten viele von ihnen ihren Beitrag für die Veränderungsprozesse gleichfalls für bedeutsam. Dennoch geben sie zu Protokoll, daß sie - wie viele andere auch - von der Macht der Ereignisse überrascht worden wären und nach den vielen Jahren vergeblichen Bemühens um die Mobilisierung der Bevölkerung mit einer solchen Bewegung nicht gerechnet hätten (vgl. die Interviews mit Werner Fischer, Wolfgang

6 Vgl. dagegen Wettig (1996: 410). „Für den 9. Oktober 1989 abends hatten Oppositionelle in Leipzig eine Protestaktion angesetzt.“ Ebenso Meckel 1993: 65: „An vielen Orten der damals noch bestehenden DDR hat die Sozialdemokratische Partei gemeinsam mit dem Neuen Forum und den Kirchen zu Demonstrationen aufgerufen.“ Mir sind für die Zeit, als Demonstrationen noch nicht erlaubt und als Bestandteil der politischen Kultur der DDR von der SED akzeptiert waren, also bis zum 29. Oktober 1989 (Schabowski 1991: 278), derartige Aufrufe kaum bekannt. Einen Aufruf zu einer „friedlichen Kundgebung“ gab es in Arnstadt (Leyh 1994: 94), in Plauen wurden Handzettel verteilt, mit denen zur Demonstration am 7. Oktober aufgerufen wurde (Küttler/Röder 1992: 36). Dabei handelte es sich allerdings um singuläre Aktionen von Einzelgängern. Ansonsten lautete die Forderung des Neuen Forums und anderer Bürgerbewegungen: Dialog, aber nicht: Demonstration und Protest auf öffentlichen Plätzen. Die Zulassung des Demonstrationsrechts wurde freilich gefordert (Neues Forum Leipzig 1989: 100), und zwar von den Menschenrechtsgruppen schon vor 1989.

7 Vgl. Thomas Rudolph (in: Findeis/Pollack/Schilling 1994: 199f.), der dies in einem Interview 1992 sagte. 1990 war seine Einschätzung der Bedeutung der Gruppen für die Massenproteste noch wesentlich zurückhaltender (vgl. ebd.: 197).

Herdzin, Jochen Läßig, Ludwig Mehlhorn, Gerd Poppe, in: Findeis/Pollack/Schilling 1994: 108, 121, 131f., 160, 181).

Fehr hingegen konstruiert zwischen den Protestaktionen der alternativen Gruppierungen und den spontanen Massendemonstrationen im Herbst 1989 einen engen Zusammenhang. Der Wahlbetrug der SED im Mai 1989, der insbesondere in Berlin öffentliche Proteste ausgelöst hatte, habe „die Bedeutung eines Verdichtungssymbols für den aufkommenden Massenaufbruch in Straßen, auf Plätzen und schließlich im ganzen Land“ gehabt (Fehr 1996: 234). Der Pleiße-Gedenkmarsch am 4. Mai 1989,<sup>8</sup> der Protest anlässlich der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 und das Straßenmusik-Festival am 10. Juni 1989 in Leipzig seien „Vorläuferaktionen der spontanen Massendemonstrationen des Herbst 1989“ gewesen (242).<sup>9</sup> Obwohl Fehr den Ansatz der Ressourcen-Mobilisierung für die Untersuchung moralisch und kulturell bestimmter sozialer Bewegungen als „unangemessen“ zurückweist (38f.) und statt dessen mehr „der Rolle von kulturellen Symbolen, Ideen, Wertorientierungen“ und Handlungsorientierungen nachgehen will, beschreibt er den Übergang von den vereinzelt Protesten der informellen Gruppierungen zu den Massenprotesten vor allem in Begriffen der von ihm abgelehnten Theorie: als Prozeß der zunehmenden organisatorischen und kommunikativen Vernetzung der alternativen Initiativen (244), des Aufbaus eines unabhängigen Netzes der Informationsübermittlung (243), der immer besseren Koordinierung von Aktionen (242), der Verbreiterung und Radikalisierung der politischen Themenwahl (243f.) und der Erweiterung des Handlungspertoirs (245). Er erweckt so den Eindruck, als wollte er das Zustandekommen der Massenproteste aus der schrittweisen Ausdehnung des informellen Sektors erklären. Die politischen Erfahrungen und Ziele, die für die Ausweitung der Montagsdemonstrationen in Leipzig seiner Meinung nach prägend waren, sieht er allein in den Erfahrungen, die die Menge bei den vorangegangenen Protestereignissen bereits gemacht hatte (248). Auf diese Weise führt er die Massenproteste ausschließlich auf vorhergehende Proteste und so letztlich auf die kleine Gruppe der ersten Demonstranten zurück und versteht sie gewissermaßen als eine sich selbst verstärkende eigendynamische Bewegung.

8 Richtig müßte es heißen: am 4. Juni 1989 (vgl. Dietrich/Schwabe 1994: 533).

9 Den Geist des Kontinuitätsdenkens atmet auch die Untersuchung von Heydemann und Schaareschmidt (1995), die die Monate zwischen Mai und November 1989 als einen sich zuspitzenden und schließlich im 9. Oktober als Höhepunkt gipfelnden einheitlichen Zeitraum fassen, den sie als Intensivierungsphase der 'Wende' von anderen Phasen abheben (58, 66ff.). Die Zeit von Mitte der siebziger Jahre bezeichnen sie als Inkubationsphase, die Zeit ab November 1987 als Initiationsphase. Schon die Phasenbezeichnungen zeigen, wie stark die Geschichte der DDR von ihrem Ende her interpretiert wird.

So berechtigt es ist, auf die von den protestierenden Akteuren benutzten Ideen und kulturellen Symbole, auf ihre Handlungsorientierungen und ihre moralischen Einstellungen einzugehen, so wenig überzeugend ist es, bei der Erklärung des Protestes nur interne Faktoren zu berücksichtigen und seine äußeren Rahmenbedingungen glattweg zu übergehen.<sup>10</sup> Gewiß ist es sinnvoll, sich gegen eine bloß strukturalistische Betrachtungsweise zu wehren (44). Aber dann hätte die Abwägung der Bedeutung innerer und äußerer Faktoren für die Entstehung der Massendemonstrationen zum Thema gemacht werden müssen. Diese interessante und theoretisch relevante Frage wird von Fehr aber nicht einmal aufgeworfen. Natürlich ist ihm bewußt, daß äußere Bedingungen in die Entstehung der Massenproteste mit hineinspielen,<sup>11</sup> aber er bezieht sie nicht systematisch in die Analyse mit ein und kann daher auch nicht ihren Stellenwert bestimmen. Vielmehr legt er den Fokus seiner Analysen ausschließlich auf die internen Mobilisierungsanreize und bleibt damit nicht nur hinter dem Problembewußtsein der Bewegungsforschung, sondern sogar hinter dem Selbstverständnis der Akteure zurück.

Der Sinn der hier vorgenommenen Unterscheidung zwischen oppositionellen Aktivitäten und Massenbewegung kann freilich nicht darin liegen, die Bedeutung der oppositionellen Gruppierungen für das Zustandekommen des Umbruchsprozesses gänzlich zu bestreiten. Vielmehr wird man diese Unterscheidung dazu benutzen müssen, die Frage nach der Rolle der Oppositionsgruppen im Umbruchsprozeß differenziert zu stellen. Reicht es aus, wie ich selber angenommen habe (Pollack 1990a), ihre Bedeutung allein in ihrer Kristallisierungsfunktion zu sehen und ansonsten die Ausreisewelle, verschärfte gesamtgesellschaftliche Spannungen und veränderte Opportunitätsstrukturen für das Zustandekommen der Massenbewegung verantwortlich zu machen? Oder muß man den Oppositionsgruppen nicht doch auch eine initiiierende, die Aktionsformen thematisch und argumentativ präformierende und sie insofern beeinflussende und kanalisierende Funktion zuweisen (Timmer 1999)? Die Gewichtung äußerer und innerer Faktoren spielt in die Beantwortung der Frage nach den Ursachen des Massenprotestes unmittelbar hinein, denn von ihr hängt ab, welche Funktionen man den Gruppen zurechnen kann und welche nicht.

Sie ist auch wichtig, wenn man versucht, die Frage nach den Ursachen des Umbruchs insgesamt zu beantworten. Durchgesetzt hat sich dabei eine

10 Fehr erklärt sogar ausdrücklich, daß er „auf die Wirkung der Ausreisewelle und Massenflucht während der Sommermonate und des Frühherbst 1989 für die Krise“ nicht eingehen will (Fehr 1996: 239, Anm. 770).

11 So etwa wenn er an anderer Stelle schreibt: „Die Herausforderungen zahlenmäßig kleiner Gruppen bewirkten Veränderungen, die schließlich neben neuen internationalen Rahmenbedingungen und Erosionstendenzen im Partei- und Staatsapparat zur Überwindung des 'Real-Sozialismus' führten.“ (Fehr 1995: 332)

Betrachtung, die externe (Solidarnosc in Polen, Perestroika in der Sowjetunion, Grenzöffnung Ungarn-Österreich) und interne Faktoren (Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, Schwächung des Herrschaftsregimes, Massenproteste) gleichermaßen berücksichtigt. Insbesondere das Zusammenspiel von Massenprotest und Massenabwanderung wird als Erklärung für die Dynamik des Umbruchsprozesses immer wieder herausgestellt.<sup>12</sup> Dies ist wohl richtig. Nur aus der Wechselwirkung zwischen internen und externen Faktoren kann das Ende der DDR verstanden werden. Das heißt, daß es nicht nur einen Akteur der Veränderungsprozesse gegeben hat. Auch das Volk war nicht dieser Akteur. Die Rede von der Selbstbefreiung des Volkes (Zwahr 1993: 7, 79 u.ö.), so verständlich sie angesichts der erlebten Kraft der demonstrierenden Massen und des von vielen erfahrenen Gefühls der Befreiung auf den Straßen des Protestes ist, führt in die Irre, denn das Volk gibt es als soziologisch oder historisch greifbare Größe nicht. Die protestierenden Individuen konnten sich nur zum 'Volk' konstituieren aufgrund des Gegensatzes zur Spitze der Partei. Es ist Dirk Baecker (1991: 91f.) zuzustimmen, wenn er behauptet, daß die starre Haltung der Führungsriege der Partei das Volk in gewisser Weise überhaupt erst geschaffen hat. In der Tat, sie hat die Fiktion eines einheitlichen Volkswillens produziert.

Genausowenig dürfte es aber berechtigt sein, den Umbruch in der DDR ausschließlich auf äußere Ursachen zurückzuführen und als reine exit-Revolution zu bezeichnen, wie dies Claus Offe (1994: 34) tut. Ohne die tiefe Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung mit den Verhältnissen in der DDR und der aus dieser Unzufriedenheit resultierenden Bereitschaft zum öffentlichen Protest wäre es ebensowenig zum Umbruch gekommen wie ohne die Abwanderungsbewegung, die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, die sowjetische Preisgabe der Breshnew-Doktrin und das Negativvorbild des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking - außenpolitische Ereignisse, die von Offe (1994: 32f.) völlig zu Recht als Gründe für den Zusammenbruch der DDR angeführt werden.

Es ist eben gerade das Wechselspiel zwischen unterschiedlichen Faktoren, aus dem der rapide gesellschaftliche Wandel, wie er sich in den Herbsttagen des Jahres 1989 vollzog, erklärt werden muß. Aber auch dieses ist

12 Auf den engen Zusammenhang zwischen Massenprotest und Massenabwanderung habe ich erstmals in einem Vortrag am 15. Januar 1990 an der Fakultät für Soziologie in Bielefeld aufmerksam gemacht (veröffentlicht in Pollack 1990b). Es war Hartmann Tyrell, Bielefeld, der mich darauf hinwies, daß ich mich damit im Widerspruch zur These Hirschmanns befände, derzufolge bei einer Erhöhung der Abwanderungsbarrieren in Betrieben, Organisationen und Staaten die Wahrscheinlichkeit von Kritik und Protest steige und bei einer Erleichterung der Abwanderungsmöglichkeiten diese Wahrscheinlichkeit sinke, exit und voice also nicht in einem Komplementär-, sondern in einem Alternativverhältnis zueinander ständen. Zu der sich daran anschließenden Diskussion vgl. Hirschmann 1992, Torpey 1992.

nicht das zwangsläufige Ergebnis vorher bereits angelegter Widersprüche, deren Reifung nur der erforderlichen Zeit bedurfte, um zum Umsturz aller Verhältnisse zu führen. Wenn man davon ausgeht, daß das Ineinandergreifen unterschiedlicher und nicht aufeinander zurückführbarer Faktoren den Umbruch hervorgebracht hat, dann heißt das, daß man das Ende der DDR als ein kontingentes Ereignis verstehen muß, dessen Zustandekommen auch hätte ausbleiben können. Alle an diesem Spiel beteiligten Akteure - die Oppositionsgruppen, die Massen der Bevölkerung, die Polizei, Gorbatschow, die westlichen Industrienationen - haben ursprünglich nicht gewollt, was schließlich herausgekommen ist: den Untergang der DDR. Dieser war das nicht intendierte Ergebnis des Zusammenspiels völlig anders intendierter Handlungen.

Damit ist nicht gesagt, daß es sich bei dem Umbruch in der DDR nicht um eine Revolution gehandelt hätte. Aus der neueren Revolutionsforschung wissen wir, daß das Zustandekommen von Revolutionen weniger den Anstrengungen der beteiligten Akteure geschuldet ist als dem umstrukturierenden Wirken der systemischen Krise, die das existierende System gegenüber auftretenden Herausforderungen, woher sie auch kommen, besonders verletzlich macht (Arjomand 1988; Goldstone 1991; Skocpol 1979). Schon Maurice Merleau-Ponty hat die Umstrukturierung von Vorstellungen durch die Überschneidung und wechselseitige Verstärkung von ursprünglich unabhängigen Handlungslinien beschrieben (Merleau-Ponty 1966: 505). In Anknüpfung an diesen Gedanken und unter Aufnahme eines Modells von Pierre Bourdieu (1988) soll hier der Umbruch in der DDR als Folge des Zusammenwirkens ursprünglich getrennt verlaufender Kausalreihen, die sich parallel entwickelten und erst zu einem bestimmten Moment in Interaktion traten, verständlich gemacht werden. Die politisch alternativen Gruppen stellen unter diesen Kausalreihen nur einen von mehreren Strängen dar (vgl. Kap. 4).

Wenn es angebracht ist, die Umbruchereignisse des Herbstes und die oppositionellen Bestrebungen in den Jahren zuvor stärker voneinander abzuheben, als dies gemeinhin getan wird, dann wird man die alternativen Gruppierungen nicht mehr nur unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages zum Zusammenbruch der DDR betrachten, sondern dazu bereit sein, sie als ein selbständiges Phänomen innerhalb der DDR-Gesellschaft zu würdigen. Der leitende Gesichtspunkt verschiebt sich dann von der Frage, wieviel die oppositionellen Gruppierungen zum Zusammenbruch der DDR beigetragen haben, zu der Frage, wie sie in der weitgehend durchorganisierten DDR-Gesellschaft überhaupt haben entstehen und wie sie sich unter den Bedingungen der DDR haben bewahren und weiterentwickeln können. Die Frage nach den Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen der Friedens-, Um-

welt-, Menschenrechts-, Dritte/Welt- und Frauengruppen ist die leitende Fragestellung der hier vorgelegten Studie. Genau diese Frage wird von vielen sozialwissenschaftlichen und historischen Untersuchungen zum Phänomen der politisch alternativen Gruppen in der DDR entweder gar nicht oder nicht klar genug gestellt. Statt dessen betrachten viele von ihnen das Handeln der alternativen Gruppierungen vorrangig aus der Perspektive des Zusammenbruchs der DDR. Gefragt wird dann vor allem danach, ob die Gruppen genug für diesen Zusammenbruch getan hätten, ob sie - verglichen etwa mit der Opposition in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei - radikal und stark genug waren oder ob sie nicht vielmehr die Überwindung des Sozialismus in der DDR gar nicht angestrebt hätten, dem sozialistischen Gesellschaftsideal bis zuletzt verhaftet geblieben wären und weder die Einführung der parlamentarischen Demokratie noch die Wiedervereinigung wirklich angestrebt hätten (vgl. Meuschel 1992; Offe 1994; Jander 1995a; Jesse 1995; Wiesenthal 1996). Das nicht intendierte Ergebnis des Umbruchs in der DDR - die demokratische Verfassung der Bundesrepublik - wird damit zur Norm gemacht, unter der die Aktivitäten der alternativen Gruppierungen zu einer Zeit behandelt werden, als die DDR noch stabil war und sich die Herstellung demokratischer Verhältnisse oder gar der deutschen Einheit in keiner Weise absehen ließ.

Eine solche normative Betrachtungsweise ist beispielsweise in den Arbeiten von Martin Jander anzutreffen. Ausgehend von der These, daß man die „Qualität oppositioneller Erscheinungen“ in der DDR nur nachweisen kann, wenn man ihre „geistige Verortung“ untersucht (Jander 1995a: 904), vergleicht er die oppositionellen Gruppierungen in Osteuropa und in der DDR miteinander. Während die Oppositionsgruppierungen in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei seit Mitte der siebziger Jahre zu „potentiellen Repräsentanten der Gesellschaften“ wurden (906), sich die Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie zum Ziel setzten (930) und darauf hofften, „die diktatorische Macht auf dem Weg der Revolte, der friedlichen Gehorsamsverweigerung der Bürger oder aber auch durch äußeren Druck zu stürzen“ (929), gab es in der DDR, so Jander, vor dem Sommer 1989 so gut wie überhaupt keine Oppositionsgruppierungen (905). Die Opposition, so sie denn überhaupt entstanden sei, habe nicht um die Macht gekämpft, sondern die Demokratisierung des Sozialismus angestrebt (953), ja habe den Anspruch auf einen reformierten Sozialismus überhaupt erst in dem Moment formuliert, in dem die Macht der SED zerfiel (914). Die Forderung nach politischen Freiheiten habe nicht im Vordergrund gestanden (932). Ebenso sei die nationale Frage ein Tabu-Thema gewesen. Die Opposition in der DDR habe die Thematisierung ihres Verhältnisses zu Freiheit und Nation gemieden oder sich „in weitgehender Übereinstimmung mit den Antworten,

die die SED auf diese Fragen gab“, befunden (954). Hinter ihrem Verständnis des Sozialismus als „irgendwie basisdemokratisch, harmonisch selbstverwalteter Gesellschaft“ stand, so Jander weiter, ein „anti-demokratisches und anti-institutionelles Denken“, das seine Wurzeln in den spezifisch deutschen Traditionen und Denkmustern der Romantik habe (Jander 1995b: 298f.). Die Grundprinzipien demokratischer Organisationen und die Institutionalisierung der Gewaltenteilung hätten die Oppositionsgruppen nie wirklich begriffen.

Zu diesen vollmundigen Behauptungen ist folgendes zu sagen: 1. Die Zahl und Größe der Dissidentenzirkel in Ungarn und in der ČSSR ist der in der DDR in etwa vergleichbar. Wahrscheinlich war die Zahl der Oppositionellen in Ungarn und der ČSSR etwas kleiner als in der DDR.<sup>13</sup> Anders sah die Situation bekanntlich in Polen aus. 2. Das Ziel der osteuropäischen Dissidenten bestand nicht im Sturz der Diktatur und auch nicht im Aufbau einer parlamentarischen Demokratie, sondern in der Schaffung einer Zivilgesellschaft, die als eine sich von der Bevormundung durch den Staat emanzipierende, von unten her selbstorganisatorisch entwickelnde Gemeinschaft mündiger Bürger verstanden wurde (Havel 1978; Konrád 1985a). Dem Konzept der Zivilgesellschaft lagen also gleichfalls institutionenkritische Tendenzen zugrunde, die aus der Unterdrückungserfahrung, die die Oppositionellen in allen kommunistischen Staaten gemacht hatten, resultierten. Auf keinen Fall strebte man die Installierung einer Parteiendemokratie nach westlichem Muster an, denn von ihr erwartete man wiederum, daß sie den einzelnen bevormundet, anstatt ihn zum Subjekt der erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen werden zu lassen.<sup>14</sup> 3. Sich den Sturz des Sozialismus und die Einführung der westlichen Parteiendemokratie vorzunehmen, wäre eine völlig unrealistische Zielstellung gewesen. Gegen eine solche Perspektive stand die Teilung Europas in zwei Blöcke, die Besetzung

13 Genaue Zahlenangaben zu finden, ist sehr schwierig. Wolchik (1991: 38f.) geht von einer Zahl von annähernd 2.500 aus, die Ende 1987 die Charta 77 unterschrieben hatten. In Ungarn betrug nach Auskünften von Maté Szabo vom 26. Februar 1997 die Zahl der Oppositionellen Ende der achtziger Jahre nicht mehr als einige Hundert, konzentriert zumeist auf Budapest sowie auf die anderen vier Universitätsstädte des Landes. Für 1988/89 rechne ich in der DDR mit einer Zahl von etwa 5.000, die sich in den alternativen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen versammelten. Zur Begründung meiner Schätzung vgl. unten S. 138f.

14 Die machtpolitische Orientierung der Parteien in den westlichen Gesellschaften wird von Havel ebenso kritisiert wie die der kommunistischen Parteien in Osteuropa, mit dem Unterschied, daß die Art, wie sie den Menschen manipulieren, unendlich feiner und raffinierter ist (Havel 1978: 85). Auch György Konrád hält das Wertsystem der Oppositionellen in Osteuropa nicht für identisch mit dem des Kapitalismus (Konrád 1985a: 185). Vielmehr erwartete er nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und der Aufhebung des Einparteiensystems, daß „aller Wahrscheinlichkeit nach dem Boden unseres Raums interessante demokratisch-sozialistische Experimente erwachsen“ würden und es zu einer „Blüte von Formen der Selbstverwaltung“ käme (Konrád 1985b: 177).

Ostdeutschlands durch die Sowjetarmee und die Konzentration der gesamten politischen, polizeilichen, militärischen und sicherheitsdienstlichen Macht sowie aller ökonomischen Ressourcen des Landes in den Händen der SED. Die Überwindung der SED-Herrschaft war bis zum Herbst 1989 überhaupt nicht denkbar, nicht einmal außerhalb des Landes und schon gar nicht innerhalb. 4. Es ist richtig: Die Oppositionsgruppierungen in der DDR haben vor allem die Reform des Sozialismus im Auge gehabt, nicht seine Abschaffung. Sie haben selten von einem bürgerlichen oder liberalen Standpunkt aus argumentiert, sondern zumeist den Standpunkt eines demokratischen Sozialismus eingenommen. Das heißt freilich nicht, daß die oppositionellen Gruppen antidemokratisch eingestellt waren. Im Gegenteil. Die Demokratisierung der Gesellschaft war das Hauptziel ihrer Aktivitäten. Wenn sie ihre systemkritischen Aktivitäten unter dem Schild „Reform des Sozialismus“ laufen ließen, dann um nicht sofort als Feinde der DDR erkennbar zu sein und um unterhalb der Konfrontationsschwelle zu bleiben. Denn über eines bestand Klarheit: Im Falle einer Konfrontation mit der Staatsmacht waren die alternativen Gruppierungen die hoffnungslos unterlegene Partei. Oft hatte die Berufung auf den Sozialismus auch legitimatorischen Charakter: Man sagte Sozialismus, um die Machthaber bei den selbst formulierten Ansprüchen behaften und auf diese Weise nur um so besser kritisieren zu können. Der Gebrauch des Sozialismusbegriffes bedeutet mitnichten eine innere Annäherung an das Staatsgebilde der DDR und ihre Ideologie.

Wesentlich differenzierter als die Urteile von Jander fallen die Bemerkungen von Eckhard Jesse zu den Zielsetzungen und Artikulationsformen widerständigen Verhaltens in der DDR aus. Er sieht, daß „oppositionelle Stellungnahmen in einem totalitären System nicht zum Nennwert zu nehmen sind“ und daß „aufgrund der öffentlichen Repression taktische Elemente“ in diese einfließen (Jesse 1995: 1023). Aber auch hinter seinen Bemerkungen steht letztendlich ein normatives Beurteilungsschema. In seinem Versuch, den „demokratiethoretischen Standort der oppositionellen Bewegungen in der DDR“ zu bestimmen (1022), wirft auch Jesse ihnen vor, daß ein beträchtlicher Teil von ihnen „nicht zu den entschiedenen Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates gehörte“ (1025), daß unter ihnen ein sozialistischer Grundkonsens überwog und daß sie zwar Kritik am DDR-System übten, aber sich „keineswegs durch irgendeine Nähe zum deutschen Nachbarstaat“ auszeichneten (1024). Obwohl Jesse die totalitären Züge des DDR-Regimes deutlich vor Augen hat und sich von verharmlosenden Betrachtungen distanziert, scheint es ihm schwerzufallen, sich oppositionelles Handeln unter solchen Gesellschaftsbedingungen vorzustellen. Das von ihm geforderte offene Bekenntnis zur westlichen Demokratie wäre von der SED, die das westliche System als Feind des Sozialismus behandelte, niemals

geduldet worden. Mit einem solchen Bekenntnis hätten sich die staatskritischen Gruppierungen um alle gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten gebracht. Wenn man staatskritisch handeln und, ohne sofort kriminalisiert zu werden, gesellschaftlich wirksam werden wollte, mußte man gegenüber westlichen Positionen eine gewisse Zurückhaltung walten lassen. Daß es keine bürgerliche Opposition in der DDR gab - obwohl sich bürgerliche Einstellungen in einigen gesellschaftlichen Kreisen, zum Beispiel im Raum der Kirche, bis zuletzt hielten (vgl. Franke u.a. 1990: 62) -, hatte darin seinen Grund. Abgesehen davon wäre es unsinnig gewesen, sich über die Form der angestrebten zukünftigen Gesellschaft Gedanken zu machen, wo die SED nicht bereit war, auch nur die geringste Abweichung im politischen, d.h. öffentlichen Raum zuzulassen. Genauere Vorstellungen von der zukünftigen Gesellschaft wurden übrigens auch von den osteuropäischen Dissidenten nicht entwickelt: Es ging in den osteuropäischen Staaten und in der DDR darum, kleine Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft zu gehen, und diese Schritte wollte man sofort gehen. Deshalb strebte man nicht die Revolutionierung der Verhältnisse, sondern deren Reform an.

Worin die Gefahr eines normativen Denkens besteht, kann man an den Bemerkungen Jesses über Rechtsradikale in der DDR studieren. Auch bei ihnen lautet das Ergebnis seiner demokratiethoretischen Einordnung, daß sie „die Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates“ nicht akzeptierten (Jesse 1995: 1027). Unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zur westlichen Parteiendemokratie kommen die oppositionellen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppierungen und die Rechtsradikalen in der DDR auf derselben Ebene zu stehen: Beide bekannten sich nicht zur parlamentarischen Demokratie. Unbeachtet bleibt bei einem solchen Ansatz aber, daß die einen Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen wollten und eine Humanisierung der Verhältnisse anstrebten, die anderen dagegen eine menschenverachtende Ideologie vertraten und in der Gesellschaft allenfalls als ein nicht integrierbarer Störfaktor auftreten wollten.

Eine ähnliche Nivellierungstendenz ist auch die Konsequenz der normativen Betrachtungsweise, wie sie uns Christian Joppke in seinem Buch „East German Dissidents and the Revolution of 1989“ vorführt. Was dieses zu Recht stark beachtete Buch auszeichnet und von vielen hierzulande erschienenen Darstellungen positiv unterscheidet, ist die intime Kenntnis des Gegenstandes, die gründliche Auswertung der Quellen und der Sekundärliteratur, die beachtliche Vielfalt der benutzten Interviewaussagen und das klare politikwissenschaftliche Analysekonzept, das dem Text zugrundeliegt. Die Klarheit des analytischen Konzepts ist freilich auch der entscheidende Schwachpunkt des Buches, denn die aus diesem Konzept resultierenden Aussagen fallen allzu eindeutig, ja geradezu holzschnittartig aus und lassen



kaum Raum für notwendige Differenzierungen. Die wichtigste Unterscheidung, mit der Joppke arbeitet, ist die zwischen Dissidenz und Revisionismus. Als Revisionismus bezeichnet er eine innersystemische Opposition, die die normativen Prinzipien des Systems akzeptiert und den vom Wege abgekommenen Kommunismus lediglich zu seinen Wurzeln zurückführen will. Der Revisionismus ist typischerweise eine Angelegenheit von Intellektuellen, die die heiligen Texte des Leninismus neu interpretieren und von diesen her die Erscheinungsformen des Leninismus kritisieren, ohne die Einparteienherrschaft in Frage zu stellen (Joppke 1995: 13, 15). Dissidenz dagegen überschreitet, so Joppke, die normativen Prinzipien des Systems und behauptet eigene Normen und Werte. Diese bestanden nach Joppke vor allem in den Grundsätzen der individuellen Menschenrechte (13). Da der Dissident erkenne, daß der Sozialismus unreformierbar sei, setze er keine Hoffnung mehr in seine Verbesserung, sondern bemühe er sich um den Aufbau einer Gegenkultur, einer *civil society* (18-22).

Die entscheidende These von Joppke lautet, daß die Oppositionellen in der DDR keine wirklichen Dissidenten waren und selbst die Mitte der achtziger Jahre vollzogene Wende zur Menschenrechts-Thematik unvollständig blieb (121). Während die osteuropäischen Dissidenten das leninistische Regime als Diktatur erkannt und die Grundlagen für die Revolutionen von 1989 gelegt hätten, hätten die ostdeutschen Oppositionellen die Hoffnung auf einen reformierbaren Sozialismus nie aufgegeben, bis zuletzt den Dialog mit der SED gesucht und immer eine paradoxe Loyalität zum SED-Regime bewahrt (VII). Der Zusammenbruch des Kommunismus sei von den ostdeutschen Oppositionellen nicht als Sieg der Freiheit begrüßt, sondern als Überstülpung des Kapitalismus denunziert worden (VIII). Während der DDR-Zeit hätten sie nur den Diskurs über Friedens-, Umwelt- und Dritte/Welt-Themen geführt, nicht aber den über Menschenrechte und Pluralismus (XI). Sie hätten schlichtweg nicht erkannt, daß hier die Crux des kommunistischen Systems lag (119). Umwelt-, Friedens- und Dritte/Welt-Themen ließen sich in den offiziellen Diskurs noch immer integrieren, nicht jedoch das Thema Pluralismus und Menschenrechte (115). Selbst die konsequenteste aller Oppositionsgruppierungen - die *IFM* - zeigte Joppke zufolge gegenüber dem Staat eine implizite Loyalität (XIII). Indem sie sich von den Ausreisewilligen als dem größten Protestpotential der DDR distanzierte, habe sie den Lackmустest - die Anerkennung der individuellen Menschenrechte, zu denen eben auch das Recht auf Ausreise gehöre - nicht bestanden (121). Der erste Akt nach der Gründung der *IFM* sei ein Brief an die SED gewesen, mit dem sie versucht habe, die SED in ihrem Politikfindungsprozeß zu „unterstützen“ (103).

Ohnehin seien die Intellektuellen in der DDR keine Dissidenten gewesen. Die Universitäten hätten sich nach den Auseinandersetzungen von 1956 in „geistige Friedhöfe“ verwandelt (62). Schriftsteller wie Christa Wolf, Stefan Heym oder Stephan Hermlin hätten sich nie von der Ideologie des SED-Staates zu lösen vermocht. Selbst Bahro und Havemann, zweifellos Kritiker des Systems aus tiefer Überzeugung, seien letztendlich sozialistische Träumer geblieben. Auch die Friedensbewegung habe ihre Regime-Loyalität nicht aufgegeben (98). Sie habe niemals den friedliebenden Charakter der sowjetischen Außenpolitik in Frage gestellt (ebd.). Und selbst der Aufruf des Neuen Forums im September 1989 sei noch ein Ausdruck von Revisionismus, nicht von Dissidenz gewesen. Nach Joppke brauchte der Aufruf das Wort Sozialismus nicht einmal zu erwähnen, da sein freundlicher Ton wohl kaum als antisozialistisch mißverstanden werden konnte (141). Verglichen mit ihren osteuropäischen Nachbarn zeige die DDR in ihrer oppositionellen Landschaft eine einzigartige Eintönigkeit (56). Einen Vaclav Havel habe sie schlechterdings nicht hervorzubringen vermocht (68).

Damit sind nun alle Formen abweichenden Verhaltens, die es in der DDR gab, als mehr oder weniger systemkonform gekennzeichnet. Zwischen den vorsichtig kritischen Anfragen der Intellektuellen und Schriftsteller an das System, die teilweise sogar publiziert werden konnten, und der trotz aller taktischen Kalküle handfesten Systemgegnerschaft der Menschenrechtsgruppen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, zu denen Kontakt aufzunehmen die Intellektuellen stets vermieden hatten, besteht kaum noch ein Unterschied. Ebenso lassen sich nur wenig Differenzen zwischen der Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre und der *IFM* oder zwischen Rudolf Bahro und Christa Wolf ausmachen. Die normative Betrachtungsweise Joppkes verwandelt alle gesellschaftskritischen Akteure der DDR in dieselbe Spezies: in mehr oder weniger systemloyale Revisionisten, die alle insofern übereinkommen, als sie nicht auf die Einhaltung der individuellen Menschenrechte insistierten und die Hoffnung auf eine Reformierbarkeit des Sozialismus nicht aufgaben.

Sollten die oppositionellen Gruppierungen freilich tatsächlich genauso angepaßt gewesen sein wie die offiziell geförderten Schriftsteller und Intellektuellen, dann ist nicht mehr verständlich zu machen, warum es zwischen ihnen und der SED überhaupt einen Konflikt gab, warum ihre Auseinandersetzungen mit den um Vermittlung und Dialog bemühten Kirchenleitungen so hart waren und warum die Mehrheit der Bevölkerung Angst hatte, mit ihnen in Berührung zu kommen. Man fragt sich, wofür Joppke die Einebnung aller Unterschiede benötigt. Der Sinn dieser Einebnung besteht meines Erachtens vor allem darin, seine abschließende These ins Ziel zu bringen: daß Ostdeutschland innerhalb des osteuropäischen Blocks ein Sonderfall

war, der sich zum einen daraus erklärt, daß die Opposition in der DDR keine Möglichkeit besaß, auf den durch das Dritte Reich delegitimierten nationalen Diskurs als Ressource widerständigen Verhaltens zurückzugreifen, und zum andern daraus, daß sich in der DDR die deutsche Tradition des zivilisationskritischen, antiwestlichen, unpolitischen und utopischen Denkens bewahrte (209).

Was Joppke nicht ausreichend berücksichtigt oder - besser - nicht berücksichtigen will, das sind die gewaltigen Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Kritikformen in der DDR. Besonders die Gleichsetzung von linken Intellektuellen wie Christa Wolf, Stefan Heym und Stephan Hermlin einerseits und den oppositionellen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen andererseits ist unangemessen. Natürlich gab es auch in den alternativen Gruppierungen Mitglieder, die den Sozialismus bejahten und Kritik an der DDR nur zu üben versuchten, indem sie sich auf das ideologische Selbstverständnis des SED-Staates beriefen oder den wahren Marx ausgruben. Die meisten jedoch benutzten das ideologische Gerüst des Staates allenfalls, um ihre Kritik besser legitimieren zu können, gingen mit ihren Forderungen nach Demokratisierung, politischer Partizipation, Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien und Achtung der Menschenwürde aber weit über dieses Selbstverständnis hinaus. Die von der *IFM* am 10. Dezember 1987 in einer Erklärung aufgestellten Forderungen nach Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Garantie elementarer Menschenrechte, Presse- und Medienfreiheit, Streikrecht, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Hirsch 1988: 230ff.) wurden von vielen Gruppen unterstützt. Auch unterschätzt Joppke die Entwicklung, die sich seit Mitte der achtziger Jahre in den Gruppierungen vollzogen hat: Seit dieser Zeit ging der Anteil derer, die am Modell des Sozialismus festhielten, deutlich zurück (G. Poppe 1995: 309). Zuweilen galt der Begriff als derart diskreditiert, daß ihn selbst diejenigen, die sich an seinen Inhalten orientierten, nicht mehr benutzten.<sup>15</sup>

Was die spezifisch deutschen Gründe für die Schwäche der ostdeutschen Opposition angeht, so ist Joppke zunächst darin zuzustimmen, daß die Erfahrungen mit dem Nazismus eine positive Bezugnahme der oppositionellen Gruppierungen auf nationale Werte ausschlossen und daß damit der Opposition in der DDR eine wichtige Quelle des Widerstandes, die andernorts genutzt werden konnte, genommen war. Widersprochen werden muß Joppke aber, wenn er die Tradition eines unpolitischen, zivilisationskritischen deutschen Denkens für die Anpassungsbereitschaft der unabhängigen Gruppierungen verantwortlich macht. Bei dieser Behauptung handelt es sich um ein

geläufiges Argument, das auch von Timothy G. Ash (1990), Sigrid Meuschel (1992), Friedrich Wilhelm Graf (1996) und, wie wir gesehen hatten, auch von Martin Jander vorgebracht wird. Um ein solches Argument vertreten zu können, müßte man jedoch die Mechanismen aufzeigen können, die die Übertragung des angeblich unpolitischen deutschen Denkens in die Köpfe der Oppositionellen bewirkt haben. Zwischen dem auf Solidarität und Gemeinschaftlichkeit abstellenden unpolitischen Denken im Deutschland des 19. Jahrhunderts und den Aktivitäten der oppositionellen Gruppen liegen zwei Weltkriege, Staatenumbildungen und -neugründungen. Allein in der Zeit unmittelbar nach 1945 vollzogen sich in Ostdeutschland tiefgreifende Traditionsabbrüche, Bevölkerungsabwanderungen sowie sozialstrukturelle Umschichtungen. Kaum einer der Oppositionellen wird auch nur einen der romantischen Denker Deutschlands aus dem 19. Jahrhundert gekannt, geschweige denn seine Werke gelesen haben. Der von Politikern, Soziologen und Historikern immer wieder bemühte gemeinwohlorientierte, obrigkeitshörige, demokratieskeptische apolitische Geist Deutschlands erweckt den Eindruck, als würde es sich bei ihm um eine metaphysische Größe handeln, die über allen historischen Realitäten schwebt, der soziokulturellen Vermittlung nicht bedarf und sein Werk unberührt von weltgeschichtlichen Katastrophen, sozialrevolutionären Gesellschaftsumbauten und kulturellen Abbruchstendenzen mit eiserner Notwendigkeit verrichtet.

Will man die Anpassungsbereitschaft der oppositionellen Initiativen in der DDR und ihre sozialistische Orientierung, die man nicht überbewerten sollte, die aber für weite Teile der Opposition auch nicht zu bestreiten ist, erklären, dann ist es meines Erachtens völlig unnötig, diesen zählebigen Geist - so sehr man ihn auch haßt - zu bemühen. Es reicht völlig aus, von dem durch das DDR-Regime ausgeübten politischen Druck auszugehen. Dieser Druck erklärt den von Joppke kritisierten moderaten Charakter der Opposition, ihre Reformorientierung, ihre Sozialismusaffinität, ihre Dialogbereitschaft und ihre Zurückhaltung hinsichtlich der Menschenrechtsproblematik hinlänglich. Wäre es angesichts dieses Druckes wirklich sinnvoll gewesen, regimekritischer aufzutreten? Wären die oppositionellen Gruppen in einem solchen Falle nicht noch mehr sozial isoliert worden, als sie es ohnehin schon waren? Natürlich hatten die Mitglieder in den informellen Zusammenschlüssen die Hoffnung auf Veränderung, und natürlich war diese Hoffnung wirklichkeitsfremd. Aber würde man sich politisch engagieren, ohne eine solche Hoffnung? Es ist notwendig, historisch und soziologisch zu denken. Politische Zurückhaltung und ein gewisser politischer Illusionismus waren wichtige Bedingungen der Möglichkeit des politischen Wirkens der Oppositionsgruppierungen in der DDR.

15 Vgl. das Interview mit Ludwig Mehlhorn, *Initiativkreis zur Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung*, vom 26.1.1990, (A 7). Zur Zitationsweise vgl. unten S. 31, Anm. 24.

Die Behauptung, die oppositionellen Gruppierungen in der DDR hätten den Untergang des Kommunismus nicht gewollt, ist nur halb wahr. Sie ist wahr insofern, als niemand, auch nicht die Oppositionellen, den Untergang des Kommunismus anstreben konnte - aber nicht deshalb, weil man ihn prinzipiell nicht wollte, sondern weil er undenkbar war. Sie ist unwahr, wenn man mit ihr meint, daß die Oppositionellen den Untergang des Kommunismus bedauert hätten. Nein, in ihrer Mehrheit haben die Oppositionellen nicht am Sozialismus gehangen. Das kann man schon daran erkennen, daß sie bereits kurz nach den Umbruchereignissen von 1989 mehrheitlich den Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie bejahten.<sup>16</sup> Was ihnen schwergefallen ist, ist etwas ganz anderes, nämlich, sich mit dem Untergang der DDR abzufinden. Dieses Land haben sie gekannt, an diesem Staat haben sie sich gerieben, dieses politische System hat ihnen ihre Bedeutung gegeben, und letztendlich bezogen sie aus diesem System auch den Sinn ihres politischen Engagements. Wie alle osteuropäischen Dissidenten waren sie hoffnungslos auf das eigene politische System fixiert und konnten sich emotional nur schwer von dem Gegenstand ihrer Anstrengungen, der ihnen so viele kleine Erfolge und noch mehr große Enttäuschungen bereitet hatte, lösen.<sup>17</sup>

Daß die Oppositionsgruppen den Untergang der DDR nicht angestrebt haben, daß sie ihre politischen Aktivitäten den Gegebenheiten angepaßt und taktisch kalkuliert haben, hat wiederum nichts damit zu tun, daß sie die Wende von 1989 nicht herbeigeführt haben. Solange die DDR stabil war, waren die Möglichkeiten oppositionellen Handelns äußerst begrenzt. Auch ein radikaleres Auftreten hätte die DDR nicht zu erschüttern vermocht. Als die DDR dagegen kollabierte, lief das oppositionelle Handeln den Veränderungsprozessen hoffnungslos hinterher. Der Untergang des Sozialismus war in keinem osteuropäischen Land das unmittelbare Ergebnis seiner Bekämpfung, sondern das überraschende Resultat unsteuerbarer Prozesse.<sup>18</sup> Erst konnte man nichts machen, dann brauchte man nichts mehr zu machen. So unwandelbar das politische System des Sozialismus war, so porös war es eben auch. Wenn man das Wirken der alternativen Gruppierungen und die Grenzen ihres Wirkens verstehen will, dann muß man von den sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihres Handelns, die vor dem Sommer 1989 ganz andere waren als danach, ausgehen. Nur bei einem

16 Das ist das landläufig vertretene Auffassungen widersprechende Ergebnis jener hier schon des öfteren zitierten Befragungen, die ich gemeinsam mit einigen Mitarbeitern 1990 und Dezember 1991/Januar 1992 durchführte (Findeis/Pollack/Schilling 1994, vgl. auch Pollack 1995). Es wird bestätigt durch den Sammelband von Süsmuth/Baule 1997.

17 Vgl. dazu auch den ausgezeichneten Beitrag von Dalos (1995: 552).

18 Deswegen kam selbst in Staaten wie Polen oder Ungarn kaum so etwas wie ein Gefühl des Triumphes auf. Gespräch mit Péter Esterházy am 28. Juli 1997.

solchen Herangehen läßt sich eine normative Betrachtung ihres Wirkens vermeiden.

Die Analyse der Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen der politisch alternativen Gruppen, wie sie sich diese Arbeit vorgenommen hat, bedeutet gegenüber früheren sozialwissenschaftlichen Arbeiten zur Opposition in der DDR einen Schwerpunktwechsel. Fast alle größeren sozialwissenschaftlichen Studien zum Thema - die Arbeiten von Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (1991), Probst (1993), Haufe/Bruckmeier (1993), Hilger (1995), Fehr (1996) - beschäftigen sich vor allem mit der unmittelbaren Umbruchszeit. Eine Ausnahme bildet hier nur die Arbeit von Joppke (1995), die - wie wir gesehen haben - in weiten Passagen auch eine Analyse der Aktivitäten der alternativen Gruppierungen in den siebziger und achtziger Jahren enthält. Abgesehen von dieser Arbeit, stellt die sozialwissenschaftliche Analyse oppositionellen Handelns in der Zeit davor ein Forschungsdesiderat dar.<sup>19</sup> Gerade wenn man sich mit dieser Zeit beschäftigt, wird deutlich, in welchem hohem Maße die politischen Aktivitäten der alternativen Gruppen ein erklärungsbedürftiges Phänomen darstellen. In einer Gesellschaft, die von oben her hierarchisch durchstrukturiert war und in der der Polizei- und Sicherheitsapparat alle Mittel besaß, um sein Kontrollnetz flächendeckend über die gesamte Gesellschaft auszuwerfen, hätte es so etwas wie abweichende Bestrebungen eigentlich gar nicht geben dürfen. Wie konnten die politisch alternativen Gruppierungen dennoch entstehen? Worin bestanden die sozialen Bedingungen ihrer Möglichkeit? Und wie konnten sie trotz weitgehender Erfolglosigkeit die Kraft zum Weitermachen finden? Welches waren die Motive des politischen Engagements ihrer Mitglieder? Das sind zentrale Fragestellungen dieser Untersuchung.

Gleichzeitig ist unübersehbar, daß gerade der undemokratische und repressive Herrschaftsstil des Regimes einen hohen Grad an Unzufriedenheit und damit einen hohen Protestbedarf hervorbrachte. Angesichts des über Jahrzehnte vorhandenen breiten Unzufriedenheitspotentials verwundert es wiederum, daß der Protest erst so spät eine größere Massenbasis gewann. Diese merkwürdige Paradoxie der Unwahrscheinlichkeit und der Wahrscheinlichkeit von Protest verlangt nach einer Erklärung. Man wird sie nur geben können, wenn man nach den ermöglichenden und nach den einschränkenden Bedingungen des Protests fragt, wenn man also die Aktivitäten der oppositionellen Gruppen in den sie prägenden gesellschaftlichen

<sup>19</sup> Dieses Desiderat wird insofern in gewisser Weise ausgeglichen, als inzwischen eine Reihe von historischen Aufarbeitungen des Phänomens der politisch alternativen Gruppen in den siebziger und achtziger Jahren vorliegt, so von Gutzeit 1993, Bickhardt 1995, U. Poppe 1995, Dietrich 1994, 1995, Knabe 1995, Kukutz 1995, Neubert 1997, Choi 1999. Diese historischen Studien können für die sozialwissenschaftliche Analyse gut herangezogen werden, ersetzen sie aber natürlich nicht.

Kontext hineinstellt. Um dies zu gewährleisten, wird der Beschäftigung mit den alternativen Friedens- Umwelt- und Menschenrechtsgruppen eine Analyse der wichtigsten Konstruktionslinien, die die DDR-Gesellschaft in den siebziger und achtziger Jahren kennzeichneten, vorangestellt.

Die Beantwortung solch grundlegender Fragen wie der nach den Entstehungsvoraussetzungen der oppositionellen Gruppen macht es erforderlich, einen theoretischen Zugang zum Gegenstandsfeld zu wählen. Die meisten der bisher vorliegenden Arbeiten zum Gruppenphänomen sind eher deskriptiver Natur. Das gilt für die frühen, verdienstvollen Arbeiten von Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoths (1991), Findeis (1990), Elvers/Findeis (1990a; 1990b) und Gutzeit (1993) ebenso wie für die übergroße Mehrheit der für die Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ angefertigten Expertisen.<sup>20</sup> Es ist ein besonderes Anliegen dieser Arbeit, das theoretische Niveau der Analyse der alternativen Gruppenszene anzuheben. Dabei bietet es sich an, auf das breite Arsenal der westeuropäischen und amerikanischen Bewegungsforschung zurückzugreifen und ihr Instrumentarium für die Analyse der ostdeutschen Oppositionsgruppierungen zu nutzen. Die Idee zu einer solchen Nutzung kam schon frühzeitig auf. Bereits 1990 schlug Karl-Werner Brand vor, die Brauchbarkeit des bewegungssoziologischen Instrumentariums, das zur Erklärung der Mobilisierungswellen in westlichen Industriegesellschaften entwickelt wurde, anhand der osteuropäischen Bürgerbewegungen 1989 zu testen (Brand 1990: 10). Obwohl die Anwendung der Ansätze der westlichen Bewegungsforschung auf die oppositionellen Gruppierungen und Bürgerbewegungen in Osteuropa nahelag, gibt es, zumindest zur DDR, bislang nur wenige Arbeiten, die dies versuchen. Neben dem bereits erwähnten Aufsatz von Brand (1990) ist lediglich auf die Arbeiten von Tarrow (1991), Oberschall (1994; 1996) und neuerdings auf einen Beitrag von Wielgoths/Johnson (1997) hinzuweisen. Sie alle konzentrieren sich auf die Analyse der Herausbildung der demokratischen Massenbewegung von 1989, auf die sich die Ansätze der Bewegungsforschung in der Tat besonders gut anwenden lassen. Hier dagegen sollen die theoretischen Hilfsmittel, die die Bewegungsforschung zur Verfügung stellt, vor allem für die Zeit davor benutzt werden. Dies ist, bis auf eine, freilich wichtige Ausnahme, bislang kaum versucht worden.

Diese Ausnahme bezieht sich auf den NSB-Ansatz, der von nicht wenigen Untersuchungen aus dem breiten Spektrum der Bewegungsforschung ausgewählt wurde, um mit seiner Hilfe das Aufkommen der oppositionellen Gruppierungen in der DDR zu erklären. Die NSB-Theorie wurde sogar schon vor 1989 für die Erklärung der Entstehung der Friedens-, Umwelt-

<sup>20</sup> Eine beachtliche Ausnahme stellt die Studie von Wielgoths/Schulz 1995 dar.

und Menschenrechtsgruppen in der DDR herangezogen.<sup>21</sup> Bei ihr handelt es sich um eine makrosoziologische Theorie, die die Herausbildung der Anti-Kriegs-, der Studenten- sowie der ökologischen und feministischen Bewegungen in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren im westlichen Kontext auf die Folgeprobleme industrieller Modernisierung zurückführt. Ihre Anwendbarkeit auf die DDR hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob und inwieweit man die DDR als eine moderne Industriegesellschaft oder gar als eine postindustrielle Gesellschaft versteht.

Hubertus Knabe tut das. Er geht in seinem 1988 in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie erschienenen Aufsatz davon aus, daß sich die DDR ebenso wie die Gesellschaften in Westeuropa auf dem Weg zu einer „nachindustriellen“ Gesellschaft befände (Knabe 1988: 560) und durch dieselben „Widersprüche der industriellen Lebensweise“ gekennzeichnet sei wie diese. Er konstatiert daher „in bezug auf Inhalte, Formen und soziale Zusammensetzung“ deutliche strukturelle „Affinitäten“ zwischen den ostdeutschen alternativen Gruppen und den westlichen neuen sozialen Bewegungen (554). Ebenso wie für die neuen sozialen Bewegungen im Westen lägen für die politisch alternativen Gruppen in der DDR die Entstehungsursachen in den Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung begründet: in dem Anwachsen der globalen Probleme, im Anstieg des Wohlstandsniveaus sowie in einem damit zusammenhängenden Wertewandel, in welchem an die Stelle traditioneller Werte wie Fleiß, Disziplin, Arbeit, Ordnung oder Autorität zunehmend postmaterialistische Werte wie Selbstverwirklichung, Freizeit, politische Partizipation, Gemeinschaft oder Natur

<sup>21</sup> Die Untersuchungen zum Phänomen der politisch alternativen Gruppen in der DDR, die vor 1989 vorgelegt wurden, besitzen in der Regel rein deskriptiven Charakter und haben bis auf wenige Ausnahmen kein allzu hohes analytisches Niveau erreicht (Knabe 1989a: 14). Neben einer Reihe von kirchlichen Papieren und theologischen Stellungnahmen (Rechenschaftsbericht 1984; Schorlemmer 1985; Falcke 1985; Demke 1985; W. Krusche 1988; G. Krusche 1988; Falcke 1989), in denen die Autoren in der Regel weniger an einer analytischen Aufarbeitung des Phänomens als an der Gewinnung von theologisch begründbaren Handlungskriterien im Umgang mit den politisch alternativen Gruppen interessiert waren, lagen vor 1989 nur wenige wissenschaftliche Arbeiten vor. Zu erwähnen sind einmal die religionssoziologisch orientierten Studien von Ehrhart Neubert (1985; 1986a; 1986b; 1989) und zum andern ein bemerkenswerter, in variiertem Kurzform mehrfach publizierter Aufsatz von Hubertus Knabe (1988) aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Andere Texte trugen eher journalistischen Charakter (Kroh 1988a) oder verstanden sich als Dokumentationen (Wensierski/Büscher 1981; Büscher/Wensierski/Wolschner 1982; Ehring/Dallwitz 1982). Untersuchungen aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft waren am Ende der DDR erst im Entstehen begriffen (Schelske 1988; Funk 1989a,b,c; Land/Will/Segert 1990). Was allen diesen Studien, auch den wissenschaftlichen, fehlte, das war nicht nur eine theoretische Fundierung, sondern auch eine methodisch abgesicherte empirische Basis. Zum Forschungsstand vor der Wende ausführlicher Pollack 1989: 115-124. Vgl. auch Knabe 1990b: 71f. und Findeis 1991.

treten würden (558ff.). Folgerichtig richteten die politisch alternativen Gruppen in der DDR ihren Protest primär gegen das dominante Zivilisationsmodell des Westens und erst sekundär gegen die politischen Mißstände in der DDR (563).

Soweit es nach der Wende eine theoretische Debatte über die protestativen Gruppierungen der DDR gab, entzündete sie sich genau an dieser von Knabe aufgeworfenen Frage nach den Möglichkeiten ihrer Einordnung in den Entstehungszusammenhang der neuen sozialen Bewegungen des Westens. Während Burghard Brinksmeier (1991) unmittelbar an die Thesen von Knabe anknüpft und die Grundlagen für das Entstehen der Gruppen in der DDR „weniger in der spezifischen Situation dieser Gesellschaft“ als in der „grundsätzlichen Krise der industriellen Lebensweise (...), von der auch die DDR als mittlerer Industriestaat ergriffen war“ (46f.), sieht, bezieht Lothar Probst in seinen kurz nach 1989 entstandenen Arbeiten eine Gegenposition. In einem 1991 veröffentlichten Aufsatz bezweifelt er, daß die politisch alternativen Gruppen in die Nähe der neuen sozialen Bewegungen des Westens zu rücken seien. „Auch wenn man im programmatischen Selbstverständnis der DDR-Oppositionsgruppen der frühen achtziger Jahre allgemeine zivilisationskritische Motive, wie sie für die westdeutschen neuen sozialen Bewegungen typisch sind, ausmachen kann, läßt sich ihr Entstehungsprozeß eben nicht im Kontext einer entwickelten 'Modernität', sondern nur als Reflex auf „die spezifisch realsozialistisch-ruinöse Form der forcierten Industrialisierung, das fehlende Angebot an individuellen Gestaltungsspielräumen und politisch ungebundener Interessenartikulation, die Innovationsträgheit des politischen und ökonomischen Systems sowie die autoritär und zentralstaatlich verfaßte Politik“ deuten (Probst 1991: 31).

In späteren Arbeiten stellt Probst (1993: 33f.) hinsichtlich der Themen (Friedenssicherung, Ökologie, Demokratisierung, Auswirkungen der industriellen Lebensweise auf die Dritte Welt), der internen Strukturen (Basisorientierung, Ablehnung von Hierarchien, Vernetzung) und hinsichtlich der Trägerschichten (Jugendliche, höher Gebildete, marginalisierte Randgruppen, Studien- und Berufsabbrecher) hingegen stärker die Übereinstimmungen zwischen den Oppositionsgruppen in der DDR und den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik heraus. Obwohl er fundamentale Unterschiede etwa im Zugang zur Öffentlichkeit oder in der Rezeptivität der politischen Institutionen zwischen der DDR und der BRD beobachtet (37), behandelt er die DDR-Gruppen doch deutlicher als früher als „Vorreiter der 'kulturellen Modernisierung' der Gesellschaft“ (40) und damit im Kontext der neuen sozialen Bewegungen.

Demgegenüber kommen Elvers und Findeis aufgrund von Befragungen zu dem Ergebnis, „daß die in der westlichen Bewegungsforschung tradierte

Formel der Neuen Sozialen Bewegungen das Phänomen politisch alternativer und sozialetisch engagierter Gruppen in der DDR nicht in adäquater Form beschreibt“ (Elvers/Findeis 1990b: 110). Einerseits könne man unter den Gruppen zwar „tatsächlich alternative, teilweise postmaterialistische Wertorientierungen“ ausmachen und die Existenz der Gruppen insofern, wenn auch nur bedingt, als „Ausdruck von Widersprüchen der industriellen Lebensweise“ interpretieren (ebd.). Andererseits könne die DDR kaum dem Typus der postindustriellen Gesellschaft zugeordnet werden, und die Befragungsergebnisse besagten klar, daß sich die politisch alternativen Gruppen in der DDR primär nicht in der Auseinandersetzung mit globalen Problemen konstituierten, sondern von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR geprägt waren und einen „generellen Emanzipationscharakter“ besaßen (ebd.).

Die meisten Autoren freilich beziehen eine Mittelposition. So vertreten Wolfgang Kühnel und Carola Sallmon-Metzner die Auffassung, daß sich die Gruppen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in einer „doppelten Frontstellung“ herausgebildet hätten: „sowohl im Zusammenhang mit den Transformationsproblemen von Industriegesellschaften (Auswirkungen des extensiven Verschleißes von natürlichen, ökologischen und sozialen Ressourcen) als auch in Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Folgen staatssozialistisch verfaßter Gesellschaften (Verletzung allgemeiner Menschen- und Bürgerrechte)“ (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 167).<sup>22</sup>

Jan Wielgoths und Marianne Schulz (1991) sehen die Entstehung der politisch alternativen Gruppen ebenfalls durch „zwei sich überlagernde Konfliktlinien“ geprägt: den Konflikt zwischen postmaterialistischen Orientierungen und der abnehmenden Problemlösungskapazität moderner - westlicher wie östlicher - Industriegesellschaften auf der einen Seite und den Konflikt zwischen den Emanzipations- und Partizipationsansprüchen der Bevölkerung und den Spezifika poststalinistischer Herrschaftsformen auf der anderen (Wielgoths/Schulz 1991: 386, vgl. auch Wielgoths/Schulz 1995: 1966). Allerdings ordnen sie die Gruppen in der DDR insgesamt doch stärker in den Kontext der ersten Konfliktlinie ein (387). Dieter Rink (1991) wiederum verortet die Entstehung und Entwicklung der oppositionellen Gruppen stärker in den Transformationsprozessen des „Stahlmodells des Sozialismus“ (Rink 1991: 69), die nicht zu den erhofften Liberalisierungs- und Flexibili-

<sup>22</sup> Obwohl Bruckmeier (1993: 12) zwischen den neuen sozialen Bewegungen im Westen und den politisch alternativen Gruppen in der DDR „Parallelen in den Themen und ähnliche Organisationsformen“ wahrnimmt, stellt er doch heraus, „daß die höchst unterschiedlichen politischen Strukturen der Systeme in Ost und West ungleiche Ausgangsbedingungen für oppositionelle Bewegungen darstellten und diesen jeweils verschiedene Konflikte, Argumentationsformen und Handlungsstrategien aufzuzwangen“ (13).

sierungserfolgen führten (68) und daher einen Bedarf an neuen sozialen Bewegungen produzierten (69). Gleichzeitig hält er die neuen sozialen Bewegungen in der DDR jedoch für einen „Zwitter“, in welchem sich alternative Kulturorientierungen mit Machtorientierungen, Umwelt- und Friedensprobleme mit Menschenrechtsthemen vermischten (ebd.).

Wie auch immer die Urteile ausfallen, in jedem Falle hängt die Einordnung des Phänomens der politisch alternativen Gruppierungen davon ab, wie der Modernisierungsgrad der DDR-Gesellschaft eingeschätzt wird. Betont man stärker ihre Modernisierungsverzüge, wird man die Gruppen eher als ein spezifisch ostdeutsches Phänomen behandeln, betrachtet man die DDR mehr als eine moderne oder gar als eine postindustrielle Gesellschaft, wird man sie eher in den Kontext der westlichen Bewegungen stellen. Auch bei der Anwendung der NSB-Theorie macht es sich also erforderlich, der Beschäftigung mit dem Gruppenphänomen die Analyse der DDR-Gesellschaft voranzustellen.

Die durch die NSB-Theorie aufgeworfenen Fragen nach den inhaltlichen, strukturellen und sozialen Ähnlichkeiten zwischen den DDR-Gruppierungen und den neuen sozialen Bewegungen des Westens und nach ihren Unterschieden hinsichtlich ihres sozialen Kontexts, ihrer politischen Zielstellungen und ihres Institutionalisierungsgrades sollen im Rahmen dieser Arbeit aufgenommen werden. Allerdings ist es notwendig, in die Überlegungen auch andere Ansätze aus dem Spektrum der Bewegungsforschung einzubeziehen. Zu ihnen zählen der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz, framing-Konzepte, der Ansatz der political opportunity structure und Theorien der relativen Deprivation. Wie viele Sozialforscher halte auch ich die oppositionellen Gruppen in der DDR zwar für ein spezifisch ostdeutsches Phänomen und stehe daher der Anwendbarkeit der theoretischen Konzepte, die in der westlichen Bewegungsforschung entwickelt wurden, eher skeptisch gegenüber. Aber das Ziel, das mit dem Bezug auf diese Konzepte angestrebt wird, besteht ja nicht in ihrer unreflektierten Übertragung auf ostdeutsche Verhältnisse. Vielmehr soll durch die Bezugnahme auf sie die Analyse der oppositionellen Gruppierungen in der DDR mit theoretischen Gesichtspunkten, Unterscheidungen und Fragestellungen ausgestattet und ihre Anwendbarkeit anhand des empirischen Materials geprüft werden. Mit ihrer Hilfe soll die Analyse der sozialen Ursachen des Aufkommens der politisch alternativen Gruppen in der DDR und ihrer sozialen Reproduktionsbedingungen die nötige Tiefenschärfe erhalten. Damit sich der Leser ein Bild von den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen der Bewegungsforschung machen kann, werden sie in einem eigenen Kapitel vorgestellt.

Das wichtigste Werk zu den politisch alternativen Gruppierungen der DDR, das in letzter Zeit erschienen ist, stellt zweifellos die umfangreiche

Gesamtdarstellung der DDR-Opposition von Ehrhart Neubert dar. Der Wert dieser Studie besteht vor allem darin, daß es eine Fülle von Informationen über die Aktivitäten, Ziele und Vorstellungen der ostdeutschen Oppositionellen liefert, Quellenmaterial umfangreich aufarbeitet und insofern als Kompendium der Geschichte der DDR-Opposition dienen kann. Außerdem kommt der Studie von Neubert das Verdienst zu, einige einseitige Urteile der Forschung, die sich mit den oben angeführten Arbeiten von Jander, Joppke, Jesse und anderen zu etablieren begannen, kritisiert und korrigiert zu haben. Nachdem die Forschung Mitte der neunziger Jahre vor allem damit beschäftigt zu sein schien, das unmittelbar nach dem Umbruch von 1989 entstandene Bild von den alternativen Gruppierungen als der einzig konsequenten Opposition in der DDR, als Gegner des Sozialismus und als Initiatorin der Wende zu entmythologisieren, stellt Neubert zu Recht das Demokratiepotential der Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen wieder deutlich heraus.

In seiner Darstellung scheint das Pendel freilich nach der anderen Seite hin auszuschlagen. Galten die oppositionellen Gruppierungen vielen bislang als sozialismusaffine Reformer, die ein ungeklärtes Verhältnis zu Demokratie und Freiheit, zum Sozialismus und zur deutschen Einheit besaßen und die DDR nicht abschaffen wollten, sondern zur SED stets ein paradoxes Loyalitätsverhältnis bewahrten, so erscheinen sie nun als Demokraten, Menschenrechtler und entutopisierte Realisten, die zwischen Reform und Revolution hin und her pendelten und die einzig konsequenten Vertreter der deutschen Frage in Deutschland waren (Neubert 1997: 566). Richtig ist zweifellos, daß sich die politisch alternativen Gruppen für die Demokratisierung der Gesellschaft, für mehr Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einsetzten und gegen staatliche Bevormundung und Entmündigung auftraten. Gleichzeitig muß doch aber auch gesehen werden, daß sie sich häufig gar nicht als Opposition verstanden, oft in einem vopolitischen Raum agierten, zuweilen selbst gar nicht Politik betreiben wollten und daß viele trotz mancher Vorbehalte an gesellschaftsutopistischen und sozialistischen Vorstellungen festhielten. Die Frage der deutschen Einheit spielte für die meisten Gruppierungen überhaupt keine Rolle, ja, die Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde von nicht wenigen Gruppierungen sogar ausdrücklich abgelehnt. In seinem Versuch, die Opposition in der DDR gegenüber unbegründeten Verdächtigungen zu verteidigen, überzieht Neubert und entwirft ein geschöntes Bild von der DDR-Opposition, das nicht frei vom Einfluß politischer Interessen ist.

Außerdem leidet seine Arbeit darunter, daß ihr theoretische Gesichtspunkte und leitende Fragestellungen fehlen. Zwar kündigt er des öfteren an, daß er das untersuchte Phänomen in einen breiteren Rahmen einordnen und

etwa den gesellschaftlichen Kontext des oppositionellen Handelns berücksichtigen würde. Diese Absichtserklärung wird aber nur partiell umgesetzt. Teilweise läuft die Argumentation Neuberts sogar auf eine gewollte Vernachlässigung der sozialen Kontextbedingungen hinaus. So verharmlost er konsequent die politische Restriktivität des DDR-Systems, wenn es ihm darum geht, die hohe Angepaßtheit der Mehrheit der Bevölkerung herauszustellen. Die Bevölkerung, so seine These, habe sich der Herrschaft der SED selbst unterworfen (18, 25). Diese These benötigt er, um moralisierende Vorwürfe an die systemloyale Haltung der Bevölkerung richten zu können. Damit aber versäumt er es, die politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Widerstände zu benennen, die einem gesellschaftskritischen Engagement in der DDR entgegenstanden. Im Grunde hätte jeder DDR-Bürger ein Oppositioneller sein müssen. Die Herrschaftsinstrumente des Staates, die Zentralisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen, das System der fein abgestuften Sanktionen und Gratifikationen, mit deren Hilfe die SED die Bevölkerung in Schach gehalten hat, werden nicht ernst genommen. Deshalb kann er auch nicht die Unwahrscheinlichkeit widerständigen Verhaltens sehen. Die Frage, warum sich trotz politischer Repression, sicherheitsdienstlicher Überwachung, ideologischer Indoktrination und hoher Angepaßtheit der Bevölkerung oppositionelle Gruppierungen gebildet und warum sie trotz weitgehender gesellschaftlicher Wirkungslosigkeit nicht aufgegeben haben, ist aber die eigentlich spannende Frage. Durch seine moralisierende Betrachtungsweise trägt Neubert jedoch selbst dazu bei, die Außergewöhnlichkeit der Leistung der Oppositionellen in der DDR einzuebnen. Diese unsoziologische Betrachtungsweise ist zu einem nicht geringen Teil Folge seines fast vollständigen Verzichts auf Benutzung von Sekundärliteratur. Aufgrund dieses Verzichts bleibt die Untersuchung von Neubert in ihrem theoretischen Gehalt weit hinter den sozialwissenschaftlichen Arbeiten von Jander, Joppke, Tarrow oder Wielgohs zurück.

Auch wenn inzwischen eine Reihe zeitgeschichtlich orientierter Arbeiten zu den oppositionellen Gruppierungen vorliegt und die meisten dieser Arbeiten nur eine geringe Neigung zur theoretischen Durchdringung ihres Stoffes aufweisen, so ist doch damit noch nicht garantiert, daß wir bereits genügend über diese Gruppierungen wüßten und daß es in Zukunft weiterer empirischer Arbeit nicht mehr bedürfte. Die Mißachtung, die manche Autoren (z.B. Poppe/Eckert/Kowalczyk 1995b: 13; Jesse 1995: 991) der Vielzahl der Dokumentationen, Erfahrungsberichte und persönlichen Zeugnisse, die insbesondere unmittelbar nach 1989 erschienen sind, zuteil werden lassen, vermag ich nicht zu teilen. Die Rezeption dieser Dokumentations-, Aufarbeitungs- und Betroffenheitsliteratur ist für jede theoretisch angeleitete Analyse des Gegenstandsfeldes unverzichtbar. Unter ihnen finden sich eini-

ge Texte, in denen die Vielfalt der angesprochenen Gesichtspunkte und die Differenziertheit ihrer Behandlung das Niveau der bislang vorliegenden wissenschaftlichen Literatur übersteigt. Der Bericht von Wolfgang Rüdtenklau über die Entwicklung der DDR-Opposition von 1986 bis 1989 und ihre Wurzeln in den siebziger Jahren zum Beispiel zeichnet ein eindringliches Bild von den Arbeitsbedingungen der Opposition, das nicht nur ein Licht auf das Selbstverständnis der Akteure, ihre Ziele und Motive, die Struktur ihrer Gruppen und ihre internen Spannungen und Konflikte wirft, sondern auch Aussagen über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Wirkens erlaubt. Ebenso beachtenswert wie die Arbeit von Rüdtenklau sind unter anderem die frühen Dokumentationen von Gerhard Rein (1989) und Mitter/Wolle (1990), die Quellenedition von Dietrich und Schwabe (1994) sowie die Interviewsammlung von Herzberg und Mühlen (1993).

Die hier vorliegende Arbeit nutzt diese Dokumentations-, Interview- und Erinnerungsliteratur ausgiebig. Sie fügt der Vielzahl der Quellen jedoch noch einen weiteren Quellenkorpus hinzu, von dem einige ausgewählte Teile allerdings bereits veröffentlicht vorliegen (vgl. Findeis/Pollack/Schilling 1994). Bei diesem Quellenkorpus handelt es sich um Interviews mit Repräsentanten der politisch alternativen Gruppen in Leipzig und Berlin, die ich Anfang 1990 und zum Jahresübergang 1991/92 gemeinsam mit einigen Studenten durchführte.<sup>23</sup> Insgesamt waren 31 führende Vertreter der oppositionellen Gruppierungen in diese beiden Befragungswellen einbezogen.<sup>24</sup> Führende Vertreter haben wir deshalb ausgewählt, weil wir sicher sein wollten, daß es sich bei unseren Interviewpartnern nicht um Außenseiter oder Trittbrettfahrer, die möglicherweise erst spät zur Opposition hinzugestoßen sind, handelt, sondern um hochengagierte Insider, die die Gruppenszene seit Jahren persönlich kannten. Die Entscheidung für Leipzig und Berlin lag nahe, weil es in diesen beiden Städten neben Dresden die bedeutendste Gruppenszene gab.<sup>25</sup> Außerdem bezieht die hier vorliegende Arbeit Aussagen aus der Samisdat-Literatur, programmatische Erklärungen, die die Gruppen vor dem Herbst 1989 abgegeben haben, sowie Zeitzeugenberichte

23 Ich danke Wolfgang Elvers, Catherine Gory, Hagen Findeis und Manuel Schilling für ihre Mitarbeit. Erste Auswertungen unserer Interviews finden sich in Elvers/Findeis 1990a, 1990b sowie in Pollack/Elvers/Findeis/Franke/Schilling 1992.

24 Die Zitation dieser beiden Befragungen erfolgt mit Hilfe der Siglen A und B. Die Siglen geben an, um welche der beiden Befragungen es sich handelt (A=1990, B=1991/92). Außerdem ist bei der jeweils ersten Erwähnung eines Interviews die Gruppe, dem der Interviewte angehörte, sowie das Datum der Durchführung des Interviews genannt.

25 Inzwischen ist eine Vielzahl an Regionalstudien zur Wende erschienen (vgl. Adler 1990; Schmittbauer 1991; Küttler/Röder 1992; Aldenhövel/Mestrup/Remy 1993; Probst 1993; Leyh 1994; Schwabe 1994b; Lindner 1994b; Herlyn/Bertels 1994; Schlegelmilch 1995; Dornheim 1995; Mrotzek 1996; Sachse 1997; Krause 1999), die die anfängliche Konzentration der Wandeliteratur auf Leipzig und Berlin zu relativieren vermag.

vor der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ in ihre Auswertung mit ein.

Indem in dieser Arbeit Interviewaussagen und Selbstzeugnisse von den beteiligten Akteuren zur empirischen Grundlage der Analyse gemacht werden, teilt sie die Binnenperspektive der regimiekritischen Akteure. Aufgrund der theoretisch angeleiteten Herangehensweise, die unvermeidlich eine Distanzierung vom Selbstverständnis der Akteure mit sich bringt, werden jedoch die Innenansichten der politischen Akteure zwangsläufig überschritten und auch äußere gesellschaftliche Ereignisse und Verhältnisse in Blick genommen, die vielleicht nicht so im Zentrum der Aufmerksamkeit der Akteure standen. Die Berücksichtigung der Innenperspektive der politisch alternativen Gruppen bedeutet also nicht, deren Selbstverständnis zu übernehmen. Vielmehr soll auf diese Weise ausgeschlossen werden, daß die theoriegeleitete Betrachtung die Motive, Ziele und Handlungen der Akteure übergeht und von den Intentionen und Aktionen der Handelnden nur das beachtet, was in die eigene theoretische Konstruktion paßt. Es scheint, daß sich in der Erforschung der Opposition in der DDR gegenüber stärker von außen ansetzenden strukturalistischen Herangehensweisen derzeit ein kultursoziologischer Ansatz zu etablieren beginnt, der auf die konstitutive Bedeutung der gruppenspezifischen Sinnwelt und Deutungsmuster für das Handeln der Gruppen insistiert und ihre Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen stärker über die Interpretation ihres Diskursuniversums zu erschließen versucht (vgl. Fehr 1996; Flam 1997; Lutz 1997; teilweise Timmer 1999). So berechtigt es ist, darauf zu bestehen, die Diskurse und Weltdeutungen der Akteure ernstzunehmen und nach den Konsequenzen dieses Selbstverständnisses für die Entstehung einer oppositionellen Szene zu fragen, so besteht doch die große Gefahr dieses verstehenden Ansatzes darin, daß er die gesellschaftlichen Verhältnisse nur aus der Binnenperspektive der Akteure rekonstruiert und Faktoren, die im Rücken der Handelnden liegen und ihnen selbst nicht bewußt sind, aber gleichwohl ihr Handeln beeinflussen, ausblendet. Demgegenüber scheint mir gerade in der Verknüpfung von Innen- und Außenperspektive eine gute Möglichkeit zu liegen, sowohl der Naivität des Augenzeugen als auch der Überinterpretation des theoretischen Konstrukteurs zu entgehen.

Im übrigen reflektieren sich natürlich auch in der Binnensicht äußere gesellschaftliche Umstände und Ereignisse, so daß schon durch die Aufnahme der Eigenperspektive der Akteure externe Faktoren stets Berücksichtigung finden. Ja, über die Binnensicht der politisch alternativen Gruppen läßt sich sogar ein besonders interessanter Zugang zur Gesamtgesellschaft erschließen, sind es doch oft die Außenseiter der Gesellschaft, die diese besonders scharf wahrzunehmen vermögen.

Zentral für die hier gewählte sozialwissenschaftliche Herangehensweise an das Phänomen der politisch alternativen Gruppen in der DDR ist also die Analyse des Verflechtungszusammenhanges, in dem die Gruppen mit ihrem gesellschaftlichen Kontext stehen. Deshalb wird in der Arbeit nicht nur nach den gesellschaftlichen Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen der politisch alternativen Gruppen gefragt, obschon diese Frage den treibenden Impuls der soziologischen Argumentation darstellt, sondern auch nach den gesellschaftlichen Funktionen dieser Gruppierungen und dabei insbesondere nach ihrer Rolle im gesellschaftlichen Umbruchsprozeß des Herbstes 1989. Allerdings legt die Arbeit, wie bereits erwähnt, Wert darauf, die gesellschaftlichen Wirkungen der politisch alternativen Gruppierungen vor 1989 nicht von ihrem Beitrag zum Umbruch her zu bestimmen. Vielmehr nimmt sich die Arbeit vor, die Spezifik der gesellschaftlichen Bedingungen des widerständigen Handelns in der Zeit vor 1989 herauszuarbeiten, die gesellschaftlichen Möglichkeiten und Grenzen protestativen Verhaltens zu rekonstruieren und den historischen Wandel dieser Möglichkeiten sowie die ihnen entsprechenden Veränderungen der Aktivitätsformen der Gruppen zu erfassen.

Der hier gewählte Ansatz will aber nicht nur die gesellschaftlichen Verflechtungszusammenhänge, in denen die alternativen Gruppierungen standen, berücksichtigen; ihm kommt es auch darauf an, die politisch alternativen Gruppen von anderen gesellschaftlichen Phänomenen abzugrenzen. Mit den politisch alternativen Gruppierungen sind jene Friedens-, Umwelt-, Frauen-, Dritte/Welt- und Menschenrechtsgruppen gemeint, die sich ab Ende der siebziger Jahre gebildet haben und zumeist unter dem schützenden Dach der evangelischen Kirche ansiedelten. Was unterscheidet diese Gruppierungen von den subkulturellen Kreisen am Prenzlauer Berg oder von den literarischen Hauskreisen eines Jens Reich in Berlin oder eines Reinhard Bohse in Leipzig oder von den politischen Reformzirkeln in der SED oder den Ausreisewilligen? Und was erlaubt es, diese Gruppierungen als ein zusammengehöriges Phänomen anzusehen? Gab es zwischen den einzelnen Gruppierungen nicht starke personelle und sachliche Konflikte? Waren sie nicht thematisch äußerst heterogen? Lag die Einheit des Phänomens in ihrer inhaltlichen Ausrichtung, also in ihrer Beschäftigung mit Fragen des Friedens, der Umwelt, der Menschenrechte und der internationalen Gerechtigkeit? Oder in den gemeinsamen Handlungszielen? Oder darin, daß man einander persönlich kannte und zwischen den Gruppen persönliche und organisatorische Beziehungen bestanden? Oder darin, daß man sich als zusammengehörig empfand? Bildeten diese Gruppierungen eine einheitliche neue soziale Bewegung? Oder sind sie besser mit dem Begriff der Szene umschrieben oder mit dem Milieubegriff? Wenn hier der Begriff der Gruppe



verwendet wird, dann gilt es, diesen Begriff zu klären und von anderen Begriffen wie Bewegung oder Szene abzuheben. Und wenn darüber hinaus die Gruppen, um die es hier gehen soll, als politisch alternativ bezeichnet werden, dann muß auch diese Etikettierung erläutert und gegenüber anderen möglichen Bezeichnungen wie etwa sozialetische Gruppen, Opposition oder Widerstand gerechtfertigt werden. Nicht nur die äußeren gesellschaftlichen Zusammenhänge, in die die Gruppen hineingestellt waren, sind aufzuheben, sondern auch die gruppeninternen Strukturen, die Beziehungen zwischen den Gruppen, die Motive, Ziele und Handlungsmittel der Akteure sowie ihre Wirklichkeitssicht. Worauf es ankommt, ist also, sowohl die externen Handlungsvoraussetzungen als auch die internen Handlungsbedingungen dieser Gruppierungen zu untersuchen.

Damit ergibt sich für den Aufbau der Arbeit folgende Gliederung: Am Anfang steht ein theoretischer Teil. In ihn gehört die Analyse der Gesellschaftsstruktur der DDR als Rahmenbedingung für die Möglichkeit politischen Protestes hinein, ebenso aber auch die Thematisierung theoretischer Ansätze zur Erklärung der Möglichkeit von politischem Protest unter den restriktiven Bedingungen eines monopolistischen Systems. In diesem ersten Teil soll es auch um die Klärung des Gruppenbegriffes sowie der Begriffe, Opposition, Widerstand, politische Alternativität und Protest gehen. Der zweite Teil bietet einen historischen Abriss der Entwicklung der politischen alternativen Gruppen in der DDR von ihrer Entstehung bis in den Sommer 1989 hinein. Im dritten Teil werden einige Fragen der Analyse der politischen alternativen Gruppen unter systematischen Gesichtspunkten behandelt, etwa die Frage nach den Motiven, Zielen und Handlungsmitteln des gesellschaftskritischen Engagements der Gruppenmitglieder oder die Frage nach den Binnenverhältnissen in den Gruppen oder nach ihrem Verhältnis zur Kirche, zur SED und zur Bevölkerung. Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Rolle der alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs im Herbst 1989. Die Zusammenfassung schließlich greift die leitende Fragestellung der Arbeit noch einmal auf und behandelt sie unter Berücksichtigung des empirischen Materials in einer grundsätzlicheren Perspektive.<sup>26</sup>

Zunächst seien die wichtigsten Konstruktionslinien der DDR-Gesellschaft analysiert. Ihre Untersuchung dient dazu, die Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR genauer zu bestimmen.

26 Hagen Findeis, Leipzig, Karsten Timmer, Bielefeld, Birgit Weber, Berlin, und Jan Wielgohs, Berlin, sei für die kritische Durchsicht einer früheren Version des Manuskripts herzlich gedankt.

## 1. Theoretische Aspekte

### 1. 1. Organisationsgesellschaft DDR<sup>27</sup>

#### 1.1.1. Politische Homogenisierung und funktionale Differenzierung

Die Gesellschaftsverhältnisse in der DDR waren gekennzeichnet durch die Gegenläufigkeit von politisch-ideologischen Homogenisierungsbestrebungen und fach- und bereichsspezifischen Autonomisierungstendenzen. Zur Kennzeichnung der Sozialverhältnisse in der DDR reicht es daher nicht aus, allein auf die Dominanz der politischen Administration, den bürokratischen Machtapparat oder die zentralistische Verfügung über alle gesellschaftlichen Ressourcen und Entscheidungskompetenzen hinzuweisen. Die DDR war nicht nur eine paternalistische Monosubjektgesellschaft oder eine klassenlose Despotie (Brie 1990a; 1990b; Meuschel 1990; 1992), sondern auch eine moderne Industriegesellschaft. Auf der einen Seite wurde die Entwicklung der gesamten Gesellschaft mit Hilfe eines ideologischen Programms durch eine Einheitspartei gesteuert, reglementiert und kontrolliert. Kein politikfreier Raum sollte zugelassen werden. Die Öffentlichkeit wurde strikt kontrolliert. Nicht nur die politischen Organisationen im engeren Sinn, sondern auch die formal außerpolitischen Institutionen, Verbände, Zirkel und Initiativen wurden politisch instrumentalisiert und vereinnahmt, ja selbst jedes einzelne Individuum sollte organisatorisch erfaßt und durch die staatlichen und parteiamtlichen Institutionen gesteuert und gelenkt werden (Fulbrock 1996: 289f.). Insofern kann die DDR als Organisationsgesellschaft bezeichnet werden. Auf der anderen Seite entwickelten sich in allen Bereichen der Gesellschaft immer wieder fachorientierte Kräfte, die sachliche Effizienzgesichtspunkte und bereichsspezifische Autonomisierungsinteressen gegen den Führungs- und Steuerungsanspruch des politischen Systems geltend machten. Die politische Durchorganisation der Gesellschaft stieß an durch den Komplexitätsgrad der Gesellschaft gegebene Grenzen, weshalb die intendierte Verstaatlichung der Gesellschaft nie vollständig gelang. Da sich aber das politische System gegen die Autonomiebestrebungen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, im Wirtschaftssystem, im Wissenschafts-, Rechts- oder auch im Kultursystem stets durchzusetzen vermochte, konnten die Funktionsprinzipien der einzelnen Systeme die ihnen innewohnende Eigendynamik nicht entfalten, und es kam zu Modernisierungsverzügen in

27 Zum folgenden vgl. ausführlicher Pollack 1994: 56-77; 1998a.

allen Bereichen der Gesellschaft, denn der Modernisierungsgrad einer Gesellschaft bestimmt sich in hohem Maße danach, inwieweit sie funktional in einzelne gesellschaftliche Teilbereiche differenziert ist. Die DDR besaß also einen Doppelcharakter; sie war eine semimoderne Mischgesellschaft (Pawlowski/ Schlese 1991).

### *1.1.2. Politisches Versorgungssystem und individuelles Selbstinteresse*

Charakteristisch für die Gesellschaftsverhältnisse in der DDR war eine Minimierung der Differenz zwischen Individuum, Interaktion, Organisation und Gesamtgesellschaft. Kam es dem einzelnen darauf an, ein Leben ohne politische Störungen und Unannehmlichkeiten zu führen, ja, wollte der einzelne gar (ähnliches galt für Organisationen, Betriebe, Verbände usw.) seine partikularen Interessen durchsetzen, mußte er sich den politisch-ideologischen Vorgaben des Systems beugen und Wohlverhalten an den Tag legen. Nur wer sich anpaßte, konnte darauf rechnen, nicht unangenehm behelligt zu werden, und hatte eine Chance, mit systemverwalteten Leistungen, seien es finanzielle Belohnungen, Aufstiegsmöglichkeiten oder Entscheidungskompetenzen, versorgt zu werden. Das Selbstinteresse des einzelnen wurde also nicht dadurch angesprochen, daß ihm die Gesellschaft Marktchancen anbot, sondern dadurch, daß sie ihm im Falle der Gehorsamsaufkündigung Nachteile androhte. Die Gratifikationen des wirtschaftlichen und politischen Systems gegenüber den Akteuren wurden vom wirtschaftlichen Handeln dieser Akteure systematisch abgekoppelt und an politisches Wohlverhalten gebunden (Brie 1996: 48). Vor allem die Einrichtung dieses Austauschverhältnisses von Anpassung und Versorgung garantierte über lange Zeit die scheinbare Stabilität des Systems. Aufgrund der zirkulären Geschlossenheit dieses Verhältnisses ging jedoch die Stabilität des Systems gleichzeitig zurück, denn infolge der Abkopplung der systemspezifisch gewährten Gratifikationen vom wirtschaftlichen Handeln der Akteure und ihrer Bindung an politisches Wohlverhalten wurden deren Energien aus der Erzeugung wirtschaftlicher Güter abgeleitet. Infolge der Einschränkung der individuellen Handlungsspielräume beraubte sich das System selbst der Innovations- und Kritikpotentiale, deren es zu seiner Erneuerung und Regenerierung dringend bedurft hätte. Auf diese Weise erschöpften sich die Flexibilitätssourcen des Systems, und seine Wirtschaftsleistung ging zurück. Mit dem Rückgang der Versorgungsleistung sank aber auch die politische Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung, und das Stillhalteabkommen zwischen Bevölkerung und Führung löste sich zusehends auf. Bis zuletzt hatte die SED auf den Ausbau des Sozialstaates als Mittel der Loyalitätsgewinnung gesetzt. Die Folgen dieser Sozialstaatspolitik aber waren ruinös. Um

den erreichten Lebensstandard halten zu können, wurden in den achtziger Jahren kaum noch Investitionen getätigt. Die DDR lebte über ihre Verhältnisse und ist unter anderem an ihrem wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsanspruch, auf den sie als Mittel der Legitimitätsbeschaffung nicht verzichten konnte, zugrunde gegangen.

### *1.1.3. Westabschottung und Westorientierung*

Bei der Charakterisierung der Sozialstruktur der DDR ist außerdem auf die Geschlossenheit des Systems hinzuweisen. Die Abschottung hielt die Gesellschaft zusammen. Sie blockierte die Möglichkeit eines massiven Protestes von unten und entthob die Führung der Notwendigkeit, sich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzustellen. Weniger die sozialistische Ideologie und die fortschrittsoptimistische Zielorientierung (Thaa 1989) als der repressive Herrschaftsapparat, die wirtschaftlichen Versorgungsleistungen durch den Staat und die Geschlossenheit der Grenzen waren die Integrationsmodi der Gesellschaft. Da niemand im Falle negativer Folgen widerständigen Verhaltens weggehen konnte, mußte sich jeder mit dem System arrangieren. Da sich aber jeder mit dem System arrangieren mußte, brauchte sich die Führung durch Abwanderung nie in Frage gestellt zu sehen und konnte scheinbar risikofrei an den Wünschen und Interessen der Bevölkerung vorbeiregieren. Die Folgen waren katastrophal. Aufgrund der Abwanderungsbarriere konnte sich die Führung über das Ausmaß der in der Bevölkerung bestehenden Unzufriedenheit täuschen und verlor so den Kontakt zur Realität. Sie mußte ihre Entscheidungen nie korrigieren oder hinterfragen, sondern konnte für ihre Politik sogar Begeisterung verlangen. Die mangelnde Verantwortlichkeit der SED-Politik führte diese direkt in den Untergang. Der einzelne dagegen konnte nur ein gezwungenes Verhältnis zur DDR entwickeln. Da er nicht die Freiheit besaß, wenn es ihm in der DDR nicht gefiel, wegzugehen, konnte er sich, selbst wenn er es wollte, auch nicht aus vollem Herzen für die DDR entscheiden. In der Mehrheit der Bevölkerung entwickelte sich eine Haltung der äußeren Anpassung an die DDR-Verhältnisse bei gleichzeitiger innerer Verweigerung. Den Maßstab für ein gelungenes und völligtütiges Leben bildete für viele der Westen. Der Mauerbau hatte insofern eine ambivalente Wirkung: Er förderte die äußere Anpassung an das herrschende System, aber trug zugleich auch zur Auswanderung der Herzen aus dem System, in das die Menschen eingesperrt waren, bei. Der innere Rückzug in die Privatheit verringerte jedoch die interne Dynamik der Gesellschaft zusätzlich.

#### 1.1.4. Formalität und Informalität

Aufgrund der Effektivitätseinbußen, die das System des real existierenden Sozialismus in allen Gesellschaftsbereichen hinnehmen mußte, kam es anstelle der gebremsten funktionalen Differenzierung zur Verstärkung einer anderen Differenz: der Differenz zwischen Offiziellem und Inoffiziellem. Neben die offizielle Wirtschaft trat eine Schattenwirtschaft, neben die Planwirtschaft ein Schwarzmarkt, neben die kontrollierte Öffentlichkeit eine zweite Öffentlichkeit, neben die gesteuerte Kultur eine Subkultur (Hankiss 1988). Die Unregelmäßigkeiten und Irrationalitäten im offiziellen wirtschaftlichen Bereich beispielsweise machten eine Erfüllung des zentralen Plans geradezu unmöglich. Wollten die Funktionsebenen den zentralen Plan erfüllen, mußten sie auf die Bereitschaft der Belegschaft zu Überstunden und auf das Improvisations- und Organisationstalent der Angestellten und Arbeiter setzen und sich mit ihnen arrangieren. Diese nutzten ihre informelle Stärke aus und benutzten die Arbeitszeit und die betrieblichen Mittel für die Erfüllung allerlei privater Zwecke.<sup>28</sup> Gerade die nicht geplante Arbeitsleistung erhöhte jedoch die Wirtschaftskraft enorm und fing Effektivitätsverluste wieder auf. Der informelle Sektor erfüllte im modernisierungsblockierten System des DDR-Sozialismus kompensatorische Funktionen. Er gliederte die Engpässe und Planungsdefizite der offiziellen Wirtschaft aus und versorgte den einzelnen mit knappen Gütern, seien es Dienstleistungen, Konsumgüter oder Informationen. Darüber hinaus waren die informellen Netzwerke Gemeinschaften, die auf Vertrauen und Gegenseitigkeit beruhten. Schließlich waren sie aber auch Orte des Rückzugs aus der Gesellschaft, Orte der Distanz und der Verweigerung, ja teilweise des Protestes und der Kritik. Sie dienten dem einzelnen als Schutz gegenüber den politischen Zumutungen des Systems und wurden von den Vertretern des offiziellen Systems überwacht und nicht selten attackiert, kriminalisiert und ausgegrenzt. Das Verhältnis zwischen offiziellen und informellen Strukturen war also nicht nur das einer wechselseitigen Ergänzung, es war zugleich durch Konflikthaftigkeit, Kontingenz und Asymmetrie gekennzeichnet.

Informelle Kommunikationszusammenhänge entstanden in allen Teilbereichen der Gesellschaft: nicht nur in den Betrieben, auch in den Universitäten, in den Künstler- und Literatenkreisen, in den Verwaltungen, in den Kirchen, ja selbst in der SED. Allerdings waren diese einzelnen Kommunikationszusammenhänge untereinander nicht verbunden, weshalb sie sich wechselseitig auch nicht bestärken konnten. Wie groß die Unzufriedenheit in der DDR war, konnte daher von den Unzufriedenen selbst nicht erkannt

28 Voskamp/Wittke (1991: 31) sprechen vom „Planerfüllungspakt“.

werden. Es fehlte in der DDR an einer unkontrollierten Öffentlichkeit, die die unterschiedlichen Netzwerke hätte miteinander in Kontakt bringen können. Insofern war die DDR ebenso uniformiert wie fragmentiert.

Wie die voranstehenden Bemerkungen gezeigt haben, läuft die Behandlung der DDR als Organisationsgesellschaft nicht darauf hinaus, die DDR lediglich als zwangshomogenisierte Repressionsgesellschaft zu betrachten. Die Bezeichnung Organisationsgesellschaft legt unzweifelhaft den Ton auf die politischen Gleichschaltungsbestrebungen der SED. Zugleich ist der Begriff aber nur dann sinnvoll angewandt, wenn man auch die Grenzen der Organisierbarkeit einer so komplexen Gesellschaft, wie es die DDR war, anerkennt. Die DDR wird also als eine widersprüchliche Gesellschaft gesehen, die durch Prozesse der politischen Entmündigung ebenso charakterisiert war wie durch Prozesse der gesellschaftlichen Verweigerung, des subversiven Arrangements, der parasitären Anlagerung informeller Netzwerke an die offiziellen Strukturen sowie der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Selbstbehauptung.

Die DDR als eine Gesellschaft zu kennzeichnen, die durch innere Widersprüche und Spannungsgegensätze bestimmt war, heißt freilich nicht zu behaupten, daß sie besonders günstige Bedingungen für die Formierung von Protest und Opposition bot, denn die Prozesse der staatlichen Bevormundung der Gesellschaft waren stets mächtiger als die gegenläufigen Prozesse der gesellschaftlichen Resistenz. Gerade weil die Gesellschaft von mehr oder weniger starken Widersprüchen durchzogen war, setzte die SED-Führung alles daran, diese Widersprüche nicht öffentlich sichtbar werden zu lassen. Sie mußte sie verdecken, da sie in ihrer Machtausübung nicht demokratisch legitimiert war, sondern ihre Legitimation aus der angeblichen Überlegenheit ihres politischen Wissens und der Fiktion der Einheit von Volk, Partei und Staat bezog. Aufgrund des Legitimationsdefizits war die SED-Führung gegenüber Abweichungen und Normverstößen besonders empfindlich. Schon kleinste, oft völlig harmlose Abweichungen von der politischen Linie wurden als feindlich behandelt und mit harten Strafen geahndet. Während demokratische Staaten Widerspruch nicht nur zulassen, sondern Mechanismen zur Formulierung und zur Bearbeitung von Widerspruch bereitstellen und ihm auf diese Weise eine Chance geben, ihn aber auch zu kanalisieren und zu neutralisieren vermögen, war das Sicherheitssystem der DDR gegenüber Kritik und Widerspruch äußerst sensibel und, wie der rasche Zusammenbruch gezeigt hat, auch hochverletzlich. In der Machtfrage war die SED-Spitze unerbittlich. Bedenkt man die Dominanz der politischen Homogenisierungstendenzen gegenüber den Prozessen der funktionalen Differenzierung, den Mangel an politischer Legitimität und die daraus resultierende Restriktivität des politischen Systems, das Austauschverhältnis von Anpas-

sung und Versorgung, die Abwanderungsbarrieren sowie die Konzentration der Machtmittel in den Händen der Führungsspitze der SED, dann dürfte es kaum übertrieben sein zu behaupten, daß die DDR ein extrem bewegungsunfreundliches Umfeld für die Ausbreitung politischer Protestgruppierungen darstellte.

Die DDR als widersprüchliche Gesellschaft zu behandeln heißt aber zugleich auch, davon auszugehen, daß für Protest und Kritik ein großer Bedarf bestand. Angesichts der die DDR durchziehenden Spannungsgegensätze stellt sich die Frage, warum es im Laufe der Geschichte der DDR nicht viel häufiger zu Protesten kam, warum der Widerspruch gegen das System so schwach ausfiel und warum die DDR über Jahrzehnte hinweg eine so bemerkenswerte politische Stabilität besaß. Wären angesichts der Unzufriedenheit in der Bevölkerung, angesichts der Kluft zwischen SED-Führung und Bevölkerung, angesichts des ausgeübten politischen und ideologischen Zwangs, aber auch angesichts der Nähe des westdeutschen Alternativmodells Unruhen und Proteste nicht weitaus eher zu erwarten gewesen als jene Ruhe, die die Stimmung im Lande zumindest seit 1961 beherrschte? Der Umbruch von 1989 zeigte ja, auf welch wackligen Füßen das DDR-Regime stand. Warum war der Protest in der DDR so unwahrscheinlich geworden, daß im Grunde kaum noch jemand mit ihm rechnete? Warum blieb der Kreis der Widerständigen in der DDR stets klein? Indem diese Fragen aufgeworfen werden, verschärft sich noch einmal die übergreifende Frage, wieso Protest in der DDR überhaupt möglich war.

Im folgenden Kapitel werden Ansätze aus der westlichen Bewegungsforschung herangezogen, die die Bedingungen untersuchen, unter denen sich in westlichen Gesellschaften Protestbewegungen herausbilden können. Die im Laufe der Arbeit zu klärende Frage lautet, inwieweit sich diese Ansätze auf die Verhältnisse in der DDR anwenden lassen.

## 1.2. Theorien neuer sozialer Bewegungen

Die Bewegungsforschung beschäftigt sich nicht nur mit der Frage nach den sozialen Ursprüngen sozialer Bewegungen, sondern auch mit ihrer Ausbreitung und den Veränderungen ihrer Form über die Zeit (McAdam/McCarthy/Zald 1996: 7). Seit den siebziger Jahren, als die Bewegungsforschung entstand, hat sich eine Fülle unterschiedlicher Ansätze herausgebildet, die jeweils andere Akzente setzen. Neben strukturalistischen Theorien stehen interaktionistische Ansätze, neben Makrotheorien sozialpsychologische Überlegungen. Neben Zugängen, die stärker auf externe Mobilisierungsbe-

dingungen abheben, wie dem Structural Strains-Ansatz oder dem Political Opportunity Structure-Ansatz, finden sich solche, die den Fokus mehr auf die bewegungsinternen Mobilisierungsstrategien legen, etwa der Resource Mobilization-Ansatz oder der Framing-Ansatz. Außerdem muß zwischen einem stark am Ressourcenmobilisierungsansatz orientierten amerikanischen und einem am „new social movement approach“ orientierten europäischen Strang der Bewegungsforschung unterschieden werden, weshalb Klandermanns und Tarrow (1988: 2) geradezu von „two major new paradigms“ sprechen.<sup>29</sup> Seit den neunziger Jahren setzt sich jedoch immer mehr die Überzeugung durch, daß die unterschiedlichen Ansätze der Bewegungsforschung trotz ihrer unterschiedlichen und teilweise antagonistischen Intentionen in verschiedenen Hinsichten konvergieren und daß ein angemessenes Verständnis der Emergenz und Entwicklung sozialer Bewegungen nicht von einem einzelnen Ansatz her, sondern nur durch die Zusammenführung unterschiedlicher Perspektiven zu gewinnen ist (McAdam/McCarthy/Zald 1996). Unter weitgehender Vernachlässigung der Frage nach der Ausbreitung der neuen sozialen Bewegungen und Konzentration auf die Frage nach ihrer Entstehung seien hier die wichtigsten Ansätze der Bewegungsforschung gesichtet.

### 1.2.1. Das gesellschaftliche Bezugsproblem als Ausgangspunkt sozialer Bewegungen: Structural Strains-Ansatz und Deprivationstheorien

Der stark von Karl Marx beeinflusste Structural Strains-Ansatz führt die Entstehung von sozialen Protestbewegungen auf gesellschaftliche Spannungsverhältnisse, Konflikte, Krisen, auf gesellschaftliche Brüche und Phasen plötzlichen gesellschaftlichen Wandels zurück, aus denen Unzufriedenheiten, Verlosterfahrungen und Verunsicherungen resultieren. Anlaß für Protest und Kritik ist danach die widersprüchliche Sozialstruktur selbst. Deprivationstheorien, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Intensität sozialer Belastungen und Protestmobilisierung behaupten, werden allerdings heute kaum noch vertreten. Oft bricht die Unruhe aus, wenn sich die Situation bereits verbessert hat, und oft sind es nicht diejenigen, denen es am schlechtesten geht, die revoltieren. Schon 1856 schrieb Alexis de

<sup>29</sup> Wesentliche Züge des europäischen Ansatzes der Bewegungsforschung wurden bereits im Zusammenhang mit der Darstellung der Arbeiten von Hubertus Knabe dargestellt und werden daher im Rahmen dieses Kapitels nicht noch einmal wiederholt. Die europäische Forschung zu den NSB hebt vor allem auf den Einfluß von Prozessen der Modernisierung und des Wertwandels sowie dementsprechender neuer Mittelschichten auf die Entstehung von neuen sozialen Bewegungen ab und berücksichtigt die Wirkung von aus der Modernisierung resultierenden globalen Problemen.

Tocqueville in seiner Studie über die Französische Revolution: „Die Franzosen haben ihre Lage um so unerträglicher gefunden, je besser sie wurde. (...) Man gelangt nicht immer nur dann zur Revolution, wenn eine schlimme Lage zur schlimmsten wird. Sehr oft geschieht es, daß ein Volk, das die drückendsten Gesetze ohne Klage und gleichsam, als fühle es sie nicht, ertragen hatte, diese gewaltsam beseitigt, sobald ihre Last sich vermindert.“ (Tocqueville 1856: 176) Die moderne Erklärung für dieses Phänomen, die James Davies (1962) gab, lautet „rising expectations“. Diese seien dafür verantwortlich, daß trotz Verbesserung der Lage Aufruhr und Revolutionen ausbrechen. Drückende Armut, extreme Machtlosigkeit und Ungerechtigkeit führen nicht selten zu Apathie, Resignation und Selbstverachtung. Erst wenn die ökonomische und politische Situation sich verbessert, kommen wieder Hoffnungen auf. Auf einmal glaubt man, ein besseres Leben liege in greifbarer Nähe. Werden solche gesteigerten Hoffnungen enttäuscht, dann meint man, die Kluft zwischen den eigenen Erwartungen und der realen Lage nicht länger hinnehmen zu können, und die Protestbereitschaft wächst an. Das heißt, es kommen Ansprüche und Maßstäbe von Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit ins Spiel. Nicht allein die soziale Situation wirkt handlungsmotivierend, sondern das Mißverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat ebenfalls einen protestgenerierenden Effekt. Die Aufrichtung von Ansprüchen ist auch dafür verantwortlich, daß Belastungen vor allem dann zur Ursache von Protesten werden, wenn sie im Verhältnis zur Lage anderer Gruppen als ungerecht empfunden werden. Die Diskrepanz zwischen der eigenen Lage und der Situation vergleichbarer Bezugsgruppen und damit die Kluft zwischen Wirklichkeitswahrnehmung und legitimierbaren Ansprüchen bildet die zentrale Quelle der Unzufriedenheit (Rucht 1994: 339). Deshalb revoltieren häufig nicht diejenigen Gruppen, die unter Armut, Unfreiheit und Ungerechtigkeit am meisten zu leiden haben, sondern jene, denen es besser geht, die Maßstäbe und Ansprüche entwickelt haben, diese aber im Unterschied zu anderen Gruppen, mit denen sie sich vergleichen, nicht zu realisieren vermögen. Die Forschung spricht in einem solchen Falle von relativer Deprivation (Runciman 1966; Gurr 1970).

Einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen relativer Deprivation und Protestbeteiligung herzustellen, wie es Theorien relativer Deprivation tun, wird jedoch den komplexen Entstehungsvoraussetzungen politischen Protests nicht gerecht. Damit es zum Protest kommt, müssen den Revoltierenden auch entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, die sie in die Lage versetzen, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Mit der Verfügbarkeit solcher Mittel beschäftigt sich der Ressourcenmobilisierungsansatz. Die Betonung der Verfügbarkeit von bewegungsinternen Ressourcen zur Protestmobilisierung sollte jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß gesell-

schaftliche Spannungsverhältnisse und Situationen relativer Deprivation für die Entstehung von Protest eine notwendige Voraussetzung darstellen (Neidhardt 1985: 198). Protestbewegungen können nicht an bloß erfundene Probleme anknüpfen (Rucht 1994: 340). Sie setzen die Erfahrung von Ungerechtigkeiten, Krisen, Repressionen, Spannungen voraus.

### *1.2.2. Die organisatorischen Voraussetzungen des Protests im Innern der Bewegungen: Der Resource Mobilization-Ansatz und das politische Prozeßmodell*

Der Resource Mobilization-Ansatz stellt eine Reaktion auf Modelle dar, die die in der Gesellschaft anzutreffende Unzufriedenheit zum Ausgangspunkt der Erklärung sozialer Bewegungen machen und aus Deprivationserfahrungen unmittelbar die Entstehung von Protestbewegungen abzuleiten versuchen (McCarthy/Zald 1973; 1977). Er grenzt sich damit ab von älteren Collective Behavior- und Deprivationstheorien, die Bewegungen nicht selten als unstrukturierte, spontane kollektive Aktionen betrachten, und stellt ihren organisierten, rationalen und strategischen Charakter heraus. Protest und Aufruhr werden im Ressourcenmobilisierungsansatz nicht als unmittelbare, irrationale Reaktionen auf Unrecht, Unfreiheit und Elend gesehen, sondern als Ergebnis von organisatorischen Anstrengungen und rationalen Kosten/Nutzen-Kalkulationen. Unzufriedenheiten seien gesellschaftlich stets im Überfluß vorhanden; notfalls könne man sie durch Bewegungsunternehmer organisatorisch auch schaffen oder manipulieren (McCarthy/Zald 1977: 1215). „Grievances are everywhere, movements not.“ (Japp 1984: 316) Das Explanandum ist also die Aktion, der Übergang von Deprivationserfahrungen und Präferenzen zum kollektiven Handeln (McCarthy/Zald 1977: 1221). Dieser Übergang läßt sich nicht allein aus den Unzufriedenheiten selbst verständlich machen, sondern nur aus der Verfügbarkeit von Ressourcen wie Zeit, Geld oder Personal. Je mehr Ressourcen verfügbar sind, desto mehr Protest wird es geben (McCarthy/Zald 1977: 1225). Nicht der Leidensdruck gesellschaftlicher Gruppen ist entscheidend für das Aufkommen von Protestbewegungen, sondern die Zugänglichkeit der Ressourcen. Wenn Unzufriedenheiten beseitigt, Wünsche erfüllt, Probleme gelöst werden, verbessern sich daher die Mobilisierungschancen von sozialen Bewegungen (McCarthy/Zald 1977: 1224), denn damit werden Ressourcen, die bislang anderweitig in Anspruch genommen wurden, wieder frei. Der Ressourcenmobilisierungsansatz unterstellt offenbar einen gewissen Bestand an gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen. Je entwickelter die Gesellschaft, desto höher dieser Bestand; und je höher der Bestand, desto wahrscheinlicher der Protest. Um die Verteilung dieses Bestandes geht der Streit. Soziale Bewegungen kon-

kurrieren um die Ressourcen und legen ihre Strategien so an, daß sie möglichst viele der Ressourcen zu gewinnen vermögen. Im Ressourcenmobilisierungsansatz werden also weniger die Umweltverhältnisse (soziale Spannungen, Ungerechtigkeiten, Notlagen) als ausschlaggebend für die Entstehung von Protest herausgestellt, obschon er die Bedeutung der Beziehungen zu anderen sozialen Bewegungen, zu den Medien oder zu den staatlichen Autoritäten ebenfalls in Rechnung zieht. Vielmehr wird betont, welche Effekte von den Aktivitäten der Bewegungen selbst ausgehen können. Nicht die *demand-side* wird unterstrichen, sondern die *supply-side*, die Strategien und Taktiken der Bewegungen, ihre Verfügung über Geld und Zeit, ihre Personalausstattung, ihre Koalitionsfähigkeit, ihre Mobilisierungsfähigkeit usw.

Damit werden von diesem Ansatz Faktoren erfaßt, die für die Aktivisten der Bewegungen selbst von zentraler Bedeutung sind. Zugleich muß aber darauf hingewiesen werden, daß politisches Engagement auch immer von äußeren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, von Erfahrungen der Veränderungsbedürftigkeit der Gesellschaft sowie der plausiblen Interpretation dieser Veränderungsbedürftigkeit abhängig ist. Einen gleichbleibenden Bestand an Belastungen zu unterstellen und ihn deshalb als vernachlässigbar zu behandeln, ist in hohem Maße fragwürdig. Damit werden die Differenzen zwischen sozialen Lagen und ihr Einfluß auf die Befindlichkeiten der Menschen unterbewertet. Ebenso unterschätzt der Ressourcenmobilisierungsansatz die spontanen, expressiven und identitätsbezogenen Momente sozialer Bewegungen sowie ihren Bedarf an interpretativen und symbolischen Leistungen.

Das politische Prozeßmodell bedeutet insofern eine Differenzierung des Resource Mobilization-Ansatzes, als es den rein organisatorischen Charakter sozialer Bewegungen in Frage stellt. Bewegungen bestehen demnach nicht nur aus Organisationen; bei der Entstehung von sozialen Bewegungen spielen vielmehr informelle Netzwerke, Freundschaften, Bekanntschafts-, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen eine große Rolle (Tilly 1978; McAdam 1982). Diese informellen Kommunikationszusammenhänge erfüllen vor allem bei der Rekrutierung der Bewegungsanhänger eine wichtige Funktion.

### 1.2.3. Die kulturellen Voraussetzungen des Protests im Innern der Bewegungen: Framing-Ansatz und Collective Identity

Ebenso wie der Resource Mobilization-Ansatz kritisiert auch das Framing-Konzept die starke Konzentration der Bewegungsforschung auf Formen der gesellschaftlichen Unzufriedenheit und ihren Versuch, die Partizipation an Protestbewegungen unmittelbar aus Gefühlen der Unzufriedenheit zu erklä-

ren. Damit der Übergang von der Unzufriedenheit zur kollektiven Aktion erfolgen kann, bedarf es, so stellen Vertreter des Framing-Ansatzes heraus, der Interpretation der die Unzufriedenheit generierenden Situation. Die Situation, in der sich die Unzufriedenen befinden, sei nicht eindeutig. Man kann die Probleme, unter denen man leidet, als unerheblich hinstellen, als Schicksal interpretieren, die Ursachen für ihre Entstehung sich selbst zurechnen, sie als unabänderlich hinnehmen. Erst wenn die Probleme als zu beseitigender Mißstand bezeichnet, Verantwortlichkeiten extern zugerechnet, Wege der Veränderung aufgezeigt und Hoffnungen auf Veränderbarkeit plausibel begründet werden, können Unzufriedenheiten zum Ausgangspunkt von Aktionen werden. Es ist notwendig, die Situation, in der sich die Handelnden befinden, zu interpretieren, ihr durch Deutung eine Bedeutung zuzuweisen,<sup>30</sup> die Betroffenen auf Handlungsmöglichkeiten hinzuweisen, ihre „kognitive Befreiung“ (McAdam 1982) zu bewirken, sonst kommt es nicht zur Partizipation am Protest (Snow et al. 1986: 464). Das heißt, der Framing-Ansatz geht davon aus - und darin unterscheidet er sich vom Ressourcenmobilisierungsmodell -, daß Ideen eine aktive Wirkung auf kollektives Handeln ausüben vermögen und daß der Rekurs auf sie zur Mobilisierung von Protestteilnehmern unbedingt erforderlich ist. Im einzelnen unterscheiden die Vertreter des Framing-Ansatzes drei Framing-Strategien: a) Diagnostic framing „involves identification of a problem and the attribution of blame or causality“, b) prognostic framing „is not only to suggest solutions to the problem but also to identify strategies, tactics, and targets“, c) motivational framing umfaßt „the elaboration of a call to arms or rationale for action that goes beyond the diagnosis and prognosis“ (Snow/Benford 1988: 200ff.). Mit Hilfe dieser Framing-Strategien versuchen die Bewegungsunternehmer, ihre Anhänger zu kollektiven Aktionen zu motivieren, neue Anhänger zu gewinnen und ihre eigenen Aktivitäten in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Framing-Strategien haben also eine Funktion sowohl nach außen als auch nach innen. Dabei stehen die sozialen Bewegungen im Wettbewerb mit anderen Bewegungen und Organisationen, die ebenfalls Angebote zur Deutung der Welt und ihrer Veränderung unterbreiten. Um Anhänger und Unterstützer zu gewinnen, bedienen sich die Bewegungen unterschiedlicher Mittel: Sie greifen übereinstimmende Wirklichkeitsdeutungen auf (frame bridging), knüpfen an allgemein anerkannte Werte wie etwa Gerechtigkeit oder Freiheit an, idealisieren sie und weisen ihre Verletzung auf (frame amplification), sie weiten ihre Wirklichkeitsdefinition aus (frame extension) usw. (Snow et al. 1986). Die unterschiedlichen Typen der Rahmungsprozesse dienen dazu, zwischen Situation und Aktion zu vermitteln. Das heißt, es handelt sich bei ihnen um Formen strategischen Han-

<sup>30</sup> Hier knüpft der Framing-Ansatz seinem eigenen Anspruch nach an Goffman (1977) an.

delns. Es läßt sich aber durchaus fragen, ob Framing in jedem Falle aus strategischen Gründen vorgenommen wird oder ob Deutungsprozesse nicht auch unkalkuliert und teilweise sogar vorrational ablaufen, schließlich ist Framing ja nicht nur für das zu gewinnende Publikum von Bedeutung, sondern auch für die Anhänger selbst.

In derselben Spannung wie Framingprozesse steht auch die kollektive Identität sozialer Bewegungen. Unter kollektiver Identität versteht die Bewegungsforschung das Bewußtsein der Einheit einer Bewegung, die auf der Grundlage der Unterscheidung Wir/Sie hergestellt wird (Hellmann 1998: 19). Dabei können als Identifikationsobjekte nationale, ethnische, politische, kulturelle Merkmale ebenso dienen wie Klassen-, Milieu- oder Schichtzugehörigkeiten. Oft bedarf es der Tradierung von Gründungsmythen, Legenden, Heldenerzählungen, um die Gemeinschaft der Betroffenen zusammenzuhalten (Hunt/Benford 1994). Aber auch Rituale, Symbole, Sprachstile, Kleidungsmoden, Lebensgewohnheiten und Routinen dienen nicht selten zur Abgrenzung von anderen Gruppierungen (Hellmann 1998: 19). Wie im Falle der Framing-Prozesse handelt es sich auch bei der kollektiven Identität einerseits um das Ergebnis von Konstruktionsleistungen, andererseits aber auch um gewachsene Traditionen. Ebenso weisen Framing und Collective Identity sowohl Außenbezüge als auch Innenbezüge auf. Kritisch ist gegenüber beiden Ansätzen jedoch anzumerken, daß sie die Umweltfaktoren für die Generierung von Protest unterbewerten.

#### 1.2.4. Die bewegungsexternen Bedingungen der Möglichkeit von Protest: Der Political Opportunity Structure-Ansatz

Auch wenn Deprivationserfahrungen vorliegen und Strategien der Mobilisierung und des Framing angewendet werden, ist damit das Zustandekommen von Protest noch nicht garantiert. Eine weitere wichtige Voraussetzung für seine Entstehung besteht darin, daß die gesellschaftlichen Strukturen eine gewisse Offenheit besitzen, so daß sie überhaupt Gelegenheit zum Protest bieten. Die Bewegungsforschung spricht von political opportunity structures. Darunter versteht der Begründer des Political Opportunity Structure-Ansatzes, Peter Eisinger (1973: 25) „the degree to which groups are likely to be able to gain access to power and to manipulate the political system“. Dabei gilt, daß stark geschlossene Systeme soziale Bewegungen unterdrücken, extrem offene hingegen dazu tendieren, sie zu assimilieren. Zwischen dem Grad der Offenheit der politischen Gelegenheitsstrukturen und Protestmobilisierung besteht also ein kurvilineares Verhältnis. Am meisten profitieren Protestbewegungen von einem mittleren Grad der Offenheit oder genauer

von der Gleichzeitigkeit, ja dem Gegeneinander und Nacheinander von Öffnung und Schließung.

Wie Herbert Kitschelt (1986: 62) zu Recht bemerkt, ist die von Eisinger vorgenommene Bestimmung des Begriffs der Gelegenheitsstrukturen zwar nützlich, aber einseitig. „The other side of the coin is that the capacity of political systems to convert demands into public policy also affects social movement mobilization.“ Nicht nur die Verantwortlichkeit des politischen Systems, die *input side*, sondern auch die *output side*, die Effektivität des politischen Systems beeinflusst die Durchsetzungschancen sozialer Bewegungen. Es ist klar, wenn das politische System relativ offen ist, wenn es demokratisch ist, wenn in ihm Exekutive und Legislative getrennt sind, wenn es eine zentrifugale Struktur aufweist, über Mechanismen zur Berücksichtigung externer politischer Forderungen verfügt usw., dann besteht für soziale Bewegungen keine Notwendigkeit, ihre Forderungen konfrontativ vorzutragen, dann können sie ihre Ziele politisch einbringen, und es ist nicht auszuschließen, daß sie sich an das politische System weitgehend anpassen. Aber auch wenn das politische System besonders durchsetzungsfähig ist, wenn der Staatsapparat zentralisiert ist, die ökonomischen Ressourcen und Entscheidungsbefugnisse politisch kontrolliert werden, der Machtapparat über viele Sanktionsmittel verfügt und ein hohes Maß an Repressivität aufweist, hat dies einen Einfluß auf die Generierung von Protest. Dann sinken die Mobilisierungschancen und gleichzeitig tendiert der Protest zur Konfrontation (Kitschelt 1986: 63ff).

Andere Vertreter des Political Opportunity Structure-Ansatzes machen weitere Dimensionen der politischen Gelegenheitsstrukturen aus, etwa die Stabilität oder die Gespaltenheit der Eliten, das Vorhandensein oder die Abwesenheit von Verbündeten der sozialen Bewegungen unter den Eliten, Konfliktstrukturen usw. (vgl. Kriesi et al. 1992; Tarrow 1994; Rucht 1996). So faßt McAdam (1996: 27) die unterschiedlichen Dimensionen in einer von ihm aufgestellten Liste folgendermaßen zusammen:

- „1. The relative openness or closure of the institutionalized political system,
2. The stability or instability of the broad set of elite alignments that typically undergird polity,
3. The presence or absence of elite allies,
4. The state's capacity and propensity for repression“.

Bei genauer Betrachtung lassen sich diese unterschiedlichen Dimensionen jedoch auf Kitschelts Unterscheidung zwischen *input side* und *output side* zurückführen. Entscheidend für die Beurteilung der Gelegenheitsstrukturen in einer Gesellschaft ist dann also, wie offen oder geschlossen das politische System und wie durchsetzungsfähig und stabil oder fragmentiert und

schwach es ist. Dabei wird in Aufnahme von Ideen des Framing-Ansatzes gelegentlich betont, daß die Nutzung von gegebenen politischen Chancen daran gebunden ist, daß man sie als solche auch subjektiv wahrnimmt (Tarrow 1991).

Gelegenheitsstrukturen, so behaupten Vertreter dieses Ansatzes, seien für die Entstehung von politischem Protest ebenso notwendig wie strukturelle Spannungen, relative Deprivation, Ressourcenmobilisierung, kollektive Identität und Framing. Während die Ansätze der Resource Mobilization, des Framing und der Collective Identity mikrosoziologisch orientiert sind und das Engagement der Protestakteure betonen, besitzen die anderen vorgestellten Ansätze eine stärkere meso- bzw. makrosoziologische Ausrichtung und stellen mehr die Umweltfaktoren als entscheidend für das Aufkommen von Protestbewegungen heraus. Aus ihrer Sicht werden Aufstände, Unruhen, Proteste, Revolutionen oft weniger durch die Aktivitäten von Protestierenden verursacht als durch die Anfälligkeit und Schwäche des Systems. Sollen die Proteste hingegen eine gewisse zeitliche Dauer gewinnen, dann sind sie wiederum stärker auf Ressourcenmobilisierung und Framing angewiesen. In einem solchen Falle stellen structural strains und political opportunity structures zwar eine notwendige Voraussetzung dar, nicht aber eine hinreichende.

Die hier vorgestellten Ansätze der Bewegungsforschung werden in der jüngeren Forschung kaum noch isoliert verwendet. Es wird zu prüfen sein, inwieweit sie zur Erklärung des Aufkommens der politisch alternativen Gruppen in der DDR tauglich sind. An dieser Stelle aber ist zu klären, ob es sich bei diesen Gruppierungen überhaupt um eine soziale Bewegung handelt.

Im Anschluß an Dieter Rucht (1994: 338f) sei hier eine soziale Bewegung verstanden als „ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“. Soziale Bewegungen zeichnen sich also nicht nur durch die Verfolgung bestimmter Ziele, durch eine gewisse Dauer und durch eine kollektive Identität aus, sondern vor allem durch Mobilisierungsfähigkeit und durch öffentliche Resonanz. Niklas Luhmann (1996: 186) siedelt daher die Emergenz sozialer Bewegungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene an. Sie besitzen eine auffällige Nähe zu den Massenmedien und gelangen erst dann über den Status einer Randerscheinung hinaus, wenn es ihnen gelingt, Anhänger zu mobilisieren und öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen (190). Aufgrund des Mangels anderer Ressourcen sind dies die beiden zentralen Mittel, die Protestbewegungen aufzubieten vermögen. Betrachtet man auf dem Hinter-

grund dieser Bestimmung die politisch alternativen Gruppierungen in der DDR, dann wird man kaum behaupten können, daß es sich bei ihnen um eine soziale Bewegung gehandelt hat. Dazu mangelte es ihnen an Mobilisierungsfähigkeit und an öffentlicher Resonanz. Gewiß waren sie über Jahre hinweg um eine stärkere Vernetzung ihrer Aktivitäten, um die Ausweitung ihrer Resonanz in der Bevölkerung und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit bemüht. Auch wenn sie im Laufe der Jahre immer weitere Kreise der Bevölkerung anzusprechen und sich partiell über den Status von Randgruppen zu erheben vermochten, waren sie jedoch nie in der Lage, eine gewisse Aufmerksamkeitsschwelle zu überschreiten und gesamtgesellschaftliche Bedeutsamkeit zu erlangen. Sie blieben marginal trotz der vergleichsweise großen Aufmerksamkeit, die die westlichen Medien ihnen schenkten. Das heißt, man wird sie als Gruppen ansprechen müssen, die sich im Übergang zu einer sozialen Bewegung befanden,<sup>31</sup> diesen Übergang aber noch nicht vollzogen hatten.<sup>32</sup>

Gleichwohl läßt sich fragen, ob sich die Ansätze der Bewegungsforschung auf die politisch alternativen Gruppen in der DDR nicht anwenden und für die sozialwissenschaftliche Erklärung des Phänomens nutzbar machen lassen, geht es doch auch bei ihrer Analyse um die Erfassung der sozialen Ursprünge von Protest. Es ist eines der Anliegen dieser Studie, das Erklärungspotential der unterschiedlichen Ansätze der Bewegungsforschung anhand des Phänomens der alternativen Gruppen in der DDR zu testen. Deshalb nimmt die Argumentation immer wieder Bezug auf sie. Ein Resumé wird in der Zusammenfassung am Schluß der Arbeit gezogen.

### 1.3. Überlegungen zum Begriff Gruppe

In der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis hat es sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zunehmend eingebürgert, den Gruppenbegriff für die Bezeichnung von Kleingruppen zu reservieren. Im Unterschied zur Soziologie vor dem Zweiten Weltkrieg wird der Gruppenbegriff nicht mehr für alle möglichen sozialen Gebilde verwendet, von Freundesgruppen über Par-

31 Der an vielen Stellen anzutreffende unreflektierte Gebrauch der Begriffe Bürgerbewegung, oppositionelle Bewegung, Friedensbewegung, Menschenrechtsbewegung für die politisch alternative Gruppen (vgl. etwa U. Poppe 1995: 245; Neubert 1997: 335ff., 499, 526, 708, 722 u.ö.; Eckert 1999) bedarf also der Korrektur.

32 Im strengen Sinne läßt sich auch der Begriff der Szene nur eingeschränkt auf das Gruppenphänomen anwenden, denn zur Szene gehört die marktförmige Organisation von Angebot und Nachfrage (Schulze 1992). Von einem Markt politisch alternativer Angebote läßt sich angesichts der restriktiven Gesellschaftsverhältnisse in der DDR allerdings nicht sprechen.



teien bis hin zu Makrogruppen wie Nationen oder Klassen, sondern nur noch für die Gruppen, in denen ein unmittelbarer persönlicher Kontakt zwischen allen Gruppenmitgliedern möglich ist. Das Konstitutionsprinzip dieser Gruppen ist also die Möglichkeit der unmittelbaren Kommunikation und Interaktion (Homans 1960: 29). Die Grenzen der Gruppe werden durch die Möglichkeit wechselseitiger Wahrnehmung unter Anwesenden gebildet (Luhmann 1972: 248).

Damit ist der Gruppenbegriff eindeutig abgegrenzt vom Begriff der Organisation. Organisationen überschreiten den Bereich der unmittelbaren Wahrnehmung von Interaktionspartnern. Schon die höhere Zahl der Mitglieder einer Organisation macht es erforderlich, die Kommunikation zwischen ihnen zu formalisieren.<sup>33</sup> Kommunikation kann nicht mehr der Erreichbarkeit unter Anwesenden überlassen werden, sondern muß geregelt und selektiert werden. Das heißt, Kommunikation muß möglich sein, auch wenn man sich nicht trifft; und: Kommunikation braucht nicht mehr mit jedem Mitglied möglich zu sein, selbst wenn man sich gelegentlich trifft.<sup>34</sup> Der Verzicht auf die Notwendigkeit der Unmittelbarkeit der Interaktion bedeutet dann aber auch, daß nicht mehr so sehr die individuellen Seiten der Personen (ihr Charakter, ihre Körperlichkeit, Sympathie und Antipathie) in die Interaktion eingehen, sondern daß die Kommunikation auf bestimmte, oft relativ genau definierte Aspekte eingeschränkt wird und meist nur bestimmte standardisierte Qualitäten und Leistungen des Interaktionspartners nachgefragt werden.

Über das Kriterium der Unmittelbarkeit des sozialen Kontaktes ist der Gruppenbegriff vom Begriff der Organisation abgehoben. Was aber unterscheidet ihn vom Begriff der personalen Interaktion? Auch personale Interaktionssysteme setzen Wahrnehmbarkeit unter Anwesenden voraus, aber nicht jedes personale Interaktionssystem ist deshalb schon eine Gruppe. Damit aus Interaktionssystemen Gruppen werden können, muß die Möglichkeit zur Interaktion über einen längeren Zeitraum und/oder wiederholt gegeben sein (Voß 1988: 238, anders Schneider 1985: 25). In ihrer Dauerhaftigkeit unterscheiden sich Gruppen von einfachen Sozialsystemen vom Typus „Encounter“ (Neidhardt 1983b: 14). Nur wenn die Interaktionsprozesse eine gewisse Kontinuität gewinnen, kann eine Gruppe sich formieren. Der Gruppenbegriff besitzt folglich sowohl eine soziale als auch eine zeitliche Dimension.

33 Die Zahl der Interaktionsteilnehmer ist also nicht sekundär. Ab einer bestimmten Zahl von Interaktionsteilnehmern ist die direkte Interaktion nicht mehr möglich.

34 Vgl. Tyrell (1983: 79): In Organisationen hat nicht jeder zu jedem problemlos Zugang. In der Regel kommen Organisationen mit einem Minimum an unmittelbarer Kommunikation aus.

Friedhelm Neidhardt, Hartmann Tyrell und andere haben nun versucht, diesen noch recht formalen Gruppenbegriff durch Angabe weiterer Merkmale zu füllen. Friedhelm Neidhardt (1979: 642) sieht den Sinnzusammenhang von Gruppen nicht nur durch die Unmittelbarkeit ihrer Mitgliederbeziehungen und deren Dauerhaftigkeit bestimmt, sondern auch durch deren Diffusität. Ebenso wie Hartmann Tyrell geht es ihm darum, Luhmanns (1975) dreistellige Unterscheidung zwischen Interaktion, Organisation und Gesellschaft als den drei Konstitutionsebenen von sozialen Systemen durch einen vierten Systemtyp - soziale Gruppe - zu ergänzen und diesen Systemtyp in der Mitte zwischen Interaktion und Organisation zu plazieren.

Durch die Einführung des Diffusitätsbegriffes als zusätzlichem Definiensmerkmal grenzt Neidhardt seinen Gruppenbegriff jedoch nur ein weiteres Mal vom Organisationsbegriff ab und nähert ihn stärker dem Systemtyp Interaktion an. Diffusität meint, daß die Sozialbeziehungen zwischen den Mitgliedern nicht wie in Organisationen durch vorgegebene Sachzwecke und Organisationsziele strukturiert und rollenspezifisch definiert sind, sondern daß sie ein hohes Maß an Freiheit zwischen den Interagierenden zulassen und daher dem Persönlichen, der Eigenheit der Individuen eine besondere Chance einräumen (Neidhardt 1983b: 14). Ob die Beziehungen zwischen den Gruppenmitgliedern jedoch in jedem Falle durch Diffusität gekennzeichnet sind oder ob sich in Gruppen - vor allem wenn sie gemeinsame Aufgaben wahrnehmen - nicht auch spezifische Rollen und Statusunterschiede, die die Interaktionsmöglichkeiten zwischen den Gruppenmitgliedern stark einschränken, herausbilden können, muß gefragt werden. Die Möglichkeit der Herausbildung von funktionalen Differenzierungen und Rangordnungen will Neidhardt mit seinem Begriff der Diffusität ja auch nicht bestreiten. Der Diffusitätsbegriff will zunächst nichts weiter besagen, als daß diese funktionalen Differenzen und Rangunterschiede nicht durch Organisationsentscheidungen vorgegeben sind, sondern daß am Beginn des Gruppenprozesses diffuse Sozialbeziehungen stehen. Auf jeden Fall bleiben diese Sozialbeziehungen im Laufe der Gruppenentwicklung aber nicht diffus. Man könnte sogar sagen, daß aus sozialen Beziehungen in dem Maße eine Gruppe wird, in dem sie ihren anfänglich diffusen Charakter verlieren. Zweifellos gehört zum Prozeß der Gruppenkonstitution auch ein spontanes Element. Darin liegt das Recht der Anwendung des Diffusitätsbegriffes. Aber typisch für Gruppenverläufe ist, daß sich im Laufe der Zeit die Mitgliederbeziehungen spezifizieren. Das heißt, Diffusität kann ein Merkmal der sozialen Beziehungen in Gruppen sein, muß es aber nicht sein.

Hartmann Tyrell geht noch einen Schritt weiter und definiert „Zusammengehörigkeit als das tragende Prinzip des Systemtypus Gruppe“ (Tyrell 1983: 82). Dabei bezieht sich Zusammengehörigkeit, so Tyrell (ebd.), kei-

neswegs auf einen „beliebig auswechselbaren“ Kreis von Personen, sondern, wie ihre anspruchsvollsten Fälle Liebe, Ehe und Freundschaft deutlich machen, auf „bestimmte, singuläre Individuen“ und drängt daher „aufs Unmittelbarste, auf Interaktion, aufs Zusammenkommen und Zusammensein unter den Zusammengehörigen“ (83). Doch auch hier gilt, daß damit die Definition des Gruppenbegriffs dem Systemtypus Interaktion angenähert und vom Systemtypus Organisation abgehoben, aber durchaus keine definitorische Allgemeingültigkeit erreicht ist. Abgesehen davon, daß unklar bleibt - und möglicherweise unklar bleiben soll -, ob dem Begriff 'Zusammengehörigkeit' ein subjektiver oder ein objektiver Sinn zukommt, lassen sich Gruppen finden, für die das Gefühl der Zusammengehörigkeit von bestimmten Personen - der Begriff hat bei Tyrell wohl doch stärker subjektive Konnotationen - nicht konstitutiv ist. Unter den Gruppenbegriff fallen ja nicht nur zweckfreie Zusammenschlüsse, deren Sinnzusammenhang allein auf personalen Beziehungen beruht.<sup>35</sup> Als Gruppen sind auch Systeme personaler Interaktion zu fassen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen oder sich über ihre funktionale Orientierung definieren, zum Beispiel eine Stadtteilinitiative, eine Sportmannschaft, ein Forschungsteam oder ein Kinderbetreuungskreis. In solchen Gruppen kann das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit tragend sein, muß es aber nicht sein. Genauso ist denkbar, daß man sich primär um der Erfüllung einer bestimmten gemeinsamen Aufgabe willen zusammensetzt und das Zusammengehörigkeitsbewußtsein dahinter zurücktritt. Ebenso wie der Begriff der Diffusität ist also auch das Gefühl personaler Zusammengehörigkeit kein notwendiges Definitionsmerkmal von Gruppen. Erforderlich für die Gruppendifinition sind nach unseren bisherigen Überlegungen allein der Begriff der unmittelbaren Interaktion und deren Dauerhaftigkeit.

Heißt das, daß die beiden angegebenen Merkmale zur Gruppendifinition bereits ausreichen, daß sich also Gruppen in jedem Falle bilden, wenn sich unmittelbare Kommunikationen mehrfach wiederholen? Diese Frage ist eindeutig zu verneinen. Gruppen sind nicht bloße Ballungen von sozialen Prozessen - darauf hat bereits René König (1983: 50) hingewiesen -, sie sind

35 Im Gegenteil. Dort wo der Sinnzusammenhang einer Gruppe ausschließlich auf personalen Beziehungen beruht, handelt es sich wahrscheinlich gerade nicht um eine Gruppe, denn rein persönliche Beziehungen kann es nur in einer Dyade geben. Tritt zu zwei Interaktionspartnern ein dritter hinzu, verändert sich das Beziehungsgefüge grundsätzlich. Es entsteht nun so etwas wie Öffentlichkeit. In die Zweierbeziehung mischt sich eine dritte unabhängige Instanz, die als Schiedsrichter zwischen den beiden anderen auftreten und einen der beiden in die Isolation treiben kann (Simmel 1908). Es bilden sich Mehrheiten aus, die man gewinnen oder verlieren kann. Das heißt, es ist jetzt auch möglich, Politik zu betreiben, ja sogar Geheimdiplomatie. Angesichts dieser Möglichkeiten, die sich mit einer Erweiterung der Interaktionspartner über die Zweierzahl ergeben, scheint es sinnvoll zu sein, Gruppen von der intimen Zweierbeziehung zu unterscheiden und erst ab einer Triade von Gruppen zu sprechen.

mehr als Interaktionsverdichtungen. Worin dieses 'Mehr' allerdings besteht, darüber herrscht keineswegs Klarheit.

Beachtet man indes, daß die Fortsetzung von Interaktionen in der Zeit durchaus nicht selbstverständlich ist, sondern daß Interaktionsprozesse äußerst labil und abbruchsgefährdet sind, dann wird klarer, worin dieses 'Mehr' bestehen könnte. Offenbar bedarf es zur Kontinuierung von unmittelbarer Interaktion einer Integrationsleistung, die sicherstellt oder zumindest äußerst wahrscheinlich macht, daß man immer wieder zusammenkommt. Die Wiederholung von Interaktionen kann ja nicht allein dem Zufall überlassen werden. Es sind zeitliche und räumliche Planungen erforderlich, vielleicht auch thematische und personelle Absprachen. Das heißt, damit es zur Gruppenbildung kommt, bedarf es der Mobilisierung von Teilnahmemotiven. Die Teilnahmemotive können im einzelnen stark voneinander differieren. Es kann sein, daß man sich immer wieder zusammensetzt, weil man sich zusammengehörig weiß, oder daß man sich wiederholt trifft, weil man eine gemeinsame Aufgabe erfüllen will oder weil man sich vorgenommen hat, sich mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen, oder weil man gemeinsame Interessen hat oder auch weil man sich halt schon immer getroffen hat. Die hier eingenommene funktionale Perspektive erlaubt es, nicht nur das Problem, mit dem Gruppen umgehen müssen und von dem sie im Unterschied zu stärker formalisierten Sozialgebilden ganz besonders betroffen sind, zu benennen, sondern auch unterschiedliche Problemlösungen ins Auge zu fassen und miteinander zu vergleichen.

Der Vorschlag, den ich hier unterbreiten möchte, lautet nun, darauf zu verzichten, allein das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit als Integrationsmodus von Gruppen anzusehen. Typisch für Gruppen ist auch, daß sie sich ein gemeinsam interessierendes Thema suchen oder daß sie sich um eine gemeinsame Aufgabe herum bilden. Neben dem sozialen sollte man also auch einen sachlichen und (mit gewissen Einschränkungen) vielleicht sogar einen zeitlichen Integrationsmodus zulassen. Welcher der drei angeführten Integrationsmodi dominiert, kann für die Erklärung des Bestandes einer Gruppe äußerst aufschlußreich sein. Dominiert beispielsweise die soziale Dimension, dann heißt das zunächst, daß die Bestandserhaltung der Gruppe vor allem durch die Personhaftigkeit und Unmittelbarkeit der Sozialkontakte gewährleistet wird und daß die Sach- und Zeitdimension, etwa die Wahl des Kommunikationsthemas oder der Zukunftsperspektive, dahinter zurücktritt. Weiterhin bedeutet Dominanz der Sozialdimension, daß in den Gruppen Hierarchisierung und Rollenspezifikation, auch wenn sie in der Regel wohl nicht fehlen, nur schwach ausgebildet sind, daß Egalität zwischen den Mitgliedern angestrebt wird und daß das Gruppenmitglied tendenziell in seiner vollen Personhaftigkeit und Individualität in die Grup-

penbeziehungen eingeht, also auch nur schwer auswechselbar ist. Dominanz der Sozialdimension bedeutet freilich nicht, daß die angestrebte personale Nähe und Übereinstimmung zwischen den Gruppenmitgliedern auch erreicht wird. Auch in primär sozial integrierten Gruppen laufen Rollen- und Machtverteilungskämpfe ab. Ja, aufgrund der rollen- und statusspezifischen Unterstrukturierung können diese Macht- und Anerkennungskonflikte in primär sozial ausgerichteten Gruppen sogar besonders scharf ausfallen. Daß Zusammengehörigkeitsgefühl und personale Nähe die Grundlagen des Zusammenhalts primär sozial integrierter Gruppen bilden, ist also keineswegs ausgemacht. Vielmehr lassen sich personenorientierte Gruppen denken, in denen die wechselseitige Antipathie ebenso groß ist wie die gegenseitige Sympathie - was im übrigen den Zusammenhalt nicht ausschließen muß, denn auch Konflikte können integrierend wirken. In solchen Gruppen können gerade aufgrund der besonderen emotionalen Nähe die persönlichen Spannungen und Empfindlichkeiten so groß werden, daß schließlich ein Bedürfnis nach der Regelung von Zuständigkeiten, nach Einrichtung von Kommunikationsverfahren, nach Distanz durch Formalisierung der Kontakte entsteht.

In Gruppen, in denen die Sachdimension dominiert, wird die Integration der Gruppe stärker durch Orientierung an der gemeinsamen Aufgabe und dem gemeinsam bearbeiteten Thema garantiert. In ihnen erfordert die Zweckorientierung eine stärkere Ausbildung von Aufgabenverteilungen und Rangordnungen, während der Bedarf am Einsatz der ganzen Person zugunsten ihres rollenspezifischen Engagements zurückgeht. Gleichzeitig ist denkbar und in hohem Maße wahrscheinlich, daß auch in primär sachlich ausgerichteten Gruppen im Laufe der Zeit personale Beziehungen entstehen. Viele Arbeitsaufgaben lassen sich nicht so genau abgrenzen, manche lassen sich auch nur im Team erfüllen, so daß ein personaler Grundkonsens für die Erfüllung des gemeinsamen Zieles sinnvoll und manchmal geradezu unumgänglich ist.

Sozialer und sachlicher Integrationsmodus müssen aber nicht im Verhältnis wechselseitiger Entlastung zueinander stehen. Charakteristisch dürfte vielmehr sein, daß zwischen emotionaler Personenbeziehung und sachlicher Zweckorientierung eine Spannung besteht. Interessant ist, wie Gruppen mit diesem Spannungsverhältnis umgehen. Wie verhalten sich Gruppen, wenn eine Person, die emotional integriert ist, aufgrund mangelnder Kompetenz die Erreichung des Gruppenzieles gefährdet oder wenn eine fachlich hochqualifizierte Person sich emotional nicht in die Gruppe einfügt, wenn Freundschaftsbeziehungen Fehlverhalten absichern oder Antipathien Lernprozesse verhindern (Neidhardt 1983c: 563), wenn die Verfolgung eines gemeinsamen Zieles den emotionalen Haushalt der Gruppe überfordert oder

das Gefühl personaler Übereinstimmung die Festsetzung von formalen Regelungen blockiert? Es ist aufschlußreich, ob Gruppen in solchen Fällen der sachlichen Aufgabenorientierung oder der emotionalen Personenbeziehung den Vorzug geben. Dabei wird eine Gruppe um so stabiler sein, je mehr sich personale und sachliche Orientierung wechselseitig ergänzen und unterstützen. Das heißt nicht, daß die Stabilität einer Gruppe nur dann gewährleistet ist, wenn zwischen sozialer und sachlicher Orientierung ein Gleichgewicht besteht, denn das würde dem Sachverhalt, daß Gruppen ganz unterschiedliche Integrationsmodi haben können, ja gerade widersprechen. Wohl aber wird man sagen können, daß der für Dyaden immerhin denkbare Fall, daß die Beziehungen zwischen den beteiligten Personen bloß auf persönlicher Präferenz beruhen, sowie der für Organisationen ebenso vorstellbare Fall, daß sie allein sachlich bestimmt sind, bei Gruppen typischerweise nicht anzutreffen ist. Gruppen sind also - und das scheint für sie konstitutiv zu sein - in der Regel Gebilde einer in unterschiedlichen Anteilsverhältnissen auftretenden Mischung von sachlichen und persönlichen Orientierungen.

Die nicht auszuschließende Möglichkeit, daß die Integration der Gruppe allein in der zeitlichen Dimension erfolgt, wird wohl nur bei einem Zurücktreten des sachlichen oder sozialen Integrationsmodus eintreten. Wenn man sich längere Zeit aus sachlichen oder persönlichen Gründen getroffen hat, dann ist denkbar, daß eine Zeit kommt, in der man sich trifft, weil man sich immer getroffen hat, auch wenn man sich nichts mehr zu sagen hat oder die persönlichen Beziehungen erkaltet sind.

Die Frage, die hinter der Frage nach dem Integrationsmodus steht, ist die nach dem Verhältnis von individuellem Gruppenmitglied und Gruppe. Wo das Zusammengehörigkeitsbewußtsein als Definitionsmerkmal von Gruppen behandelt wird, taucht diese Frage als Problem nicht auf. Für Hartmann Tyrell ist klar, daß in einer Gruppe das einzelne Mitglied in seiner unverwechselbaren Individualität gemeint ist und daher auch nicht gegen eine andere Person ausgetauscht werden kann. Tatsächlich aber überleben Gruppen sehr häufig die Auswechslung einzelner ihrer Mitglieder, was nicht heißt, daß eine solche Auswechslung ohne Folgen bleibt, und oft ist auch nicht hinreichend klar, wer denn nun wirklich zur Gruppe gehört und wer nicht. Möglicherweise sehen das die einzelnen Gruppenmitglieder auch sehr verschieden, und der jeweils Betroffene hat noch einmal eine andere Meinung dazu. Zusammengehörigkeit setzt klare Gruppengrenzen voraus, während tatsächlich bei einer Vielzahl von Gruppen die Grenzen eher fließend sind. Nicht große, sondern geringe Kohäsionskraft scheint kennzeichnend für Gruppen zu sein. Sie sind bedroht durch die Zeit: Freundschaften können fad werden, das Interesse an einem Thema kann erlahmen. Sie sind bedroht durch die Umwelt, die sie strukturell kaum stützt, ja, die Kräfte

abzieht und anderswo zu binden vermag, denn jeder ist immer auch in anderen Kontexten tätig und kann anderes interessanter und wichtiger finden. Und sie sind bedroht durch sich selbst: durch das relativ hohe Maß an Spontaneität und Emotionalität, auf das sie gleichzeitig doch auch nicht verzichten können. Gruppen müssen ihren Bestand gegen das Vergehen von Zeit, gegen das Anderssein der Umwelt und gegen ihre eigene Unterstrukturiertheit behaupten. Wo ihnen das aber gelingt, dort sind die Gruppenmitglieder häufig nicht nur durch emotionale Beziehungen oder sachliche Anliegen miteinander verbunden, sondern auch durch gemeinsame Wertorientierungen und Einstellungen, ähnliche Situationsdefinitionen und Selbsteinschätzungen, oft auch durch eine gemeinsame Kultur der Lebensgewohnheiten und Lebensstile und durch ein starkes Wir-Gefühl.

Gruppen sind nicht nur abhängig von ihren internen Verhältnissen, sondern werden auch besonders stark durch ihre soziale Umwelt geprägt.<sup>36</sup> Oft verweist ihre Entstehung auf bestimmte gesellschaftliche Umstände, so daß an der Spezifik der Gruppen auch die Spezifik bestimmter Gesellschaftsverhältnisse erkennbar ist.<sup>37</sup> Gruppen können zur Gesellschaft im Verhältnis der Entsprechung oder auch im Verhältnis des Kontrastes stehen. Beides hat einen großen Einfluß auf den Ablauf der internen Gruppenprozesse, denn im ersten Fall werden die Gruppen eine Tendenz zur Öffnung gegenüber der Gesellschaft aufweisen, im zweiten hingegen eine Tendenz zur Abschließung. Wenn von politisch alternativen oder oppositionellen Gruppen gesprochen wird, wie wir das hier immer wieder getan haben, dann ist damit also zugleich behauptet, daß diesen Gruppen aufgrund ihrer Abweichung von den Werten und Normen des offiziellen politischen Systems eine Tendenz zur sozialen Abgrenzung eignet. Dabei ist das, was als politisch alternativ oder oppositionell gilt, in hohem Maße abhängig von der Definition des Politischen. Wenn wir es wie in der DDR mit einem repressiven politischen System, das die Grenzen des Zulässigen eng definiert, zu tun haben, dann wird der Begriff des Alternativen, des Oppositionellen, Wider-

36 Die Abhängigkeit von Gruppen von ihrer sozialen Umwelt ist durch eine Vielzahl von Untersuchungen belegt. Hermann Giesecke (1981) zum Beispiel wies nach, daß die Jugendbewegung im Laufe ihrer Geschichte mehrfach ihren Charakter änderte: Im Wilhelminischen Kaiserreich war sie kritisch-emanzipativ, in der Weimarer Republik war sie eher ein Ort des Rückzugs gegenüber der Überkomplexität der Welt, im Dritten Reich verstärkten sich wiederum ihre kritischen Züge.

37 Gruppen entstehen erst in der Neuzeit massenhaft. Offenbar tritt mit der Erhöhung des Komplexitätsniveaus der Gesellschaft ein gesteigerter Nahweltbedarf auf (Luhmann 1982: 16f.). Diese Nahwelten können angesichts der sich differenzierenden Gesellschaft emotionale Stabilisierung leisten und Verhaltensunsicherheiten ausgleichen (König 1983); sie können angesichts gesellschaftlicher Überintegration auch Vielfalt und Destabilisierung bieten (Gerhards 1993: 351). Wahrscheinlich neigen sie dazu, Gegenstrukturen auszubilden, um das prekäre Verhältnis von Integration und Differenz in Balance zu bringen (ebd.).

ständigen relativ breit ausfallen. In der DDR konnte es schon als staatsfeindlich und oppositionell gelten, wenn man vor einem Kino Luftballons mit der Aufschrift „Sputnik“ aufsteigen ließ, mit einer polnischen Fahne am Fahrrad durch die Straßen fuhr, mit einer Kerze vor der Kirche stand oder lange Haare trug. Angesichts einer solchen Inflation des Oppositionsbegriffes, scheint es erforderlich, genauer zu bestimmen, was unter „oppositionell“, „politisch alternativ“, „widerständig“, „feindlich“ oder „protestativ“ zu verstehen ist.

#### 1.4. „Oppositionell“, „politisch alternativ“, „widerständig“ - begriffliche Klärungen

In der Forschung zum abweichenden Verhalten in der DDR werden die Begriffe Opposition, Dissidenz, Widerstand, Protest usw. äußerst unterschiedlich gebraucht. Christoph Kleßmann (1991: 52f.) unterscheidet Opposition und Dissidenz und definiert Opposition als „eine zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden politischen Linie“, während er unter Dissidenz „ein eher diffuses und schwer faßbares Phänomen“ von Abweichung versteht. Ilko-Sascha Kowalczyk (1995a: 90) spricht von Widerstand oder Opposition, wenn der „allumfassende Herrschaftsanspruch in Frage gestellt“ wird, und unterscheidet vier Grundtypen von Widerstand oder Opposition:

- „1. gesellschaftliche Verweigerung,
2. sozialer Protest,
3. politischer Dissens und
4. Massenprotest“ (97).

Die Ökologie-, Frauen-, Totalverweigerungs- und Friedensgruppen ordnet er in den Typ der politischen Dissidenz ein, der eine bewußte Form der Gegnerschaft darstelle und sich dadurch auszeichne, daß seine Vertreter die führende Rolle der SED hinterfragten (108, 110). Rainer Eckert (1999: 15) kritisiert den synonymen Gebrauch von Widerstand und Opposition bei Kowalczyk und schlägt vor, eine Unterscheidung zwischen Widerstand, Opposition und Resistenz vorzunehmen, wobei Widerstand „den prinzipiellen Kampf gegen die Herrschaft der SED mit dem Ziel ihrer Beseitigung, Opposition die relativ offene, zumindest zeitweilig und teilweise legale Ablehnung des Realsozialismus bzw. die Absicht zu seiner Reform und schließlich Resistenz ein nicht der Norm entsprechendes Verhalten im Alltag, passiven Widerstand, Selbstbehauptung einzelner Personen und die Abweichung von der offiziellen Ideologie“ bezeichnet. Ehrhart Neubert (1997: 29) unter-

scheidet ebenfalls zwischen Opposition und Widerstand. „Opposition betrieben Gegner, wenn sie auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts die Machtträger zur Einhaltung dieser Normen und Rechtssetzungen zu veranlassen suchten, um deren Macht zu begrenzen“ (29). Im Unterschied dazu verzichtete der politische Widerstand seiner Definition zufolge auf die Wahl legaler Mittel und bezog seine Legitimität allein aus der Ablehnung des Herrschaftsregimes der SED (29, 31). Außerdem benutzt Neubert noch den Begriff des politischen Widerspruchs, um all jene Formen von politischer Gegnerschaft zu erfassen, die unterhalb der Schwelle zum politischen Widerstand und zur organisierten Opposition blieben, aber gleichwohl bewußte politische Abweichungen darstellten wie etwa die kritische Meinungsäußerung im Alltag oder der Widerspruch von Intellektuellen gegen die Kulturpolitik der SED (32f.). Andere Forscher (Stöver 1997; Bauerkämper 1998) greifen zur Bestimmung des Oppositions- und Widerstandsbegriffes ausdrücklich auf Ansätze aus den Forschungen zum Widerstand im Nationalsozialismus zurück, etwa auf die von Detlev Peukert (1982: 97f.) entwickelte Stufenfolge von Nonkonformität, Verweigerung, Protest und Widerstand oder auf die Bestimmung des Begriffes Resistenz durch Martin Broszat (1981: 697), der darunter „ganz allgemein: wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her“ versteht.

Das Problem all dieser Bestimmungsversuche besteht darin, daß sie für die jeweils vorgenommene Unterscheidung von Devianzformen häufig äußerst unterschiedliche Kriterien heranziehen. So benutzt Ehrhart Neubert die Legalität der Mittel als Unterscheidungskriterium, um Widerstand und Opposition voneinander abzuheben, verwendet den Begriff des politischen Widerspruchs aber zugleich als eine Residualkategorie, in die alle schwächeren Formen der Abweichung hineinfallen, ohne daß erkennbar wird, in welchem Verhältnis der politische Widerspruch zur Legalitätsproblematik steht. Rainer Eckert grenzt Widerstand und Opposition durch Bezug auf die jeweils verfolgten Zielvorstellungen ab. Von Widerstand spricht er, wenn die Beseitigung der SED-Herrschaft angestrebt wird, von Opposition, wenn das Ziel in der Reformierung des Realsozialismus besteht. Mit der Bestimmung des Resistenzbegriffes wechselt er dann allerdings auf die Verhaltenzebene und bezeichnet mit ihm Formen des Verhaltens, die der offiziellen Norm nicht entsprechen - eine Bestimmung, die ja auch bereits auf die beiden anderen Devianzformen zutrifft. Konsequenter ist die Typologie von Christoph Kleßmann, da dieser seiner Unterscheidung nur ein Kriterium - das des Organisationsgrades abweichenden Verhaltens - zugrunde legt. Und konsequent ist auch die Stufenfolge von Detlev Peukert, der die einzelnen

Formen von Devianz von dem unterschiedlichen Maß an widerständiger Energie abhängig macht.

Als Kriterien für die Unterscheidung differierender Devianzformen können herangezogen werden: der Organisationsgrad des abweichenden Verhaltens, die Reichweite der Ziele, die die widerständigen Akteure verfolgen, die Form des Mitteleinsatzes, die gesellschaftliche Wirksamkeit und Funktion des abweichenden Verhaltens, unabhängig von der Motivlage, sowie das Maß der widerständigen Energie. Welches Kriterium auch immer gewählt wird, in jedem Falle sollte man sich in der Bestimmung des Oppositions- oder Widerstandsbegriffes nicht abhängig machen vom Selbstverständnis der Akteure. Die politisch alternativen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen in der DDR zum Beispiel haben sich großteils nicht als Opposition verstanden (Knabe 1990a: 21; U. Poppe 1995: 247ff.). Dennoch haben sie im zwangshomogenisierten Machtsystem der DDR natürlich oppositionell gewirkt. Andererseits sollte man den Oppositionsbegriff aber auch nicht allein an die Wirksamkeit oder Funktion abweichenden Verhaltens knüpfen, denn gerade in einem repressiven politischen System gelten oft Handlungsweisen als oppositionell, die gar nicht oppositionell gemeint sind. Der Oppositionsbegriff sollte also die Mitte zwischen Eigendefinition und Fremdperspektive halten und sowohl das Selbstverständnis der Handelnden als auch die gesellschaftliche Außenwirkung ihres Handelns berücksichtigen.

Der Oppositionsbegriff eignet sich in mancherlei Hinsicht sehr gut, um das Phänomen der politisch alternativen Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensgruppen zu erfassen. Diese Gruppen erstrebten nicht die Abschaffung des realsozialistischen Systems der DDR, sondern seine Reformierung und bedienten sich dabei weitgehend legaler Mittel. Insofern stellten sie keine Widerstandsgruppen dar, die das System im ganzen ablehnen und zur Verfolgung ihrer Ziele die Überschreitung legaler Handlungsgrenzen nicht scheuen. Sie waren organisiert und unterschieden sich insofern auch von spontanen Formen der Devianz. Und sie übten im institutionell zentralisierten Zwangssystem der DDR, in dem für Opposition kein legaler Platz vorgesehen war, gesellschaftliche und politische Kritik und unterschieden sich insofern von bloßer Verweigerung oder passiver Resistenz.

Gleichzeitig bringt der Gebrauch des Oppositionsbegriffes aber auch einige Schwierigkeiten mit sich, und dies nicht nur deshalb, weil viele der politisch alternativen Gruppierungen in der DDR sich nicht als Opposition verstanden. Ein weiteres Problem besteht darin, daß der Begriff der Opposition eigentlich an die Existenz einer parlamentarischen Demokratie gebunden ist und in diesem den politischen Gegenspieler zur Regierung bezeichnet, der formalrechtlich die gleichen Chancen hat, an die Macht zu gelan-

gen, wie die regierenden Parteien. In der DDR indes mangelte es nicht nur an einem parlamentarischen System; die politisch alternativen Gruppen hatten auch gar nicht die Absicht, die politische Macht zu erringen (U. Poppe 1995: 261f.). Außerdem hielten sich nicht alle von ihnen an die gesetzlich gegebenen Grundlagen des DDR-Systems. Manche arbeiteten zumindest partiell konspirativ, zum Beispiel was ihre Kontakte zu westlichen Journalisten oder die Dokumentation und Weitergabe brisanten Materials anging, manche riskierten den begrenzten Konflikt mit der Staatsmacht. Die *Initiative Frieden und Menschenrechte* zum Beispiel hatte es zu ihrem Handlungsgrundsatz erklärt, „noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden“, wie etwa das Recht auf Herausgabe unabhängiger Publikationen (Hirsch 1988: 232). Der Aufruf zur Demonstration oder die Infragestellung des Führungsanspruches der SED bedeuteten ebenfalls eine Verletzung der Gesetzlichkeit der DDR. Es ist zwar richtig, daß die meisten der Gruppen sich darum bemühten, sich im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen zu bewegen.<sup>38</sup> Dieses Bemühen hatte vor allem darin seinen Grund, daß die politisch alternativen Gruppen auf Dauer in der Öffentlichkeit handeln und sich nicht in den Privatraum zurückziehen wollten.<sup>39</sup> Wo aber die Möglichkeiten zur Umsetzung der Handlungsziele aufgrund gesetzlicher Bestimmungen behindert waren, fand man sich nicht selten auch bereit, diese Bestimmungen zu verletzen oder zu unterlaufen.<sup>40</sup> Daß es den oppositionellen Gruppen nur darum ging, die Machthaber zur Einhaltung der von ihnen selbst geschaffenen Normen und Gesetze zu veranlassen, greift auf jeden Fall zu kurz. Wenn man den Oppositionsbegriff so versteht, ist er zu eng. Der Oppositionsbegriff ist aber auch in entgegengesetzter Hinsicht zu eng, denn manche Gruppen wie etwa einige Umwelt-, Wehrdienst- oder Amnestiegruppen verstanden sich noch nicht einmal als politische Gegner, ja operierten teilweise im vorpolitischen, nichtöffentlichen Raum und sind insofern nicht als oppositionell, sondern allenfalls als politisch alternativ anzusprechen. Dennoch dürfte der Begriff oppositionell zur Bezeichnung der Friedens- und Menschenrechtsgruppen nicht unangemessen sein, da die Mehrheit der Gruppen sich als politische Gegner verstand und zugleich gewillt war, die gesetzlichen Grundlagen des Systems zu respektieren. Die Bezeichnung politisch alternativ wiederum ist zu weit. Sie

38 Vgl. S. 148 und S. 201, bes. Anm. 221.

39 Vgl. etwa Eisenfeld 1988: 139: „In unserem Friedenskreis bestand Einigkeit darin, daß Friedensarbeit, die mit ungenehmigten öffentlichen Aktionen verbunden war, in der DDR kaum Aussicht auf Kontinuität und Dauer hat.“

40 Als Beleg vgl. etwa das Selbstdarstellungspapier der *Demokratischen Initiative* vom Februar 1989: „Wenn in betroffenen Konflikten die Möglichkeit der legalen Einflußnahme nicht zu einer allgemein akzeptablen Lösung führt, ist auch der Weg der gewaltlosen, symbolischen bzw. begrenzten Gesetzesverletzung möglich (Demonstration, Streik).“ (Archiv des Verf.; vgl. auch Mitter/Wolle 1990: 165)

trifft auch auf die subkulturellen Künstlermilieus, die literarischen Hauskreise oder jugendliche Lebensstilgruppen zu, die ihre Aktivitäten oft gar nicht politisch verstanden und nur aufgrund der eng definierten Handlungsgrenzen des politischen Systems den Begriff politisch alternativ verdienen. Der Begriff Basisgruppen, mit dem die Gruppen sich selbst häufig bezeichneten, trifft zwar die charakteristische Abgrenzung der Gruppen von aller Obrigkeit, ist aber ebenfalls zu unspezifisch, da damit auch kirchliche Gemeindekreise bezeichnet werden können. Und Begriffe wie widerständig, protestativ, emanzipativ usw. übergreifen gleichfalls zu viele Phänomene und können daher für die Bezeichnung der Gruppen ebenfalls nicht reserviert werden.

In dieser Situation bleibt nur die Möglichkeit, unterschiedliche Begriffe alternativ zu verwenden. Das Phänomen ist begrifflich nicht klar zu fassen. Es weist fließende Übergänge zu anderen Formen der Devianz auf und ist in sich selbst derart vielgestaltig, daß ein klarer Begriff seine Komplexität notwendigerweise verfehlen muß. Es wird daher wohl nicht falsch sein, die Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen in der DDR mit unterschiedlichen Begriffen zu belegen. Dieser unterschiedliche Begriffsgebrauch widerspiegelt die Mehrdimensionalität des Phänomens, das sich nicht nur über ein bestimmtes Kriterium von anderen Formen der Devianz abgrenzen läßt. Wenn hier unterschiedliche Begriffe wie „oppositionelle“ oder „politisch alternative“ Gruppen gebraucht werden, dann ist dies ein Reflex dieser im Phänomen selbst liegenden Mehrdeutigkeit. Begriffliche Eindeutigkeit anzustreben, hieße, das Phänomen in das Prokustesbett einer starren Kategorisierung zu pressen, die letztendlich nicht durchzuhalten ist.

Fassen wir die in diesem Kapitel vorgenommenen theoretischen Überlegungen zusammen, so können wir sagen, daß sich die Frage nach den gesellschaftlichen Entstehungszusammenhängen der Gruppen spezifizieren läßt zu den Fragen, wieso gerade unter den bewegungsunfreundlichen Verhältnissen der DDR politisch alternative Gruppierungen entstehen konnten, welche Rolle dabei spezifische gesellschaftliche Spannungen und Gelegenheitsstrukturen spielten, welchen Einfluß aber auch die Mobilisierungsanstrengungen und framing-Strategien der Gruppierungen selbst auszuüben vermochten. Darüber hinaus hat sich eine Reihe weiterer relevanter Forschungsfragen herausgeschält: die Frage nach der sozialen Struktur der Gruppen, ihrem Integrationsmodus, nach ihrem Institutionalierungsgrad sowie nach dem Verhältnis von Organisation und Gemeinschaft. Schließlich wollen wir auch die Frage nach dem Grad der gesellschaftlichen Abweichung von den Normen und Zielen des offiziellen Gesellschaftssystems sowie nach den Merkmalen, die die Gruppen als oppositionell oder widerständig oder politisch alternativ auszeichnen, im Auge behalten.

## 2. Zur Geschichte der politisch alternativen Gruppen in der DDR

Die politisch alternativen Friedens-, Umwelt-, Dritte/Welt- und Menschenrechtsgruppen gehörten zweifellos zu den am meisten beachteten gesellschaftlichen Phänomenen in der DDR. Aufgrund ihres teilweise spektakulären Auftretens und der entsprechenden Resonanz in den westlichen Medien schenkten nicht nur die evangelischen Kirchen, sondern auch die Organe des politischen Systems der DDR, allen voran das Ministerium für Staatssicherheit, ihrem Wirken hohe Aufmerksamkeit. Allein die Bevölkerung der DDR schien an den provokanten Aktionen der Basisgruppen, die sich selbst im „Brennpunkt der DDR-Geschichte“ sahen (Rüddenklau 1992: 12), nur wenig Anteil zu nehmen (Henkys 1989: 6). Sie hielt sich von den Aktivitäten der Gruppen fern, ja nahm sie häufig nicht einmal wahr.

Das politische Engagement der alternativen Gruppen gehörte nicht zur Organisationsgesellschaft DDR,<sup>41</sup> sondern bewegte sich außerhalb ihres Programms und ihrer Strukturen und damit außerhalb des offiziell anerkannten Bereichs. Während die Kirche auf der Bruchlinie zwischen offizieller und inoffizieller Gesellschaft agierte, handelten die politisch alternativen Gruppen eindeutig jenseits dieser Linie. Selbst dort, wo die Gruppen dieselben Vokabeln wie die Partei- und Staatsführung gebrauchten und sich beispielsweise auf Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit beriefen, erfüllten sie nicht die Mitgliedschaftsanforderungen der Organisationsgesellschaft, die zumindest die ausdrückliche Anerkennung der bestehenden Machtverhältnisse von ihnen verlangt hätte, und standen insofern 'draußen'. Im Sinne der staatlichen Administration galten ihre Handlungen stets als feindlich. Ob die Gruppenmitglieder Baumpflanzaktionen durchführten oder Flugblätter verteilten, ob sie einen Kinderladen eröffneten oder zur Demonstration aufriefen, ob sie ein Open-Air-Frühstück veranstalteten oder gesellschaftskritische Pamphlete verbreiteten, dem Sicherheitsapparat erschienen alle ihre Aktivitäten in gleicher Weise verdächtig. Sein wesentliches Anliegen bestand stets darin, sie zu attackieren und zu unterbinden.

Wollte der einzelne zur Organisationsgesellschaft dazugehören und mit von ihr verwalteten Leistungen, mit Stellen, Handlungskompetenzen, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten, versorgt werden, mußte er zu den politisch alternativen Gruppen Distanz halten. Das System ließ ihm durchaus die Möglichkeit des Rückzugs in die private Nische, sofern er bereit war, seine Loyalität gegenüber dem Staat äußerlich aufrechtzuerhalten und die

41 Vgl. Kap. 1.1., ausführlicher Pollack 1994: 56-77; 1998a.

dafür nötigen Erweise zu erbringen. Im Falle eines offen staatskritischen Verhaltens jedoch hatte er zwangsläufig mit Nachteilen und Repressionen zu rechnen. Daraus erklärt sich, warum trotz der in den achtziger Jahren zunehmenden Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage und der sich im Zusammenhang damit erhöhenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung der Zulauf zu den Gruppen relativ gering blieb. Mit der Einrichtung eines abgestuften Sanktions- und Gratifikationssystems trieb der Staat einen Keil zwischen die alternativen Gruppen und die Mehrheit der Bevölkerung.

Aufgrund ihrer Orientierung an der unauffälligen Normalität des Mittelmaßes (Woderich 1992) hatte die Bevölkerung allerdings ohnehin eine starke Abneigung gegen Abweichungen nach oben oder nach unten, gegen alles Extravagante, Ausgefallene und Freche. So standen die politisch alternativen Gruppen also in einer doppelten Frontstellung: sowohl gegenüber dem Staat, der sie als feindlich ausgrenzte, als auch gegenüber der Bevölkerung, die sie als auffällig ablehnte. Obwohl sich die Gruppen gegenüber der Staatsmacht als die Repräsentanten der mehrheitlich schweigenden Bevölkerung verstanden und ihr gegenüber die Interessen derjenigen vertreten wollten, die sich selber nicht zu Wort meldeten, fanden sie bei denen, die sie vertreten wollten, nur wenig Unterstützung. Sie blieben sowohl staatlich als auch gesellschaftlich isoliert.

Trotz dieser doppelten Marginalisierung konnten die politisch alternativen Gruppen jedoch - so auch die Einschätzung des Staatssicherheitsdienstes (Mitter/Wolle 1990: 46) - eine gewisse gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten, denn in einem geschlossenen Einheitssystem ist es bereits einer kleinen Anzahl von Akteuren möglich, durch Abweichungen von den Normen des Systems ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zu erzielen. Die Aufmerksamkeit wurde durch die Berichterstattung in den westlichen Medien noch erheblich verstärkt.

Wahrscheinlich überstieg das Potential, das die Gruppen vor dem Herbst 1989 zu mobilisieren vermochten, nie eine Größenordnung von etwa 4.000 bis 6.000 Personen. Für das Jahr 1988 gab Ulrike Poppe (1988: 68f.) eine Zahl von 325 Gruppen im gesamten Gebiet der DDR an.<sup>42</sup> Wieland Giebel (1989: 7) sprach 1989 von 500 Initiativgruppen. Beide Zahlenangaben sind wahrscheinlich aufgrund des begrifflichen Interesses am Nachweis einer breiten Opposition in der DDR überhöht. Nimmt man für jede Gruppe durchschnittlich etwa 15 Mitglieder an (Elvers/Findeis 1990b: 98; vgl. Besier/Wolf 1992: 481) und schätzt man die Anzahl der Gruppierungen in der

42 Zu dem zentralen Seminar der Friedens-, Umwelt- und Dritte/Welt-Gruppen *Frieden konkret* trafen sich 1986 in Stendal Vertreter von über 120 Gruppen, 1987 nahmen an dem Seminar Vertreter von ca. 200 Gruppen teil (vgl. Zander 1989: 297f.).

gesamten DDR auf etwa 300 bis 400, kommt man etwa auf die von mir angegebene Zahl.<sup>43</sup>

Auf jeden Fall handelte es sich bei den von den Gruppen erfaßten Personen um eine verschwindende Minderheit (selbst bei optimistischer Schätzung nicht einmal 0,1% der Gesamtbevölkerung), von der vergleichsweise beachtliche Wirkungen auf Staat und Gesellschaft ausgingen. Die Differenz sicherte Aufmerksamkeit. Was dieser verschwindenden Minderheit freilich versagt blieb, das war das Eindringen in den gesellschaftsoffiziellen Bereich. Trotz gelegentlicher Kontakte zu staatlichen Institutionen und zu Repräsentanten der Administration blieb den politisch alternativen Gruppen der Zugang zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit versperrt. Deshalb siedelten sie sich innerhalb der Kirche an, die als einzige gesellschaftliche Institution in den staatsoffiziellen Aufbau der Gesellschaft nicht einbezogen war und daher für das Wirken der Gruppen einen gewissen Freiraum bot. Unter Nutzung der Räumlichkeiten, der materiellen und technischen Möglichkeiten, der Kommunikationsnetze und der Veranstaltungen der Kirche konnten die Gruppen jene Aktivitäten entfalten, die ihnen gesellschaftlich verwehrt waren. Aufgrund ihrer politisch unangepaßten und gleichwohl staatlich anerkannten Stellung vermochte die Kirche den Gruppen nicht nur einen gewissen Schutz vor staatlichen Zugriffen, sondern auch eine Plattform zur Artikulation ihrer alternativen Ziele und Vorstellungen zu gewähren. Im kirchlichen Raum war es den Gruppen möglich, eine begrenzte Öffentlichkeit für ihre Anliegen herzustellen.

Dennoch stießen sie aber auch im kirchlichen Schutz- und Kommunikationsraum auf Vorbehalte und Widerstand. Die Kirche mußte ihre Handlungsmöglichkeiten nach außen hin sichern und wollte das mühsam erreichte Arrangement mit dem Staat nicht aufs Spiel setzen. Wenn sie die politischen Aktivitäten der Gruppen theologisch nicht zu decken vermochte, gab sie den staatlich ausgeübten Druck häufig an die Gruppen weiter. Innerhalb der Kirche wiederholte sich also der Konflikt zwischen den politisch alternativen Gruppen und dem Staat als Konflikt zwischen Gruppen und Kirche. Oft sahen die Gruppen im Handeln der Kirche nichts anderes als den verlängerten Arm der Staatsmacht. Immerhin besaßen sie hinter den Mauern der Kirche aber die Möglichkeit, das zu tun, was ihnen außerhalb dieser Mauern verboten war. Sie konnten dort auf die zentralen gesellschaftlichen Probleme und Konflikte aufmerksam machen, die in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit aus Gründen der Staatsräson verdeckt bleiben mußten. Insofern ist es verständlich, daß sie ihre Arbeit als eine im „Brennpunkt“ der DDR-Gesellschaft stehende Aktivität betrachteten, auch wenn sie aus dieser Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen waren.

<sup>43</sup> Vgl. unten S. 138f.

## 2.1. Die Vorgeschichte

Entstanden sind die politisch alternativen Gruppen in der DDR Ende der siebziger Jahre/Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit dem Anwachsen globaler Gefährdungslagen in einer Zeit der Verschärfung des Rüstungswettkampfes zwischen Ost und West, als sich in Westeuropa eine breite Friedensbewegung herausbildete. Obwohl Unzufriedenheit, Kritik und Protest die Geschichte der DDR von ihren Anfängen an begleiteten, gab es kaum Auswirkungen des oppositionellen und widerständigen Handelns der Nachkriegs- und Aufbauzeit auf die Entstehung des Unruhepotentials in den siebziger und achtziger Jahren (Jander/Manrique/Streng 1994: 235). Die im Zusammenhang mit der Gleichschaltung der Parteien und Gewerkschaften, der Enteignung des Besitzbürgertums, der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Unterdrückung der Kirchen entstandene Opposition in den endvierziger und fünfziger Jahren stützte sich auf eine „verbreitete Anti-Haltung gegen das SED-Regime“ und besaß einen radikal systemkritischen Charakter (Mühlen 1995: 163; vgl. auch Poppe/Eckert/Kowalczyk 1995b: 16f.). Ihre Ziele bestanden in der Durchführung von freien und geheimen Wahlen, der Herstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und damit in der Ablösung der SED als herrschender Partei. An einem Fortbestand der DDR bestand kein Interesse. Vielmehr war selbstverständlich vorausgesetzt, daß es mit der Durchführung freier Wahlen zum Untergang der SED-Herrschaft und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen würde.

Zwischen dieser Radikalopposition und den systemkritischen Aktivitäten der Friedens-, Umwelt- und Dritte/Welt-Gruppen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre lag eine Phase relativer politischer und sozialer Stabilität, die von der Zeit nach dem Mauerbau bis in die Mitte der siebziger Jahre reichte. Über diese Phase der relativen Stabilität hinweg, in der das DDR-System wirtschaftlich einige Erfolge aufzuweisen hatte und eine überdurchschnittlich hohe gesellschaftliche Akzeptanz besaß, lassen sich sowohl in personeller als auch organisatorischer Hinsicht kaum Kontinuitätslinien von den Kritikpotentialen der fünfziger Jahre hin zu den politisch alternativen Gruppen der siebziger und achtziger Jahre ziehen. Und auch die Ziele der politischen Opposition waren inzwischen andere geworden. Sie bestanden nicht mehr in der Abschaffung des Sozialismus, sondern in seiner Reformierung, in der Herstellung von Öffentlichkeit, der Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer Pluralisierung. Daß es kaum einen personellen oder inhaltlichen Zusammenhang zwischen den beiden Protestgruppierungen gab – nur in den Kirchen blieb die Erinnerung an die frühen Auseinandersetzungen mit dem SED-Staat lebendig (vgl. Findeis/Pollack 1999) –, hängt vor allem damit zusammen, daß die meisten der Exponenten des Widerstands



der fünfziger Jahre die DDR noch vor 1961 verlassen hatten (Eckert 1995: 696) und daß sich mit dem Mauerbau die Herrschaft der SED mehr und mehr konsolidiert hatte, so daß eventuell noch vorhandene Fäden widerständigen Verhaltens abrisen. Ohne die Möglichkeit zum Weggehen sahen sich die Menschen in der DDR zunehmend gezwungen, sich mit dem ungeliebten System zu arrangieren.

Gleichwohl begannen die alternativen Gruppierungen mit ihrer politischen Arbeit Ende der siebziger Jahre nicht beim Punkte Null. Die Wurzeln ihrer Entstehung reichen in die sechziger und beginnenden siebziger Jahre hinein. Vier Traditionstränge lassen sich unterscheiden.

Die ältesten politisch alternativen Gruppen in der DDR sind die Wehrdiensttotalverweigerer- und Bausoldatengruppen. Als im Januar 1962 die allgemeine Wehrpflicht in der DDR eingeführt wurde, kam es zu einer Reihe von Wehrdienstverweigerungen, insbesondere von Christen, unter denen Theologiestudenten eine signifikante Gruppe ausmachten (Kroh 1988b: 15). Offensichtlich war die Zahl der Verweigerungen größer als erwartet (Eisenfeld 1978: 44), so daß die Partei- und Staatsführung zunächst verunsichert war und teilweise zurückhaltend, teilweise aber auch repressiv reagierte. Die Möglichkeit legaler Wehrdienstverweigerungen war im Gesetz nicht vorgesehen. Wer den Dienst dennoch verweigerte, konnte mit Gefängnis bestraft werden.

Noch im Jahr der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht fand zwischen dem Ministerpräsidenten Stoph und dem Staatssekretär für Kirchenfragen Seigewasser auf der einen und den Bischöfen Mitzenheim und Krummacker auf der anderen Seite ein Gespräch über Fragen, „die sich für die Kirche und für Gemeindeglieder nach Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes ergeben haben“, statt (Kirche in der Zeit 23, 1962, 410ff.). Dieses Gespräch führte zwar zu keinen konkreten Ergebnissen, wohl aber zu einer gewissen Milderung des staatlichen Kurses. 1964 wurde ein waffenloser Wehrrersatzdienst in sogenannten Baueinheiten eingeführt - eine in den Ostblockstaaten einmalige Regelung. Ob diese Regelung aufgrund der kirchlichen Intervention (idea 42/1992 vom 21.5.1992: IV), aufgrund der hohen Zahl von Wehrdienstverweigerern (Stolpe 1992: 94) oder aufgrund der Vergleichsmöglichkeit mit der Ersatzdienstregelung in der Bundesrepublik (Luchterhandt 1993: 23) zustande kam, können wir hier offenlassen. Auch wenn die Dienstleistenden während ihres Wehrrersatzdienstes weiterhin der NVA unterstellt blieben und zum Ausbau von Verteidigungs- und Militäranlagen herangezogen werden konnten, kam die Partei- und Staatsführung mit der Einführung eines solchen Dienstes dem Drängen der Kirche auf Berücksichtigung der Gewissensbedrängnis junger wehrpflichtiger Männer faktisch doch entgegen. Seit der Einführung dieser Ausnahmeregelung ging

der Staat gegen Wehrrdiensttotalverweigerer wieder härter vor. Sie wurden - bis Mitte der achtziger Jahre, als sich die Praxis gegenüber den Totalverweigerern liberalisierte - mit Gefängnis bestraft. Benachteiligungen von Wehrrersatzdienstleistenden waren die Regel.

Die Wehrrdiensttotalverweigerer- und Bausoldatengruppen bildeten sich heraus, um über die anfangs uneinheitliche Gesetzeshandhabung, über Rechte und Pflichten der Einberufenen zu unterrichten und über die staatliche Praxis in Wehrrpflichtfragen aufzuklären (Franke 1994: 16). Die Gruppen dienten aber „nicht nur der Beratung und dem Erfahrungsaustausch, sondern waren gleichzeitig Treffpunkte von Außenseitern, von Gleichgesinnten, die sich gegenseitig in ihrer Haltung bestärkten“ (ebd.). Sie hatten also nicht nur sachliche, sondern von Anfang an auch soziale Funktionen zu erfüllen.

Unterstützt wurden die Wehrrdiensttotalverweigerer und Bausoldaten durch die Kirche. In ihrer „Handreichung für Seelsorge an Wehrrpflichtigen“ aus dem Jahre 1965 bezeichneten die evangelischen Kirchen in der DDR die Entscheidung zur Verweigerung und zum Wehrrersatzdienst als das gegenüber der Entscheidung für den Wehrrdienst „deutlichere Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn“ (Kirchliches Jahrbuch 93, 1966, 256). Aus dem Tun der Verweigerer und Bausoldaten rede „die Freiheit der Christen von den politischen Zwängen“, die die Kirche gegen alle Ansprüche des Staates zu verteidigen habe (ebd.).<sup>44</sup> Am „Schutz der Kriegsdienstverweigerer“ (ebd.) hielt die Kirche als eine ihrer Aufgaben von den sechziger bis zu den achtziger Jahren, wenn auch in unterschiedlicher Intensität,<sup>45</sup> fest. Es ist daher kein Zufall, daß in ihrem Raum die Arbeit von Verweigerergruppen, von Friedensseminaren und Friedenswerkstätten stets einen festen Platz besaß. Bereits im Frühjahr 1966 entstanden eine Arbeitsgruppe und ein Mitarbeiterkreis ehemaliger Bausoldaten, aus dem 1968 regionale Facharbeitskreise und die ersten „Friedensseminare“ hervorgingen (Knabe 1995: 79). Darüber hinaus versammelten sich die Bausoldaten bereits damals einmal im Jahr zu einem zentralen Treffen und beteiligten sich an der Erarbeitung von Materialien zur Friedensthematik sowie an Einsätzen der „Aktion Sühnezeichen“ (ebd.). 1973 gründeten der ehemalige Bausoldat Hansjörg Weigel und mit ihm der Wehrrdienstverweigerer Georg Meusel das Friedensseminar Königswalde, das zu seinen regelmäßig zweimal im Jahr

<sup>44</sup> Vgl. dazu ausführlicher Besier 1993: 596ff., Pollack 1994: 196ff.

<sup>45</sup> In den siebziger Jahren wurde die Handreichung, auch wenn sich die Kirche nicht von ihren Aussagen distanzierte, kaum zitiert (Henkys 1982: 23). Es ging der Kirche darum, staatliches Mißtrauen abzubauen und die Konfliktfelder klein zu halten. Auf der Bundessynode im September 1982 in Halle, als das Friedensthema wieder an Aktualität gewonnen hatte, griff die Kirche die Aussagen über die Vorordnung der Verweigerung und des Dienstes ohne Waffen vor dem Waffendienst indes wieder auf (epd Dokumentation 47/1982, 1ff., Abschnitt 2.4.2.).

stattfindenden Veranstaltungen einen für die damalige Situation beachtlichen Zulauf erhielt. Aus anfangs etwa 25 Teilnehmern wurden Ende der siebziger Jahre über 100 und Anfang der achtziger Jahre bis zu 600 Teilnehmer. Nach 1983 gingen die Teilnehmerzahlen auf etwa 350 zurück (Meusel 1987: 64, 66). Das Ziel der Initiatoren des Friedensseminars war es, die Teilnehmer „politisch zu informieren, zu sensibilisieren und zum Handeln zu befähigen“ (Meusel 1995: 222). Dabei erhielten sie für die Durchführung ihres Seminars die Unterstützung des Orts Pfarrers und später auch die der Sächsischen Landeskirche (228). Die Bausoldaten- und Wehrdiensttotalverweigerergruppen - bis 1980 hatten rund 4.500 junge Männer den waffenlosen Dienst absolviert (Knabe 1995: 78) - waren der Keim der sich Ende der siebziger Jahre entwickelnden unabhängigen 'Friedensbewegung' in der DDR (Kroh 1988b: 19). Sie waren die ausdauerndsten Gruppen in der DDR, die als einzige kontinuierlich von den sechziger Jahren bis zum Ende der DDR arbeiteten (Rüddenklau 1992: 28) und teilweise sogar noch den Untergang der DDR überlebten (Findeis/Pollack/Schilling 1994: 282).

Eine zweite Wurzel für die Entstehung der politisch alternativen Gruppen lag in der politisch orientierten Kulturszene, die sich Anfang der siebziger Jahre herausbildete. Der Prager Frühling hatte in der Bevölkerung der DDR Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Gesellschaft geweckt (Wolle 1992: 37), die merkwürdigerweise zum Teil auch nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR noch erhalten blieben.<sup>46</sup> Die Studentenbewegung in Westeuropa, der Vietnam-Krieg, die Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika trugen zur Politisie-

46 So Hartmut Zwahr, Leipzig, in einem persönlichen Gespräch am 24. Oktober 1992, bestätigt durch Jürgen Ziemer, Leipzig, in einem Gespräch am 18. November 1994. Ebenso spricht Gerd Poppe (1995: 117) von einer „Aufbruchsstimmung“ noch Anfang der siebziger Jahre „trotz Niederschlagung des 'Prager Frühlings'“. Auch Knabe (1995: 83, 85f.) betont, daß aus dem „Prager Frühling“ viele Intellektuelle in den siebziger Jahren in der DDR „Hoffnung auf eine Demokratisierung des sozialistischen Systems“ schöpften. Anders Faktor (1994: 32), der für die Zeit unmittelbar nach der Zerschlagung des Prager Frühlings „eine Phase der Resignation“ konstatiert. Die Hoffnungen auf eine Liberalisierung und Demokratisierung des Systems, die es anscheinend auch nach 1968 noch in der DDR gab, sind erklärungsbedürftig, denn in den anderen sozialistischen Staaten schwanden seitdem die Hoffnungen auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz (Knabe 1995: 87). Wahrscheinlich hat die Aufrechterhaltung der Liberalisierungshoffnungen in den kritischen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung mehrere Ursachen. Einmal dürfte die Partizipation an der westlichen achtundsechziger Bewegung eine Rolle gespielt haben, was darauf hinweist, daß die gesellschaftskritischen Bestrebungen in der DDR viel stärker durch den Westen stimuliert wurden als durch das politische Engagement der osteuropäischen Oppositionsgruppierungen. Zum zweiten machten sich die Hoffnungen am Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker fest. Drittens zeigte das DDR-System Anfang der siebziger Jahre in der Tat einige Öffnungstendenzen, die den Erwartungen der jungen Generation Nahrung gaben. Damals vermochte das politische System die offiziell geförderte Kultur und die subkulturelle Szene noch einigermaßen zu integrieren. Schließlich dürfte auch der insgesamt höhere Lebensstandard in der DDR im Vergleich zu den anderen ostmitteleuropäischen Staaten zur Aufrechterhaltung der Hoffnung auf weitere Verbesserungen beigetragen haben.

rung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung bei. Die Kritik der westeuropäischen Reflexionseliten am westlichen Zivilisationsmodell verschaffte linken Ideen und Gesellschaftsutopien auch im Osten Deutschlands eine breitere Akzeptanz (Friedrich 1990: 28f.). Indem man linke Ideen aus dem Westen übernahm, hatte man ein Instrument in der Hand, um sich kritisch mit den ideologischen Ansprüchen des eigenen Systems auseinanderzusetzen. Hinzu kam, daß sich mit dem Machtantritt Honeckers bei vielen DDR-Bürgern Erwartungen auf eine politische Liberalisierung verbanden, die der neue Parteiführer zunächst auch zu rechtfertigen schien. Überzogene Politikansprüche der Ulbricht-Ära wurden zurückgenommen. Die Wirtschaftspolitik erhielt eine auf die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittene Ausrichtung. Die Kultur- und Jugendpolitik wurde gelockert. Nicht mehr die enge Verbindung von sozialistischer Ideologie und kleinbürgerlicher Moral, die die SED in den fünfziger Jahren herzustellen versuchte (vgl. Pollack 1994: 133), wurde angestrebt, vielmehr setzte ein Prozeß der kulturellen und politischen Öffnung ein, in welchem der Begriff des Sozialismus eine breitere Auslegung erfuhr, die auch politisch neutrale Ideen und Strömungen aufzunehmen vermochte.

Diese politische und kulturelle Öffnung war in starkem Maße außenpolitisch bedingt, denn die DDR versuchte, ihre durch die Teilung Deutschlands entstandene außenpolitische Isolierung zu überwinden und internationale Anerkennung zu erlangen. Westliche Medien kamen ins Land, um über die DDR-Verhältnisse im Ausland zu berichten. Nationen aus aller Welt errichteten ihre Botschaften in der DDR. Der internationale Handel verstärkte sich. Für die DDR-Führung hatte dies vor allem die Konsequenz, daß sie nicht mehr so rücksichtslos gegen Systemgegner oder systemkritische Gruppen vorgehen konnte wie zuvor und sich zunehmend darum bemühte, vor der Weltöffentlichkeit ein gutes Image aufzubauen.

Im Zusammenhang mit der politischen und kulturellen Öffnung der DDR, wie sie Anfang der siebziger Jahre einsetzte, entwickelten sich Ansätze einer eigenständigen DDR-Kunst und -Kultur. Es erschienen die gesellschaftskritischen Werke von Christa Wolf, Ulrich Plenzdorf, Günter Kunert, Jurek Becker. Die gegenwartsbezogenen Filme von Heiner Carow und Konrad Wolf zeigten den um seine Autonomie, seine Selbstverwirklichung und die Erfüllung seiner individuellen Glücksansprüche ringenden Menschen, der sich an der Begrenztheit der Verhältnisse reibt. Die zentral organisierten Kunstausstellungen in Dresden, die die Menschen zu Hunderttausenden besuchten und deren Bilder im ganzen Lande diskutiert wurden, entwarfen ein Gesellschafts- und Menschenbild, das den offiziell geforderten Optimismus in Frage stellte. Die Rockmusik gab dem neuen, auf Expressivität ausgerichteten Lebensgefühl der Jugend unmittelbaren Ausdruck. Auch Free

Jazz und Blues erfreuten sich besonderer Beliebtheit. In Kulturhäusern, Jugendklubs sowie Arbeiter- und Studentengruppen wurden Veranstaltungsreihen mit kritischen Schriftstellern und unkonventionellen Musikern, Ausstellungen mit von der Linie des sozialistischen Realismus abweichenden Künstlern, Theateraufführungen und Vortrags- und Diskussionsabende zu aktuellen Themen durchgeführt. Ob man an die von der Sängerin Bettina Wegener moderierte Veranstaltungsreihe „Eintopp“ im Haus der Jungen Talente in Berlin, an den um die Schriftsteller Bernd Markowski, Jürgen Fuchs, Wolfgang Hinkeldey und Lutz Rathenow sich sammelnden Kreis „Literatur und Lyrik“ im Neubaugebiet Jena-Neulobeda oder an die kulturellen Aktivitäten im Klub der Intelligenz um den Ingenieur Martin Schmidt in Hoyerswerda denkt, an vielen Orten in der DDR entstanden kulturelle Initiativen, die sehr schnell immer mehr Menschen anzogen.

In der Jugend bildeten sich neue Wertorientierungen heraus (Gensicke 1992: 678f.). Bei nicht wenigen von ihnen standen nicht mehr Leistung, Mitmachen und Konsum im Vordergrund, sondern ein an Selbstbestimmung, Selbstentfaltung und Gleichberechtigung orientiertes Leben. Man hörte die Rolling Stones und die Beatles, trug lange Haare und Jeans. Und Erich Honecker zeigte sich mit dem als oppositionell geltenden langhaarigen Ulrich Plenzdorf auf der Tribüne des Schriftstellerkongresses und erklärte, es komme nicht darauf an, was die jungen Leute auf dem Kopf, sondern was sie in ihm hätten (Rüddenklau 1992: 17f.). Auch in der DDR gab es zeitverschoben so etwas wie eine achtundsechziger Bewegung, aufgrund derer sich in Teilen der Jugend wachstumskritische, autoritätskritische und auf Freiheit und Selbstverwirklichung zielende Einstellungen herausbildeten.

Anfang der siebziger Jahre gelang es dem System, diese aufbrechenden Kräfte noch einigermaßen zu integrieren. Im Unterschied zur kulturellen Situation in den achtziger Jahren waren offizielle Kultur und subkulturelle Szene in dieser Zeit noch nicht scharf getrennt. Diejenigen, die sich in den alternativen Gruppen trafen, konnten teilweise auch veröffentlichen, in Klub- und Kulturhäusern auftreten und in offiziellen Kultureinrichtungen arbeiten (Rosenthal 1988: 148). In den staatlichen Kulturhäusern und Jugendklubs trafen sie auf die mehr angepaßten Teile der Jugend. Sie waren noch nicht ausgegrenzt und wollten sich auch noch nicht in dem Maße wie die subkulturellen Gruppen der achtziger Jahre abgrenzen. Vielmehr ging es ihnen damals noch darum, die in den Institutionen bestehenden Freiräume zu testen und auszudehnen, um sie für die eigenen Zwecke zu nutzen. Bis Mitte der siebziger Jahre gingen nicht wenige der kritischen Künstler und Schriftsteller noch von der grundsätzlichen Reformierbarkeit der DDR und ihrer Institutionen aus (Grundmann/Michael/Seufert 1996: 127).

Mit dieser Nähe von offizieller und inoffizieller Kultur hängt auch der insgesamt recht moderate Charakter dieser Aufbruchsstimmung zusammen. Die kulturelle und politische Aufbruchsbewegung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der DDR trug durchaus nicht einen antisozialistischen Charakter. Im Gegenteil. Viele Intellektuelle, auch im Bereich der Kirche, begannen - angeregt durch die Demokratisierungsversuche in der ČSSR und die Ausdifferenzierung des Eurokommunismus - erstmals, sich ernsthaft mit dem Marxismus zu beschäftigen. Der Linksruck in den Kreisen der Intellektuellen Westeuropas hatte ihm eine Reputation verschafft, die die Auseinandersetzung mit ihm als lohnenswert erscheinen ließ. Zwar hatte es auch bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre kurzzeitige und spontane Versuche gegeben, sich in kleineren unabhängigen Gruppen kulturell zu artikulieren (Faktor 1994: 32). Der staatliche Druck war damals jedoch noch zu groß. Der Aufbruch breiterer Kreise der Jugend erfolgte erst, nachdem sich mit dem Machtwechsel zu Erich Honecker das gesellschaftliche Klima etwas entspannt und gelockert hatte.

Als sich die aufblühende Kultur- und Kunstszene immer mehr verselbständigte und die Gefahr des Kontrollverlustes wuchs, zog die Partei- und Staatsführung die Grenzen jedoch wieder enger. Jugendklubs und Kulturhäuser wurden geschlossen, Veranstaltungen untersagt. Spätestens mit der Ausbürgerung des Liedermachers und Kommunisten Wolf Biermann im Jahr 1976 und der sich daran anschließenden Hetzkampagne gegen Schriftsteller und Künstler, die sich für ihn eingesetzt hatten, wurde vielen klar, daß sich der menschenverachtende Charakter des sozialistischen Regimes auch unter Honecker nicht gewandelt hatte.<sup>47</sup> Innerhalb eines festgefügt Systems war den Intellektuellen und Künstlern für eine begrenzte Zeit eine Spielwiese eingeräumt worden, auf der sie sich ein wenig austoben konnten. Als den Machthabern das Treiben zu bunt wurde, bereiteten sie ihm ein Ende. Die Kulturszene polarisierte sich. Diejenigen, die wie etwa Hermann Kant die Linie der Partei unterstützt hatten, wurden gefördert, andere dagegen wurden wie Gerhard Wolf, Günter Kunert, Jurek Becker, Sarah Kirsch aus der Partei ausgeschlossen oder wie Christa Wolf und Stefan Hermlin mit Parteistrafen belegt (Kroh 1988b: 22). Die Folge war, daß sich viele derjenigen, die sich politisch und kulturell engagiert hatten, in den privaten Bereich zurückzogen. Nicht wenige gingen in den Westen, unter ihnen viele Prominente. Manche führten ihre kulturellen Aktivitäten in privaten, zuweilen „salonartigen“ Gesprächskreisen (Reich 1991: 171f.) weiter. So entstand

47 Rosenthal (1988: 143) weist zu Recht darauf hin, daß die Biermann-Ausbürgerung nur die Spitze des Eisbergs war. Die Einschränkungen im kulturellen Leben, die Bedrohung und Einschüchterung von Intellektuellen und Künstlern setzten schon vor der Ausbürgerung Biermanns ein.

die Tradition der Wohnungslesungen, Privatatelier-Vernissagen und Hofmusikonzerte (Rosenthal 1988: 144). In Leipzig zum Beispiel gab es in den siebziger Jahren einen Theater- und Diskussionskreis, der sich von 1976 bis Ende der siebziger Jahre beinahe wöchentlich in der Wohnung von Lutz Nitzsche traf und an dem Lyriker wie Bernd Igel, Thomas Böhme oder Wolfgang Hilbig teilnahmen (Grundmann/Michael/Seufert 1996: 137), die *Rosenthalgruppe*, die sich bei Reinhard Bohse traf und politische und literarische Themen diskutierte, sich aber ausdrücklich nicht als oppositionell verstand, um keine staatlichen Eingriffe zu provozieren (Unterberg 1991: 36), den literarischen „Salon“ der Germanistin Christel Hartinger (Rink 1995: 203), den *Literaturzirkel* um den Kirchenhistoriker Kurt Nowak an der Sektion Theologie oder den *Literarischen Freundeskreis* um Cornelia Matzke. Einige der Künstler und Schriftsteller, die sich Anfang der siebziger Jahre politisch und kulturell engagiert hatten, fanden auch den Weg zur Kirche. So führte der Literaturzirkel in Jena, als er im Mai 1975 aus dem Kulturhaus in Neulobeda ausziehen mußte, seine Veranstaltungen in Kirchenräumen weiter und verwandelte sich in einen vom Jugenddiakon der Kirche, Thomas Auerbach, geleiteten Lesekreis (Auerbach 1995: 159f.). Wenn der öffentlich verfeimte Reiner Kunze nach Hoyerswerda kam, traf man sich nicht wie sonst im Klub der Intelligenz, sondern in der Martin Luther King-Kirche in der Neustadt. Manch einer der Künstler und Schriftsteller, die offiziell nicht mehr auftreten konnten, war nun in den Evangelischen Studentengemeinden zu erleben. Die Kirche wurde ein wichtiger Kulturträger und Ort der Kommunikation. (Rosenthal 1988: 145).

Die Polarisierung der Kulturszene in der DDR bedeutete für viele junge Menschen einen tiefen Einschnitt in ihrer politischen Entwicklung, der häufig einen Prozeß der Distanzierung von den Gesellschaftsverhältnissen in der DDR einleitete.<sup>48</sup> Wie für viele der zwischen 1935 und 1950 Geborenen die in den sechziger Jahren vorgenommenen Zwangsmaßnahmen, insbesondere die Niederschlagung des Prager Frühlings, lang anhaltende Enttäuschungseffekte auslöste, so führte bei den um 1955 Geborenen die administrative Einschränkung der sich entwickelnden Kunst- und Kulturszene in den siebziger Jahren zu ähnlich einschneidenden Ernüchterungserfahrungen. Nach 1968 investierten viele Jugendliche und junge Erwachsene noch einmal Hoffnungen in die DDR. Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre dagegen gingen die Erwartungen an das DDR-System und die Identifikationsbereitschaft mit ihm deutlich zurück (Friedrich 1990: 34ff.). Seit dieser

48 Aus der Innenperspektive eines Beteiligten: „Einen tiefen Einschnitt hinterließen in Jena die Ereignisse um die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Nicht nur weil meine Freunde und ich verhaftet wurden und eine Reihe von ihnen nach 10 Monaten Haft nach West-Berlin 'verbracht' wurden, nein auch, weil damit viele Hoffnungen zerstört wurden.“ (Kroh 1988a: 94)

Zeit bestimmte zunehmend der Gegensatz zwischen den politischen Machtstrukturen und den gesellschaftlichen und kulturellen Autonomisierungsbestrebungen die Entwicklung in der DDR. War es dem System seit dem Mauerbau bis hinein in die Mitte der siebziger Jahre noch recht gelungen, die sich differenzierenden gesellschaftlichen und kulturellen Interessen zu integrieren, so traten seitdem offizielles System und informelle Netzwerke immer weiter auseinander. Die Fähigkeit, abweichende Bestrebungen entweder einzugemeinden oder zu unterdrücken, nahm ab. Nicht nur die politisch alternativen Gruppen unter dem Dach der Kirche entstanden Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, es bildete sich zur selben Zeit auch eine eigenständige subkulturelle Kunst-, Schriftsteller- und Intellektuellenszene heraus, die sich allerdings weitgehend als unpolitisch verstand (Faktor 1994: 34).<sup>49</sup> Aus der zerschlagenen Kulturszene in der ersten Hälfte der siebziger Jahre kam ein starker Impuls für die Herausbildung der politisch alternativen Gruppen im Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren. Insbesondere die um 1955 geborenen Gruppenmitglieder wie Wolfgang Rüdtenklau (geboren 1953), Stephan Bickhardt (1959), Roland Jahn (1953), Rudi Molt (1952), Siegfried Reiprich (1955) oder Ulrike Poppe (1953) waren stark durch die Erfahrungen des kulturellen Bruchs in den siebziger Jahren geprägt.<sup>50</sup>

Verbunden mit der Kulturszene der siebziger Jahre, von ihr aber wiederum auch zu unterscheiden sind die kleinen, konspirativen linken Zirkel dieser Zeit. Sie seien hier als die dritte Wurzel der politisch alternativen Gruppen angeführt. In ihrer Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung des Sozialismus, in ihrer Ausrichtung auf die politischen Zeitereignisse wie Prag 1968, die Studentenbewegung und Antikriegsbewegung im Westen usw. partizipierten sie an der allgemeinen Grundstimmung der Kulturszene in der damaligen Zeit. Sie unterschieden sich von ihr aber durch ihre stärker-

49 Inwieweit die künstlerische Alternativszene tatsächlich unpolitisch war, bedarf freilich der gesonderten Untersuchung. Die Behauptung bloßer ästhetischer Interessen besitzt in einer überpolitisierten Gesellschaft wie der DDR ja selbst eine politische Intention.

50 Rüdtenklau ebenso wie Bickhardt beginnen ihre Darstellungen der Opposition in der DDR genau mit dieser Erfahrung der mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker aufgekomenen Hoffnungen auf Liberalisierung Anfang der siebziger Jahre und ihrer Enttäuschung in der Mitte der siebziger Jahre (Rüdtenklau 1992: 15ff.; Bickhardt 1995: 451). Wolfgang Hilbig (Jahrgang 1941) hat dagegen „die ganzen siebziger Jahre (...) als schwere Stagnation empfunden“ (Grundmann/Michael/Seufert 1996: 135). Er war wie viele seiner Generation vor allem durch die achtundsechziger Bewegung geprägt und hat die darauffolgenden Jahre ganz anders wahrgenommen als die Angehörigen der jüngeren Generation. Auch für Christoph Wonneberger (Jahrgang 1944), Gerd Poppe (1941), Bernd Eisenfeld (1941), Wolfgang Templin (1948) war vor allem das Jahr 1968 wichtig, nicht hingegen so sehr die kulturelle Aufbruchsbewegung Anfang der siebziger Jahre und ihr Ende mit der Ausbürgerung Biermanns im Jahre 1976.

re politische Orientierung, durch ihr dezidiertes Interesse an gesellschaftstheoretischen Konzepten und durch ihren von vornherein konspirativen Charakter (Poppe 1988: 63; Knabe 1990a: 22; Wolfram 1994/1: 9). Hinzuweisen wäre hier auf einige linksintellektuelle Zirkel, die im Umkreis der Akademie der Wissenschaften und der Humboldt-Universität in Berlin und der Karl-Marx-Universität in Leipzig entstanden waren, auf einen Hallenser Kreis, der sich als DDR-Sektion der 4. trotzkistischen Internationale verstand, auf die seit 1976 neben anderen maoistischen Gruppierungen existierende KPD-ML/ DDR (Rüddenklau 1992: 21) und vor allem auf den Oppositionskreis um Robert Havemann, dessen gesellschaftskritisches Engagement bereits auf die Unzufriedenheit vieler kommunistischer Intellektueller mit dem Abbruch der Chruschtschow'schen Entstalinisierung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zurückging (Knabe 1995: 80). Die Mitglieder dieser konspirativen Zirkel besaßen in der Regel eine akademische Bildung und stammten zu einem großen Teil aus gesellschaftlich etablierten Familien der ersten Generation der DDR-Bürokratie (Wolfram 1994/2: 3). Während die teilweise vom Staatssicherheitsdienst aufgelösten maoistischen Zirkel „spurlos untergegangen“ sind (Rüddenklau 1992: 22), waren viele Mitglieder der anderen politischen Gruppierungen später in den politisch alternativen Gruppen wiederzufinden (Poppe 1988: 63). Insbesondere die *Initiative Frieden und Menschenrechte* erhielt, vermittelt über das Ehepaar Poppe, prägende Anregungen aus dem Havemann-Kreis.

Schließlich ist als vierte Wurzel der politisch alternativen Gruppen die im Rahmen der evangelischen Kirche betriebene sogenannte *Offene Arbeit*<sup>51</sup> zu nennen. Entstanden in unmittelbarer Reaktion auf die Niederschlagung der Reformversuche in der ČSSR (Neuß 1992: 11) bildeten sich die ersten Gruppen der *Offenen Arbeit* 1969 in Saalfeld und Rudolstadt. 1970 kamen Gruppen in Erfurt, 1971 in Jena und Zella-Mehlis und später auch in Eisenach, Weimar und Altenburg hinzu. Die *Offene Arbeit* war vor allem ein thüringisches Phänomen, aber es gab auch Gruppen in Dresden, Halle-Neustadt, Schwerin, Leipzig und Berlin. Jährlich fand ein Treffen der Gruppen der *Offenen Arbeit* beim Begründer dieser Arbeit, Pfarrer Walter Schilling, im thüringischen Braunsdorf statt, zu dem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre jeweils über 1.000 Jugendliche anreisten.

Ursprünglich verstand sich die *Offene Arbeit* als ein seelsorgerisches und lebenspraktisches Hilfsangebot für sozial Schwache, für Randgruppen, Aussteiger, Ausgegrenzte, aber auch für Alkoholiker und Haftentlassene

51 Der Begriff wurde 1971 von dem Leipziger Pfarrer Claus-Jürgen Wizisla geprägt (Neuß 1992: 11). Mit ihm sollte eine kirchliche Jugendarbeit bezeichnet werden, in der nicht die christliche Missionierung, sondern die Orientierung an den Bedürfnissen der Jugendlichen im Vordergrund steht (Auerbach 1995: 157).

(Schilling 1989: 12). Im Laufe der Zeit entwickelte sie sich aber immer mehr zu einem Artikulations- und Verwirklichungsraum für Jugendliche, die mit den kulturellen Angeboten des Staates unzufrieden waren und nach alternativen Betätigungsmöglichkeiten suchten. Die *Offene Arbeit* wurde zu einer Art Aussteigerbewegung. Man traf sich, um miteinander zu diskutieren, um gemeinsam zu wandern oder Fußball zu spielen, führte Kinderfeste durch, veranstaltete Musikkonzerte, Ausstellungen oder eigene Theateraufführungen und Kabarets (Kroh 1988a: 90). In Buchbesprechungen wurden die Werke von Böll, Frisch, Grass, Stefan Heym, Orwell und Solshenizyn behandelt (Auerbach 1995: 159). Man feierte zusammen. Die Aktivitäten waren den Berichten der Beteiligten zufolge (Kroh 1988a: 88ff., 100) ganz darauf ausgerichtet, sich ausleben zu können. Was Spaß machte, war gefragt. „Verbote, Zwänge oder festgeschriebene Verhaltensmuster“ (89) dagegen lehnte man ebenso ab wie die „gesellschaftlichen Machtstrukturen, Institutionen und Behörden“, denen man sich „ohnmächtig“ ausgeliefert fühlte (88). Es ging um Selbstfindung und ein eigenständiges Sich-Ausprobieren, um gemeinsames Leben und Geborgenheit in einem System, das man als kalt erlebte (88, 90). Die Themen, die auf den gemeinsamen Diskussionsabenden besprochen wurden, lauteten zum Beispiel „Generationskonflikt, Angst, Vorurteile, Selbstmord, Partnerschaft, (...) Träume, Zukunft, Wünsche, Gruppendynamik, Herrschaftslosigkeit, Glaube“, aber auch Frieden, Umweltschutz oder Dritte Welt (90). In der *Offenen Arbeit* herrschte eine antiautoritäre und fortschrittsskeptische Tendenz vor.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bildete sich in der *Offenen Arbeit* der Anspruch heraus, nicht nur dem einzelnen, der mit sich, seiner Familie oder der Gesellschaft nicht zurechtkam, Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und der Lebenshilfe anzubieten, sondern in die Gesellschaft selbst hineinzuwirken. „Die Gesellschaft, die ein umfassendes 'Ich-Sein' nicht zuließ, Menschen krank und kaputt machte, wurde zunehmend als veränderungsbedürftig interpretiert.“ (Rüddenklau 1992: 26)<sup>52</sup>

Seit Mitte der siebziger Jahre nahmen im Rahmen der *Offenen Arbeit* die Diskussionen über Möglichkeiten der Demokratisierung der Gesellschaft zu. In nicht wenigen Städten vollzog sich Anfang der achtziger Jahre ein bruchloser Übergang von der *Offenen Arbeit* in die 'Friedensbewegung'. In Jena ging aus der *Offenen Arbeit* 1981/82 die *Friedensgemeinschaft Jena* hervor (Ammer 1995: 134). In Berlin entstand aus der *Offenen Arbeit* die

52 Walter Schilling (1989: 12f.), der Senior der *Offenen Arbeit*, schrieb noch vor der Wende in den Umweltblättern, daß es nicht ausreicht, dem einzelnen zu helfen. „Irgendwo stößt man an eine Grenze. Es geht nicht anders, wenn man es ernst nimmt, - es muß auch ein Stück Gesellschaft verändert werden, (...) daß endlich Menschen ein Stück Luft kriegen, um atmen zu können, sich entwickeln zu können, eine Person werden zu können.“

*Kirche von Unten*. In Thüringen schlossen sich die 30 Gruppen der *Offenen Arbeit* zum *Thüringer Basisgruppenseminar* zusammen und definierten sich als eine Untergruppe des DDR-weiten Netzwerkes *Frieden konkret* (ena 40/17 vom 30.4.1987: 7).

Eine nicht unwichtige Scharnierfunktion beim Übergang zu den politisch alternativen Gruppen und in der Kontaktvermittlung zwischen den unterschiedlichen alternativen Szenen nahmen bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre die evangelischen Studentengemeinden und dabei insbesondere der jeweilige Studentenfarrer wahr.<sup>53</sup> Es ist durchaus kein Zufall, daß die ersten politisch alternativen Gruppen innerhalb der Evangelischen Studentengemeinden entstanden. 1977 bildete sich der *Friedenskreis der Berliner ESG*, am 13. Juni 1978 trat die ESG in Dresden mit einem Abrüstungsappell an die Atommächte hervor (Rytlewski 1989: 214f.). In den achtziger Jahren nahm die politische Bedeutung der Studentengemeinden jedoch wieder ab. Als 1988/89 die *Ökumenische Versammlung* in der DDR stattfand, der die Aufgabe zukam, die Brücke zwischen den politisch alternativen Gruppen und der Kirche zu schlagen, waren die Studentengemeinden eher auf der Seite der 'normalen' kirchlichen Arbeit als auf der der engagierten Gruppen zu finden (Noack 1994: 88).

Was an allen vier hier vorgestellten Vorläufern der politisch alternativen Gruppen auffällt, ist einmal der emanzipatorische, auf die Gewährung von individuellen Freiheitsrechten und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten drängende Impuls. Sowohl in den Wehrdienstverweigerergruppen als auch in der Kulturszene als auch in der *Offenen Arbeit* und mit gewissen Abstrichen auch in den linksintellektuellen Zirkeln ging es um die Möglichkeiten und Rechte des einzelnen angesichts einer Gesellschaft, die diese Möglichkeiten und Rechte beschnitt.

Zweitens fällt auf, daß keine der vorgestellten Gruppierungen ausdrücklich das Ziel verfolgte, das DDR-System zu stürzen. Um die individuellen Freiheitsrechte und Verwirklichungsmöglichkeiten durchzusetzen, sollten Teile der Gesellschaft geändert werden. Die Frage nach den Machtverhältnissen wurde nicht gestellt. Die Gruppierungen verstanden sich als Gesellschaftsreformer, nicht aber als Sozialrevolutionäre.

Drittens sticht die Nähe der Gruppierungen zur Kirche ins Auge. Entweder sie entstanden im Raum der Kirche, oder sie wurden von der Kirche unterstützt, oder sie wichen nach Frustrationserfahrungen mit staatlichen Institutionen und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit in den kirchlichen Bereich aus.

53 Zu den Entpolitisierungstendenzen in den Studentengemeinden der achtziger Jahre vgl. Noack 1994: 84ff.

Was viertens schließlich auffällt, das ist ihre Unterorganisation. Teilweise traf man sich im Privaten. Teilweise waren die nach außen nur schwer abgrenzbaren Gruppierungen an die Strukturen der Kirche angegliedert und gewannen nur von dorther festere Konturen. Teilweise war der Übergang zwischen Gruppe und Freundschaftsbeziehungen fließend. Man kannte sich, traf sich in der Szene, in bestimmten Kneipen, auf bestimmten Veranstaltungen, fühlte sich irgendwie dazugehörig, aber entwickelte keine stabileren Strukturen (Rosenthal 1988: 146). Diese lockere Netzwerkstruktur traf vor allem auf die Kulturszene Anfang der siebziger Jahre zu. Auch wenn die Themen einer neuen sozialen Bewegung verhandelt wurden, blieben diese Vorläufer der alternativen Gruppen in der DDR doch „auf einer niedrigen Stufe der Bewegungsdynamik hängen“ (Knabe 1988: 566).

Auf die linksintellektuellen Zirkel treffen alle vier angegebenen Charakteristika nur in begrenztem Maße zu. Sie hatten auf die Herausbildung der politisch alternativen Gruppen allerdings auch den geringsten Einfluß. Obwohl manche führende Vertreter der politisch alternativen Gruppen wie Gerd Poppe oder Wolfgang Templin aus den konspirativen linken Debatteklubs kamen, standen ihre ehemaligen Mitglieder den im halböffentlichen Raum agierenden Kirchengruppen in den achtziger Jahren teilweise fremd gegenüber (Wolfram 1994/1: 19, 1994/2: 3) wie überhaupt die Intellektuellen in der DDR - die etablierten Schriftsteller wie Christa Wolf, Stephan Hermlin oder Stefan Heym (Poppe 1994: 178) ebenso wie die Salonliteraten um Jens Reich oder Reinhard Bohse (Unterberg 1991: 36) oder gar die Reformkommunisten (Land 1997: 140) - den Kontakt zu den politisch alternativen Gruppen weitgehend mieden.

## 2.2. Die 'Friedensbewegung'

Mit der Entstehung der sogenannten unabhängigen 'Friedensbewegung' in der DDR im Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren gewann das Phänomen der gesellschaftskritischen Gruppierungen eine neue Qualität. Das Neue ist vor allem in zwei Punkten zu sehen. Zum einen näherten die vorher isoliert voneinander verlaufenden Stränge politisch alternativen Handelns sich einander an und flossen sogar partiell zusammen. Auftritte von Künstlern mit Auftrittsverbot wie das Konzert Wolf Biermanns in der Prenzlauer Nikolaikirche oder die Lesung Stefan Heyms in der Gemeinde von Dietmar Linke (Eppelmann 1993: 177; Knabe 1995: 83), die Zusammenarbeit von linksorientierten Philosophen mit Pfarrern oder Vorträge von unabhängigen denkenden Intellektuellen in den Studentengemeinden und

Evangelischen Akademien (Herzberg 1988: 68ff.; Joppke 1995: 87) sind Beispiele dafür. Zum andern entwickelten die sich herausbildenden Friedens-, Umwelt- und Dritte/Welt-Gruppen schon bald ein Zusammengehörigkeitsgefühl und verstanden sich als Teil einer unabhängigen ostdeutschen 'Friedensbewegung'.

Der soziale Träger dieser 'Bewegung' war zweifellos die Kirche. In ihrem Raum entstanden die Friedensgruppen (Rüddenklau 1992: 28), und in ihrem Einzugsbereich trafen die unterschiedlichen systemkritischen Strömungen aufeinander. Dennoch kann man in der Kirche nicht den Organisator der 'Bewegung' sehen. Vielmehr fanden im durch die Kirche zur Verfügung gestellten öffentlichen Raum und im unmittelbaren Umfeld der Kirche zwischen 1978 und 1983 ganz unterschiedliche, nicht aufeinander abgestimmte Aktionen zum Thema Frieden statt. Ja, man kann es geradezu als ein Kennzeichen der 'Friedensbewegung' ansehen, daß sich unter ihrem Dach Elemente zusammenfanden, „die streng genommen gar nichts miteinander zu tun hatten“ (Passauer 1988: 58). Dies wirft die Frage auf, ob es sich bei den hier in Frage stehenden Aktionen und Gruppierungen überhaupt um einen einheitlichen Handlungszusammenhang gehandelt hat. In der Tat kann man diese Frage angesichts des insgesamt recht geringen Strukturierungsgrades der Friedensgruppen und ihres niedrigen Vernetzungsniveaus mit guten Gründen verneinen.<sup>54</sup> Andererseits verstanden sich die Friedensgruppen, auch wenn sie untereinander nicht in allen Fällen im interaktiven Kontakt standen, durchaus als kollektiver Akteur und bezeichneten sich sogar selbst als „Friedensbewegung“ (vgl. den Brief von Robert Havemann „Für eine unabhängige DDR-Friedensbewegung“, in: Büscher/Wensiersiki/Wolschner 1982: 285ff., sowie Spuren 1988: „Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“). Wahrscheinlich wurde ihnen diese Bezeichnung erstmals durch die westlichen Medien zugeschrieben. Insofern könnte man sagen, daß die Einheit des Phänomens durch diese medial ver-

54 So argumentiert zum Beispiel Rink (1993: 9): „Die Anzahl der Gruppen und der Aktiven war sehr klein, sie wiesen einen niedrigen Strukturierungsgrad auf, die Vernetzung zwischen ihnen war gering und die Mobilisierung schwach. Außerdem lösten sie sich auch nicht aus der Institution Kirche heraus und hatten insofern einen halbautonomen Status. Die Gruppen nahmen sich selbst auch nicht als Bewegung oder einen kollektiven Akteur wahr, es gab keine gängige Selbstbezeichnung (allenfalls war von 'Gruppenszene' die Rede) und keine übergreifende (Integrations-)Ideologie. Insofern kann man meines Erachtens nicht von einer 'Bewegung' sprechen.“ (Ebenso auch Zander 1989: 237; Kühnel 1990: 34f.) Dem ist weitgehend zuzustimmen. Gerade in der Zeit der Entstehung der Friedensgruppen gab es jedoch so etwas wie eine gemeinsame Gruppen-Ideologie (vgl. dazu unten S. 92ff.). In dieser Zeit verstanden sich die Gruppen auch als ein zusammengehöriges Phänomen und operierten selbst mit dem Titel „Friedensbewegung“. Im Falle der Friedensgruppen kann man allenfalls von „Vorformen einer Bewegung“ sprechen. Zum Bewegungsbegriff vgl. oben S. 48f. sowie Rammstedt 1978; Raschke 1985; 1991.

mittelte Etikettierung von außen geschaffen wurde. Die Friedensgruppen und -aktivisten übernahmen dieses Etikett allerdings selbst. Offenbar war es die Konzentration auf ein gemeinsames Thema, auf gemeinsame Wirklichkeitsdeutungen, Zielorientierungen und Problemdefinitionen, die das Gefühl der Zusammengehörigkeit hervorbrachte. Das würde eine in den Sozialwissenschaften seit einiger Zeit vertretene These bestätigen, nämlich daß die Einheit einer Bewegung weniger durch Handeln und Interaktion als durch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, also kognitiv konstituiert wird (Eyerman/Jamison 1991; Gilcher-Holtey 1995: 44f.).

Doch handelte es sich bei den Friedensgruppen und -aktivitäten überhaupt um eine Bewegung? Auch diese Frage wird man wohl eher verneinen müssen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensgruppen war im ganzen gesehen äußerst limitiert. Keine Veranstaltung der Friedensgruppen kam über eine Beteiligung von etwa 5.000 Teilnehmern hinaus. Auch wenn das Friedensthema weite Kreise der Jugend sowie Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle bewegte und an den Universitäten, im Kulturbund, im Schriftstellerverband eine Reihe von durchaus nicht systemkonformen Veranstaltungen<sup>55</sup> zu diesem Thema stattfanden, blieb die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensgruppen doch mehr oder weniger auf das Sympathieumfeld der Kirchen beschränkt. Die Anwendbarkeit des Bewegungsbegriffes muß insofern als fraglich angesehen werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird er daher nur in Führungszeichen verwendet und nur deshalb gebraucht, weil er sich inzwischen eingebürgert hat.

Wenn die staatsunabhängigen Friedensaktivitäten allerdings untereinander nur in einem losen Zusammenhang standen und auch die Kirche nicht als Organisator der unterschiedlichen Aktivitäten fungierte, dann entsteht die Frage, was die Ursachen ihres Aufkommens waren. Bei der Beantwortung dieser Frage muß man zunächst feststellen, daß die 'Friedensbewegung' in der DDR ein reaktives Phänomen war. Sie reagierte auf die Bedrohung des Friedens durch die expansive Aufrüstung in Ost und West, auf die halbherzigen Friedensinitiativen der Politiker und Staatsmänner und auf die Unglaubwürdigkeit der offiziellen Friedenspropaganda. Daß sie in die offiziellen politischen Strukturen nicht mehr integriert zu werden vermochte, ist dabei ein Hinweis auf die seit Anfang der siebziger Jahre gewachsene Spannung zwischen der offiziellen Politik und den in der Bevölkerung vertrete-

55 Auch die offiziell geförderte Friedensbewegung, die ihre Plattform in Veranstaltungen von der FDJ bis zur Christlichen Friedenskonferenz hatte, wird man nicht nur als eine gesteuerte Bewegung, in der der Einsatz für den Frieden nur eine Form der Akklamation war, bezeichnen dürfen (Volkmar Deile in: Büscher/Wensiersiki/Wolschner 1982: 305). Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang vor allem auf die „Begegnung zur Friedensförderung“ von ost- und westdeutschen Schriftstellern, die auf Initiative von Stephan Hermlin am 13./14.12.1981 in Ostberlin stattfand.

nen politischen Einstellungen, zwischen formellen Herrschaftsstrukturen und gelebter politischer Kultur. Offenbar hatte sich diese Spannung inzwischen derart verschärft, daß Unzufriedenheit und Kritik weder offiziell integriert noch niedergehalten und in den Privatbereich abgedrängt werden konnten, sondern sich im informellen Bereich zu artikulieren begannen. Insofern muß man sagen, daß eine wichtige Ursache für das Aufkommen der 'Friedensbewegung' in dem gesamtgesellschaftlich gestiegenen Problemdruck bestand.

Dieser Problemdruck manifestierte sich in einer Ende der siebziger Jahre einsetzenden breiten Ernüchterung in bezug auf die Veränderungsfähigkeit des Sozialismus. Waren bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre hinein die Hoffnungen auf eine Effizienzsteigerung des sozialistischen Systems und seine Demokratisierung in der Bevölkerung noch weit verbreitet, so ging der Glaube an den Sozialismus Ende der siebziger Jahre dramatisch zurück (Friedrich 1990: 34ff.). Immer weiteren Kreisen in der Bevölkerung wurde klar, daß das sozialistische System seine politischen und wirtschaftlichen Versprechungen, mit denen es einst angetreten war, nicht würde halten können. Ende der siebziger Jahre begannen die Grundlagen des Legitimitätsglaubens und der Loyalität der DDR-Bürger gegenüber der Parteiherrschaft zu erodieren (Wielgohs/Schulz 1995: 1951, 1957f.). Diese Erosion hatte nicht nur damit etwas zu tun, daß die politische Entwicklung stagnierte und die wirtschaftliche Leistungskraft sank, sondern auch damit, daß im Laufe der Zeit Ansprüche geweckt worden waren, die sich nun nicht mehr zurückschrauben ließen. Die Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung entzündete sich vor allem an der mangelhaften Befriedigung der geweckten Konsumbedürfnisse. Die Friedensbewegten dagegen rieben sich an dem von der DDR erhobenen Anspruch, ein friedliebender, demokratischer Staat zu sein, und testeten den Staat auf seine Glaubwürdigkeit. Aber sie partizipierten natürlich an der allgemeinen gesellschaftlichen Unzufriedenheit. In der Entstehung der alternativen Friedensgruppen drückte sich insofern auch der allgemeine Verfall des Legitimitätsglaubens in der DDR aus.

Dieser Verfall war auch in anderen sozialistischen Staaten zu spüren, etwa in Polen oder Ungarn. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam es in vielen Ländern des Ostblocks in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu einem „totalen Einbruch“ (G. Poppe 1995: 117). Wahrscheinlich hängt dies damit zusammen, daß in dieser Zeit endgültig klar wurde, daß der Sozialismus den Wettlauf der Systeme verloren hatte und den inzwischen eingetretenen ökonomischen Rückstand zu den westlichen Industrienationen nicht mehr aufzuholen vermochte.

Daß so etwas wie eine 'Friedensbewegung' in der DDR entstehen konnte, ist freilich nicht nur aus dem gesellschaftlichen Problemdruck zu er-

klären, sondern muß auch auf die Liberalisierung des gesellschaftlichen Klimas, die die Möglichkeiten unangepaßten Verhaltens verbreiterte, zurückgeführt werden. Nicht nur das Ausmaß der Deprivation in der DDR, auch die politischen Gelegenheitsstrukturen veränderten sich. Aufgrund der Einbindung der DDR in den Prozeß der internationalen Entspannung und aufgrund des Interesses der DDR, das Image eines Friedensstaates aufzubauen, konnten die Polizei- und Sicherheitskräfte nicht mehr so rücksichtslos wie früher gegen nichtkonforme Gruppierungen vorgehen. Die Öffnung nach außen hatte interne Folgen. Will man die Ursachen für die Entstehung einer autonomen 'Friedensbewegung' in der DDR herausfinden, muß man also auch beachten, daß durch die in der Honecker-Ära zugelassene Ausweitung gesellschaftlicher Freiräume alternative Vorstellungen neue Verwirklichungsmöglichkeiten erhielten und daher einen bislang nicht gekannten Mobilisierungseffekt auszulösen vermochten. Das heißt, die 'Friedensbewegung' war sowohl eine Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Spannungen als auch auf die Erweiterung gesellschaftlicher Spielräume.

Dabei darf man sich diese Ausweitung aber nicht so vorstellen, als ob die legalen Handlungsmöglichkeiten erweitert und strukturelle Einflußmöglichkeiten bereitgestellt worden wären. Die Erweiterung der Spielräume ergab sich gewissermaßen ungewollt aufgrund der äußeren Zwangslage, in die sich das System aufgrund seiner außenpolitischen Ambitionen hineinmanövriert hatte, und sie wurden zur Vermeidung von Kontrollverlusten auch immer wieder zurückgenommen. Das Ergebnis war ein eigentümliches Hin und Her im Repressionsgrad, wie es für die Zeit seit Mitte der siebziger und dann vor allem für die achtziger Jahre typisch werden sollte. Einschüchternd wirkte diese kurvenreiche Politik, die ebenso unvermutet hart zuschlagen wie weich nachgeben konnte, insofern, als sie es nicht zuließ, die Grenze zu bestimmen, bis zu der man, ohne Nachteile befürchten zu müssen, gehen konnte. Andererseits beförderte das Hin und Her der Repressionspolitik aber auch das staatskritische Engagement, indem es Hoffnungen weckte und dazu reizte, die Grenzen des Zulässigen stets neu auszutesten.

Außerdem spielte für die Herausbildung der Friedensgruppen in der DDR die Vorbildwirkung der westdeutschen Friedensbewegung eine Rolle. Die Friedensgruppen in der DDR orientierten sich weitaus stärker an den westlichen Friedensaktivitäten als an der sich etwa gleichzeitig formierenden Solidarnosc-Bewegung in Polen (Joppke 1995: 77; Richter 1995b: 109).<sup>56</sup> Vom Westen übernahmen sie die prägenden Ideen, etwa die Kritik

56 Daß die polnischen Ereignisse - wie Joppke behauptet (1995: 77) - indes nicht völlig unbeachtet blieben, zeigt der Hinweis auf den Einfluß der „gegen die undemokratischen Machtverhältnisse“ streikenden polnischen Arbeiter auf die DDR-Gruppen von Karim Saab (1988: 37) in der Samisdat-Zeitschrift „Spuren“.



am Zivilisationsmodell der Industriegesellschaften, von dort erhielten sie auch strukturelle Hilfe, zu den Protagonisten der westlichen Friedensbewegung bestanden teilweise sogar persönliche Kontakte, und außerdem verstanden sich die ostdeutschen Friedensgruppen selbst als Teil einer blockübergreifenden ost-westlichen unabhängigen Friedensbewegung (U. Poppe 1995: 246). Insofern verwundert es nicht, daß sie auch das ihnen vom Westen aufgeprägte Etikett der „Friedensbewegung“ akzeptierten. Die Problemdefinition und die daraus resultierende Wirklichkeitsdeutung und Zielorientierung waren in starkem Maße durch westliche Argumentationsmuster beeinflusst, die nicht selten kirchlich vermittelt wurden.

Die ersten Impulse für die Entstehung von staatsunabhängigen Friedensaktivitäten in der DDR gingen zweifellos von den evangelischen Kirchen aus. Nachdem das Engagement für den Frieden in den evangelischen Kirchen der DDR seit der „Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen“ von 1965 etwas in den Hintergrund getreten war, erfuhr es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder einen gewissen Aufschwung (vgl. Pollack 1994: 300f.). 1978 war auf inoffiziellen Wegen bekannt geworden, daß der Staat die Einführung eines obligatorischen Wehrkundeunterrichts an den Schulen plane. Wie auf den Kirchentagen, die in dieser Zeit in Leipzig, Erfurt und Stralsund stattfanden, sichtbar wurde, waren viele Gemeindeglieder beunruhigt (Mechtenberg 1982: 365f.). In einem Gespräch der Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, am 1. Juni 1978 protestierten die Kirchenvertreter gegen die geplante Einführung des Wehrkundeunterrichts und kündigten an, daß Tausende von Eltern die Teilnahme ihrer Kinder verweigern würden (Dohle 1988: 177). Auch die Studentengemeinden in Naumburg und in Dresden sprachen sich gegen die geplante Einführung des Schulfaches Wehrkunde aus (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 64ff.). Als dann mit dem neuen Schuljahr im September 1978 der Wehrkundeunterricht gegen den Einspruch der Kirchen eingeführt wurde, war die Zahl derer, die die Teilnahme verweigerten, jedoch äußerst gering. Von 260.000 Schülern nahmen nur etwa 100 nicht am Wehrkundeunterricht teil (Dohle 1988: 177f.). Offenbar wurde in dieser Zeit die Machtausübung des politischen Systems trotz der unübersehbaren Liberalisierungstendenzen noch immer als unberechenbar und potentiell repressiv erlebt, so daß kaum einer wagte, die Systemerwartungen nicht zu erfüllen. Wie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor standen die evangelischen Kirchenleitungen mit ihrem Protest gegen die staatliche Politik weitgehend allein.

Das hinderte die evangelischen Kirchen allerdings nicht, ihr Friedensengagement in den Jahren nach 1978 zu verstärken. In unmittelbarer Reaktion auf die Einführung des Wehrkundeunterrichtes wurde das Studien- und

Aktionsprogramm „Erziehung zum Frieden“ ins Leben gerufen (epd Dokumentation 35/1981, 17f.), in dessen Rahmen eine Fülle von Stellungnahmen, Handreichungen und Ausarbeitungen zum Friedensthema erschienen (epd Dokumentation 41, 42, 43/1978; 2/1980). Zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges verfaßten der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in (West-)Deutschland ein gemeinsames „Wort zum Frieden“ (Kirchliches Jahrbuch 106, 1979, 448f.). In einem „Wort an die Gemeinden“ äußerte der Bund im November 1979 Bedenken gegenüber einer Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Abrüstungsvorschläge Breshnews (ena vom 7. November 1979; epd Dokumentation 51/1979, 45). Die staatliche Zurückweisung des kirchlichen Protestes gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichtes hatte auf das staatskritische Friedensengagement der Kirchen jedoch nicht einen eindämmenden, sondern einen beflügelnden Effekt. Dies trifft auch auf das Friedensengagement in den Kirchengemeinden und den Arbeitskreisen an der kirchlichen Basis zu. Auch hier führte die repressive Politik des Staates nicht wie noch in den sechziger Jahren zum Verstummen alternativer Bestrebungen. Im Gegenteil. Bereits im Jahre 1979 hatten sich die Aktivitäten der Friedenskreise derart vervielfältigt,<sup>57</sup> daß der Staat es für nötig erachtete, mit Verfolgung und Verhaftung zu reagieren (Rüddenklau 1992: 30). Diese offenen Konflikte zeigen, daß die bislang stets verdeckt gehaltenen Spannungen zwischen politischen Machtstrukturen und gesellschaftlichen Autonomisierungsbestrebungen inzwischen stark angewachsen waren und daß sich die in der Gesellschaft ausbreitende Unruhe administrativ nicht mehr vollständig niederhalten ließ. In den nächsten Jahren sollten sich die Spannungen weiter verschärfen.

Im November 1980 fand zum ersten Mal die gemeinsam mit der EKD durchgeführte<sup>58</sup> landesweite Friedensdekade der evangelischen Kirche statt, die dann in den darauffolgenden Jahren regelmäßig wiederholt wurde (Zander 1989: 279ff.). Unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ wurden zehn Tage lang vielfältige, meist kleinere Veranstaltungen zum Friedensthema in kirchlichen Räumen durchgeführt. Im Jahr darauf wählten die Veranstalter der Friedensdekade aufgrund eines Vorschlages des damaligen

57 Eine Zunahme des Besuchs kirchlicher Jugendveranstaltungen seit 1979 wurde auch festgestellt in: Kirche im Sozialismus 5, 1979, 25-30 und 6, 1980, 35-42.

58 Das Friedensthema bot für die evangelischen Kirchen in der DDR die Möglichkeit, sich an die westlichen evangelischen Kirchen, von denen man sich 1969 organisatorisch getrennt hatte, vorsichtig wieder anzunähern. Alle von der EKD und dem Kirchenbund gemeinsam verfaßten Stellungnahmen zwischen 1977 und 1986 bezogen sich auf Probleme des Friedens, der internationalen Zusammenarbeit und Entspannung. „Den Dialog in gesellschaftlichen Fragen haben wir“, meinte Manfred Stolpe (1984: Abschnitt 7.1.), „erst wieder in der Friedensfrage gelernt.“

sächsischen Landesjugendpfarrers Harald Brettschneider das biblische Lösungswort „Schwerter zu Pflugscharen“ als Motto - ein Zitat aus dem Alten Testament (Micha 4, 3), mit dem auch eine von der Sowjetunion der UNO in New York geschenkte Plastik von J.W. Wutschetschich versehen war. Unter Verwendung dieses Symbols stellten die Veranstalter Textildrucke her, die von vielen Jugendlichen als Aufnäher auf Jacken, Taschen, Mützen auch außerhalb der Kirche, in Schulen, Universitäten und Betrieben, getragen wurden. „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde gewissermaßen zum Leitwort der staatlich unabhängigen 'Friedensbewegung'. Welche über den Raum der Kirche hinausgehende Bedeutung die 'Friedensbewegung' inzwischen erlangt hatte, wird an der Verbreitung dieses Aufnehmers deutlich.

Die Polizei reagierte schon bald gereizt auf das öffentliche Tragen des Aufnehmers und forderte vielfach seine Entfernung. Teilweise wurden Schüler und Studenten, die den Aufnäher trugen, von der Erweiterten Oberschule oder der Universität relegiert (Passauer 1988: 59). Die Kirche solidarisierte sich eindeutig mit dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“, obwohl die Vision des Micha von einigen auch als illusionär kritisiert wurde (ebd.). In Gesprächen mit staatlichen Stellen protestierten die Kirchenvertreter vielfach gegen das Vorgehen der Polizeikräfte gegenüber den Trägern des Symbols<sup>59</sup> und behaupteten trotz aller staatlichen Einsprüche den Anspruch auf eine eigenständige Friedensverantwortung der christlichen Kirchen (epd Dokumentation 19/1982, 45). Bischof Forck trug den Aufnäher in der Öffentlichkeit sogar selbst (Passauer 1988: 59).

Aus einer eigenständigen, privat vorbereiteten Initiative ging der Vorschlag zur Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes hervor. Wie der damalige Pfarrer der Dresdener Weinbergskirche, Christoph Wonneberger, im Rückblick schrieb, war es der Beschluß zur Raketenmchrüstung von 1979, der ihn auf die Idee des sozialen Friedensdienstes brachte (Wonneberger 1994: 194). „Lange“ ging er mit der Idee „schwanger“. Im September 1980 habe er „den Text dann in drei Tagen 'aus der Feder rausgelassen'“ (ebd.). Bevor er mit ihm an die Öffentlichkeit trat, suchte er allerdings noch nach „Verbündeten innerhalb der Kirche“ (ebd.). Er fand sie in zwei Mitgliedern des Pfarrkonvents, dem er zugehörte: dem Superintendenten Dr. Christoph Wetzell und dem Pfarrer Christian Burckhardt. Beide unterstützten den Antrag und trugen auch einige Formulierungen mit, die in der folgenden Diskussion mit Synodalen, Jugendlichen und Mitgliedern von Friedenskreisen heiß umstritten waren, wie etwa die von der „schwindenden Verteidigungswürdigkeit der sozialistischen Verhältnisse“ (Bickhardt 1988: 33). Unter Zurücknahme einiger sprachlicher Schärpen wurde dann schließ-

59 Vgl. etwa das Gespräch zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Mitgliedern der Konferenz der Kirchenleitungen am 7. April 1992 in Berlin (Besier/Wolf 1992: 347ff.).

lich am 9. Mai 1981 ein konsensfähiger Text verabschiedet, der die Einrichtung eines zivilen Ersatzdienstes als „Sozialen Friedensdienst“ (SoFd) vorschlug. Dieser Dienst sollte 24 Monate statt der regulär vorgesehenen 18 Monate umfassen, nicht aber im militärischen Bereich, sondern an sozialen Schwerpunkten, in Heimen, Krankenhäusern, in der Altenbetreuung und der Sozialfürsorge versehen werden (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 171). Vier- bis fünftausend Briefe<sup>60</sup> erreichten die Kirchensynoden mit der Bitte, die Initiative von Pfarrer Wonneberger gegenüber dem Staat zu unterstützen (Henkys 1982: 18; Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 169). Daraufhin beauftragten die Synoden die Kirchenleitungen, das Anliegen an die staatlichen Stellen heranzutragen (Bickhardt 1988: 34). Keine Synode lehnte den Sozialen Friedensdienst ab (Ehring/Dallwitz 1982: 192ff.). Die im Juni 1981 in Gera tagende Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche setzte sich sogar ausdrücklich für sie ein (Dietrich/Schwabe 1994: 506). Gleichwohl wurde die Forderung nach Einführung eines zivilen Ersatzdienstes nicht zum Synodalbeschluß des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erhoben (epd Dokumentation 43/1981, 79). Am weitesten in ihrer Unterstützung ging von allen evangelischen Landeskirchen die Synode der Kirchenprovinz Sachsen. Sie sah in der Initiative einen Ausdruck des christlichen Friedensdienstes (Bickhardt 1988: 34).

Die staatliche Reaktion ließ ungewöhnlich lange auf sich warten.<sup>61</sup> Sie erfolgte erst nach Monaten mit der FDJ-Aktion „Der Friede muß verteidigt werden - Der Friede muß bewaffnet sein“ und mit einem kurzen Statement des Staatssekretärs für Kirchenfragen Klaus Gysi nach einem Vortrag vor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität Berlin (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 174ff.). Offene Ablehnung erfuhr die Initiative schließlich in einer Rede des Cottbuser SED-Bezirkschefs, Werner Walde, der vor

60 Hier liegen unterschiedliche Angaben vor. Bei Henkys 1982: 18, Röder 1982: 31 werden 4.000, bei Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 169 über 5.000 angegeben. Die verlässlichste Quelle (Spuren 1988: 34) spricht von „zirka 5.000“.

61 Etwas schneller war der Staatssicherheitsdienst, der die Initiative als den „Versuch feindlicher Kräfte der Kirche“ bezeichnete, „eine organisierte Bewegung mit jugendlichen Wehrpflichtigen gegen die Verfassung der DDR und das Verteidigungsgesetz zu initiieren“ (Schreiben von Oberstleutnant Eppisch vom 28. Juli 1981, in: Besier/Wolf 1992: 318). Die Forderung nach einem „Sozialen Friedensdienst“ sei „eindeutig auf die Schwächung der Verteidigungsbereitschaft gerichtet“; deshalb sei „verstärkt der Einsatz von IM in kirchlichen Schlüsselpositionen dahingehend zu organisieren, daß kirchenleitende Gremien und Personen die Aktion nicht sanktionieren und sich mit den Initiatoren innerkirchlich auseinandersetzen“ (ebd.). Dieses Ziel konnte der Staatssicherheitsdienst offensichtlich nicht erreichen. Für die Einführung eines zivilen Wehersatzdienstes sprach sich die Kirche, unabhängig von allen Initiativen, bereits seit dem Erlaß über die Aufstellung von Bausoldaten-Einheiten aus dem Jahre 1964 aus. Diese Linie behielt sie bis zum Ende der DDR bei.

dem Zentralkomitee der SED erklärte, daß es niemandem gelingen werde, „mit der Phrase des sogenannten sozialen 'Friedensdienstes' Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus, wer auch zu solchen friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlichen Aktionen aufrufen möge“ (Neues Deutschland vom 21./22. November 1981).

Auf die Veröffentlichung dieser Sätze hin (Henkys 1982: 19) lud eine Dresdener Basisinitiative, der spätere Friedenskreis *Wolfspelz*, für den 13. Februar 1982, dem 37. Jahrestag der Zerstörung Dresdens, zu einer Schweigedemonstration an den Ruinen der Frauenkirche nach Dresden ein. Mehr als 5.000 Bürger aus allen Teilen des Landes machten sich nach Dresden auf. Nach Absprache mit den lokalen Parteifunktionären (Joppke 1995: 88) ließ der Sächsische Landesbischof, Johannes Hempel, die Kreuzkirche öffnen, um den Demonstranten ein Forum zu geben und die öffentliche Aktion in geregelte Bahnen zu lenken. Die Kirche nahm auf diese Weise in dem Konflikt zwischen Staat und Friedensgruppen eine Kanalisierungs- und Vermittlungsfunktion wahr, die von beiden Seiten angenommen und gewünscht wurde. Mit diesem Friedensforum in der Dresdener Kreuzkirche erlangten die Aktivitäten der Friedensgruppen in der DDR, vermittelt vor allem über die Berichterstattung in den westlichen Medien, erstmals eine größere gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Mit ein wenig Übertreibung könnte man sagen, daß so mit ihrer Hilfe die 'Friedensbewegung' in der DDR geboren wurde.

Der Aufruf der Mitglieder der Dresdener Basisinitiative zur Friedensdemonstration stand freilich nicht in direktem Zusammenhang mit der SoFd-Initiative. Vielmehr handelten diese Jugendlichen weitgehend unabhängig von dem Kreis der SoFd-Initiatoren. Pfarrer Wonneberger war außerstande, auf sie beruhigend einzuwirken und sie von ihrem provokativen Vorhaben abzuhalten. Da er andererseits „den Faden zu ihnen nicht abreißen lassen“ wollte (ebd.), wurde er von staatlicher Seite mit ihrer Aktion in Verbindung gebracht und für sie sogar indirekt verantwortlich gemacht. Der Staatssekretär für Kirchenfragen verlangte von der Kirchenleitung in Dresden, Wonneberger zu maßregeln und „aus dem Rennen“ zu nehmen, andernfalls würde der Staat dies selbst übernehmen. Daraufhin wurde Christoph Wonneberger in das Landeskirchenamt bestellt und darauf hingewiesen, daß er mit seinen überregionalen Aktivitäten seine Kompetenz als Gemeindepfarrer überschreite. Die Folge war, daß Wonneberger das zur weiteren Publizierung der SoFd-Initiative für Ostern 1982 ins Auge gefaßte Treffen von Friedensgruppen aus der ganzen Republik - genannt „Friedensdienstfahrt“ - nicht mehr durchführen konnte. Er selbst hielt es für klüger, sich vorerst aus dem Bereich der unmittelbaren Konfrontation zurückzuziehen (Wonneberger 1994: 195).

Dennoch wirkte die Idee des sozialen Friedensdienstes weiter. Im Anschluß an die Friedensdekade von 1982 und in Reaktion auf die Einführung weiterer militärischer Ausbildungsphasen in den Schulen entstanden in Dresden, Jena, Rostock, Leipzig und anderen Städten Friedensgebete, zu denen sich regelmäßig einmal in der Woche Friedensbewegte zu Informationsaustausch und Gebet trafen. Das unabhängige Friedensengagement ließ sich in dieser Zeit durch administrative Maßnahmen nur schwer stoppen. Im Gegenteil, es bildete sich gerade in Reaktion auf die Verschärfung von gesellschaftlichen Restriktionen heraus. Andererseits war seine Entstehung aber natürlich auch Ausdruck gewachsener Freiräume in der Gesellschaft. Der gleiche Zusammenhang zwischen Verschärfung der Protest generierenden gesellschaftlichen Spannungslinien und der Ausweitung von Protest ermöglichenden politischen Opportunitätsstrukturen trifft auch auf den Aufruf der Dresdener Basisgruppe zur Schweigedemonstration an der Dresdener Frauenkirche zu. Seine Beweggründe lagen einerseits in der Empörung über die Äußerungen Werner Waldes. Andererseits lösten aber auch die neuen Freiräume bislang unbekannte Mobilisierungseffekte aus. Wenn die Staats- und Parteiführung monatelang darauf verzichtete, öffentlich ein klares Nein zum sozialen Friedensdienst zu sagen und die über seine Einführung geführte innerkirchliche Diskussion zu unterbinden, dann leistete sie damit selbst einen Beitrag zur Plausibilisierung dieser Diskussion. Die Beschäftigung mit der Friedensproblematik begann in der Regel als Auseinandersetzung mit staatlichen Maßnahmen (Moritz 1993: 42). So war das kirchliche Programm „Erziehung zum Frieden“ eine Reaktion auf die Einführung des Wehrkundeunterrichts, die Idee des sozialen Friedensdienstes eine Reaktion auf den Stationierungsbeschluß der Mittelstreckenraketen, die Einrichtung von Friedensgebeten eine Reaktion auf die Verschärfung der militärischen Erziehung an den Schulen oder auch die Entstehung der Gruppe *Frauen für den Frieden* eine Reaktion auf das Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982<sup>62</sup>. Gleichzeitig ist die Entstehung von unabhängigen Friedensaktivitäten in der DDR aber in all diesen Fällen auch aus der Liberalisierung des gesellschaftlichen Klimas zu erklären.

Eine Woche vor dem Dresdener Friedensforum erschien der von Pfarrer Rainer Eppelmann und Robert Havemann verfaßte „Berliner Appell“, in welchem zu einer öffentlichen Diskussion der Friedensfrage aufgerufen und vorgeschlagen wurde, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen sollten (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 242). Der „Berliner Appell“ lehnte sich an den Krefelder Appell an, der in Westdeutschland breite Zustimmung gefunden hatte

62 Interview mit Ulrike Poppe, *Frauen für den Frieden* und *Initiative Frieden und Menschenrechte*, Berlin, vom 24.1.1990, (A 1).

(Eppelmann 1993: 187). Ihm vorangegangen waren ein Brief von Eppelmann an Honecker und ein Schreiben von Havemann an Breshnew im Herbst 1981 (Spuren 1988: 42). Alle diese in die Öffentlichkeit hineinwirkenden Aktionen gingen aus dem engen Diskussionszusammenhang hervor, der sich zwischen Havemann und Eppelmann seit 1980 ergeben hatte. Natürlich waren ihre Friedensaktivitäten eingebettet in die unabhängige politische Kultur. Eppelmann verweist selbst auf Bezüge zur SoFd-Initiative und zur Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ (Spuren 1988: 42). Das monatelange Gespräch zwischen Eppelmann und Havemann vollzog sich aber abseits von den Friedenskreisen im privaten Raum und führte darüber hinaus zu Ergebnissen, die vom Diskurs vieler kirchlicher Friedenskreise deutlich abwichen: zur Forderung der Blocküberwindung. Mit Blocküberwindung war nicht die Wiederherstellung der deutschen Einheit gemeint - daran habe man damals „nicht zu denken gewagt“ (Eppelmann 1993: 186) -, wohl aber der Abschluß eines Friedensvertrages der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges mit beiden deutschen Staaten, der Abzug ihrer Truppen aus Deutschland und die Garantie über ihre Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten. Es verwundert nicht, daß dieser Appell von den evangelischen Kirchen in der DDR nicht mitgetragen wurde. Die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung riet von der Unterzeichnung des Appells sogar nachdrücklich ab. Er bedenke nicht genau genug die tatsächliche militärische und politische Konstellation und zeichne ein Zerrbild der politisch Verantwortlichen (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 283f.). Die Staatssicherheit versuchte, die Verbreitung des „Berliner Appells“ zu unterbinden, und verlangte von Eppelmann, auf die Sammlung weiterer Unterschriften unter den Appell zu verzichten. Die Unterzeichnerlisten jedoch zirkulierten in der gesamten DDR, und selbst wenn Eppelmann es gewollt hätte, war das Unternehmen nicht mehr zu stoppen.

So wenig wie es einen organisatorischen Zusammenhang zwischen der SoFd-Initiative und dem „Berliner Appell“ gegeben hatte, gab es einen zwischen diesem Appell und dem Dresdener Forum (Henkys 1982: 19), wie übrigens auch andere Aktionen oft nicht aufeinander abgestimmt und nur selten langfristig geplant waren. Der spontane Charakter, der fast völlige Mangel an Organisation und Koordination war charakteristisch für die 'Friedensbewegung' in der DDR. Immer wieder kam es zu vereinzelt, nicht miteinander abgesprochenen Aktionen. So schrieb der Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, Hans-Jochen Tschiche, am 21. Dezember 1981 einen Offenen Brief an Werner Walde (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 231f.). Friedrich Schorlemmer, Wittenberg, richtete im November 1981 eine Eingabe an die in Halle tagende Synode der Kirchenprovinz Sachsen, in welcher er sich gegen das nukleare Abschreckungssy-

stem und für einseitige Vorleistungen beim Rüstungsabbau aussprach (202). Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gab ein Informationspapier für die Gemeinden über den Pazifismus in der aktuellen Friedensdiskussion heraus (epd Dokumentation 1982/22, 1-14). Im August 1982 fand aufgrund einer privaten Initiative von Heiko Lietz das erste Mobile Friedensseminar im Osten Mecklenburgs statt, das in den Jahren bis 1988 jährlich wiederholt werden sollte (Meckel/Gutzeit 1994: 171). Und im Frühjahr 1983 entstand in einigen Friedensgruppen in Naumburg, Rostock und anderswo der Gedanke, persönliche Friedensverträge zwischen Bürgern aus unterschiedlichen Ländern und Militärblöcken zu schließen (Spuren 1988: 66). Was die einzelnen Aktionen verband, war nicht ein organisierter Zusammenhang. Auch die Kirche, ohne deren Unterstützung die Protestbewegung nicht hätte überleben können, verstand sich nicht als organisatorisches Zentrum. Sie stellte für die unterschiedlichen Friedensbemühungen zwar die nötige Infrastruktur bereit und trat mit den in ihrem Raum erarbeiteten Konzeptionen und Papieren vielfach sogar als Vordenker der 'Friedensbewegung' auf, aber sie war weder ihre Führerin oder ihre Koordinierungsstelle noch ihr zentraler Agent. Das, was die Einzelaktionen der 'Friedensbewegung' miteinander verband, lag vielmehr in der Einheitlichkeit der Situation - dem mit der Verschärfung der Blockkonfrontation erheblich angewachsenen gesellschaftlichen Problemdruck -, und diese Situation wurde vor allem durch die westlichen Medien einheitlich interpretiert. Im Unterschied zur Friedensbewegung in Westeuropa, die sich durch relativ feste Strukturen, ein organisiertes Kommunikationsnetz, funktionale Differenzierungen und das Vorhandensein von Sprechern, Konten und Publikationen auszeichnete, besaß die 'Friedensbewegung' in der DDR eine amorphe, dezentrale und polyphone Struktur, der es an Steuerungszentren ebenso fehlte wie an prägenden Führungsgestalten oder einem zentralen Programm.<sup>63</sup>

Einen spontanen, unorganisiert-assoziativen Charakter besaßen übrigens alle größeren Protestbewegungen in der DDR: der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ebenso wie die Oktoberdemonstrationen im Jahre 1989. Wenn man erklären will, wie sie zustande kamen, wird man auf die enormen gesellschaftlichen Spannungen, auf das plötzliche Aufschimmern neuer Hoffnungen und Zukunftsperspektiven (1953: Stalins Tod, Neuer Kurs; 1979/81: Abrüstungsvorschläge der Ostblockstaaten; 1989: Reformpolitik in der Sowjetunion), auf die kurzzeitig gezeigte Schwäche oder Zurückhaltung des Repressionsapparates, also die Ausweitung der Opportunitätsstrukturen

63 Vgl. Meckel 1993: 55f.: „Diese Gruppen, die da entstanden, waren entgegen manchen westlichen Darstellungen Wildwuchs. Sie brauchten keine Leitfigur und keine Führer, und es gab sie auch nicht. Manche Leute wurden durch Zufall bekannter; hier spielten die westlichen Medien eine wichtige Rolle. Anfangs erfuhren wir erst durch diese Medien voneinander.“

(1953: Neuer Kurs; 1979: Liberalisierung in der Honecker-Ära; 1989: Verzicht auf militärische Niederschlagung der Demonstrationen), auf den Verfall der Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem Herrschaftssystem, auf ein ungenau definiertes soziales Mobilisierungssegment, das als Kristallisationspunkt des Protestes dient (1953: Arbeiterschaft; 1979/82: Kirche, Intellektuelle; 1989: Kirche, politisch alternative Gruppen), sowie auf den die Deutung der Situation prägenden Einfluß der westlichen Medien hinweisen müssen.<sup>64</sup>

Ein gewisser Grad an Vernetzung und wechselseitiger Anregung ist trotz des Mangels an übergreifender Organisation dennoch zu konstatieren. Auch wenn die 'Friedensbewegung' einen spontanen, unkoordinierten Charakter besaß, waren Vernetzung und spontane Assoziation nicht unwichtige Funktionsmechanismen für ihre Verbreiterung, für die Entstehung neuer Gruppen und die Initiierung von Aktionen. So bildete sich nach Auskunft von Gabriele Heide im Interview vom 28. Januar 1990 die Gruppe *Frauen für den Frieden* in Leipzig aufgrund des Vorbildes der Berliner Frauengruppe für den Frieden (A 1). Aus dem von der Berlin-Brandenburgischen Synode einberufenen Ausschuß zur weiteren Beratung der SoFd-Initiative ging zuerst eine Einladung an die Eingebor und schließlich die Einberufung zum ersten Treff aller Basisgruppen, zum ersten Seminar *Frieden konkret* in Berlin-Oberschöneweide, hervor (Bickhardt 1988: 35). Im Anschluß an die SoFd-Initiative und die Friedensdekade entstand der Gedanke zu einem wöchentlich durchgeführten Friedensgebet (Wonneberger 1994: 195f.). Und die Friedenswerkstatt, die im Juli 1982 in Berlin mit einer Beteiligung von etwa 5.000 Besuchern durchgeführt wurde, kam zustande aufgrund der Anregungen durch das Friedensforum vom Februar 1982 in Dresden (Rüdenklau 1992: 31).<sup>65</sup>

Spontaneität, Assoziation, Kontaktaufnahme stießen jedoch immer wieder an die engen Grenzen der Steuerungs- und Kontrollansprüche der organisationsgesellschaftlichen Instanzen. Sobald Aktionen in der Öffentlichkeit durchgeführt wurden - so etwa, als Bärbel Bohley, Ulrike Poppe und andere Frauen am 16. Oktober 1983 ihre Wehrdienstverweigerung demonstrativ auf dem Postamt am Berliner Alexanderplatz abgaben oder als Friedensfreunde am 1. September 1983 in Berlin eine Menschenkette von der sowjetischen zur amerikanischen Botschaft zu bilden versuchten (Kroh 1988b: 42) -, griff der Sicherheitsapparat ein. Spontaneität, Demonstrativität und Aktionismus konnten sich nur unter dem Schutz der Kirche entfalten. Auch das öffentli-

64 Vgl. dazu ausführlicher Pollack 1997.

65 Man kann dies als ein Bewegungsgesetz bezeichnen: Die Ausbreitung erfolgt, gerade da der Kontakt zur Gesamtgesellschaft gestört ist, in starkem Maße durch Binnendifferenzierung und szeneninterne Mobilisierung. Vgl. S. 123, 147, 182.

che Tragen des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde staatlicherseits verboten (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 1982). Nur innerhalb der Kirche durfte dieses Symbol während der Friedensdekade weiterhin benutzt werden. Die Möglichkeiten der Selbstorganisation der 'Friedensbewegung' waren also in starkem Maße politisch eingeschränkt, wenn es auch falsch wäre, organisierte Mobilisierungen völlig zu bestreiten.

Wie eng der Zusammenhang des staatsunabhängigen Friedensengagements mit der westdeutschen Friedensbewegung war, läßt sich daran erkennen, daß von dem Bundestagsbeschluß zur Nachrüstung am 22. November 1983 die autonomen Friedensaktivitäten auf beiden Seiten gleichermaßen betroffen waren. Dieser Beschluß lähmte nicht nur die westdeutsche, sondern auch die ostdeutsche 'Friedensbewegung' und führte in der DDR zu einer Umorientierungskrise der 'Bewegung'. Nicht wenige Friedensgruppen lösten sich auf, manche wechselten das Thema (Dietrich 1988: 54). Es war vor allem das Umweltthema, von dem her sich das Gruppenphänomen in den nächsten Jahren neu formieren sollte. Zu personellen Wechseln allerdings kam es kaum. Den engen personellen Zusammenhang zwischen den Friedens- und Umweltgruppen sah übrigens auch der Staatssicherheitsdienst. In einem der umfassendsten Informationspapiere über die oppositionellen Gruppierungen vom 1. Juni 1989 heißt es: „Die Mehrzahl der 'Ökologie- oder Umweltgruppen' bildete sich im Zeitraum 1983/84 heraus. Ihre Mitglieder rekrutieren sich zu großen Teilen aus dem Bestand der 'Friedenskreise'.“ (Mitter/Wolle 1990: 59)

Der Bruch in der Entwicklung der Gruppenszene in der DDR in den Jahren 1983/84 war daher längst nicht so stark wie in der westdeutschen Friedensbewegung. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in der DDR die Organisationsstrukturen der evangelischen Kirche den alternativen Gruppen äußeren Halt gaben. Diese Strukturen sorgten aufgrund der Kirchnähe vieler Gruppen für ein weitaus höheres Maß an Kontinuität, als das im Westen Deutschlands möglich war. Schon im April 1983 versammelten sich 30 Vertreter von selbständig arbeitenden Ökologie-Gruppen aus Rostock, Potsdam, Berlin, Leipzig, Rötha, Dresden, Jena-Neulobeda, Karl-Marx-Stadt und Jena zu einem Treffen in Wittenberg (Büscher/Wensierski 1984: 40).<sup>66</sup> Das dortige Kirchliche Forschungsheim hatte dazu eingeladen. Dabei erhielten die Umweltgruppen in der DDR durch die Berichterstattung in den westlichen Medien und über kirchliche Kanäle zweifellos wichtige Impulse auch von der Umweltbewegung in der Bundesrepublik (Moritz 1993: 44).

66 Teilweise sind diese Gruppen zusammen mit den Friedensgruppen bereits Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre entstanden. Das Thema Frieden beschäftigte alle Gruppen, auch die Umweltgruppen. Nach 1983 trat dann der Themenschwerpunkt Frieden zurück.

Fragt man nach den inhaltlichen Anliegen, die die 'Friedensbewegung' vertrat, so muß man zunächst sagen, daß in den politisch alternativen Gruppen von 1978 bis 1983 natürlich das Friedenssthema im Vordergrund stand. Das Friedenssthema bewegte alle Gruppen, aber in den Gruppen wurden - oft verbunden mit der Friedensproblematik - stets auch Umweltthemen und Dritte/Welt-Themen verhandelt. Die Kritik der Gruppen richtete sich nicht nur auf den Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten und ihren Verbündeten in Ost und West, auf das System der Abschreckung und die Militarisierung der eigenen Gesellschaft (Meckel 1993: 55), sondern auf das Wachstumsdenken der modernen Industrienationen insgesamt. Die Behandlung des Friedenssthemas war eingebettet in eine allgemeine fortschrittsskeptische Stimmung. Angeregt durch den Bericht des Club of Rome und andere modernitätskritische Stimmen im Westen forderten nicht wenige Gruppen auch von der DDR die Abkehr von einer an der ökonomischen Leistungssteigerung und der Befriedigung von Konsumwünschen orientierten Wirtschaftspolitik. Nicht wenige von ihnen riefen zu einer Berücksichtigung der Grenzen des Wachstums und zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Wertewandel auf. So hieß es in einer 1980 vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg herausgegebenen Studie: „Auch im Sozialismus führt die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums - verstanden als Anstieg materieller Produktion - zu erheblichen Umweltproblemen. (...) Um die Bedrohung unseres Lebens durch eine zerstörte Umwelt abzubauen, ist es in den reichen Ländern der Erde (einschließlich der DDR) notwendig, menschliche Arbeit und menschliche Bedürfnisse nicht mehr vorrangig auf die weitere Anhäufung und den beschleunigten Verbrauch materieller Güter, sondern mehr als bisher auf geistig kulturelle Betätigung, soziales Engagement und solidarische Lebenshaltung zu lenken. Gesellschaftlicher Reichtum muß darum heute definiert werden als materieller und geistiger Reichtum, als Summe dessen, was zur Bereicherung der menschlichen Wesenskkräfte führt. (...) Eine solche Umorientierung des Verständnisses von gesellschaftlichem Reichtum erfordert eine entsprechende Veränderung gesellschaftlicher und individueller Zielsetzungen.“ (Arbeitskreis Wittenberg 1980: 71f.)

Die Zivilisationskritik des Westens hatte auf den Osten übergreifen. Die von den politisch alternativen Gruppen verhandelten Themen waren Probleme der modernen Industriegesellschaften: die Bedrohung des Friedens durch eine überzogene Hochrüstungspolitik, die Gefährdung der Natur durch rücksichtslose Industrialisierung, die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch einseitige Gewinnmaximierungsstrategien usw. Das heißt, in der Zeit ihrer Entstehung besaßen die politisch alternativen Gruppen eine eindeutige Ausrichtung auf die Behandlung globaler Gefährdungs-

lagen, wie sie auch für die neuen sozialen Bewegungen des Westens charakteristisch waren.

Deshalb sind sie aber nicht einfach in das Phänomen der zivilisationskritischen Strömungen des Westens einzuordnen und nur als östliche Ableger der neuen sozialen Bewegungen zu behandeln. Die Auseinandersetzung der alternativen Gruppen mit den globalen Problemen hatte vielmehr von Anfang an einen DDR-spezifischen Akzent.<sup>67</sup> Wenn die Vertreter der Gruppen Frieden, Umweltbewahrung und Gerechtigkeit anmahnten, dann ging es ihnen vor allem um eine Veränderung der Politik in der DDR (Reinhard Henkys, in: Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 303). Wenn sie den Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu ihrem Motto wählten, dann war dies gegen das Verteidigungskonzept der DDR gerichtet, das denjenigen, der gegen die Verteidigung des Sozialismus mit Waffen war, als einen Feind des Sozialismus behandelte. Und auch dann, wenn die Friedensgruppen Sozialismus und Kapitalismus auf eine Stufe stellten und gleichermaßen als Industriegesellschaften behandelten, hatte dies noch eine staatskritische Spitze, denn die SED ging von der Überlebtheit des Kapitalismus aus und proklamierte die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Was die alternativen Gruppen in ihrem Engagement bewegte, das war die Tatsache, daß die politisch Verantwortlichen zwar „bis zum Erbrechen“ vom Frieden redeten, aber zugleich die Militarisierung der Gesellschaft betrieben (Hans Schreiber in: Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 315).<sup>68</sup> Die Gruppenmitglieder rieben sich an dem Widerspruch zwischen politischem Anspruch und politischer Wirklichkeit, und es ging ihnen darum, daß die Führenden des Landes das Wort Frieden nicht nur außenpolitisch als ein Reklameschild vor sich hertrugen, sondern daß der reklamierte Friedenswille auch innenpolitisch umgesetzt wurde.

Gerade indem sie sich auf die auch von der SED vertretenen universellen Werte bezogen und die SED-Funktionäre beim Worte nahmen, konnten sie diese danach befragen, wie ernst sie es mit diesen Werten denn nun wirklich meinten. Wollten sie Frieden? Dann mußten sie auch selber zum

67 Das friedenspolitische Engagement entzündete sich in der Regel an den staatlichen Maßnahmen (Moritz 1993: 42). Das Interesse an der Friedensproblematik verstärkte sich im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des Wehrkundeunterrichts im Jahr 1978 sowie in Reaktion auf die Stationierung der russischen SS 20 und angesichts der gleichzeitigen Propaganda des Staates gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles im Westen. Die Gruppe *Frauen für den Frieden* entstand nach dem Erlass des Wehrdienstgesetzes vom März 1982, das die Möglichkeit der Einbeziehung von Frauen in den Wehrdienst vorsah.

68 Vgl. etwa die Aussage von Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider in einer Ansprache zum Dresdener Friedensforum: „Es bewegt die Gemüter, warum in unserem Land, in dem doch so viel vom Frieden gesprochen wird, das Tragen der Aufnäher zum Beispiel 'Schwerter zu Pflugscharen' zu solchen Schwierigkeiten führte.“ (Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 268)

Abrüsten bereit sein. Oder waren sie nicht zum Rüstungsabbau bereit? Dann mußten sie es sich gefallen lassen, daß man an der Glaubwürdigkeit des von ihnen bekundeten Friedenswillens zweifelte. Gegenüber der offiziellen Agitationslinie, die auf die Behauptung hinauslief, daß der Sozialismus mit dem Frieden weseenseins, der Imperialismus aber seinem Wesen nach aggressiv sei und der Friede daher bewaffnet sein müsse (vgl. Scheler/Kießling 1981), argumentierten die Friedensgruppen, im Atomzeitalter lasse sich die internationale Sicherheit nicht mehr durch Abschreckung garantieren. Wer die Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft vor den Rüstungsabbau stelle, der wolle den Frieden nicht ernsthaft, die sowjetischen Mittelstreckenraketen seien genauso gefährlich wie die amerikanischen, jetzt müsse die DDR anfangen, nicht nur die Raketen der anderen Seite, sondern auch ihre eigenen zu zählen (vgl. Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: passim, bes. 278ff.). Betrachtet man diese Argumentationsstruktur, muß man sagen, die 'Friedensbewegung' in der DDR war nicht nur und nicht einmal vorrangig eine Reaktion auf die Gefährdungslagen der modernen Welt, sondern vor allem ein Protest gegen die institutionalisierte Lüge des eigenen Systems, gegen die Ignoranz der Herrschenden und ihre Art, die Bürger im Lande nicht ernst zu nehmen. Sie war vorrangig eine Form der Auseinandersetzung mit der repressiven Grundstruktur des Staates der DDR (Henkys in Büscher/Wensierski/Wolschner 1982: 303).

Gleichwohl wird man die 'Friedensbewegung' in der DDR nicht als die Formierung einer politischen Opposition ansehen können. Dazu waren die Ziele dieser 'Bewegung' zu unbestimmt und ihre Organisationsform zu diffus. Viele wollten gar nicht selber in die Politik eingreifen, sondern verstanden ihr politisches Engagement als einen Protest gegen Politik schlechthin. Wolfgang Templin (1988: 73) schrieb über die politische Orientierung der unabhängigen 'Friedensbewegung' in der DDR: „Die Politik der Regierenden in beiden Blöcken wird emotional abgelehnt, aber nicht hinterfragt. Die meisten Friedenskreise lehnen den Anspruch, selbst politisch zu sein, für sich ab“. Ihr Friedensengagement entstehe aus unmittelbarer Betroffenheit und moralischem Protest; es richte sich „gegen den Zynismus und die scheinbare Irrationalität der 'Großen Politik'“ (ebd.) und verstehe sich als „Politik von unten“ (75). Was die Friedensgruppen ablehnten, das war die Orientierung der 'großen Politik' auf Machtausbau und Herrschaftssicherung, aber auch auf Fortschritt, Wohlstandsanehebung und Leistung. Damit wandten sich die Gruppen sowohl gegen den Machtanspruch des eigenen politischen Systems als auch gegen die am westlichen Niveau ausgerichteten Konsumansprüche der Mehrheit der Bevölkerung und forderten eine Umstellung der politischen Kultur und des individuellen Lebensstils von Leistungsansprüchen auf die Bereitschaft zum Verzicht. Der politisch emanzi-

pative Impuls der 'Friedensbewegung' verband sich mit gegenkulturellen Bestrebungen. Beides ist zu sehen: der politische und der kulturelle Protest (Thaa 1992: 228), die Kritik an den politischen Homogenisierungs- und an den wirtschaftlichen Effektivierungsbestrebungen des Systems, obschon der ersteren wohl ein gewisser Vorrang zukam. Die 'Friedensbewegung' besaß ein doppeltes Gesicht und entsprach damit dem Doppelcharakter der DDR als autoritärer Repressionsstaat und als semimoderner Industriegesellschaft.

Wenn die Friedensgruppen sich auch nicht selbst als Opposition verstanden, so wurden sie vom Polizei- und Sicherheitsapparat doch als oppositionell behandelt. Das war auch den Gruppenmitgliedern bewußt. Deshalb verhielten sie sich trotz aller emotionalen Betroffenheit politisch besonnen. Sie überlegten, wie sie „der ungewollten Rolle des Dissidenten und Staatsfeindes“ entkommen könnten, ohne ihre friedenspolitischen Absichten preiszugeben (Templin/Weißhuhn 1991: 149). Sie suchten daher nach Mitteln des Protests, die sich schwer kriminalisieren ließen. Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ war so ein Mittel. Als Aufschrift eines von der Sowjetunion gestifteten Standbildes vor der UNO in New York war das Motto politisch legitimiert.<sup>69</sup> Zugleich drückte es als politisch legitimiertes Wort trefend das eigene Anliegen aus.<sup>70</sup> Auf einem Plakat versahen es die Friedensgruppen noch mit einem Karl Marx-Zitat vom 30. Juli 1859: „Von allen Dogmen ... hat keines mehr Unheil angerichtet als das, daß, um Frieden zu haben, man sich zum Krieg rüsten muß“ (Rüddenklau 1992: 30). Das macht klar, daß es sich bei den unter diesem Motto firmierenden Aktivitäten der Friedensgruppen nicht nur um den emotionalen Ausdruck persönlichen Unmuts, sondern auch um taktisch geplante Handlungsformen handelte. Man schlüpfte in die Hülle der fragwürdig gewordenen Ideologie, um ihre Phrasenhaftigkeit zu entlarven. Man benutzte die Friedensvokabel und funktionierte damit das zur Herrschaftsstabilisierung eingesetzte Verschleierungsmittel zum aufklärenden Zersetzungsinstrument um. Dies wurde vom Staatssicherheitsdienst völlig zu recht als demagogisch erkannt: als „demagogische Anknüpfung und Bezugnahme auf die Friedens- und Menschenrechtsproblematik“, die die Staatsvertreter in Legitimationszwänge bringen

69 Legitimiert war es auch insofern, als die Plastik vor dem UNO-Gebäude in New York in einer Vielzahl von Zeitschriften in der DDR abgebildet worden war und sich offizielle Kommentare schon des öfteren positiv auf es bezogen hatten (z.B. in der NBI 5/1981, im Horizont 5/1981, in der Union vom 8./9. August 1981), worauf die Friedensbewegten immer wieder aufmerksam machten (z.B. Dietrich 1988: 49ff.)

70 Das Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde schon vor 1982 einmal von Friedensengagierten verwandt. Damals allerdings fand es bei den Friedensgruppen noch keinen Anklang, da es als „zu sozialistisch“ galt (Passauer 1988: 57). Daß man es später dennoch verwandte, lag also nicht in der Affinität der Gruppen zum Sozialismus oder zu sozialistischen Idealen begründet (so Joppke 1995), sondern war taktisch bedingt.

sollten und vom Staatssicherheitsdienst deshalb als „provokatorisch-demonstrative Handlungen“ gewertet wurden (Mitter/Wolle 1990: 57, 53).

In gewisser Weise besaß die gesamte 'Friedensbewegung' dieses subversive Element. Man sagte Frieden, um unter dem Schutz dieses Propagandawortes noch etwas ganz anderes mitzumeinen, zum Beispiel: Aufrichtigkeit oder Freiheit oder Humanität. Oder man forderte die Bewahrung der Natur oder Gerechtigkeit, und niemand konnte solche Forderungen prinzipiell ablehnen. Nicht nur die Kirchen, auch die Friedensgruppen mußten in ihren Aktivitäten die Handlungsbeschränkungen, die das System auferlegte, berücksichtigen und versuchen, unterhalb der Kriminalisierungsschwelle zu bleiben. Natürlich gebrauchten sie den Begriff Frieden - oder Gerechtigkeit - nicht nur als Mittel zur Legitimation von politischer Kritik, sondern meinten es auch ernst mit der in diesem Begriff ausgedrückten Sache. Aber indem sie sich auf ihn bezogen, kritisierten sie, daß es die Herrschenden offenbar nicht so ernst mit dieser Sache meinten, und um diese Kritik vorbringen zu können, schmiegteten sie sich an die offizielle Terminologie an.

### 2.3. Die zweite Hälfte der achtziger Jahre

Der Rückgang der gesellschaftskritischen Aktivitäten der politisch alternativen Gruppen war nicht nur durch die mit dem Stationierungsbeschluß des Bundestages im Jahr 1983 einsetzende Ernüchterung in der 'Friedensbewegung' bedingt (epd evangelische information 16, 1984/11), sondern auch dadurch, daß die Polizei ab November 1983 deutlich schärfer gegen die Friedenskreise vorging (Weißhuhn 1995: 1872). Aufgrund der Einbrüche in der westlichen Friedensbewegung mußte die Staatsmacht auf die unabhängigen Friedensbemühungen in Ostdeutschland nicht mehr so viel Rücksicht nehmen wie zuvor. Außerdem wurde die Arbeit der politisch alternativen Gruppen durch die erste größere staatlich genehmigte Ausreisewelle nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahre 1984 beeinträchtigt. Viele politisch engagierte Friedensfreunde verließen damals das Land (Neubert 1997: 505).

Trotz dieser Hindernisse und Einschränkungen breitete sich das alternative politische Milieu jedoch weiter aus und gewann in den Jahren ab 1985 an Profil. Das hatte nicht nur mit der infrastrukturellen Unterstützung durch die Kirchen zu tun, sondern vor allem mit der durch die Machtübernahme Gorbatschows stark veränderten Bewußtseinslage in der DDR. Glasnost und Perestroika zeigten den DDR-Bürgern, auch den alternativen Gruppierungen, wieviel an Demokratie, politischer Partizipation, Presse-, Rede- und Informationsfreiheit auch unter sozialistischen Bedingungen

möglich ist, und trugen damit dazu bei, daß sich die Kluft zwischen dem Raum des Vorstellbaren und der erfahrbaren gesellschaftlichen Wirklichkeit dramatisch verbreiterte. Die Weigerung der SED-Parteispitze, die aus der Sowjetunion kommenden Reformimpulse aufzunehmen, erzeugte in weiten Teilen der Bevölkerung ein hohes Maß an Unzufriedenheit. Da andererseits die wirtschaftlichen Probleme sich seit Beginn der achtziger Jahre deutlich verschärft hatten, ohne daß eine Verbesserung der Lage absehbar war, führte die Reformunwilligkeit der SED-Führung zu ihrer fortschreitenden Delegation. Angesichts des wirtschaftlichen Leistungsrückgangs wuchs das Bewußtsein für gesellschaftliche Problemlagen, angefangen von der Umweltsituation, über die Infrastruktur bis hin zum Warenangebot, und gleichzeitig sank das Vertrauen, daß das System in der Lage sei, diese Probleme zu lösen (Gensicke 1991: 98ff.). Insbesondere die Jugend sah für sich wenig Zukunftsperspektiven. Die Gesellschaft stellte sich ihr als ein geschlossenes System dar, dessen Führungspositionen besetzt waren und das nur wenig Aufstiegschancen bot (Mayer/Solga 1994). Gerade unter den Jugendlichen ging daher die Loyalitätsbereitschaft drastisch zurück. Materialistisch-hedonistische Werthaltungen bildeten sich verstärkt heraus (Friedrich 1990: 34ff.), die alltagsweltliche Orientierung am westlichen Lebensstil nahm zu (Kühnel 1990: 28f.), und die Identifikationsbereitschaft mit dem Sozialismus sank.

Aus der allgemeinen gesellschaftlichen Unzufriedenheit resultierten Verselbständigungstendenzen gegenüber dem offiziellen System. Künstler und Schriftsteller übten offen Kritik am Klassencharakter der sozialistischen Gesellschaft (Braun 1985), an der Zensur (Hein 1987) oder an der Machtorientierung der Politik (Wolf 1987). Arbeiter und Angestellte setzten sich eigenmächtig über die zentral verordneten Pläne hinweg. Immer weniger Bürger nahmen im gesellschaftlichen Leben noch ein Blatt vor den Mund. Es entstanden halböffentliche Räume, in denen relativ offen diskutiert wurde. Die DDR geriet von unten her in Bewegung. Gleichzeitig aber hielt die SED auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch alle gesellschaftlichen Ressourcen und Machtpositionen sicher in ihrer Hand. Auch wenn sich immer mehr Teile der Gesellschaft von den Erwartungen des Systems zu lösen begannen und versuchten, die offiziellen Systemstrukturen zu unterlaufen, dominant war doch die Entmündigung der Gesellschaft und das daraus resultierende Gefühl der Ohnmacht. So unübersehbar der Bedarf für Protest gestiegen war, so klar war doch gleichfalls, daß sich die politischen Opportunitätsstrukturen nicht oder kaum geändert hatten. Allenfalls der Raum des systemisch nicht Definierten hatte sich erweitert, keinesfalls aber waren die politischen Partizipationsmöglichkeiten gestiegen.



Für die Gruppen bedeutete das, daß sie zwar den Bedarf für Veränderungen deutlicher als früher spürten und aus diesem zunehmenden Problemdruck auch neue Handlungsmotivationen schöpften, daß aber der Zulauf zu ihnen nach wie vor gering blieb. Zwar vergrößerte sich bei den Gruppenmitgliedern die Hoffnung auf wirklich einschneidende Veränderungen in der DDR, mit ihr stieg aber auch die Enttäuschung über das Ausbleiben solcher Veränderungen. Diese Spannung zwischen Hoffnung und Enttäuschung löste eine eigene Mobilisierungsdynamik aus, die zu einer Radikalisierung und Politisierung des Engagements der alternativen Gruppen führte. Ab Mitte der achtziger Jahre vollzogen sich auf dem Feld der politisch alternativen Gruppen organisatorisch-strukturelle, thematische und personelle Umbauprozesse, die ihr Erscheinungsbild unübersehbar veränderten. Zusammengefaßt läßt sich sagen:

Erstens vergrößerte sich die Zahl der Friedens-, Umwelt-, Dritte/Welt- und Frauengruppen, wenn auch nur leicht (Zander 1989).

Zweitens stießen ab etwa Mitte der achtziger Jahre deutlich jüngere Oppositionelle zu den Gruppen als in den Jahren zuvor. Die Jüngeren waren nicht mehr geprägt von den Prager Ereignissen des Jahres 1968 und auch nicht mehr von der mit der Biermann-Ausweisung in Zusammenhang stehenden Einschnürung der DDR-Kulturszene in den siebziger Jahren. Sie standen dem DDR-System illusionsloser gegenüber und waren daher wichtige Träger der Politisierungs- und Entideologisierungprozesse in der Gruppenszene.

Drittens traten die politisch alternativen Gruppierungen ab etwa Mitte der achtziger Jahre konfrontationsbereiter und kompromißloser auf. Sie strebten stärker als früher öffentlichkeitswirksame Aktionen an (Gutzeit 1993: 89), obschon sie sich, um das Verhaftungsrisiko gering zu halten, gegenüber dem Einsatz von Demonstrationen als Protestmittel nach wie vor zurückhielten (U. Poppe 1995: 251). Wohl aber wurden Protestmittel wie Mahnwachen, Informationsandachten, Kerzendemonstrationen, die unterhalb der Konfrontationsschwelle blieben, ausprobiert. Öffentlichkeitswirksamkeit versuchten sie aber vor allem zu erreichen durch die Herausgabe von eigenen Informationsblättern, Zeitschriften und Broschüren, die, in der Regel mit der Aufschrift „innerkirchlich“ versehen, auf kircheneigenen Vervielfältigungsgeräten hergestellt wurden und damit zwar veröffentlichungsrechtlich abgesichert waren, aber durchaus einen illegalen Status besaßen. Die Zahl dieser Samisdat-Publikationen nahm ab Mitte der achtziger Jahre deutlich zu (U. Poppe 1995: 255). Anfang 1989 zählte die Staatssicherheit „ca. 25 solcher beachtenswerter sogenannter Informationsblätter“, von denen die Hälfte erst ab 1988 erschien (MfS 1989: 58). Tatsächlich waren es

zu diesem Zeitpunkt allerdings bedeutend mehr (vgl. Neubert 1997:756ff.).<sup>71</sup>

Die stärkere Konfrontationsbereitschaft der alternativen Gruppen zeigte sich - viertens - auch in einer Radikalisierung der Themenwahl. Nachdem die Behandlung globaler Themen wie Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit in der ersten Hälfte der achtziger Jahre im Vordergrund gestanden hatte, konzentrierte sich die politische Arbeit der Gruppen in der zweiten Hälfte stärker auf DDR-spezifische Themen. Ihr Engagement richtete sich nun zunehmend auf die Einhaltung der Menschenrechte und auf die Demokratisierung in der DDR. Die alten Themen der 'Friedensbewegung', die Friedensproblematik, die Umweltthematik, die Wachstumskritik, behielten zwar in vielen Stellungnahmen der alternativen Gruppierungen ihr Gewicht, aber darüber hinaus wurden nun auch „Freiheit und Würde“ sowie „die volle Durchsetzung der politischen Rechte für alle Bürger“ eingeklagt.<sup>72</sup> Angeregt durch die gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse in der Sowjetunion, die den Veränderungshoffnungen der alternativen Gruppen neue Nahrung gegeben hatten, verstärkte sich der Drang auf Herstellung von Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit auch in der DDR.

Die thematische Umorientierung auf Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtsproblematik, die die Gruppen ab Mitte der achtziger Jahre vollzogen, wird von Joppke (1995: XI, 119) und anderen Bewegungsforschern bestritten. Sieht man indes die von den Gruppen verfaßten Papiere aus dieser Zeit durch, so ist die thematische Schwerpunktverlagerung unübersehbar. Es ist ausgeschlossen, in dem hier gesetzten Rahmen einen vollständigen Überblick über die Thematisierung der Menschenrechtsproblematik zu geben. Einige Beispiele müssen genügen. Den Ausgangspunkt für die von den Friedensgruppen getragene Menschenrechtsdiskussion bildeten Briefe zum UNO-Jahr der Jugend und zu den Weltfestspielen, in denen über Menschenrechtsverletzungen in der DDR informiert und auf Grundrechte der Bürger aufmerksam gemacht wurde. So heißt es in einem Brief an die Teilnehmer der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau vom Juli 1985: „Wir meinen, daß die volle und allseitige Entwicklung und Verwirklichung der Menschen, speziell der Jugend, nur möglich ist, wenn die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebenen Grundrechte voll verwirklicht werden.“ Konkretisierend fügten die Verfasser des Briefes hinzu: „Für uns in der DDR ist die Durchsetzung folgender Rechte eine wichtige Aufgabe: Recht auf freie

71 Die Staatssicherheit hatte stets das Bestreben, das Phänomen der oppositionellen Gruppen als unbedeutend und überschaubar darzustellen, übertrieb manchmal aber auch ihre Gefährlichkeit, je nach Argumentationszusammenhang.

72 So in einer „Initiative für Blockfreiheit“, die von friedensengagierten DDR-Bürgern im April 1985 verfaßt und an den Kongreß in den USA gesandt wurde (in: Spuren 1988: 83).

Meinungsäußerung, Recht auf freie Information, Recht auf Freizügigkeit, Recht auf uneingeschränkte Reisefreiheit, Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Chancengleichheit in der Bildung, unabhängig von Religion und Weltanschauung“ (Spuren 1988: 70f.). Die thematische Erweiterung des Arbeitsfeldes der alternativen Gruppen läßt sich auch daran erkennen, daß im November 1985 das erste Menschenrechtsseminar der alternativen Gruppierungen stattfinden sollte (Templin/Weißhuhn 1991: 150).

Das deutlichste Indiz für den thematischen Schwerpunktwechsel stellt freilich die im Anschluß an das abgesagte Menschenrechtsseminar vollzogene Gründung der *Initiative Frieden und Menschenrechte* Anfang 1986 dar. In ihrem Gründungspapier vom Januar 1986 heißt es, daß sie ihre Arbeit „auf die Situation und Entwicklung im eigenen Land konzentrieren“ will (Hirsch 1988: 213). Dabei lief der politische Ansatz der *Initiative* auf den Versuch hinaus, die Aspekte der internationalen Friedenssicherung und die Erfordernisse der systeminternen Demokratisierung als Einheit zu verstehen. Die Ziele der Friedensarbeit seien „von der Durchsetzung demokratischer Grundrechte und -freiheiten abhängig“ (ebd.) - so formulierte das Gründungspapier diesen Zusammenhang. Nur ein Staat, der im Innern Frieden hält, die Menschenrechte respektiert und zum Dialog mit Andersdenkenden bereit ist, kann nach außen wirklich überzeugend für den Frieden wirken (Hirsch 1988: 215f.). Im Laufe der Zeit verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeit der *Initiative Frieden und Menschenrechte* jedoch immer mehr hin zur Demokratisierungs- und Menschenrechtsproblematik und löste sich damit von der Friedensthematik zunehmend ab, woran von der Gruppe *Gegenstimmen*, die sich aufgrund persönlicher Querelen und politischer Differenzen und möglicherweise auch aufgrund des Einflusses des Staatssicherheitsdienstes in bewußter Abgrenzung zur *Initiative* gebildet hatte, schon bald Kritik geübt wurde (Rüddenklau 1992: 59).

Auch an anderen abgelegeneren Stellen zeigt sich die Hinwendung der emanzipativen Gruppen zur Menschenrechtsthematik. So nahm das Mobile Friedensseminar in Mecklenburg, das über Jahre hinweg eine besondere Anhänglichkeit an das Friedensthema und die Thematisierung anderer globaler Gefahren bewiesen hatte, 1985 erstmals die Forderung nach Durchsetzung der in der Verfassung garantierten Freiheitsrechte in den Bericht einer Arbeitsgruppe auf (Meckel/Gutzeit 1994: 194). Christoph Wonneberger (1994: 196) stellte fest, daß 1985 der Zeitpunkt gekommen war, an dem klar wurde, daß „nur über Frieden und Militär zu reden (...) auf die Dauer zu wenig“ war und daß man über die bisherige Friedensarbeit in Richtung auf die Thematisierung von „Menschenrechten, Meinungsfreiheit etc.“ hinausgehen mußte. Und in einem Streitpapier von 1985 vertrat der ökumenische Friedenskreis Dresden Johannstadt die Position, daß „der Grad der Verwirk-

lichung der individuellen Menschenrechte Ausdruck für die Friedfertigkeit der jeweiligen Seite ist“ (Eisenfeld 1988: 135). Die Behauptung jedenfalls, die alternativen Gruppen hätten die Wende zur Menschenrechtsproblematik nicht vollzogen, ist nachweislich falsch. Richtig ist hingegen, daß sie sie im Vergleich zu den osteuropäischen Dissidentenzirkeln relativ spät einleiteten.

Mit der Radikalisierung der Themenwahl war - fünftens - auch eine stärkere Orientierung an den osteuropäischen Dissidentenzirkeln verbunden (U. Poppe 1995: 247). Nachdem die 'Friedensbewegung' ihre prägenden Impulse vor allem aus dem Westen erhalten hatte, nahm ab Mitte der achtziger Jahre die Ostausrichtung zu. Zwar sind die demokratischen Ideen wohl kaum von Osteuropa in die DDR eingewandert, wie Jander (1995a: 950) behauptet. Denn die Werte und Funktionsprinzipien der Demokratie sowie die Menschenrechtsproblematik waren über die Westmedien in der DDR präsent und mußten daher nicht erst von Osteuropa nach Ostdeutschland transportiert werden. Die Frage ihrer Thematisierung entschied sich denn auch nicht an ihrer Kenntnis, sondern daran, ob es klug war, einen Diskurs zu beginnen, der problemlos als ein westlicher identifizierbar war und daher leicht als staatsfeindlich ausgegrenzt werden konnte. Die Hinwendung zu Problemen der Demokratie und der Menschenrechte wurde durch die zunehmenden Kontakte zu den ost- und mitteleuropäischen Dissidentengruppen aber durchaus bestärkt,<sup>73</sup> während für die linken Freunde der DDR-Oppositionellen im Westen die Friedensfrage absolute Priorität hatte und das Menschenrechtsthema als von rechts besetzt galt (Poppe 1994: 178). Allenfalls in Ausnahmefällen, etwa dem von Christoph Wonneberger, der bereits in den siebziger Jahren persönliche Kontakte nach Polen hatte, lief der Transport der Demokratie- und Menschenrechtsfragen tatsächlich über die osteuropäische Dissidenz (Wonneberger 1994: 196). Im großen und ganzen aber muß man sagen, daß es abgesehen von der Rezeption einiger osteuropäischer Positionen nur wenig Kontakte und so gut wie keinen substantiellen Dialog zwischen der ostdeutschen Opposition und den osteuropäischen, etwa den polnischen oder tschechischen Dissidenten gegeben hat (Mehlhorn 1995: 1431). Dies hing einerseits mit dem nahezu perfekt funktionierenden Ausreiseverbot für ostdeutsche Oppositionelle zusammen (ebd.), andererseits mit den Einreisebeschränkungen für osteuropäische Gäste zu von den alternativen Gruppen organisierten Veranstaltungen (Meckel/Gutzeit 1994: 172). Weitaus leichter konnten Beziehungen zu Sympathisanten aus Westeuropa, insbesondere aus Westdeutschland, gehalten werden, vor allem dann, wenn sie die Einreisemöglichkeiten in die DDR nutzten.

73 So 1986 das END-Memorandum „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen“, das die Friedens- untrennbar mit der Menschenrechtsproblematik verzahnte und auch von DDR-Oppositionellen unterzeichnet wurde (Mehlhorn 1995: 1426).

Der Kontakt zu westlichen Gruppierungen und Bewegungen, zu westlichen Journalisten und Politikern war für die DDR-Opposition bis 1989 stets bedeutsamer als der nach Ost- und Ostmitteleuropa.

Die sowohl inhaltlich als auch handlungspraktisch gegebene höhere Konfrontationsbereitschaft der alternativen Gruppen veränderte - sechstens - auch ihr Verhältnis zu den Leitungen und Gemeinden der evangelischen Kirche, unter deren Dach sie Zuflucht gefunden hatten. Es gestaltete sich nun spannungsgeladener und konfliktreicher. In der ersten Zeit der 'Friedensbewegung' verfolgten die Gruppen und die evangelischen Kirchen noch nahezu identische Ziele. Es ging um den Austritt der Staaten in Ost und West aus der Spirale des Wettrüstens, um die Ersetzung der Abschreckungsdoktrin durch das Konzept der Sicherheitspartnerschaft, um bessere Verständigungsmöglichkeiten zwischen den Völkern usw. Die Ziele, die die Friedensgruppen formulierten, konnten von den Kirchen mitgetragen werden, ja wurden teilweise von ihnen vorformuliert. Mitte der achtziger Jahre waren die politischen Ziele der Gruppen - Herstellung von Öffentlichkeit, Demokratisierung der Gesellschaft, Dialog zwischen Führung und Bevölkerung, Durchschaubarkeit, mehr Information - zwar teilweise ebenfalls noch identisch mit denen der Kirche. Von den Gruppen wurden diese Ziele jedoch weitaus deutlicher formuliert. Vor allem aber unterschieden sich die Mittel, mit denen man meinte, diese Ziele erreichen zu können. Die Kirche setzte durchweg auf Zurückhaltung, Vermittlung und Dialog. Die Gruppen verstanden sich zwar nicht als Staatsfeinde und teilweise noch nicht einmal als Opposition. Wie die Kirche strebten sie in ihrer Mehrheit den Dialog mit der Staatsmacht an (U. Poppe 1995: 253) - wobei dieses Ziel auch insofern verständlich ist, als ihnen dieser Dialog ja prinzipiell verweigert wurde. Aber im Unterschied zur Kirche scheuten sie sich nicht, in ihre Aktionen gelegentlich auch gezielte Provokationen einzubauen und die Staatsmacht auf geschickte Art und Weise zu reizen. Die politisch alternativen Gruppen wollten Konflikte oft eher verstärken. Die Kirche dagegen richtete ihr Handeln fast durchweg auf Konfliktminimierung oder sogar -vermeidung aus. Es ist klar, daß angesichts dieser unterschiedlichen Optionen Konflikte zwischen Gruppen und Kirche unausweichlich waren.

Siebtens manifestiert sich die stärkere Politisierung der Gruppenszene auch in einer stärkeren organisatorischen und personellen Vernetzung der Gruppen untereinander. Mitte der achtziger Jahre wuchs bei einer Reihe der politisch Engagierten die Unzufriedenheit über die Zersplitterung und Konzeptionslosigkeit der Gruppen (Meckel/Gutzeit 1994: 159). Während die einzelnen Initiativen Anfang der achtziger Jahre oft erst durch das westliche Fernsehen voneinander erfuhren (172), bemühten sie sich nunmehr stärker um Kontakte zueinander und um den Aufbau von Zusammenschlüssen. Das

1983 gegründete Seminar *Frieden konkret* (oder auch *Konkret für den Frieden*) gewann in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an Bedeutung. Nachdem 1983 und 1984 Vertreter aller Friedenskreise der DDR eingeladen waren, wurde der Kreis der Eingeladenen 1985 erstmals auch auf Ökologie-, Dritte/Welt- und Frauengruppen und später auf alle kirchlichen Basisgruppen ausgeweitet (Meckel/Gutzeit 1994: 241).<sup>74</sup> 1985 wurde außerdem ein Fortsetzungsausschuß eingesetzt, der die Kontinuität der Arbeit und die Vorbereitung des nächsten Treffens sichern sollte. Regelmäßig einmal im Jahr trafen sich auf diese Weise Delegierte aller politisch alternativen Gruppen aus der DDR, wobei jedes Jahr eine andere Landeskirche als Gastgeber dieser Treffen fungierte. Daneben entstanden in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre weitere überregionale Netzwerke wie der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* (1986) - nach Auskünften einer der Gründer dieses Zusammenschlusses, Edgar Dusdal (Interview vom 17.1.1990, A 1), war dies ein Arbeitskreis, der sowohl für die Demokratisierung der Gesellschaft als auch für die Demokratisierung der Kirche eintrat sowie als „eine Art Mitarbeitergewerkschaft“ innerhalb der Kirche mit basisdemokratischen Strukturen fungierte -, die *Kirche von Unten* (1987), das Netzwerk *arche* (1988), das sich aus der *Umwelt-Bibliothek* heraus entwickelte und von ihr abspaltete. Auch der *Umwelt-Bibliothek* kamen überregionale Kommunikations- und Vernetzungsfunktionen zu, da sie als bekannteste Oppositionsgruppierung Anlaufpunkt vieler Gruppenvertreter war und in ihren Räumen über 100 Fächer für Gruppen aus der ganzen DDR beherbergte, über die Informationen zwischen den Gruppen ausgetauscht wurden. Außerdem gab es regionale Zusammenschlüsse und Zusammenkünfte, etwa das Treffen der sächsischen Basisgruppen, zu dem einmal im Jahr Vertreter aller sächsischen Initiativgruppen vom Landesjugendpfarrer eingeladen wurden, den *Arbeitskreis Frieden*, in welchem sich einmal monatlich die Vertreter der Dresdener Gruppen mit den drei Superintendenten der Dresdener Kirchenbezirke trafen (Eisenfeld 1988: 138), den Ausschuß *Frieden und Gerechtigkeit* der Bezirkssynode Leipzig-Ost, in dem seit 1985 alle Leipziger Gruppen bis auf die *IFM* vertreten waren (Feydt/Heinze/Schanz 1990: 123),<sup>75</sup> oder die *Arbeitsgruppe Frieden* in Mecklenburg, die für den Kontakt der Mecklenburgischen Gruppen zur Kirchenleitung sorgte (Meckel/Gutzeit 1994: 121).<sup>76</sup>

74 Gutzeit (1993: 86) meint, daß Frauen- und Menschenrechtsgruppen auch schon vor 1985 eingeladen waren, was zumindest für die Menschenrechtsgruppen, die es vor 1985 nicht gab, nicht zutreffen kann.

75 Zur Leipziger Gruppenszene vgl. den Überblick bei Findeis 1990.

76 Außerdem nahmen Informations- und Kommunikationsfunktionen auch alljährlich stattfindende Zusammenkünfte wie die Berliner Friedenswerkstatt (seit 1982), das Dresdener Friedensforum (seit 1982) oder das Treffen von landesweit wirkenden Umweltgruppen (ab 1984) wahr.

Allen diesen Netzwerken und Zusammenschlüssen kamen Koordinierungs- und Informationsaufgaben zu. Gegen die Schaffung festerer Strukturen, etwa direkter Unterstellungsverhältnisse und Hierarchien, oder die Bildung einer einheitlichen DDR-weiten Organisation wehrten sich die einzelnen Gruppierungen jedoch, da sie befürchteten, durch sie vereinnahmt und in ihrer Autonomie beeinträchtigt zu werden (vgl. zum Beispiel in bezug auf das Netzwerk *arche* Wensierski 1989: 17). Vielfach wurden die auf den gemeinsamen Tagungen verabschiedeten Papiere in den einzelnen Gruppen auch kaum rezipiert und nicht ernst genommen (Meckel/Gutzeit 1994: 242). Eine Sammlungsbewegung zu schaffen, gelang bis zum Spätsommer 1989 jedenfalls nicht. Obwohl die Gruppen und hierbei insbesondere thematisch spezialisierte Gruppen wie die Umweltinitiativen oder die Frauengruppen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre enger zusammenarbeiteten als in der Zeit zuvor, stieß das Bemühen um einen höheren Grad an Verbindlichkeit und Gemeinsamkeit immer wieder an eng definierte Grenzen. Es kam zur verstärkten Kommunikation zwischen den Gruppen, zur regionalen Vernetzung, partiell sogar zu Formen koordinierten Handelns. Der Versuch der Schaffung von organisatorisch, personell oder inhaltlich verbindlicheren Strukturen wie etwa die Akzeptanz von Konsenspapieren oder DDR-weiten Zusammenschlüssen mit Repräsentationsfunktionen scheiterte am Widerstand der auf die Bewahrung ihrer Selbständigkeit bedachten Gruppen sowie am Profilierungstreben einzelner. Er wurde darüber hinaus möglicherweise auch durch die konfliktschürenden Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes verhindert.

Achtens vollzog sich die Politisierung der Gruppenszene schließlich auch insofern, als sich mit der stärkeren Vernetzung der Kreise und Gruppen auch so etwas wie eine milieuinterne Elite herauszubilden begann. Die Staatssicherheit sprach von einem harten Kern von 60 „unbelehrbaren Feinden des Sozialismus“ (Mitter/Wolle 1990: 48). Aufgrund ihres oft langjährigen Engagements in der alternativen Szene, der von ihnen ausgehenden organisatorischen und geistigen Impulse, aber nicht selten auch aufgrund ihrer Erfahrungen mit Haftstrafen und anderen repressiven Maßnahmen des Sicherheitsapparates stiegen einige der Gruppenvertreter zu Symbolfiguren auf, die eine gewisse Popularität besaßen und identitätsstiftend wirkten (Elvers/Findeis 1990a: 8). Die Emergenz einer milieuinternen Elite sehen Wielgoß/Schulz (1995: 1980) neben der Bildung landesweiter organisatorischer Netzwerke und Kommunikationsstrukturen als die entscheidende Bedingung für die Formierung einer mobilisierungsfähigen politischen Oppositionsbewegung im Herbst 1989 an.

Die Politisierung und Radikalisierung des alternativen Engagements, wie sie sich Mitte der achtziger Jahre vollzog, läßt sich plastisch an der

Gründung einiger neuer Gruppen ablesen. Auf die Gründung der *Initiative Frieden und Menschenrechte* war schon hingewiesen worden. Ihre Entstehung Anfang 1986 war nicht nur der bedeutendste Ausdruck der Umorientierung der Gruppenszene auf die DDR-Thematik und Menschenrechtsproblematik, sondern trug auch zur Versachlichung und Professionalisierung der Gruppenarbeit bei. In ihr versammelten sich einige der profiliertesten Vertreter des Milieus: Bärbel Bohley, Gerd und Ulrike Poppe, Marianne Birthler, Werner Fischer. Gerade aufgrund ihres politischen Profils war die Gruppierung freilich auch in einem besonders hohen Maße 'stasidurchsetzt'. Außerdem verstand sie sich neben der bereits 1982 gegründeten Gruppe *Frauen für den Frieden* als eine der wenigen Gruppen, die außerhalb des kirchlichen Rahmens operierten. Diesem Selbstverständnis entsprach ihre Praxis allerdings nur partiell, denn natürlich nutzte auch die *IFM* für ihre Veranstaltungen kirchliche Räume, nahm an kirchlich getragenen Treffen teil, bediente sich der kirchlichen Kommunikationskanäle und benutzte die Vervielfältigungstechnik der Kirche, auch wenn sie ihre Veröffentlichungen ohne den Aufdruck „nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ erscheinen ließ. Ja, wie Markus Meckel berichtet, war die Intensität des Kontaktes der beiden genannten außerkirchlichen Gruppierungen zur Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg so groß „wie bei kaum einer kirchlichen Gruppe“ (Meckel/Gutzeit 1994: 53).

Im Jahr 1986 erfolgte auch die Gründung der *Umwelt-Bibliothek* der Zionskirchgemeinde in Berlin-Mitte. Pfarrer Hans Simon stellte zwei Kellerräume seiner Gemeinde zur Verfügung, in denen neben einer Büchersammlung Druck- und Vervielfältigungstechnik untergebracht wurde. Damit besaß zum ersten Mal eine Basisgruppe in der DDR eigene Räume und eigene Publikationsmöglichkeiten. Zwar waren schon vor 1986 vereinzelt unabhängige Publikationen erschienen, etwa die „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Natur“ des *Forschungsheims Wittenberg* oder die Zeitschrift „Schalom“ des *Friedenskreises der Berliner Samaritergemeinde* oder die von der AG Umweltschutz seit 1981 herausgegebenen „Streiflichter“ in Leipzig. Der von der *Initiative Frieden und Menschenrechte* herausgegebene „Grenzfall“, der in den Jahren 1986 bis 1989 zumeist in der *Umwelt-Bibliothek* hergestellt wurde, war die erste Untergrundzeitschrift, die über einen längeren Zeitraum ohne kirchliche Lizenz mehrfach veröffentlicht wurde. Sie erschien ähnlich wie die bald danach entstandenen „Umweltblätter“ zunächst in einer Auflagenhöhe von etwa 150 Stück, später dann in einer Auflage von 1.000 Exemplaren (Rüddenklau 1992: 71, 99). Dabei ging es der Redaktion des „Grenzfalls“ nicht allein um eine Selbstdarstellung der *Initiative Frieden und Menschenrechte*. Vielmehr wollte sie mit ihrer Zeitschrift ein Forum bereithalten, um „den einzelnen Friedens-, Ökologie-,

Menschenrechts-, 2./3. Welt- und sonstigen Gruppen, die über staatliche Medien keine Möglichkeit zur Informationsweitergabe bzw. -verbreitung besitzen, den Weg zur Verständigung untereinander zu ebnen“ (Grenzfall vom 29. Juni 1986: 1, zitiert nach Hirsch/Kopelew 1989: 1). Ebenso beschränkten sich auch die „Umweltblätter“ nicht auf die Veröffentlichung von Umweltdaten oder auf Berichte über Aktivitäten von Umweltgruppen, sondern bezogen sich auch häufig auf die Arbeit anderer Gruppen und auf gesellschaftliche Ereignisse, über die in den DDR-Medien nicht informiert wurde (Franke 1994: 25).

Eine relativ schnelle Verbreitung über die gesamte DDR erlangte die *Kirche von Unten*. Als die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung im Sommer 1986 die für das kommende Jahr geplante Friedenswerkstatt mit Hinweis auf ihre mangelhafte Qualität absagte, spaltete sich der Vorbereitungskreis der Friedenswerkstatt (Rüddenklau 1992: 105). Ein Teil bemühte sich weiterhin darum, die kirchliche Genehmigung für die Friedenswerkstatt zu erhalten. Ein anderer Teil vermutete, daß hinter der Absage die Sorge der Kirchenleitung um den gleichfalls für 1987 geplanten Berliner Kirchentag stand, dessen Durchführung die Kirchenleitung durch die Friedenswerkstatt gefährdet gesehen hätte. Dieser sozusagen radikalere Flügel kündigte in einem Flugblatt auf der Frühjahrstagung 1987 der Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche die Besetzung eines Gemeindezentrums während des Kirchentages an, um dort einen „Kirchentag von Unten“ zu veranstalten (Fliegendes Papier 1987: 1). Die Anpassung der Kirchenleitung an den Staat wurde in diesem Papier scharf angegriffen, ebenso die Bürokratisierung der Kirche, die Entmündigung der Gemeinden sowie die Finanzierung kirchlicher Repräsentationsobjekte. Anstatt um des guten Verhältnisses zum Staat willen (Fliegendes Papier 1987: 3) die Basisgemeinden zu entmündigen und zu Verhandlungsobjekten zu machen, sollte sich die Kirche vielmehr „darauf besinnen, Gesellschaft kritisch in Frage zu stellen“ (Fliegendes Papier 1987: 1). Mit ihrer verkrusteten Struktur und Hierarchie beschneide sie „jede Art von Spontaneität, Eigeninitiative und Selbstbestimmung“ (ebd.). Die Basis aber sei „voller Lust und Mut und Hoffnung“; sie wolle in der Gegenwart leben und lasse sich „nicht mehr um die Gegenwart bescheißen mit Argumenten aus der Vergangenheit oder Ängsten vor der Zukunft“ (ebd.; vgl. auch Buntrock 1988: bes. 192f.).

Um diese kirchenkritische<sup>77</sup> Initiative sammelten sich bald viele Friedens-, Ökologie-, Dritte/Welt- und Frauengruppen, die aus dem ganzen Lande - vor allem aus den Kreisen der *Offenen Arbeit* - kamen und ebenfalls

<sup>77</sup> Ein typischer Ausspruch dieser auf Aktion setzenden und sich an allen institutionellen Festlegungen stoßenden Initiative ist abgedruckt im Grenzfall 4/87: „Glaubt nicht mehr diesem Pfaffenbrei, setzt lieber bißchen Power frei“ (zitiert nach Hirsch/Kopelew 1989: 46).

in einem kritischen Verhältnis zur institutionell verfaßten Kirche standen. Sie bereiteten den von der Kirchenleitung schließlich genehmigten „Kirchentag von Unten“ vor, der im Juni 1987 parallel zum offiziellen Kirchentag im Gemeindehaus der Ostberliner Pfingstgemeinde stattfand und an dem sich nach Angaben der Veranstalter (Bericht zum Kirchentag von Unten, Zusammenfassung; vgl. auch Buntrock 1988: 203) insgesamt etwa 6.000 Besucher beteiligten. Die *Offene Arbeit* erfuhr durch diesen Kirchentag einen neuen Aufschwung (Rüddenklau 1992: 109). Mit ihren republikweiten Treffen und ihren vielfältigen Kontakten zu anderen Gruppen und nicht zuletzt auch aufgrund ihres radikal institutionenkritischen Engagements wurde die *Kirche von Unten*, als deren Teil sich die *Offene Arbeit* ab Herbst 1987 definierte (Buntrock 1988: 205), zu einer der am stärksten beachteten Basisgruppen in der DDR.

Eine einzigartige Ausnahme in der Geschichte der politisch alternativen Gruppen stellte der Olof-Palme-Friedensmarsch dar. Bei ihm handelte es sich um die einzige offiziell genehmigte Demonstration der unabhängigen Friedensgruppen, die diese gemeinsam mit staatlichen Organisationen und staatsnahen Gruppierungen im September 1987 zeitgleich mit dem Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik durchführen durften. Trotz einiger kleiner Schikanen und Tricks, auf die die Vertreter des Systems auch dann, wenn sie großzügig sein wollten, offenbar nicht verzichten konnten, war die Begeisterung der Teilnehmer groß.<sup>78</sup> Die von Ravensbrück nach Sachsenhausen ziehenden Pilger - der Friedensmarsch bestand aus einer Reihe von Einzelwanderungen, die in unterschiedlichen Gebieten der DDR stattfanden - wurden am Ortsrand vom Bürgermeister und vom Pastor des jeweiligen Dorfes mit kurzen, meist unpolitischen Reden begrüßt. Die Plakate, die sie trugen, mußten nicht genehmigt werden. Auf ihnen waren Parolen zu lesen wie: „Für das Recht auf Wehrdienstverweigerung“, „Schwerter zu Pflugscharen“, „Reden ist Silber, Abrüsten Gold“, „Freie Kontakte und Begegnungen nach Ost und West“, „Die Mauer muß weg“, „Ich möchte gern

<sup>78</sup> Allerdings gab es hier deutliche regionale Unterschiede. Im Norden, wo die Märsche begannen, konnten die unabhängigen Gruppen, die gemeinsam mit offiziellen Friedensorganisationen demonstrierten, immer wieder eigene Plakate zeigen (Dietrich 1995: 600). Auch auf der Dresdener Abschlußkundgebung gab es, abgesehen von Verdeckungsversuchen durch einige der zahlreichen offiziellen Fahnenträger, „im wesentlichen keine Behinderungen“ (Grenzfall 10/87, Hirsch/Kopelew 1989: 129). Auf ihr waren Transparente und Plakate mit Aufschriften wie „Für einen sozialen Friedensdienst in der DDR“, „Ziviler Ersatzdienst statt Knast“, „Kriegsspielzeug wächst mit“, „Aus Ehrfurcht vor dem Leben erwächst Frieden“, „Kontakte auf allen Ebenen - Reisefreiheit nach Ost und West“, „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen - Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit“ zu sehen. Auf dem Friedensmarsch zwischen Torgau und Riesa dagegen durften keine eigenen Plakate getragen werden (Grenzfall 10/87, Hirsch/Kopelew 1989: 128). In Torgau wurden die unabhängigen Gruppen sogar an der Teilnahme am offiziellen Fackelumzug gehindert (127).

hier leben, aber ich bin gezwungen, hier zu leben“, „Frieden minus Freiheit gleich Null“, „Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit“, „Gegen Feindbilder“ (Rüddenklau 1992: 146ff.). Die Menschen, die an den Straßenrändern in den Städten und Dörfern standen, reagierten auf die Plakate und Transparente der Pilger häufig mit spontanem Beifall. „Es ist etwas Neues entstanden in unserem Land“, schrieb Vera Wollenberger, Mitglied der Gruppe *Gegenstimmen*, in den „Umweltblättern“ vom 1. Oktober 1987 (145). „Freiräume haben sich geöffnet, die von der Friedensbewegung sensibel genutzt und ausgefüllt werden müssen, damit sie nicht wieder verloren gehen.“<sup>79</sup> Gleichzeitig griff sie Ibrahim Böhme, der Mitglied der als Rivalin empfundenen *IFM* war, hart an, da er in einer Rede sein Mißtrauen gegenüber den schönen Worten der staatlichen Seite zum Ausdruck gebracht hatte (111) und die unter der Menge vermuteten Staatssicherheitsbeamten in einer Weise begrüßt hatte, „die Feindbilder reaktivierte“ (145). Das heißt, ein Mitglied der einen Gruppe ermahnte das Mitglied einer anderen Gruppe zur Disziplin, um entstandene Freiräume nicht zu gefährden. Wie in der Kirche hatte die staatliche Gewährung von Freiräumen zur Folge, daß man sich um ihre Bewahrung bemühte. Wenn in einem repressiven Gesellschaftssystem Freiräume gewährt werden, können sie sowohl als Anreiz für weitergehende Forderungen als auch disziplinierend wirken, denn die eingeräumten Rechte werden als Privilegien angeboten, die in jedem Augenblick wieder eingeschränkt werden können.

Wie berechtigt indes das Mißtrauen Ibrahim Böhmes gegenüber der staatlich verbreiteten Schönwetterstimmung war, zeigte sich, als in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 Sicherheitskräfte in die *Umwelt-Bibliothek* eindrangen, die dort tätigen Mitarbeiter der *Umwelt-Bibliothek* verhafteten und die Vervielfältigungsgeräte beschlagnahmten. Ziel dieser Aktion war es, die weitere Publikation des „Grenzfalls“ zu unterbinden und zwischen die *Umwelt-Bibliothek*, die den „Grenzfall“ illegal herstellte, und die *Initiative Frieden und Menschenrechte*, aber auch zwischen die Kirche, die die Aktivitäten der *Umwelt-Bibliothek* deckte, und die Gruppen überhaupt einen Keil zu treiben (Rüddenklau 1992: 157). Anstelle der erstrebten Differenzierung trat jedoch genau das Gegenteil ein. In vielen Städten kam es in Kirchengemeinden und politisch alternativen Gruppen zu Unterstützungsaktionen. Der Gemeindegemeinderat der Zionskirchengemeinde erklärte sich solidarisch mit der Mahnwache, mit der die Freilassung der Inhaftierten erzwungen werden sollte, und beschloß, die Mahnwachen zum Bestandteil

79 Von staatlichen Vertretern hätte man Töne gehört, die vorher noch nie zu vernehmen waren. „Da war von Lernbereitschaft die Rede, von Bitten an uns, von der Notwendigkeit, strittige Fragen offen zu diskutieren.“ (Vera Wollenberger in: Grenzfall 10/87, Hirsch/Kopelew 1989: 126). Dies dürfe man nicht gering achten.

der Gemeindegemeindearbeit zu machen (Grenzfall 11-12/1987, zitiert nach Hirsch/Kopelew 1989: 140). Ebenso stellte sich Konsistorialpräsident Stolpe hinter die Mahnwache und kündigte an, sich notfalls selbst an der Mahnwache zu beteiligen (137). Gerade die Verstärkung des staatlichen Druckes hatte für die teilweise untereinander zerstrittenen und nicht selten rivalisierenden Gruppen in und außerhalb Berlins einen Zusammenschlußeffekt. Schon am Tag nach den Verhaftungen verabschiedeten die Mitglieder verschiedener Berliner Gruppen, die sich „in der Zeit zuvor teilweise nur noch zu Streitgesprächen“ getroffen hatten (ebd.), eine gemeinsame Erklärung, in der sie die „unverzügliche Freilassung der Inhaftierten“ forderten (138).<sup>80</sup> Spontan versammelten sich am selben Tag 200 Mitglieder verschiedener kirchlicher Gruppen (139). Auf der Gemeindeversammlung der Zionskirche zwei Tage später waren es sogar 500, die ihre Solidarität mit den Verhafteten bekundeten (140). Angesichts des Übergriffs der Staatssicherheit auf die *Umwelt-Bibliothek* sah man wieder, wer der gemeinsame Gegner war, und rückte näher zusammen.

Nachdem die Verhafteten bereits nach wenigen Tagen entlassen worden waren, veranstalteten die Gruppen im Umkreis der *Umwelt-Bibliothek* in den Augen der Stasi „eine regelrechte Siegesfeier“ (Besier/Wolf 1992: 528). Die von den Entlassenen verfaßte Erklärung fiel jedoch, auch nach Einschätzung des Staatssicherheitsdienstes (ebd.), erstaunlich moderat aus. Die Kräfte unter den Gruppen, die den Staat zu weiteren Zugeständnissen zwingen und damit eine Signalwirkung erzielen wollten, konnten sich nicht durchsetzen (529). Dabei war die Reaktion der Gruppen vor allem deshalb relativ zurückhaltend, weil der Staat seine Repressionen zurückgenommen hatte. Diese Rücknahme, mit der eine weitere Eskalation des Konflikts und eine Eindämmung der internationalen Proteste bewirkt werden sollte, hatte auf die Gruppen aber nicht einen demotivierenden, sondern einen mobilisierenden Effekt, denn nach oft vergeblichen Anstrengungen hatten nun viele erstmals<sup>81</sup> das Gefühl, mit ihrem politischen Engagement, mit ihrer Solidarität und ihren Aktionen etwas bewirken zu können. Auch wenn die Rolle, die die internationale Öffentlichkeit, die Verhandlungsführung der evangelischen Kirche und das Entgegenkommen dialogbereiter Kräfte in der SED bei der Lösung der Zionskirchenaffäre spielten, unübersehbar war, schrieben nicht wenige Gruppenmitglieder das Einlenken des Staates letztendlich

80 Diese Erklärung war unterschrieben von der *Umwelt-Bibliothek*, der *Kirche von Unten*, der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, dem *Friedenskreis Friedrichsfelde*, den *Frauen für den Frieden*, den *Gegenstimmen*, von Gliedern der Zionskirchengemeinde und der *Solidarischen Kirche* (Hirsch/Kopelew 1989: 138).

81 „Immerhin zeigte sich zum erstenmal in der nun schon langen Geschichte der emanzipatorischen Bewegung etwas von ihrer lebendigen Kraft und Größe.“ (Reinhard Weißhuhn in Grenzfall 11-12/87, Hirsch/Kopelew 1989: 141)

ihren eigenen Bemühungen zu.<sup>82</sup> Es ist bezeichnend, daß in dem Augenblick, da die Gruppen seit langem erstmals das Gefühl hatten, mit ihren Aktionen gesellschaftlichen Einfluß ausüben zu können, die Position des moderaten Flügels gestärkt wurde. Gerade die Erfahrung der Vergeblichkeit des eigenen politischen Engagements verschärfte oft die Radikalität der politischen Opposition - sofern sie nicht zur Preisgabe jedes politischen Engagements und zum Beispiel zum Stellen eines Ausreiseantrags führte -, während die Erfahrung gesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten die Ausbildung von gemäßigeren Alternativpositionen beförderte, freilich auch die Sinnhaftigkeit politisch alternativen Handelns überhaupt unterstrich. Die Gruppen gingen aus der Zionskirchenaffäre gestärkt hervor. Sie hatten sich als ein gesellschaftlich zu beachtender Faktor erwiesen, was ihre Verhandlungsposition auch gegenüber der Kirche aufwertete. Von den Ereignissen um die *Umwelt-Bibliothek* ging ein starker Impuls auf die Basisgruppen auch außerhalb Berlins aus. Sie zeigten, daß der politischen Polizei „längst nicht mehr alles möglich (war)“ (Weißhuhn 1987: 142), so daß die staatliche Repressionsmacht unterhöhlt wurde und die Gruppen weiteren Zulauf erhielten (Wielgohs/Schulz 1995: 1977). Hinfort traten die Gruppen mit einem deutlich gewachsenen Selbstbewußtsein auf. Die Zionskirchenaffäre hatte ihnen „eine Vorstellung der eigenen Bedeutung vermittelt“ (ebd.).

Als deprimierend und verheerend empfanden die Mitglieder der Basisgruppen jedoch den Ausgang der Luxemburg/Liebknecht-Affäre. Im Herbst 1987 wurde die Gruppe *Staatsbürgerschaftsrecht*, die überwiegend aus Antragstellern auf Ausreise bestand, gegründet.<sup>83</sup> Ihr Anliegen war vorrangig nicht ein politisches, sondern ein soziales. Die Antragsteller wollten mit der Gründung der Gruppe ihre soziale Isolation durchbrechen und eine Möglichkeit schaffen, um sich untereinander solidarisch beizustehen (Friedrichsfelder Extrablatt 1988: 224). Die Versuche dieser Gruppe, sich bei größeren

82 So bezeichnete die von der *Initiative Frieden und Menschenrechte* 1988 herausgegebene Dokumentation „fußnote 3“ (Kapitel V) den Ausgang der Zionskirchenaffäre als „Erfolg im November 1987“. Vgl. auch den Dank der *Umwelt-Bibliothek* für die Solidarität der Öffentlichkeit: „Die vereinten Anstrengungen aller, aber auch Einsicht seitens dialogwilliger Kräfte in der DDR-Regierung, haben es zustande gebracht, daß der Übergriff einer aus stalinistischem Geist handelnden 'Einsatzgruppe' zunichte gemacht wurde. Dieser Übergriff galt natürlich nicht nur uns und den 'Umweltblättern', sondern auch 'Grenzfall' und anderen Info-Blättern, den freien Basisgruppen in der DDR und allen Menschen, die versuchen, in dieser Zeit und in diesem Land aufrecht zu gehen. Es wird nicht der letzte Übergriff jener Kräfte gewesen sein, und wir rufen Euch auf, in jedem künftigen Fall in gleicher Weise zusammenzustehen und das Errungene zu verteidigen.“ (Rüddenklaus 1992: 159)

83 Im folgenden beziehe ich mich auf den Bericht von Wolfgang Rüddenklaus in den „Umweltblättern“ vom 12. Februar 1988, 2ff., zit. nach Rüddenklaus 1992: 203ff., auf den ausgezeichneten Kommentar von Reinhardt Schult im „Friedrichsfelder Extrablatt“ vom April 1988, 1ff., zitiert ebenfalls nach Rüddenklaus 1992: 223ff., sowie auf die von der *Initiative Frieden und Menschenrechte* herausgegebene Dokumentation „fußnote 3“. Hier Fußnote 3 1988, Kapitel II.

und bekannteren Basisinitiativen anzusiedeln, wurde sowohl von der *Kirche von Unten* als auch von der *Initiative Frieden und Menschenrechte* abgelehnt. Eine Untergruppe der *Initiative*, die sich mit Strafrechtsfragen beschäftigte und nicht mehr als acht Mitglieder umfaßte, gestattete der *Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe*, die inzwischen auf über 200 Mitglieder angewachsen war, dann doch, sich als ihre Untergruppe zu bezeichnen. Die Absicht der *Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe*, die alljährlich am 17. Januar durchgeführte offizielle Luxemburg/Liebknecht-Demonstration zu benutzen, um mit provokanten Transparenten auf das eigene Anliegen aufmerksam zu machen, wurde von den wichtigen Berliner Basisgruppen, der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, dem Friedens- und Umweltkreis der *Umwelt-Bibliothek* und dem *Friedenskreis Friedrichsfelde*, ebenfalls nicht unterstützt. Sie gaben an, daß die Ausreisewilligen die politischen Ziele der Gruppen nicht im Blick hätten und daß die Gruppen ihrerseits nicht mit provokanten Mitteln deren schnellere Ausreise befördern helfen wollten (Friedrichsfelder Extrablatt 1988: 224). Lediglich Wolfgang und Lotte Templin von der *Initiative Frieden und Menschenrechte* traten für die *Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe* ein und machten die von ihr geplante Aktion in der Berliner Gruppenszene bekannt.

An der provokativen Unterwanderung der offiziellen Luxemburg/Liebknecht-Demonstration vom 17. Januar 1988 beteiligten sich denn auch vor allem Ausreisewillige aus der Gruppe *Staatsbürgerschaftsrecht*, während von den anderen Gruppen nur einzelne unter den Demonstrationsteilnehmern zu finden waren. Die Gegendemonstranten bedienten sich eines bewährten Mittels der 'Friedensbewegung': Sie paßten sich scheinbar weitgehend an die Normen des Systems an, um es durch Berufung auf seine eigenen Werte zu hinterfragen. Mit Zitaten von Rosa Luxemburg machten sie darauf aufmerksam, wie weit sich die Wirklichkeit des Systems von seinem Anspruch entfernt hatte. Eines von diesen Zitaten lautete „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ - ein Ausspruch, den bereits Wolf Biermann in seinem legendären Gewerkschaftskonzert 1976 in Köln kurz vor seiner Ausweisung mit Quellenangabe zitiert hatte. Daß jetzt die Demonstranten mit diesem Ausspruch an die Öffentlichkeit traten, verweist auf aus den siebziger in die achtziger Jahre reichende verborgene Traditionslinien des politischen Protests. Indem sie sich seiner bedienten, versuchten sie, unterhalb der Kriminalisierungsschwelle zu bleiben. Zumal die Partei alle Werk-tätigen Berlins zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen hatte, rechneten offenbar viele nicht damit, daß der Staat hart zugreifen würde (Kroh 1988b: 52).

Auf der Demonstration bzw. bereits auf dem Weg zu ihr wurden über 100 Personen, meist Antragsteller, verhaftet. Die politisch alternativen

Gruppen in Berlin führten daraufhin zwar Informationsveranstaltungen und Fürbittandachten, aber keine Mahnwache durch. Sie befürchteten, daß eine Mahnwache von den Ausreisewilligen als Demonstration für deren Ziele, die sie nicht bejahten, aufgefaßt worden wäre (Umweltblätter 1988: 208). Auch als am 25. Januar führende Vertreter der Gruppenszene - Bärbel Bohley, Freya Klier, Lotte und Wolfgang Templin, Werner Fischer und Ralph Hirsch - festgenommen wurden, konnten sich die Gruppen nicht zu einer Mahnwache entschließen, da sie jede Gelegenheit, die von den Ausreisewilligen für die Verfolgung ihrer nichtpolitischen Ziele hätte benutzt werden können, vermeiden wollten. Das Publikum der täglich veranstalteten Andachten wuchs jedoch. Immer mehr Menschen, auch solche, die bislang keinen Zugang zur Gruppenszene gehabt hatten, fanden sich in den Kirchen zusammen, um neueste Informationen zu erhalten und das Geschehen zu verfolgen. Der Höhepunkt war ein Fürbittgottesdienst mit Bischof Forck am 30. Januar in der Gethsemanekirche, an dem sich mehr als 2.300 Menschen beteiligten - eine beachtliche Zahl im Vergleich zu den wenigen hundert Sympathisanten, die sich während der Zionskirchenaffäre zu den Andachten und Gottesdiensten eingefunden hatten. Im ganzen Land, von Güstrow bis Rudolstadt und von Finsterwalde bis Nordhausen, kam es zu Solidarisierungsaktionen und Fürbittandachten (Fußnote 3 1988: Kapitel I). In Dresden und Leipzig wurde ein Kontakttelefon eingerichtet. Gruppen bildeten sich neu.<sup>84</sup> In Leipzig erreichte die Beteiligung an den Andachten bis zu 700 Besucher (Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 239). Sogar einige Schriftsteller wie Günter de Bruyn und Monika Maron meldeten sich zu Wort und forderten, daß der Staat eine Politik des Dialoges statt der Gewalt betreiben möge (Die Zeit vom 5. Februar 1988). Noch nie hatte das politische Engagement der Basisgruppen eine so breite Unterstützung erfahren.

Als sich die Inhaftierten dann jedoch - wie es hieß - freiwillig entscheiden, in den Westen zu gehen, anstatt die ihnen drohenden Haftstrafen zu verbüßen, brach die Solidaritätswelle zusammen. Viele der Anhänger der politisch alternativen Gruppen waren enttäuscht und wütend (Umweltblätter 1988: 220; Meckel 1994: 60). „Was sollte“, fragte Wolfgang Rüdtenklau in den „Umweltblättern“, „unsere Solidarität, wenn sie den Inhaftierten nur den Weg in den Westen ermöglichte?“ (Umweltblätter 1988: 217) Den politisch alternativen Gruppen ging es „um gesellschaftliche Veränderungen in der DDR“ (228). Den Inhaftierten aber war die Sicherung ihres persönlichen

84 Aufgrund der Arbeit des Kontakttelefons in Leipzig konsolidierte sich der im Dezember 1987 entstandene *Arbeitskreis Gerechtigkeit*. Weitere Gruppen meldeten sich neu zur Mitarbeit im Synodalausschuß *Frieden und Gerechtigkeit* (Magirius 1990: 10). Außerdem bildete sich auch eine Gruppe, die außerhalb der Kirche agierte: die Gruppe *Dialog* beim Kulturbund, die Perestroika-Positionen vertrat (Feldhaus 1993: 160).

Lebensweges wichtiger als das politische Anliegen der Gruppen. Ihr Verhalten kam einer „politischen und moralischen Bankrotterklärung“ gleich (Friedrichsfelder Extrablatt 1988: 227). „Die Inhaftierten gingen als politische Personen in den Knast, verlassen haben sie ihn als Privatpersonen“, schrieb Reinhardt Schult (ebd.). Die Gruppenmitglieder fühlten sich durch das verantwortungslose Verhalten ihrer Repräsentanten nicht nur alleingelassen, sondern auch in ihrer Glaubwürdigkeit und Integrität verletzt (230). Gerade darin, daß sie die von ihnen vertretenen Werte und Ziele auch selber ernstnahmen und in ihrem persönlichen Leben zu verwirklichen trachteten, wollten sie sich von den Zynikern der Macht und den Karrieristen unterscheiden. Was eine Alternativbewegung zur gesellschaftlichen Alternative werden lasse, sei nicht nur ihre politische Arbeit, sondern auch ihre „politische und moralische Integrität“ (ebd.).

Für die Zukunft nahmen sich viele Gruppenmitglieder vor, zu den Ausreisewilligen stärker auf Distanz zu gehen und auf die Zusammenarbeit und Solidarisierung mit ihnen zu verzichten (228). Andere machten darauf aufmerksam, daß das Ausreisebegehren eine Reaktion auf dieselben Probleme ist, deren Behandlung auch die Gruppen forderten. Während die Ausreisewilligen sie durch Abwanderung und damit nur für sich zu lösen versuchten, wollten die Gruppen sie durch „Änderung der politischen Strukturen“ und damit prinzipiell bearbeiten (Umweltblätter 1988: 222). Die Frage nach dem Verhältnis zu den Ausreisewilligen wurde in der Gruppenszene äußerst kontrovers diskutiert.

In Berlin neigte offenbar ein Großteil der Gruppen, bestärkt durch die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration, dazu, sich von den Antragstellern auf Ausreise stärker abzugrenzen, obschon die Haltungen hier auch schwankten.<sup>85</sup> In Leipzig dagegen wurden die Ausreisewilligen, obschon die Mehrheit der Gruppenmitglieder

85 Vgl. die uneinheitlichen Stellungnahmen der *Kirche von Unten* zu diesem Problem. Am 20. Februar 1988 distanzierte sich die *Kirche von Unten* noch scharf von den Ausreisewilligen, in einer Erklärung vom 26. März 1988 wurde die scharfe Distanzierung in die Bitte umgewandelt, die inhaltliche Arbeit der Gruppen, denen es um gesellschaftliche Veränderungen in der DDR gehe, nicht zu gefährden, sondern zu respektieren (Friedrichsfelder Extrablatt 1988: 228). Ein Anwalt der Ausreisewilligen in Berlin war, zumindest vor dem Januar 1988, Rainer Eppelmann. In seiner Gemeinde wurden die Antragsteller nicht aus den Basisgruppen ausgeschlossen. „Allerdings bitten wir sie, nicht die Motoren von Aktionen zu sein bzw. zu bleiben, sondern die vielen kleinen Arbeiten im Hintergrund zu machen.“ (Rainer Eppelmann im Interview mit Stephan Bickhardt, Mai 1987, in: *Spuren* 1988: 48). In der Sophienkirche hingegen wurden aufgrund eines von den Gruppen mitgetragenen Beschlusses des Gemeindegemeinderates die Ausreiseantragsteller von der Mitwirkung am Taizé-Gebet 1988 ferngehalten und die Kirche sogar geschlossen, damit Ausreisewillige nicht teilnehmen (Mitteilung eines Teilnehmers am Seminar „Protest in der DDR-Gesellschaft“ am 16./17. Juni 1995 an der Theologischen Fakultät Leipzig).



ihnen ebenfalls skeptisch gegenüberstand, aus der Gruppenszene nicht ausgegrenzt.<sup>86</sup> Zwar wurden sie wegen ihrer Privatorientierung, die man als egoistisch ablehnte, stets hart kritisiert<sup>87</sup> und deswegen auch nicht an allen Aktionen, schon gar nicht in führender Position, beteiligt.<sup>88</sup> An den Friedensgebeten in der Nikolaikirche durften sie jedoch regelmäßig teilnehmen, und einige von ihnen konnten gelegentlich für die Gestaltung des Friedensgebetes sogar die Verantwortung übernehmen. Seit der Verhaftung der Ausreisewilligen am Rande der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration in Berlin war das Friedensgebet in der Nikolaikirche zur ersten Anlaufstelle der Ausreisewilligen in Leipzig geworden. Lag die Beteiligung am Friedensgebet in den Jahren zuvor bei unter 100 (Information des Stellvertreters des Leipziger Oberbürgermeisters für Inneres vom 1.4.1988, in: Dietrich/Schwabe 1994: 149) und teilweise bei nicht mehr als 20 Personen,<sup>89</sup> so schwoll die Teilnehmerzahl unmittelbar nach den Berliner Ereignissen auf 300 bis 700 und zuweilen sogar auf noch mehr an (Unterberg 1991: 125). Die nach ihrer Verhaftung erfolgte Abschiebung der an der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration beteiligten Antragsteller in den Westen erweckte bei anderen Antragstellern den Eindruck, als könnte man die Erfüllung des Ausreisebegehrens durch die Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen beschleunigen.<sup>90</sup> Die Verhaftungen und Ausweisungen in Berlin hatten insofern für Leipzig eine Signalwirkung. Während in Berlin der überraschende Abgang der politischen Akteure in den Westen zu einer Schwächung und

86 So in einem Gespräch am 26. November 1992 die Einschätzung von Pfarrer Klaus Kaden, Leipzig, der darin einen wesentlichen Unterschied zur Berliner Situation sieht.

87 Vgl. etwa den von Jochen Läßig, *Arbeitskreis Gerechtigkeit, Leipzig*, in einer Ansprache zum Friedensgebet am 11. April 1988 an die anwesenden Ausreisewilligen gerichteten Vorwurf, daß sie wie die Mehrheit der DDR-Bevölkerung „nichts mehr einsetzen wollen, sich auch nicht mehr für die Zukunft dieses Landes engagieren, eben nur ihre Ruhe und ihr privates Glück suchen“ (Dietrich/Schwabe 1994: 155).

88 So faßte die Kontaktgruppe, die sich nach den Berliner Verhaftungen im Januar 1988 in Leipzig gebildet hatte, den Entschluß, „keine Antragsteller auf Ausbürgerung“ zur Mitarbeit zuzulassen (Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 241).

89 So erinnerte Gabriele Heide im Mai 1988, als sich der Teilnehmerkreis zu 90 Prozent aus Ausreisewilligen zusammensetzte, an die „Zeiten, wo wir mit 20 Leuten im Kreis saßen“ (zitiert nach Dietrich 1995: 610). Für den 14. Dezember 1987 ist durch einen Bericht der Staatssicherheit belegt, daß die Teilnehmerzahl tatsächlich ca. 20 Personen nicht überstieg (Dietrich/Schwabe 1994: 108). Superintendent Magirius (1990: 9) erinnert sich sogar an „manche Stunde, in der wir nur im kleinen Kreis von fünf bis zehn Personen zusammengesessen haben“.

90 In der von der Stasi konfiszierten Eingabe eines Ausreisewilligen heißt es zum Beispiel: Wenn, wie das Neue Deutschland vom 3. und 6./7.2.1988 meldet, die „wegen landesverrätischer Beziehungen“ inhaftierten Oppositionellen in die BRD ausreisen dürfen, so dränge sich die „Vermutung auf, daß man sich erst 'landesverrätischer Beziehungen' oder anderer Gesetzesübertretungen schuldig machen muß, damit der Antrag zügig bearbeitet wird und man wie gewünscht die DDR verlassen kann.“ (Dietrich/Schwabe 1994: 120)

Lähmung der alternativen Gruppen führte (Klier 1992: 146), erfuhr die Leipziger Szene durch die Berliner Ereignisse eine Politisierung und Stärkung ihrer Aktivitäten (Dietrich 1995: 606). Ausgelöst wurde diese Politisierung durch die Ausreiser, die auf einmal zur Überraschung der Kirche, aber auch der Gruppen und des Staates scharenweise in den Friedensgebeten auftauchten.<sup>91</sup> Dabei eigneten sich die Friedensgebete als ständiger Anlaufpunkt für die Antragsteller insofern, als hier regelmäßig zu einem bestimmten Zeitpunkt, an einem bestimmten Ort und damit weitersagbar eine als staatskritisch eingestufte Veranstaltung stattfand, an der man sich beteiligen konnte, auch wenn man nicht regelmäßig kam.

Befördert wurde die Teilnahmebereitschaft der Ausreisewilligen am Friedensgebet freilich auch dadurch, daß viele Verantwortliche in der Kirche und den Gruppen die Menschen, die kamen, nicht abwiesen, sondern sich der Herausforderung, die mit dem Auftauchen der Ausreisewilligen gegeben war, stellten (vgl. den Bericht von Superintendent Richter in Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 243). Die Ausreisewilligen waren seitens der staatlichen Behörden rücksichtslosen Schikanen und einer entwürdigenden Behandlung ausgesetzt. Teilweise lebten sie unter den Bedingungen extremer gesellschaftlicher Isolation. Die Kirche sah angesichts dieser Situation ihre Aufgabe darin, denjenigen, die das Land verlassen wollten, die Hilfe „nicht zu versagen“, sondern sich ihnen „in seelsorgerlicher Verantwortung“ zuzuwenden (Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen 1988: 12f.).<sup>92</sup> Bereits am 19. Februar 1988 führte Pfarrer Führer in der Nikolaikirche einen Gemeindeabend zum Thema „Leben und Bleiben in der DDR“ durch, der von etwa 900 Personen besucht wurde und auf dem er das Friedensgebet als „Kontaktmöglichkeit“ für Ausreiseantragsteller“ anbot (Dietrich/Schwabe 1994: 520). Die Durchführung dieser Veranstaltung setzte Führer auch gegen den Widerstand des Stadtrates, Abteilung Inneres - der für die Kirchen verantwortlichen Stelle - durch. Im Gespräch warf er, wie er im nachhinein berichtete, den Staatsvertretern vor, daß „wir die Dreckarbeit für Sie machen. Die Leute [in der Veranstaltung] gehören vor's Rathaus, aber wenn sie dahin gehen, kommt die Grüne Minna. Dafür sollte man der

91 Ende März 1988 zählte die Staatssicherheit in Leipzig neun Ausreisegruppen (Dietrich 1995: 608). Zur gleichen Zeit gab es in Leipzig etwa 20 kirchliche Basisgruppen (Magirius 1990: 10).

92 Die Probleme mit den Übersiedlungersuchenden, erklärten die Kirchenvertreter, hätten ihren Ursprung nicht im Dienst der Kirche (vgl. Dietrich/Schwabe 1994: 149). Vielmehr müßte die Kirche die Auseinandersetzung mit diesen und anderen die Gesellschaft bewegenden Fragen stellvertretend für Staat und Gesellschaft wahrnehmen (so auch der Vorsitzende der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen, Werner Leich, am 3. März 1988 gegenüber Honecker, vgl. Leich 1988: 2), da die eigentlichen Adressaten „keine Bereitschaft zum Dialog signalisierten“. Wenn sie sich den Ausreisewilligen öffne, dann um seelische Not zu lindern und um dazu beizutragen, sie von der Straße wegzubekommen (vgl. auch Pollack 1994: 349).

Kirche nicht noch ins Knie treten.“ (Interview vom 30.11.1990 mit Christian Führer, zitiert nach Unterberg 1991: 142).<sup>93</sup> Natürlich sprach sich Christian Führer in der Veranstaltung vom 19. Februar für das Bleiben in der DDR aus und folgte damit der offiziellen Haltung der evangelischen Kirchen in der DDR, die das Bleiben als ein Grundgebot der Solidarität und als Voraussetzung für das Erreichen von gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR betrachteten (Theologische Studienabteilung 1985; vgl. auch Pollack 1994: 313f.). Gleichzeitig aber bot er den Antragstellern Gesprächsmöglichkeiten und Unterstützung an und richtete einen Bibelkreis, den späteren Arbeitskreis *Hoffnung*, ein. Neben Christian Führer, der trotz der Durchführung des Gemeindeabends vom 19. Februar zu den Ausreisewilligen immer wieder eine gewisse Distanz erkennen ließ und sich in der Folgezeit deutlich gegen eine zu starke Politisierung der Friedensgebete aussprach, traten aus den Reihen der Leipziger Pfarrerschaft noch zwei weitere Pfarrer dafür ein, die Ausreisewilligen zu integrieren: Pfarrer Klaus Kaden, der einen *Bibelkreis* für Ausreisewillige beim Stadtjugendpfarramt einrichtete, und Pfarrer Matthias Berger, der die Ausreisewilligen rechtlich beriet. Aber auch einige der alternativen Gruppen engagierten sich für die Integration der Ausreisewilligen. Der Arbeitskreis *Gerechtigkeit* unterhielt eine eigene Arbeitsgruppe, die sich um Ausreisewillige kümmerte.<sup>94</sup> Auch innerhalb der *Initiativgruppe Leben* gab es eine Ausreisegruppe, die als Anlaufpunkt für all diejenigen diente, „die auf Grund politischer Aktionen oder wegen ihres Ausreisegesuches massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind“ (Unterberg 1991: 28f.).<sup>95</sup> Während einige Gruppen das Friedensgebet wegen seiner Überfremdung durch die Ausreisewilligen „bereits aufgeben wollten“,<sup>96</sup> sahen andere wie die *Arbeitsgruppe Menschenrechte*

93 Die widerständige Haltung Führers wird bestätigt durch die SED-Information vom 25.2.1988, in welcher berichtet wird, daß Führer zur Absetzung der Zusammenkunft mit den Antragstellern in der Nikolaikirche „nicht bereit“ war, sowie durch die SED-Information vom 26.2.1988, in welcher Führer, Kaden und andere als Pfarrer bezeichnet werden, „die nur durch die Dienstaufsicht des Landeskirchenamtes noch disziplinierbar sind“ (Dietrich/Schwabe 1994: 121, 129)

94 Diese Arbeitsgruppe achtete darauf, „daß die Mitglieder sie nicht nur als Sprungbrett in den Westen mißbrauchten, sondern auch politisch arbeiteten. (...) Als sich das Friedensgebet in der Nikolaikirche im Frühjahr 1988 zu einem Massentreffen für Ausreisewillige entwickelte, sah der Arbeitskreis diese Ansammlung als politisches Potential, das es zu nutzen galt.“ (Unterberg 1991: 30f.)

95 Die Arbeitsgruppe *Bürgerrecht* nahm sich, wie ihre Grundsatzklärung von 1988 ausweist, außerdem die „Analyse der Antragstellung als gesellschaftliches Problem“ vor (ABL H 2).

96 Mit dieser Überfremdung hängt auch die heiß diskutierte und von den Gruppen hart kritisierte Entscheidung von Superintendent Magirius vom 15. August 1988 zusammen, die Friedensgebete nach der Sommerpause in die alleinige Verantwortung der Nikolaigemeinde zu legen und damit die Gruppen aus der Verantwortung herauszunehmen. Er schreibt: „Die meisten Teil-

nehmer an den Zusammenkünften sind nicht interessiert und engagiert an den Fragen 'Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung' im Sinne des Konziliaren Prozesses, sondern erwarten von der Kirche, daß diese sich für ihre Probleme einsetzt. So wenig wir konkret helfen können, wollen wir uns doch dafür einsetzen, daß diejenigen, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft gestellt haben, nicht ins Abseits gedrängt werden. Doch dem einzelnen können wir im Grunde nur helfen mit der uns anvertrauten Botschaft des befreienden Evangeliums, das seine Gültigkeit in jeder Gesellschaft hat. Einige Gruppen haben sich seit der veränderten Situation ohnehin nicht mehr an der Gestaltung der Friedensgebete beteiligt, anderen scheint die Aufgabe belastend zu sein.“ (Dietrich/Schwabe 1994: 179) Die Entscheidung Magirius' war insofern eine Reaktion auf die Instrumentalisierung des Friedensgebetes durch die Ausreisewilligen und den Rückzug einiger Gruppen aus seiner aktiven Gestaltung und damit ein Versuch, das Friedensgebet wieder in kirchliche Regie zu nehmen. Nach hart geführten Aussprachen waren Anfang 1989 dann wieder alle Gruppen, die sich dafür interessierten, an der Gestaltung der Friedensgebete beteiligt (Magirius 1990: 12).

Die im Unterschied zu Berlin in Leipzig stärker vollzogene Integration der Antragsteller, die von einigen Leipziger Pfarrern, aber auch von einigen Leipziger Gruppen gegen Widerstände in den Gemeinden und in der Gruppenszene getragen wurde,<sup>97</sup> könnte ein wichtiger Grund dafür sein, warum das Signal für den Umbruchprozeß in der DDR nicht von Berlin, sondern von Leipzig ausging. Die Ausreisewilligen stellten 1988/89 den Hauptteil

nehmer an den Zusammenkünften sind nicht interessiert und engagiert an den Fragen 'Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung' im Sinne des Konziliaren Prozesses, sondern erwarten von der Kirche, daß diese sich für ihre Probleme einsetzt. So wenig wir konkret helfen können, wollen wir uns doch dafür einsetzen, daß diejenigen, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft gestellt haben, nicht ins Abseits gedrängt werden. Doch dem einzelnen können wir im Grunde nur helfen mit der uns anvertrauten Botschaft des befreienden Evangeliums, das seine Gültigkeit in jeder Gesellschaft hat. Einige Gruppen haben sich seit der veränderten Situation ohnehin nicht mehr an der Gestaltung der Friedensgebete beteiligt, anderen scheint die Aufgabe belastend zu sein.“ (Dietrich/Schwabe 1994: 179) Die Entscheidung Magirius' war insofern eine Reaktion auf die Instrumentalisierung des Friedensgebetes durch die Ausreisewilligen und den Rückzug einiger Gruppen aus seiner aktiven Gestaltung und damit ein Versuch, das Friedensgebet wieder in kirchliche Regie zu nehmen. Nach hart geführten Aussprachen waren Anfang 1989 dann wieder alle Gruppen, die sich dafür interessierten, an der Gestaltung der Friedensgebete beteiligt (Magirius 1990: 12).

97 Michael Arnold, Mitglied der *Initiativgruppe Leben*, Leipzig, sagte in dem am 23. Januar 1990 geführten Interview, daß sich seine Gruppe oft mit dem Thema Ausreise auseinandersetzen mußte, „da gerade in dieser Zeit (...) die Friedensgebete (...) besetzt waren durch die Menschen, die mit Ausreisearbeit angetreten sind. Dazu waren wir eine der wenigen Gruppen, die gesagt haben, daß wir - es geht um die Integration einiger Leute (war aber damals ein ziemlich heißes Thema) - Ausreiseleute eben nicht ausgrenzen, sondern nach wie vor mit in die Gruppe zu integrieren, sie mit einzubeziehen haben in die Arbeit. Das war ein ganz schöner Kampf. Das war ja auch in den Friedensgebeten eine harte Debatte, auch mit (...) Magirius und Führer, wo wir dann immer wieder aufgetreten sind, damit man diese Friedensgebete fortsetzt, gleichgültig, wieviel Prozent eben drin sind von denen, die nichts mit Kirche am Hut haben, angeblich, und wieviel einen Ausreisearbeit gestellt haben.“ (A 5f.)

der Besucher der Friedensgebete in der Nikolaikirche (Richter 1989: 183),<sup>98</sup> aus denen heraus sich die Leipziger Demonstrationen im Herbst 1989 entwickelten. Sie waren die ersten, die in Leipzig schon vor dem Herbst 1989 - regelmäßig während der Messe, zu der die internationale Presse zugelassen war - öffentlich demonstrierten.<sup>99</sup> Hagen Findeis, ein Vertreter der Leipziger Gruppenszene und Mitglied der Arbeitsgruppe *Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung*, berichtete am 26. November 1992, daß die Leipziger Gruppen zwar gelegentlich öffentliche Aktionen verabredet hätten, daß es dann, wenn es ernst wurde, aber die Ausreisewilligen waren, die die Demonstrationen anführten.<sup>100</sup> „Die rauswollten, sind losgegangen, während die politisch Alternativen 20 Meter hinterherliefen und abwarteten, was passiert.“<sup>101</sup> Die Ausreisewilligen, die die Gruppenszene in Leipzig viel stärker prägten als in Berlin, hätten eine „Schneise“ geschlagen und dadurch die anderen mitgezogen.<sup>102</sup> Das heißt, das Abwanderungsmotiv hat

98 Die schon zitierte Erklärung von Gabriele Heide vom Mai 1988 legt nahe, daß das Friedensgebet zu 90 Prozent von Ausreisewilligen besucht wurde (Dietrich 1995: 610).

99 Dietrich (1995: 609) betont stärker das Zusammengehen von Ausreisewilligen und Gruppenvertretern. Am 14. März 1988 - einem Montag während der Frühjahrsmesse - zum Beispiel hätten „verschiedene Ausreisegruppen zusammen mit Basisgruppenvertretern nach dem Friedensgebet eine Demonstration von ca. 300 Bürgern durch die Innenstadt“ organisiert. Bestätigt wird diese Aussage durch den Ereignisbericht der *Initiativgruppe Leben*, der ebenfalls festhält, daß am Marsch durch die Innenstadt „nicht allein Ausreisewillige (...), sondern auch Vertreter der Basisgruppe *Initiativgruppe Leben* und weitere Menschen, die sich für die Durchsetzung der Menschenrechte in der DDR einsetzen,“ beteiligt waren (Dietrich/Schwabe 1994: 143). Der Bericht des Stellvertreters des Leipziger Oberbürgermeisters vom 1. April 1988 erwähnt hingegen nur ÜSE (Übersiedlungersuchsteller), die sich an dem Marsch durch die Innenstadt Leipzigs beteiligt hätten (Dietrich/Schwabe 1994: 149), und auch Uwe Schwabe (1994a: 9) spricht nur davon, daß „an den zwei Messermontagen im Jahr (...) Ausreiseartragsteller die Gelegenheit (nutzten), auf ihre Situation aufmerksam zu machen“.

100 Vgl. auch das Interview mit Bernd Oehler, Mitglied des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* in Leipzig, der die Initiativrolle der Ausreisewilligen damit begründet, daß sie „mit einem Bein schon im Westen“ gestanden hätten. Deswegen seien sie sehr mutig gewesen. Mit ihrem Protest gegen das SED-Regime hätten sie die Aktivitäten der Gruppen beflügelt (Ost-West-Diskussionsforum 1/1988, 5).

101 Vgl. auch Jochen Läßig, *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, Interview vom 27.1.1990: „Die ersten Demonstrationen waren ja nicht direkt von uns organisiert. Von Ausreisern gingen die los. Da sind wir nur mitgelaufen.“ (A 3)

102 Eine Verschärfung des Protests wurde auch durch soziale Aussteiger bewirkt. Seit 1988 löste in Leipzig ein kleiner Kreis der Basisgruppenmitglieder zunehmend seine bürgerlichen Sozialbeziehungen auf. Theologiestudenten ließen sich exmatrikulieren, andere kündigten ihre Arbeitsverhältnisse auf. In illegal besetzten Häusern lebten sie kommunenartig zusammen. Edgar Dusdal, Mitbegründer des *Arbeitskreises Solidarische Kirche*, unterstellt, daß von diesen „Berufsrevoluzzern“, die aufgrund ihrer sozialen Außenstellung weniger Rücksichten nehmen mußten, eine zunehmende Radikalisierung der Gruppenszene ausging. (Unterberg 1991: 41) Man muß freilich hinzufügen, daß es sich bei diesen „Berufsrevoluzzern“ um einen sehr kleinen Personenkreis gehandelt hat, der wohl nicht mehr als zehn Personen umfaßte (z.B. Rainer

schon vor der Möglichkeit des Massenexodus den systeminternen Protest gestärkt.

In Berlin besaßen die Gruppen eine stärkere Linksorientierung.<sup>103</sup> Die Gesellschaftssysteme in Ost und West wurden gleichermaßen abgelehnt. Den meisten ging es um eine Demokratisierung des Sozialismus,<sup>104</sup> und die deutsche Frage war, bis auf Ausnahmen, von denen eine gewichtige der *Initiativkreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* darstellte, weitgehend tabuisiert (Elvers/Findeis 1990a: 49).<sup>105</sup> Außerdem waren die alternativen Gruppen in Berlin politisch zerstritten (Wagner 1989: 175). Neben bürgerrechtlichen Positionen, die etwa von Bärbel Bohley, Wolfgang Templin, Peter Grimm und Ralf Hirsch vertreten wurden, standen die anarchistischen Gesellschaftsvorstellungen von Wolfgang Rüdtenklau oder Reinhart Schult; dem mehr individualistischen Verständnis der Menschenrechte der *IFM* stand das mehr sozialistisch orientierte Menschenrechtsverständnis von *Gegenstimmen* gegenüber. Dabei ist die Zerstrittenheit der Berliner Gruppen unter anderem auch auf ihre stärker gesellschaftstheoretische Ausrichtung

Müller, Uwe Schwabe, Jochen Läßig, Thomas Rudolph, Roland Quester). Es ist aber interessant, daß es sich sowohl bei den Ausreisewilligen als auch bei den „Berufsrevoluzzern“ um gesellschaftlich ausgegrenzte handelte, die in der Regel keinem Beruf mehr nachgingen und gesellschaftlich chancenlos waren.

103 Ulrike Poppe (1995: 269) meint sogar, daß die „meisten Oppositionellen“ sich zum Sozialismus bekannten. Allerdings relativiert sie diese Aussage selbst, indem sie herausstellt, daß die Orientierungswerte der Gruppen in Werten wie „Pluralismus, Mündigkeit der Bevölkerung zu selbstbestimmter Politikgestaltung, Menschenrechte, herrschaftsfreie Kommunikation, Gewaltenteilung, Basisdemokratie, Rechtsstaatlichkeit“ bestanden, nicht aber in vorgefaßten geschlossenen Gesellschaftsmodellen und daß die Tatsache, ob man die veränderte Gesellschaft, auf die man zielte, demokratischen Sozialismus nannte oder nicht, „unter Umständen aus taktischen, kaum aber aus inhaltlichen Gründen von Belang“ war (270).

104 Vgl. Brief der *IFM* an Michail S. Gorbatschow vom 27. Mai 1987: „Uns geht es nicht darum, bürgerliche Verhältnisse nach bürgerlichem Muster zu übernehmen, sondern ein Gesellschaftsmodell zu fördern, das die Einheit von Demokratie und Sozialismus ermöglicht.“ (Grenzfall 6/87, zitiert nach Hirsch/Kopelew 1989: 67) Freilich ist bei solchen Aussagen immer zu fragen, inwieweit sie nicht nur taktisch gemeint waren.

105 Vgl. Jochen Läßig, *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, erklärte im nachhinein, die „deutsche Frage“ - „das war überhaupt kein Thema gewesen, damals“ (A 4). In einigen wenigen Gesprächszusammenhängen spielte sie freilich eine Rolle, so in den Überlegungen Edelbert Richters, Studentenpfarrer in Naumburg (vgl. die Sammlung von Aufsätzen aus der Vorwendezeit in: Richter 1991b), in der Naumburger Friedensgruppe (vgl. den Brief dieser Gruppe in: Spuren 1988, 107ff.) oder im *Deutschlandpolitischen Arbeitskreis* (1985-87), dem neben Vertretern der *IFM* wie Gerd Poppe, Ibrahim Böhme, Wolfgang Templin die Theologen Wolfgang Ullmann und Stephan Bickhardt, der, obwohl Initiator des Kreises, sich später aus dem Arbeitskreis zurückzog, aber auch Sascha Anderson und Lutz Rathenow angehörten. Der *Deutschlandpolitische Arbeitskreis* stellte nach einigen Zusammenkünften seine Arbeit ein, wahrscheinlich weil es einfach realitätsfern war, im Jahr 1986 oder 1987 über die deutsch-deutsche Wiedervereinigung nachdenken zu wollen.

zurückzuführen.<sup>106</sup> In Leipzig hingegen umgaben sich die Gruppenvertreter nicht so sehr mit einem intellektuellen Habitus. Sie waren weniger konzeptionell ausgerichtet (Rüddenklau 1992: 181f.),<sup>107</sup> aber auch nicht so stark auf Profilierung und Abgrenzung voneinander bedacht (Wagner 1989: 175, 179; Pollack 1989: 128). Vielmehr waren sie mehr pragmatisch und aktionsorientiert und standen damit, wahrscheinlich weitgehend ungewollt, der Einstellung der Ausreiser näher. Es ist anzunehmen, daß aufgrund der engen Berührung von ausreisegewillten Radikalkritikern und auf Systemveränderung bedachten Reformern gerade in Leipzig in der Wendezeit aus dem kompromißlosen Ruf „Wir wollen raus“ das drohende „Wir bleiben hier“ werden konnte. Der Zusammenschluß von Ausreisebegehren und internem Widerspruch hatte für das Zustandekommen des Umbruchs zentrale Bedeutung. Zwischen exit und voice bestand also vor allem ein Ergänzungs-, weniger ein Alternativverhältnis.<sup>108</sup>

106 Wenn Ulrike Poppe (1995: 269) darauf hinweist, daß die informellen Gruppen in den achtziger Jahren eher handlungsorientiert waren und sich wenig mit Theoriebildung befaßten, so ist das auf dem Hintergrund der linksintellektuellen Zirkel der siebziger Jahre zwar richtig. Gerade in den Berliner Gruppen kamen viele der älteren Gruppenmitglieder jedoch aus dieser linksintellektuellen Tradition, und verglichen mit Leipzig, wo diese Tradition kaum lebendig war und ältere Gruppenmitglieder auch nicht eine derartige Autorität besaßen wie in Berlin, war der intellektuelle und gesellschaftskonzeptionelle Anspruch der Berliner Gruppenvertreter stets deutlich höher. Eine Ausnahme stellten in Leipzig lediglich Theologen wie Harald Wagner oder Edgar Dusdal dar. Zu den Unterschieden zwischen der Leipziger und der Berliner Szene vgl. auch Rink 1992: 65; Neubert 1997: 676ff., 783ff.

107 Dies gilt natürlich auch für einige Berliner Gruppen, etwa für die *Kirche von Unten* oder die Kreise um Rainer Eppelmann.

108 Diese These steht im Gegensatz zu der Auffassung Hirschmanns (1974: 65), daß die Beschränkung der Abwanderungsmöglichkeiten zu einer Entwicklung des systeminternen Widerspruchs und damit zu einer systeminternen Mobilisierung von Erneuerungskräften führt. Demgegenüber behaupte ich, daß die Abwanderungsmöglichkeit gerade die prinzipielle Bedingung der Möglichkeit der Artikulation von Widerspruch ist. Das schließt nicht aus, daß durch ein Absenken der Abwanderungsbarrieren sich die internen Widerspruchs- und Wandlungsmöglichkeiten eines Systems verschlechtern und durch ihre Erhöhung interne Mobilisierungseffekte ausgelöst werden. Für den ersten Fall kann zum Beispiel die Abschiebung unliebsamer Regimekritiker stehen, durch die das oppositionelle Protestpotential geschwächt wurde, für den zweiten Fall der vorübergehende Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Bau der Mauer, der die Bürger dazu zwang, sich auf das System ernsthaft einzulassen. Charakteristisch für die Gesellschaftsverhältnisse in der DDR war aber weder die punktuelle Entlassung einiger Oppositioneller aus der Staatsbürgerschaft der DDR noch der wirtschaftliche Aufschwung, sondern die Anpassung der Mehrheit der Bevölkerung an Gesellschaftsbedingungen, aus denen man nicht ausbrechen konnte, und die damit in Zusammenhang stehende Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung. Erst als der Eisene Vorhang aufging und DDR-Bürger zu Tausenden über Ungarn in den Westen flüchteten, brach die Grabesstille im Lande auf, und es kam zu Massenprotesten in allen Regionen. Das zeigt noch einmal, daß in der DDR Abwanderung und Widerspruch nicht in einem Alternativ-, sondern in einem Ergänzungsverhältnis standen.

Die Ende 1987 und Anfang 1988 gegenüber den Gruppen angewandten restriktiven staatlichen Maßnahmen hatten jedoch keinen eindämmenden Effekt.<sup>109</sup> Im Gegenteil. Trotz der durch die Westabwanderung ihrer führenden Vertreter eingetretenen Schwächung der Berliner Gruppenszene bedeutete das Jahr 1988 für die Gruppen insgesamt einen weiteren Mobilisierungsschub. Neue Gruppen bildeten sich. Allein in Leipzig stellten Anfang 1988 über 10 Gruppen einen Antrag auf Mitgliedschaft im Bezirkssynodalausschuß, in welchem die Gruppen versammelt waren (Magirius 1990: 10; Dietrich 1995: 594). Die Zahl der Samisdat-Drucke erhöhte sich. Die Hälfte der 1989 beobachteten Blätter entstand, wie die Staatssicherheit feststellte, erst 1988 (MfS 1989: 58). Die Schaffung verbindlicherer Netzwerke wurde forciert, obschon sofort hinzuzufügen ist, daß die Strukturierungsbemühungen zugleich immer wieder an die altbekannten Grenzen stießen. Ab 1988 verstanden sich auch mehr und mehr Gruppen bewußt als Opposition zum SED-Regime (Knabe 1990a: 21) und drängten verstärkt auf Öffentlichkeitswirksamkeit. In diesen Zusammenhang gehört auch das zunehmende Bemühen, aus dem Raum der Kirche auszuwandern und eigenständige Strukturen einer staatsunabhängigen Öffentlichkeit oder, wie man heute sagen würde, einer zivilen Gesellschaft zu schaffen. Die alternativen Gruppen erreichten mit dem Jahr 1988 einen deutlich höheren Politisierungsgrad als Mitte der achtziger Jahre und dehnten ihr Mobilisierungspotential auch quantitativ aus.

Offenbar stießen die Ende 1987 und Anfang 1988 gegen sie durchgeführten restriktiven Maßnahmen des Staates auf die vor dem Herbst 1987 geweckten und durch die Perestroika-Politik Gorbatschows noch bestärkten Hoffnungen und führten so zu einer Belebung der Gruppenaktivitäten. Die Diskrepanz zwischen Erwartung und Enttäuschung hatte eine protestmobilisierende Wirkung. Hinzu kommt, daß aufgrund der Einbindung der DDR in die Prozesse der internationalen Entspannung ein allzu repressives Vorgehen gegen die Oppositionsgruppierungen einen internationalen Reputationsverlust mit sich gebracht hätte, an dessen politischen und wirtschaftlichen Folgen der DDR-Staats- und Parteiführung nicht gelegen sein konnte. Das war ein wichtiger Grund, warum die Führung an ihrer Politik der exemplarischen Sanktion, der ideologischen Überzeugungsarbeit und der indirekten Kontrolle und Steuerung festhielt, obwohl ihr manchmal das Ruder bereits aus der Hand zu gleiten drohte. Die exemplarischen Sanktionen waren oft nicht mehr abschreckend genug, um von Protestaktionen prinzi-

109 Das stellte auch das MfS fest. In dem bekannten Bericht über die oppositionellen und feindlichen Zusammenschlüsse vom 1. Juni 1989 heißt es: „Im Ergebnis staatlicher und gesellschaftlicher Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, ihre Gesamtzahl zu verringern.“ (Mitter/Wolle 1990: 47)

piell abzuhalten,<sup>110</sup> ebenso wie auch die ideologischen und sicherheitsdienstlichen Instrumente oft nicht mehr griffen. Das „komische Ineinander von Nachgeben und Verstärkung des Druckes“ (Richter 1995b: 99), das es in der DDR seit Mitte der siebziger Jahre gab und das für die Sicherheitspolitik des SED-Regimes in den späten achtziger Jahren charakteristisch werden sollte, vermochte zwar auf einen Großteil der Bevölkerung noch einschüchternd zu wirken, da nie abschätzbar war, wann kritische Äußerungen und Verhaltensweisen geduldet wurden und wann nicht. Für viele Vertreter der alternativen Gruppen besaß das SED-Regime dagegen längst nicht mehr so eine disziplinierende Kraft wie in den Jahren zuvor, denn aufgrund ihres unmittelbaren Kontaktes zum Sicherheitsapparat konnten sie sehen, daß die Staatsmacht eine inkonsequente Repressionspolitik betrieb und kaum noch ernsthaft zuschlug, ja teilweise sogar die Anwendung der eigenen Strafgesetze unterhöhlte. Den Machtapparat schien trotz seines starren Charakters eine Art Beißhemmung befallen zu haben. In immer weiteren Kreisen der Bevölkerung nahm die Bereitschaft zu, sich öffentlich staatskritisch zu äußern. Die Politik der SED hatte unübersehbar etwas von ihrer früheren Unberechenbarkeit verloren. Auf der anderen Seite konnte das System aufgrund der wirtschaftlich kritischen Situation, in der es sich befand, jedoch auch nicht mehr eine ausreichende Palette an Privilegien, Aufstiegsmöglichkeiten und materiellen Anreizen anbieten, um die Bevölkerung auf diese Weise stillzuhalten. Der Konsumsozialismus Honeckers war an Grenzen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gekommen.

Will man den Mobilisierungsschub, der die Gruppenszene 1987/88 erfaßte, erklären, so muß man also zum einen auf die Verschärfung der gesell-

110 Wenn die Verhafteten in der Regel nach zwei Tagen wieder frei kamen, war der Abschreckungseffekt für diejenigen, die ohnehin 'außerhalb' standen, wahrscheinlich nicht sehr hoch. Je öfter er zugeführt wurde, erinnert sich Thomas Rudolph - einer der führenden Vertreter der Leipziger Gruppen -, desto geringer sei die Angst geworden (Unterberg 1991: 23). Zu dieser Aussage im Widerspruch steht allerdings, daß die sehr stark von Thomas Rudolph bestimmte Gruppe - der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* - im Unterschied beispielsweise zur aktionsorientierten *Initiativgruppe Leben* Kosten und Nutzen aller ihrer Aktionen genau abwog und bei „Demonstrationen nie offen auf(trat)“ (40). Rainer Pietsch, der im ersten Sprecherrat des *Neuen Forums* in Leipzig war, behauptet ebenfalls, daß die Protestierenden spätestens nach der zweiten Verhaftung keine Angst mehr hatten (ebd.). Auch Rainer Eppelmann (1993: 207) berichtet, er habe nach seiner Verhaftung keine Angst mehr gehabt. Und er erklärt: „Die Öffentlichkeit war der beste Schutz in einer Diktatur, zumal in einer, die so auf internationale Anerkennung aus war wie die DDR.“ Wie gering die Angst der Oppositionellen gegen Ende der DDR-Zeit war, zeigt die Tatsache, daß beim Leipziger Straßenmusikfest im Juni 1989 einige der Oppositionellen unaufgefordert auf den bereitstehenden Lastwagen kletterten und sich zuführen ließen (Lieberwirth 1990: 176). Rüdtenklau (1992: 79) dagegen schreibt: „Es ist wahr, wir wurden in den letzten Jahren seltener verhaftet, kamen meist sehr schnell frei, und die Gefängnisse in der DDR waren schlimm, aber eben doch im allgemeinen keine Folterhöhlen (obwohl es auch die gab). Aber es gab auch keine Garantie dafür, daß das so 'human' bleiben würde, und so war die tägliche Angst der Preis.“

schaftsinternen Widersprüche hinweisen, die Hoffnung und Enttäuschung gleichermaßen verstärkte und damit zur Ausweitung von Protestanreizen führte. Zum ändern muß man aber auch auf die erweiterten Opportunitätsstrukturen und die damit gegebene Erweiterung von Protestgelegenheiten aufmerksam machen.

Darüber hinaus läßt sich für die zweite Hälfte der achtziger Jahre aber auch eine Erhöhung der Organisations- und Mobilisierungsanstrengungen der Gruppen selbst konstatieren: ein verstärktes Bemühen um Professionalisierung und Effektivierung der Arbeit, um thematische Spezialisierung und Konzentration, um einen höheren Grad der wechselseitigen Vernetzung und um die Verbreiterung der Außenkontakte. In Leipzig zum Beispiel zeigte die Arbeit des anlässlich der Berliner Verhaftungen 1988 eingerichteten Kontakttelefons effektivere Formen der politischen Arbeit auf. Man erkannte, welche Bedeutung der gegenseitigen Information zukam und wie wichtig die Herstellung einer gruppeneigenen Öffentlichkeit war. Zunehmend wurde auch der Kontakt zu westlichen Journalisten gesucht, um mit den eigenen Aktivitäten eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Dies erforderte die Ausbildung konspirativerer Formen der Gruppenarbeit. Je mehr sich die Arbeit differenzierte und spezialisierte, desto wichtiger wurde der Kontakt untereinander. Aber natürlich nahmen damit auch die Reibungen untereinander zu. Wie sich in Berlin *Umwelt-Bibliothek* und *arche* voneinander trennten, so spaltete sich in Leipzig die *Initiativgruppe Leben* von der *Arbeitsgruppe Umweltschutz*, die einigen ihrer Mitglieder zu staatsloyal war, ab. Hinter diesen Spaltungen standen politische Differenzen, unterschiedliche Organisationsvorstellungen und auch persönliche Spannungen, vor allem aber der Versuch, die politische Arbeit der Opposition zu radikalisieren. Andere Gruppen hingegen dienten neu entstehenden Gruppen als Vorbild, so die *IFM dem Arbeitskreis Gerechtigkeit*, Leipzig, oder der *Initiativkreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung*, der im Lande eine Reihe von Nachahmern fand. Gruppenspaltung, wechselseitige Anregung und andere gruppeninterne Beziehungen scheinen durchaus Gruppenprozesse ausgelöst zu haben. Immer wieder waren es Aufrufe zur Mitarbeit, Appelle zum Schreiben von Eingaben wie etwa der des *Initiativkreises Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* (Aufrisse 1987: 11, gedruckt: Bickhardt 1988: 24f.), kirchliche Veranstaltungen wie der zur Neuformierung der *Kirche von Unten* führende Kirchentag in Berlin oder auch Solidarisierungsaktionen wie anlässlich der Zionskirchenaffäre oder im Zusammenhang mit der *Luxemburg/Liebkecht-Demonstration*, die zur Ausbreitung und Profilierung des Gruppenphänomens beitrugen. Aufgrund des fehlenden Kontakts zur Gesellschaft kam Prozessen der Binnendifferenzierung und Binnenanregung eine besondere Bedeutung in der Entwicklung der Gruppenszene zu.

Allerdings stellte sich gerade aufgrund des fehlenden Kontakts zur Gesamtgesellschaft auch eine Tendenz zur Selbstrekrutierung ein. Das wichtigste Unterstützungspotential, das die alternativen Gruppen in der DDR besaßen, - die Ausreisewilligen - wurde von ihnen nur inkonsequent genutzt. Obwohl die politisch alternativen Gruppen ihre Mobilisierungsbemühungen verstärkten und obwohl die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs und sich zunehmend auch im öffentlichen und im halböffentlichen Raum artikuliert, blieben die Gruppen von der Bevölkerung bis zuletzt isoliert.<sup>111</sup> Die Versuche, die Bevölkerung für ihre Themen zu sensibilisieren und politisch zu aktivieren, stießen stets an enge Grenzen.<sup>112</sup> Wahrscheinlich waren sowohl die Sanktionen noch immer scharf<sup>113</sup> als auch die Versorgungsangebote noch immer hoch genug, um die meisten von einem Schritt auf die Gruppen zu abzuhalten. Zwar entwickelten sich gesellschaftskritische Einstellungen in allen Bereichen des Systems, angefangen von der Arbeiterschaft bis hinein in die Reihen der SED. Doch ein Kontakt zu den als oppositionell geltenden Gruppen hätte das gesellschaftliche 'Aus' bedeutet. Man hätte sich selber aus der Organisationsgesellschaft DDR ausgeschlossen und innerhalb des Systems nichts mehr erreichen können. Für Tendenzen der Veränderung, des Umdenkens und der Lockerung gab es damals jedoch einige Anzeichen. Diese Prozesse sollten nicht gefährdet werden. Wenn etwas zu machen war, dann nur behutsam. Veränderungen galten ausschließlich dann als erreichbar, wenn man die Parteispitze nicht überforderte, aber sie wurden in einer Zeit, als sich in anderen Ostblock-Staaten vieles zu wandeln begann, von vielen durchaus für möglich gehalten.

Als charakteristisch kann in diesem Zusammenhang die Haltung von Werner Hübner - einem ehemaligen NVA-General und ZK-Mitarbeiter, der sich selbst zu den Partei-Reformern zählte - gelten. 1990 sagte er: „So sehr uns bei diesen Arbeiten Überlegungen und Forderungen der Opposition mit

111 Dies läßt sich schon allein an den Zahlen ablesen. Nur eine verschwindende Minderheit zählte sich zu den Gruppen. Die oben angegebene Zahl (vgl. S. 63) von 4.000 bis 6.000 in der gesamten DDR - in einer Stadt wie Leipzig mit etwa 500.000 Einwohnern waren es etwa 300 (Findeis 1990: 94) - ist möglicherweise schon zu hoch angesetzt. An den Veranstaltungen der Gruppen, selbst an den DDR-weit bekannten Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche, zu denen man auch von auswärts anreiste, beteiligten sich vor dem Herbst 1989 fast nie mehr als einige hundert Personen. Nur in Ausnahmefällen waren es mehr als 1.000, etwa bei Solidaritätsveranstaltungen.

112 Deswegen ist der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz für die Erklärung der Ausweitung und Politisierung des Gruppenmilieus in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nur begrenzt anwendbar.

113 Aufgrund der scharfen Trennung zwischen den Mitgliedern der Organisationsgesellschaft und den Ausgestoßenen, die staatlicherseits vorgenommen wurde, war die Angst, diese Schwelle zu überschreiten, wahrscheinlich sehr hoch. Stand man erst einmal 'jenseits', ergaben sich daraus dann allerdings auch neue Freiheiten.

animierten, so sehr sie uns zum Nachdenken zwangen und uns unkonventionelles Denken erleichterten - ein Kontakt zu diesen Leuten war letztlich unvorstellbar. (...) Man kann schlecht deutlich machen, wo die Grenzen lagen: Wenn ich mit jemand gesprochen hätte, der sich schon als Opposition ins Gerede gebracht hatte, dann wäre das einer Anerkennung seiner Auffassung gleichgekommen. So etwas zu vollziehen, war nicht meines Amtes. Darüber wurde mit Sicherheit auch gewacht, daß sich so etwas nicht vollzieht. Es hätte auch bei dem möglichen Gesprächspartner zu falschen, vielleicht zu optimistischen Schlußfolgerungen geführt. Und dann kam auch noch der Argwohn hinzu, ein solches Gespräch könne in den westlichen Medien ausgewertet werden. Das wollten wir in diesem Stadium von uns aus nicht; wir wußten außerdem, wie überaus empfindlich - und damit für unser Anliegen schädlich - die alten Männer im Politbüro auf derartige Darstellungen im Westen reagierten.“ (Gysi/Falkner 1990: 29f.) Ein Kontakt zu den Gruppen wäre somit einer Selbststigmatisierung gleichgekommen und hätte die Wahrnehmung der innerhalb des Systems gegebenen Handlungsmöglichkeiten nur blockiert.

Die politisch alternativen Gruppen trugen freilich auch selbst zu ihrer Entfremdung von der Bevölkerung bei. Ökonomische Probleme interessierten sie nicht. Die meisten von ihnen hielten die DDR für eine moderne Industriegesellschaft, die ihre Rationalisierungsintentionen eher zurückschrauben als ausbauen sollte. Die Konsumwünsche der Bevölkerung wehrten sie ab. Die Bevölkerung sollte ihren Lebensstil umstellen und aufhören, nach dem höheren Lebensniveau des Westens zu schielen. Die Gruppen verstanden sich nicht als Interessenvertreter der Bevölkerung, sondern als Aufklärer, der die Bevölkerung zu sensibilisieren, zu ermahnen und aufzurütteln hat.<sup>114</sup> Auch ihre Linksorientierung entfernte sie von der Mehrheit der Bevölkerung. Und schließlich gab es einen tiefgreifenden kulturellen Unterschied im Selbstdarstellungsstil, der bei den Gruppen sehr stark auf Alternativität hin angelegt war und an das outfit der Achtundsechziger erinnerte - ein Merkmal, auf das die Mehrheit der mehr auf Normalität und Unauffälligkeit bedachten DDR-Bürger mit Unbehagen reagierte.<sup>115</sup>

Aber auch zu Bevölkerungsgruppen, denen die alternativen Gruppen politisch, weltanschaulich und kulturell näher standen, wie etwa zu Künst-

114 Die Herstellung von Öffentlichkeit, die Schaffung eines öffentlichen Bewußtseins, die Sensibilisierung der Bevölkerung gaben fast alle der befragten Gruppenvertreter als ein Ziel ihres politischen Engagements an (Elvers/Findeis 1990b: 99f.) Daß die Gruppen auf die Bevölkerung einwirken wollten, läßt sich auch daraus ersehen, daß sie die Papiere, die sie verfaßten, nicht selten mit der Aufforderung versahen, sie weiterzugeben und möglichst vielen Lesern zugänglich zu machen. Vgl. beispielsweise „Weil alle Abgrenzung ...“ 1988: 3, Aufrisse 1987: 3 u.a.

115 Vgl. unten S. 207.

lern und Schriftstellern und dabei insbesondere zu den Künstlern und Schriftstellern der Untergrund-Szene sowie zu den Parteireformern kam kaum ein Kontakt zustande. Im Unterschied zu ihren Kollegen und Kolleginnen in den anderen sozialistischen Ländern entfachten die Schriftsteller und Intellektuellen in der DDR nie eine eigenständige politische Bewegung gegen das politische System.<sup>116</sup> Ihre Bücher waren wichtige Mittel der geistigen Orientierung, aber nicht Katalysatoren des Protests. Soziologen und Historiker, Schriftsteller und Philosophen fehlten weitgehend unter den Oppositionellen in der DDR. Zwar beteiligten sich einige der DDR-Autoren an Lesungen, die in Kirchen durchgeführt wurden, sie fanden sich aber nicht bereit, ihr Renommee in die Waagschale zu werfen, um sich für die oppositionellen Gruppierungen in der DDR einzusetzen.<sup>117</sup>

Auch zwischen den kirchennahen Basisgruppen und der alternativen Kulturszene gab es nur relativ wenige Berührungspunkte, ja, teilweise bestanden zwischen den Vertretern beider Szenen sogar erhebliche Vorbehalte. Den Mitgliedern der kirchennahen Basisgruppen waren die Künstler und Schriftsteller der alternativen Kulturszene zu apolitisch und selbstbezogen. Die Vertreter der alternativen Kulturszene dagegen, die die Hoffnung auf eine Reformierbarkeit des DDR-Sozialismus längst aufgegeben und sich von

116 Es ist oft herausgestellt und kritisch vermerkt worden, daß bei den ostdeutschen Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen eine weitaus stärkere Sozialismus-Affinität anzutreffen war als bei ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern des sowjetischen Herrschaftsimperiums und daß sie sich bis auf Ausnahmen wie Robert Havemann, Wolf Biermann oder Rudolf Bahro nie in die Rolle des Oppositionellen hineinbegeben haben (Szczypiorski 1995: 1). Dieses angepaßte Verhalten hatte zum einen seinen Grund darin, daß das sozialistische System in der DDR deutlich effektiver war als in den sozialistischen Nachbarstaaten, daß es also einen höheren Lebensstandard und mehr berufliche Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten vermochte, ein höheres Maß an Legitimität besaß und daher auch eher in der Lage war, die Höhergebildeten an sich zu binden. Zum zweiten spielte für die Sozialismus-Nähe der Intellektuellen eine Rolle, daß das kommunistische Herrschaftsregime in der DDR wesentlich konsequenter auf alle Lebensbereiche durchgriff als in den anderen kommunistischen Staaten und weniger Freiräume zuließ. Es ist auffällig, daß die bürgerliche Opposition, die es in den fünfziger Jahren in der DDR noch gegeben hatte, nach dem Mauerbau nicht mehr in Erscheinung trat. Selbst in den evangelischen Kirchen, in denen sich eine bürgerliche Opposition bis in die achtziger Jahre hinein nachweisen läßt (Steinlein 1993), konnte sie sich nicht artikulieren. Auch dort setzten sich die dem Sozialismus aufgeschlossener gegenüberstehenden Kräfte durch (Graf 1993). Bürgerliche Positionen wären sofort als Abweichung erkennbar gewesen und als feindlich verfolgt worden. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß aufgrund der belasteten deutschen Vergangenheit und der Spaltung des Landes in zwei Teilstaaten die Bezugnahme auf deutsche Traditionen und Nationalität als Quelle von Dissidenz ausfiel. Daher mußte ein anderer Traditionsstrang gefunden werden, so daß der Sozialismus zur Gedankenressource für die Formulierung von Kritik aufsteigen konnte.

117 Oft sagten sie Einladungen zu Veranstaltungen der alternativen Gruppen ab oder reagierten gar nicht erst (Eisenfeld 1988: 134; Poppe 1994: 178). Wenn sie sich für sie einsetzten wie etwa Christa Wolf, die in einem Brief an Honecker 1984 um die Freilassung von Ulrike Poppe und Bärbel Bohley bat, taten sie dies in der Regel nicht öffentlich (Poppe 1994: 178).

den offiziellen Institutionen abgekehrt hatten und eine Gegenkultur aufzubauen versuchten (Grundmann/Michael/Seufert 1996: 161), hielten die kirchlichen Basisgruppen vielfach für politisch naiv, für zu wenig intellektuell und zu moralisierend-ernst. An einigen ausgewählten Stellen gab es zwar Kontakte zwischen den beiden unterschiedlichen Milieus. So berichtet Ulrike Poppe von Ausstellungen, Leseabenden und Theateraufführungen, die nicht nur in Wohnungen von Künstlern und Schriftstellern, sondern auch in Wohnungen von Oppositionellen stattfanden (Poppe 1994: 178). Auch die Umwelt-Bibliothek bot mit ihrem Café und ihren Ausstellungen Gelegenheiten, zu denen sich die Angehörigen der unterschiedlichen Szenen treffen konnten. Schriftsteller wie Adolf Endler, Elke Erb, Jan Faktor oder Lutz Rathenow galten im Unterschied zu den avantgardistisch ausgerichteten Teilen der Kunstszene auf dem Prenzlauer Berg um Sascha Anderson, Stefan Döring und Bert Papenfuß ohnehin eher als Vertreter einer politisch engagierten Literatur. Aber selbst sie plädierten für eine Abkehr von der politischen Rhetorik. Nachdem sich seit Anfang der achtziger Jahre künstlerisches und oppositionelles Milieu auseinanderbewegt hatten, bahnten sich 1988/89 in Leipzig wieder erste Kontakte zwischen einigen Kreisen im Kulturbund und Vertretern der alternativen Kirchengruppen, wie etwa Harald Wagner, an.<sup>118</sup> Überhaupt kam es Ende der achtziger Jahre in der Leipziger subkulturellen Szene zu einer gewissen Politisierung. Die letzten Nummern der in Leipzig herausgegebenen Untergrundzeitschrift „Anschlag“ griffen auch einige politische Themen auf (Grundmann/Michael/Seufert 1996: 153). Karim Saab, Mitherausgeber des „Anschlag“, sah es als seine Aufgabe an, „Kunst und Opposition in Leipzig zusammenzubringen“, wollte selbst „allerdings nicht mehr direkt politisch aktiv sein“ (ebd.). Er brachte die Zeitschrift gelegentlich nach Berlin zur *Umwelt-Bibliothek* und besaß als eines der Mitglieder der kirchlichen *Initiativgruppe Hoffnung Nikaragua* Kontakte sowohl zur *IFM* als auch zu Pfarrer Wonneberger an der Lukaskirche in Leipzig. Möglicherweise herrschte in Leipzig insgesamt ein konstruktiveres Klima zwischen den unterschiedlichen non-konformen Kreisen als in Berlin (Saab 1996: 155; Wagner 1989: 175).<sup>119</sup> Aber im gro-

118 So fand am 4. Mai 1989 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „DIALOG“ im Klub der Intelligenz in Leipzig ein Gespräch zwischen den SED-Reformern Michael Brie, Bernd Okun und dem Basisgruppenvertreter Harald Wagner statt. Titel der Veranstaltung: „Utopia II: Vision einer zukünftigen Gesellschaft“.

119 Die engeren Kontakte dafür verantwortlich zu machen, daß von Leipzig der Umbruch ausging (Wagner 1989: 175), und zu behaupten, daß das über Jahre in der Stadt gewachsene Solidargefühl sich letztendlich in den Montagsdemonstrationen auf dem innerstädtischen Ring versinnbildlicht habe (Saab 1996: 155), führt freilich zu weit. Die Demonstrationen gingen von den Ausreisewilligen aus, nicht von den Schriftstellern, Künstlern oder Intellektuellen, und sie erfaßten weitaus mehr Menschen, als durch die alternativen Kultur- und Kirchengruppen erreichbar waren.

ßen und ganzen handelte es sich bei diesen Kontakten eher um Ausnahmen. Der Prozeß der Differenzierung, ja Aufspaltung der Milieus und ihrer wechselseitigen Abgrenzung voneinander überwog (Michael 1997: 120). Während es den einen um die Veränderung der DDR ging, hatten die anderen die DDR abgeschrieben und suchten nach einer Nische, in der sie ein Höchstmaß an Autonomie erreichen konnten, ohne über die Umgestaltung der DDR nachdenken zu müssen.

Im übrigen unterschied auch der Staatssicherheitsdienst streng zwischen beiden Milieus. Weder die Eigen+Art - Leipzigs bedeutendste gegenkulturelle Galerie - noch die diversen Kleinzeitschriften wie „Glasnot“, „Snow'boy“ oder „Zweite Person“ hielt er für eine politische Gefahr. Nervös reagierte er erst, als in einer der alternativen Ausstellungen einmal auch der „Grenzfall“ und die „Umweltblätter“ verteilt wurden (Saab 1996: 158).

Von Reformern in der SED wurde in den Oppositionskreisen und in Kirchenkreisen zwar viel gesprochen. Man vermutete, daß es sie geben müßte, wollte auf sie Rücksicht nehmen und schrieb ihnen die milden staatlichen Entscheidungen zu, die sie im Kampf mit den Hardlinern angeblich durchgesetzt hätten. Aber Kontakte kamen schon deshalb nicht zustande,<sup>120</sup> weil auch die SED-Reformer sich Veränderungen nur von oben, durch die SED, vorstellen konnten, weil auch sie noch im Glauben an die Allmacht der Partei befangen waren und weder die innere Notwendigkeit einer Kontaktaufnahme zur Opposition sahen (Land 1997: 140ff.), noch sich und ihre Reformversuche durch solche Kontakte in Gefahr bringen wollten.

Selbst solche Gruppen wie die *Rosenthalgruppe*, die in Leipzig seit den siebziger Jahren regelmäßig im privaten Raum politische und literarische Themen diskutierte und deren Mitglieder die Gottesdienste besuchten, um sich über die Aktivitäten der Gruppen zu informieren, oder die beim Kulturbund angesiedelte *Dialog-Gruppe*, die großteils ähnliche Ziele wie die alternativen Kirchengruppen verfolgte und im Mai 1989 sogar ebenso wie die Gruppen eine selbständige Kontrolle der Auszählung der Wahlergebnisse vornahm, hielten zu den alternativen Gruppen Distanz. Reinhard Bohse, der Gründer der *Rosenthalgruppe*, nennt dafür drei Gründe: „Erstens war ihnen die Arbeit der Basisgruppen zu wenig intellektuell, zweitens gehörten die jüngeren Leute dort einer anderen Generation an als die älteren Rosenthal-Leute, und drittens war ihnen deren Arbeit zu gefährlich.“ (zit. nach Unterberg 1991: 36)

120 Ulrike Poppe (1994: 178) erwähnt Kontakte zu den inneren Kritikern in der SED, wenn es auch wenige waren, zu denen es gekommen sei. Ich kann mich freilich daran erinnern, daß Bärbel Bohley auf dem von der Theologischen Studienabteilung des Bundes der evangelischen Kirchen veranstalteten Kolloquium „Soziologie/Theologie“ im Juni 1989 ausrief, sie habe auch schon von den Reformern in der SED gehört, auf die man Rücksicht zu nehmen habe, sie habe aber noch keinen von diesen zu Gesicht bekommen.

Insgesamt läßt sich sagen, der informelle Sektor in der DDR war in einzelne nicht miteinander verbundene Kommunikationszusammenhänge aufgesplittert, die aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Öffentlichkeit keinen oder nur geringen Kontakt zueinander fanden. Die politisch alternativen Menschenrechts-, Umwelt-, Frauen- und Friedensgruppen waren in der fragmentierten DDR-Gesellschaft nur ein Mosaikstein, der von den anderen Steinen des Mosaiks relativ isoliert blieb. In den Jahren unmittelbar vor der Wende konnten sie ihre soziale Basis zwar verbreitern. Trotz der deutlichen Verschlechterung der allgemeinen Stimmungslage blieben sie aber eine gesellschaftliche Randerscheinung ohne Rückhalt in der Bevölkerung und ohne allzu große Wirkungen auf die Gesellschaft, ausgenommen die Westmedien und die Kirche. Die Staatssicherheit beobachtete zwar jeden ihrer Schritte, hielt sie aber für ein durchaus kontrollierbares Phänomen (Mitter/Wolle 1990: 46). Die Künstler, Schriftsteller und Intellektuellen bewahrten ebenso Abstand zu ihnen wie die Parteireformer. Und das Politbüro sah überhaupt keine Veranlassung, sich mit den politisch alternativen Gruppen zu beschäftigen (Schabowski 1990: 57).

Die Gruppenmitglieder wußten selber, daß sie nur eine marginale Rolle spielten. Daß sie eines Tages die Führer einer Volksbewegung werden sollten, war für sie in den Jahren vor der Wende und sogar noch im Sommer 1989 unvorstellbar.<sup>121</sup> Sie strebten den Sturz des Systems ja in der Regel auch gar nicht an. Teilweise definierten sie sich noch nicht einmal als Opposition (Elvers/Findeis 1990a: 50; vgl. auch Rosenthal 1987: 189ff.).<sup>122</sup> Die

121 „Hier muß betont werden, daß niemand von den im Juli, August und September entstandenen Plattformen (gemeint sind das *Neue Forum*, der *Demokratische Aufbruch*, *Demokratie jetzt*, die *SDP* usw. - D.P.) erwartete, daß sie eine breite Volksbewegung begründen würden. (...) Die Sozialdemokraten beispielsweise erwarteten ein jahrelanges Wachstum ihrer Partei in der Illegalität.“ (Rüddenklau 1992: 297)

122 Knabe (1990a: 21) stellt fest, daß sich im Gegensatz zu Polen oder Ungarn Gegnerschaft zur herrschenden Politik in der DDR „lange Zeit bewußt nicht als Opposition definiert hat“, daß der Begriff „Opposition“ seit etwa 1988 in das Selbstverständnis der kritischen Gruppen allerdings stärker Eingang gefunden hat. Aber auch dann noch hatte man Vorbehalte gegen diesen Begriff. Michael Arnold, *Initiativgruppe Leben*, berichtete, daß seine Gruppe sich mehr als Bürgerrechtsgruppe denn als Opposition verstanden hätte: „Das Wort konnte man zwar mal gebrauchen, aber irgendwie fühlte man sich unwohl dabei zu sagen, man ist Opposition.“ (A, 6) Als Opposition hätte man sich nur verstehen können, wenn man auch zur Machtübernahme bereit gewesen wäre (ebd.). Charakteristisch aber ist, daß die Gruppen politische Machtausübung häufig überhaupt ablehnten („es ging gegen Herrschaft“, Rüddenklau 1992: 287), nicht aber eine Machtübernahme anstrebten. An den Machtverhältnissen ließ sich nicht rütteln, daran gab es auch unter den Gruppen keinen Zweifel. „Opposition war eben viel zu hoch gestochen.“ (Michael Arnold, A 6) Schon aus taktischen Gründen verzichtete man auf die Verwendung des Begriffes „Opposition“. Trotzdem empfand man sich aber als „Opposition“ (Richter 1995b: 123f.). „Man wollte aber natürlich auch den Mund nicht zu voll nehmen mit den paar Hanseln. Es war eben eine recht bescheidene Opposition, aber es war unter uns klar, daß wir Opposition sind. Man durfte es nur nicht sagen, das war ja ein ganz schlimmes Wort.“



meisten traten für die Demokratisierung des Sozialismus ein, aber nicht für seine Aufhebung. Weder wollten die Gruppen die Revolutionierung der Verhältnisse, noch trauten sie sie sich zu, wobei sich das erste wohl aus dem zweiten erklärt.<sup>123</sup> Von der im September/Oktober 1989 einsetzenden Veränderung waren sie genauso überrascht wie die Gesamtheit der Bevölkerung.<sup>124</sup> Die Führungsrolle, die sie in diesem Veränderungsprozeß anfangs übernahmen, suchten sie sich selber nicht aus. Sie wurden in sie hineingedrängt, mit der Konsequenz, daß sie in ihr dann auch in vielfacher Hinsicht überfordert waren. Dies zu sehen, ist wichtig, damit man sich der naheliegenden Versuchung enthält, die Wende als einen von den politisch alternativen Gruppen herbeigeführten Prozeß, vielleicht sogar als eine zielstrebige ins Auge gefaßte Revolution darzustellen. Der Umbruch kam plötzlich, von niemandem vorhergesehen und von niemandem ernsthaft gewollt. Damit man in dieses Umbruchsgeschehen nicht eine Kontinuität einträgt, die so nicht vorhanden war, muß man festhalten, daß die politisch alternativen Gruppen bis in die unmittelbare Vorwendezeit, den Sommer 1989, hinein weithin isolierte, ebenso aufmerksam beobachtete wie wirksam ausgegrenzte, nahezu ohnmächtige Außenseiter der Gesellschaft waren.<sup>125</sup>

Allenfalls in die Kirche hinein konnten sie eine stärkere Wirkung entfalten. Der Konziliare Prozeß, an dem sich alle größeren Kirchen in der DDR, auch die katholische Kirche beteiligten, nahm die jahrelang von ihnen behandelten Themen „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ auf und verschaffte ihren Anliegen ein erweitertes Forum (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1990). Mit den auf der 1. Ökumenischen Versammlung im Februar 1988 in Dresden vorgestellten „Zeugnissen der Betroffenen“ konnten die Gruppen ihre Erfahrungen im Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen benennen und damit erstmals auf direktem Wege eine größere Öffentlichkeit in der Kirche erreichen. Die Bedeutung

123 Vgl. die vorhergehende Anmerkung.

124 Edgar Dusdal, *Arbeitskreis Solidarische Kirche*, Leipzig, im Interview vom 2.12.1991: „Die Gruppen waren selbst überrascht von der Situation der Wende und der Dynamik, wie jeder ja überrascht war.“ (B 2) Werner Fischer, *Initiative Frieden und Menschenrechte* (Interview am 8.2.1990): Die Gruppen wurden von der Wende „einfach überrollt“ (A 4).

125 Resignation, Ohnmachtsgefühle, Lethargie waren verbreitete Begleiterscheinungen der Gruppenaktivitäten. Nach kleinen Erfolgen wurde man sofort wieder zurückgeworfen. Bis in den Spätsommer 1989 hinein herrschte das Gefühl der Wirkungslosigkeit und ein daraus resultierendes Gefühl der Unzufriedenheit unter den Gruppenmitgliedern vor. Wolfgang Herzin vom *Friedenskreis Friedrichsfelde* gab am 26. Januar 1990 zu Protokoll: „Ich sehe uns noch im September letzten Jahres zusammensitzen, ziemlich zersplittert in den Gruppen hier in Berlin, auch ziemlich hoffnungslos, ziemlich politisch blaß, was weitere Arbeit, weitere politische heißen sollte. Daß sich also im Oktober, November eine solche Dynamik, eine solche Revolution ereignen sollte, damit hat von uns niemand gerechnet. Das kam völlig überraschend. (...) Ich denk', daß wir alle, auch in unserem Kreis, von dieser Wende überrascht wurden.“ (A 13)

der Ökumenischen Versammlung bestand vor allem darin, daß sich hier zum ersten Mal seit vielen Jahren ein großer Teil der Kirchenmitglieder bereit fand, der Unzufriedenheit mit dem politischen System der DDR öffentlich Ausdruck zu verleihen und Veränderungen anzumahnen.<sup>126</sup> Die *Ökumenische Versammlung* brachte eine deutliche Öffnung der Kirchen für die politischen Anliegen der Gruppen.<sup>127</sup> Viele der Gruppen beteiligten sich jedoch gar nicht am Konziliaren Prozeß (Elvers/Findeis 1990a: 69; so auch Goertz 1995: 12f. über den *AkSK*; anders Meckel 1994: 52). Ihre Gruppenarbeit mit den Anforderungen des Konziliaren Prozesses zu vereinbaren, bereitete ihnen zeitliche Probleme. Manche konnten sich auch inhaltlich nicht mit dem Konziliaren Prozeß identifizieren. Sächsische Gruppen hielten ihn mehr für eine kirchliche Angelegenheit (Elvers/Findeis 1990a: 71f.).

Restriktive Maßnahmen des Staates wie etwa das Verbot des „Sputnik“ führten zwar sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Gruppen zu Protestaktionen. So traten in Berliner Betrieben ganze Abteilungen geschlossen aus der *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* und zahlreiche Genossen aus der Partei aus (Bericht des MfS, zitiert nach Süß 1996: 251). In Leuna kam es zu mehrstündigen Arbeitsniederlegungen. Und in Leipzig ließen vor dem Kino Capitol etwa 40 Gruppenmitglieder Luftballons mit der Aufschrift „Sputnik“ in die Luft steigen („Umweltblätter“ vom Dezember 1988: 4, in: Rüdtenklau 1992: 248). Den Aktionen fehlte aber die Koordination, ja das Wissen voneinander. Sie waren Ausdruck einer gereizten Stimmung im Lande, aber blieben doch vereinzelt und damit ohne größeren Effekt.<sup>128</sup>

Ohne größere Ausstrahlung auf die Bevölkerung verliefen auch andere Protestaktionen der politisch alternativen Gruppen wie etwa der Pleißepilgerweg am 5. Juni 1988, an dem sich etwa 230 Personen beteiligten, durchweg „nur sogenannte 'Insider'“ (Michael Arnold in den *Umweltblättern*,

126 Allein der ersten Zusammenkunft in Dresden waren ca. 10.000 Eingaben zugegangen (vgl. Pollack 1994: 350).

127 So forderte das heiß diskutierte Papier „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ eine offenere Informationspolitik, mehr Rechtssicherheit, eine klare Trennung von Staat und Partei, geheime und freie Wahlen sowie die ungehinderte Möglichkeit, sich zu versammeln und selbständige Vereinigungen zu bilden, und neue Reiseregelungen. Die Kritik an staatlichen Zwängen und an der Erziehung zu Konformismus und Opportunismus sowie die Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte, nach mehr politischen Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie nach einem umfassenden gesellschaftlichen Dialog (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1990: 72ff.) waren zwar moderat formuliert, entsprachen aber inhaltlich nahezu vollständig den politischen Vorstellungen der politisch alternativen Gruppen.

128 So war etwa die aufgrund der Umweltverschmutzung durch die Braunkohlen-Schwelerei in Espenhain von Umweltgruppen aus Leipzig und Rötha organisierte Aktion „Eine Mark für Espenhain“, durch die angeblich 25.000 Unterschriften gesammelt wurden (Potsdamer Kirche vom 16.7.1989), unter den Arbeitern in Espenhain kaum bekannt (mündliche Information von Dieter Rink, Leipzig).

August 1988, 21ff.). Auf der alternativen Luxemburg/Liebknecht-Demonstration am 15. Januar 1989 in Leipzig und beim 2. Pleißemarsch am 4. Juni 1989 zeigte sich zwar ein gewisses Umfeld von Sympathisanten, die an den Demonstrationen teilnahmen, ohne den Gruppen selbst anzugehören (Unterberg 1991: 48). Wie unbedeutend dieses Potential jedoch war, verdeutlichen allein die Zahlen. Am 2. Pleißemarsch beteiligten sich etwa 300 bis 400 Personen (45), an der Protestdemonstration im Januar 1989 etwa 150 bis 200 (Mitter/Wolle 1990: 12).<sup>129</sup> Selbst beim Kirchentag Anfang Juli in Leipzig waren es nur wenige hundert, die sich dem Protestzug der alternativen Gruppen anschlossen (Unterberg 1991: 136).<sup>130</sup> Allerdings erlangte die alternative Luxemburg/Liebknecht-Demonstration aufgrund der auf ihr vorgenommenen Verhaftungen, gegen die international Protest eingelegt wurde, eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit. Diese Aufmerksamkeit wurde über die westlichen Medien vermittelt und bedeutete eine wichtige Ermunterung für die Protestierenden selbst, hatte allerdings keine wahrnehmbaren mobilisierenden Auswirkungen auf die Einwohner von Leipzig. Nur die Gruppen in Berlin reagierten auf die Demonstration der Gruppen in Leipzig, aber nicht durch Solidarisierungsaktionen, sondern indem sie die Aktion der Leipziger als politischen Dilettantismus, als konzeptionslos und naiv kritisierten. Peter Grimm, eine zeitlang Redakteur des „Grenzfall“, schrieb in den „Umweltblättern“: „Die Defizite, die in den Leipziger Gruppen bestehen, sind kraß zutage getreten, und man kann nur hoffen, daß sie die nächste Zeit für einen Berg von Auswertungen gebrauchen.“ (Rüddenklau 1992: 318) Offenbar wollten einige Berliner Gruppenmitglieder die entstandenen Ungleichgewichte in den politischen Aktivitäten ausgleichen und die Superiorität der Berliner Szene wiederherstellen.

Einen etwas größeren, aber durchaus nicht bedeutsamen Effekt erzielten die Gruppen mit der Überprüfung der Ergebnisse der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989.<sup>131</sup> Die in mehreren Städten in der DDR durchgeführten Kon-

- 129 Die „Umweltblätter“ (1/1989: 3, in: Rüddenklau 1992: 313) gaben 700 und die Dokumentation „Was war los in Leipzig?“ (10) sogar ca. 800 Demonstranten an. Diese Differenzen erklären sich wahrscheinlich daraus, daß die Gruppen die neugierigen Passanten sowie die unter die Demonstranten gemischten Stasi-Leute mitzählten. Die ARD sprach aufgrund eines Teilnehmerberichtes von mehr als 200 Teilnehmern.
- 130 Die Staatssicherheit zählte nur etwa 100 Demonstranten. Wie Brigitte Moritz berichtete, lief neben der eigentlichen Demonstration auf der anderen Straßenseite eine zweite Säule von Menschen mit, die das Spektakel nicht verpassen wollten, aber Angst hatten, sich dem Zug direkt anzuschließen (Unterberg 1991: 136). Wahrscheinlich erklärt sich daraus die Differenz in den Zahlenangaben.
- 131 Die Bedeutung der Wahlüberprüfung wird in der Regel höher eingeschätzt. Wielgohs/Schulz (1990: 18) meinen, daß damit die Krise der DDR-Gesellschaft offenkundig geworden sei. Meuschel (1991: 24) sieht in der Rolle der alternativen Gruppen bei der Wahlüberprüfung sogar ihren entscheidenden Beitrag zur Wende. Eine Analyse von Leserbriefen, die in verschie-

trollen<sup>132</sup> erbrachten vom offiziellen Auszählungsergebnis auffällig abweichende Zahlen,<sup>133</sup> so daß sich auch die evangelische Kirche für eine nochmalige Überprüfung der Wahlergebnisse aussprach (epd Dokumentation 44/1989, 41; vgl. Pollack 1994: 366f.). Die Wahlüberprüfung übte auf die Gruppenszene selbst zweifellos einen großen Effekt aus, denn sie zeigte den Gruppen, daß sie koordiniert handeln konnten<sup>134</sup> und - zumindest in Städten wie Berlin, Potsdam, Leipzig oder Plauen - ein beachtliches Potential von staatskritischen Bürgern, die bereit waren, für ihre politischen Anliegen Zeit zu investieren und persönliche Risiken einzugehen, zu mobilisieren vermochten. Mit ihren Aktionen zur Kommunalwahl erreichten die Gruppen aber kaum eine Wirkung über die Grenzen der eigenen Szene und der kirchlichen Gemeinden hinaus.<sup>135</sup> Schon die relativ geringen Differenzen zwischen dem offiziellen und dem von den Gruppen ausgezählten Wahlergebnis von etwa 5 Prozentpunkten bei den Ja-Stimmen und etwa 7 Prozentpunkten bei der Wahlbeteiligung vermochte kaum mobilisierend zu wirken. Viele hielten die Wahlen in der DDR ohnehin für eine Farce und bedurften daher gar nicht des Nachweises ihrer Unsauberkeit. Selbst innerhalb der Gruppenszene löste die Wahlüberprüfung nur eine relativ geringe Protestbereitschaft aus. An dem in Berlin in Gang gesetzten Protestzyklus, mit dem jeden Monat jeweils am 7. öffentlich auf die Wahlfälschung aufmerksam

---

denen Zeitungsredaktionen der DDR seit November 1988 eingegangen waren, ergab jedoch, daß ein massiver Anstieg von Protestbriefen nicht nach dem Wahlbetrug, sondern erst nach der Beifallskundgebung der SED-Führung für die brutale Zerschlagung der chinesischen Studentenbewegung einsetzte. Seit dieser Zeit erreichte die Zahl der protestierenden Leserbriefe etwa das Zehnfache der zuvor üblichen Häufigkeit. Zugleich nahm die bisherige Überrepräsentation Höhergebildeter unter den Briefautoren ab. Vgl. Matthes/Müller-Hartmann 1990. Den Hinweis verdanke ich Wielgohs/Schulz 1990: 18, Anm. 12.

- 132 Zu den Volkskammerwahlen 1986 hatte es eine solche Kontrolle schon für Berlin-Friedrichshain durch eine Initiative in der Samaritergemeinde gegeben (Goertz 1995: 28).
- 133 Vgl. „Wahlfall 89 - Eine Dokumentation“, hrsg. von der *Koordinierungsgruppe Wahlen*, Berlin; „Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989 nach Auszählung durch unabhängige Beobachter“, Berlin; „Wahlbeobachtung in Potsdam“, Potsdam, sowie die Broschüre „Kommunalwahl '89 - Erfahrungen mit Demokratie“, hrsg. von der Gruppe *Dialog*, Leipzig.
- 134 Von einem „stabsmäßig organisierten und koordinierten Vorgehen“ der feindlichen, oppositionellen Kräfte spricht denn auch der Staatssicherheitsdienst (Mitter/Wolle 1990: 42).
- 135 Vgl. Jochen Läßig, *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, Interview vom 7.2.1992: „Die Leute waren einfach nicht ansprechbar. Die wollten einfach nicht mitmachen; denen war ihr Arbeitsplatz wichtiger als die Wende.“ (B 2) Die Kirche freilich nahm den von den Gruppen ausgehenden Impuls auf. Mehrere Bischöfe und kirchenleitende Amtsträger - unter ihnen die Bischöfe Demke, Forck und Leich - wiesen in Schreiben an Staatsvertreter auf Unstimmigkeiten bei der Auszählung der Wahlergebnisse hin und baten um Überprüfung (vgl. den Bericht der Staatssicherheit vom 7.7.1989, in: Mitter/Wolle 1990: 99). Schon vorher hatte die Sächsische Landsynode die mangelnden Möglichkeiten zur Auswahl zwischen verschiedenen Kandidaten, die dem Wähler zur Verfügung stehen, kritisiert und empfohlen, die Wahlkabine zu benutzen oder der Wahl fernzubleiben (Rein 1990: 135).

gemacht werden sollte, beteiligten sich jeweils kaum mehr als 200 Personen.<sup>136</sup> Die auf Inkorrektheiten während der Wahl bezogenen Eingaben, deren Zahl sich in der gesamten DDR auf 84 belief, waren von insgesamt nicht mehr als 300 Personen unterschrieben, unter denen sich noch einige SED-Mitglieder und Wahlhelfer befanden (Mitter/Wolle 1990: 99). Am Wahltag selbst registrierte das Ministerium für Staatssicherheit „11 gegen die Kommunalwahl gerichtete Vorkommnisse“ in der gesamten Republik, angefangen von anonymen Drohanrufen bis hin zur Verbreitung von „Hetzzetteln“ und dem Anbringen von „Hetzlosungen“ (Mitter/Wolle 1990: 37). An diesem Tag fand in der Innenstadt von Leipzig eine Protestdemonstration statt, deren Kern vielleicht aus etwa 40 Personen bestand (Mitter/Wolle 1990: 35). Um sie bildete sich ein Kreis von mehreren hundert, vielleicht sogar eintausend Neugierigen, die trotz polizeilicher Aufforderung den Platz nicht verließen. In der Innenstadt fand gerade ein Volksfest statt.<sup>137</sup> Aufgrund des teilweise brutalen Vorgehens der Polizei kam es zu spontanen Solidarierungen mit den Demonstranten. Dieser ungewollte Effekt war typisch für die Zeit kurz vor der Wende. Durch den teilweise massiven Einsatz von Polizei- und Sicherheitskräften trug die Staatsmacht in gewissem Sinne selber zur Ausweitung der Protestbewegung bei. Auf dem am 4. Juni 1989 durchgeführten Pleiße-Gedenkmarsch stellten teilweise erst die aufgebotenen Polizeiketten den Tatbestand der Zusammenrottung her, indem sie sich so aufstellten, daß die Kirchenbesucher nur als Block und nur in eine Richtung den Platz vor der Kirche verlassen konnten (Unterberg 1991: 56).

Aber natürlich wurden die Demonstrationen durch die Polizei nicht hervorgebracht. Hätte die Polizei durch ihre Präsenz nicht Einschüchterungseffekte ausgelöst, wäre die Bereitschaft, an Demonstrationen teilzunehmen, bei vielen wahrscheinlich sehr schnell gewachsen. Die Polizei mußte repressiv auftreten. Durch ihr massives Aufgebot gab sie der kleinen Schar

136 Am 7. Juni 1989 waren es 40 Personen, die sich im Innenhof des Evangelischen Konsistoriums versammelten. Zuvor waren allerdings bei 160 potentiellen Teilnehmern des Protestes Personenkontrollen durchgeführt worden (Mitter/Wolle 1990: 72f.). Am 7. Juli wurden 94 Personen am Zugang zum vereinbarten Treffpunkt an der Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz gehindert und weitere 30 polizeilich zugeführt (109). Und am 7. September waren es noch immer nicht mehr als 189 Personen, die auf dem Alexanderplatz aufgegriffen und „zum Verlassen des Sicherungsraumes aufgefordert“ werden mußten (139). An diesem Tage wurden 59 Personen polizeilich zugeführt. Bei 20 von ihnen handelte es sich um Mitarbeiter der Kirche, bei 5 um Ausreiseartragsteller (140).

137 Bei den Neugierigen handelte es sich also nicht vor allem um Oppositionelle und Ausreisewillige, wie Unterberg (1991: 53) behauptet, sondern um unbescholtene Bürger, die zufällig am Platz des Geschehens - zum Wahltag fand ein Volksfest mit vielen Buden und Ständen statt - vorbeikamen. Die von der Staatssicherheit als „Organisatoren“ des Protests ausgemachten Oppositionellen standen vielmehr „unter ständiger Kontrolle“ und „traten im Handlungsraum nicht in Erscheinung“ (Mitter/Wolle 1990: 35).

protestierender Jugendlicher ungewollt jedoch Recht: Die DDR war eben wirklich, wie man vielleicht insgeheim befürchtet hatte, ein illiberaler Polizeistaat - das wurde nun auch der Bevölkerung, die möglicherweise niemals vorhatte, sich gegen die Staatsgewalt aufzulehnen, anschaulich vor Augen geführt, so daß sich im Effekt die Demonstrationsbereitschaft erhöhte.<sup>138</sup>

Die Zwangslage, in der sich die Staatsmacht gegenüber den Störenfriedern befand, nutzte Jochen Läßig, ehemals Mitglied des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, später der *Initiativgruppe Leben*, bewußt aus, indem er ein Straßenmusikfestival organisierte, das auf der einen Seite von der Staatsmacht nicht toleriert werden konnte, da das einen Verlust an ordnungspolitischer Autorität bedeutete hätte, das andererseits aber auch nicht rücksichtslos aufgelöst werden konnte, da das einen Abbau ihrer moralischen Autorität zur Folge gehabt hätte (Lieberwirth 1990: 234f.). Der nach einem gewissen Zögern dann doch durchgeführte Polizeieinsatz gegen die Teilnehmer des Straßenmusikfestivals empörte die umstehenden Bürger. Immer wieder wurden aus der musizierenden, tanzenden und singenden Menge Personen herausgeholt und festgenommen (Unterberg 1991: 58). Indem sich die Polizei so selber diskreditierte, brachte sie die Bevölkerung zwangsläufig auf die Seite der Feiernden, die ihre Aktion als zufällig und spontan ausgaben, aber als Affront bewußt geplant hatten.<sup>139</sup> Die kalkulierte Provokation, die sich harmlos gebende, mißverständlich, zweideutig auslegbare, auch im Sinne des Systems interpretierbare Herausforderung blieb bis zuletzt das wichtigste Handlungsmittel der politisch alternativen Gruppen. Ob es sich dabei um das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ oder um das 1. Open-Air-Frühstück in Jena handelte, stets setzten die Protestierenden ihre Abweichung taktisch ein. Gegen die hochgerüstete Macht, die keinen Spaß verstand, mobilisierten sie ihren Witz, mit dem sie den flächendeckenden Apparat zu unterlaufen suchten und das Prinzip totaler Organisation ad absurdum führen wollten.<sup>140</sup>

138 In einer ähnlichen Zwangslage befand sich der Sicherheitsapparat auch gegenüber den Ausreisewilligen. Die Abschiebung - gedacht vor allem zur Ausweisung von unbelehrbaren Störenfriedern und Feinden und damit letztendlich zur Befriedung der Gesellschaft - verwandelte sich für viele Ausreiseartragsteller zum Anreiz für provokative öffentlichkeitswirksame Handlungen, so daß im Effekt durch jede Abschiebung das Gegenteil des Gewollten erreicht wurde. Der Sicherheitsapparat suchte nach einem Ausweg, indem er den Ausreisewilligen versprach, daß ihre Ausreise demnächst genehmigt würde, wenn sie sich nicht an Demonstrationen beteiligen würden. Doch auch diese Lösung war zweischneidig. Freiräume können zwar für eine begrenzte Zeit disziplinierend wirken, nämlich solange man um ihre Rücknahme fürchten muß. In dem Maße, in dem sie selbstverständlich werden, verlieren sie jedoch ihre disziplinierende Kraft, und der Staat muß, will er die Kontrolle behalten, sie wieder einschränken. Sagt er Ausreisegenehmigung im Falle von Wohlverhalten zu, muß er alle gehen lassen, die sich ruhig verhalten; läßt er sie nicht gehen, werden sie aufhören, sich ruhig zu verhalten.

139 Dies bestätigte Jochen Läßig in einem Interview vom 18.11.1990 (Unterberg 1991: 58).

140 In den Verhören, die die zugeführten Teilnehmer des Straßenmusikfestes über sich ergehen

Die Veränderung der Stimmungslage in der Bevölkerung wurde natürlich von nicht wenigen in den Gruppen bemerkt. Viele drängten darauf, die Gelegenheit zu nutzen und den Schutzraum der Kirche zu verlassen, sich eine stärker formalisierte Struktur zu geben und überregional zusammenschließen. Auf der Greifswalder Tagung von „Frieden konkret VII“ regte Hans-Jochen Tschiche an, eine DDR-weite *Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft* zu gründen (Mitter/Wolle 1990: 22). Die Furcht der Gruppen vor Vereinnahmung sowie die kontrovers beantwortete Frage nach seiner Legalität verhinderten jedoch die Schaffung eines solchen Zusammenschlusses von Basisgruppen und Netzwerken (Franke 1994: 31). Die *Initiative Frieden und Menschenrechte* gab im März 1989 eine Basiserklärung ab, mit der sie sich den zersplitterten Gruppen als loser Dachverband anbot und zur Schaffung einer DDR-weiten „Oppositionsbewegung“ aufrief. Dieser Vorstoß war jedoch für die Mehrheit der Gruppen nicht akzeptabel und scheiterte auch an persönlichen Konflikten innerhalb der *IFM* (Unterberg 1991: 66). Auch wenn einige Gruppenvertreter im Laufe des Jahres immer wieder auf die Auswanderung der Gruppen aus der Kirche und ihren Zusammenschluß zu einer eigenständigen Vereinigung drängten - zuletzt Hans-Jürgen Fischbeck mit seinem Aufruf zur Schaffung einer landesweiten Sammlungsbewegung für die Erneuerung am 13. August 1989 (taz DDR-Journal 1989: 9) -, vollziehen konnten die Gruppen diesen Schritt erst, als sich in Ungarn die Grenzen zu Österreich öffneten und die DDR-Bürger zu Tausenden in den Westen flüchteten. Erst als die Krise des Systems für jedermann unübersehbar geworden war, vermochten sich die gesellschaftskritischen Gruppen zu einer eigenständigen Opposition außerhalb der Kirchen zu formieren. Erst zu diesem Zeitpunkt kam es auch zu einer Verbindung mit größeren Teilen der Bevölkerung und damit zu einer Überwindung der Segmentierung der Gesellschaft. Die Massenflucht war es, unter deren Eindruck sich die Protestbewegung in der DDR herausbildete.

---

lassen mußten, wollten die Beamten die Organisatoren und Rädelführer der „nicht genehmigten Veranstaltung“ herausfinden. Außerdem interessierten sie sich vor allem für den politischen Hintergrund von Stücken einer Spielgruppe aus Quedlinburg, in denen unter anderem ein großer und kleiner Bär sowie ein Esel aufgetreten waren. Sie wollten wissen, welche politischen Persönlichkeiten aus der Sowjetunion und der DDR sich hinter den Tieren verbergen würden. In vielen Verhören fahndeten sie nach dem Verbleib eines Stück Stacheldrahtes, das in einem anderen Stück Verwendung gefunden hatte und das in diesem Stück durch hartnäckiges Gießen zum Blüthen gebracht werden sollte. Viele der Verhörten gaben ironische, teilweise patzige Antworten. Niemand wollte etwas über die Organisatoren gewußt haben. Frank Sellentin meinte in der Befragung lapidar: „Die Veranstaltung trägt organisationslosen Charakter“. Viele gaben an, eher zufällig in der Stadt gewesen zu sein. Einer wollte sogar Provokationen verhindern (vgl. die Verhörprotokolle in Lieberwirth 1990: bes. 89ff., sowie den unterhaltensamen von Jochen Läßig, Uwe Schwabe, Cornelia Fromme, Gesine Oltmanns, Katrin Hattenhauer und Frank Sellentin zusammengestellten Bericht in Lieberwirth 1990: 172ff.).

### 3. Systematische Fragestellungen

Während es in den vorangegangenen Kapiteln darum ging, einen theoretisch angeleiteten historischen Überblick über die Entstehung und Verbreitung der politisch alternativen Gruppen sowie über wichtige Mobilisierungsschwellen, die sie im Laufe ihrer Entwicklung zu überschreiten hatten, zu geben, soll jetzt die Aufmerksamkeit auf einige der in der Einleitung und am Ende des 1. Kapitels angerissenen systematischen Fragestellungen gelenkt werden: auf die Frage nach der Sozialstruktur der alternativen Gruppen, nach den Motiven ihres politischen Engagements, nach ihren Handlungszielen und Handlungsmitteln, nach ihren Welt- und Selbstdeutungsmustern, nach den sozialen Beziehungen im Innern dieser Gruppen sowie nach ihren Außenkontakten. Im Hintergrund dieses Teils steht noch immer die die Arbeit leitende Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR. Kam es jedoch in den vorangegangenen Kapiteln darauf an, die Entstehung und Verbreitung des Gruppenphänomens von den gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen her verständlich zu machen, so soll jetzt das Augenmerk auf die internen Handlungsbedingungen in den Gruppen selbst gelegt werden. Freilich wird es auch dabei nicht ausbleiben, daß immer wieder Bezüge zum gesellschaftlichen Kontext hergestellt werden.

#### 3.1. Zur Verbreitung und zur Alters- und Sozialstruktur der politisch alternativen Gruppen

Die zahlenmäßige Stärke der politisch alternativen Gruppen wird in den verschiedenen Quellen äußerst unterschiedlich angegeben. Der Staatssicherheitsdienst ging in seiner Information 150/89 für Anfang 1989 von ca. 160 „feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen“ aus. Darunter hätten sich 150 kirchliche Basisgruppen befunden: 35 Friedenskreise, 39 Ökologieguppen, 23 gemischte Friedens- und Umweltgruppen, 7 Frauengruppen, 3 Ärztekreise, 10 Menschenrechtsgruppen, 39 Dritte/Welt-Gruppen sowie Regionalgruppen von Wehrdienstverweigerern (Mitter/Wolle 1990: 47). Das Gesamtpotential der mobilisierbaren Mitglieder schätzte das MfS derselben Information zufolge auf etwa 2.500 Personen. 600 Personen seien den Führungsgremien zuzuordnen, von denen ein kleiner Kern von etwa 60 Personen zu den „unbelehrbaren Feinden des Sozialismus“ zu rechnen sei (48). Den territorialen Schwerpunkt machte die Staatssicherheit in Berlin aus, wo

unter den insgesamt 19 Personenzusammenschlüssen die „aktivsten und gefährlichsten Gruppen in der DDR“ zu finden seien (49). Einer anderen staatsicherheitsdienstlichen Quelle zufolge lag der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 27 Gruppen an erster Stelle, gefolgt vom Bezirk Halle mit 20, Berlin und Leipzig mit je 19 und Dresden mit 16 Gruppen (Knabe 1996: 26f.). In den Bezirken Neubrandenburg und Frankfurt (Oder) habe es nur drei bzw. eine Gruppe gegeben.

Die Gruppen selber gingen von deutlich höheren Zahlen aus. Die für das Netzwerk *Frieden konkret* verantwortliche Mitarbeiterin, die die Adressen der einzelnen Gruppen sammelte, zählte 1988 325 Gruppen (Poppe 1988: 68f.), Wieland Giebel (1989: 7) für das Jahr 1989 sogar 500. Betrachtet man nur die Zahlen für Leipzig, die von unterschiedlichen Autoren zusammengestellt wurden, so sieht man, daß die Zahlen der Staatssicherheit zu niedrig angesetzt sind. Für den gesamten Bezirk Leipzig, in dem es auch in Torgau, Altenburg und anderen kleineren Städten politisch alternative Gruppen gab, rechnete das MfS nur mit 19 staatsfeindlichen Personenzusammenschlüssen. Allein in Leipzig gab es nach den Angaben von Hagen Findeis 1989 jedoch etwa 20 Gruppen (Findeis 1990: 91) und nach den Angaben von Dietrich und Schwabe sogar 31 (Dietrich/Schwabe 1994: 496-504). Zählte die Staatssicherheit in Leipzig 57 aktive Mitglieder (Knabe 1996: 27), so schätzt Findeis (1990: 94) das mobilisierungsfähige Potential der Gruppen auf etwa 300. Die Staatssicherheit hatte in ihren Berichten stets die Tendenz, die politisch alternativen Gruppen als ein „überschaubares und unter staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle stehendes“ Phänomen darzustellen (Mitter/Wolle 1990: 46). Außerdem sind in die Zahlenangaben der hier zitierten Information 150/89 die „Sympathisanten oder politisch Irregeleiteten“ nicht mit einbezogen (47). Man muß also annehmen, daß die Zahl der Gruppen und der Gruppenmitglieder deutlich über den Angaben der Staatssicherheit lag.

In den von mir gemeinsam mit einigen Mitarbeitern durchgeführten Befragungen teilten die interviewten Gruppenmitglieder mit, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl der Gruppen zumeist knapp 15 Personen ausmachte (Elvers/Findeis 1990a: 22). Einige der Gruppen waren zwar auch weitaus größer, so die *Arbeitsgruppe Umweltschutz* in Leipzig, mit etwa 70 Mitgliedern oder der DDR-weite *Arbeitskreis Solidarische Kirche* mit etwas mehr als 400 Mitgliedern (Wagner 1993: 109). Eine solche Gruppengröße stellte in der Gruppenszene aber eine Ausnahme dar. Manche Gruppen waren auch deutlich kleiner und umfaßten manchmal nur drei oder sieben Interessenten (Knabe 1996: 26, Anm. 18). Wenn es richtig sein sollte, daß die Mitgliederstärke der Gruppen im Durchschnitt bei 10 bis 15 Personen lag, wenn man weiterhin annimmt, daß die Zahl der Gruppen in der DDR

vielleicht etwa das Doppelte der von der Staatssicherheit unterstellten Zahl ausmachte, und wenn man schließlich davon ausgeht, daß es zwischen Mitgliedschaft und Sympathieumfeld fließende Grenzen gab, dann muß man mit einem Mobilisierungspotential von vielleicht 4.000 bis 6.000 Personen rechnen.

Was die Altersstruktur der Gruppen angeht, so fiel in den von mir durchgeführten Befragungen zunächst auf, daß nicht der Anteil der etwa Zwanzigjährigen dominierte, sondern viele der Befragten das durchschnittliche Alter auf „bis zu 30 Jahre“ schätzten (Elvers/Findeis 1990a: 23).<sup>141</sup> Im Falle der *Initiative Frieden und Menschenrechte* und des *Initiativkreises Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* wurde sogar ein Durchschnittsalter von deutlich über 30 Jahren benannt. Manch einer der Befragten legte sich aber auch nicht fest, sondern gab eine relativ große Altersspanne an.

Dieses Ergebnis wird durch die Berichte der Staatssicherheit im großen und ganzen bestätigt. Den Akten des MfS zufolge gehörten fast 40 Prozent der namentlich erfaßten Gruppenmitglieder (insgesamt 753) der Generation der 25- bis 34jährigen an. Weitere 27 Prozent waren zwischen 35 und 43 Jahre alt. Der Anteil der 15- bis 24jährigen machte hingegen noch nicht einmal 20 Prozent aus, der der 45- bis 54jährigen 11 Prozent und der Anteil derjenigen, die älter als 55 waren, 2,5 Prozent (Knabe 1996: 28). Auch der Information 150/89 zufolge war die Mehrzahl der Führungskräfte im Alter zwischen 25 und 40 (Mitter/Wolle 1990: 48). Das heißt, die meisten der Gruppenmitglieder hatten die Ausbildungsphase hinter sich und waren bereits im berufsfähigen Alter. Einige differenzierende Angaben finden sich bei Feldhaus und Moritz. Friedhelm Feldhaus (1993: 166) weist darauf hin, daß der Altersdurchschnitt in den aktionistischen Gruppen<sup>142</sup> in Leipzig, also etwa im *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, in der *Initiativgruppe Leben* oder in der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* unter dem allgemeinen Niveau bei etwa 23 bis 24 Jahren lag. Andere Gruppen in Leipzig wie etwa die *Frauen für den Frieden*, die sich als Gruppe bereits 1984 konstituiert hatten, besaßen ein deutlich höheres Durchschnittsalter. Dietrich/Schwabe (1994: 83) geben es mit 30 an. Torsten Moritz wiederum stellt für die *Umwelt-Bibliothek* in

141 Über das mobile Friedensseminar 1986 in Mecklenburg berichtete Wolfgang Rüdtenklaus in den „Umweltblättern“ vom September 1986: „Die Generation von 16 bis 25 war kaum vertreten.“ (Rüdtenklaus 1992: 82f.) In seiner Untersuchung über das *Neue Forum* in Leipzig, in die auch 15 Gruppenmitglieder einbezogen waren, gibt Unterberg (1991: 75) das Durchschnittsalter der von ihm befragten Personen mit reichlich 25 Jahren an.

142 Mit aktionistisch sind Gruppen gemeint, die den Akzent ihrer Arbeit stärker auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, weniger indes auf kontinuierliche thematische Arbeit legten. Die Gegnerschaft der aktionistischen Gruppen gegenüber dem politischen System war radikaler als die der thematisch orientierten Gruppen. Ihnen ging es weniger um Ausgleich und Dialog mit den Staatsvertretern als um ihre Provokation. Vgl. auch Pollack 1989: 131ff.

Berlin eine Polarisierung in der Altersstruktur fest. Während knapp die Hälfte der Mitglieder etwa 20 Jahre alt war, war ein Drittel, das vor allem aus Männern bestand, 30 und älter (Moritz 1993: 67; 1997: 216). Unter den Jungen in Leipzig und Berlin befanden sich die politisch Konfrontationsbereiteren, während die Älteren stärker theoretisch orientiert waren und sich zumeist bereits in den siebziger Jahren in verschiedenen subkulturellen und nonkonformen Zusammenhängen engagiert hatten (Wielgohs/Schulz 1995: 1969; Moritz 1997: 218).

Bezüglich des Bildungsniveaus ist zu konstatieren, daß in den Gruppen Personen mit höherqualifizierten Abschlüssen dominierten (Elders/Findeis 1990a: 23).<sup>143</sup> Als markante Berufsgruppe wurden Studenten und Akademiker genannt (ebd.). Häufig wurde aber auch eigens auf die Mitarbeit von Arbeitern hingewiesen. Sie galt offenbar nicht im gleichen Maße als selbstverständlich wie die von Akademikern und Studenten. Einen beachtlichen Prozentsatz der Gruppenmitglieder stellten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst (vgl. auch Unterberg 1991: 71). Verhältnismäßig stark waren aber auch soziale Berufe und beruflich Selbständige repräsentiert.

Zieht man die Angaben des Staatssicherheitsdienstes heran, so kann man die hier getroffenen Aussagen noch weitaus stärker präzisieren. Auffällig ist den Berichten der Staatssicherheit zufolge vor allem die erhebliche Dominanz des kirchlichen Milieus in den Gruppen. Von den 739 namentlich erfaßten Gruppenmitgliedern waren 103 Pastoren, 139 Beschäftigte der Kirchen, 13 Vikare, 35 Studenten der Theologie oder anderer kirchlicher Ausbildungsgänge und 4 Theologen (Knabe 1996: 29). Das heißt, knapp 40 Prozent der Gruppenmitglieder waren Mitarbeiter oder zukünftige Mitarbeiter der Kirche. Überdurchschnittlich stark waren auch Beschäftigte im medizinisch-pflegerischen Bereich in den Gruppen vertreten. Sie machten 90 Personen (davon 34 Ärzte und 32 Pfleger oder Krankenschwestern) und damit 12 Prozent der Gesamtheit der erfaßten Gruppenmitglieder aus. Eher schwach vertreten waren hingegen geisteswissenschaftliche und künstlerische Berufe. Nur 37 Personen (5 Prozent) konnten dem Bereich Bildung und Kultur zugerechnet werden, davon waren 13 freischaffende Künstler, 4 Bibliothekare bzw. Buchhändler, 5 Lehrer sowie einige in Theatern (5), Museen (3) oder kulturpolitischen Einrichtungen tätig (2).<sup>144</sup> Überraschend stark vertreten waren hingegen technische Berufe. Von den 82 Gruppenmitgliedern in technischen Berufen (11 Prozent) gab es 39 Ingenieure. Der Arbeiterschaft gehörten 57 Gruppenmitglieder (7,7 Prozent) an.

143 Diese und die folgenden Aussagen stimmen mit den Untersuchungsergebnissen von Unterberg (1991: 71f.) überein.

144 Die zuweilen aufgestellte Behauptung, daß „Bibliothekare, Buchhändler und Kulturvermittler stark vertreten“ waren (Rink 1993: 8), ist also falsch.

Der relativ hohe Anteil kirchlicher Mitarbeiter kann auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden. Zum einen wirkten viele der kirchlichen Amtsträger in den Gruppen mit, da diese sich in kirchlichen Räumen trafen. Weiterhin war die Kirche für viele, die aus politischen Gründen aus ihren erlernten Berufen herausgefallen waren, eine Art Auffangbecken. Sie arbeiteten bei der Kirche als Hausmeister, Küster, Heizer, Schreibkraft, in pflegerischen Berufen oder auch auf dem Friedhof und übernahmen damit Aufgaben, die oft weit unter ihrem Qualifikationsniveau lagen. Schließlich dürfte die hohe Konzentration von kirchlichen Mitarbeitern in den Gruppen aber auch damit zu tun haben, daß ein kirchliches Anstellungsverhältnis von staatlichen Sanktionen unabhängiger machte und daß die Institution Kirche einen gewissen rechtlichen Schutz und im Notfall auch politischen Beistand zu bieten vermochte.

Daß es sich bei den Gruppenvertretern zu einem großen Teil um Berufsaussteiger oder Studienabbrecher gehandelt hätte, wie zuweilen vermutet wurde,<sup>145</sup> ließ sich in den von mir und meinen Mitarbeitern durchgeführten Befragungen nur teilweise bestätigen (Elders/Findeis 1990a: 16). Zwar gab es die erwähnten kirchlichen Mitarbeiter, die aufgrund ihres politischen Engagements nicht selten höher qualifizierte Tätigkeiten hatten aufgeben müssen und nun als Hilfsarbeiter bei der Kirche tätig waren. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß Aussteiger und marginalisierte Persönlichkeiten (vgl. Raschke 1985: 415) die Mehrheit unter den Gruppenmitgliedern gebildet hätten. Diese Annahme wäre nur dann berechtigt, wenn man die kirchlichen Mitarbeiter und Theologiestudenten insgesamt zu den Aussteigern zählen würde. Vielmehr wird man davon ausgehen müssen, daß es hinsichtlich der Erwerbstätigkeit zwischen den einzelnen Gruppen große Unterschiede gab. Berufsaussteiger und Studienabbrecher sammelten sich offenbar vor allem in bestimmten Gruppen, zum Beispiel in der *Initiative Frieden und Menschenrechte*<sup>146</sup> oder in den erwähnten aktionistischen Gruppen in Leipzig<sup>147</sup>. Sie

145 So schrieb Hubertus Knabe (1988: 561) über die Gruppen in der DDR: „Ein wichtiges Segment in den Neuen Sozialen Bewegungen stellen darüber hinaus gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie Studien- und Berufsabbrecher, Aussteiger und sozial benachteiligte Jugendliche dar.“ Ebenso Neubert (1989: 184f.): „Die Gruppen bestehen vorwiegend aus marginalisierten Persönlichkeiten. Deren Randständigkeit ergibt sich aus dem Verzicht und der Verweigerung angebotener institutioneller Lebenslaufmuster.“

146 Über die Mitglieder der *Initiative Frieden und Menschenrechte* berichtete Bärbel Bohley im Interview vom 9.2.1990: „Was ich ein bißchen bedauerlich fand, war immer, daß es eigentlich mehr oder weniger Außenseiter waren in der Gesellschaft. Also, die waren alle schon aufgrund ihrer politischen Aktivitäten meistens aus ihrem Beruf rausgefliegen oder konnten nicht studieren und hatten also Schwierigkeiten.“ (A 1)

147 Feldhaus (1993: 166) gibt an, daß in den aktionistischen Gruppen ein Viertel der Mitglieder de facto arbeitslos war, auch wenn sich manche von ihnen als freiberuflich, Hausmann etc. bezeichneten.

zogen besondere Aufmerksamkeit auf sich, da sie aufgrund ihrer mangelnden sozialen Einbindung nicht selten zu radikaleren Verhaltensweisen neigten als andere und daher in der Gruppenszene oft als Mobilisierungsträger auftraten.<sup>148</sup> Das MfS fand heraus, daß 7,8 Prozent der Gruppenmitglieder (Knabe 1996: 29), nach einem anderen Bericht sogar 12 Prozent der aktiven Mitglieder und Führungskräfte (Mitter/Wolle 1990: 48) keiner regelmäßigen Berufstätigkeit nachgingen. Entscheidend ist dabei, daß sich diese Angaben auf das Führungspersonal und die hoch engagierten Mitglieder beziehen. Unter ihnen war der Anteil der Berufsaussteiger in der Tat besonders hoch, verfügten Berufsaussteiger doch über einen größeren Zeitfonds und waren sie doch dem politischen Konformitätsdruck weniger ausgesetzt als Berufstätige (Knabe 1996: 29) - zwei wichtige Voraussetzungen für die Übernahme von Führungsaufgaben in den Gruppen. Die Aussagen über die Erwerbstätigkeit der Gruppenmitglieder müssen also je nach Gruppe und nach Position in der Gruppe differenziert werden. In ihrer Mehrheit waren die Gruppenmitglieder keine Aussteiger oder Studien- und Berufsabrecher. In den einigen radikaleren Gruppen und unter den Führungskräften stellten diese indes durchaus ein beachtliches Potential dar. Und es ist klar, daß natürlich gerade die radikaleren Gruppen und die Führungskräfte die Verhaltensweisen sowie die Welt- und Selbstdeutungsmuster in den Gruppen in besonderer Weise prägten. Es mag sein, daß darauf der Eindruck, es handele sich bei den Gruppenmitgliedern mehrheitlich um Aussteiger, zurückzuführen ist.

Ob die führenden Mitglieder der politisch alternativen Gruppen in jedem Falle aufgrund ihrer politischen Aktivitäten ihre Anstellung verloren oder ob manche von ihnen nicht auch zunächst ihren Beruf oder ihre Ausbildung aufgaben und sich dann stärker politisch engagierten, ist eine interessante Frage. Sie sollte nicht nur so beantwortet werden, als ob am Anfang stets die Konfrontation mit der Staatsmacht gestanden hätte und die Diskontinuität in der Erwerbsbiographie dann lediglich deren Folge gewesen sei. Vielmehr zeigen die Biographien einiger führender Oppositioneller wie Bärbel Bohley, Ulrike Poppe oder Jochen Lässig, daß sich politische Auseinandersetzungen und berufsbiographische Probleme miteinander vermischten. Auf jeden Fall war das Ergebnis dieser Vermischung von Faktoren, daß die führenden Oppositionellen in der DDR oft ein weitaus geringeres formales Qualifikationsniveau besaßen, als es ihrem Bildungsniveau entsprochen hätte, und daß sie oft in unterqualifizierten Berufen arbeiteten. Diese Diskrepanz zwischen Bildungsniveau und sozialer Position mag für manch einen der Oppositionellen ein nicht unwichtiger Antrieb gewesen sein, sich in den alternativen Gruppen zu engagieren und dort jene Aner-

148 Vgl. oben S. 118, Anm. 102.

kennung zu suchen, die ihm in den DDR-offiziellen Institutionen verweigert wurde. Doch sind wir damit bereits bei unserem nächsten Thema: bei der Analyse der Motive für das politische Engagement in den politisch alternativen Gruppierungen.

### 3.2. Zur Motivationsstruktur

Als Motiv für ihr politisches Engagement ließen in den von mir durchgeführten Befragungen alle Interviewten den Willen erkennen, zu gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR beizutragen (Elvers/Findeis 1990a: 19). Hinter dieser Motivation stand zumeist die Erfahrung der Dominanz staatlicher Machtstrukturen. Persönliche Erfahrungen mit staatlichen Restriktionen, ideologischen Erziehungsmaßnahmen und politischer Bevormundung haben die Bereitschaft zum politischen Engagement stark beeinflusst. Durch die staatlichen Repressionen sahen sich viele vor allem in ihrer individuellen Autonomie und in ihrem Streben nach Selbstverwirklichung eingeschränkt.<sup>149</sup> Nahezu alle Interviewten gaben an, daß ihre politischen Aktivitäten in den alternativen Gruppen durch gesellschaftliche Begrenzungserfahrungen motiviert worden seien (Elvers 1992: 76).

Die staatliche Repression und Bevormundung lösten bei vielen ein Betroffenheitsgefühl aus (Moritz 1993: 85). Oft wurde der durch die Gesellschaft erzeugte Druck als so belastend empfunden, daß man nicht länger bereit war, seinen Unmut privat zu verarbeiten, sondern politisch aktiv werden wollte. Auf diesen Zusammenhang verwiesen viele der Befragten. Michael Arnold, Mitglied der *Initiativgruppe Leben*, Leipzig, erklärte: „Letztendlich bin ich erst zur kirchlichen Gruppierung gekommen durch die Ereignisse im November '87 in der *Umwelt-Bibliothek*, wo mehrere gesagt haben: 'Jetzt ist Schluß, das kannst du nicht mehr ertragen'. Dieses Scheinbild, was einem aufgebaut worden ist über die vielen Jahre der Schulbildung, dieses stimmige Bild in der Gesellschaft und dann die Realität und das Erschrecken aber auch darüber, welche Gewaltakte auch in dieser Ge-

149 Als typisch kann in diesem Zusammenhang die Äußerung Gerd Poppes, Mitglied der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, jetzt Mitglied des Bundestages, gelten, der in einem Interview mit Wolfgang Elvers am 12. April 1991 sagte: „Das ist, glaube ich, das Grundmotiv für alle, die dann in diese Gruppen reingingen, daß sie mit ihrer persönlichen Verwirklichung nicht weit kamen, weil sofort die Barriere aufgebaut wurde, und daß sie dann Gleichgesinnte suchten, die sie auch sehr schnell fanden, weil ja so intern, in den Wohnungen oder in diesem persönlichen Umfeld, man sich sehr schnell verständigen konnte und überall Leute mit gleichen Problemen waren und da so eine Art Gemeinschaft entstanden ist aus der Not heraus, die dann versucht hat, Alternativen für sich und kleinere Gruppen aufzustellen.“ (Archiv des Verf.)

sellschaft eben vonstatten gegangen sind.“ (A, 2) Genau dieses Gefühl, daß es so nicht mehr weitergehen könne, daß die Verhältnisse unerträglich seien, daß der Widerspruch zwischen dem Selbstbild der Gesellschaft und ihrer Realität nach Veränderung schreie, löste vielfach die politische Aktivität aus. Oft entstand der Entschluß zum politischen Engagement ganz spontan. Hinter diesem spontanen Entschluß stand aber in der Regel ein jahrelanges Leiden an den repressiven Verhältnissen in der DDR, das man immer wieder zurückgedrängt und privat gebändigt hatte, bis es aus einem herausbrach und nach politischer Artikulation verlangte.

Dabei waren es nicht selten bestimmte politische Ereignisse, die die Bereitschaft zum Protest verstärkten oder sogar motivierten, wie etwa die Studentenbewegung und die Niederschlagung des Prager Frühling 1968, die Ausweisung Biermanns 1976, die NATO-Nachrüstungsdebatte und die Raketenstationierung in der DDR zu Beginn der achtziger Jahre oder - wie Michael Arnold berichtete - eben die Verhaftungen der Mitarbeiter der *Umwelt-Bibliothek* im November 1987 (Elvers/Findeis 1990a: 21f.; vgl. auch Ammer 1995: 134). Mit diesen Stichworten sind einige Ereigniskomplexe benannt, von denen grundlegende Impulse für das Entstehen der Bürgerrechtsbewegung in der DDR ausgingen.

Versucht man, die Umstände, die die Gruppenmitglieder als restriktiv erfuhren, genauer zu benennen, so kann man sagen, daß die meisten der Befragten ihre Handlungsmotivation aus dem Mangel an Demokratie und Öffentlichkeit in der DDR ableiteten (Elvers/Findeis 1990a: 20). Viele gaben auch an, daß für sie die gesellschaftlich institutionalisierte Lüge, der Widerspruch zwischen der Selbstdarstellung des Systems und der Wirklichkeit, unerträglich geworden sei und daß dieser Widerspruch ihr politisches Engagement provoziert hätte.<sup>150</sup> Es waren also systeminterne Probleme, die

150 Als charakteristische Stimme sei hier Hans-Jürgen Fischbeck, Mitglied des *Friedenskreises der Bartholomäusgemeinde* und des *Initiativkreises Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung*, zitiert. Im Interview vom 25. Januar 1990 sagte er, ein wesentlicher Grund für sein politisches Engagement war „die Beunruhigung darüber, daß in unserem Land so viel Unfreiheit herrscht“ (A 1). Die Lüge sei zum „Lebensumstand“ geworden, „nicht nur die offizielle Lüge in den Zeitungen und Medien, sondern auch die gesplante Situation, in der jeder leben mußte“ (A 1). „Deshalb wuchs eigentlich auch das Bedürfnis, diese Linie der Lüge zu durchbrechen“ und die Wahrheit auch öffentlich und nicht nur im privaten Kreise zu sagen (A 1). Auch in der Anhörung der Zeitzeugen vor der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ spielte dieses Motiv immer wieder eine Rolle. So erklärt Georg Meusel (1995: 221), Mitinitiator des ersten Friedensseminars in der DDR 1973 in Königswalde, sein gesellschaftskritisches Verhalten aus dem „Leidensdruck, den die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Sozialismus“ in ihm ausgelöst habe. Thomas Ammer (1995: 136) weist ebenfalls auf den „Zwang zur Lüge“ als Motiv widerständigen Verhaltens hin. Und Rudi Molt (1995: 106) meinte: „Dieser Zwang zur Unaufrichtigkeit, der einen das ganze Leben hindurch begleitet, es sei denn, man hatte alle Brücken hinter sich abgebrochen, das war eigentlich für mich das Bedrückendste in der DDR.“ Vgl. auch Schmidt 1995: 186.

das Motiv zum politischen Handeln bildeten. Globale Probleme, etwa die Bedrohung der natürlichen Umwelt oder Ungerechtigkeiten der internationalen Wirtschaftsordnung, wurden dagegen nur von sehr wenigen als Beweggründe für ihr politisches Handeln angegeben (Elvers/Findeis 1990b: 98). Zwar wird in der Literatur immer wieder auf die globalen Probleme als Ausgangspunkt für die Entstehung der politisch alternativen Gruppen hingewiesen (Neubert 1986b), aber nach den von mir durchgeführten Interviews läßt sich diese Annahme nur sehr eingeschränkt bestätigen. Es ist durchaus möglich, daß sich die Motive im Laufe der achtziger Jahre verschoben haben und daß in der Zeit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in der Tat noch mehr globale Probleme im Vordergrund standen. So gibt etwa Eva-Maria Bartl (1995: 194), Mitglied der Friedensgruppe *Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung* in Halle, an, daß der Grund für ihr politisches Engagement „weniger das Leiden unter der SED-Diktatur als die existentielle Bedrohung“ durch den Kalten Krieg gewesen sei. Michael Beleites benennt ebenfalls globale Probleme als Ausgangspunkt für sein politisches Engagement. Er weist auf die Diskussion über die Raketenauflösung von 1982/83 hin, die in ihm das Gefühl, die Welt sei „an den Rand des Abgrunds geraten“, hervorgerufen und Angstgefühle ausgelöst habe (Beleites 1995: 198). Auf die direkte Frage, was zur Verweigerung und zur Ablehnung des DDR-Systems geführt habe, gibt er indes zur Antwort: „Die Verweigerung setzte meist dort ein, wo man sich unmittelbar in seiner Würde verletzt fühlen mußte, wenn man Erwartungen, die an einen herangetragen wurden, entsprochen hätte.“ (Ebd., 234) Die Abwehr entzündete sich also nicht an den großen Problemen der Welt, sondern an der Herausforderung des persönlichen Stolzes durch die politischen Zumutungen des eigenen Systems. Auch wo man sich an globalen Problemen der Friedensbewahrung, des Umweltschutzes oder der internationalen Gerechtigkeit stieß, wurden diese Probleme zumeist DDR-bezogen wahrgenommen. Den Anstoß zum Engagement lieferte der Umgang der DDR-Führung mit diesen Problemen. An den DDR-spezifischen Mißständen rieb man sich. Nicht selten ging es einem, wenn man sich zur Wehr setzte, einfach darum, seine eigene Würde und Integrität zu bewahren - wie im Falle Michael Beleites' (vgl. auch Bierwisch 1995: 100).

Insofern hat die DDR ihre Feinde immer auch selbst produziert. Harmlose Verhaltensabweichungen wie die Verwendung einer Plastiktüte mit westlicher Werbung in der Öffentlichkeit, eine unbedachte pubertäre Äußerung oder das Tragen langer Haare wurden als systemoppositionelles Verhalten verdächtigt. Zuerst mag man es noch für einen schlechten Scherz gehalten haben, daß man deswegen zur Verantwortung gezogen wurde. Dann aber wurde einem klar, daß die Repressionen und Schikanen „system-



matisch“ geschahen und irgend etwas „mit der DDR zu tun haben“ mußten (Kowalczyk 1995b: 218f.). Protestierte man dagegen, so hatte das lediglich einen verstärkenden Effekt. Wie Roland Jahn in der Anhörung der Zeitzeugen vor der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ auf anschauliche Weise beschrieben hat, konnte man der Politisierung seines Verhaltens, wenn man erst einmal auffällig geworden war, nur noch schwer entkommen: „Der kleinste Protest (...) zog einen immer weiter hinein“ (Jahn 1995: 143).

Doch entsteht Protest, wie wir wissen, nicht immer automatisch aufgrund von Repression. Im Gegenteil. Repression kann auch niederdrücken und lähmen. Damit Protest zustandekommt, müssen zur Unterdrückungserfahrung weitere Faktoren hinzutreten. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Außenanregungen, geistige Alternativen, alternative Werte und alternative soziale Zusammenhänge. Viele der Befragten wiesen auf ihre Kontakte zur westdeutschen Friedensbewegung wie überhaupt auf kognitive Einflüsse aus dem Westen hin, etwa auf Bücher oder westliche Medien. Durch diese Orientierung konnte man den eigenen Horizont erweitern und die geistige Enge der DDR-Kultur aufsprengen. Aber auch aus der osteuropäischen Dissidentenbewegung kamen Anregungen (Mehlhorn 1995; Poppe 1998). Unter den Lektüreerfahrungen erwähnten viele der Befragten den Einfluß von Rudolf Bahros „Die Alternative“ auf ihr Denken. Außerdem wurden die Denker der Frankfurter Schule - Adorno, Marcuse (Knabe 1995: 118), Fromm -, aber auch Bloch (Wonneberger 1994: 198) und Autoren aus der antitotalitären Tradition des nicht-ökonomischen Sozialismus der Neuen Linken und der Studentenbewegung genannt (Feldhaus 1993: 106f.). Andere erwähnten den prägenden Einfluß von Oppositionellen wie Robert Havemann oder Wolf Biermann.

Eine große Bedeutung kam aber auch der evangelischen Kirche zu.<sup>151</sup> Auch sie vermittelte den Zugang zu alternativen Wertorientierungen und Inhalten. In ihr wurde ein Stück weit Demokratie praktiziert, Weltoffenheit gepflegt und Individualität zugelassen.<sup>152</sup> Das wirkte anregend auf Men-

151 Insbesondere die kirchlichen Ausbildungsstätten - die kirchlichen Hochschulen und Seminare - waren eine Keimstätte alternativen Denkens (Kleßmann 1993, 1994; Kähler 1996).

152 Marianne Birlhler vom *Arbeitskreis Solidarische Kirche*, die spätere Bildungsministerin von Brandenburg, sagte über die Bedeutung der Kirche für ihr politisches Engagement im Interview vom 23. Januar 1992: „Dadurch, daß ich ehrenamtlich in Kirchengemeinden gearbeitet habe - zunächst ehrenamtlich, später auch beruflich -, habe ich sehr schnell für mich entdeckt, daß diese kirchliche Arbeit, die ich gemacht habe, auch eine sehr politische Dimension hat. Ein Beispiel dafür ist, daß mir zunehmend bewußt geworden ist, daß es politisch außerordentlich bedeutsam ist, daß in den Gemeinden ein relativer Freiraum entsteht, daß Menschen dort miteinander diskutieren können, auch Demokratieerfahrungen machen, freien Meinungsaustausch ohne Zensur haben. Das hatte eine politische Dimension, von der ich meine, daß sie bei den

schon, die sich an den gesellschaftlichen Verhältnissen rieben. Ausschlaggebend für die Bereitschaft zum politischen Engagement war also nicht nur die Erfahrung der Eingrenzung und Beschränkung von Handlungsmöglichkeiten, sondern auch die Erfahrung von Alternativen, von alternativen Ideen, von alternativen Werten, von alternativen sozialen Zusammenhängen (Elvers 1992: 73) - eine Erfahrung, die das Erlebnis der Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten partiell wieder aufhob. In diesem Zusammenhang ist auch auf die anstiftende Wirkung der Arbeit der Gruppen selbst hinzuweisen. Es gab auch einen selbstreferentiellen Rekrutierungsmodus.<sup>153</sup>

Daneben bezeichneten nicht wenige der Befragten als Motiv für ihre Mitarbeit in den politisch alternativen Gruppen den Wunsch, „sich mit Gleichgesinnten über sie bewegende Fragen (...) gesellschaftlicher Art, aber auch bis ins Persönliche hinein austauschen zu können“ (Elvers/Findeis 1990a: 20). Das Bedürfnis nach psychischer und kognitiver Aufarbeitung von angestauten gesellschaftlichen und persönlichen Problemen, das Bedürfnis nach Kommunikation und Verstehen, nach Klärung, Orientierung und wechselseitiger Bestätigung war also ebenfalls ein wichtiger Grund, warum man sich in den Gruppen zusammenfand (vgl. Pollack 1989: 129). Um sich zum Protest zu entschließen, muß man die eigene Lage ja zumindest zu einem bestimmten Grad durchschauen. Dies war in der DDR weitaus schwieriger, als man im nachhinein denkt. Unabhängige Informationsmöglichkeiten waren in starkem Maße eingeschränkt. Die Politiker des Westens fanden sich im Laufe der Jahre immer mehr bereit, den Sozialismus in der DDR als einen anderen Weg in die Moderne anzuerkennen. Die Berichterstattung der westlichen Medien über die DDR war meist ausgesprochen moderat. Außer der Kirche gab es in der DDR keine unabhängigen Institutionen. Bevor man sich zum widerständigen Verhalten in Wahrheit entschließen konnte, war es notwendig „herauszufinden, was ist denn überhaupt die Wahrheit?“ (Kowalczyk 1995b: 214) Um sich darüber Klarheit verschaffen zu können, brauchte man in der Regel andere, die einem auf diesem Weg der Erkenntnis beistanden und einem außerdem darin halfen, die zumeist bestehende Vereinzelung und das Gefühl der Ohnmacht zu überwinden (Meckel 1983: 145). Es ist allerdings zu beachten, daß dieses Bedürfnis nach Kommunikation, Verständigung und Gemeinschaft von den Befragten stets in Verbindung mit dem Streben nach gesellschaftlicher Veränderung gebracht wurde (Elvers/Findeis 1990b: 98). Es ging den Gruppenmitgliedern vorrangig um die Erlangung von politischer Handlungsfähigkeit, nicht um eine auf die Gruppe beschränkte Interaktion (99); anders

Menschen, die so etwas kennengelernt haben, auch Maßstäbe verändert, Maßstäbe, die man dann auch im gesellschaftlichen Bereich anlegt.“ (B 1)

153 Vgl. die oben (S. 90) gemachten Bemerkungen über das Assoziationsprinzip.

Hellmann 1997). Der Sinn ihres Zusammenseins lag außerhalb des Zusammenseins. Auf die Frage, ob es in der Gruppe mehr auf die Gemeinschaftserfahrung oder die zielorientierte politische Arbeit ankam, wurde der politischen Arbeit von den Befragten eindeutig die Priorität eingeräumt (Elvers/Findeis 1990b: 102). Dennoch erfüllten die gemeinschaftlichen Bezüge und Kommunikationen natürlich wichtige Funktionen für die Durchführung der politischen Arbeit.

Sehr viele gaben an, daß ihr politisches Engagement christlich motiviert gewesen sei (Elvers/Findeis 1990a: 73). Für andere hingegen, die sich ebenfalls als Christen bezeichneten, hatte die politische Arbeit nur sekundär etwas mit dem christlichen Glauben zu tun. Ihren Angaben zufolge resultierten ihre politischen Aktivitäten mehr aus der unmittelbaren Betroffenheit durch die brennenden gesellschaftlichen Probleme. Auch diejenigen, die ihr Engagement direkt als christlich motiviert verstanden, leiteten es allerdings nicht unmittelbar aus dem Evangelium, etwa aus bestimmten Aussagen der Bergpredigt ab. Charakteristisch war vielmehr eine allgemeine Bejahung christlicher Werte wie Gerechtigkeit oder Frieden,<sup>154</sup> nicht ein wortwörtliches Ernstnehmen der biblischen Botschaft. Einige der Befragten hielten es nicht für so wichtig, ob es sich bei den Werten, denen sie sich verpflichtet fühlten, um christliche oder humanistische Ideale oder einfach nur um Inhalte der abendländischen Tradition handelte. Manch einer sah auch Übereinstimmungen zwischen Positionen des demokratischen Sozialismus und Aussagen des christlichen Glaubens (74). Bestimmend für das politische Engagement von vielen war also ein allgemeiner ethischer und gesellschaftsutopischer Idealismus, der freilich häufig christliche Züge trug, eine in der Hoffnung auf Veränderung vorgenommene moralisch-politische Wirklichkeitstranszendierung, aber nicht ein an den Aussagen der Bibel orientierter bekennender Glaube (Pollack 1989: 147).

Allerdings beriefen sich die Gruppen nicht selten auf Jesus, der zu seinen Lebzeiten zu den Ausgegrenzten gehört hatte und ebenso wie die Gruppen heute für Menschenwürde, „Güte und Liebe gerade gegenüber dem Schwachen und Unwerten“<sup>155</sup> eingetreten war. Die Gruppen benutzten Zitate aus der Bergpredigt und kirchlichen Papieren. Genauso zogen sie zur Untermauerung ihres Anliegens aber auch Äußerungen von Erich Honecker, Michail Gorbatschow oder Aussagen aus UNO-Dokumenten heran.<sup>156</sup> Der

154 Georg Meusel (1995: 220) sagte, „daß es vor allem der Hunger nach mehr Gerechtigkeit“ gewesen sei, der ihn in der DDR zu seinem gesellschaftskritischen Verhalten motiviert habe.

155 „Warum eine Kirche von Unten?“ Papier der Initiatoren des „Kirchentags von Unten“ vom Juni 1987.

156 Vgl. zum Beispiel die Eingabe des *Friedenskreises Vipperow* an den Staatsrat der DDR gegen die Militarisierung der Gesellschaft der DDR und die praktizierte Sicherheitspolitik: „Erich Honecker hat in seinem Brief an Pierre Trudeau wieder die Überzeugung ausgesprochen, daß

Berufung auf die Bibel kam also vor allem eine legitimatorische Bedeutung zu.<sup>157</sup> Mit der Zitierung von Bibelstellen wollten die Gruppenmitglieder ebenso wie mit der Heranziehung von Gorbatschow- oder Honecker-Zitaten die Berechtigung ihres Engagements unterstreichen. Die Gruppenmitglieder entwickelten nicht ihre weltanschauliche Haltung aus diesen Zitaten, sondern griffen in der Auseinandersetzung mit den kirchlichen bzw. staatlichen Stellen nur selektiv auf sie zurück.<sup>158</sup> Die motivationale Bedeutung des christlichen Glaubens ist folglich von dem legitimatorischen Bezug auf Glaubensaussagen zu unterscheiden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Affinität vieler Gruppenvertreter zu sozialistischen Ideen. Werner Fischer erinnert sich: „Einig waren wir uns darüber, daß der Begriff des demokratischen Sozialismus - wir haben ihn nicht oft gebraucht -, aber daß das, in etwa die Ziele der achtundsechziger Bewegung (...), daß das für uns sehr wichtig war.“ (A 4) Dabei war die Nähe zu sozialistischen Idealen in den einzelnen Gruppen natürlich unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Mitglieder der *IFM* zum Beispiel gingen zu sozialistischen Idealen im Laufe der Zeit immer mehr auf

mehr Waffen nicht mehr Sicherheit schaffen. Das ist uns aus dem Herzen gesprochen.“ (Meckel/Gutzeit 1994: 108) Oder: „E. Honecker hat in einem Interview mit der französischen Wochenzeitschrift *Revolution* auf die Frage: 'Wünschen Sie, daß sich in der DDR die Gewohnheit des 'Streitgesprächs' herausbildet?' geantwortet: 'Ja, wir möchten die Debatte der Gedanken fördern, da sie die Kreativität eines jeden einzelnen und die kollektive Kreativität fördert' (6.1.84).“ So Peter Eisenfeld in einem Papier für einen Gemeindeabend anlässlich der Friedensdekade 1984 (Eisenfeld 1988: 132).

157 Dies wird plastisch deutlich an der Begründung seiner politischen Arbeit, die der *Friedensarbeitskreis Johannstadt* in Dresden 1986 gab: „Beweggründe der Friedensarbeit: Neben der biblischen Motivation, die u.a. in der Bergpredigt Jesu (Matth. 5) ihre Wurzeln hat, ist es unsere Betroffenheit durch 1. Wachsende Militarisierung unserer Gesellschaft; im einzelnen: geistige und ideologische Aufrüstung (Feindbilder), militärische Durchdringung aller gesellschaftlichen Ebenen und Bereiche“ usw. (Eisenfeld 1988: 135).

158 Deshalb ist es überzogen, wie dies einige Theologen tun (z. B. Falcke 1985, 1989; W. Schilling 1992; Neubert 1986b), die politischen Anliegen der alternativen Gruppen nah an Inhalte des christlichen Glaubens heranzurücken. Vgl. etwa W. Schilling 1992: 14: „Die Leute, die in kein herkömmliches Bild von Kirche paßten, entdeckten im Protest ihre Nähe zum Urchristentum. Ihr Ansatz war der historische Jesus.“ „Den Leuten war klar: Wer über Jesus redet, redet automatisch über Politik. Da gab es für sie überhaupt keine Trennung. Diese Trennung in 'geistlich' und 'weltlich' konnten sie nicht verstehen. Wir haben versucht, sie zu überwinden.“ (ebd., 18) Der Subjektwechsel in den beiden letzten Sätzen von „sie“ zu „wir“ zeigt an, daß die Überwindung der Trennung von Geistlichem und Weltlichem vielleicht Schillings Anliegen, aber deshalb noch lange nicht das Anliegen 'dieser Leute' war. Die Differenz zwischen der legitimatorischen und motivationalen Funktion des christlichen Glaubens deutet sich in dem Bericht des Sozial-Ethischen Ausschusses der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (1987: 4) an, in dem es zwar zunächst ganz im Sinne der Außenargumentation der alternativen Gruppen heißt, daß das gesellschaftliche Engagement der Gruppenmitglieder „nicht nur Hobby, sondern die Konsequenz ihres Glaubens und ihrer Nachfolge“ sei, dann aber eingeräumt wird: allerdings komme die Glaubensmotivation der Gruppenmitglieder eher „selten zum Ausdruck“.

Distanz. Andere Gruppierungen wie etwa *Gegenstimmen* oder auch der *Friedenskreis Friedrichsfelde* blieben linken Vorstellungen stärker verhaftet. Ulrike Poppe (1995: 269) meint, daß sich die Mehrheit der Oppositionellen zum Sozialismus bekannte. Auch wenn dies vielleicht zu scharf formuliert ist, so ist doch richtig, daß nicht die Übernahme bürgerlicher Verhältnisse nach westlichem Muster angestrebt wurde und eine starke Neigung zu linken Gesellschaftsvorstellungen bestand. Darauf weist im übrigen auch die Liste der Namen, deren Werke von den Oppositionellen gelesen wurden. Sie enthält lediglich Autoren linksintellektueller Provenienz. Nicht-linke Denker wie Popper, Luhmann, Dahrendorf, Schelsky oder Elias dagegen fehlen.

Angesichts der Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus war die Identifikation mit linken Gesellschaftsidealen aber nur schwer aufrechtzuerhalten. Bei nicht wenigen vollzog sich ein Prozeß der Umorientierung. Als charakteristisch kann hier der Einstellungswandel von Kathrin Walther, Mitglied des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* in Leipzig, gelten. Auf die Frage, warum sie sich der Gruppe angeschlossen hat, sagte sie in einem Interview am 22. Januar 1990: „Meine Idealvorstellungen waren in der 6., 7. Klasse, daß ich später mal in die SED eintrete, und ich war von der Idee des Kommunismus mehr oder minder also sehr begeistert. Ich habe dann FDJ-Sekretär gemacht und habe in dieser Zeit gemerkt, daß die eigenen Ideen und Ideale, die ich dort versucht habe zu entfalten, (...) überhaupt nicht gebraucht wurden, sondern eher ständig gebremst wurden. (...) Ich habe dann dadurch in der Jungen Gemeinde angefangen, aktiv zu arbeiten, und habe dort Zugang zu kirchlichen Gruppen gefunden und fand dort meine Ideale sehr viel mehr verwirklicht als in der FDJ-Arbeit.“ (A 1) Andere hielten trotz der Erfahrung gesellschaftlicher Restriktionen an ihren sozialistischen Idealen fest und steigerten sie möglicherweise sogar zur Utopie eines „dritten Weges“. „Es war eben schwer“, schreibt Wolfgang Rüdtenklau (1992: 12), „Hoffnungen zu haben, wenn man die Realität ungefiltert zur Kenntnis nahm.“ Hoffnungen aber brauchte man, wenn man sich politisch engagieren wollte. Man mußte der Meinung sein, „daß mehr möglich ist“ (Richter 1995b: 99), sonst hätte man sich politisch bald zurückgezogen. Wie der Widerspruch zwischen den eigenen Idealen und der Wirklichkeit auch immer verarbeitet wurde, ohne solche Ideale, waren sie nun christlicher oder sozialistischer Provenienz, war politisches Engagement nicht möglich. Oft wurden gerade diejenigen zu den schärfsten Kritikern des Systems, die seine Ideale ernstnahmen. Das bestätigt auch Thomas Rudolph, *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, Leipzig, der im Interview vom 18. Dezember 1991 meinte, daß sich in den politisch alternativen Gruppen häufig Leute sammelten, „die sich erst als Marxisten empfunden haben und dann mit dem real existierenden Sozialismus gebrochen haben und in die Opposition ge-

gangen sind“ (B 2). Für die Herausbildung politisch alternativen Engagements scheint also einmal eine Orientierung an Werten und Idealen, weiterhin das scharfe Erlebnis gesellschaftlich gesetzter Grenzen, aus dem in der Regel ein unmittelbares Betroffenheitsgefühl resultierte, sowie die Erfahrung von gesellschaftlichen Alternativen konstitutiv gewesen zu sein. Dieses Dreierpaket löste bei vielen offenbar ein Suchen nach Gleichgesinnten, nach Gleichbetroffenen aus, die sich dann in den Gruppen fanden. Dort, wo der einzelne sich zum oppositionellen Engagement entschloß, war er anscheinend nicht länger bereit, die Diskrepanz zwischen äußerer Anpassung und innerer Überzeugung zu ertragen und die Schizophrenie, die die Seelen der Menschen deformierte, mitzumachen. Indem er sich dazu entschloß, hinfort zu sagen, was er dachte, überwand er die von der Mehrheit der Bevölkerung verinnerlichte Spaltung zwischen Denken und Handeln und stellte sich als ungeteilte, ganze Person wieder her. Der Entschluß zum politischen Handeln war insofern auch ein Akt der Konstitution des Ich.

Hinzu kommt, daß bei einigen anscheinend auch Neugier und Erlebnishunger ihre Bereitschaft, sich an der Arbeit der Gruppen zu beteiligen, mit beeinflussten. Martin Schramm von der *Umwelt-Bibliothek* in Berlin berichtete im Interview am 26. Januar 1990, daß der Kommunikationsraum, den die Gruppen boten, in den „Sozialisationsstrukturen der DDR einfach einmalig (war). Da läuft irgendwas ab, was man in der DDR nicht kennt.“ (A 1) „Das hat einfach auch viele Leute angelockt: etwas erleben, Herausfordern von Gesellschaft.“ (Michael Arnold, A 9) Für manch einen stellte die Außergewöhnlichkeit der Gruppenaktivitäten einen Reiz in dem ereignislosen DDR-Alltag dar. Durch die Beteiligung an den Gruppenaktivitäten konnte man Aufmerksamkeit erregen und sich von der breiten Masse der DDR-Bevölkerung unterscheiden.

### 3.3. Zu den politischen Handlungszielen

Die Ziele, die die Gruppenmitglieder mit ihrer Arbeit verfolgten, entsprachen weitgehend den Motivationen ihres politischen Engagements. Waren ihre politischen Aktivitäten vor allem durch den Zusammenprall ihrer gesellschaftlichen Ideale und Wertvorstellungen mit der Repressivität des realsozialistischen Systems motiviert, so ging es ihnen in ihrer politischen Arbeit darum, die erfahrene Entmündigung zu überwinden, den aufrechten Gang zu probieren, Autonomie herzustellen und die erstarrten Verhältnisse aufzubrechen. Die Aktivitäten der alternativen Gruppen zielten nicht auf den Sturz des DDR-Systems. Daß die Abschaffung der DDR ein illusori-

ches Unterfangen war, war der DDR-Bevölkerung seit dem 17. Juni 1953 klar und wurde durch die Ungarnereignisse von 1956 und die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 noch einmal untermauert. Die Formulierung der politischen Ziele der Gruppen bewegte sich am Rande der Legalität, aber die Gruppen wollten die rechtlich gegebenen Bedingungen in der DDR eher ausschöpfen als durchbrechen (Neubert 1997; vgl. auch Mobiles Friedensseminar in Mecklenburg 1985: 193). Sie suchten nach legalen Möglichkeiten der Veränderung der Gesellschaft (Meusel 1995: 221). Insofern kann man sagen, daß die politisch alternativen Gruppen in der Formulierung ihrer Zielvorstellungen die gegebenen Grenzen der Umsetzbarkeit ihrer politischen Ziele immer schon mit berücksichtigten. Offensichtlich ist es sehr schwer, längere Zeit an Handlungszielen festzuhalten, die kaum realisierbar sind. Dies ist ein Grund, warum die alternativen Gruppen auch nicht die Einführung der parlamentarischen Demokratie oder der Marktwirtschaft anstrebten. Dies wäre nur um den Preis der Abschaffung der DDR möglich gewesen - ein völlig utopisches Ziel. Außerdem hätte man sich mit einer solchen Zielstellung auf die Position des 'Klassenfeindes' begeben und sich damit jeder Chance beraubt, ernstgenommen zu werden und politisch etwas zu erreichen. Auch deshalb kam eine solche Zielformulierung nicht in Frage, ganz abgesehen davon, daß viele der Gruppenmitglieder die DDR als ihren politischen Wirkungsraum bejahten und ihre Abschaffung gar nicht wünschten.

Falsch aber ist es zu behaupten, die politisch alternativen Gruppen hätten an der Demokratisierung und Pluralisierung der Gesellschaft oder an der Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse kein Interesse gehabt (Jander 1995b: 298ff.). Freilich gab es einige Gruppen, die ein eher harmonistisches Gesellschaftsbild vertraten. So sprachen sich etwa die *Initiativgruppe Leben* in Leipzig oder der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* für Basisdemokratie und für identitäre Demokratie ohne Stellvertreterschaft aus, verlangten Solidarität, herrschaftsfreie Strukturen und partnerschaftliche Kommunikation in der Gesellschaft, verstanden also die Sozialbeziehungen in den kleinen Gruppen als vorbildlich für die Gesellschaft und erstrebten insofern ein hohes Maß an gesellschaftlicher Homogenität (Feldhaus 1993: 118). Andere hingegen akzeptierten die Heterogenität der Gesellschaft, bejahten Staat und Recht und forderten nur die Demokratisierung und Liberalisierung des politischen Systems, also etwa die Teilung der Gewalten und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, so etwa die *Demokratische Initiative* in Leipzig (Feldhaus 1993: 115ff.) oder die *Initiative für Frieden und Menschenrechte* in Berlin. Die Gesellschaftsvorstellungen waren in den einzelnen Gruppierungen durchaus unterschiedlich. In jedem Falle aber ging es ihnen, zumindest in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, um die Demokratisierung und

Pluralisierung der Gesellschaft. Und wohl noch eine Vorstellung hätten die meisten Gruppen, vielleicht mit Ausnahme einiger Menschenrechtsgruppen, akzeptiert: daß es nötig ist, die Demokratie von unten zu entwickeln, auf politische Monopolisierungen zu verzichten und eine solidarische Gesellschaft aufzubauen. In der als Identifikationspapier bekannt gewordenen Konsenserklärung der Basisgruppen „Teilhabe statt Ausgrenzung“, das 1988 auf dem landesweiten Gruppentreffen *Frieden konkret* vorgestellt wurde, heißt es denn auch: „Die Gruppen fordern die pluralistische, demokratische und dezentralisierte Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR.“ (Tschiche 1988: 2; vgl. auch Mitter/Wolle 1990: 57) Es mag durchaus sein, daß sie sich in ihrer Abwehr staatlicher Ansprüche gegen staatliche Strukturen überhaupt aussprachen. Dies bedeutete aber nicht einen Verzicht auf die Demokratisierung der Gesellschaft, sondern nur eine Distanzierung gegenüber der Einführung formalisierter Verfahren der Demokratie westlichen Zuschnitts. Mit ihrer Ablehnung staatlicher Strukturen und der Idealisierung herrschaftsfreier kommunikativer Räume reagierten sie auf die Überregulierung des DDR-Systems, was angesichts der leidvollen Erfahrungen, die sie mit der Repressivität des überorganisierten DDR-Systems machen mußten, verständlich ist. Auch wenn manche der gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gruppen unklar und diffus, ja utopisch waren, ist an ihrer demokratischen Orientierung nicht zu zweifeln. Die Gruppen waren mehr eine Reaktion auf die Entmündigung und Unterdrückung in der Gesellschaft sowie auf die Inaktivität und Angepaßtheit der Bevölkerung als eine Aktion für die Schaffung einer anderen Gesellschaft. Wenn ihre Zielvorstellungen diffus blieben, so weist dies noch einmal darauf hin, wie schwer es ist, deutlich bestimmte Ziele zu entwickeln, wenn sich nicht absehen läßt, ob man sie gesellschaftlich verwirklichen kann oder nicht.

Im Vordergrund der politischen Aktivitäten der alternativen Gruppen stand also die Herstellung von Öffentlichkeit, Demokratie und Pluralismus in der DDR. Viele der Interviewten sprachen darüber hinaus Probleme der Menschenrechte und der Rechtssicherheit an (Elders/Findeis 1990b: 99). Globale Themen wie Weltwirtschaft oder Ökologie besaßen demgegenüber nur eine untergeordnete Bedeutung. Dort, wo die Befragten auf sie zu sprechen kamen, stellten sie nicht selten sofort einen Bezug zu den DDR-spezifischen Problemen her, so wenn sie auf den engen Zusammenhang zwischen dem Erhalt des Friedens in der Welt, der Bewahrung des inneren Friedens und der Achtung der Menschenrechte aufmerksam machten.<sup>159</sup> Die Verbindung von einzelnen thematischen Anliegen, vor allem des zentralen

<sup>159</sup> Die Betonung dieses Zusammenhangs lag dem politischen Ansatz der *Initiative Frieden und Menschenrechte* zugrunde (vgl. Hirsch.1988; Templin/Weißhuhn 1991)

Demokratisierungsanliegens, mit anderen Themen, etwa dem Thema Bildung und Erziehung, war charakteristisch für die Zielorientierung der Gruppen. Viele Gruppen beschäftigten sich mit mehreren Themen, etwa mit Umwelt, Frieden und Menschenrechten gleichzeitig.<sup>160</sup> Manche Gruppen wechselten auch im Laufe ihrer Geschichte von einem zum andern Thema. Deshalb ist es nicht sinnvoll, die Friedens-, die Umwelt-, die Gerechtigkeits- und die Frauengruppen getrennt voneinander zu behandeln. Selbst der Staatssicherheit fiel auf, daß die Gruppen „sehr vielseitig orientiert (sind), so daß eindeutig und ausschließlich auf konkrete Stoßrichtungen (z.B. auf die Politik in Umweltfragen) ausgerichtete Gruppen relativ selten sind“ (Mitter/Wolle 1990: 57). Wahrscheinlich widerspiegelt sich in dieser Themenüberschneidung die politische Überformung der gesamten Gesellschaft, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßte und in allen Bereichen zu denselben signifikanten Problemkonstellationen führte. Beschäftigte man sich beispielsweise mit Umweltproblemen, so war man schnell bei den verkrusteten politischen Strukturen und von dort beim Thema Entmündigung und Menschenrechte und von dort bei dem Zusammenhang zwischen innerem und äußerem Frieden usw.

Wenn es den Gruppenmitgliedern vor allem um die Veränderung der Gesellschaft ging, dann kann man sagen, daß ihre Handlungsziele kollektiv verfaßt waren. Kollektive Ziele und individuelle Ziele bildeten aber keinen Gegensatz. Charakteristisch war vielmehr, daß sich die Gruppenmitglieder die gesellschaftliche Zielorientierung für ihre individuellen Handlungsvollzüge sehr stark zu eigen machten. Das heißt, die Gruppenmitglieder vollzogen, wie oben bereits erwähnt, die Trennung von privater und offiziell kundgetaner Meinung, von äußerer Anpassung und innerer Verweigerung, diese für die DDR-Bevölkerung charakteristische Ausrichtung auf das Private nicht mit, sondern verbanden ihre individuellen Interessen mit ihren gesellschaftlichen Interessen,<sup>161</sup> ja stellten ihre privaten Interessen hinter ihre gesellschaftlichen Ziele teilweise sogar zurück. Dabei gingen manche Mitglieder der politisch alternativen Gruppen in ihrem politischen Engagement so weit, daß sie ihr ganzes privates Leben in den Dienst der angestrebten gesellschaftlichen Veränderung stellten und sich für die Sache, die sie vertraten, aufopferten. So sagt Kathrin Walther im Interview vom 7. Januar 1992 über ihre politische Arbeit in den Gruppen: „Damals habe ich dafür gelebt, letzten Endes“ (B 7). Diese Arbeit habe sie damals „völlig ausgefüllt“ (B 8).

160 Vgl. zum Beispiel das Infoblatt der *Initiativgruppe Leben*, Leipzig: „Unsere Gruppe versucht, dem Anspruch gerecht zu werden, die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung im Komplex zu bearbeiten.“ (Zit. nach Unterberg 1991: 27)

161 Vgl. den Bericht von Katrin Eigenfeld u.a. (1987: 80) über die Friedensgruppe der Frauen in Halle: „Privates und Öffentliches gehen ineinander über.“

Die Totalisierung des politischen Engagements erklärt sich wohl vor allem aus dem Anspruch der Organisationsgesellschaft DDR auf den ganzen Menschen. Kein Bereich sollte der ideologischen Indoktrination entzogen bleiben und frei von den politischen Steuerungsabsichten der Partei sein. Selbst wenn dieser Anspruch in der politischen Praxis nicht durchgehalten werden konnte und sich im Laufe der siebziger und vor allem der achtziger Jahre immer mehr abschwächte, wurde er theoretisch doch bis zuletzt aufrechterhalten. Diesem Anspruch gegenüber konnte man sich nur entziehen, indem man sich ins Private zurückzog oder seine gesamte Existenz dagegen stellte. Die staatskritischen Gruppen wählten die letzte Alternative. Sie waren durch den von der Gesellschaft ausgehenden Druck so betroffen, daß für sie der private Ausweg nicht mehr in Frage kam. Sie konnten den gesellschaftlichen Druck nur noch bearbeiten, indem sie politisch aktiv wurden. Diese politische Aktivität zog zwangsläufig immer weitere Teile ihrer Existenz in sich hinein, so daß sie ihre privaten Ziele immer mehr den kollektiven Zielen unterordneten.

### 3.4. Zu den Handlungsmitteln

Welche Mittel die Gruppen für die Realisierung ihrer Ziele einsetzen konnten, hing in starkem Maße von ihren Handlungsmöglichkeiten ab. Aufgrund der Besetzung des öffentlichen Raums durch die parteiamtlich instrumentalisierten Instanzen waren die Wirkungsmöglichkeiten der Gruppen äußerst beschränkt. Immer wieder stießen sie in ihren politischen Aktivitäten auf die eng definierten Grenzen des politischen Systems, ohne es doch durch ihre Aktionen sichtbar verändern zu können.

Trotz der staatlich gesetzten Handlungsbeschränkungen kann man jedoch nicht sagen, daß die Gruppen völlig ohnmächtig gewesen wären. Allerdings lagen ihre Handlungsmöglichkeiten fast ausschließlich jenseits des offiziellen Systems, vor allem im Bereich der evangelischen Kirche. Unter dem Dach der Kirche führten die Gruppen Vortragsabende, Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen, Fürbittandachten, Friedensgebete, Workshops usw. durch. Neben der Durchführung eigener Veranstaltungen beteiligten sie sich auch an der Ausgestaltung von Gottesdiensten und Gemeindeabenden, von Kirchen- und Jugendtagen und anderen kirchlichen Veranstaltungen. Darüber hinaus gaben sie, die kirchlichen Vervielfältigungs- und Publikationsmöglichkeiten nutzend, selbstverfaßte gesellschaftskritische Papiere heraus, deren Weitergabe über den Postversand, auf von den Gruppen oder der Kirche durchgeführten Veranstaltungen oder durch Auslage in der

*Umwelt-Bibliothek* erfolgte.<sup>162</sup> Unter dem institutionellen Schutz der Kirche versuchten die Gruppen also, eine Art Gegenöffentlichkeit innerhalb der Kirche zu schaffen.

Gleichzeitig wiesen viele der Gruppenmitglieder jedoch darauf hin, daß ihnen die Kirche als Artikulationsplattform nicht genüge. Die Gruppen strebten über die Mauern der Kirche hinaus, denn es ging ihnen um die Demokratisierung der Gesellschaft, um die Schaffung einer gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit und um die politische Sensibilisierung der Bevölkerung insgesamt. Die Kirche wurde von vielen nur als Notbehelf angesehen, dessen sie zwar bedurften, auf den sie eigentlich aber verzichten wollten. Der Weg aus der Kirche hinaus war jedoch größtenteils verstellt. Nur in relativ seltenen Fällen gelang es den politisch alternativen Gruppierungen, zu staatlichen Stellen Kontakt aufzunehmen, auf öffentlichen Diskussionsveranstaltungen das Wort zu ergreifen oder mit staatlichen Institutionen, etwa dem Kulturbund, zusammenzuarbeiten. In dieser Hinsicht am erfolgreichsten waren Gruppen, die nicht so weitgesteckte politische Ziele verfolgten und ihre Kritik auf gesellschaftliche Einzelphänomene begrenzten, darunter vor allem Umweltgruppen. Obwohl sich die alternativen Gruppen immer wieder darum bemühten, hatten sie mit ihren Versuchen, Kontakt zu Vertretern des Partei- und Staatsapparates herzustellen, in der Regel keinen Erfolg. Eingaben an staatliche Stellen blieben unbeantwortet. Gespräche, um die die Gruppen gebeten hatten, wurden von den Vertretern des Staates abgelehnt. Selbst dort, wo sich die Gruppen auf die gesteuerten und reglementierten Mitarbeits- und Dialogangebote des Staates einließen, wurden sie in aller Regel ausgegrenzt. Nur im Raum der Kirche konnten sie agieren.<sup>163</sup>

Deshalb war es ein wichtiges Ziel ihrer politischen Arbeit, die gegebenen Grenzen des politischen Handelns schrittweise auszudehnen, punktuell

162 Die wichtigsten Untergrundzeitschriften waren der „Grenzfall“, die „Umweltblätter“, „Arche Nova“, „Kontext“, „Aufrisse“ und der „Friedrichsfelder Feuermelder“, alle Berlin. Die Staatssicherheit zählte 1989 25 solcher Blätter (MfS 1989: 58). Tatsächlich waren es aber weitaus mehr (Neubert 1997: 756ff.). Die Auflagenhöhe bewegte sich im Schnitt zwischen 400 und 1.000 Stück. Die höchste Auflage hatte die „Arche Nova“ mit 2.000 Stück.

163 Als Beleg sei eine Aussage von Michael Frenzel, Mitglied des *Freundeskreises Wehrdienstotaverweigerer*, zitiert. Auf die Frage, ob seine Gruppe auch versucht habe, die Leute außerhalb der Kirche anzusprechen, antwortete er: „Ja, das ist ja nun wirklich sehr kompliziert nur möglich gewesen. Also, wir haben alle Veranstaltungen im Bereich der Kirche genutzt. Das heißt also Friedenswerkstatt, Jugendveranstaltungen, Jugendtage, alles, was in diesem Bereich, Kirchentag, alles, was so einigermaßen Öffentlichkeit hatte, haben wir genutzt. Wir haben auch alle vom Staat angebotenen politischen Aktivitäten, wie zum Beispiel diese Gesprächsrunde zur Entmilitarisierung, eine zur atomaren Abrüstung, zu der damals Erich Honecker eingeladen hatte, da haben wir uns selbstverständlich als Gruppe angeboten. Also, das war dann schon eine Aktivität über den Bereich Kirche hinaus. Daß wir da nicht zu Wort kamen, erklärt sich von selbst. Aber wir haben es auf jeden Fall versucht. Andere Möglichkeiten gab es ja damals de facto nicht.“ (Interview vom 25. Januar 1990, A 3)

den öffentlichen Raum zu erobern, durch überraschende Aktionen in den staatlichen Institutionen präsent zu sein oder subversiv in sie hineinzuwirken. Doch was waren die geeigneten Mittel, um dieses Ziel zu verwirklichen? War es ausreichend, Papiere herzustellen und über kirchliche Kanäle zu vertreiben, zu Veranstaltungen in Kirchenräumen öffentlich einzuladen und Seminare durchzuführen? Die Herstellung und Verbreitung von Samisdat-Zeitschriften sowie die Organisation von öffentlich zugänglichen Veranstaltungen in der Kirche waren zweifellos die beiden wichtigsten Formen zur Erzielung öffentlichkeitswirksamer Effekte. Aber genügten sie? Blieb man mit ihnen nicht auf das kirchliche Einzugsgebiet, ja letztendlich auf den Kreis der kirchlich Aktiven begrenzt? Mußte man, um die gesamte Bevölkerung zu erreichen, nicht zu provokanteren Handlungsmitteln greifen und zum Beispiel auch Demonstrationen durchführen?<sup>164</sup>

Diese Frage war in der Gruppenszene stets umstritten. Grundsätzlich muß hier zwischen zwei verschiedenen Positionen unterschieden werden. Die Protestler, die mittels spektakulärer Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit erzielten und mit ihren Provokationen Zeichen für die Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels setzen wollten (Wielgoß/Schulz 1995: 1971), verfolgten eine mehr konfrontative Strategie. Sie hielten es nicht für möglich, die Gesellschaft schrittweise von unten her zu verändern, sondern wollten sie wachrütteln und herausfordern, um sie auf diese Weise zu Veränderungen zu zwingen. Die Aufklärer und Mahner, die durch kontinuierliche thematische Arbeit, durch Informationsveranstaltungen und Diskussionen einen Bewußtseinswandel in der Gesellschaft anstrebten, setzten hingegen stärker auf eine Strategie der Diffusion. Ihnen kam es darauf an, nach und nach gesellschaftliches Terrain zu gewinnen, weil sie davon ausgingen, daß sich durch permanenten sanften Druck gesellschaftlich etwas bewegen ließe.<sup>165</sup> Während viele Vertreter der protestativen Gruppen wie der *Initiativgruppe Leben* oder des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* in Leipzig meinten, daß nur mit unmittelbar politischen Aktionen Veränderungen in der Gesellschaft erreicht werden könnten, lehnten die meisten Gruppenmitglieder Demonstrationen ab, da sie nur zur weiteren Kriminalisierung der Gruppen und letztendlich zur Gefährdung ihrer Arbeitsmöglichkeiten führen würden. Obwohl viele Gruppen gegenüber Demonstrationen als politischer Aktionsform prinzipiell positiv eingestellt waren, verzichtete die Mehrheit von ihnen praktisch auf die Teilnahme an Demonstrationen sowie auf deren Or-

164 Nie war klar, bis wohin man ungestraft gehen konnte. Man mußte die Grenzen austesten, denn natürlich wollte man „so weit wie möglich gehen“ (Richter 1995b: 100).

165 Anstelle der Unterscheidung von Protestlern und Mahnern habe ich früher von aktionistischen und thematisch orientierten Gruppen gesprochen (Pollack 1989: 131ff.) - eine Unterscheidung, die analog gebildet ist.

ganisation (Elvers/Findeis 1990a: 42). Die Gründe für diesen Verzicht erläutert Michael Frenzel folgendermaßen: „Wir haben damals keine Demonstrationen durchgeführt oder dazu aufgerufen, weil wir gesagt haben, wir wollen nicht durch Bestrafung unserer Person das eigentliche Anliegen (die Hilfe für Wehrdiensttotalverweigerer - D.P.) überlagern. Wenn wir also Ideen gehabt hätten - es hat möglicherweise nur an Ideen gefehlt -, an die Öffentlichkeit mit demonstrativen Aktionen zu treten, ohne dabei bestraft zu werden und dann als Märtyrer so hingestellt zu werden, dann hätten wir das (...) damals (...) gemacht.“ (A 10) Ähnlich argumentiert Ludwig Mehlhorn vom *Initiativkreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung*, Berlin: „Wir sind nicht Demonstrieren gegangen, wir haben uns nicht auf den Alex gestellt. Dann wären wir sofort weg gewesen. Wir haben (...) sozusagen eine Taktik versucht, die uns schwer kriminalisierbar macht.“ (A 7) Diese Zitate zeigen, auch die Gruppen, ganz gleich, ob sie nun mehr protestativ oder mehr paränetisch orientiert waren, handelten unter bestimmten gesellschaftlichen Zwängen und waren um der Verfolgbarkeit ihrer Interessen willen bereit, diese Zwänge zu reflektieren und in ihrem Handeln zu berücksichtigen. Sie stellten das eigene Handeln auf die Grenzen der gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten ein und verhielten sich insofern zweckrational oder instrumentell.

Gleichzeitig aber waren sie natürlich nicht willens, ihre politischen Handlungsabsichten gänzlich von den politischen Opportunitätsstrukturen abhängig zu machen. Weder wollten sie sich mit ihren politischen Aktivitäten selbst schädigen, so daß sie auf illegale Aktionen verzichteten, noch wollten sie ihre politischen Ziele preisgeben und so wie die Mehrheit der Bevölkerung nur noch Kosten/Nutzen-Erwägungen folgen. Sie waren bereit, für den Verfolg kollektiver Güter privat zu investieren, aber sie überlegten zugleich, ob dies zweckdienlich war und sich ein Effekt damit erzielen ließ. So bewegte sich ihr politisches Engagement stets in der Spannung zwischen Handlungsantrieb und Wirklichkeitssinn, zwischen Motivationsüberschuß und Rationalität. Aus dieser Spannung erklärt sich, daß die Gruppen einerseits zwar Demonstrationen mehrheitlich prinzipiell bejahten, aber nur selten auch wirklich Demonstrationen durchführten, daß sie einerseits zwar provokative Handlungen begingen, andererseits aber die Gesetze einhalten wollten, daß sie zwar staatskritisch eingestellt waren, sich aber selbst größtenteils nicht als Opposition verstanden (Elvers/Findeis 1990a: 50), daß sie zwar den Führungsanspruch der SED verwarfen, sich aber öffentlich oft nicht gegen ihn aussprachen. Darüber hinaus war es, wollte man die Bevölkerung ansprechen und für sich gewinnen, auch ein Gebot der Klugheit, den Staat nicht frontal anzugreifen und die eigene Protestbereitschaft zu mäßigen. Der Verzicht auf Fundamentalopposition war insofern eine wichtige

Voraussetzung für das stetige zahlenmäßige Wachstum der alternativen Gruppen, denn er erschwerte der SED deren Kriminalisierung und Marginalisierung (Knabe 1995: 87).

Charakteristisch für den Protest in der DDR war jedenfalls eine Mischung aus Anpassung und Abweichung: die kalkulierte Normübertretung, der dosierte Widerspruch, die doppeldeutige Abweichung, die auch als harmlose Unachtsamkeit oder gar als staatsfreundlicher Akt gewertet werden konnte. Man zitierte Äußerungen des SED-Generalsekretärs und brachte seine Kritik im Gewand der Zustimmung zur offiziellen Linie der Partei vor, man berief sich auf die Inschrift eines Mahnmals, das die Sowjetunion der UNO geschenkt hatte, man führte nicht genehmigte Volkstänze auf dem Marktplatz auf und gab dies als einen Ausdruck der Lebensfreude der werktätigen Bevölkerung aus, man lud im Anschluß an die Kommunalwahl zu einer Wahlparty ein, als wollte man den Erfolg der Kandidaten der Nationalen Front feiern, man führte eine Baumpflanzaktion durch und gab vor, damit nichts anderes zu bezwecken, als die Straßen der Stadt zu verschönern, man verteilte Kraniche aus Papier in der Stadt und bat die Bevölkerung, sie an die Regierung zu senden, man traf sich zum Open-Air-Frühstück auf dem Markt und gab sich empört, wenn man polizeilich zugeführt wurde, man stand nach dem Leipziger Friedensgebet Montag für Montag rauchend und schwatzend vor der Nikolaikirche und bestritt energisch jede demonstrative Absicht, nicht man selber, nein, die Polizei sei es, die die Konfrontation herstelle. Auch in den seit Mitte der achtziger Jahre durchgeführten stillen Kerzendemonstrationen vor den Kirchen drückte sich dieses Bemühen um die kalkulierte Abweichung aus.

Manchmal nahmen die Formen des gedämpften Protestes geradezu schwejkhafte Züge an. So protestierte eine unabhängige Initiative 1975 in Jena gegen den Offiziersputsch in Portugal, was inhaltlich durchaus im Sinne des SED-Regimes lag, allerdings nicht von ihm veranlaßt worden war. Sie führte eine Unterschriftenaktion vor der Volksbuchhandlung durch, auf der Singeklub-Lieder, aber auch Biermann-Songs zu hören waren, ließ die Bevölkerung die vorbereiteten Protestzettel unterschreiben, ja bat sogar die SED- und FDJ-Kreisleitung um ihre Unterschrift, bis sich herausstellte, daß es sich um eine nicht zentral organisierte Aktion handelte, und das sich loyal gebende Treiben unterbunden wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatten freilich bereits 3.000 Personen, auch die SED- und die FDJ-Kreisleitung ihre Unterschrift unter den nicht genehmigten Protestaufruf gesetzt (Auerbach 1995: 160). Georg Meusel wiederum erstattete, nachdem die Polizei 1982 bei vielen Jugendlichen das Abtrennen der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ erzwungen hatte, Strafanzeige gegen Unbekannt aufgrund des Paragraphen 222 des Strafgesetzbuches der DDR, der das Wegnehmen von

Symbolen anderer Staaten in der Öffentlichkeit mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren belegte (Meusel 1995: 223). Und Roland Jahn fuhr 1980 wochenlang mit einer polnischen Fahne, auf der die im „Neuen Deutschland“ abgedruckte offizielle Staatslosung „Solidarität mit dem polnischen Volk“ auf Polnisch zu lesen war, durch die Straßen Jenas, bis der „Spiegel“ einen Bericht über ihn veröffentlichte und er verhaftet wurde (Jahn 1995: 145). Immer wieder versuchten die Mitglieder der politisch alternativen Gruppen, den Staat mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. Noch im öffentlichkeitswirksamen Protest schmiegt sie sich an die normativen Erwartungen des politischen Systems der DDR an und vertraten die eigenen politischen Anliegen auf eine Weise, die es der Staatsmacht schwer machte, ihnen staatsfeindliche Absichten zu unterstellen.

Schon vor 1989 wurde diese Form des Protestes unter den Begriff „symbolische Aktionen“ gefaßt. Diese Bezeichnung ist nicht ganz unzutreffend, denn wenn Symbolisierung den Zusammenschluß zweier unterschiedlicher Wirklichkeitsbereiche meint, dann ist damit ein wichtiges Kennzeichen der symbolischen Aktionen erfaßt. In ihnen vollzieht sich die Verbindung des Politischen mit nichtpolitischen Handlungsmitteln. Den Bereich des Politischen, also den Bereich der Öffentlichkeit, konnten die politisch alternativen Gruppen nicht betreten. Also mußten sie, um ihre politischen Anliegen zur Geltung zu bringen, sie verkleiden. Sie veranstalteten Volkstänze auf dem Marktplatz, pflanzten Bäume, führten ein Theaterstück auf, hielten Seminare oder standen scheinbar absichtslos an unpassenden Stellen herum. Sie bewegten sich im Bereich von Unterhaltung, Stadtverschönerung, Kunst, Wissenschaft oder Alltagsverhalten, aber meinten den politischen Bereich doch immer mit und verbanden auf diese Weise Politik und Nichtpolitik miteinander. Gleichzeitig handelte es sich bei diesen Aktionen aber auch insofern um symbolische Aktionen, als sie keine Maßnahmen zur Verbesserung eines Mißstandes waren, sondern nur eine Form des ungezielten Protests. Der Volkstanz änderte nichts an der Repressivität des Systems, und auch die polnische Fahne am Fahrrad konnte nicht ein anderes Verhältnis zur Solidarnosc-Bewegung bewirken, ebenso wenig wie die Kerze die Verhafteten aus dem Gefängnis zu holen vermochte. Dies war den Akteuren vollkommen klar. Der symbolische Protest bedeutete in gewisser Weise bereits den resignativen Verzicht auf die strukturelle Veränderung der Gesellschaft. Zugleich aber war er doch auch eine Form, sich mit den gegebenen Verhältnissen nicht abzufinden und das Nichteinverständnis öffentlich vorzuzeigen. Selbst dann, wenn die durchgeführten Aktionen konkrete, zum Beispiel umwelterhaltende Effekte hatten, waren sie oft nur als politische Provokation gemeint.<sup>166</sup> Man griff in das System nicht direkt

166 Auf einer Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung am

ein, aber man markierte Differenz,<sup>167</sup> erzielte dadurch Aufmerksamkeit und adressierte damit den Protest an jene, die für die Strukturen der Gesellschaft Verantwortung trugen.<sup>168</sup> Insofern waren die symbolischen Aktionen ein genauer Ausdruck der oben beschriebenen Spannung zwischen Handlungsantrieb und Handlungsbegrenzung.<sup>169</sup> In ihnen widerspiegelte sich zum einen das Wissen um die Eingeschränktheit der individuellen Handlungsmöglichkeiten, zum anderen aber auch der Versuch, diese Handlungsbeschränkungen zu durchbrechen. Die symbolischen Aktionen treten also zu den mehr oder weniger gegebenen Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Kirche und zu den Versuchen, durch inoffizielle Veröffentlichungen und allgemein zugängliche Veranstaltungen auch die außerkirchliche Öffentlichkeit anzusprechen, hinzu. Mit ihnen versuchten die alternativen Gruppen, ihre Spielräume schrittweise zu erweitern und die Toleranzgrenze des Staates abzutesten.

Wie bereits erwähnt, fiel dabei der Protest umso maßvoller aus, je weniger weitreichend die alternativen Gruppen ihre gesellschaftlichen Veränderungsziele formulierten. Die Umweltgruppen zum Beispiel wollten in der Regel nicht die Gesellschaft im ganzen verändern, sondern griffen häufig nur bestimmte politische Entscheidungen an. Ihre Kritik zielte nicht vorrangig auf die Form der politischen Machtausübung, vielmehr bewegten sich ihre Vorstellungen mehr auf dem Pfad der Reformierung der bestehenden Gesellschaft unter weitgehender Akzeptanz der spezifischen Machtverteilungsverhältnisse (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 172f.). Es ist charakteristisch für die Umweltgruppen, daß sie bereit und in der Lage waren, mit staatlichen Stellen, zum Beispiel mit der 1980 im Rahmen des Kulturbundes gegründeten *Gesellschaft für Natur und Umwelt*, zusammenzuarbeiten, daß sie Kontakte zu Umweltafachleuten aus dem staatlichen Bereich aufbauten und insgesamt - wie unsere Befragungen ergaben - weitaus mehr Handlungsmöglichkeiten in der Gesellschaft sahen als andere Gruppen. Sie schätzten auch die Wirkungsmöglichkeiten in der Kirche nicht so gering ein wie andere Gruppen, sondern nutzten die kirchlich gegebenen Freiräume für die Veranstaltung von Grünen Abenden und Umweltgottesdiensten, für die

21.10.1998 sagte Günter Nooke, *Ökumenischer Friedenskreis der Region Forst*, über die umweltfreundlichen Aktionen seiner Gruppe: Natürlich ging es uns nicht darum, die Mülldeponie aufzuräumen, sondern wir wollten die Öffentlichkeit aufrühren.

167 Es ging darum, „diese Hoffnung und diesen Drang nach Freiheit oder nach Veränderung zu artikulieren“, „überhaupt etwas rauszuschreien“, gleichsam „aus der Reihe zu tanzen“, so Thomas Kitlas vom *Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer* in Berlin im Interview 26.1.1990 und vom 7.12.1991 (A 3; B 15f.).

168 Luhmann sieht darin ein Kennzeichen jeglichen Protests: Beim Protest handelt es sich um Kommunikationen, die „an andere adressiert sind und deren Verantwortung anmahnen“ (Luhmann 1991: 135).

169 Vgl. oben S. 158.



Durchführung von ABC-Seminaren zum Umweltschutz, von Aktionen wie „Mobil ohne Auto“ oder von Fahrraddemonstrationen, für die Herausgabe von Umweltzeitschriften, die Erarbeitung von Situationsanalysen, das Studium von ökologischer Literatur usw.<sup>170</sup> In ihren Äußerungen verzichteten sie oft auf das grundsätzlich weltverbessernde Pathos anderer alternativer Gruppen und bevorzugten einen sachorientierten Arbeitsstil. Da ihre politischen Ziele nicht so weitgesteckt waren, nahmen die Umweltgruppen nicht nur mehr gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten wahr, sondern boten außerdem auch nicht so viele Angriffspunkte für staatliche Eingriffe (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 171).

Was aber tat man, wenn einem die in der Kirche gegebenen Handlungsmöglichkeiten zu eng waren, wenn man sich nicht mit den begrenzten Kontakten zu staatlichen Stellen zufrieden geben konnte und auch die symbolischen Protestaktionen für unzureichend ansah? Was tat man, wenn man einerseits so betroffen war durch die Zustände der Gesellschaft, daß es einen drängte, die als unerträglich empfundenen Zustände zu verändern, dabei aber immer wieder die Erfahrung machen mußte, daß man kaum Handlungsmöglichkeiten besaß, die eigenen Ziele durchzusetzen?

Angesichts der Erfahrung ständiger Unterdrückung und Bevormundung entstand bei manchen die Neigung zu expressiven Protesten und konfliktverschärfenden Aktionen oder aber - scheinbar im Gegensatz dazu stehend - zum konspirativen Handeln. Es ist auffällig, daß gerade diejenigen eine Bereitschaft zur Konspiration zeigten, die auch die radikalsten gesellschaftskritischen Positionen vertraten. Für sie war der Widerspruch zwischen Handlungsmotivation und Handlungsmöglichkeit offenbar so groß, daß sie sich bereit fanden, Mittel der Zielverwirklichung - konspirative Handlungsformen - zu wählen, die ihrem Ziel - der Herstellung von Öffentlichkeit und Demokratie - zuwiderliefen (vgl. Pollack 1992: 228). Die Wahl solcher Mittel war für sie anscheinend eine Möglichkeit, an der Verfolgung ihrer Ziele festzuhalten und zugleich den Konflikt mit der Staatsmacht zu vermeiden. Häufig bemühten sich die Gruppen, je mehr sie an gesellschaftsinterne Mobilisierungsgrenzen stießen, auch um die Mobilisierung der westlichen Öffentlichkeit. Sie versuchten, Kontakte zu westlichen Journalisten herzustellen und über sie Einfluß auf die Verhältnisse in der DDR auszuüben. Allerdings war dieser Ausweg zweiseitig, da oft verstärkte Repression die Folge westlicher Berichte war. Die 'Protestler' unter den alternativen Gruppen freilich wollten genau dies.

Andere Möglichkeiten, mit dem Widerspruch zwischen politischen Zielvorstellungen und gesellschaftlichen Zielverwirklichungschancen umzuge-

170 Vgl. das Interview mit Gisela Kallenbach, *Arbeitsgruppe Umweltschutz*, Leipzig, vom 30. Januar 1990 (A 3f.).

hen, waren der Verzicht auf das politische Engagement und der Rückzug ins Private.<sup>171</sup> Manch einer meinte auch, daß es ausreichen würde, das Thema des politischen Engagements zu wechseln und von einer Gruppe in eine andere zu gehen. Ein anderer meinte, man dürfe den Prozeß der Veränderung, der bereits im Gang sei, nicht durch zu hoch geschraubte Forderungen stören und der staatlichen Seite nicht zu viel zumuten.<sup>172</sup> Wieder ein anderer hielt gerade die kalkulierte permanente Überforderung der staatlichen Organe für ein wirksames Mittel, Veränderungen zu erreichen. Und manch einer gab die Hoffnung ganz auf und stellte einen Ausreisantrag.<sup>173</sup> Typisch war auch die Verkleinerung des sachlichen Problems von einem gesellschaftlichen Problem zu einem privaten, indem man die Aufforderung an die Gruppenmitglieder ergehen ließ, zunächst sich selbst zu ändern, bevor man die Gesellschaft verändern wolle, also zum Beispiel erst Friedfertigkeit im kleinen Kreise einzuüben, bevor man den großen Frieden von der Gesellschaft verlange.<sup>174</sup> Und noch zwei weitere Formen, mit den mangelnden politi-

171 Davon berichtet die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin am 16. Februar 1988. Sie spricht von „Enttäuschung und Ratlosigkeit“, die sich nach der Verhaftung und Abschiebung von einigen ihrer führenden Repräsentanten unter den Mitgliedern der *Initiative Frieden und Menschenrechte* breit gemacht haben soll. Die Gruppierung sei „aktionsunfähig“, die Haltung der meisten sei „abwartend“, die Herausgabe eines neuen „Grenzfall“ sei ungewiß, da sich eines ihrer führenden Mitglieder „auf sein Grundstück zurückgezogen hat“ (zit. nach Rüdten-Klau 1992: 239f.).

172 Dies war ein wichtiges Argument, mit dem die *Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* von der Bundessynode 1987 in Görlitz abgelehnt wurde. Vgl. Aufrisse 1987: 6.

173 Aus Widerspruch konnte Abwanderung oder auch Rückzug folgen, wenn der Widerspruch über lange Zeit erfolglos praktiziert wurde. Das heißt, voice und exit stehen nicht nur in einem Alternativverhältnis. Es hängt von den Außenbedingungen ab, wie sich der Zusammenhang gestaltet. Wenn die Gesellschaftsverhältnisse sehr restriktiv sind, dann folgt aus einer Erhöhung der Abwanderungsbarriere nicht unbedingt eine Erhöhung des systeminternen Widerspruchspotentials, sondern möglicherweise auch seine Einschränkung.

174 Ein charakteristisches Beispiel für diese Privatisierungstendenz stellt die Rede von Ludwig Drees vom Stendaler *Dom-Friedenskreis* vor der 1. Vollversammlung der Ökumenischen Versammlung vom 12. -15. Februar 1988 in Dresden dar. Angesichts der Unzahl von gesellschaftlichen Problemen, angesichts von Hungerkatastrophen, Krieg und Naturzerstörung, von Ungerechtigkeit und Unterdrückung, auch im eigenen Lande, stelle sich die Frage: Wer sind wir selbst? „Meine Erfahrung (...) ist die, daß Veränderung möglich ist, aber nicht gewagt wird. Wir können uns verändern, aber wir wollen nicht, weil wir Angst vor Veränderung haben. Und die Frage: 'Wer sind wir selbst in diesen Herausforderungen?' können wir in diesem Zusammenhang so beantworten: Wir sind Menschen, die sich selbst nicht verändern wollen, weil sie dann auftretende Ängste fürchten. Damit sind wir jetzt bei uns selbst.“ „Erneuerung (ist) zuerst innen.“ „Der Vorrang der Selbsterfahrung vor Anklage und Aggression“ „Bei sich selber anfangen“ „Meine Beziehungen sind geprägt durch Macht und Geltung. Das, was ich anderen vorwerfe, mache ich selbst“ „Umkehr heißt: Auseinandersetzung mit dem eigenen Dominanzstreben.“ usw. (Drees 1988: 20ff.) Die Privatisierung gesellschaftlicher Probleme findet sich durchaus nicht nur bei Drees, sondern war ein verbreitetes Argumentationsmuster in den alternativen Gruppen, welches sie wohl aus dem kirchlichen Raum übernahmen, in welchem ebenfalls nicht selten die individuelle Schuldzuweisung an die Stelle der Thematisierung gesellschaftlicher Probleme trat (vgl. Pollack 1994: 325ff., bes. 329f.). In den Arbeitsmateria-

schen Handlungsmöglichkeiten umzugehen, seien angeführt: die Schaffung eines Ersatzgegners und die Herstellung einer Ersatzöffentlichkeit. Den Ersatzgegner hatte nicht selten die Kirche abzugeben. Da der Staat auf die Provokationen, Eingaben, Kritiken entweder gar nicht oder nur mit Ablehnung reagierte, attackierte man nicht selten die Kirche, auf die man mit seinen Angriffen eine wahrnehmbare Wirkung ausüben vermochte. Als Ersatzöffentlichkeit fungierte neben der Kirche vor allem die Gruppenszene selbst. Es waren die konkurrierenden Gruppen, bei denen man Aufmerksamkeit und Anerkennung gewinnen wollte.<sup>175</sup> Was innerhalb der Gesellschaft im Großen ausgeschlossen war, das war doch innerhalb der Gruppenszene möglich: daß man sich eine bestimmte Reputation erwarb. Sehr oft war den einzelnen der Ruf in der Gruppenszene wichtiger als die Inangasetzung wirklicher gesellschaftlicher Veränderungen. Daraus erklärt sich manche aufsehenerregende Aktion, mit der keinerlei oder nur negative Effekte zu erzielen waren. Das Klima in den Gruppen spornte zu spektakulären Aktionen an. Wirkliche gesellschaftliche Veränderungen erreichen zu wollen, galt indes vielfach als illusorisch.

Die Reaktionen auf die Handlungsbeschränkungen der Gesellschaft fielen also ganz unterschiedlich aus. Sie konnten in der Zielzurücknahme, in der Zielveränderung, in der Mittelverkehrung, in der Ersatzauseinandersetzung, aber auch in der Verschiebung der Aktivitäten von der sachlichen Dimension in die soziale oder private bestehen. Interessant ist, daß sich eine Verschiebung in die Zeitdimension, etwa in Form überzogener Zukunftser-

---

lien für das 3. *Mobile Mecklenburgische Friedensseminar* in Neustrelitz im August 1984 heißt es: „Wenn wir anderen und der Welt vorschreiben, wie sie aus ihrem Unfrieden herauskommen sollen und nicht wahrnehmen, daß wir selbst dazugehören, können wir sie nicht wirklich verändern. Die erste und grundlegende Erkenntnis lautet: Die Bombe steckt in uns. Wir selbst sind voll Angst, Mißtrauen und Unfrieden, so daß wir - selbst wenn wir Wege zum Frieden zu beschreiten suchen - oft das Gegenteil produzieren. Frieden ist ein Prozeß, ist der Weg, der bei jedem von uns selbst beginnen muß.“ (Meckel/Gutzeit 1994: 183) Immer wieder lautete die in den alternativen Gruppen gestellte Frage, wo die gewünschte Veränderung beginnen muß: bei uns selbst oder im gesellschaftlichen Bereich (Albani 1988: 5). Übt eine Gruppe nur Kritik am politischen System und an der Gesellschaft, so mußte sie damit rechnen, von den kirchlich geprägten Gruppen angegriffen zu werden. So beanstandete Georg Meusel, daß eine Gruppe in der Aussprache nach einem Referat „fast nur Schuldzuweisungen und Forderungen an die Regierenden“ aussprach. Dies zeige „mangelnde Bereitschaft, sich selbst angesprochen und zuständig zu fühlen“ (Meusel 1987: 65). Wahrscheinlich steht hinter der Tendenz, gesellschaftliche Probleme individuell zuzurechnen, die Erfahrung gesellschaftlicher Wirkungslosigkeit individuellen Handelns. Was man tun kann und ob man überhaupt etwas tun kann, um die Gesellschaft zu verändern, wurde in den Gruppen immer wieder diskutiert. Die Antwort, fange bei Dir selbst mit der Veränderung an, bedeutete zwar eine Verlagerung des gesellschaftlichen Problems ins Private, eröffnete aber zugleich begrenzte individuelle Handlungsmöglichkeiten und trug damit zur Ermäßigung der Spannung zwischen individuellem Motivationsüberschuß und gesellschaftlicher Handlungsbegrenzung bei.

<sup>175</sup> „Diese Gruppen waren ja die Öffentlichkeit, die uns zur Verfügung stand“ (Ludwig Mehlhorn, A 9).

wartungen, nicht nachweisen ließ. Wahrscheinlich konnten sich die politisch alternativen Gruppen eine radikal andersartige Zukunft genauso wenig vorstellen wie die Mehrheit der Bevölkerung. Auch sie waren eben Kinder der DDR, die gelernt hatten, mit diesem Staat zu leben, ihn auf ihre Weise zu bekämpfen und mit ihm zu rechnen.<sup>176</sup> Die Abschaffung der DDR war auch ihnen unvorstellbar, ja gerade ihnen, die sie sich mit all ihren politischen Aktivitäten auf die Existenz der DDR eingestellt hatten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die wichtigsten Handlungsmittel der politisch alternativen Gruppen durch die Kirche zur Verfügung gestellt wurden. Sie bot nicht nur Technik zur Vervielfältigung von Gruppenpapieren, Räume zur Durchführung von Veranstaltungen, inhaltliche Argumentationshilfen und rechtlichen Schutz im Bedrohungsfall, sondern auch und vor allem Kommunikationskanäle, um über den Kreis der Gruppenszene hinaus wirksam werden zu können. Die Kirche gab ebenso Positionen der alternativen Gruppen an ihre staatlichen Verhandlungspartner weiter wie sie als eine Art Relaisstation (vgl. Ohlemacher 1993) zur Vermittlung ihrer Anliegen an kirchennahe Teile der Bevölkerung diente.

### 3.5. Welt- und Selbstdeutungsmuster der politisch alternativen Gruppen

Der Mobilisierungsgrad der oppositionellen Gruppen in der DDR wurde nicht nur von den Motiven der Akteure, ihren Zielen und den ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsmitteln und Ressourcen beeinflusst. Eine mobilisierende Wirkung übte auch die jeweils kollektiv akzeptierte Welt- und Selbstdeutung aus, der dem framing-Ansatz zufolge die Aufgabe zukommt, die gesellschaftlichen Spannungszustände und Probleme gruppenverbindlich zu interpretieren und damit eine Vermittlung zwischen den gesellschaftlichen Problemlagen und der Protestbereitschaft herzustellen. Wichtig für die Mobilisierungsfähigkeit von frames ist dabei nicht nur die Definition des Problems (1), sondern auch die Zurechnung von Verantwortlichkeiten für die Entstehung des Problems (2), das Aufzeigen von Möglich-

---

<sup>176</sup> Mit zweijährigem Abstand sagte Werner Fischer im Interview vom 9.12.1991: „Ich habe ja diesen Staat nicht geliebt, ganz im Gegenteil, aber das war nun mal Heimat. Das war Heimat in dem Sinne, daß man sich nun mal auskannte und sich gerieben hat an den politischen Verhältnissen. Man wußte, wo steht der Feind, und man kannte sich bis ins Detail in den Strukturen aus. Ich habe das ja schon einmal erlebt, als ich mit Bärbel Bohley '88 im Westen war und dann noch in London gelebt habe, wo wir den Kapitalismus in Reinkultur studieren durften, wo wir uns gesagt haben: 'Niemals, niemals hier bleiben und um Gottes Willen niemals solche Verhältnisse in der DDR'. Wir waren heilfroh, wieder hier zu sein.“ (B 7)

keiten zur Lösung des Problems bzw. die Angabe von Taktiken und Strategien, die zu seiner Bewältigung einzuschlagen sind (3), der Aufbau einer Zukunftsperspektive, die die Durchführung von Protestaktionen als sinnvoll erscheinen läßt (4), sowie die Stimulation von potentiellen Protestunterstützern zur Ausweitung des Protests, etwa durch die Dramatisierung des Problems oder seine Interpretation im Lichte allgemein anerkannter Wertvorstellungen (5).

Bei einer Erhebung der Welt- und Selbstdeutungsmuster wird man die Heterogenität der Gruppenszene ebenso in Rechnung ziehen müssen wie ihren Wandel in der Zeit. Für unsere Zwecke wollen wir uns auf die wichtigsten Gruppentypen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als das Gruppenphänomen eine gewisse gesellschaftliche Sichtbarkeit und einen gewissen Politisierungsgrad erreicht hatte, konzentrieren: auf die sozial-ethisch engagierten Gruppen und die Menschenrechtsgruppen. Dem sozial-ethischen Gruppentypus gehörte die Mehrheit der politisch alternativen Gruppen an, die Friedens-, Umwelt- und Dritte/Welt-Gruppen. Er zeichnete sich durch Konzentration auf friedens-, umwelt- und gerechtigkeitsethische Fragestellungen aus, die oft nicht nur unter politischen, sondern auch unter moralischen Gesichtspunkten behandelt wurden. Die Menschenrechtsgruppen, in deren Arbeit Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratisierung der Gesellschaft und der Gewährleistung von grundlegenden Menschenrechten im Mittelpunkt standen, bildeten unter den Gruppen zwar nur eine Minderheit, besaßen aber in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre einen großen Einfluß auf die anderen Gruppierungen und spielten in vielerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle. Neben den Menschenrechts- und den sozial-ethisch engagierten Gruppen lassen sich noch Gruppierungen mit anarchistischen Orientierungen, die sich etwa in der *Kirche von Unten* oder in der *Umwelt-Bibliothek* fanden, und Lebenshilfegruppen wie etwa manche Wehrdiensttotalverweigerungs- oder Amnestiegruppen, die oft gesamtgesellschaftliche Probleme gar nicht im Blick hatten, sondern sich um die konkrete Notlage des jeweils betroffenen einzelnen kümmerten und ihm sozialdiakonisch zur Seite stehen wollten, unterscheiden. Zur Erfassung der Welt- und Selbstdeutungsmuster wird in diesem Kapitel vor allem auf Grundsatzserklärungen und Selbstdarstellungspapiere der betreffenden Gruppen zurückgegriffen.<sup>177</sup>

<sup>177</sup> Für die Darstellung der Position der sozial-ethischen Gruppen benutze ich das bekannt gewordene sog. Konsenspapier, das Hans-Jochen Tschiche unter dem Titel „Teilhabe statt Ausgrenzung - Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung“ auf dem Treffen „Frieden konkret VI“ 1988 in Cottbus vorstellte (Tschiche 1988). Dieses Papier gab das Selbstverständnis vieler Gruppen wieder, erhielt aber auf dem Seminar in Cottbus nicht die erforderliche Mehrheit, um von allen Gruppen als Verständigungsgrundlage anerkannt zu werden. Außerdem ziehe ich zur Charakterisierung der Position der sozial-ethischen Gruppen das Grundsatzpapier des *Friedensarbeitskreises Johannstadt* in Dresden aus dem Jahr 1986 (Eisenfeld 1988) sowie die Basiserklärung des *Arbeitskreises Solidarische Kirche* von 1988 heran (Solidarische

Es werden aber auch Aussagen aus den von mir durchgeführten Interviews herangezogen.

1. *Problemdefinition*: Die sozial-ethisch engagierten Gruppen sahen die gegenwärtige Situation vor allem durch das Anwachsen der globalen Überlebensprobleme der Menschheit charakterisiert. Für sie bestand die Problematik der gegenwärtigen Situation - so sagte es das Konsenspapier „Teilhabe statt Ausgrenzung“ - darin, „daß die Zerstörung der Umwelt unaufhörlich voranschreitet, die Kluft zwischen den armen und reichen Völkern immer größer wird und die Austragung von politischen Konflikten mit Massenvernichtungswaffen nicht auszuschließen ist“ (Tschiche 1988: 1). Umweltzerstörung, internationale Ungerechtigkeit und Friedensbedrohung seien die großen Probleme der Menschheit, die die Gruppen zu ihrem gesellschaftskritischen Engagement motivierten. Das Grundsatzpapier des *Friedensarbeitskreises Johannstadt* in Dresden machte dabei vor allem Probleme der Friedensbedrohung geltend. Man sei betroffen durch die „wachsende Militarisierung unserer Gesellschaft“, angefangen von der Entwicklung ideologischer Feindbilder bis hin zur militärischen Durchdringung weiterer Bereiche der Gesellschaft, durch „inneren (gesellschaftlichen) Unfrieden“, wie er sich insbesondere in „mangelnder Demokratie“, in der „Verletzung von Menschenrechten“ und im „ideologisch bedingten Anpassungsdruck“ zeige, sowie durch „äußeren Unfrieden“ und dabei vor allem durch das „anhaltende Wettrüsten“ und „ungerechte Wirtschaftsstrukturen“ (Eisenfeld 1988: 135). Der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* sah das entscheidende Problem in einem Defizit an Solidarität in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Solidarische Kirche 1988: 20). Diese Probleme bildeten den Ausgangspunkt für das gesellschaftskritische Engagement der Gruppenmitglieder. Von dort leiteten sich auch die Bezeichnungen her, unter deren Schild sie sich regelmäßig versammelten: Solidarität, Frieden, Gerechtigkeit, Umwelt.

Die Menschenrechtsgruppen sahen das Problem hingegen mehr in DDR-spezifischen Defiziten. Die *Demokratische Initiative* sowie der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* deuteten die Situation vor allem durch den Begriff der „Stagnation“ (Demokratische Initiative 1989: 1; Arbeitskreis Gerechtigkeit 1989). „Stagnation in Politik und Wirtschaft“ sah die *Demokratische Initiative* zum Beispiel in der allgemeinen „Lethargie im gesellschaftlichen Zusammenleben“, in der „fehlenden Arbeitsmotivation“ und in der „Er-

Kirche 1988). Für die Darstellung der Position der Menschenrechtsgruppen stütze ich mich auf die Stellungnahme der *Initiative Frieden und Menschenrechte* zum Tag der Menschenrechte am 10.12. 1987 in der Gethsemanekirche in Berlin (Hirsch 1988), auf das Papier der *Demokratischen Initiative*, Leipzig, vom Februar 1989 (Demokratische Initiative 1989; vgl. Dietrich/Schwabe 1994: 500) und auf die Erklärung der Arbeitsgruppe Ausreise des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, Leipzig, ebenfalls vom Februar 1989 (Arbeitskreis Gerechtigkeit 1989).

starrung des geistig kulturellen Lebens“ (ebd.). Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* führte als Indizien der „Stagnation in Politik, Wirtschaft und Kultur“ die „anhaltende Ausreisewelle“, „Frustration“, „Resignation“ und „ein Zurückziehen in die Privatsphäre“ an (ebd.). Die Stellungnahme der *Initiative Frieden und Menschenrechte* war in der Analyse der Situation sehr vage und vorsichtig. In ihr hieß es: „Der innere Zustand einer Gesellschaft kann ebenso unfriedlich, ja friedensgefährdend sein, wie äußere Bedrohung.“ Offenbar hielt die *Initiative* den inneren Zustand der DDR für eine Gefahr für den Frieden. Diese Gefahr ginge - wie der Kontext deutlich macht - davon aus, daß es in der DDR an einer breiten Öffentlichkeit fehle, denn nur mit Hilfe einer solchen Öffentlichkeit lasse sich eine wirksame Kontrolle über die Politik ausüben (Hirsch 1988: 230).

Den Menschenrechtsgruppen wurde ihre Konzentration auf die undemokratischen Verhältnisse in der DDR von den sozialetischen Gruppen häufig zum Vorwurf gemacht. Sie seien provinziell und auf die DDR-Zustände fixiert (Neubert 1997: 725). In der Analyse der Handlungsziele hatte sich indes gezeigt, daß auch die sozialetisch engagierten Gruppen die globalen Probleme stets DDR-bezogen reflektierten.<sup>178</sup> Die starke DDR-Bezogenheit der Gruppen wird auch deutlich werden, wenn wir jetzt dazu übergehen, die Sicht der Gruppen auf die Ursachen für die Probleme und auf die Möglichkeiten ihrer Lösung zu behandeln.

2. *Ursachenbestimmung*: Die Frage, welche Ursachen für die beobachteten Probleme in der Gesellschaft namhaft gemacht wurden, ist nicht von außen herangetragen. Diese Frage stellten sich die Gruppen selbst. So hieß es in dem Grundsatzpapier des *Friedensarbeitskreises Johannstadt*: „Es gibt eine Fülle friedensgefährdender Momente. Das erfordert für unsere praktische Arbeit eine Gewichtung. Sie besteht u.E. darin, zuerst nach den Faktoren zu fragen, die Unfrieden, Rüstung und Krieg verursachen.“ (Eisenfeld 1988: 135) Die Antwort, die der *Friedensarbeitskreis* auf diese Frage gab, lautete: Es seien vor allem „im eigenen Land Zusammenhänge aufzudecken, die Unfrieden stiften“ (136). Diese Zusammenhänge bestünden einerseits in „allen gesellschaftlichen Strukturen, die im umfassenden Sinne auf den Menschen Gewalt ausüben und damit innen wie außen Mißtrauen stiften“, sowie andererseits in dem „von Ideologen bestimmten machtpolitischen Denken und Verhalten“ (ebd.). Die Antwort, die das „Konsenspapier“ auf die aufgeworfene Frage nach den Ursachen der benannten Probleme gab, fiel nicht ganz so eindeutig aus. Dieses Papier machte für die Umwelt-, Gerechtigkeits- und Friedensprobleme die „modernen Industriegesellschaften“ verantwortlich, zu denen auch die DDR gezählt wurde (Tschiche 1988: 1). In welch starkem Maße aber auch diese Zurechnung auf DDR-spezifische

178 Vgl. oben S. 153, ebenso S. 93 und S. 145.

Merkmale abstellte, zeigt sich daran, daß die modernen Industriegesellschaften als durch die Tendenz zur Zentralisierung und zu wirtschaftlichen und politischen Machtballungen geprägt angesehen wurden (ebd.). Der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* führte das festgestellte Defizit an Solidarität auf „Ordnungen“, „Administrationen“ und „Strukturen“ zurück, wobei er sich vor allem auf den Mangel an innerkirchlicher Solidarität und dementsprechend insbesondere auf die hemmenden Strukturen und Ordnungen der Kirche bezog (Solidarische Kirche 1988: 20).

Die Menschenrechtsgruppen rechneten die konstatierte Stagnation in Politik, Wirtschaft und Kultur „dem System der Bevormundung in unserem Land“ zu (Demokratische Initiative 1989: 1). Zu diesem System zählten sie „das Aufdiktieren von Meinungen und Handlungsweisen, das Ausgeliefertsein an eine bis ins Detail vom Staat kontrollierte Öffentlichkeit sowie den Absolutismus einer privilegierten Minderheit“ (ebd.), die Erziehung zu „Anpassung“ und „Duckmäusertum“ und die „verzerrte“ Widerspiegelung der Wirklichkeit in den staatlichen Medien (Arbeitskreis Gerechtigkeit 1989). Die *Initiative Frieden und Menschenrechte* führte die Gefahr des Unfriedens auf einen Mangel an kritischer Öffentlichkeit zurück und betrachtete „die Entstehung einer solchen kritischen Öffentlichkeit (als) abhängig von der Garantie der Menschen- und Bürgerrechte“ (Hirsch 1988: 230).

Schaut man sich die Ursachenbestimmungen an, so sieht man, daß es zwar zwei unterschiedliche Deutungsmuster gibt, diese beiden Deutungsmuster aber auch eine gewisse Nähe zueinander aufweisen. Die sozialetischen Gruppen favorisierten den Hinweis auf die moderne Industriegesellschaft als Erklärung für die ausgemachten gesellschaftlichen Probleme, die Menschenrechtsgruppen stellten vor allem auf das Bevormundungssystem ab. Beide Deutungsmuster stimmen insofern überein, als in ihnen der Ton auf die Zentralisierung der Macht, auf die Herrschaft von Institutionen und Strukturen gelegt wird. Die sozialetischen Gruppen dehnten ihre Kritik an den entmündigenden Strukturen aber auf das westliche Zivilisationsmodell insgesamt aus. Sie wandten sich gegen das moderne Steigerungsdenken, gegen Leistung, Wohlstand und Konsum, gegen Bürokratie, Industrie und Militär, gegen Egoismus, Konkurrenz und Ungleichheit. Auf der einen Seite wird man eine solche Ausweitung als den Versuch interpretieren dürfen, den Umweg über das westliche Zivilisationsmodell zu nehmen, um die Kritik an den Herrschaftsverhältnissen in der DDR zu legitimieren. Auf der anderen Seite war diese Kritik an der industriegesellschaftlichen Moderne aber auch durchaus ernst gemeint. Das ökonomische Modell des Westens wurde von den sozialetischen Gruppen nie als eine bedenkenswerte Alternative anerkannt. Die Kritik am Kapitalismus machte sich an der Herrschaft des Kapitals, an der Kolonisierung der Lebenswelt, an Konkurrenz und Ellenbogen-

mentalität und an der gesellschaftlichen Ausgliederung der Leistungsschwachen sowie der mangelhaften Solidarität mit den Armen, Kranken und Alten fest. Aber auch diese Kritik richtete sich zentral noch auf die repressiven Strukturen des westlichen Systems und wird daher wohl kaum zu Unrecht als ein Ausdruck von Entmündigungserfahrungen in der DDR interpretiert werden dürfen.

Den Fokus des Zurechnungsmodus für die Erklärung der gesellschaftlichen Probleme legten auch die von mir und meinen Mitarbeitern Interviewten auf die Form der Herrschaftsausübung in der DDR. Ludwig Mehlhorn erklärte, in den Gruppen hätten alle „das Problem der Demokratie in der DDR als zentral angesehen“ (A 15). Auch Bärbel Bohley sprach davon, daß das Problem, mit dem sie sich in den Gruppen auseinandergesetzt hätten, „vorwiegend in der DDR“ lag (A 2). Sie machte aber neben den autoritären Strukturen noch einen weiteren Faktor für das Problem der Stagnation in der DDR verantwortlich: das Schweigen der Bevölkerung. „Alle haben eigentlich irgendwie versucht, dieses Problem unter den Teppich zu kehren, und dabei war es schon wie eine riesige Mauer da. Es war jeder davon erfaßt, jeder mußte sich die Frage stellen: 'Was will ich eigentlich noch in diesem Land hier?' 40 Jahre DDR, und dieses große Schweigetuch über allem.“ (5) An dem „Zustand der DDR“ waren eigentlich „immer alle mitverantwortlich“ (9). In diesen Äußerungen von Bärbel Bohley wird die Bevölkerung als ein Faktor behandelt, der das Problem der DDR - den Mangel an Demokratie - mit verursacht hat. Gleichzeitig machte die Bevölkerung aber auch das Potential aus, das man für die Gesellschaftsveränderung gewinnen wollte. Schon hier wird deutlich, daß die politisch alternativen Gruppen in ihrem Verhältnis zur Bevölkerung in einem Ambivalenzkonflikt standen.

3. *Problemlösungsmöglichkeiten:* Die Möglichkeiten, die die alternativen Gruppierungen zur Lösung der benannten Probleme ausfindig machten, entsprechen ihrer Ursachendiagnose. Um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Stagnation zu überwinden, müßten die gesellschaftlichen Strukturen dezentralisiert werden. Um die politische und ideologische Bevormundung aufzuheben, müsse der einzelne gegenüber den übergreifenden Machtstrukturen gestärkt und seine Würde gegen den staatlichen Herrschaftsanspruch verteidigt werden. Um die undemokratischen Strukturen aufzubrechen, müßten unabhängige öffentliche Räume geschaffen und dem einzelnen mehr Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden. In der Forderung nach Dezentralisierung, Demokratisierung, Pluralisierung, Dialog sowie der Schaffung einer unabhängigen Öffentlichkeit und der Gewährung von Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten stimmten die sozialetischen und die Menschenrechtsgruppen überein. Die sozialetisch orientierten Gruppen legten mehr Wert auf den Ausstieg aus umweltzerstörenden Technologien,

auf die Herstellung internationaler Gerechtigkeit sowie auf die Entmilitarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dementsprechend traten sie auch stärker für Lebensstilveränderungen, für Konsumverzicht, Herrschaftsfreiheit und Solidarität sowohl zwischen den Völkern als auch zwischen den einzelnen Menschen ein. Die Menschenrechtsgruppen betonten demgegenüber stärker die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit, die Garantie grundlegender Menschen- und Bürgerrechte sowie die Teilung der Gewalten. Die Forderungen der sozialetischen Gruppierungen finden sich aber auch bei den Verlautbarungen der Menschenrechtsgruppen wie teilweise auch umgekehrt Forderungen der letzteren in den Äußerungen der ersteren anzutreffen sind. In den Menschenrechtsgruppen wurde weniger das Ideal einer solidarischen Gesellschaft vertreten. Herrschaft wurde nicht prinzipiell abgelehnt, wohl aber sollte sie kontrolliert und geteilt sein.

Wie die vorgeschlagenen Problemlösungsmöglichkeiten verwirklicht werden sollten, war indes nicht immer klar. Sowohl die sozialetischen als auch die Menschenrechtsgruppen erklärten, sie wollten Fakten sammeln, Informationen weitergeben, über die Zustände in der Gesellschaft aufklären, Mißstände aufdecken, betroffen machen, Öffentlichkeit herstellen und durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen die Bevölkerung sensibilisieren. Sie seien bereit zum Dialog mit den Mächtigen und wollten die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend ändern. Tatsächlich aber reichte ihre Wirkung kaum über den Raum der Kirche hinaus. Menschen jenseits der Kirchenmauern ansprechen „wollte man“ zwar, aber „konnte man nicht“, wie Bärbel Bohley (A 5) einräumt. Man war nur so ein „kleines Flämmchen in der Dunkelheit“, keine Bewegung, die die Bevölkerung zu mobilisieren vermocht hätte (A 2). „Wir haben“, erklärt Gerd Poppe im Interview vom 8.1.1992, „nicht die Möglichkeit gehabt, irgend etwas von unseren politischen Vorstellungen auch nur an die Öffentlichkeit zu bringen, geschweige denn umzusetzen.“ (B 10) Die in den Gruppen verfügbaren Ressourcen waren begrenzt. Die Mächtigen setzten dem Veränderungsdrängen der Gruppen Wandlungswiderstand entgegen. Die Bevölkerung ließ sich nicht erreichen. Es ist nicht verwunderlich, daß es angesichts dieser eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten an einer überzeugenden Strategie und Taktik fehlte. Die Arbeitsgruppe *Arbeitskreis Gerechtigkeit* sah angesichts der Probleme in der Gesellschaft zwei Handlungsoptionen: Resignation und Desinteresse an gesellschaftlichen Problemen auf der einen Seite oder „frei von Angst die Zeit sinnvoll zu nutzen, eigene Erfahrungen einbringend, kirchliche Gruppen in ihrem Anliegen zur gesellschaftlichen Erneuerung zu unterstützen, ihren Einfluß ausbauen zu helfen“ auf der anderen (*Arbeitskreis Gerechtigkeit* 1989). Resignieren wollte man nicht, aber was zu tun sei - das zeigt die zitierte Äußerung -, war ebenfalls nicht klar.

Deshalb fiel es den politisch alternativen Gruppen auch schwer, ihr Handeln mit einer optimistischen Zukunftsperspektive zu versehen, die es für potentielle Anhänger attraktiv gemacht hätte, sich ihnen anzuschließen.

4. *Zukunftsperspektive*: Die politisch alternativen Gruppen wußten genau, daß ihre Wirkungsmöglichkeiten in der DDR äußerst begrenzt waren, und erwarteten auch nicht, daß sich dies im Laufe der Zeit ändern könne. Mit einer Massenmobilisierung, wie sie im Oktober 1989 einsetzte, rechnete niemand. Und auch die Chancen, Einfluß auf die Herrschenden auszuüben, wurden als schlecht eingeschätzt. Dies kommt nicht nur in den oben zitierten Interviewpassagen zum Ausdruck. Selbst in den für die Öffentlichkeit gedachten Positionspapieren wurden die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten reflektiert. So heißt es in dem Grundsatzpapier des *Friedensarbeitskreises Johannstadt*: „Wir gehen aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten in unserem Land davon aus, daß die ansprechbare und mobilisierbare Öffentlichkeit nicht groß genug sein wird und daß wir auf staatliche Entscheidungen im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich keinen unmittelbaren Einfluß haben.“ (Eisenfeld 1988: 136) Auch das Papier „Teilhabe statt Ausgrenzung“ gab zu Bedenken, daß „die gesellschaftliche Kraft und der politische Einfluß der Gruppen (...) im Augenblick nicht aus(reicht), um kurz- oder mittelfristig gesamtgesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen.“ (Tschiche 1988: 1) Und die *Initiative Frieden und Menschenrechte* hielt die „Etablierung eines parlamentarischen Systems“ mit unabhängiger Jurisdiktion, Exekutive und Legislative, wie sie es gefordert hatte, in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften für „nur schwer vorstellbar“ (Hirsch 1988: 231). Angesichts einer solchen Einschätzung der Zukunftsperspektive war es natürlich ausgeschlossen, hinsichtlich des Erfolges oppositionellen Handelns jenen Optimismus zu verbreiten, der zur Mobilisierung von Anhängern erforderlich gewesen wäre. Was man tun konnte, war, auf Handlungsfelder hinzuweisen, die innerhalb der Gruppen selbst lagen. So forderten das Papier „Teilhabe statt Ausgrenzung“ und das Grundsatzpapier des *Friedensarbeitskreises Johannstadt* die Gruppen auf, sich Verbündete zu suchen und sich stärker zu vernetzen. „Konkretes Friedenshandeln sucht Verbündete. Wichtig ist für uns die Arbeit in der Gruppe.“ (Eisenfeld 1988: 137; vgl. auch Tschiche 1988: 1) Außerdem hielten die Gruppen an dem Ziel fest, einen neuen Lebensstil einzüben, eine alternative Kultur zu entwickeln und untereinander partnerschaftliche Kommunikation zu praktizieren (Tschiche 1988: 1; Solidarische Kirche 1988: 20). Dies konnten sie sogar mit dem Anspruch der Antizipation und des Modellhaften versehen, so wie es etwa der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* für sich formulierte: „Was wir für Kirche und Gesellschaft anstreben, wollen wir im AkSK modellhaft verwirklichen. (...)“ (20) Aber all diese Handlungsweisen

bedeuteten natürlich noch keinen Schritt hin in Richtung auf eine Dezentralisierung, Demokratisierung und Pluralisierung der Gesellschaft, denn die Gesellschaft wurde mit diesen Handlungsweisen ja überhaupt nicht erreicht. Einzig die Aufrechterhaltung des Anspruchs der Gruppen, „so in der Öffentlichkeit aufzutreten, daß sie die gesellschaftliche Aufmerksamkeit erregen“, also ihre Ziele durch zeichenhaftes Handeln in die Öffentlichkeit zu bringen (Tschiche 1988: 1), bedeutete eine Überschreitung der Beschränkung auf das gruppeninterne Handeln. Aber auch dieser Anspruch veränderte natürlich die Gesellschaft noch nicht, sondern zeigte nur das Nichteinverständnis mit dieser vor.

5. *Proteststimulation durch Problemdramatisierung oder Herstellung von Wertübereinstimmung*: Obwohl die politisch alternativen Gruppen kaum gesellschaftliche Handlungsfelder besaßen, hielten sie an ihrem großen Ziel der grundlegenden Gesellschaftsveränderung fest. Ja, sie steigerten diese Zielvorstellung sogar noch, indem sie behaupteten, daß eine Umsetzung ihrer Ziele schlechterdings notwendig sei. „Es droht der kollektive Selbstmord der Menschheit, wenn nicht eine andere Lebens- und Weltgestaltung angestrebt wird.“ (Tschiche 1988: 1) Es sei „fünf Minuten vor zwölf“, die Menschheit müsse umkehren (U. Poppe 1995: 246); „wenn wir so weitermachen, vernichten wir uns“<sup>179</sup> usw. Wenn jedoch einerseits der große Wandel dringend erforderlich ist, andererseits aber schon kleine Schritte der Veränderung ungehbar sind, dann entsteht - wir hatten dies oben bereits ausgeführt<sup>180</sup> - eine innere Spannung zwischen Handlungsimpuls und Handlungsbeschränkung, die ebenso leicht zu spektakulären Aktionen wie in die Resignation führen kann. Diese Diskrepanz zwischen Veränderungsanspruch und Veränderungsbarriere scheint das Selbstverständnis der alternativen Gruppen entscheidend geprägt zu haben. Die Frage, die man sich in den Gruppen stellte, lautete nicht etwa, was wollen wir erreichen: wollen wir den Sozialismus mit menschlichem Antlitz oder ein parlamentarisches System westlicher Prägung, die Wiedervereinigung Deutschlands oder eine eigenständige DDR. Die entscheidende Frage, die man in den Gruppen immer und immer wieder diskutierte, lautete vielmehr, was können wir in den begrenzten Verhältnissen der DDR überhaupt tun, wenn wir unser gesellschaftskritisches Engagement nicht aufgeben wollen. Zwar ließen sich Ersatzfelder des politischen Handelns immer wieder ausfindig machen, sei es, daß man das zeichenhafte Handeln in der Öffentlichkeit ins Spiel brachte oder das modellhafte Handeln in der Gruppe oder den Entwurf eines alternativen Lebensstils jenseits der großen Politik; befriedigend war dies alles allerdings nicht.

179 Interview mit Harald Wagner, *Arbeitskreis Solidarische Kirche*, Leipzig, 6.2.1990 (A 7).  
180 Vgl. S. 158 und S. 161ff.

Es liegt nahe, daß angesichts der eingeschränkten gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten die Gruppen ihr eigenes Handeln geradezu irrational aufwerteten. Die Gruppen seien es eigentlich, die die wirklichen Veränderungen bewirkten. Wenn es die politisch alternativen Gruppierungen nicht gäbe, dann würde sich in der Gesellschaft überhaupt nichts bewegen.<sup>181</sup> Die große Politik erreiche gar nichts. Macht korrumpiere nur. Wenn sich etwas wirklich verändere, dann nur von unten (Bärbel Bohley, Interview vom 7.1.1992, B 6). Diese Idealisierung des „von unten“ war ein Ausdruck der bevormundenden Erfahrungen, die man mit den Institutionen des politischen Systems gemacht hatte. Sie war notwendig, um der Aussichtslosigkeit des eigenen Handelns einen nachvollziehbaren Sinn abzugewinnen. Im Sinne der Normen der Gesellschaft war man zwar erfolglos. Aber in seinem gesellschaftskritischen Engagement tat man das Notwendige, das eigentlich woanders hätte getan werden müssen. So waren die Verlierer der Gesellschaft ihre wahren Erneuerer.

Es ist kaum übertrieben, davon zu sprechen, daß viele der Gruppenvertreter ein gnostisches Weltbild verinnerlicht hatten. Die Welt draußen war eine Welt des Scheins, der Unwahrheit und der Lüge. Die wahre Welt war die Wirklichkeit des eigenen Tuns. Von den Normen der Welt mußte man sich trennen, denn nur so konnte man Zugang zur wahren Wirklichkeit gewinnen. Mit einer solchen Selbstaufwertung konnte man zwar dem eigenen Handeln Sinn zuschreiben. Zugleich verstärkte man damit aber auch die Entfremdung zur gesellschaftlichen Umwelt, mit der einen ohnehin schon nicht sehr viel verband.

Wenn die politisch alternativen Gruppen die Bevölkerung hätten erreichen wollen, dann hätten sie die Kluft zur Bevölkerung nicht verbreitern dürfen, sondern nach Anknüpfungsmöglichkeiten suchen müssen. Dann hätten sie danach fragen müssen, welche der von ihnen vertretenen Werte in der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen könnten und welche der in der Bevölkerung verbreiteten Werthaltungen und Orientierungen ihrem eigenen Anliegen nahe kämen. *Frame bridging* und *frame amplification*<sup>182</sup> wären erforderlich gewesen. Doch die meisten der Gruppen hatten die Hoffnung, die Bevölkerung mit ihren gesellschaftlichen Themen und politischen Zielvorstellungen erreichen zu können, längst aufgegeben. Sie bemühten sich gar nicht mehr ernsthaft um sie, da die bisherigen Erfahrungen derart ernüchternd waren, daß ein weiteres Engagement in dieser Richtung aussichtslos erschien. „Zehn Jahre Engagement in Sachen Umwelt (...) hatten keine wirklich praktischen Veränderungen gebracht.“ (Gisela Kallenbach, A 2) „Man (hat) einfach nicht die Leute erreicht.“ (Bärbel Bohley, A 5) So

181 Interview mit Martina Krone, *Friedenskreis Friedrichsfelde*, Berlin, vom 7.12.1991, (B 15).

182 Vgl. oben S. 45f.

richtete man sich ein. Nach Jahren oppositioneller Aktivitäten hatte sich alles schön eingespielt (Werner Fischer, B 5): Die Gruppen protestierten, der Staatssicherheitsdienst observierte, die Kirche versuchte, zwischen Staat und Gruppen zu vermitteln, und die Bevölkerung hielt sich abseits. Irgendwann hatten die Gruppen aufgehört, ernsthaft Kontakt zu suchen zur Bevölkerung, und ließen „das Volk allein“ (Bärbel Bohley, A 6). Das aber heißt, daß all die framing-Strategien - die Problemdefinition, die Verantwortungszuweisung und das Aufzeigen von Problemlösungsmöglichkeiten -, die laut Bewegungstheorie die Funktion haben, die Bevölkerung zum Protest zu stimulieren und von der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Probleme zum gesellschaftsverändernden Engagement zu führen, merkwürdig selbstbezogen blieben. Die politisch alternativen Gruppen verfolgten mit ihren Problemdeutungen und Problemlösungsangeboten keine Mobilisierungsstrategien. Im Gegenteil. Eher hat man den Eindruck, als wollten sie sich selbst mit einer Weltdeutung versorgen, die ihre Lage befriedigend interpretierte und ihr Handeln mit Sinn ausstattete. Die Welt- und Selbstdeutungen der alternativen Gruppen hatten einen stark legitimatorischen und selbstreferentiellen Charakter. Sie dienten oft mehr der Rechtfertigung der eigenen Erfolglosigkeit als der Gewinnung neuer Anhänger.

Schon die Entgensetzung von unten und oben, die in die Problembestimmung und die Ursachendefinition eingegangen war, hatte diesen selbstlegitimatorischen Charakter. Von oben konnten nur entmündigende Strukturen und hemmende Ordnungen entstehen. Von unten bezog die Gesellschaft hingegen ihre Dynamik. Was von unten kam, zeichnete sich durch Kreativität, Spontaneität, Natürlichkeit und Unverbildetheit aus. Außerdem war das, was von unten kam, durch Ehrlichkeit, moralische Integrität und Wahrhaftigkeit charakterisiert. Hinter dieser Kennzeichnung stand natürlich zunächst die Erfahrung, daß die gesellschaftsoffiziellen Verhältnisse in der DDR ebenso starr wie verlogen waren. Zugleich bedeutete die Charakterisierung des „Unten“ als kreativ und moralisch sauber aber natürlich auch eine Aufwertung der eigenen Position und damit eine sinnhafte Interpretation der eigenen Lage. Wer sich zur Opposition zählte, der war anders als die Masse, originell, unangepaßt, innovativ, und er war menschlich anständig.

Wer freilich politisch unangepaßt und ehrlich war, der konnte - das war klar - auch nicht erfolgreich sein. Erfolglosigkeit, Machtlosigkeit, Marginalität stellten daher ebenso Erkennungsmerkmale der Oppositionellen in der DDR dar wie politische Alternativität und Wahrhaftigkeit. In der DDR kam es, sagte Gabriele Heide im Interview vom 3.12.1991 (B 19), nicht darauf an, erfolgreich zu sein. Vielmehr „war es eigentlich wichtig, daß man litt, daß man aufmerksam war.“ Man mußte ein Opfer des restriktiven Systems sein, ein Ausgegrenzter, ein Verlierer, ein Ohnmächtiger, nur dann

gehörte man zur Opposition. Und man hatte selbstlos zu sein, denn als Oppositioneller mußte man zu viele Nachteile in Kauf nehmen, als daß man sich Egoismus und Karrierismus hätte leisten können. Auch der Kult der Erfolglosigkeit und des Verzichts hatte selbstlegitimatorischen Charakter, denn auf der einen Seite war Erfolglosigkeit im Weltbild der oppositionellen Gruppen eine unmittelbare Folge der menschenverachtenden repressiven Strukturen. Auf der anderen Seite nahm man möglicherweise aber auch deshalb eine macht- und erfolgskritische Haltung ein, weil man Macht und Erfolg in der DDR ohnehin nicht erlangen konnte.

Besonders deutlich wird der selbstlegitimatorische Charakter des Weltverständnisses der politisch alternativen Gruppen aber darin, daß sich die Opfer des Systems zugleich als seine einzig möglichen Retter verstanden. Diejenigen, die den Schlüssel für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme in der Hand hatten, das waren sie selbst. Sie waren die Avantgarde der Gesellschaft, die als einzige die Dramatik der Situation erkannten, ihre Ursachen zu benennen wußten und Auswege aus der Krise zu weisen vermochten. Sie mußten daher alles tun, um die Gesellschaft über sich selbst aufzuklären, wachzurütteln und zur Veränderung anzustoßen.

Mit einem solchen Weltbild konnte man eine unmittelbare Übereinstimmung herstellen zu der Lebensweise, die man in den Gruppen pflegte. Man konnte rechtfertigen, warum man gesellschaftlich nicht etabliert war, warum man keine Karriere gemacht hatte und gesellschaftlich nur schwach integriert war. Man wollte keine Macht und keinen Erfolg haben, man wollte ehrlich bleiben, unangepaßt und politisch sensibel. Insofern gab es im Gegensatz zu der Auffassung von Helena Flam (1997) in der Opposition der DDR doch so etwas wie eine gemeinsame Lebenswelt und einen integrierenden Diskurs. Er entzündete sich nicht am Begriff der Ehre wie in der Opposition Polens, sondern an den Werten der moralischen Integrität, der politischen Alternativität, der Macht- und Erfolglosigkeit und der Gesellschaftsoffenheit. Wer sich nicht ins Privatleben zurückzog, politisch von den Erwartungen des Systems abwich, weder Macht noch Erfolg anstrebte und ehrlich war, der gehörte zur Opposition. Die Abgrenzung von den DDR-typische Karrieristen, die ihren Frieden mit dem DDR-System geschlossen hatten, ihre persönlichen Ziele vor die Lösung gesellschaftlicher Probleme gestellt und dabei ihre Würde verloren hatten, gehörte ebenso zum Selbstverständnis der Oppositionellen wie die Abgrenzung von allem Spießbürgerlichen und Kleinbürgerlichen, das man gleichfalls als privatistisch und normangepaßt verachtete. Weder von den Anzugsmenschen noch von den konsumorientierten Kleinbürgern wollte man anerkannt sein (Martina Krone, B 18). Man lebte in unrevonierten Altbauten, teilweise in Abrißhäusern, richtete seine Wohnung mit alten Möbeln ein, kleidete sich unkonventionell

im Stil der 68er und verweigerte sich den gängigen Normen des 'DDR-Normalbürgers', zu denen man nicht selten seine Eltern zählte.

Man kann durchaus die Frage stellen, ob die kulturelle Unangepaßtheit nicht zeitlich und erlebnismäßig bei manchen der Oppositionellen vor ihrer politischen Dissidenz lag und ob die politische Abweichung sich nicht erst in ihrem Gefolge entwickelte. Teilweise wurden die kulturell Alternativen aufgrund der engen Spielräume des politisch Zugelassenen in die politische Oppositionsrolle erst hineingedrängt und kamen dann nicht mehr aus ihr heraus. Zuweilen wurde wohl auch von so manchem Oppositionellen die eigene Erfolglosigkeit in Ausbildung und Beruf politisch zugerechnet und durch politische Dissidenz im nachhinein legitimiert. Manchmal dürften die oppositionellen Karrieren auch Verarbeitungsformen des Konfliktes von Heranwachsenden mit ihren Eltern gewesen sein.

Die Behandlung der Frage, welche kulturellen, lebensweltlichen und biographischen Umstände die Annäherung an die politisch alternativen Gruppen im einzelnen begünstigt haben, wird weiterer Forschung überlassen werden müssen. Auf jeden Fall - und das kann jetzt schon gesagt werden - wäre es jedoch zu kurz gegriffen, politische Opposition allein politisch, also etwa aus bestimmten politischen Zielvorstellungen heraus, erklären und die Welt- und Selbstdeutungsmuster lediglich als von den oppositionellen Gruppen zur Protestverbreiterung eingesetzte strategische Instrumente behandeln zu wollen. Umgekehrt. Die Selbst- und Weltdeutungen der Oppositionellen erfüllten auch für diese selbst unentbehrliche Funktionen, sie bildeten sich aufgrund von Erfahrungen heraus, die man zumeist nicht voll unter Kontrolle hatte, und die politischen Ziele, die man formulierte, waren nicht selten den gegebenen Umständen angepaßt. Oppositionelles Handeln unter totalitären Bedingungen läßt sich nicht rein zweckrational erklären. Zweckrationale Analysen greifen nur, wenn man zwischen unterschiedlichen Zielen und Mitteln frei wählen kann. Genau dies aber war in der DDR nicht gegeben.

Die Analyse der Welt- und Selbstdeutungsmuster der oppositionellen Gruppen wirft insofern noch einmal ein neues Licht auf die heute stark diskutierte Frage nach ihrem Verhältnis zur deutschen Wiedervereinigung, zur Demokratie und zum Sozialismus. Für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten, wäre unter den Bedingungen des Kalten Krieges schlechterdings unsinnig gewesen. Es verwundert nicht, daß sich in den Oppositionskreisen so gut wie keine Gruppe finden läßt, in der die deutsche Frage eine Rolle gespielt hätte.<sup>183</sup> Ebenso unsinnig wäre es gewesen, die Einführung der westlichen parlamentarischen Demokratie in der DDR zu fordern. Es ist kein Zufall, daß kaum eine der politisch alternativen Gruppen sich

183 Vgl. oben S. 119.



dafür eingesetzt hat. Sinnvoll aber war es, für die Vermenschlichung und Demokratisierung des Sozialismus einzutreten, denn dabei konnte man sich auf die vom politischen System selbst vertretenen Werte berufen und das eigene gesellschaftskritische Anliegen als legal oder zumindest legitim darstellen. Aber auch in diesem Falle blieb das gesellschaftskritische Engagement vom rein zweckrationalen Handeln weit entfernt, denn auch das Ziel der Demokratisierung und Humanisierung des Sozialismus galt noch als staatsfeindlich, und nie war klar, bis wohin die Grenze des Legalen ging.

Die Oppositionellen konnten also nicht wie rationale Akteure die Kosten und den Nutzen ihrer Handlungen abwägen, sondern mußten stets mit unkalkulierbaren Risiken umgehen. Manche zogen aus dieser Unsicherheit den Schluß, taktische Rücksichten weitgehend fallenzulassen und das zu tun, was sie für richtig hielten, ganz gleich welche Opfer es kostete und wie gering der Gewinn ausfiel. Ein rein wertrationales Handeln, das allein die Sache im Auge hat und sich um den Erfolg des eigenen Handelns und seine Folgekosten nicht kümmert, läßt sich jedoch in der Regel nicht lange durchhalten. Irgendwann muß man dann doch zwischen Kosten und Nutzen abwägen und eine Bilanz des eigenen Tuns ziehen. So bewegte sich das Handeln der Oppositionsgruppen in der DDR also zwischen wertrationalen und zweckrationalen Gesichtspunkten, wobei die einen mehr dem einen und die anderen mehr dem anderen Pol zuneigten. Unangemessen aber ist es, sie als zweckrationale Akteure zu behandeln, die nicht die richtigen Ziele gewählt hätten - Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, die Einheit Deutschlands - und dafür heute zu kritisieren seien.

### 3.6. Zu den gruppeninternen Strukturen und Prozessen

#### 3.6.1. Binnenverhältnisse

Die im vorangegangenen Kapitel vorgenommene Darstellung des Selbst- und Weltverständnisses der oppositionellen Gruppen in der DDR könnte den Eindruck erwecken, als habe es in den oppositionellen Gruppen eine starke Übereinstimmung in den Welt- und Selbstdeutungen gegeben und als sei daher der Grad der sozialen Integration in den Gruppen besonders hoch gewesen. Tatsächlich war der Zusammenhalt innerhalb der oppositionellen Gruppen jedoch stets bedroht und äußerst störungsanfällig. Dabei ging die Bedrohung der Gruppenprozesse zum einen von den äußeren politischen Handlungsbeschränkungen aus, zum andern aber auch von dem Konstitutionsprinzip der Gruppen selbst. Wenn die Gruppen durch das Prinzip wech-

selseitiger Wahrnehmung konstituiert wurden, dann heißt das, daß nicht bestimmte Strukturen - Mitgliedschaften, Hierarchien, feste Programme oder verwaltende Stellen - für die Kontinuität der Gruppenprozesse sorgen konnten, sondern daß diese allein von der je individuellen Bereitschaft zur Teilnahme an ihnen abhing. Wie die von mir durchgeführten Befragungen ergaben, existierten in den Gruppen kaum feste Mitgliedschaften, Statuten, Mitgliedschaftsregeln oder formell eingesetzte Führer. Wer kam, gehörte dazu. Wer sich besonders stark engagierte, redegewandt und durchsetzungsfähig war, übernahm informelle Führungsfunktionen. Wer die Lust an der Gruppenarbeit verlor, enttäuscht über die mangelnden gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten oder über personelle oder inhaltliche Auseinandersetzungen in den Gruppen war, blieb weg. Die Störungsanfälligkeit und Labilität der Gruppenprozesse war also durch die ausschließliche Abhängigkeit von individuellen Voraussetzungen und durch ihren Mangel an formeller Stützung bedingt.

Der Zusammenhalt der Gruppen war aber auch dadurch bedroht, daß sich die Gruppen nicht selten gegen festere Strukturen wehrten, daß sie Geschäftsordnungen, Abstimmungsverfahren, Hierarchien, Funktionsaufteilungen als einengend und bevormundend ablehnten und auf der Unmittelbarkeit der Basisprozesse bestanden. „Bewegungen haben kein Gründungsdatum und keine Sprecher“, hieß es in dem Gründungsauftrag der *Demokratischen Initiative* von Anfang 1989 (Demokratische Initiative 1989). Innerhalb der Gruppen habe Gleichberechtigung, Vertrauen und Konsens zu herrschen, nicht aber Unter- und Überordnung oder bürokratischer Formalismus. Zuweilen diskutierte man stundenlang, um den gewünschten Konsens zu erzielen und niemanden von ihm auszuschließen. Manchmal ging es dabei nur um Kleinigkeiten, um das Gefühl persönlicher Beleidigung, minimale Mißverständnisse, Zu- oder Abneigung. Der Anspruch einer besonderen Zusammengehörigkeit, den man in den Gruppen durchaus erhob,<sup>184</sup> wirkte sich auf die Zusammenarbeit oft erschwerend aus. So verständlich die Ablehnung aller formellen Zwänge angesichts der gemachten Bevormundungserfahrungen war, so sehr bedeutete der Kult des Informellen und des Verstehens doch zugleich auch eine Belastung für die Kontinuität der Gruppenprozesse. Nicht wenige der Gruppenmitglieder beschrieben die Verhältnisse in den Gruppen als spontan, fluktuierend (Michael Frenzel, A 2) und chaotisch (Harald Wagner, A 6; Ulrike Poppe, A 11), die Suche nach Übereinstimmung als ermüdend (Harald Wagner, A 2) und den Umgang mit den

184 Insofern ist Hartmann Tyrell (1983), der das Zusammengehörigkeitsgefühl als das entscheidende Konstitutionsmerkmal von Gruppen ansieht, Recht zu geben. Allerdings war, wie wir noch sehen werden, Zusammengehörigkeit nicht der einzige Integrationsmechanismus in den Gruppen.

erzielten Ergebnissen als unverbindlich (Meckel/Gutzeit 1994: 62).<sup>185</sup> Immer wieder dachten einzelne Gruppen über ihre Selbstauflösung nach (Ulrike Poppe, A 8), und manche lösten sich auch tatsächlich auf. Angesichts der Störungsanfälligkeit und Abbruchsgefährdung der Gruppenprozesse kam deshalb den gruppeninternen Integrationsfaktoren für den Gewinn von Dauerhaftigkeit<sup>186</sup> eine besondere Bedeutung zu.

Ein wichtiger Integrationsmodus lag in der sachlichen Dimension. Er bestand in der Ausrichtung der Gruppe auf ein gemeinsames Ziel, in ihrer Beschäftigung mit einem gemeinsamen Thema (Findeis 1992: 107). Wenn die Sacharbeit dominierte, traten nicht selten andere Probleme dahinter zurück, so daß die Gruppe über sie festeren Zusammenhalt gewinnen konnte.

Aber auch die persönlichen Kontakte und Freundschaften besaßen eine besondere Integrationsfunktion. Man kannte sich in der Gruppenszene und traf sich zu unterschiedlichen Gelegenheiten, nicht nur in der eigenen Gruppe, sondern auch bei überregionalen Veranstaltungen, mit Freunden in der Kneipe oder privat. Häufig waren die politisch alternativen Gruppen aus vopolitischen Freundeskreisen hervorgegangen und hatten sich erst nach und nach politisiert. Politische Arbeit und Freundeskreise überlappten sich. Man verfolgte nicht nur bestimmte politische Ziele, sondern wollte eine „Gegenkultur“ leben (Poppe 1988: 64f.). „Wir haben ja nicht nur politisch gearbeitet, sondern wir haben zusammen gelebt (...). wir haben gefeiert, wir haben gegessen und getrunken, und wir haben geliebt“, bekennt Thomas Auerbach (1995: 157). Und er setzt hinzu: Opposition „hat Spaß gemacht“ (ebd.). Nicht allein die sachliche Arbeit verband also die Gruppenmitglieder, sondern auch die über das politische Anliegen hinausgehenden persönlichen Beziehungen.

Die persönlichen Beziehungen dienten ebenso als Grundlage für die politische Arbeit wie als emotionaler Rückhalt in Zeiten der Krise. Angesichts der politischen Repressionen durch das Herrschaftssystem der DDR war der einzelne auf die Solidarität in der Gruppe angewiesen. „Wenn man sich als eine Minderheit in der Gesellschaft bewegt und auch solchen Repressionen ausgesetzt ist, wie das damals nun sehr häufig geschah, brauchte man einfach die Unterstützung durch eine Gruppe. Das ist im Alleingang

185 Vgl. Meckel 1994: 61: „In diesen Gruppen versammelten sich Leute, denen die gesellschaftlichen Verhältnisse ein gemeinsames Problem darstellten und die etwas verändern wollten. Was dann aber geschehen sollte, was man positiv wollte, war offen und mußte in langen Gesprächsprozessen erst geklärt werden. Dieser Prozeß aber wiederholte sich immer wieder, da es keine festen Strukturen gab und vergangene Ergebnisse bei neuer fluktuierender Zusammensetzung immer wieder zur Disposition standen.“

186 Vgl. oben S. 50ff., wo neben der Unmittelbarkeit der Interaktion die Dauerhaftigkeit der Interaktionsbeziehungen als das zweite wichtige Kennzeichen von Gruppen herausgearbeitet wurde.

nicht zu bewältigen. Der einzelne geht da wirklich kaputt.“<sup>187</sup> Während die Gruppenmitglieder Staat und Gesellschaft als feindlich und ablehnend erlebten, erfuhren sie die persönlichen Beziehungen in ihren Gruppen als vertrauensvoll und solidarisch. Erika Drees berichtete im Rückblick 1992 über die Entstehung ihrer Gruppe, des *Dom-Friedenskreises*, Stendal: „Unter dem Druck von außen bildete sich ein Freundeskreis, in dem Vertrauen die Hauptqualität war, wo einfach Verlaß untereinander war.“ (Drees 1992: 26)

Darüber hinaus waren die politisch alternativen Gruppen aber auch Sozialisationsinstanzen für junge, kritisch denkende Menschen, die ihren politischen und sozialen Ort in der Gesellschaft suchten (Neubert 1986b). Sie boten dem einzelnen die Möglichkeit, seine persönlichen Probleme zu besprechen, Klarheit über seine Positionen zu gewinnen und Artikulations-, Kommunikations- und Durchsetzungsfähigkeit zu erlangen (vgl. auch Moritz 1993: 75). Sie trugen damit zu seiner Selbstfindung bei und stellten einen sozialen Raum der Rückkopplung, der Anerkennung und Kritik dar. Viele der befragten Gruppenmitglieder berichteten, daß in ihren Gruppen ein angenehmes Klima geherrscht hätte. Personale Nähe, Sympathie und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit hätten die Beziehungen zwischen den Gruppenmitgliedern bestimmt. Bärbel Bohley (A 3) spricht gar von „so einer Art Familie“, die sie in der Gruppe fand. Die personalen Beziehungen waren ein wichtiges verbindendes Element der Gruppenmitglieder. Sie traten funktional gewissermaßen an die Stelle der unterentwickelten formalen Strukturen und gaben den Gruppenprozessen jene Verbindlichkeit, die in anderen sozialen Systemen durch formelle Regelungen hergestellt wird.<sup>188</sup>

Aufgrund der Abstützung des Gruppengeschehens durch die persönlichen Beziehungen waren diese allerdings auch besonders belastet. Da den Gruppenprozessen die Formalisierung fehlte, kam es schnell zu persönlichen Spannungen. Viele der Entscheidungen, die mit sachlichen Argumenten begründet wurden, hatten einen persönlichen Hintergrund. So standen hinter der Abspaltung des grün-ökologischen Netzwerkes *arche* von der *Umwelt-Bibliothek* wahrscheinlich hauptsächlich nicht unterschiedliche Orientierungen bezüglich der Notwendigkeit der Vernetzung, Versachlichung und Professionalisierung der Arbeit, wie es die „Umweltblätter“ (Juni 1988: 39) darstellen wollten (vgl. Rüdtenklau 1992: 178f.), und auch nicht unterschiedliche Organisationsvorstellungen und Politikauffassungen, wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur gelegentlich behauptet wird (vgl. etwa

187 Interview mit Gerd Poppe vom 9.2.1990, (A 5).

188 Prononciert die Aussage von Michael Frenzel, *Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer*, Berlin: „Alle die, die freundschaftliche Beziehungen in einer Gruppe aufbauen konnten, die sind auch geblieben, und die das nicht konnten, also, die von ihrer Art auch nicht dazu paßten, haben nicht Fuß fassen können.“ (A 5)

Kühnel/ Sallmon-Metzner 1991: 177ff.; Wielgoths/Schulz 1995: 1982), sondern wohl vor allem persönliche Auseinandersetzungen zwischen Carlo Jordan und Wolfgang Rüdtenklau.<sup>189</sup> Auch die *Initiativgruppe Leben* in Leipzig spaltete sich von der *Arbeitsgruppe Umweltschutz* - einfache Zellteilung scheint ein wichtiges Prinzip der Verbreiterung der Gruppenszene gewesen zu sein - aufgrund persönlicher Führungsstreitigkeiten ab.<sup>190</sup> Die Szene war klein. Sympathie und Antipathie spielten eine große Rolle. Insbesondere zwischen ambitionierten Führungspersönlichkeiten waren Rivalitätskämpfe offenbar unvermeidlich.

Auf die Dominanz solcher Führungspersönlichkeiten verwiesen fast alle der 31 befragten Gruppenmitglieder. An ihnen rieb sich die Gruppe, aufgrund ihrer Sachkompetenz und Autorität waren diese Führungsgestalten teilweise aber auch in der Lage, die Gruppe zu integrieren. So bezeichneten in einer von Torsten Moritz durchgeführten Befragung die Mitglieder der *Umwelt-Bibliothek* Wolfgang Rüdtenklau als dominant, ja als autoritär. Bei ihm seien alle Informationen zusammengelaufen; seine Stellungnahme sei in den meisten Fällen ausschlaggebend dafür gewesen, wer neu in die *UB* aufgenommen wurde und wer nicht; teilweise soll er gezielt ihm genehme Personen angesprochen und zur Mitarbeit in der *UB* überredet, andere aber herausgehalten haben (Moritz 1993: 72). Nicht selten brachte die Dominanz einer starken Führungspersönlichkeit Gegenspieler hervor, die mit dieser um Einfluß und Kompetenzen rangen, wie etwa Carlo Jordan in der *UB* oder Jochen Läßig im *Arbeitskreis Gerechtigkeit*. Durch Einführung basisdemokratischer Entscheidungsverfahren versuchten einige Gruppen, das Profilierungsstreben der Führungspersönlichkeiten einzudämmen. So bediente sich der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* eines Rotationssystems, das

189 Martin Schramm, Mitarbeiter der *Umwelt-Bibliothek*, sagte zu seinem Interviewer: „Wenn du mal von Konrad Lorenz ‘Das sogenannte Böse’ - das mit den A- und B-Tieren - ausgeht, dann ist es eben immer schwierig, wenn zwei A-Tiere auf einem Haufen sind. Das ist eigentlich oft passiert. Bei Carlo und bei Wolfgang hast du nämlich so etwas genau gehabt. (...) Und das ist zum Beispiel in dem Konflikt aufgetreten, als die *arche* gegründet wurde. Die ist im wesentlichen von Carlo ausgegangen. Böse Zungen behaupten ja, daß es sich lediglich um eine persönliche Geschichte dabei handelte. (...) Es ist ganz klar, daß Carlo dabei gesehen hat, in der *Umwelt-Bibliothek* läßt sich für ihn kein Kahn mehr fahren. Also hat er auf die Rasche die *arche* gegründet (...), hat sich noch ein paar Typen genommen, die er instrumentalisieren konnte (...). Dann sind die zusammen rausgegangen, (...) weil die Zusammenarbeit unerträglich wurde.“ (A 13)

190 Vgl. auch den Bericht von Jochen Läßig: Im *Arbeitskreis Gerechtigkeit* gab es „tüchtige Auseinandersetzungen, weil eine sehr beherrschende Persönlichkeit dagewesen ist. Das ist Thomas Rudolph gewesen. Er hat versucht, ein bestimmtes Konzept durchzuziehen, und bei Durchbrechung dieses Konzepts (...) hat er uns vor das Ultimatum gestellt, auszuschneiden oder dann so mitzumachen. Dadurch kam es dann auch zur Trennung. Also, es ist eine ganz klare Dominanz dagewesen in der Gruppe *Gerechtigkeit*. (...) Drei Leute sind dann gegangen von *Gerechtigkeit*: Katrin Hattenhauer, Gesine Olfmanns und ich.“ (B 4f.)

einem einzelnen nur für begrenzte Zeit ein Mandat verlieh und einen ständigen Vorstand oder Vorsitz ausschloß (Harald Wagner, A 4). Da es in demokratischen Verfahren indes ebenfalls auf Artikulations- und Durchsetzungsvermögen ankommt, konnte die Dominanz der starken Persönlichkeiten nur begrenzt abgebaut werden. Das Bestehen auf Autonomie und Unabhängigkeit war konstitutiv für das Gruppenphänomen. Machtkämpfe zwischen den Führungspersönlichkeiten, also Kämpfe um Einfluß, Kompetenzen und Beachtung gehörten daher gewissermaßen zwangsläufig zur Gruppenszene hinzu. Diejenigen, die sich in den Gruppen sammelten, waren nicht selten Außenseiter, Individualisten, markante Persönlichkeiten, die in den Gruppen Anerkennung und Bestätigung suchten (Poppe 1988: 71). Werner Fischer urteilt über die alternative Gruppenszene: „Es war ja keine so homogene Gemeinschaft. Auch hier spielt die Eitelkeit eine Rolle, hier spielt der Egoismus eine Rolle, hier spielt der Geltungsdrang eine Rolle. (...) Ich erinnere mich beispielsweise an sehr viele Auseinandersetzungen, wo es dann immer wieder entweder im Vorfeld oder nach einer Aktion darum ging: ‘Wer hat was oder wer beabsichtigt was an die Presse zu geben?’ Dann war es die falsche Presse, (...) und dann sind die Namen nicht vollständig gekommen in der Presse. An solchen Sachen hat man sich teilweise hochgezogen.“ (B 2f.)

Man darf fragen, ob sich eine solche individualistische Orientierung mit der Verfolgung kollektiver Güter verträgt. Daß sich in den Gruppen so viele auf Profilierung bedachte Einzelpersönlichkeiten ansiedelten, steht ja in gewisser Weise im Widerspruch zur kollektiven Orientierung der Gruppen, die es erforderte, Privatinteressen zurückzustellen. Zum einen wird man in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen müssen, daß die vielfachen gesellschaftlichen und politischen Behinderungen, die die Gruppenmitglieder erfuhren, Idiosynkrasien beförderten. Zum anderen läßt sich beobachten, daß sich kollektive und private Orientierungen gar nicht ausschließen, daß viele Gruppenmitglieder vielmehr kollektive Orientierungen zum privaten Ziel gemacht haben. Das Motiv, warum man sich in den Gruppen engagierte, bestand ja vielfach darin, daß man sich in seinem Selbstverwirklichungsstreben politisch behindert fühlte. Das Engagement in den Gruppen war also in gewissem Sinne auch eine Kompensation für versagte Verwirklichungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, ein Ersatz für ausgebliebenen gesellschaftlichen Erfolg. Insofern könnte man sagen, daß sich in den Gruppen vielfach verhinderte Eliten sammelten, die aufgrund der restringierten Opportunitätsstrukturen der Gesellschaft ihren Geltungsdrang auf alternativen Wegen ausleben mußten.

Neben der Dominanz einzelner Führungspersönlichkeiten beeinträchtigten auch interne Ausgrenzungstendenzen die soziale Integrationsfähigkeit

der Gruppen. Für die von ihm untersuchte *Umwelt-Bibliothek* berichtet Torsten Moritz (1993: 71), daß es in ihr einen „inneren Kreis“ gab, der viele Entscheidungen ohne Einbeziehung der Gesamtgruppe fällte.<sup>191</sup> Ähnliches berichtet ein Gruppenmitglied über die etwa 70 Mitglieder umfassende *Arbeitsgruppe Umweltschutz* in Leipzig: „Ein Hauptfeld der Arbeit lag möglicherweise bei einer ganz kleinen Gruppe. Bei denen flossen alle Informationen zusammen, und manche fühlten sich dann ausgegrenzt.“ (zitiert nach Feldhaus 1993: 148) Und das Statut des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* legte fest, daß in das Führungsgremium der Gruppe nur aufgenommen werden konnte, wer von diesem selbst durch einstimmigen Beschluß kooptiert wurde, was praktisch die Ausschaltung der Gruppenbasis bedeutete (Erklärung 1988: 1). Eine Differenz zwischen einem internen Zirkel von aktiven und führenden Mitgliedern, die meist schon lange dabei waren, und einem Rand von nicht so aktiven Mitgliedern existierte in fast allen Gruppierungen. Obwohl sich die Gruppen als basisdemokratisch, nicht-hierarchisch, verständigungsorientiert und machtlos verstanden, lassen sich in ihnen also starke Dominanzbestrebungen von einzelnen, Machtkämpfe und Exklusions- und Abgrenzungstendenzen feststellen. Die persönlichen Beziehungen in den Gruppen, so wichtig sie für deren Zusammenhalt waren, waren also keineswegs stets durch Konsens, Verständigungsbereitschaft und personale Nähe gekennzeichnet. Vielmehr handelte es sich bei ihnen um einen durchaus ambivalenten Integrationsmodus.

Unter den drei in Frage kommenden Integrationsmodi ist Zeit der unwichtigste. Ihm kommt ebenfalls eine gewisse Ambivalenz zu. Auf der einen Seite arbeiteten diejenigen, die sich seit langem kannten, enger zusammen als die, die erst seit kurzem zu einer Gruppe gehörten, und bildeten nicht selten den „festen Stamm“ der jeweiligen Gruppe (Michael Frenzel, A 2). Auf der anderen Seite bedrohte das Vergehen von Zeit aber auch die Kontinuität der Gruppenarbeit, denn mit der Zeit wurde die andauernde Vergeb-

191 Mit den internen Abgrenzungsprozessen gingen auch Abschottungstendenzen nach außen einher. Torsten Moritz (1993: 59) meint, daß sich die UB im Laufe der Zeit, teilweise aus Angst vor der Einflußnahme der Stasi, teilweise aus der Befürchtung heraus, Ausreisewillige könnten die UB als Sprungbrett in den Westen benutzen, teilweise aber wohl auch aus dem Interesse einzelner an der Bewahrung ihrer Macht heraus, nach außen immer mehr abschloß und kaum noch Fremde hineinließ. Torsten Moritz schlußfolgert daraus - wohl zu recht -, daß sich in der UB eine „gewisse Selbstgenügsamkeit“ ausbreitete. Tatsächlich hatte sich die oppositionelle Arbeit in der UB auf einem bestimmten Niveau etabliert. Die UB nahm innerhalb der Gruppenszene DDR-weit eine Führungsrolle wahr, hatte aufgrund der Zionskirchenaffäre einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht und brauchte daher auf Mobilisierung bislang unerreichter Bevölkerungssegmente nicht mehr bedacht zu sein. Exklusionstendenzen lassen sich übrigens auch in anderen Gruppen beobachten. So spricht etwa Edgar Dusdal vom *Arbeitskreis Solidarische Kirche* davon, daß es für Leute, die dazustoßen wollten, schwierig war. „Da haben wir es oftmals nicht geschafft, uns zu öffnen.“ (A 3)

lichkeit der politischen Arbeit immer schwerer erträglich. In einer Interviewpassage, aus der oben bereits auszugsweise zitiert wurde, berichtete Gisela Kallenbach: „Ich glaube, es war '87 (...). Die Gruppen standen (...) vor der Entscheidung, machen wir weiter. Die waren derart frustriert und so am Ende, denn zehn Jahre Engagement in Sachen Umwelt im Bereich Borna, Altenburg, Böhlen, Espenhain hatten keine wirklich praktischen Veränderungen gebracht. Es war immer nur ein Kratzen an der Oberfläche. Und dadurch waren die an so einem Tiefpunkt.“ (A 2) Die in der Arbeit der Gruppen immer wieder erfahrbaren gesellschaftlichen Handlungsbeschränkungen mußten gruppenintern verarbeitet werden.

Typisch für die Geschichte der einzelnen Gruppen war eine Abfolge verschiedener Stadien. Am Anfang stand meist ein atmosphärisches Hoch. Man war froh, Gleichgesinnte gefunden zu haben, fühlte sich in seinen Anschauungen bestätigt, wollte vieles gemeinsam tun, hatte das Bedürfnis, sich kennenzulernen, und hielt die neuen gemeinsamen politischen Aktivitäten für äußerst wichtig (vgl. Pollack 1989: 135f.). Auf die Zeit der Idealisierungen folgte nicht selten eine Zeit der Krise. Die ersten Mißerfolgsereignisse stellten sich ein; so nah, wie man gedacht hatte, war man einander gar nicht; Interessen konfliktierten und ob sich mit der politischen Arbeit in der Gruppe etwas erreichen ließ, wurde zweifelhaft. Die Konflikte akkumulierten sich. In der dritten Phase entschied sich dann, ob die Krise der Konfliktakkumulation überwunden werden konnte, ob man in der Lage war, die spannungsvollen sozialen Beziehungen in der Gruppe auf Dauer zu stellen, unterschiedliche Interessen auszubalancieren, ein überzeugendes Handlungskonzept zu finden, ob der innere Zusammenhalt zu tragen vermochte und neue Hoffnung geschöpft werden konnte. Ulrike Poppe erklärte, jede Gruppe habe ihre Zeit, in der es gut gehe, dann breche sie wieder auseinander (A 11). Zu unterschiedlich seien die Bedürfnisse, die Interessen, die Weltdeutungen usw. Zu schwierig aber sei es auch, mit der andauernden Erfolglosigkeit gruppenintern umzugehen. Neben dem sozialen, dem sachlichen und dem zeitlichen Integrationsmodus der Gruppen sind wir damit auf einen weiteren Integrationsfaktor gestoßen: auf das Maß an öffentlicher Resonanz und gesellschaftlicher Wirkungsmächtigkeit. In dem Maße, wie sich äußere Erfolge einstellen, dürften sich innere Integrationsprobleme verringern. Genau genommen haben wir damit freilich nicht einen neuen Integrationsmodus ausfindig gemacht, sondern den sozialen Integrationsmodus nach interner und externer Funktion noch einmal differenziert.

Fragt man danach, wie sich sozialer und sachlicher Integrationsmodus zueinander verhalten, dann geben die befragten Gruppenmitglieder die Auskunft, daß sowohl die thematische Arbeit als auch die Gemeinschaft für sie wichtig war, bzw. daß der sachliche Aspekt gegenüber dem sozialen über-

wog.<sup>192</sup> Torsten Moritz (1993: 75; 16, Anm. 14) stellt in seiner Untersuchung hingegen fest, daß die persönlichen Beziehungen das wichtigste verbindende Element in der von ihm untersuchten Gruppe waren und der persönliche über den politischen Aspekt dominierte. Kai-Uwe Hellmann geht noch einen Schritt weiter. Er konstatiert, daß die Protestgruppen in ihrem Versuch, die DDR zu reformieren, gescheitert sind, und stellt die Frage, welchen Sinn es hatte, das nicht unbeträchtliche Risiko des Protests einzugehen, wenn dieser doch erfolglos blieb? Er antwortet auf seine Frage, daß für die alternativen Gruppen Protest ein „Selbstzweck“ gewesen sei und vor allem die Funktion der „Identitätsstiftung, Selbstbestimmung und Gemeinschaftsbildung“ erfüllt habe (Hellmann 1997: 269). Seines Erachtens bestand die Aufgabe der oppositionellen Gruppen vor allem darin, Gelegenheiten zu bieten, um sich mit Gleichgesinnten zu treffen und über die gemeinsame Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen in der DDR zu reden und sich darin wechselseitig zu bestätigen. Die Gruppen hatten vorrangig nicht eine externe, sondern eine interne Funktion (273). Auch wenn die Thesen von Hellmann vielleicht etwas überspitzt formuliert sind, so ist ihm doch darin Recht zu geben, daß die gesellschaftliche Wirksamkeit der Gruppen in der Tat außerordentlich gering war. Hierin lag der Grund dafür, daß die politischen und sachlichen Aspekte der Gruppenarbeit nicht so stark integrierend wirken konnten und der sachliche hinter den sozialen Integrationsmodus zurücktrat. Ein anschaulicher Beleg für den behaupteten Zusammenhang zwischen geringer politischer Wirksamkeit und sozialer Orientierung findet sich in einem 1988 veröffentlichten Text von Katrin Eigenfeld. Sie schreibt: „Die Aktionen nach außen (Fasten, Schweigen, Klagen, Friedensdekade, Eingaben) machen nicht allein das Wesen der Gruppe aus. (...) Das Zusammensein in der Gruppe bedeutet für uns, gemeinsam einen Weg zu suchen, aus der allgemeinen Isolation, Resignation, Angst, Hoffnungslosigkeit, Hilflosigkeit, Unmündigkeit und Sprachlosigkeit herauszukommen. (...) Mit einer Art Erfolg können wir im voraus nicht rechnen, aber es tut gut, immer wieder Menschen zu treffen, die in diesem Lande etwas tun“ (Eigenfeld u.a. 1987: 81).

Die außerordentlich geringe Wirksamkeit der Gruppen war auch der Grund, warum die Sinnwelt der Gruppen nicht jene Verbindlichkeit, Geschlossenheit und Dichte zu erreichen vermochte wie die der Opposition in Polen. Die Differenz zwischen den oppositionellen Gruppen in der DDR und Polen lag nicht, wie Helena Flam (1997: 151ff.) behauptet, darin, daß es den Oppositionsgruppen in der DDR an einer solchen kollektiven Sinnwelt und entsprechenden symbolischen Schutzmechanismen und Wertbegriffen gefehlt hätte. Die Differenz lag darin, daß die Opposition in der DDR gesell-

192 Zu diesem Ergebnis kommen auch Elvers/Findeis (1990b: 99).

schaftlich nahezu wirkungslos war und auch international - in West wie Ost - kaum wahrgenommen wurde. Aufgrund dieser mehrfachen Marginalität wäre es unsinnig gewesen, auf den Werten der Opposition mit Unbedingtheit zu beharren und sie gegen die Übermacht des politischen Systems bis zum letzten zu verteidigen. In der DDR hätte es sich nicht gelohnt, fundamentalen Widerstand zu leisten, denn für die Opposition in der DDR fehlte die Öffentlichkeit, auch die internationale, und bevor der eigene Fall bekannt geworden wäre, wäre man schon in den eisernen Mühlen des Systems untergegangen.<sup>193</sup> Daß die Gruppenmitglieder in der von mir durchgeführten Befragung der Sacharbeit und damit ihrer politischen Funktion eine größere Bedeutung zuwies als ihrer sozialen Funktion, widerspricht der behaupteten Dominanz des sozialen Integrationsmodus nicht. Die Akteure mußten darauf bestehen, daß sie mit ihren Zusammenkünften vor allem politische Anliegen verfolgten und nicht bloß Bedürfnisse nach Gemeinschaft, Solidarität und Austausch befriedigen wollten, denn ohne politische Zielstellungen hätten sie sich auch auflösen oder in Freundschaftsgruppen transformieren können.<sup>194</sup> Sie verstanden sich aber als Reformer, als die kritisch denkende Avantgarde der Gesellschaft. Diesen politischen Anspruch hätten sie aufgeben müssen, wenn sie sich ein klares Bewußtsein von ihren realen Veränderungschancen verschafft hätten. Insofern war die Illusion über die eigenen Wirkungsmöglichkeiten eine Bedingung ihrer Konstitution.

Auch wenn die personalen Beziehungen für die Integrationsfähigkeit der Gruppen wichtiger als alle anderen Integrationsmodi waren, sollte man ihre Bedeutung jedoch nicht überschätzen. In den Gruppen liefen im Laufe der Zeit immer stärker auch Formalisierungs- und Strukturierungsprozesse ab. Je umfangreicher die politische Arbeit der Gruppen wurde, je mehr die Themen, das Wissen, die Teilnehmer, die Termine zunahmen, desto nötiger wurde es, eine gewisse Ordnung einzuführen, angefangen von einer regulären Gesprächsleitung über eine längerfristige Terminplanung bis hin zu Funktionsaufteilungen (Findeis 1992: 114). Auch die persönlichen Konflikte und Machtkämpfe weckten das Bedürfnis nach Formalisierung der Grup-

193 Vgl. das Zitat eines von Helena Flam Interviewten, das diese in ihrem Beitrag selbst verwendet: „Ich habe mir das überlegt, es hätte mich genützt, die hätten mich kaputt gemacht, die sind emd stärker, und die können mich kaputt machen ... Ich wollte mich ni als Märtyrer opfern, das is völliger Unsinn ... en Gandhi oder so'n Martin Luther King, die hätten in so'nrm ostzonalen System überhaupt keen Namen gekriegt, weil da gehört och noch 'ne Fairmeß dazu, die die Engländer immer noch hatten, so 'nen Mann wie Gandhi irgendwie hochkommen zu lassen oder, ni? Man kann ja nich mal Märtyrer wern im Sozialismus.“ (Zitiert nach Flam 1997: 146f.)

194 So sagt einer der Interviewten ausdrücklich: „Politik mache ich, um die Gesellschaft zu verändern, nicht zum Selbstzweck.“ (Christoph Singelstein, *Kreis um das Friedensgebet der Golthagegemeinde*, Berlin, Interview vom 25.1.1990, A 8)

penprozesse. Manche Gruppen benannten Sprecher, die ihre Anliegen in der Öffentlichkeit, also gegenüber anderen Gruppen oder Vertretern von Kirche und Staat repräsentieren sollten. In Leipzig zum Beispiel besaß jede Gruppe einen Sprecher, der ihre Anliegen im Ausschuß *Frieden und Gerechtigkeit* der Bezirkssynode Ost zu vertreten hatte. Einige Gruppen führten basisdemokratische Verfahren ein, die die Übernahme von Mandaten regelten. Manche Gruppen entwarfen sogar so etwas ähnliches wie eine Satzung, eine Geschäftsordnung oder eine Grundsatzerklärung, so etwa die *Initiativgruppe Leben* oder der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* (vgl. Erklärung 1988; Geschäftsordnung 1989; Grundsatzerklärung 1989). Die Gruppen differenzierten sich auch in sich selbst. Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* in Leipzig zum Beispiel besaß sechs Untergruppen, unter anderem eine für Ausreise, dazu einen Sprecherrat (Unterberg 1991: 30). Ebenso entwickelten sich Funktionsaufteilungen auch in anderen Gruppen, etwa in der *Arbeitsgruppe Umweltschutz* in Leipzig oder in der *UB*, in der Ende der achtziger Jahre unterschiedliche Mitarbeiter für die Bibliothek, die Galerie oder für Redaktion und Druck zuständig waren (Moritz 1993: 59). Die Gruppenszene war also keineswegs ein Gemisch aus Aufbruchsstimmung, Gesellschaftskritik, Profilierungsstreben und Chaos. Vielmehr kamen auch in den Gruppen durch Strukturierung Integrationsleistungen zustande. Natürlich waren einige Gruppen stärker strukturiert als andere. So bestand beim *Arbeitskreis Gerechtigkeit* sogar die Gefahr der Überorganisation, der Selbstrekrutierung des Führungskreises, des Aufbaus von befehlsartigen Strukturen und des Zwangs zum Mitmachen.<sup>195</sup> Bei den meisten Gruppen aber blieb der Formalisierungsgrad relativ gering.<sup>196</sup> Es gab eine weit verbreitete Abneigung gegen Strukturen, Hierarchien, funktionale Differenzierungen, da dies diejenigen Prinzipien waren, gegen die man sich in der Gesellschaft gerade wandte. Man wollte keine Führer und keine Leiter, keine Mitgliedschaft und

195 So verstand sich der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* als ein „geschlossener Arbeitskreis“, an dessen Sitzungen nur Mitglieder teilnehmen durften (Erklärung 1988: 1). Mitarbeiter der Koordinierungsgruppe (KG) konnte man nur „nach einstimmigem Beschluß der KG“ selbst werden (ebd.). Ihr oblag „die Richtlinienkompetenz über sämtliche Arbeitsgebiete des Arbeitskreises, woraus ein Vetorecht der KG in sämtlichen Arbeitsgebieten“ resultierte (1f.). Wer sich nicht an ihre Anweisungen hielt, mußte damit rechnen, „ausgeschlossen“ zu werden. „Jeder Mitarbeiter des AKG (war) zur Teilnahme an der VV (Vollversammlung) verpflichtet.“ (2)

196 So formulierte die Grundsatzklärung der *Initiativgruppe Leben* als Leitprinzip ihres Handelns die „Förderung des Friedens, der Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ und erklärte, daß all diejenigen diesem Leitprinzip gerecht werden, „die in der Gesellschaft den Ort ihres Handelns erkennen“ (Grundsatzklärung 1989). Dieser weiten Auslegung ihres Leitprinzips entsprach die Offenheit der Gruppe nach außen. „Gäste dürfen in jeder Weise mitarbeiten und sind erwünscht.“ (Geschäftsordnung 1989: 1) Weiterhin legte die Geschäftsordnung der *Initiativgruppe* fest, daß die einzelnen Projektgruppen „eigenverantwortlich“ arbeiten, ihre Sprecher „keine Leitungsfunktion und Entscheidungskompetenz“ haben und nach einem Jahr wieder abzuwählen sind (1f.).

keine Organisationsstruktur, was dem Staatssicherheitsdienst manchmal schwer fiel zu begreifen (vgl. Rüdtenklau 1992: 160f.). Trotz des Ideals des Informellen, des Unstrukturierten und des nicht geregelten Konsenses bildeten sich aber im Interesse der Professionalisierung und Effektivierung der politischen Arbeit der Gruppen solche Formalisierungen heraus, und zwar desto stärker, je klarer die Zielorientierung war. Insofern kann man sagen, daß die politisch alternativen Gruppen sich zwischen informellen Interaktionszusammenhängen und formalisierten Organisationen bewegten. Keinesfalls lassen sie sich als reine Freundesgruppen begreifen. Vielmehr besaßen sie trotz der unübersehbaren Dominanz der Sozialdimension immer auch eine sachliche Orientierung, die für ihre Existenz und Integration konstitutiv war. Richtig ist allerdings, daß aufgrund der eingeschränkten politischen Handlungsmöglichkeiten die Sozialdimension stark überlastet war und die erforderlichen Integrationsfunktionen kaum zu bewältigen vermochte.<sup>197</sup>

### 3.6.2. Verhältnis zu anderen Gruppen

Obwohl sich die politisch alternativen Gruppen jahrelang um eine engere Vernetzung untereinander bemühten und ihren Kontakten eine stärkere Verbindlichkeit geben wollten, kam es nicht zur Entstehung einer alle Gruppen einbeziehenden Sammlungsbewegung oder einer gemeinsamen Vereinigung. Natürlich kannten viele Gruppenmitglieder sich persönlich und standen miteinander im Kontakt. Aber diese Kontakte liefen oft nur auf personaler Ebene, nicht auf Gruppenebene und hatten zumeist keine formalisierte Gestalt. Dennoch fehlte es an übergreifenden Zusammenkünften nicht völlig. Seit 1983 trafen sich die Gruppen einmal im Jahr zu dem bereits genannten Vertretertreffen *Frieden konkret*. Darüber hinaus gab es auch ein jährliches Treffen der sächsischen Basisgruppen mit dem Landesjugendpfarrer der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens. In Leipzig waren die etwa 20 Friedens-, Umwelt- und Gerechtigkeitsgruppen im Ausschuß *Frieden und Gerechtigkeit* der Bezirkssynode Ost zusammengeschlossen, in dem jede Gruppe durch einen Sprecher vertreten war (Findeis 1990: 91). In Dresden gab es für die etwa 16 dort agierenden Gruppierungen ein ähnliches Gremium, den *Arbeitskreis Frieden* (Kroh 1988a: 138). Auch die *Umwelt-Bibliothek*, in der mehr als 100 Postfächer für die Weitergabe der „Umweltblätter“ und die Einholung von Informationen aus den anderen Gruppen an die *UB* eingerichtet worden waren (Moritz 1993: 57), und das *Forschungsheim Wittenberg* stellten Koordinationsstellen der Gruppenarbeit und Umschlagplätze zur Information der Gruppen dar. Außerdem existierten auch themen-

197 Zum Verhältnis von sachlicher und sozialer Integration vgl. oben S. 54f.

spezifische Formen der Zusammenarbeit, so etwa die Zusammenkünfte der Frauengruppen, die Treffen der Wehrdienstverweigerergruppen oder das bereits benannte Netzwerk *arche* für die Umweltgruppen. Obwohl die befragten Gruppenmitglieder die Kontakte zu den anderen Gruppen als außerordentlich wichtig einschätzten (Elvers/Findeis 1990a: 58), war der Grad der Vernetzung zwischen den Gruppen jedoch insgesamt gesehen nicht besonders hoch. Die Vertretertreffen wurden von den Gruppen zwar besucht, aber nicht als Handlungsebene ernst genommen (Bickhardt 1995: 478). Auf den regionalen Zusammenkünften wie etwa dem Ausschuß *Frieden und Gerechtigkeit* in Leipzig oder dem *Arbeitskreis Frieden* in Dresden wurden oft nur technische und organisatorische, selten aber inhaltliche Fragen besprochen (Findeis 1990: 91). Die auf den überregionalen Zusammenkünften erzielten Beschlüsse besaßen nur einen geringen Verbindlichkeitsgrad. Und sehr oft scheiterten auf dieser Ebene auch die Bemühungen um eine festere Form der Zusammenarbeit, so noch im Februar 1989, als auf dem Vertretertreffen *Frieden konkret* der Vorschlag von Hans-Jochen Tschiche, eine *Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft* zu gründen, mehrheitlich abgelehnt wurde (Neubert 1997: 799).

Die Vorbehalte gegenüber einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Gruppen hatten ganz unterschiedliche Gründe. Der wichtigste Grund lag wohl in dem für die Gruppen charakteristischen Insistieren auf ihrer Selbstständigkeit und Autonomie und ihrer damit zusammenhängenden Vereinnahmungsangst. Eine übergeordnete Stelle, ein Forum mit der Fähigkeit, verbindliche Beschlüsse zu fassen, oder eine Führungsperson zu akzeptieren, wäre man niemals bereit gewesen. Jede Tendenz, die man als den Versuch zur Installierung hierarchischer Verhältnisse hätte interpretieren können, wurde sofort heftig bekämpft. Die einzig akzeptierte Handlungsebene stellten die Gruppen selbst dar. Damit hängt ein weiterer Grund für den relativ geringen Vernetzungsgrad der Gruppen zusammen: die starke Konzentration der jeweiligen Gruppe auf die eigene Arbeit (Findeis 1992: 125f.). Anderen Gruppen mißtraute man oder warf ihnen mangelnde Sachkompetenz und Seriosität vor (Gutzeit 1993: 86; Findeis 1994: 250). Am wichtigsten fand man die eigenen Projekte und Anliegen. Oft hatte man auch nicht genügend Zeit und Kraft, um über die Verfolgung des eigenen Anliegens hinaus auch noch weitere Aktivitäten mit anderen Gruppen abzusprechen und zu organisieren (Findeis 1992: 126). Nicht unterschätzen sollte man außerdem die starken persönlichen Zwistigkeiten und Animositäten zwischen den Gruppenmitgliedern sowie das starke Konkurrenzverhältnis, das zwischen den Gruppen, etwa denen in Leipzig und Berlin, bestand. Kontakte zu anderen Gruppen dienten oft weniger der Zusammenarbeit als dem Versuch, sich vor diesen zu profilieren und die ohnehin kleine Öffent-

lichkeit der Gruppenszene für sich zu gewinnen.<sup>198</sup> Die Abgrenzung von anderen Gruppen<sup>199</sup> und die Herausstellung der eigenen Gruppe - möglicherweise unter Benutzung westlicher Medien - waren dabei wichtige Mittel.<sup>200</sup> Natürlich verstärkte auch die Einflußnahme des Staatssicherheitsdienstes die Streitigkeiten zwischen den Gruppen. Der Aufbau und die Verstärkung von internen Differenzen war ein wichtiges Instrument des MfS, um die Integrationskraft der Gruppen zu schwächen (vgl. Süß 1999).

All diese Gründe wirkten zusammen und verhinderten die Entstehung einer DDR-weiten Oppositionsbewegung. Zwar gab es eine Reihe von überregionalen Zusammenkünften und persönlichen Beziehungen zwischen den Oppositionellen, und punktuell bildeten sich sogar oppositionelle Milieus heraus, etwa am Prenzlauer Berg in Berlin oder in der Mariannenstraße in Leipzig, wo die Vertreter unterschiedlicher Gruppen in engem Kontakt miteinander standen, teilweise in denselben Häusern wohnten und eine gemeinsame Lebenskultur entwickelten. Im großen und ganzen stießen die Bemühungen um eine weitergehende Zusammenarbeit und um eine straffere Organisation und Koordination der unterschiedlichen alternativen Bestrebungen jedoch schnell an eine zumeist affektiv geladene Grenze: an die Grenze der Angst vor neuer Bevormundung und Reglementierung, nun nicht durch das politische System, sondern durch die oppositionellen Gruppierungen selbst.

Kam es freilich zu offenen staatlichen Repressionen gegen Gruppierungen oder einzelnen Gruppenrepräsentanten, rückten die Gruppen wieder näher zusammen und bestärkten sich gegenseitig durch überregionale Solidarierungsaktionen.<sup>201</sup> Der äußere Druck des Staates, insbesondere die

198 Die Fortsetzung des oben bereits gebrachten Zitats von Ludwig Mehlhorn macht das deutlich: „Diese Gruppen waren ja die Öffentlichkeit, die uns zur Verfügung stand. Also mußten wir in diese Gruppen rein und mit diesen Gruppen in Kontakt und ins Gespräch kommen. Es hat allerdings kaum eine direkte Zusammenarbeit oder so etwas gegeben.“ (A 9)

199 Vgl. zum Beispiel den Unvereinbarkeitsbeschuß zwischen der *Umwelt-Bibliothek* und dem Netzwerk *arche* (Rüddenklau 1992: 178f.).

200 Werner Fischer: „Die Zerstrittenheit unter diesen Gruppen war katastrophal. Das hatte etwas mit Eifersüchtelei zu tun. 'Aha, jetzt hat diese Gruppe sich wieder in Szene gesetzt und kam in der Tagesschau.' So simpel muß man das mal sagen, denn damals in der Tagesschau zu kommen, war ja gar nicht so schwer. Man hat sich so den Rang streitig gemacht. Und man hat natürlich irgendwo, weil das einfach allen zu blöd war, versucht, das an inhaltlichen Dingen deutlich zu machen. Die letzten Ausgaben des 'Grenzfall' belegen das, wie man versucht hat, den anderen inhaltlich plötzlich in ein anderes Fahrwasser auch zu drängen, wie es an böse K-Gruppen-Zeiten der sechziger Jahre im Westen erinnert.“ (B 3)

201 Im unmittelbaren Anschluß an das eben gebrachte Zitat von Werner Fischer heißt es: „Aber immer dann, wenn Mitglieder einer Gruppe in Schwierigkeiten geraten waren, sei es durch Haft oder anderes, dann plötzlich standen alle Gruppen zusammen. Jetzt hatte man plötzlich über die Querelen hinaus wieder erkannt: der gemeinsame Feind, und jetzt müssen wir zusammenhalten.“ (B 3)

Eingriffe des Staates in die Gruppenszene sorgten oft für interne Auseinandersetzungen und Polarisierungen. Mit ihnen produzierte die staatliche Seite erfolgreich jene Spannungen, die die Außenwirksamkeit der Gruppen schwächte. Gleichzeitig wirkten sie aber auch als Integrationsfaktoren innerhalb der durch die Profilierungsbestrebungen einzelner und durch wechselseitige Berührungszustände bedrohten Gruppenzusammenhänge.<sup>202</sup>

Teilweise suchten die Gruppenmitglieder sogar internationale Kontakte zu anderen politischen Gruppierungen. So gab es enge Beziehungen zur Friedensbewegung in Westdeutschland und anderen westeuropäischen Ländern. Von dort kamen viele Anregungen für die eigene Arbeit sowie technische und materielle Hilfe. Beziehungen entwickelten sich aber auch zu den Dissidentengruppen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei (Elvers/Findeis 1990a: 58).<sup>203</sup> Schon zu Beginn der achtziger Jahre vermittelte die englische Bewegung „European Nuclear Disarmament“ Kontakte zu anderen osteuropäischen Dissidenten - eine Aufgabe, die ab Mitte der achtziger Jahre von dem „Netzwerk für den Ost-West-Dialog“ übernommen wurde (Poppe 1998).<sup>204</sup> Ideen wie die der Überwindung der europäischen Blockspaltung fanden über diesen Weg Eingang in die Diskussionen der Oppositionszirkel in der DDR. Die *IFM* hatte Kontakte zur *Charta 77* in der ČSSR. Auf den sogenannten „Prager Aufruf“ der *Charta 77* reagierte Gerd Poppe als Vertreter der *IFM* mit einem kritisch ausgewogenen Brief. Ludwig Mehlhorn unterhielt enge Beziehungen zur polnischen Opposition. Texte von Václav Havel und Jacek Kuron, Aufrufe der *Charta 77* und des *KOR* wurden übersetzt und in kleinen Auflagen - zumeist als Schreibmaschinendurchschläge - verbreitet (Mehlhorn 1995: 1420). Insgesamt waren die Kon-

202 Die im Sinne des Systems kontraproduktiven Wirkungen seiner Anstrengungen zur Überwachung und Beeinflussung der Gruppen kommen auch in der Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit anschaulich zum Ausdruck. Jeder eingeschleuste Inoffizielle Mitarbeiter stärkte die Gruppenszene. Er mußte seine oppositionelle Tätigkeit auch innerhalb der Gruppe glaubwürdig unter Beweis stellen, also durch besondere Taten von sich ablenken. Das bemerkte der Staatssicherheitsdienst in seinem Kampf gegen die „operativ-relevanten Gruppen“ übrigens selbst: „Das rechtzeitige Aufklären ihrer Pläne und Absichten durch IM, die in diese Strukturen eindringen, birgt die Gefahr in sich, daß sie selbst zu Organisatoren feindlich-negativer Aktivitäten werden, um das Vertrauen der bearbeiteten Personen zu erringen und zu bewahren.“ (Besier/Wolf 1992: 569) So liegt etwa ein in „Spuren“ - einem Samisdatpapier von 1988 - veröffentlichter Aufsatz von Monika Haeger (vgl. Haeger 1988) vor, die sich später zu ihrer Stasi-Tätigkeit bekannte. Auch die zu den kleinen Demonstrationen unauffällig unters Volk gemischten Stasi-Beobachter vergrößerten zwangsläufig die Anzahl der Demonstranten, zumal wenn man so vorging wie die Staatssicherheit am 7. Mai 1989 und im Herbst 1989 in Leipzig, als sich Hunderte von Stasi-Mitarbeitern auf der Straße befanden und damit eine Kulisse vortäuschten, die gar nicht vorhanden war.

203 Vgl. oben S. 101f., 146.

204 Es ist interessant, daß die Beziehungen zur osteuropäischen Dissidenz auf diese Weise nicht unwesentlich über westliche Organisationen liefen.

takte nach Osteuropa allerdings vergleichsweise schwach. Einmal lag dies daran, daß die DDR-Opposition von den osteuropäischen Partnern nicht sehr ernst genommen wurde. Vor allem hatte dies aber darin seinen Grund, daß die Oppositionellen in der DDR nicht nur in den Westen, sondern auch in die osteuropäischen Länder nicht reisen durften und jede Kontaktaufnahme massiv behindert wurde. Ludwig Mehlhorn (1995: 1431) zieht die Bilanz, daß es über die Rezeption hinaus „einen substantiellen Dialog (...) zwischen der polnischen und der DDR-Opposition nicht gab“.<sup>205</sup> Harald Wagner (A 2) vertritt die Auffassung, daß die wenigen bestehenden Kontakte zur Dissidenz in Osteuropa zwar psychologisch wichtig waren, sachlich allerdings weniger.

### 3.7. Zu den Außenkontakten der Gruppen

#### 3.7.1. Verhältnis zu den Ausreisewilligen

Obwohl viele Ausreisewillige in den politisch alternativen Gruppen mitarbeiteten und obwohl einige Oppositionelle - oft nach jahrelangen politischen Aktivitäten - selbst einen Antrag auf ständige Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland stellten, gehörten die Antragsteller eindeutig nicht zu den politisch alternativen Gruppen, und dies vor allem deshalb, weil sie mit ihrem Übersiedlungsgesuch den Anspruch auf Veränderung der DDR-Gesellschaft aufgegeben hatten. Zwar stellte der Ausreiseantrag durchaus eine Form des Protestes dar, die äußerst wirkungsvoll, vielleicht sogar wirkungsvoller als der Protest der politisch alternativen Gruppen war. Aber mit dem Stellen eines Ausreiseantrages gab man die DDR als Ort des eigenen Handelns auf und stellte seine persönlichen Ziele über das kollektive Ziel der Gesellschaftsveränderung. Die Vertreter der politisch alternativen Gruppen spürten genau, wieviel sie von den Ausreisewilligen trennte, und grenzten sich von ihnen immer wieder ab. Sie befürchteten, daß es durch eine Zusammenarbeit mit ihnen zu einer Relativierung der von ihnen vertretenen Anliegen käme,<sup>206</sup> hielten die Ausreise für eine Aufkündigung der Gemeinschaft und Solidarität mit denjenigen, die in der DDR blieben, und kritisierten die Ziele der Ausreiser als egoistisch (Dietrich 1995: 610f.). Obwohl Oppositionelle wie Ausreiser in ihrer Ablehnung des real existierenden Sozialismus übereinstimmten, trennte sie doch die Bereitschaft zur

205 Vgl. oben S. 101.

206 Vgl. Christoph Motzer „Die aktuelle Problematik der Ausreisewilligen darf nicht die Arbeit vorhandener Gruppen ins Abseits drängen.“ (in: Kontakt, Mai 1988)



Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung voneinander. Während die einen privat handelten, handelten die anderen politisch.<sup>207</sup>

Andere Vorbehalte gegenüber den Ausreisewilligen betrafen die Illegalität ihres Anliegens. Die politisch alternativen Gruppen bemühten sich darum, im Rahmen der Gesetze der DDR zu handeln, und befürchteten durch eine Zusammenarbeit mit Ausreisewilligen eine Gefährdung der Legalität ihres politischen Engagements. Außerdem warfen sie den Ausreisewilligen vor, daß sie mit ihrer Ausreise das kritische Potential in der DDR verkleinern würden (U. Poppe 1995: 264). Andererseits erkannten viele oppositionelle Gruppen das Mobilisierungspotential, das die Ausreiser darstellten, und versuchten, durch Zusammenarbeit mit ihnen ihre eigene öffentliche Wirksamkeit zu erhöhen.<sup>208</sup> Darüber hinaus wurde das Recht auf Freizügigkeit von den oppositionellen Gruppen nie bestritten. Schließlich wurde das Stellen eines Ausreiseantrages aber auch dann als legitim anerkannt, wenn die Grenzen des Erträglichen für die Betroffenen überschritten wurden und etwa Familienmitglieder unter Druck gesetzt oder schulisch und beruflich benachteiligt wurden (Neubert 1997: 531).

So bestand zwischen Oppositionellen und Ausreisern also ein permanenter Konflikt, der auch dann nicht zu lösen war, wenn man sich zur Zusammenarbeit entschloß. Auf der einen Seite traf man sich in der Ablehnung des Systems, auf der anderen Seite war die moralische Legitimität des Ausreisebegehrens zwischen ihnen umstritten. Die Oppositionellen verteidigten in diesem Streit ihren Platz in der DDR hartnäckig. Sie verstanden die Veränderung der DDR als den genuinen, nicht aufgebaren Auftrag ihres politischen Handelns. Dabei gingen sie so weit, ihre Verbundenheit mit der DDR selbst gegenüber den Vertretern von SED und Staat zu bekunden, die ihnen nicht selten die Ausreise anboten und sie mit Versprechungen und Druck aus dem Lande zu treiben versuchten. Die Ausreisewilligen hingegen hatten die DDR aufgegeben, sie wollten sie nicht mehr verändern, sondern verlassen und protestierten häufig nur, um in den Westen zu gelangen und ihre Ausreise zu beschleunigen.

Dabei war ihr Protest nicht selten radikaler und kompromißloser als der der Oppositionellen, da sie oft nichts mehr zu verlieren hatten. Auf diese Weise spornten sie die politisch alternativen Gruppen wiederum an und motivierten sie, ihren Protest ebenfalls zu radikalieren.<sup>209</sup> Zugleich bot die Möglichkeit der Ausreise für all diejenigen, die zu bleiben beabsichtigten, eine Art Rettungsanker: Wenn aufgrund des gesellschaftskritischen Engagements die Situation unerträglich zu werden drohte, konnte man noch immer einen Ausreiseantrag stellen, um den unzumutbaren Zuständen zu entkommen. Das wußte man, und das dürfte die Bereitschaft zum oppositionellen Engagement ebenfalls gestärkt haben. Die Möglichkeit der Abwanderung wirkte also ambivalent: Sie wirkte protestschwächend, insofern die Ausreiser das Protestpotential verkleinerten; sie wirkte protestverstärkend, insofern es oft die Ausreiser waren, die im Protest vorangingen, und insofern man aufgrund der Abwanderungsmöglichkeit in seinem gesellschaftskritischen Engagement mehr riskieren konnte. Deshalb sollte man nicht bloß die negativen Folgen der Abwanderungsmöglichkeiten für oppositionelles Handeln sehen, sondern auch die positiven.<sup>210</sup> Die Abgrenzung von den Ausreisern und ihre moralisierende Verurteilung waren zwar notwendig, um sich vor der Versuchung des Ausweichens zu schützen und die Gruppenbindung zu stärken. Aber die Möglichkeit zur Abwanderung machte vielen zugleich auch Mut und trug zur Radikalisierung des Protestes bei.

Ein weiterer Grund, warum viele der Oppositionsgruppen zu den Ausreisewilligen auf Distanz gingen, bestand darin, daß die Antragsteller zu meist aus einem ganz anderen Milieu als die Oppositionellen stammten (Neubert 1997: 672). Sie kamen mehrheitlich aus den angepaßten, gesellschaftlich stark integrierten, bessergestellten Schichten der Bevölkerung, die in ihrem Streben nach Selbstverwirklichung, beruflicher Weiterentwicklung und Konsum an Grenzen gestoßen waren und nun durch das Stellen eines Ausreiseantrages nach neuen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung suchten. Das Motiv ihrer Abwanderung hatte zwar durchaus etwas mit den politischen Verhältnissen in der DDR zu tun, war aber vor allem ökonomisch bedingt.<sup>211</sup> Oft nutzten die Ausreiser die Anbindung an die Gruppen

gaments die Situation unerträglich zu werden drohte, konnte man noch immer einen Ausreiseantrag stellen, um den unzumutbaren Zuständen zu entkommen. Das wußte man, und das dürfte die Bereitschaft zum oppositionellen Engagement ebenfalls gestärkt haben. Die Möglichkeit der Abwanderung wirkte also ambivalent: Sie wirkte protestschwächend, insofern die Ausreiser das Protestpotential verkleinerten; sie wirkte protestverstärkend, insofern es oft die Ausreiser waren, die im Protest vorangingen, und insofern man aufgrund der Abwanderungsmöglichkeit in seinem gesellschaftskritischen Engagement mehr riskieren konnte. Deshalb sollte man nicht bloß die negativen Folgen der Abwanderungsmöglichkeiten für oppositionelles Handeln sehen, sondern auch die positiven.<sup>210</sup> Die Abgrenzung von den Ausreisern und ihre moralisierende Verurteilung waren zwar notwendig, um sich vor der Versuchung des Ausweichens zu schützen und die Gruppenbindung zu stärken. Aber die Möglichkeit zur Abwanderung machte vielen zugleich auch Mut und trug zur Radikalisierung des Protestes bei.

210 Ich nehme damit die Diskussion über den Zusammenhang zwischen *exit* und *voice* nochmals auf (vgl. oben S. 12, Anm. 12). Erleichterte Abwanderungsmöglichkeiten können den systeminternen Protest sowohl befördern als auch schwächen. Ebenso kann die Erhöhung der Abwanderungsbarrieren sowohl zu verstärktem systeminternen Protest als auch zu erhöhter Anpassungsbereitschaft führen. Welche Effekte eintreten, ist unter theoretischer Perspektive also offen. Es scheint daher sinnvoll zu sein, die Rahmenbedingungen, unter denen sich *exit* oder *voice* vollziehen, genauer zu bestimmen. Genau darin liegt ja auch das Problem der Anwendung des Hirschmann'schen Modells, das liberale Wirtschaftsverhältnisse voraussetzt, auf die DDR. Man könnte dann annehmen, daß auf den jeweiligen Zusammenhang zwischen *exit* und *voice* einen Einfluß hat, wie hoch jeweils die Kosten für die beiden Optionen sind. Wenn Abwanderung sehr hohe Kosten verursacht, die Kosten für *voice* hingegen niedriger liegen, wird der Akteur zu *voice* neigen. Und vice versa. Sind sowohl die Kosten für Abwanderung als auch für Protest hoch, wie im Fall der DDR, ist hingegen angepaßte Bewegungslosigkeit die wahrscheinlichste Verhaltensvariante.

211 Die Unzufriedenheit mit der Versorgungslage, mit dem Dienstleistungsangebot und der medizinischen Betreuung in der DDR nahm nach Erkenntnissen der Staatssicherheit unter den Ausreisemotiven den ersten Rang ein (Mitter/Wolle 1990: 142). Allerdings beeinflussten auch „Zweifel an der Perspektive und Sieghaftigkeit des Sozialismus“ sowie die Unzufriedenheit

207 Vgl. etwa die Ansprache von Jochen Läßig im Friedensgebet vom 14.11.1988 in der Nikolaikirche in Leipzig, zitiert auf S. 114, Anm. 87.

208 Vgl. oben S. 116, Anm. 94.

209 So Bernd Oehler im Ost-West-Diskussionsforum 1/1988, 5.

nur, um ihr Ausreisebegehren zu befördern. Und selbst dann, wenn sie selbst Gruppen bildeten, verfolgten diese in der Regel doch nicht das Ziel, zur gesellschaftlichen Veränderung beizutragen, sondern das, auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Die politisch alternativen Gruppen wehrten sich dagegen, von den Ausreisewilligen für deren Ziele mißbraucht zu werden. Sie akzeptierten die Ausreisemöglichkeit als ein Menschenrecht und führten die zunehmende Zahl von Ausreisewilligen in der DDR auf ungelöste Probleme in der DDR-Gesellschaft zurück (Meckel 1984: 128). Aber - so läßt sich zusammenfassend feststellen - sie lehnten den Versuch, gesellschaftliche Probleme nur privat lösen zu wollen, als eine Form der Verantwortungsverweigerung ab, interpretierten die Abwanderung in den Westen als eine Aufkündigung der Solidarität mit den Hierbleibenden und befürchteten im Falle der Zusammenarbeit mit den Ausreisewilligen, gesellschaftlich noch weiter als bisher isoliert zu werden. So überwog bei den politisch alternativen Gruppen die Abgrenzung gegenüber den Ausreisern. Die von Ehrhart Neubert (1997: 671) aufgestellte Behauptung, es hätte ein „breites organisiertes Zusammengehen von Ausreisewilligen mit der Opposition“ gegeben, ist falsch. Zwar fanden sich sowohl in Leipzig als auch in Berlin und in anderen Städten der DDR immer wieder einzelne oppositionelle Gruppen, die mit den Ausreisewilligen zusammenarbeiteten und sich für ihre Integration einsetzten, etwa der *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* oder die *Initiativgruppe Leben in Leipzig*<sup>212</sup> sowie das Grüne Netzwerk *arche* oder die *Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* in Berlin. Die Mehrheit der politisch alternativen Gruppen aber sprach sich gegen eine zu enge Zusammenarbeit mit Ausreisewilligen aus und äußerte Vorbehalte gegen ihre Integration (U. Poppe 1995: 264). Ja, einige Berliner Gruppen traten aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration sogar als entschiedene Gegner einer Öffnung gegenüber den Ausreisewilligen auf,<sup>213</sup> etwa die *Umwelt-Bibliothek*, der *Friedrichsfelder Friedenskreis* und die *Kirche von Unten*. Wenn man sich für ihre Integration einsetzte, mußte man stets mit Gegenargumenten rechnen und hatte sein Votum besonders zu begründen.<sup>214</sup> Die Mehrheit der Gruppenmitglieder traute ihnen nicht, da sie perspektivisch andere Zielstellungen verfolgten

---

mit der Medienpolitik der DDR den Wunsch nach ständiger Ausreise aus der DDR (146f).

212 Vgl. oben S. 113ff., bes. 116f.

213 Vgl. oben S. 112f.

214 So sprach sich der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* dafür aus, Antragsteller nicht auszugrenzen und moralisch zu diskreditieren, da die Antragstellung Ausdruck der „gesellschaftlichen Krise“ sei (*Arbeitskreis Solidarische Kirche, Regionalgruppe Thüringen, Erklärung zur Ausreiseproblematik*, zit. nach Neubert 1997: 676). Eine solche Argumentation weist freilich darauf hin, daß Ausgrenzung und Diskreditierung damals weit verbreitet waren.

und ihr gesellschaftskritisches Engagement zeitlich befristet war. Charakteristisch war daher, daß man in der Regel selbst dort, wo man sich ihnen öffnete, darauf verzichtete, sie mit verantwortlichen Positionen, etwa denen eines Sprechers der Gruppe, zu betrauen.

### 3.7.2. Verhältnis zur Kirche

Das Verhältnis der Gruppen zur Kirche war für ihre politische Arbeit von eminenter Bedeutung. Wenn sie selbst auf die Herstellung von Öffentlichkeit drängten, diese Öffentlichkeit aber durch das offizielle System besetzt war, dann bedurften sie eines nichtstaatlich reglementierten Wirkungsraumes, in welchem sie ihre Anliegen öffentlichkeitswirksam vertreten konnten, und dann konnte die ständige offene Konfrontation zwischen den Gruppen und der zentralistischen Hierarchie nur vermieden werden, wenn es zwischen ihnen eine Art Pufferzone und Vermittlungsinstanz gab. Die Kirche erfüllte für die politisch alternativen Gruppen genau diese beiden Funktionen: Sie war die nichtstaatliche Plattform zur Verbreitung ihrer politischen Ziele an ein größeres Publikum, bot ihnen Räume, Vervielfältigungstechnik, Kommunikationsmöglichkeiten und Veranstaltungsgelegenheiten, und sie gewährte den Gruppen Schutz gegenüber dem staatlichen Zugriff und trat für sie bei staatlichen Stellen ein. Den Gruppenmitgliedern war durchaus bewußt, daß sie auf den Schutz und die Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten, die die Kirche ihnen bot, angewiesen waren. Zugleich aber definierten sich die Gruppen, unabhängig davon, in welcher Nähe zur Kirche sie sich bewegten, als autonom. Auch von der Kirche wollten sie nicht bevormundet oder reglementiert werden. Aus diesem Widerspruch zwischen der Abhängigkeit der Gruppen von der Kirche und ihrem Insistieren auf formale und inhaltliche Unabhängigkeit ergaben sich viele Konflikte, die teilweise so weit führten, daß die Gruppen sich von ihrer Bindung an die Kirche befreien wollten und nach Wirkungsräumen außerhalb der Kirche suchten.

Ob dabei die Gruppen besser mit den Gemeinden oder besser mit der Kirchenleitung auskamen, läßt sich aufgrund der Interviewaussagen nur schwer beurteilen. Auf jeden Fall bestanden Spannungen nicht nur zu den Vertretern der Amtskirche, sondern auch zu den traditionell orientierten Gemeinden,<sup>215</sup> obschon die letzteren eher sekundär gewesen zu sein scheinen (Elvers/Findeis 1990a: 61). Immer wieder wiesen die Interviewten darauf hin, daß es einzelne Pfarrer oder Gemeinden gab, die sich ihren Anliegen öffneten und ihre Arbeit unterstützten. Katrin Eigenfeld (1987: 81)

---

215 Harald Wagner (A 4) meint sogar, die Kirchenleitungen und die Gruppen hätten sich untereinander viel besser verstanden als die Gruppen und die Gemeinden.

machte sogar geltend, daß es stets vom Kontakt zum einzelnen Pfarrer oder Kirchenleitungsmitglied abhing, ob eine Gruppe unterstützt wurde oder nicht. Die Gruppen besaßen im Raum der Kirche also sowohl in den Gemeinden als auch auf kirchenleitender Ebene sympathisierende Fürsprecher, mit denen es einen intensiven Gedankenaustausch gab, die die Anliegen der Gruppen unterstützten und die auch in politischen und persönlichen Krisensituationen für die Gruppenmitglieder ansprechbar waren (Elvers/Findeis 1990a: 60, 63).<sup>216</sup> Fehlte ein solcher Fürsprecher, war es für die Gruppen häufig schwierig, ihre Anliegen kirchlich durchzusetzen.

Um die Konflikte mit der Kirche zu beschränken, wurden Spielregeln des Umgangs miteinander entwickelt (Elvers/Findeis 1990a: 62f.). Aber nicht nur die kirchliche Seite beklagte sich über die Gruppen und ihre mangelnde Verbindlichkeit hinsichtlich getroffener Absprachen (vgl. Falkenau 1985: 156f.), sondern auch die Gruppen kritisierten das Handeln der Kirche. Ihre Kritik richtete sich vor allem darauf, daß sich die Kirche nicht genügend für die Anliegen der Gruppen einsetze, den Forderungen des Staates zu weit entgegenkomme und sich von ihm zur Disziplinierung der Gruppen mißbrauchen lasse (Elvers/Findeis 1990a: 63). Die Kirche finde sich nicht genügend bereit, die kritischen Punkte in der Gesellschaft anzusprechen und angesichts der eingeschränkten gesellschaftlichen Möglichkeiten Raum für die freie politische Willensbildung bereitzustellen (Ludwig Mehlhorn, A 11). Statt dessen mache sie den Gruppen das Leben schwer und verlange ihre Bindung an Bibel und Evangelium.

Dabei ist auffällig, daß die Mitglieder von kirchennäheren Gruppen häufiger auf Konflikte mit der Kirche hinwiesen als die Mitglieder kirchenfernerer Gruppierungen (Elvers/Findeis 1990a: 65). Gruppenmitglieder, die ihre Eigenständigkeit gegenüber der Kirche herausstellten - obschon natürlich auch sie nicht unabhängig von der Kirche, ihren Kommunikationsmöglichkeiten, ihren Räumen und ihrem rechtlichen Schutz agierten - berichteten oft von positiven Erfahrungen mit der Kirche (63). Sie erwarteten von ihr nicht, daß sie die Rolle der Opposition in der Gesellschaft übernimmt, sondern begnügten sich damit, daß die Kirche gesellschaftliche Defizite ausglich, den Gruppen Handlungsmöglichkeiten einräumte und Vermittlungsfunktionen wahrnahm. Der größere Abstand bewirkte also auch eine gewisse Entspannung. Die kirchennäheren Gruppen und kirchenverbundeneren Gruppenmitglieder dagegen appellierten an die politische und gesellschaftliche Verantwortung der Kirche, forderten für ihr politisches Engagement die Unterstützung der Kirche, ja erwarteten, daß sie sich an die Spitze des Pro-

216 In Leipzig zum Beispiel waren es von den etwa 60 Pfarrern vielleicht fünf oder sechs, die sich für die Belange der Gruppen einsetzten.

testes stelle.<sup>217</sup> Insbesondere sie behandelten die Kirche nicht selten als eine Art Sündenbock, der für all die Bevormundungserfahrungen, die man in der Gesellschaft zu machen hatte, verantwortlich sei. Die Strukturen der Kirche behinderten die freie Kommunikation, das Mündigwerden des einzelnen, die Solidarität untereinander, so formulierte es der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* in seiner Basiserklärung (Solidarische Kirche 1988: 20). Die Kirche regiere in die Gruppen hinein, ihre Vertreter verhinderten den gesellschaftlichen Wandel, tabuisierten die gesellschaftlichen Probleme usw., so sagten es die interviewten Gruppenmitglieder (Michael Frenzel, A 3, 12; Edgar Dusdal, A 1; Ludwig Mehlhorn, A 1, 11). Woran man in der Gesellschaft litt, wurde auf die Strukturen und das Handeln der Kirche zurückgeführt. Zuweilen hat man den Eindruck, als fungierte die Kirche für die alternativen Gruppen als eine Art Ersatzgegner, an den man all jene Beschwerden adressierte, die man öffentlich nicht aussprechen konnte. Unlogisch wäre das nicht: Während man die Staatsvertreter mit seiner Kritik nicht zu erreichen vermochte und jeder Protest wirkungslos an der Indifferenz der staatlichen Machthaber abprallte, hatte man in der Kirche einen verletzbaren Gesprächspartner. Die Kirche konnte man provozieren, sie konnte man verunsichern, mit ihren Vertretern konnte man streiten, sie konnte man unter Druck setzen und über den Druck, den man auf sie ausübte, konnte man sogar gesellschaftlich Einfluß nehmen (Albani 1992: 35). Sie zu kritisieren, hatte Sinn. So wurde viel von der Unzufriedenheit, die eigentlich gesellschaftliche Ursachen hatte, auf die Kirche zurückgeführt, da die eigentliche Adresse nicht ansprechbar war. Die Kirche war insofern nicht nur Schutz- und Vermittlungsinstanz, nicht nur Handlungsraum, Plattform und Relaisstation, sondern auch Transportmittel zur Weitergabe des politisch alternativen Veränderungsdrucks an Staat und Gesellschaft.

Im übrigen gab es im Verhältnis zwischen Gruppen und Kirche beträchtliche regionale Unterschiede. In Dresden zum Beispiel wie überhaupt in Sachsen war das Verhältnis vergleichsweise gut (Kroh 1988a: 138), in Mecklenburg war es ebenfalls nicht schlecht (Meckel/Gutzeit 1994: 121), in Berlin hingegen waren größere Auseinandersetzungen an der Tagesordnung. Dies hing zum einen am Einfluß von kirchlichen Einzelpersonen wie etwa Superintendent Christof Ziemer, der in Dresden vermittelnd wirksam werden konnte, zum anderen aber auch daran, inwieweit formelle Regelungen zwischen Gruppen und Kirche entwickelt werden konnten und wechselseitig respektiert wurden (ebd.).

217 Sofern die Gruppen die Kirche auf ihren theologischen Auftrag hin ansprachen und ihr vorwarfen, sie würde ihrem Auftrag nicht gerecht werden, wird man den Konflikt zwischen Kirche und Gruppen unter anderem als eine Form des klassischen Konflikts zwischen Institution und Charisma, zwischen verfestigter Organisation und geistiger Emanzipation interpretieren können (vgl. Pollack 1989: 146).

Bezüglich der Beteiligung am Konziliaren Prozeß<sup>218</sup> war das Verhältnis zwischen kirchennäheren und kirchenferneren Gruppen umgekehrt wie hinsichtlich der Einstellung zur Kirche. In diesem Falle waren es die kirchennäheren Gruppen, die sich stärker engagierten, während die kirchenferneren Gruppen den Konziliaren Prozeß mehr als eine Angelegenheit der Kirche betrachteten und sich daher stärker zurückhielten (Elvers/Findeis 1990a: 70). Die insgesamt feststellbare Zurückhaltung der Gruppen gegenüber dem Konziliaren Prozeß ist bemerkenswert, denn die Themen des Konziliaren Prozesses stimmten mit denen der Gruppen genau überein. Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sowie Gerechtigkeit in der DDR - das waren die zentralen Themen des Konziliaren Prozesses und zugleich die thematischen Anliegen der Gruppen. Der Grund für die auffällige Distanz der Gruppen gegenüber dem Konziliaren Prozeß lag zum einen in einer starken Konzentration auf die eigenen Aktivitäten, die kaum Zeit und Kraft für andere Projekte ließ, zum anderen hing die Bereitschaft zur Beteiligung am Konziliaren Prozeß aber auch davon ab, ob man in die Dresdener Kerngruppe integriert war oder nicht (Harald Wagner, A 5). Offenbar hatten manche Gruppen auch das Gefühl, nicht genügend beteiligt worden zu sein. Sofern sich die Gruppen indes im Rahmen des Konziliaren Prozesses engagierten, war die inhaltliche Übereinstimmung mit seinen Anliegen ein wichtiges Motiv. Daneben suchten sie das öffentliche Forum, das mit den während des Konziliaren Prozesses durchgeführten ökumenischen Versammlungen gegeben war (Elvers/Findeis 1990a: 72).<sup>219</sup>

### 3.7.3. Verhältnis zum Staat und zur SED

Mit ihrem Anspruch auf Autonomie und Selbstorganisation waren die Gruppen, ob sie es wollten oder nicht, ein Affront zum System. Da sie sich grundsätzlich nicht integrieren lassen wollten, sondern auf ihrer Selbständigkeit bestanden, fielen sie aus dem umfassenden Organisations- und Steuerungsanspruch des politischen Regimes heraus und waren daher von den Vertretern des Regimes, die alle gesellschaftlichen Phänomene in ihr Freund/Feind-Schema einordnen mußten, nur noch als Feinde der Gesellschaft wahrnehmbar. Sie selbst definierten sich freilich zumeist nicht als

218 Vgl. oben S. 130f.

219 Auf die Frage nach den Gründen, warum sich ihre Gruppe am Konziliaren Prozeß beteiligte, sagte Gisela Kallenbach, *Arbeitsgruppe Umweltschutz*, Leipzig: „Wir sahen eigentlich dort einen ganz wichtigen Weg, die Dinge mehr an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch wenn es eine letztlich rein kirchliche Veranstaltung war oder ein kirchlicher Prozeß, so wollten wir oder hofften, setzten einfach darauf, daß die Ergebnisse, wenn sich also eine gesamte Kirche hinter etwas stellt, dann auch mehr in die Öffentlichkeit gelangen.“ (A 5)

Feinde, sondern versuchten, in die geschlossene Organisationsgesellschaft hineinzukommen, die restriktiven Opportunitätsstrukturen aufzubrechen, durch Eingaben, Papiere und Aktionen Einfluß auf staatliche Entscheidungen zu nehmen und zu den staatlichen Stellen Kontakt herzustellen oder sogar mit ihnen zusammenzuarbeiten.<sup>220</sup> Aus dem Bemühen um Kontakte und Dialog mit Staat und Partei erklärt sich auch das Drängen der Gruppen auf Legalität ihrer politischen Aktivitäten<sup>221</sup> und auf Anerkennung als eigenständige politische Kraft.<sup>222</sup> Hätte man sich außerhalb der Gesetze der DDR gestellt, wäre die Möglichkeit, von der anderen Seite als Gesprächspartner akzeptiert zu werden, von vornherein verspielt gewesen. Den Kontakt zu den staatlichen Institutionen aber suchte man, da man auf diese Weise hoffte, Einfluß auf die gesellschaftlichen Prozesse nehmen zu können, und weil alle gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten in diesen Institutionen zentralisiert waren. Nur eine Minderheit unter den Gruppen lehnte den Dialog mit der Staatsmacht ab.<sup>223</sup> In der Regel bemühte man sich um ihn, auch wenn oder gerade weil er kaum zustande kam.<sup>224</sup>

220 Wolfgang Rüddeklaue in einem Gespräch im September 1990 in Leipzig. Selbst die konfrontationsbereite *Initiativgruppe Leben* schloß die Kooperation mit staatlichen Stellen nicht aus. Vgl. die Grundsatzklärung der *Initiativgruppe Leben*, die gemäß der Erläuterung ihres Leitprinzips, daß all diejenigen den Frieden, die Gerechtigkeit und die Bewahrung der Umwelt fördern, die „in der Gesellschaft den Ort ihres Handelns erkennen“, auch das „partnerschaftliche Zusammenarbeiten mit kommunalen und staatlichen Einrichtungen“ unter den Konkretisierungen dieses Leitprinzips aufzählt (Grundsatzklärung 1989).

221 So erklärte Ulrike Poppe (1995: 250f.): Man bewegte sich zwar „an der Grenze zur Illegalität“. Aber „niemand hatte den Ehrgeiz, die Bewegung mit Märtyrern zu schmücken“. „Eindeutig illegale Methoden“ wollten die Gruppen „möglichst vermeiden“. Bärbel Bohley sieht diese Orientierung der Gruppen auf die Respektierung der Legalität im nachhinein kritisch: „Man wollte sozusagen immer die Gesetze einhalten. (...) Es hat eine Weile gedauert, bis wir eingesehen haben, man muß auch manchmal gegen die Gesetze verstoßen, was zum Beispiel die Herstellung von Zeitungen usw. anbelangt.“ (A 4)

222 So auch der Staatssicherheitsdienst: „Sie wirken ständig darauf hin, ihre Legalität zu erreichen und als selbständige politische Kraft anerkannt zu werden.“ Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung. Diss., Juristische Hochschule des MfS, Potsdam 1988, 112, Anm. 1, zit. nach U. Poppe 1995: 249.

223 Vgl. den Spruch von Cornelia Fromme, der im September 1989 an einem Außenfenster der Leipziger Nikolaikirche angebracht war:

„Wir wollen keinen Dialog mit denen,  
die unsere Freunde vorprügeln  
und einsperren.

Wir wollen unsere Freunde wieder um uns haben!

Erst dann werden wir reden.

Für freie Menschen in einem freien Land.“ (zit. nach Schwabe 1994a: 10)

224 Allerdings war das Mißtrauen der Gruppen gegenüber dem Machtapparat in der DDR in der Regel so groß, daß man nachhaltige Veränderungen meist nur noch „jenseits der bestehenden Machtstrukturen erwartete“ (U. Poppe 1995: 262).

Dennoch wird man die politisch alternativen Gruppen als Gegner des realsozialistischen Systems ansprechen müssen. Auch wenn sie im Interesse der Einflußnahme auf die Gesellschaft den Kontakt zu staatlichen Stellen suchten, standen sie den realsozialistischen Verhältnissen doch äußerst kritisch gegenüber. Allerdings besaß ihre Gegnerschaft gegenüber dem politischen System unterschiedliche Ausprägungen. Zumindest drei verschiedene Haltungen lassen sich unterscheiden.

Gruppen, deren politische Ziele relativ konkret bestimmt waren, etwa Wehrdienstverweigerergruppen, Umweltgruppen oder auch einige Dritte/Welt-Gruppen, machten nicht das gesamte System zum Gegenstand ihrer Kritik, sondern konzentrierten sich darauf, die Veränderungsmöglichkeiten in den sie interessierenden Bereichen auszutesten. Die *Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua* arbeitete mit dem staatlichen Solidaritätskomitee zusammen, um Hilfsgüter nach Lateinamerika schicken zu können.<sup>225</sup> Die Leipziger Gruppe *Frauen für den Frieden* schrieb an staatliche Stellen Eingaben zur Kindergartenerziehung und organisierte Gespräche mit dem Kreisschulrat und der verantwortlichen Referentin für Vorschulerziehung.<sup>226</sup> Die *Arbeitsgruppe Umweltschutz*, ebenfalls in Leipzig, erarbeitete Situationsanalysen, veranstaltete Seminare zu Ökologithemen und bemühte sich um Kontakte zum Kulturbund (Gisela Kallenbach, A 3f.). Auseinandersetzungen über die Legitimität der Machtverhältnisse oder den Sinn des Sozialismus wurden in diesen Gruppen kaum geführt (A 4f.). Christoph Singelstein, dessen Gruppe sich mit Fragen der Volksbildung beschäftigte, antwortete auf die Frage nach dem Verhältnis seiner Gruppe zum Sozialismus und zur SED: „Nein, das war kein Thema. Sozialismus war kein Thema. Was Thema war, immer wieder - und insofern hatten wir natürlich eine Position zur SED -, das war die ganze Frage der Entmilitarisierung in den Schulen und in der Pionierarbeit und FDJ-Arbeit und diese Dinge. (...) Und da waren wir nun alles andere als SED-freundlich. Aber es war nicht so, daß wir dabei im Sinne eines politischen Programms eine klare Linie zur SED bezogen haben. Dafür war weder die Zeit noch die Notwendigkeit.“ (A 3)

Neben Gruppen, die ihre Kritik an der DDR auf bestimmte Aspekte bezogen, gab es andere Gruppen, die eine partielle Übereinstimmung zu Elementen des Systems herstellten, insbesondere zu seinen ideologischen Grundlagen. Diese Gruppen lehnten zwar die politische Praxis des Systems grundsätzlich ab, nicht aber die Werte und Ideale, auf die sich das System berief.<sup>227</sup> Ihre Ziele waren weiter gesteckt als die der Gruppen, die nur aus-

225 Interview mit Knut Konerding, *Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua*, Leipzig, vom 27.1.1990 (A 1).

226 Interview mit Ute Leukert, *Frauen für den Frieden*, Leipzig, vom 28.1.1990 (A 3).

227 Rüdtenklau (1992: 13) meint, die alternativen Gruppen seien nicht als die „Totengräber der

gewählte Aspekte des politischen Systems zum Gegenstand ihrer Kritik machten. Häufig handelte es sich dabei um Gruppen, die einen hohen theoretischen Anspruch hatten, sich mit umfassenden gesellschaftlichen Konzepten beschäftigten und zu linksorientierten Gesellschaftsvorstellungen neigten. Mit ihrer Vision von einem machtfreien, humanen und demokratischen Sozialismus verfolgten sie oft gesellschaftsutopische Ziele. An dem Weg der DDR zum Sozialismus hatten sie durchaus ein Interesse, sahen sie darin doch eine Möglichkeit, auch den Zwängen der modernen Gesellschaft zu entkommen. Was sie an der DDR-Gesellschaft kritisierten, war ihre Überorganisiertheit, die systemische Reglementierung der Lebenswelten. Insofern die DDR darin mit der modernen westlichen Gesellschaft übereinstimmte, konnten sie die westliche Zivilisationskritik übernehmen. Obwohl sie ihre Argumentationsmuster in starkem Maße der links-alternativen Kritik des Westens an sich selbst entlehnten, bezogen sie ihre gesellschaftliche Kritik doch vor allem auf die DDR. Gleichzeitig konnten sie sie jedoch auch auf die moderne Zivilisation und damit auch auf den westlichen Modernisierungspfad ausdehnen. Zu diesen zivilisationskritischen, für einen demokratischen Sozialismus eintretenden Gruppen gehörte zum Beispiel die *Umwelt-Bibliothek* in Berlin, die *Kirche von Unten*, die Gruppe *Gegenstimmen*, der *Arbeitskreis Solidarische Kirche*, die *Arbeitsgruppe Umweltschutz* und andere Gruppen, wobei die hier skizzierte Haltung insbesondere unter den vor 1955 geborenen älteren Oppositionellen verbreitet war. Auch die zivilisationskritischen Gruppen definierten sich zumeist nicht als Opposition.<sup>228</sup> Sie strebten nicht die Aufhebung des Sozialismus an und schon gar nicht eine Machtübernahme, sondern die Überwindung von Machtverhältnissen überhaupt. Zuweilen wollten sie nicht unbedingt die Machtverhältnisse antasten, sondern die Gesellschaft von unten her verändern, durch 'Graswurzelarbeit' (Templin 1988: 75).

Eine kompromißlos oppositionelle Haltung bezog nur eine relativ kleine Zahl von Gruppen. Bei ihnen handelte es sich zumeist um Menschenrechtsgruppen oder um aktionistische Gruppen, die über ihre Einstellung zur SED und zum Sozialismus nicht „rumtheoretisierten“ (Jochen Läßig, A 4), sondern sie durch öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Ausdruck brachten. Diese wollten, wie Michael Arnold, Mitglied der *Initiativgruppe Leben* in Leipzig, sagte, ihr Anliegen „auf der Straße deutlich machen“ und dabei auch „andere Leute mit einbeziehen“ (A 4). Nach Auffassung dieser Grup-

DDR“ zu bezeichnen. „Das Schlimme ist, es stimmt das Gegenteil: in welchem Grade wir trotz alledem noch an den Anspruch der regierenden kommunistischen Parteien glaubten und eine verfehlte Loyalität zeigten, über die bestenfalls ein paar Stasioffiziere gekichert haben.“

228 Vgl. dazu oben S. 94, 129f., bes. Anm. 122. Selbst in den „Umweltblättern“ taucht der Begriff Opposition als Selbstbezeichnung der Gruppen nirgends auf.

pen ließen sich Veränderungen in der Gesellschaft nur erreichen, indem man versuchte, den kollusiven Konsens der Gesellschaft aufzubrechen, die Bevölkerung aufzurütteln und die Staatsmacht herauszufordern. Meist entstanden diese Gruppen erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, unter anderem aus Unzufriedenheit über die Wirkungslosigkeit und Harmlosigkeit der bisherigen Gruppenarbeit und in dem Versuch, die Gruppenaktivitäten zu effektivieren.<sup>229</sup>

Insgesamt läßt sich im Laufe der Zeit eine stärkere Politisierung der Gruppen beobachten. Die Berührungsangst gegenüber allem Politischen, wie sie typisch war für die siebziger Jahre, ging mehr und mehr zurück. Die Kulturorientierung wich einer zunehmenden politischen Bewußtheit. Dennoch blieb die aufmerksame Vorsicht und das rücksichtsvolle Taktieren, ja sogar das sich anschmiegende Sich-Einstellen auf die gegebenen Gesellschaftsverhältnisse bis zuletzt ein charakteristisches Merkmal der politischen Aktivitäten der oppositionellen Gruppen. Der Grund, warum die politisch alternativen Gruppen häufig keine konsequente Opposition betrieben, ist einmal darin zu suchen, daß man gesellschaftliche Veränderungen wollte und sich daher den engen politischen Opportunitätsspielräumen anpassen mußte, zum anderen auch in den beschriebenen Partialübereinstimmungen mit dem System und in den eingegrenzten politischen Zielstellungen einiger Gruppen. Darüber hinaus war es für die politisch alternativen Gruppen wie überhaupt für alle Akteure in der DDR äußerst unklar, wo die Grenzen des politisch Zulässigen lagen, ob ein konsequenteres Vorgehen Veränderungsprozesse eher behindern oder befördern würde und wie Veränderungen überhaupt zu erreichen seien. Deutlichster Ausdruck dieser Unsicherheit war die bis zuletzt aufrechterhaltene Anbindung der Gruppen an die Kirche, die auch für diejenigen Gruppen zu konstatieren ist, die sich wie die *Initiative Frieden und Menschenrechte* oder *Frauen für den Frieden* ausdrücklich als kirchenunabhängig definierten. Auch sie nutzten die kirchlichen Möglichkeiten und riskierten nur in Ausnahmefällen eine direkte Konfrontation mit dem Staat, ja sie hatten, wie kirchennähere Gruppenmitglieder aufmerksam registrierten, sogar besonders intensive Kontakte zur Kirchenleitung (Meckel 1994: 53).

229 Als Motiv für die Gründung des *Friedens- und Umweltkreises* an der Berliner Zionskirche gab Martin Schramm an, daß sich da Leute zusammengefunden hätten, „die sagten: Das ist alles Gewäsch, wie hier mal so Kraniche falten und mal dem Präsidenten schicken oder das und das machen. Das ist alles Gewäsch. Wir wollen jetzt mal eine feste Arbeit machen.“ (A 3)

### 3.7.4. Verhältnis zur Bevölkerung

Das Verhältnis der Gruppen zur Bevölkerung war ambivalent. Zum einen kam es ihnen darauf an, die Bevölkerung für die von ihnen erkannten Probleme der Gesellschaft zu sensibilisieren und politisch zu mobilisieren. Die politisch alternativen Gruppen benötigten die Unterstützung aus der Gesellschaft, wenn sie ihr Ziel - die Veränderung der Gesellschaft - erreichen wollten. Auf der anderen Seite verachteten sie die Bevölkerung wegen ihres Opportunismus und ihrer subalternen, kleinbürgerlichen Anpassungsbereitschaft.<sup>230</sup> Aufgrund ihres politischen Engagements fühlten sich die Gruppen der Bevölkerung schlichtweg überlegen. Sie verstanden sich nicht als Repräsentanten der Bevölkerung - obschon sie immer wieder auch einmal vorgaben, ihre Probleme aufzugreifen und 'Mund der Stummen' zu sein -, sondern als die Aufklärer des Volkes, als seine Ermahner und Erzieher.<sup>231</sup> Die Ambivalenz ihres Verhältnisses zur Bevölkerung war also durch die Gleichzeitigkeit von Überlegenheitsbewußtsein und Abhängigkeit geprägt.

Die Gründe für die Distanzierung der Gruppen von der Bevölkerung lagen allerdings nicht allein in der Arrangementsbereitschaft der Bevölkerung begründet. Vielmehr standen dahinter auch tiefgreifende Einstellungs- und Mentalitätsunterschiede. Die Gruppenmitglieder stellten ihre privaten Interessen hinter kollektive Ziele zurück und übernahmen Verantwortung in der Gesellschaft. Sie handelten politisch und verzichteten auf beruflichen Aufstieg, Wohlstand und Konsum. Die Mehrheit der Bevölkerung hingegen war in ihren Augen wohlstands- und konsumorientiert (Meckel 1983: 139), zog sich ins Privatleben zurück und handelte verantwortungslos. Gruppen und Bevölkerung waren also nicht nur durch das unterschiedliche Maß an Loyalität gegenüber dem Staat getrennt, sondern auch durch das unterschiedliche Maß an politischer Orientierung. Während die Gruppen am Staatsfunktionär oder Parteireformer zumindest dessen kollektive Einstellung zu schätzen vermochten und beim Ausreisewilligen dessen Illoyalität, standen sie der Bevölkerung in beiden Hinsichten ablehnend gegenüber. In einem Vierfelderschema ergibt sich folgende Verteilung von Bevölkerungsgruppen in der DDR:

230 Die Gruppen hielten das „unmündig gehaltene Volk“ für demokratieunfähig und autoritätsabhängig (Edgar Dusdal, A 10), für apathisch (Albani 1992: 34), träge (Richter 1995b: 99) und politisch unreif (Ludwig Mehlhorn, A 16).

231 „Auf dem Weg über Erziehung und Demokratisierung“ müßten die Gruppen für die erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen arbeiten (Rainer Eppelmann 1987: 44).

Bevölkerungsgruppen der DDR nach Grad der Loyalität gegenüber dem Staat und Grad der Politisierung

	staatsloyal	staatsilloyal
privatistisch	Bevölkerungsmehrheit	Ausreisewillige
kollektiv	Kirche	
	Parteifunktionäre Parteireformer	Oppositionelle

Umgekehrt gab es jedoch auch eine Reihe von Vorbehalten seitens der Bevölkerung gegenüber den oppositionellen Gruppen. Diese betrafen vor allem die Einschätzung der Sinnhaftigkeit von politischen Aktivitäten. Während das Engagement der Gruppenvertreter von der Idee getragen war, daß es auf irgendeine Weise möglich sein müßte, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beeinflussen, lebte die Mehrheit der Bevölkerung in dem dumpfen, aber sicheren Gefühl, daß man nichts machen kann und die Gesellschaft unveränderbar ist. Gerade das Gefühl, nichts tun zu können, war der entscheidende Grund, warum die Mehrheit bereit war, sich mit dem System zu arrangieren: Es habe ohnehin keinen Sinn, sich aufzulehnen, man verändere nichts und schade nur sich selbst.<sup>232</sup> Anpassung an die Handlungseinschränkungen des Systems, Unauffälligkeit und Opportunismus waren also in hohem Maße das Ergebnis von zweckrationalen Kosten/Nutzen-Abwägungen. Weil die Gruppen dieser Handlungsrationalität nicht folgten, sondern das Unmögliche versuchten, betrachteten viele sie mit Skepsis und beurteilten ihr abweichendes Verhalten als irrational. Man hielt sie für idealistische Spinner und Chaoten, die die Wirklichkeit nicht kennen und im Grunde politikunfähig sind.<sup>233</sup> Dieser Einschätzung lag die Normalitätsunterstellung zugrunde, daß es unsinnig ist, sich gegen das Regime aufzulehnen. Hinter dieser Normalitätsunterstellung stand vorrangig nicht ein typisch deutsches Obrigkeitsdenken und Untertanenverhalten und auch nicht ein Mangel an demokratischer Erfahrung (Meuschel 1990; Wiesenthal 1996), sondern die durch exemplarische Sanktionen immer wieder bestätigte Erfahrung, daß ausgegrenzt wird, wer sich nicht anpaßt, und daß Protest gesellschaftlich nichts bewirkt. Wer sich auflehnte, mußte entweder ein illusionärer Idealist sein oder sich interessant machen wollen.

232 So Gerd Klenk in einem Gespräch am 2.11.1993.

233 Vgl. Siegfried Reiprich (1995: 170): „Ich denke, daß wir von vielen in der Bevölkerung scheel angesehen, für Spinner gehalten und nicht ernst genommen wurden, wozu auch unsere eigene sozialistische Borniertheit beitrug.“

Aufgrund dieser Einschätzungen reagierte die Bevölkerung auf die Aktivitäten und Mobilisierungsanstrengungen der oppositionellen Gruppen ausgesprochen spröde. Zwar kam es manchenorts zu vereinzelt Solidaritätsbekundungen,<sup>234</sup> und die Sympathie für die Gruppen nahm Ende der achtziger Jahre sogar etwas zu. Insgesamt aber war die Akzeptanz der Basisgruppen in der Bevölkerung äußerst gering. Das Aufbegehren der Gruppen war den meisten unheimlich und fremd (M. Schilling 1992: 234). Zu dieser Abwehr trug natürlich in nicht unerheblichem Ausmaße auch die Ausgrenzungs- und Einschüchterungstaktik des Staates bei. Jochen Läßig berichtet von der Reaktion der Bevölkerung, als er mit einigen Freunden in Halle auf der Straße 'Kraniche' verteilte, um „die Leute für Aktionen zu gewinnen“ (B 2): „Da war sehr viel Angst und sehr viel Zurückhaltung da.“ (A 7) Auch Markus Meckel konstatierte eine „geringe Resonanz“ der Friedensarbeit in der Bevölkerung und führte diese auf „Angst und Politikmüdigkeit“ zurück. „Es ist schwer, Menschen zum Sprechen zu bewegen, auch die eigenen Ängste und Fragen zu artikulieren, da man weiß, daß dies zu Nachteilen, zumindest zum Entzug von Vorteilen und Vergünstigungen führen kann. Außerdem ziehen sich viele durch die ständige Forderung nach politischer Akklamation von jeglichen politischen Fragen zurück.“ (Meckel 1983: 147) Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich auf die Verhältnisse im DDR-System eingerichtet und wollte ihr Auskommen nicht durch Handlungen gefährden, deren Konsequenzen schwer kalkulierbar waren. „Es ist sicherlich“, sagt Ludwig Mehlhorn im Interview vom 9.12.1991, „eine Folge der Aktivitäten der Stasi, aber nicht nur, daß es kaum gelungen ist, eine gesellschaftliche Basis für oppositionelles Handeln zu kriegen. Der größte Teil der DDR-Gesellschaft hatte letzten Endes doch, wenn auch zähneknirschend, mit dem System seinen Frieden geschlossen und hat dann Oppositionen eher als Störenfriede betrachtet.“ (B 4f.)

Die geradezu instinktive Abwehr von Auffälligkeit und Andersartigkeit durch die Bevölkerung wurde übrigens auch von den Gruppenmitgliedern selbst wahrgenommen. Werner Fischer berichtet, wie seine oppositionelle Tätigkeit von seinen Berufskollegen im Theatermilieu, das sich selbst ja schon als unangepaßt definierte, aufgenommen wurde: „Ich war am Theater beschäftigt, wo ich täglich Kontakt hatte mit Leuten und auch immer nachprüfen konnte, testen konnte, inwieweit gibt es hier noch eine Rückkopplung, inwieweit kann ich mich noch nachvollziehbar machen, inwieweit verstehen sie mich noch. Die haben dann irgendwann mal Tagesschau gesehen - da hatten wir mal eine Aktion -, da wurde ich empfangen, und dann

234 Georg Meusel (1995: 228) zum Beispiel berichtet, daß das Friedensseminar in Königswalde „sehr viele Sympathisanten“ in dem 400-Seelen-Dorf besaß, obschon manche sich von der Arbeit des Friedensseminars auch „distanzierten oder (...) einfach Angst hatten“.

haben sie gefragt. Ich merkte da aber schon eine Distanz. Es ging zu weit, es war nicht mehr nachvollziehbar.“ (B 5) Die Gruppen fühlten sich isoliert. Die Normalitätsunterstellung wirkte bis in das Bewußtsein der Unangepaßten hinein. Wollten sie sich gegen den Normalitätsdruck der Gesellschaft behaupten, dann waren sie geradezu gezwungen, sich über die Normalität zu erheben und sich von den 'Normalos' nun ihrerseits abzugrenzen. Auf die doppelte Ausgrenzung durch Staat und Gesellschaft reagierten die Gruppenmitglieder, indem sie ein moralisches Überlegenheitsbewußtsein aufbauten und die, die sie ausgrenzten, ihrerseits ausgrenzten. Daß die vox populi in ihren Reihen zu Worte kommt, duldeten sie ebensowenig wie die Parolen der Funktionäre. Über die Ende 1987 vermehrt den Zugang zur *Umwelt-Bibliothek* suchenden Ausreisewilligen schrieb Wolfgang Rüdtenklaus (1992: 124): „Erstmals erschienen wohlangepaßte DDR-Bürger in typischem Aufzug, stonewashed Jeans-Anzügen, massenhaft in der Zionsgemeinde. Den Mitgliedern der Basisgruppen bereitete der Anblick Bauchschmerzen: In solchem Aufzug waren ansonsten Spitzel der Staatssicherheit im Umkreis der Gruppen aufgefallen.“ Die Abgrenzung von der Bevölkerungsmehrheit war eine notwendige Reaktion auf die Ablehnung der Bevölkerung zur Wiederherstellung des gebrochenen Selbstbewußtseins. Sie war eine Art Schutz gegen die überall erfahrbare Ausgrenzung, gewissermaßen die Umkehrung der erlebten Stigmatisierung.<sup>235</sup> Der Preis der Distanzierung von der Bevölkerungsmehrheit war allerdings ein umfassender Wirklichkeitsverlust. Abgeschnitten vom Leben der Menschen in der DDR tendierten nicht wenige in den Gruppen dazu, die Gesellschaft unter eingeschränktem Blickwinkel zu sehen und sie nur noch nach ihren Gruppenkriterien zu beurteilen. Insbesondere die führenden Persönlichkeiten in den Gruppen, die häufig niedrig qualifizierten Berufen nachgingen, in der Kirche angestellt waren oder auch völlig außerhalb von Beschäftigungsverhältnissen standen, wohl aber die Weltdeutung in den Gruppen maßgeblich beeinflussten, hatten kaum noch Kontakt zum normalen Leben eines DDR-Bürgers, zu den Problemen, die ihn bewegten, zu seiner Arbeit, seinen Anschauungen und Sorgen. So machten sie sich auch ein sehr einseitiges Bild von den Zuständen im Lande und von den Denkweisen und Einstellungen seiner Bewohner. Die Geringschätzung der ostdeutschen Bevölkerung war der eigentliche Schwachpunkt der Opposition in der DDR. Sie hat zu ihrer gesellschaftlichen Erfolglosigkeit - vor und nach der Wende - nicht unerheblich beigetragen.<sup>236</sup>

235 Vgl. auch W. Schilling (1992: 15), der das elitäre Bewußtsein der Gruppen als „ein Schutzmechanismus“ bezeichnet: „Wenn du von allen Seiten angefochten wirst, mußt du ein Bewußtsein entgegensetzen, das dich stärker macht als die anderen.“

236 Vgl. die abfälligen Bemerkungen von Bärbel Bohley oder auch von Konrad Weiß über die

## 4. Die Rolle der politisch alternativen Gruppen im Umbruchsprozeß 1989

### 4.1. Bürgerbewegung, Bürgerrechtsbewegung und Fluchtbewegung

Wenn über die Rolle der politisch alternativen Gruppen im Umbruchsprozeß von 1989 gesprochen wird, stehen sich in der wissenschaftlichen Diskussion zwei Positionen gegenüber. Vorherrschend ist die Auffassung, daß der Massenprotest von den Oppositionsgruppierungen ausgegangen sei und innerhalb kürzester Zeit zum Sturz des DDR-Regimes geführt habe. Diese Meinung vertreten zum Beispiel Ehrhart Neubert (1997), Helmut Fehr (1996), Hartmut Zwahr (1993), Karl-Werner Brand (1990) und andere. So erklärt etwa Ehrhart Neubert (1997: 826), es sei „das historische Verdienst der DDR-Opposition, im Kampf gegen ein totalitäres Regime die gesellschaftliche Selbstbefreiung ermöglicht zu haben“. Die oppositionellen Gruppen hätten „die Friedensgebete und Demonstrationen organisiert“ (855), die „Hauptlast der Entmachtung der SED“ getragen (31) und seien damit die „politischen Subjekte“ gewesen, die dem Systemzerfall Gestalt gegeben hätten (25). Demgegenüber schätzen Soziologen und Historiker wie Claus Offe (1994) oder Martin Jander (1995b) den Beitrag der oppositionellen Gruppen zum Umbruch deutlich geringer ein. Claus Offe (1994: 34) hält den Umbruch in der DDR für eine „exit-Revolution“, nicht für eine „voice-Revolution“. „Nicht siegreicher kollektiver Kampf um eine neue politische Ordnung führte zum Ende des Staates der DDR, sondern die massenhafte und plötzlich nicht mehr aufhaltbare individuelle Abwanderung zerstörte seine ökonomische Basis.“

Demgegenüber sei hier unter Aufnahme eines Modells von Pierre Bourdieu die These vertreten, daß der Umbruch in der DDR aufgrund des Zusammenwirkens unterschiedlicher, relativ unabhängig voneinander wirkender Kausalreihen zustande kam, von denen die Bürgerrechtsbewegung zwar nur eine und durchaus nicht die bedeutendste, wohl aber auch nicht eine zu vernachlässigende war. Neben ihr gab es die Massendemonstrationsbewegung, das politische Engagement der kommunistischen Reformer, die Fluchtbewegung sowie als ein fünfter Handlungsstrang die starre Führungsriege der SED, die auf ihre Weise zum Umbruch in der DDR beitrug.

DDR-Bevölkerung in Süßmuth/Baule 1997: 87, 250.



Die hier vertretene These lautet dabei, kurz gesagt, daß diese ursprünglich relativ unverbundenen Handlungslinien nach und nach miteinander in Interaktion traten und daß das Ineinandergreifen der einzelnen Kausalreihen zu ihrer wechselseitigen Verstärkung oder Schwächung und damit letztlich zur Veränderung der Machtverhältnisse in der DDR führte.

In Kapitel 2.3. wurde großer Wert darauf gelegt zu zeigen, wie gering das Mobilisierungspotential der politisch alternativen Gruppen vor dem Herbst 1989 war.<sup>237</sup> Bis in den Sommer hinein, ja sogar bis Anfang September vermochten die Gruppen, bis auf Ausnahmen, nicht mehr als höchstens 200 bis 300 ihrer Anhänger dazu zu motivieren, sich an Demonstrationen zu beteiligen. Das änderte sich schlagartig, als mit der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 11. September 1989 die Abwanderung von DDR-Bürgern in den Westen zu einem Massenphänomen wurde. Nachdem am 4. September - einem Messemontag - vor den Augen der westlichen Kameras, die immer besonders viele Demonstranten, vor allem aus dem Lager der Ausreisewilligen, anlockten, etwa 250 Personen demonstriert hatten, machten am 11. September - dem Tag der Grenzöffnung - die Schaulustigen, die auf den Platz vor der Nikolaikirche drängten, eine Zahl von einigen Hundert aus. Am 18. September waren es bereits über 1.000 Schaulustige und am 25. September schließlich über 5.000, die sich um die Nikolaikirche versammelten und sich an der nach dem Friedensgebet stattfindenden Demonstration beteiligten. An diesem Tag setzten sich die Demonstranten erstmals in Bewegung und erreichten den Innenstadtring, über den dann in den nächsten Wochen die Montagsdemonstrationen regelmäßig laufen sollten. Am 2. Oktober nahmen schließlich bereits über 15.000 an der Demonstration teil.

In der Woche vor der ungarisch-österreichischen Grenzöffnung versuchten die alternativen Gruppen zwar, mit Transparenten für Reisefreiheit und Versammlungsfreiheit zu demonstrieren, dominant aber waren die Rufe der Ausreisewilligen „Wir wollen raus“. Eine Woche nach der Grenzöffnung kippte der Charakter der Montagszusammenkünfte (Döhnert/Rummel 1990: 149). Aus der Losung „Wir wollen raus“ wurde der Ruf „Wir bleiben hier“, der die nach wie vor skandierten Rufe jener, die das Land verlassen wollten, übertönte. Dies zu rufen, hatte erst Sinn, als auch die Möglichkeit bestand, zu gehen. Das Bleiben wurde zunehmend zu einer bewußten Entscheidung, die Konsequenzen forderte. Wenn man sich schon nicht wie so viele andere zur Flucht in den Westen entschloß, so wollte man doch zumindest auf die Verhältnisse im eigenen Land Einfluß nehmen.

Dabei zeigte der Losungswechsel einen Wechsel der Teilnehmer an. Nicht mehr die Ausreisewilligen gaben den Ton der Sprechchöre an, son-

<sup>237</sup> Vgl. oben S. 131ff.

dern Bürger aus der 'normalen' Leipziger Bevölkerung. Denn zunehmend waren es diese, die nach der Beendigung des Friedensgebetes den Platz vor der Nikolaikirche füllten und sich aus Schaulustigen in eine protestierende Menge verwandelten. Bereits am 11. September standen jenseits der Polizeiketten, die das Gebiet um die Nikolaikirche hermetisch abriegelten, viele Neugierige und Sympathisanten. Eine Woche später strömten diese, nachdem die Teilnehmer des Friedensgebetes den Nikolaikirchhof verlassen hatten und „der Platz um die Kirche leer war bis auf einzelne Personen“, auf den Platz vor der Kirche und erfüllten ihn mit Rufen und Gesängen,<sup>238</sup> wobei sie sich wahrscheinlich mit zurückgekehrten Teilnehmern des Friedensgebetes vermischten.<sup>239</sup>

Niemand hatte sie dazu aufgerufen, sich auf dem Platz des Protestes zu versammeln, nicht die Kirche, nicht das damals bereits existierende *Neue Forum* und auch nicht die alternativen Gruppen. Von den alternativen Gruppen existiert aus den September- und Oktober-Tagen in Leipzig nicht ein einziger Aufruf zum öffentlichen Protest. Die Gruppen haben die Demonstrationen in Leipzig weder vorbereitet noch organisiert. Sie setzten an den entscheidenden Montagen, an denen sich der Übergang vom Einzelzum Massenprotest vollzog, nicht auf Demonstrationen. Nach Beendigung des Friedensgebetes standen sie schwatzend und rauchend in kleinen Grüppchen auf dem Nikolaikirchhof und warteten, bis die bereitstehende Polizei eingriff (Dietrich/Schwabe 1994: 386). Wie zum Straßenmusikfestival verfolgten sie eine Taktik der unauffälligen Provokation. Nicht sie eröffneten die Konfrontation, vielmehr überließen sie es den Sicherheitskräften, die Situation der Konfrontation herzustellen. Dem entspricht es, daß sich die Gruppenmitglieder nach ihrer Zuführung gegenüber der Polizei weigerten, ihr Verhalten „als Zusammenrottung anzuerkennen“ (389). Ihrem „friedlichen Aufenthalt vor der Nikolaikirche“ läge keinerlei provozierende oder kriminelle Absicht zugrunde. An Montagen, an denen die Polizei nicht zugegen war, hätten sich, berichtete eine Friedensgebetsteilnehmerin, die Menschen relativ bald nach Beendigung des Friedensgebetes zerstreut, so daß sich die Vermutung aufdränge, daß der Krawall von anderer Seite bewußt herbeigeführt worden sei (387).

Genau darauf heben auch die Berichte und Beschwerden der Kirche in diesen Tagen ab. In einem Brief des Kirchenvorstandes der Nikolaikirche und der Superintendentur Leipzig-Ost, in dem gegen das Vorgehen der

<sup>238</sup> Bericht von Pfarrer Christian Führer über die Vorgänge um das Friedensgebet am 18.9.1989, in: Dietrich/Schwabe 1994: 399.

<sup>239</sup> In einem Brief des Kirchenvorstandes der Nikolaikirche und der Superintendentur Leipzig-Ost an den Rat der Stadt wird sogar behauptet, daß unter den einströmenden Schaulustigen „keine Besucher des Friedensgebetes“ gewesen seien (Dietrich/Schwabe 1994: 404). Diese Aussage mag allerdings aus taktischen Gründen zustande gekommen sein.

Sicherheitskräfte protestiert wurde, heißt es denn auch, daß die Teilnehmer des Friedensgebetes den Platz vor der Nikolaikirche verlassen hätten, als auf den leeren Platz eine größere Menschenmenge aus der Innenstadt kam und daß es insofern „eine taktische Entscheidung der Sicherheitskräfte“ war, „die die übliche Situation der Konfrontation vor der Nikolaikirche entstehen ließ“ (404). Wer für die Zusammenstöße zwischen Bevölkerung und Polizei auf dem Nikolaikirchhof verantwortlich sei, war durchaus umstritten. In den offiziellen Verlautbarungen wurden die Friedensgebetsteilnehmer und die Schaulustigen als Rowdies und sozialismusfeindliche Elemente beschimpft (Leipziger Volkszeitung vom 26.9.1989, 8; 3.10.1989, 8; 6.10.1989, 2 u.ö.). Die Kirche legte dagegen größten Wert auf die Feststellung, daß sie die unzufriedenen Kräfte von der Straße hole und zur Beruhigung der Situation beitrage.<sup>240</sup> Es sei die massive Präsenz der Polizei, die die Situation immer wieder aufheize. Die Zusammenkünfte nach dem Friedensgebet waren nicht nur ein Kampf um die Straße, sondern auch um die Legitimität dieser Zusammenkünfte.

Es ist ein genauer Ausdruck dieses Kampfes um die legitime Interpretation der Situation, daß ein Gruppenmitglied, nachdem es von drei Männern gegriffen wurde, sich wehrte und schrie „Rowdies“ (Neues Forum Leipzig 1989: 31f.). Auch noch die ersten Losungen, die die Demonstranten skandierten, zeugen von diesem Kampf um die legitime Interpretation. Sie riefen „Wir bleiben hier“ und setzten sich damit von den ‚sozialismusfeindlichen Elementen‘ ab, die das Land verlassen wollten. Sie riefen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und beriefen sich damit auf die fortschrittlichen Traditionen der Menschheit, die auch in der sozialistischen DDR ihre Heimstatt gefunden hatten. Sie sangen die „Internationale“, freilich nur den Refrain, da offenbar mehr im Gedächtnis nicht haften geblieben war, und knüpften so an die Ideale der Arbeiterbewegung an. Selbst der Ruf „Wir sind das Volk“ hatte noch einen legitimatorischen Charakter, denn er besagte nicht nur, daß man der Partei die Legitimation, für die Einheit von Volk, Staat und Partei zu sprechen, verweigerte, sondern auch: „Das Volk sind wir! Wir sind keine Rowdies!“ - so war es am 16. Oktober auch auf einem Transparent zu lesen.<sup>241</sup> Das Singen der Internationale zeigt dabei den Milieuwechsel des Publikums deutlich an. Nicht mehr „We shall overcome“ in der Tradition der christlichen Bürgerrechtsbewegung wurde auf den Straßen gesungen, wie etwa im Friedensgebet am 25. September, sondern die Internationale.

240 Vgl. zum Beispiel das Gespräch zwischen staatlichen und kirchlichen Vertretern am 1.9.1989, in: Dietrich/Schwabe 1994: 380ff. sowie am 5.10.1989 in: ebd., 447ff.

241 Handschriftliche Mitschrift eines Teilnehmers (Archiv des Verf.).

Die alternativen Gruppen hatten, als sich der Protest auf Leipzigs Straßen formierte, ganz andere Interessen als die Forcierung der Demonstrationsbereitschaft der Massen. Sie waren gerade dabei, die ersten Schritte aus der Kirche heraus zu tun und eigenständige, DDR-weite Vereinigungen zu gründen. Das *Neue Forum*, das am Wochenende vom 9./10. September in Grünheide bei Berlin gegründet worden war, wollte seine Arbeit auf legale Grundlagen stellen.<sup>242</sup> Am 19. September beantragte es seine Zulassung als offizielle Vereinigung. In einer solchen Situation wäre es ausgesprochen unklug gewesen, sich auf die Seite der kriminalisierten Demonstranten zu stellen. Jede Gruppierung, die das getan hätte, wäre sofort ausgrenzbar gewesen.

Vielfach erkannten die Mitglieder der Gruppenszene gar nicht, in welcher angespannten und mobilisierungsträchtigen Situation sie sich befanden. Als das *Neue Forum* gegründet wurde, beschlossen seine Initiatoren, sich das nächste Mal Anfang Dezember 1989 zu treffen (Schulz 1991: 14). Zu diesem Zeitpunkt war der gesamte Umbruch bereits gelaufen, Honecker abgelöst, die Mauer geöffnet, das Politbüro und die Regierung zurückgetreten und sogar der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen. Die wenige Tage nach dem *Neuen Forum* gegründete Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt* wollte sogar erst für den Januar oder Februar 1990 zu einem ersten Vertretertreffen einladen (Rein 1989: 61). Selbst am 24. September 1989, als führende Vertreter der neu gegründeten Bürgerbewegungen<sup>243</sup> aus der gesamten DDR im Gemeindesaal der Markusgemeinde in Leipzig zusammenkamen, erkannten sie noch nicht die Dramatik der Situation. Sie verabredeten ihr nächstes Treffen für den 22. Oktober (Niederschrift 1989) bzw. nach einem anderen Bericht sogar erst für den 22. November (Unterberg 1991: 89). Möglicherweise war es vor den Demonstrationen am 25. September und 2. Oktober nahezu unmöglich zu erkennen, daß eine Volksbewegung im Entstehen begriffen war. Immerhin hatte man über Jahre hinweg vergeblich versucht, die Massen zu mobilisieren. Daß sie ausgerechnet im Spätherbst den Schritt aus der privaten Nische in die Öffentlichkeit tun würden, konnte niemand ahnen.

Auf jeden Fall waren die politisch alternativen Gruppen aber nicht die Führer und Organisatoren dieser Bewegung, ja noch nicht einmal ihre Träger und Stützen. Sie setzten in den Septemberwochen auf das *Neue Forum*, den *Demokratischen Aufbruch* oder *Demokratie Jetzt*, für die man ein lang-

242 Vgl. den Gründungsaufruf des Neuen Forums (Rein 1989: 14).

243 Der bislang für die Bezeichnung der oppositionellen Gruppen weitgehend vermiedene Bewegungsbegriff scheint für die Bezeichnung der sich im Herbst 1989 bildenden Bürgerrechtsgruppen angemessen zu sein. Im Unterschied zu jenen gelang es diesen, Tausende von Menschen für ihre Anliegen zu mobilisieren und mit ihren Themen öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen.

sames Wachstum und möglicherweise sogar eine längere Arbeit im Untergrund erwartete (Richter 1995a: 43), nicht aber auf die Bevölkerung. Die Volksbewegung kam von außen auf die Bürgerrechtsbewegung zu und schob diese an ihre Spitze. „Neues Forum zulassen“ war eine ihrer ersten Forderungen.

Freilich muß man auch sehen, daß es durchaus nicht in jeder Hinsicht einfach für die Gruppenmitglieder war, ein angemessenes Verhältnis zu den Massenprotesten zu gewinnen. Denn da taten auf einmal Leute massenhaft etwas, das in Gang zu setzen man über Jahre hinweg selbst versucht hatte. Das löste bei einigen der Gruppenmitglieder, insbesondere bei Führungspersonen, begreiflicherweise Irritationen aus. Sie mußten ihre Rolle neu definieren. Und es ist naheliegend, daß sie nun nicht einfach nur mitdemonstrierten, sondern sich auf neue Weise von der Bevölkerung zu distanzieren versuchten, zum Beispiel, indem sie zur Gewaltlosigkeit aufriefen und so wiederum einen gegenüber den Massen überlegenen Standpunkt bezogen - tatsächlich beschränkten sich alle von den Gruppen verfaßten Flugblätter im Oktober auf die Ermahnung zur Gewaltlosigkeit<sup>244</sup> - oder indem sie die Weltöffentlichkeit über die Vorgänge in Leipzig informierten. Manch eines der Gruppenmitglieder nahm an den Demonstrationen auch gar nicht teil, weil es Wichtigeres zu tun gab. Am 25. September konnten zum Beispiel keine genaueren Angaben über die Teilnehmerzahlen an der Montagsdemonstration an die Weltpresse weitergegeben werden, da kein Mitglied der für das Friedensgebet verantwortlichen Koordinierungsgruppe an der Demonstration teilgenommen hatte (Dietrich/Schwabe 1994: 423, Anm. 650). Christoph Wonneberger (1994: 198) erklärte, nun, nachdem das Demonstrationsgeschehen „seinen Gang geht“, sei es im Gegensatz zu früher, als nur wenige Leute protestierten, nicht mehr so wichtig, selbst dabei zu sein. Er habe seinen Teil eigentlich geleistet. Vertreter des *Neuen Forums* distanzieren sich am 5. Oktober sogar von den Demonstrationen, da sie Eskalationen befürchteten (Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 282). Sie spielten also die Besonnenen, mit denen sich reden läßt und die es besser wissen als die Masse.<sup>245</sup>

244 Vgl. die Aufrufe zur Gewaltlosigkeit des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und der *Arbeitsgruppe Umweltschutz* vom 9.10.1989 (in: Sievers 1990: 75f.) und des *Neuen Forums* (in: Neues Forum Leipzig 1989: 104f.). In der Gruppenszene fühlte man sich für den friedlichen Verlauf teilweise regelrecht verantwortlich. Man war der Meinung, ein verletzter Polizist und der Bürgerkrieg bricht aus. Mit dieser Einschätzung hatten die Gruppenvertreter nicht ganz unrecht, denn noch nach dem 9. Oktober wurde die Selbstverteidigung der Sicherheitskräfte zentral angeordnet (Kuhn 1992: 153; vgl. auch die Aussage eines Stasi-offiziers ebd., 81).

245 Selbst am 26. Oktober 1989 behauptete Sebastian Pflugbeil noch, daß das *Neue Forum* „im Moment die Demonstrationen sehr kritisch“ sehe (Rein 1989: 25).

Dennoch standen die Gruppen in ihrer Mehrheit natürlich ganz und gar auf der Seite der Demonstranten. Wonneberger (1994: 198) fand es „wunderbar, was da geschah“. Für die meisten war es überwältigend. Die Teilnahme an den Demonstrationen vor dem 9. Oktober lag, wie die repräsentative Befragung von Opp/Voß (1993: 148f.) ergeben hat, bei den Oppositionsgruppen allerdings nur unbedeutend höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Nicht die Mitglieder der Oppositionsgruppen waren am aktivsten, diejenigen, die einer Sportgruppe angehörten, gingen im Durchschnitt sogar häufiger zu den Demonstrationen als die Oppositionellen. In einer Regressionsanalyse zeigen Opp und Voß (ebd.), daß die Mitgliedschaft in einer Oppositionsgruppe im Vergleich zur Nichtmitgliedschaft keine Wirkung auf die Demonstrationshäufigkeit ausübte. Dies bestätigt noch einmal, daß es erforderlich ist, zwischen oppositionellen Bestrebungen und Volksbewegung strikt zu unterscheiden.

Wenn aber zwischen Volksbewegung und Bürgerrechtsbewegung strikt zu unterscheiden ist, dann ist es unsinnig, die These von der Selbstbefreiung des Volkes (Zwahr 1993) aufzustellen. Abgesehen davon, daß eine solche Formulierung an den Bedingungen, die die Volksbewegung ermöglichten, vorbeisieht,<sup>246</sup> unterstellt sie eine Einheit des politischen Akteurs, die es so nicht gab.<sup>247</sup> Unter Aufnahme eines Modells von Pierre Bourdieu möchte ich hier - wie bereits erwähnt - vielmehr die These vertreten, daß der Umbruch in der DDR aufgrund des Zusammenwirkens unterschiedlicher, relativ unabhängig voneinander wirkender Kausalreihen zustandekam, die sich parallel entwickelten und zu einem bestimmten Moment miteinander in Interak-

246 Zwahr (1995: 226) behauptet sogar, daß bis zum 9. November 1989 „die Bürger und Bürgerinnen der DDR die allein Handelnden“ waren, womit er den Einfluß der Reformen Gorbatschows auf das Umbruchgeschehen in der DDR ebenso negiert wie das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland, das die Ausreisewelle wesentlich begünstigte, den Einfluß der westlichen Medien auf die DDR-Bevölkerung oder die Entscheidung der ungarischen Regierung, den Eisernen Vorhang Schritt um Schritt abzubauen.

247 Mit Zustimmung registriert Zwahr (1995: 226) in der Forschung eine Tendenz zur ganzheitlichen Betrachtung des Umbruchs „als eines revolutionären Gesamtgeschehens“. Dabei bezieht er sich auf Charles S. Maier (1994), der den Umbruch als Revolution des Volkes beschreibt. Was aber konstituierte die Einheit dieses 'Volkes'? Von diesem 'Volk' sind auf jeden Fall die Oppositionsgruppierungen abzuheben, ebenso die Ausreiser, die SED-Reformer und erst recht natürlich die Hardliner in der Partei. Nur die Demonstrationenbewegung läßt sich als ein einheitliches Phänomen fassen, weshalb sie hier als Volksbewegung bezeichnet wird. Ihre Einheit war vor allem negativ konstituiert: durch Abgrenzung von der SED-Spitze und das gemeinsame Gefühl, 'es muß anders werden'. Das heißt, sie hatte von vornherein eine politische Spitze. Dies wird auch durch die von Opp und Voß (1993: 109) durchgeführte Befragung bestätigt. Ihrer Untersuchung zufolge bestand zwischen politischer Unzufriedenheit und Protestbereitschaft in der Bevölkerung eine enge Korrelation, nicht aber zum Beispiel zwischen ökonomischer Unzufriedenheit und Protestbereitschaft, weshalb die immer wieder aufgestellten Behauptungen, die Massenproteste seien ökonomisch bedingt gewesen, es hätte sich bei ihnen um „eine Konsumentenrevolution gehandelt“ (Kädtler/Kottwitz 1994: 21) usw., falsch sind.

tion traten. Bourdieu geht davon aus, daß die einzelnen Ereignisreihen, die „normalerweise isoliert, ohne Bezug zueinander einsetzen und aufhören“, erst durch diesen 'kritischen Moment' miteinander vermittelt würden (Bourdieu 1988: 275). Die einzelnen historischen Ereignisketten seien durchaus strukturell determiniert, den Faktoren, die die Überschneidung der einzelnen Ereignisreihen bewirken, könne jedoch ein „Moment an Zufälligkeit“ anhaften (276).<sup>248</sup> Indem der kritische Moment die unterschiedlichen Kausalreihen, die als eine bloße Weiterführung der Vergangenheit oder einer im Vergangenen angelegten Zukunft auftreten, synchronisiere, eröffne er einen Möglichkeitsraum, in welchem Zukunft kontingent, das Kommende unbestimmt und damit die Gegenwart in einen Schwebezustand versetzt werde (287). Dabei trete die Synchronisation nur ein, „wenn ein Verhältnis der objektiven wechselseitigen Abstimmung besteht zwischen den von der Krise betroffenen Akteuren eines Feldes (...) und anderen Akteuren mit ähnlichen, weil von ähnlichen sozialen Lebensbedingungen hervorgebrachten Dispositionen“ (276).

Im Falle des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR lassen sich mehrere äußerst unterschiedliche Ereignisketten beobachten. Es sind nicht nur die Oppositionsgruppen von der Volksbewegung zu unterscheiden, sondern es lassen sich als relativ eigenständige Ereignisketten auch die Ausreisebewegung und die Bestrebungen der Reformkommunisten differenzieren. Sie alle liefen über eine gewisse Zeit relativ unberührt nebeneinander her und traten erst zu einem bestimmten Zeitpunkt miteinander in Interaktion. Dabei ist der Moment, in dem die einzelnen Kausalreihen in Kontakt miteinander kamen, für die einzelnen Gruppierungen und Bewegungen recht unterschiedlich. Der Zusammenschluß zwischen Opposition und Massenprotest war spätestens mit dem 9. Oktober hergestellt. Mit dieser Demonstration war die Kraft der Volksbewegung so überwältigend zu Tage getreten, daß sich niemand mehr der von ihr ausgehenden Dynamik entziehen konnte. Zuvor aber gingen, wie wir gesehen haben, beide Bewegungen durchaus getrennte Wege. Und mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung trennten sie sich auch wieder, nachdem der 9. November die Möglichkeit zur Wiedervereinigung Deutschlands eröffnete.

Wenn nun aber die Oppositionsgruppen die Massendemonstrationen nicht hervorgebracht haben, ja die letzteren sich über eine gewisse Zeit hinweg sogar unabhängig von ersterer entwickelten, dann entsteht die Frage,

248 Das Modell von Bourdieu zielt also darauf, „Ereignis“ und „Struktur“ miteinander zu vermitteln. Indem es den historischen Umbruch als Koinzidenz der Auswirkungen einer Vielzahl von Krisen behandelt, will es sowohl der Gefahr entgegen, das außergewöhnliche historische Ereignis als unerklärbar und privilegiert, als auch der entgegengesetzten Gefahr, es als notwendig darzustellen (Bourdieu 1988: 256ff.).

wie die Massendemonstrationen zustande kamen. Den entscheidenden Auslöser für die Mobilisierung der Massen bildete zweifellos die Ausreisewelle. Wie für alle Protestbewegungen, so war auch für die Massendemonstrationen im Herbst 1989 in der DDR die Herstellung eines *gemeinsamen Interpretationsrahmens* eine wichtige Voraussetzung ihrer Möglichkeit. Während in anderen Fällen dieser gemeinsame Deutungsrahmen aber oft durch framing-Strategien der Organisatoren der Protestbewegung erst mühsam aufgebaut werden muß, war er in der DDR aufgrund der Massenabwanderung und ihrer Dokumentation in den westlichen Medien unmittelbar gegeben.<sup>249</sup> Mit einem Schlage war allen im Lande klar, daß es so nicht weitergehen kann. Mögen die politischen Positionen und die Vorstellungen über die Auswege aus der Krise auch noch so unterschiedlich gewesen sein, die unterschiedlichen Meinungen trafen sich in der Erkenntnis, daß sich etwas ändern muß. Gerade der *Vergleich mit den Ausreisern* machte die Unerträglichkeit der eigenen Lage deutlich. Die Ausreiser gaben der DDR keine Chance mehr und suchten für sich den individuellen Ausweg aus der Krise. Wer im Lande blieb und den privaten Ausweg ablehnte, mußte daher nach einer kollektiven Lösung Ausschau halten. Der Veränderungswille brachte die unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung, die Arbeiter und die Intellektuellen, die Kirchenvertreter und die SED-Reformer, die Oppositionellen und die konsumorientierten 'Durchschnittsbürger' in der DDR kognitiv nahe zueinander, so daß alte Fragmentierungen zurücktraten und einer erstaunlich einheitlichen Situationsdeutung wichen. Dabei wurde die kognitive Übereinstimmung der unterschiedlichen sozialen Gruppen zusätzlich noch dadurch befördert, daß angesichts der entstandenen Situation eine *eindeutige Ursachenzuschreibung* vorgenommen werden konnte. Für die Krise gab es in den Augen aller nur einen Schuldigen, und das war die starrsinnige Führungsriege der SED. Mit ihrer unnachgiebigen Politik tat sie das ihre, um den Protest zu kreieren. Ja, es ist nur leicht übertrieben zu behaupten, daß sie die protestierende Menge, die sich als Volk konstituierte, überhaupt erst hervorgebracht hat (Baecker 1991: 90). Sie gab der Bewegung die kognitive Einheit. Auf einmal befanden sich alle Bevölkerungsgruppen in

249 Ich gehe also nicht davon aus, daß der gemeinsame Deutungsrahmen durch die Oppositionsgruppierungen bereitgestellt wurde - so Timmer (1999: 30f.) -, sondern durch die Ausreisewelle. Die Sprache dieser Welle war so eindeutig, daß sich niemand der damit produzierten Sicht auf die DDR zu entziehen vermochte. Der Jubel über die Verkündung der Ausreisemöglichkeit in der Prager Botschaft durch den Außenminister der Bundesrepublik Dietrich Genscher am 30.9. traf die zu Hause sitzenden DDR-Bürger tief. Die neu gegründeten Oppositionsgruppierungen hingegen erreichten die Bevölkerung im Frühherbst noch gar nicht, so daß die meisten kaum gewußt haben dürften, was diese Gruppierungen über die gegenwärtige Lage zu sagen hatten und was sie verändern wollten. Um sie als Gegeninstanzen zur offiziellen Politik zu begrüßen, reichte es aus, von ihnen als der neuen DDR-Opposition über die westlichen Medien gehört zu haben.

derselben unerträglichen Situation, so daß frühere Differenzen wie etwa die zwischen Reformern und Oppositionellen, zwischen Angepaßten und Kritikern hinfällig wurden und trotz weiterhin bestehender Differenzen sofort Einigkeit hergestellt werden konnte, wenn es um die Beurteilung der gegenwärtigen Lage ging. Die uneinsichtige Haltung der SED-Führungsriege und zynische Bemerkungen wie etwa die, daß man den Ausreisern keine Träne nachweinen solle (Neues Deutschland vom 2.10.1989), verstärkten die Anreize für regelverletzende Aktionen. Da darüber hinaus das System keinerlei Partizipationsmechanismen zum Auffangen und zur Integration des massenhaft angestauten Unmuts bereitstellte, mußte er sich außerhalb institutionell vorgesehener Bahnen entladen und sich dort einen Ort suchen.

Möglich wurde der öffentliche Protest aber nur, weil die *sicherheitsdienstlichen und polizeilichen Repressionen gegenüber Demonstranten nachließen* und sich die *Gelegenheitsstruktur für regelverletzende Aktionen erweiterte*. Nicht nur das Scheitern der SED-Politik, das durch die Ausreiser öffentlich gemacht wurde, und die aus der Reformunwilligkeit der SED-Führung resultierenden Spannungen brachten also den öffentlichen Protest hervor, sondern auch der Glaubwürdigkeitsverlust der Sanktionsandrohung durch das SED-Regime. Die unentschlossene Haltung des Sicherheitsapparates verminderte das Risiko der Protestteilnahme und ermutigte so die noch Unentschlossenen, sich dem Protest anzuschließen. Die Spannung zwischen der *Unerträglichkeit der Situation* und der *durch die Repressionszurücknahme ausgelösten Hoffnung auf Veränderungsmöglichkeiten* war für das Entstehen des Protestes ausschlaggebend. Nicht allein die *relative Deprivation* der DDR-Bürger erklärt den offenen Protest und auch nicht allein die *Eindeutigkeit der Situationsdeutung (framing)*. Man muß die *Veränderung der politischen Opportunitätsstrukturen* zur Erklärung des Zustandekommens der Massendemonstrationen hinzuziehen.

Demgegenüber fällt die Erklärungsleistung des *Ressourcenmobilisierungsansatzes* hinsichtlich der Entstehung der Montagsdemonstrationen in Leipzig relativ gering aus. Allerdings kann man auch diesen Ansatz nicht völlig unberücksichtigt lassen, denn immerhin boten die Aktivitäten der alternativen Gruppen doch Anknüpfungspunkte für die Demonstrationen der Massen. Nirgendwo sonst in der DDR gab es die Einrichtung eines regelmäßig stattfindenden Friedensgebietes, zu dem sich politisch alternativ eingestellte Bürger an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit immer wieder treffen konnten. Zeit und Ort des Friedensgebietes mußten nicht veröffentlicht werden. Durch Flüsterpropaganda waren sie überall bekannt.<sup>250</sup> In der angespannten Situation im Herbst 1989 war für die Entste-

250 Dazu trugen auch die offiziellen Medien der DDR selbst bei, die empörte Stimmen über die antisozialistischen Vorgänge rund um das Friedensgebiet in der Nikolaikirche zitierten (vgl.

hung des Protestes nur ein solcher Kristallisationspunkt, an den sich der Protest anlagern konnte, vonnöten. In vielen Städten stellten die Friedensgebete, Friedensandachten und andere kirchliche Veranstaltungen derartige Kristallisationspunkte dar.<sup>251</sup> Manchmal war es auch Mund-zu-Mund-Propaganda oder ein einzelnes Flugblatt,<sup>252</sup> das die Protestbereitschaft zu bündeln und ihr einen Ort und eine Zeit zu geben vermochte. Nirgends aber gab es im September oder Oktober die direkte Mobilisierung der Massen durch einzelne Gruppen oder Organisatoren.<sup>253</sup>

Nicht nur für die Entstehung der Massenproteste war die Flüchtlingsbewegung entscheidend. Auch die Gründungen der oppositionellen Vereinigungen hatten sie zum Ausgangspunkt. Noch Ende August, als Markus Meckel und Martin Gutzeit ihren am 24. Juli 1989 formulierten Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine *Sozialdemokratische Partei*

---

etwa die Leipziger Volkszeitung vom 29.9.1989 u.ä.).

251 Man denke etwa an Magdeburg (Schwabe 1994b: 118), Rostock (Probst 1993: 86ff.), Halle, Forst (Lindner 1994a: 109), Leinefelde (Adler 1990: 28), Heiligenstadt (30), Erfurt (Dornheim 1995), Gera, Rudolstadt, Pößneck, Saalfeld (Zwahr 1993: 111) und andere Städte.

252 So etwa in Plauen (Küttler/Röder 1992: 37) oder in Arnstadt (Leyh 1994: 98).

253 Insofern ist richtig, was oft behauptet wird: daß der Umbruch in der DDR eine „Revolution ohne Vordenker“ war (Fest 1989: 25). Am Anfang dieses Umbruchs standen nicht Ideen, sondern Aktionen. Was die Demonstrationsbewegung wollte, war ihr anfangs selbst nicht klar. Es ist daher unsinnig, nach leitenden kulturellen, politischen oder ideologischen Ideen Ausschau zu halten, von denen her sich das Motiv oder das Ziel der demokratischen Volksbewegung erklären ließe. Führer, intellektuelle Vordenker waren im Herbst 1989 überflüssig, denn durch die massenhafte Abwanderungsbewegung war die Situation eindeutig definiert. Einer intellektuellen Aufklärung bedurften die Massen angesichts der Eindeutigkeit der Lage nicht. Und was die Mehrheit wollte, hing auch immer davon ab, was zu erreichen möglich erschien. Die Offensichtlichkeit der Krise unterschied die Situation in der DDR von der der 68er Revolte in Frankreich: Für die Studentenbewegung in Frankreich ist es sinnvoll, nach den leitenden Ideen des Protestes zu fragen, wie es Gilcher-Holtey (1995) tut. Dort mußte der interpretative Rahmen, der es erlaubte, die Situation als Krise zu deuten, erst geschaffen werden. In der DDR hingegen war die Krise unübersehbar und im Grunde schon immer latent. Der Opposition in der DDR mehr als die Funktion eines Kristallisationspunktes für den anschwellenden Massenprotest (Pollack 1990a: 1220) oder eines Vehikels der Artikulation des allgemeinen Unmuts einzuräumen (Hilger 1995: 62) und etwa auf die Bedeutung der Situationsdeutungen und Handlungsorientierungen der Oppositionsgruppierungen für die Entstehung des Massenprotestes hinzuweisen (Wielgohs/Johnson 1997: 359), bedeutet, die Fragmentierung der DDR-Gesellschaft und ihren Mangel an Öffentlichkeit zu übersehen. Aufgrund dieses Mangels war es den oppositionellen Gruppierungen bis Mitte Oktober nahezu unmöglich, die Bevölkerung mit ihren Interpretationsleistungen und Forderungen überhaupt zu erreichen. Auch die Informationen aus dem westlichen Fernsehen konnten dieses Informationsdefizit nicht kompensieren. Bis Anfang Oktober hatten nicht mehr als 10.000 Personen den Aufruf des *Neuen Forums* unterschrieben (Rein 1989: 15). Das sind nur wenig mehr, als zur oppositionellen Szene zu rechnen sind. Die meisten der Demonstranten dürften den Aufruf Anfang Oktober nicht gekannt haben. Ende Oktober, also nach der Liberalisierung der DDR-Medien und der Entstehung einer breiten öffentlichen Diskussionskultur, waren es hingegen bereits 100.000, die ihn unterschrieben hatten (Bahrman/Links 1994: 67).

in der DDR ins Leben zu rufen, in Berlin vorstellten, stieß ihr Vorschlag in der Gruppenszene auf allgemeine Ablehnung (Mühlen 1993: 43).<sup>254</sup> Und auch die Initiatoren des späteren *Demokratischen Aufbruchs* konnten sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Gründung einer DDR-weiten oppositionellen Partei entschließen (Richter 1991a: 16). Kaum war die ungarisch-österreichische Grenze geöffnet, traten jedoch gleich mehrere Initiativen an die Öffentlichkeit: das *Neue Forum* am 11. September (taz DDR-Journal 1989: 11), *Demokratie Jetzt* am 12. September (9f.), der *Demokratische Aufbruch* am 14. September bzw. am 2. Oktober (12) und die *SDP* am 7. Oktober (34). Großteils hätte man wohl mit der Gründung der Bürgerrechtsorganisationen noch länger gezögert. Wie die Initiatoren im nachhinein zu Protokoll gaben, zwang sie jedoch die Flüchtlingsbewegung zu schnellerem Handeln. Die SDP-Gründer zum Beispiel, die zunächst eine Initiativgruppe gründen wollten, entschlossen sich angesichts des anwachsenden Flüchtlingsstroms dazu, die Parteigründung sofort vorzunehmen (Mühlen 1993: 44f.; Herzberg/Mühlen 1993: 92). In ihren Gründungsaufrufen wiesen die Initiatoren übrigens selbst immer wieder auf die Fluchtbewegung hin, die zum Handeln zwinge.<sup>255</sup> Von ihr her wurde die Krise der DDR definiert. Insofern kann man sagen, daß die Massenabwanderung das übergreifende Ereignis darstellte, das sowohl für die Massenproteste als auch für die Entstehung der

254 Vgl. auch die Aussagen Meckels über die Reaktion der Gruppenmitglieder auf die Vorstellung der Gründungsinitiative am 25./26. August 1989 in der Golgatha-Kirche in Berlin-Mitte, in: Meckel/Gutzeit 1994: 350: „Die meisten der Angesprochenen zögerten noch mit ihrer Beteiligung.“ Die Aussagen der Gründer der SDP sind an diesem Punkte allerdings nicht ganz klar. Auf der einen Seite betont Martin Gutzeit, daß Markus Meckel schon vor Abfassung des Initiativaufrufs vom 24. Juli mit vielen in der oppositionellen Szene über das Vorhaben gesprochen habe, so daß „dieses Projekt dann schon in der oppositionellen Szene bekannt war“ (Herzberg/Mühlen 1993: 91). Auf der anderen Seite behauptet Gutzeit, wenn es ihm darum geht, die Unabhängigkeit der Gründungsinitiative herauszustellen, daß bis zum 24. Juli „in die inneren Diskussionen noch keine weiteren Personen einbezogen“ waren (278). Einerseits erklärt Markus Meckel, er habe den Initiativaufruf für die Parteigründung Ende Juli auf einer Sommerakademie in Bad Stuer „kursieren lassen“ (121). Andererseits ist der Aufruf selbst mit der Angabe versehen: „Niedermodaleben, den 24.7.1989, öffentlich vorgelegt am 26.8.1989“ (316) und dann sogar noch mit einer Sperrfrist bis zum 3.9. versehen (124). In der Dokumentation der Gründungsgeschichte der SDP gibt es eine bei den Gründern deutlich zu beobachtende Tendenz, das Gründungsgeschehen immer weiter nach vorn zu verlegen. Auf spezifische Verdrängungskomplexe, insbesondere hinsichtlich der Haltung zum Sozialismus und zur Frage der Wiedervereinigung, macht auch Herzberg (Herzberg/Mühlen 1993: 280f.) aufmerksam. Die Beschönigungsgeschichtsschreibung der SDP wird unterstützt von Eckert (1995).

255 Der Aufruf des *Neuen Forums* zum Beispiel, der mit der Feststellung einsetzt, daß die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört sei, belegt diese Diagnose mit der weit verbreiteten Verdrossenheit und der massenhaften Auswanderung (Rein 1989: 13). Auch der Gründungsaufruf von *Demokratie Jetzt* weist gleich in der Eingangspassage auf die vielen hin, die das Land verlassen (59). Und der Aufruf des *Demokratischen Aufbruchs* beginnt unmittelbar mit den Sätzen: „Eine Unruhe geht durch unser Land. Immer mehr Menschen verlassen es, sie haben die Hoffnung auf ein sinnvolles Leben hier aufgegeben.“ (34)

Bürgerrechtsbewegungen konstitutiv war.<sup>256</sup> Darüber hinaus meldeten sich am 18. September auch Rock-Musiker, Liedermacher und Unterhaltungskünstler mit einem öffentlichen Schreiben, in welchem sie den öffentlichen Dialog forderten, zu Wort. Auch sie bezogen sich auf den „massenhaften Exodus“, aus dem sie ihre Sorge über den „augenblicklichen Zustand“ des Landes erklärten (Rein 1989: 150). Ebenso stand die Bezugnahme auf die Fluchtwelle in der Resolution der Berliner Schriftsteller und in dem Aufruf der Schauspieler des Dresdener Staatstheaters am Anfang ihrer Appelle (Rein 1989: 151, 154). Alle diese Initiativen traten erst nach der Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze öffentlich hervor und begründeten ihre öffentliche Stellungnahme durch Hinweis auf die massenhafte Abwanderung aus der DDR.

Auch wenn der Auslöser der Volksbewegung und der Bürgerrechtsbewegung der gleiche war, die Ziele der beiden Bewegungen glichen sich erst allmählich an. Die Massendemonstrationen hatten in der ersten Zeit überhaupt keine klar erkennbaren Ziele. Außer dem Ruf „Neues Forum zulassen“, der am 25. September auf der Leipziger Montagsdemonstration das erste Mal erscholl, und dem Ruf „Demokratie - jetzt oder nie“, der eine Woche später erstmals von den Demonstranten skandiert wurde (Lindner 1990: 169), gab es keine klaren Forderungen. Das Ziel der Demonstranten bestand denn auch nicht darin, bestimmte Forderungen zu erheben, sondern darin, auszuprobieren, bis wohin man gehen kann, und sich der eigenen Kraft bewußt zu werden. Die Rufe der ersten Demonstranten in Leipzig - „Wir bleiben hier“, „Wir sind das Volk“, „Wir sind keine Rowdies“, „Schämt euch was“ (zur Polizei), „Reiht euch ein“ (Lindner 1990: 169f.; Döhnert/Rummel 1990: 150f.) - bezogen sich durchweg auf die Formierung der Demonstranten zu einer ihrer selbst bewußten Kraft. Der Sinn der ersten Demonstrationen lag darin, sich als Masse zu konstituieren, Mut zu bewei-

256 Natürlich spielen für die Gründung der oppositionellen Vereinigungen weitere Gründe eine Rolle. Wielgohs/Johnson (1997: 351) interpretieren sie als Reaktion auf eine veränderte politische Gelegenheitsstruktur, „die angesichts der Tatsache, daß das Regime auf die Destabilisierung seiner außen- und innenpolitischen Herrschaftsbedingungen ausschließlich mit der Signalisierung erhöhter Repressionsbereitschaft reagierte, für alle Akteure durch extreme Ungewißheit, d.h. Unkalkulierbarkeit der Handlungsfolgen gekennzeichnet war“. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Entscheidung der politischen Akteure, den Schutzraum der Kirche zu verlassen, als eine hochriskante Entscheidung dar, die diese nur treffen konnten, weil für sie ihr politisches Ziel „von so hohem Wert war, daß sie schon bei der Wahrnehmung sehr geringer Erfolgsaussichten bereit waren, hohe Risiken einzugehen“ (ebd.). Daß sie aber diese hochriskante Entscheidung gerade im Spätsommer und Frühherbst 1989 fällten, hängt mit der in dieser Zeit einsetzenden Ausreisewelle zusammen. Mit ihr wurde klar, daß es so nicht mehr weiter gehen kann und daß das Regime die Situation nicht mehr voll unter Kontrolle hat. Das heißt, es war die Fluchtwelle, die intern das Empfinden relativer Deprivation verstärkte und zugleich als ein Zeichen dafür fungierte, daß sich die politischen Opportunitätsstrukturen erweiterten hatten.

sen und nicht zu weichen. Er bestand im Einsatz des eigenen Körpers. Man tat ja etwas, von dem man wußte, daß es nicht erlaubt war. Und allein die Tatsache, daß man es tat, spannte alle Sinne an.

Als die Demonstranten am 25. September das erste Mal den Ring betreten, blieben die ersten, als die Ampel auf Rot gestellt war, noch stehen (Döhnert/Rummel 1990: 150). Sie waren unsicher, wieviel sie sich zutrauen konnten. Als es wenige Minuten später dann einige Tausend waren, die den Karl-Marx-Platz füllten, besetzten sie die Straße. Autos mußten anhalten. Und selbst die Straßenbahn, eine alte 16 oder 28, die klingelnd und bremsend in die Massen hineingefahren war, brachten die Demonstranten zum Stehen. „Die Bahn hält, die Türen knallen auf, der Fahrer, wild gestikulierend, stürzt heraus, diskutiert - die Bahn bleibt stehen. Der Fahrer macht die Runde auf den Schultern der Demonstranten.“ (Löscher/Vogel 1989: 17) Auf einmal spürte die Masse ihre Kraft und vermochte sogar die Verkehrsregeln außer Kraft zu setzen.

Inbesondere am 9. Oktober, als polizeiliche und militärische Maßnahmen angedroht worden waren, war die Angst unter den Demonstranten groß. Jeder wußte, daß die Staatsmacht gewillt war, die Demonstrationen mit allen Mitteln zu verhindern.<sup>257</sup> Einige gingen unmittelbar nach den Friedensgebeten nach Hause, wie es Bischof Hempel den Friedensgebetsteilnehmern angeraten hatte (Dietrich/Schwabe 1994: 459). Die meisten aber blieben. Jeden Augenblick erwartete man, daß Schüsse fielen (Kuhn 1992: 129). Die Menge bewegte sich nicht mutig drauflos, sie zögerte. Eine Demonstrantin berichtete: „Ich werde nie vergessen, wie wir uns zunächst mit Freunden am Hotel Deutschland getroffen haben und uns Mut gemacht haben. Manche haben geweint, und manche wollten auch wieder gehen. Und wir haben gesagt, wir werden das gemeinsam durchstehen. Und wie wir uns dann in Richtung Kirche bewegt haben und es kaum fassen konnten, daß es immer mehr Menschen wurden.“ (Kuhn 1992: 128) In einer solchen Situation, in der es nach dem Empfinden vieler um Leben oder Tod ging, konnte man keine Forderungen erheben. Es ging darum, seine Angst zu überwinden und nicht zu fliehen. Es ist denn auch kein Zufall, daß zur De-

257 Dafür gab es klare Anzeichen: die Zusammenziehung von Polizei- und Armeeeinheiten in und um Leipzig, die für den Fall von Verletzungen an die Krankenhäuser ergangene Anweisung, Betten freizumachen und Blutkonserven bereitzustellen, die in Schulen und Betrieben ausgegebene Aufforderung, am Nachmittag die Innenstadt von Leipzig nicht zu betreten (Neues Forum Leipzig 1989: 82ff.). Durch ganz Leipzig lief an diesem Tag das Gerücht, heute werde polizeilich eingegriffen. Superintendent Richter berichtet, „Der 9. Oktober war für mich der wohl schlimmste Tag in meinem Leben. Wir wußten von Gesprächen mit Repräsentanten des Staates, daß man gewillt war, die Demonstration mit allen Mitteln zu verhindern. (...) Als ich an diesem Morgen erwachte, habe ich mir gesagt, wie wird es am Abend sein.“ (Richter 1989: 186f.)

monstration am 9. Oktober, bis auf eine Ausnahme, kein einziges Transparent getragen wurde. Die Überwindung der Angst war das einzige Ziel dieser Demonstration. Am Gebäude der Staatssicherheit geriet der Demonstrationzug, der bereits den Hauptbahnhof und den Marx-Engels-Platz passiert hatte, noch einmal ins Stocken. „Als dann der Demonstrationzug stockte, hier an der sogenannten ‘Runden Ecke’, da war die Angst nochmal da. Der Demonstrationzug wich einen kurzen Augenblick zurück, und dann war plötzlich die Befreiung da, daß es geschafft war, hier, wo man unglaubliche Ängste ausstehen mußte. Und dann wußte man, wir hatten’s geschafft. Und das Glücksgefühl, ich glaube, das kommt nicht nochmal in diesem Leben.“ (Junger Mann, in: Kuhn 1992: 138) Die Bürger hatten ihre Würde und ihren Stolz wiedergefunden. Sie hatten sich selbst wieder entdeckt.

Dem Szenario der Montagsdemonstrationen in ihrer Anfangsphase wohl noch am nächsten kam der Aufruf des *Neuen Forums*. Auch er war relativ offen gehalten, enthielt kaum konkrete Forderungen und Programmaussagen und begnügte sich damit, ein öffentliches Forum zu etablieren, das möglichst vielen Bürgern aus unterschiedlichen Bereichen offen stehen sollte. Bei einer genaueren Betrachtung zeigen sich aber doch auch Unterschiede. Der Aufruf des *Neuen Forums* nahm eine Diagnose der damaligen krisenhaften Situation vor, benannte einen Katalog von konkreten sozialen Problemen, die der Lösung harrten, und brachte den Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zum Ausdruck (Rein 1989: 13f.), womit er sich in die Nachfolge der Forderungen der Ökumenischen Versammlung stellte. Seine wichtigste Feststellung lautete, daß die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört sei, und dementsprechend forderte er zum demokratischen Dialog mit den Bürgern aus allen Parteien und Gruppen auf, für den sich das *Neue Forum* als Plattform verstand (13). Selbst die relativ unpräzisen Vorstellungen und Forderungen des *Neuen Forums* waren also noch weitaus konkreter als die Vorstellungen und Forderungen der ersten Demonstranten.

Zugleich äußerte sich das *Neue Forum* äußerst zurückhaltend und vorsichtig. Es wollte seine Tätigkeit auf gesetzliche Grundlagen stellen und sich im Rahmen der Verfassung bewegen (14).<sup>258</sup> Den verfassungsmäßig verankerten Führungsanspruch der SED stellte das *Neue Forum* ausdrücklich nicht in Frage. Vielmehr kam es ihm darauf an, in der Verfassung formal garantierte Rechte wie Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit einzuklagen und die gesetzlich gegebenen Spielräume auszunutzen (Pflugbeil 1989: 22). Die anstehende Reform der DDR sollte nicht an der SED und den staatlichen Behörden vorbei, sondern mit ihnen gemeinsam gemacht

258 Die Legalisierung strebte auch der *Demokratische Aufbruch* (Rein 1989: 37), *Demokratie Jetzt* (77) und sogar die *SDP* (86) an.

werden (23). Obwohl das *Neue Forum* in seinem Aufruf auf den Begriff des Sozialismus bewußt verzichtet hatte, wehrte es sich dagegen, als antisozialistisch bezeichnet zu werden. In seiner Erklärung zum 40. Jahrestag stellte es fest, daß der Sozialismus, den die Regierung so scheinheilig gefährdet sehe, durch eine Basisbewegung nicht bedroht sein könne. „Bürgerinitiativen bedrohen nicht, sondern entfalten gesellschaftliches Leben.“ (Rein 1989: 15) Und weiter heißt es: „Eher schon gefährdet die Untätigkeit der SED den Sozialismus auf deutschem Boden. Wir wenden uns ausdrücklich an die zwei Millionen Mitglieder der SED: Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft in unserem Land. Zu Euch gehört ein enormes Potential von Fachwissen und Leitungserfahrung, das für die Erneuerung unserer Gesellschaft dringend gebraucht wird. Ihr beansprucht die führende Rolle - übt sie aus! Führt die Diskussion in Euren Reihen, führt die Gesamtpartei auf einen konstruktiven Kurs!“ (15f.) Die SED wird beim Wort genommen: Wenn sie die führende Rolle spielen will, muß sie in ihren eigenen Reihen die dringend erforderlichen Reformen einleiten. Das *Neue Forum* ist kein Gegner des Sozialismus. Es tut mehr für ihn als die SED. Die Erklärung des *Neuen Forums* zielt offensichtlich auf den Nachweis der Legalität der eigenen Aktivitäten. Das heißt, die Argumentation des *Neuen Forums* ist eindeutig taktisch ausgerichtet. Wie in den Jahren zuvor die Kirchengruppen unterhalb der Kriminalisierungsschwelle zu bleiben versuchten, so schmiegt sich auch das *Neue Forum* jetzt an die offizielle Propaganda an und fordert die SED doch zugleich auch heraus. Man darf eine solche Argumentation nicht wörtlich nehmen. Ihr Ziel besteht nicht darin, die führende Rolle der SED anzuerkennen, sondern darin, die SED mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen, ihr Gegenargumente aus der Hand zu nehmen und durch den Nachweis der eigenen Loyalität die Ansprechbarkeit der Bevölkerung für das vertretene Reformanliegen zu erhöhen.

Andere Initiativen waren weniger vorsichtig, zielten aber auch nicht so stark wie das *Neue Forum* auf Gewinnung einer Massenbasis, obschon natürlich alle Mobilisierungseffekte erzielen wollten (Neubert 1997: 834). Die *SDP* zum Beispiel lehnte den Führungsanspruch der SED offen ab. Bereits in ihrem Aufruf vom 24. Juli 1989 hielten Martin Gutzeit und Markus Mekkel fest: „Die notwendige Demokratisierung unseres Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruchs zur Voraussetzung.“ (Rein 1989: 85) Die *SDP* war diejenige Oppositionsgruppierung, die westlichen Gesellschaftsvorstellungen am weitesten entsprach. Sie forderte die Einführung der parlamentarischen Demokratie und Parteienpluralität, den Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, eine freie Presse, Religions- und Gewissensfreiheit sowie die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft (87).

Die Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt* trat ebenfalls für Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, für Gewaltenteilung, für demokratische Wahlen, für Reisefreiheit, also für die Respektierung von Menschenrechten und Demokratie sowie für eine ökonomische Verselbständigung der Betriebe und eine Orientierung der Wirtschaft am Markt ein (60ff.), erwähnte aber in ihren ersten Erklärungen die Frage nach dem Führungsanspruch der SED nicht. Bereits Ende September lehnte aber auch sie die Führungsrolle der SED ab (Weiß 1989: 69). Besonderen Wert legte sie auf den Abbau des Staatssozialismus, den Rückzug des Staates aus der Gesellschaft, also auf Dezentralisierung und auf die Entstehung einer dieser entsprechenden Zivilgesellschaft als Voraussetzung für die Parteiendemokratie (Mehlhorn 1989: 80). Den Sozialismus hielt sie für eine bewahrenswerte Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft (Rein 1989: 59f.). Unter ihm verstand sie eine solidarische Gesellschaft, in der im öffentlichen Dialog der gesellschaftliche Konsens und der gerechte Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen gesucht wird.

Der *Demokratische Aufbruch* wiederum sprach sich ebenso wie *Demokratie Jetzt* für die Trennung von Staat und Gesellschaft, für mehr Rechtssicherheit, für die Entwicklung einer freien Öffentlichkeit, die freie Willensbildung und den öffentlichen Ausdruck des Willens mit politischen Mitteln aus und hielt gleichfalls an der Idee des Sozialismus fest, formulierte die Kritik am Führungsanspruch der SED aber zunächst relativ versteckt. In dem am 2. Oktober verfaßten Gründungsauftrag heißt es, daß der vom *Demokratischen Aufbruch* geforderte Staat „sich auf im öffentlichen Dialog ermittelte Werte“ stützt und „sich nicht auf ein Wahrheitsmonopol einer Gruppe oder Partei“ gründet (Rein 1989: 35). Trotz dieser schwer greifbaren Formulierung ließ der *Demokratische Aufbruch* aber keinen Zweifel daran, daß er sich für politische Verhältnisse einsetzt, in denen die Veränderungs- und Kontrollmöglichkeiten des Bürgers gestärkt werden und „der Staat nicht mehr ausschließlich durch eine Partei beherrscht wird“ (34). Darüber hinaus favorisierte er eine Pluralisierung von Eigentumsformen, die Einführung von Marktelementen in die Planwirtschaft und das Zusammenspiel von Plan und Markt (36).

Abgesehen von den hier benannten Unterschieden in der Radikalität der Formulierung fällt es freilich schwer, konzeptionelle Differenzen zwischen den vier behandelten Oppositionsgruppierungen auszumachen. Alle vier Gruppen traten vor allem für drei Ziele ein: für eine Demokratisierung des politischen Systems und die Respektierung von Menschenrechten, für den Aufbau einer solidarischen und sozial gerechten Gesellschaft sowie für die Ökologisierung der Wirtschaft. Demokratisch, sozial und ökologisch sollte die DDR werden. Dabei stand die Demokratisierung der Gesellschaft zwei-



fellos im Mittelpunkt ihrer Bestrebungen. Ihre Kritik richtete sich vor allem auf die Entmündigung der Bürger durch die autoritäre Herrschaft der SED, das Ziel bestand dementsprechend in der Entstaatlichung der Gesellschaft und in der Stärkung der Partizipationsrechte des einzelnen. Einen zentralen Platz nahm in diesem Zusammenhang die Schaffung einer unabhängigen Öffentlichkeit ein.

Die Behauptung von Rainer Eckert (1995: 742f.), daß die SDP mit ihrer Forderung nach Rechtsstaat und strikter Gewaltenteilung bewußt die Grenzen des Realsozialismus überschritt und als erste politische Kraft der SED grundsätzlich ihren Führungsanspruch bestritt, während es den Bürgerbewegungen ansonsten in erster Linie nur um eine Reform des Sozialismus, die Demokratisierung der DDR und die Ausweitung der Aktionsmöglichkeiten der Oppositionellen ging und damit um Forderungen, die weit hinter denen der SDP zurückblieben (724), läßt sich in dieser Schärfe nicht aufrechterhalten. Zum einen hielten auch die Gründer der SDP noch am Sozialismus fest. So erklärte Markus Meckel (1989: 95) kurz vor der formellen Gründung der SDP am 7. Oktober: „Wir wollen durchaus so etwas wie Sozialismus, wenn auch schwer angebbbar ist, welche Strukturen ökonomisch und politisch dieser Vision entsprechen.“ Und der am 7. Oktober gewählte Vorstand der SDP stellte in seinem Aufruf zur Bildung von Ortsverbänden noch am 14. Oktober klar, daß die SDP mit den von ihr verfolgten Zielen „den Traditionen des demokratischen Sozialismus nahe(stehe)“ (Rein 1989: 94).<sup>259</sup> Zum andern erhoben - wie wir gesehen haben - auch *Demokratie Jetzt* und *Demokratischer Aufbruch* die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung und kritisierten, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung, den Führungsanspruch der SED.

Selbst das *Neue Forum*, das sich vorgenommen hatte, sich im verfassungsmäßig vorgegebenen Rahmen zu bewegen, erkannte das Machtmonopol der SED nicht geschlossen an. Nicht erst am 23. Oktober wurde, wie Eckert (1995: 732) selbst einräumt, von einem Repräsentanten des *Neuen Forums* - von Hans-Jochen Tschiche - die Auffassung vertreten, daß das Machtmonopol der SED gebrochen werden mußte. Schon einige Wochen

259 Auch Wolfgang Herzberg (1993: 34) konstatiert, daß nicht genau auszumachen ist, inwieweit es den Gründern der SDP im Herbst 1989 um die Suche nach einem nichtkapitalistischen dritten Weg oder um die bloße Einführung westlicher ökonomischer und politischer Verhältnisse ging. Auf der einen Seite bemerkt er bei Markus Meckel noch immer eine vage Hoffnung auf einen „nichtkapitalistischen Weg“, auf eine „Alternative zum kapitalistischen System“ und damit auf einen „demokratischen Sozialismus“ (so Meckel in seiner Rede zur Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante, vgl. Meckel/Gutzeit 1994: 379ff.). Auf der anderen Seite sieht er aber auch, daß Meckel den „Begriff des Sozialismus (für) so diskreditiert“ hielt, daß er ihn für die Beschreibung eigener Zielbestimmungen nicht benutzen wollte, obschon er gemeinsam mit den Gründern der SDP doch genau das anstrebe, „was in der Vision des Sozialismus ausgesprochen ist: ein gerechtes und soziales Gemeinwesen“ (Herzberg 1993: 34).

vorher, im September, äußerte Bärbel Bohley die Meinung, es sei an der Zeit, daß die Mächtigen in der DDR ihre Macht abgeben. Gegenüber den vielen Reformversuchen etwa seitens der evangelischen Kirchen, die auf eine Änderung der Form der Machtausübung der SED drängten, wandte sie kritisch ein, daß die Mächtigen „unfähig oder gar nicht gewillt“ seien, „ihre Macht anders zu gebrauchen. Ich möchte nicht, daß bei der Abgabe der Macht Blut fließt oder überhaupt Gewalt im Spiel ist. Es wäre schon gut, wenn sie aus Einsicht zustandekommen würde. Aber ich glaube, diese Einsicht verhindert man, wenn man nicht sagt, daß die Macht abgegeben werden muß.“ (Bohley u.a. 1989: 195) Weiter erklärte Bärbel Bohley, sie möchte durchaus nicht in Westdeutschland leben, aber auch nicht Bürger eines Staates sein, „der seine Bürger entmündigt und einsperrt“ (10). Möglicherweise würden sich viele von denen, die der DDR indifferent gegenüberstünden, für dieses Land entscheiden, wenn sich die Möglichkeit für sie ergeben würde, „es so zu verändern, wie sie es wollen. Diese Möglichkeit muß von ihnen und uns erkämpft werden, sie wird uns nicht einfach gegeben werden. Und dieser Kampf darf nicht so ausgehen wie am 17. Juni 1953.“ (10) Es müsse dem Staat „eine legale politische Ebene“ abgerungen werden, „auf der die Menschen sich finden können, um ihre Aktivitäten für eine Veränderung der Gesellschaft zu entfalten“ (ebd.). Folgerichtig rief sie ihren Mitbürgerinnen und -bürgern zu: „Entlast euch endlich selbst in die Mündigkeit. (...) Es lohnt sich nicht zu schweigen.“ (11) „Steht auf, geht aber nicht in den Westen, sondern auf die Straße!“ (9)

Von einer Anerkennung des Führungsanspruchs der SED ist in diesen Äußerungen nicht viel zu spüren. Und auch nicht viel von einer „Grundloyalität“ (Eckert 1995: 743; vgl. auch Joppke 1995: VII) gegenüber dem Regime. Eher schon kann man hier von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das politische System der DDR sprechen. Der Aufruf, auf die Straße zu gehen, stellt in der oppositionellen Literatur eine einzigartige Ausnahme dar, und er ist wohl auch nicht wörtlich gemeint, denn er wurde verfaßt, bevor man ernsthaft damit rechnen konnte, daß die Bürger der DDR tatsächlich auf die Straße gehen würden. Selbst die Hoffnung auf die Reformfähigkeit der SED scheint aufgegeben zu sein. Die SED sei weder fähig noch willens, ihre Macht anders als bisher zu gebrauchen. Andererseits äußert Bärbel Bohley aber auch die Erwartung, daß die Machthaber in der DDR ihre Macht aus Einsicht abgeben. Die Äußerungen Bärbel Bohleys scheinen nicht ganz ausgewogen zu sein, denn sie erwartet nicht nur, daß die Macht freiwillig abgegeben wird, sondern fordert auch dazu auf, die gewünschte Veränderung zu erkämpfen. Und noch eine weitere Unstimmigkeit fällt auf: Einmal soll dem Regime eine legale politische Ebene abgerungen werden, ein anderes Mal aber der Gang auf die Straße angetreten wer-

den. Man kann diese Widersprüchlichkeiten ihrer Bemerkungen als einen Ausdruck von Konzeptionslosigkeit interpretieren. Man kann in ihnen - und dies scheint mir angemessener zu sein - aber auch einen Hinweis auf die Ausweglosigkeit, in der sich die Oppositionsgruppierungen im September 1989 befanden, sehen. Auch wenn die Situation nach grundlegenden Veränderungen verlangte, so war angesichts der eindeutigen Ungleichgewichte in der Machtverteilung zwischen SED und Opposition doch in keiner Weise klar, wie diese erreicht werden sollten. Natürlich konnte man den Machtanspruch der SED bestreiten, aber ließ sich eine solche Bestreitung auch durchsetzen? Die Äußerungen der oppositionellen Gruppierungen mußten widersprüchlich ausfallen, da der aus der Situation resultierende Handlungsbedarf und die Handlungsmöglichkeiten nicht in Übereinstimmung zu bringen waren.

Diese Widersprüchlichkeit zeigte sich zum einen darin, daß man - wie etwa Sebastian Pflugbeil vom *Neuen Forum* - den Führungsanspruch der SED ausdrücklich anerkannte und zugleich behauptete, die Demokratisierung der DDR anzustreben. Selbstverständlich war auch den Aktivisten des *Neuen Forums* klar, daß sich die Demokratie nicht verwirklichen ließ, wenn für irgendeine Partei ein Machtanspruch in der Verfassung festgeschrieben war. Es ist daher nicht überraschend, daß auch bei einem Oppositionellen wie Sebastian Pflugbeil (1989: 23) die Einsicht Platz griff, es sei unausweichlich, sich „dafür einzusetzen, daß die Macht geteilt wird“. Die „Machtballung in wenigen Händen“ sei, wie er sagte, „für jede Form von Reform (...) äußerst hinderlich“ (ebd.). Insofern war das *Neue Forum* regimekritischer als ihm von Eckert (1995: 729), Jander (1995a: 905ff.), Joppke (1995: 141) und anderen unterstellt wird. Andererseits vertrat selbst ein so scharfer Kritiker der SED wie Ludwig Mehlhorn (1989: 78), der der SED das Machtmonopol bestritt, die Meinung, daß die Durchsetzung einer solchen Bestreitung zum damaligen Zeitpunkt „nicht möglich“ war. Auch SDP-Gründer wie etwa Konrad Elmer hielten es für notwendig, Rücksicht auf die bestehenden Machtverhältnisse zu nehmen und der SED keine „unnötigen Angriffsflächen“ zu bieten (Herzberg/Mühlen 1993: 170).

Solche Inkonsequenzen waren aber nicht Ausdruck einer „Grundloyalität“ und auch nicht Zeugnis von „diffusen“ und „verschwommenen“ politischen Vorstellungen, wie Eckert (1995: 729, 733, 735, 736) in seiner Interpretation oppositioneller Schriftzeugnisse - ausgenommen derer der SDP - immer wieder herausstellt, sondern Konsequenz einer Situation, in der nicht angebbbar war, welche Wege man hätte beschreiten müssen, um zu den so dringend gewünschten Veränderungen zu gelangen. Die Opposition fühlte sich im Spätsommer, als ihre Aufrufe entstanden, einfach „viel zu schwach“ (Mehlhorn 1989: 78), um den Führungsanspruch der SED wirksam bestrei-

ten zu können. In den vergangenen Jahren war es ihr nie gelungen, die Bevölkerung zu erreichen oder gar zu aktivieren. Die Entstehung der außerkirchlichen Oppositionsgruppen fiel in eine Zeit, als von der sich bald ausbreitenden Volksbewegung noch nichts zu erkennen war und niemand mit einer solchen rechnete. Die Initiatoren der Bürgerbewegungen konnten nicht sehen, daß sie sich in einer revolutionären Krisensituation befanden (Reinhard Schult, zitiert nach Eckert 1995: 732). Sie richteten sich auf eine lange Zeit mühevoller politischer Kleinarbeit ein.<sup>260</sup> Auch wenn Oppositionelle wie Bärbel Bohley (1989: 11) die Bevölkerung dazu aufriefen, mündig zu werden, und vielleicht sogar schon einige Anzeichen dafür zu erkennen meinten, daß die Bevölkerung ihre Sprache wiederzufinden begonnen hatte (7), wußten sie doch, wie tief inzwischen die Resignation in der Bevölkerung geworden war, wie unbedeutend und marginal die Oppositionsgruppen waren<sup>261</sup> und wie wenig sie an wirklichen Veränderungen der politischen Verhältnisse in der DDR erreicht hatten. Der Aufbruch im Herbst 1989 kam für die Gründer der Oppositionsgruppierungen ebenso überraschend wie für alle anderen (Mehlhorn 1989: 73). Sie hatten mit ihm weder gerechnet noch hätten sie sich, wenn sie ihn für möglich gehalten hätten, zugetraut, ihn zu organisieren.

In einer solchen Situation konnte es nicht um den Sturz der SED gehen, sondern allenfalls um den Dialog mit der Macht. Die Forderungen einiger Historiker und Politologen nach klaren Aussagen der Oppositionellen zur Überwindung des DDR-Systems ignorieren die damals noch bestehenden Machtverhältnisse. Die Zurückhaltung von oppositionellen Äußerungen aus dieser Zeit, auch ihre Widersprüchlichkeit und Inkonsequenz haben nichts mit einer Grundloyalität gegenüber dem politischen System der DDR zu tun und auch nichts mit einer Bejahung des Sozialismus. Eine solche Betrachtungsweise verwechselt den Willen der Oppositionellen, ihre Haltung und ihre Ziele mit ihren Handlungsmöglichkeiten, mit ihren Fähigkeiten und den vorfindbaren Gelegenheitsstrukturen. Diese schlossen die Formulierung weitergehender Zielstellungen aus.<sup>262</sup> Eine Bestreitung des Sozialismus als Gesellschaftsideal hätte eine Infragestellung der Existenz der DDR, in deren

260 Ludwig Mehlhorn, *Demokratie Jetzt*, über die Zeit nach dem Erscheinen der Aufrufe des *Neuen Forums* und von *Demokratie Jetzt* im September 1989: „Wir hatten uns auf viel längere Zeiträume und mühseliges Arbeiten eingestellt.“ (A 13)

261 Bärbel Bohley (1989: 8) meinte noch im September 1989, man müsse die Tatsache akzeptieren, „daß in der DDR nur eine unbedeutende Opposition existiert“, die „von niemandem“ anerkannt ist, nicht einmal vom Westen (9). Ihr sei deutlich geworden, „wie sehr die Menschen resigniert haben. Alle Hoffnungen wurden zerschlagen, es ging immer nur 'bergab'.“ (7)

262 Insofern könnte man sagen, daß die eingeschränkten objektiven Bedingungen und die Begrenztheit der eigenen Handlungsmöglichkeiten die Zielstellungen des Handelns der Opposition beeinflusst haben. Man kann sich nur vornehmen, was zu erreichen irgendwie möglich zu sein scheint. Vgl. Pollack 1998b: 92f.

Verfassung die sozialistische Gesellschaftsordnung festgeschrieben war, bedeutet. Sich den Sturz des Sozialismus und die Einführung der westlichen Parteiendemokratie vorzunehmen, wäre wirklichkeitsblind gewesen. Gegen eine solche Perspektive stand die Teilung Europas in zwei Blöcke, die Besetzung Ostdeutschlands durch die Sowjetarmee und die Konzentration der gesamten politischen Macht und aller ökonomischen Ressourcen des Landes in den Händen der SED. Außerdem wäre es taktisch nicht klug gewesen, den Sozialismus als gesellschaftliches Ziel in der DDR zu verneinen, da das die Opposition leicht ausgrenzbar und kriminalisierbar gemacht hätte; die Oppositionsgruppierungen strebten aber gerade ihre Legalisierung an. Abgesehen davon wäre eine staatsfeindliche Einstellung in der Bevölkerung schwer vermittelbar gewesen. Mit einer regimekritischeren Haltung hätten sich die oppositionellen Gruppierungen noch mehr sozial isoliert, als sie es schon waren.<sup>263</sup>

Nicht aber die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsvorstellung war das Ziel der Opposition, sondern die Demokratisierung der Verhältnisse. Es ging nicht um eine Intensivierung der Identifikation mit dem Sozialismus (Elmer in: Herzberg/Mühlen 1993: 169) und schon gar nicht, wie Jander (1995a: 949, 953) unterstellt, um die Realisierung einer romantischen Sozialismus-Idee, derzufolge vermittelnde Institutionen, Recht, Gewaltenteilung, Verfassung und Staat unnötig sind. Die Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft durch Recht, politische Wahlmechanismen, Verfassung und partizipative Institutionen und Organisationen wurde in den Aufrufen der neu gegründeten Oppositionsgruppierungen stets ausdrücklich anerkannt und gefordert. Und Utopien waren in einigen auf Einhaltung der Menschenrechte drängenden Oppositionsgruppierungen sogar schon vor 1989 diskreditiert.<sup>264</sup> Natürlich gab es in der Opposition einzelne, die ein sozialistisches Gesellschaftsideal vertraten. Natürlich verortete sich die Bewegung mehrheitlich eher links als rechts. Und es ist auch richtig, daß die Institutionenskepsis bei den ersten Mitgliedern der im Herbst 1989 sich herausbildenden Oppositionsbewegungen weit verbreitet war. Diese war aber charakteristisch für alle oppositionellen Gruppierungen

263 Die Benutzung des Sozialismusbegriffs erfüllte also eine Art Brückenfunktion gegenüber der Bevölkerung. Die Bewegungsforschung bezeichnet diese Funktion als *frame bridging* bzw. als *frame amplification* (Snow et al. 1986). Inwieweit aufgrund dieser framing-Strategien den alternativen Gruppen allerdings Mobilisierungserfolge gelungen sind, ist zu bezweifeln. Im Umbruchprozeß selbst dürfte ihnen ihre Orientierung am Sozialismusbegriff eher geschadet haben.

264 Vgl. die Vorstellung der *Initiative Frieden und Menschenrechte* am Tag der Menschenrechte am 10. 12. 1987 in der Gethsemanekirche in Berlin: „Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr an einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“ (Hirsch 1988: 231)

in Ost- und Mitteleuropa und hatte nicht unbedingt etwas mit einer Affinität zu sozialistischen Ideen zu tun, sondern vielmehr damit, daß die Dissidenten und Oppositionellen über Jahrzehnte hinweg Institutionen stets nur als repressive Instrumente kommunistischen Machterhaltungsstrebens erlebt hatten. Woran die Oppositionsgruppierungen allerdings in der Tat festhielten, das war ihre Bindung an die DDR als einem selbständigen Staat und damit die Bejahung der deutsch-deutschen Zweistaatlichkeit.<sup>265</sup> Aber auch diese Bindung an das eigene Land teilten sie mit ihren osteuropäischen Gesinnungsgenossen.<sup>266</sup> Die herrschenden sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse gaben die selbstverständlich vorausgesetzten Rahmenbedingungen ihres Wirkens ab. Sie verliehen der Opposition ja überhaupt erst ihre Bedeutung und waren insofern für ihr Selbstverständnis als Gegner der sozialistischen Ordnung konstitutiv.

Die sozialen Träger der im Herbst 1989 entstandenen Oppositionsbewegungen kamen eindeutig aus den der evangelischen Kirche nahestehenden Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen. *Demokratie Jetzt* ging unmittelbar aus dem *Initiativkreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* hervor. Von den etwa 40 Gründern der *SDP* waren zehn ausgebildete Pfarrer oder Theologen, über zwei Drittel hatten ein evangelisches Elternhaus, und die beiden Initiatoren, Martin Gutzeit und Markus Meckel, stammten direkt aus der Oppositionsszene (Herzberg/Mühlen 1993). Auch beim *Demokratischen Aufbruch* kamen die Initiatoren, Ehrhart Neubert, Rainer Eppelmann, Rudi Pahnke und andere, aus dem politisch alternativen kirchlichen Milieu. Beim *Neuen Forum* war der Kreis der Erstunterzeichner zwar erweitert um Reformkommunisten wie Klaus Wolfram oder Rolf Henrich und um Intellektuelle aus der Szene der privatistischen Verweigerungskultur wie Jens Reich, aber die Initiative ging auch hier von einer aus der kirchennahen Gruppenszene stammenden Oppositionellen, von Bärbel Bohley, aus. Andere Oppositionsgruppen wie die Böhleiner Plattform oder die Grüne Partei bezogen weitere Segmente der Bevölkerung ein, entstanden teilweise aber auch erst deutlich später und erreichten bei weitem nicht die Wirkung wie die anderen erwähnten oppositionellen Gruppierungen.

Auch die Programme der Oppositionsbewegungen speisten sich aus den in den alternativen Gruppen geführten Diskussionen. Teilweise stellten die von den Bewegungen aufgestellten Forderungen wie die nach der Herstellung von Öffentlichkeit, nach der Gewährung von Versammlungs- und

265 Ende Januar 1990 bekannte sich das *Neue Forum* nach dramatischen internen Auseinandersetzungen zwar „zur Einheit Deutschlands“ (Das Neue Forum 1990: 98), dies aber nur, weil angesichts der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung überhaupt keine andere Wahl bestand. *Demokratie Jetzt* hatte freilich schon am 12. September 1989 beide deutschen Staaten dazu aufgerufen, „sich um der Einheit willen aufeinander zu reformieren“ (Rein 1989: 62)

266 Vgl. oben S. 22.

Redefreiheit und anderen Menschenrechten oder auch die nach dem Einsatz für Solidarität, Gerechtigkeit und Schutz der Umwelt eine direkte Übernahme von Elementen aus dem Diskurs der alternativen Gruppen dar. Insofern ist es wohl kaum übertrieben zu behaupten, daß die Bürgerrechtsbewegung des Herbstes 1989 unmittelbar aus der Gruppenszene hervorgegangen ist.

Betrachtet man den Aufschwung der Bürgerrechtsbewegungen, den diese schon bald nach der Veröffentlichung ihrer Gründungsaufrufe nahmen, muß man allerdings zwischen einer internen und einer externen Mobilisierung unterscheiden.<sup>267</sup> Die interne Mobilisierung bezieht sich auf die Aktivierung des alternativen Milieus, die externe auf die Aktivierung der Bevölkerung. Während erstere den Initiatoren der neu gegründeten oppositionellen Vereinigungen aufgrund der in den Jahren zuvor zustande gekommenen Vernetzung relativ leicht gelang, kam die externe Mobilisierung aufgrund der begrenzten internen Ressourcen der Bewegungsträger und ihres „soziokulturellen Außenseiterstatus“ (Wielgohs/Johnson 1997: 352) weniger durch ihre eigenen Anstrengungen als mehr durch externe situative Faktoren wie den enormen Problemdruck in der Gesellschaft und die Wirkung westlicher Medien, die die Oppositionsgruppierungen mit ihren Situationsdeutungen und Forderungen bekannt machten, zustande. Schon bald waren die Initiatoren der neuen Bewegungen durch den Ansturm der Massen organisatorisch überfordert.<sup>268</sup> Vielfach war man gezwungen, die sich herausbildenden Stadtteil- bzw. Regionalgruppen, die thematischen Gruppen und die Betriebsgruppen sich selbst zu überlassen (Probst 1993: 117ff.). Oft gab es nicht genügend Vertreter des *Neuen Forums*, die für die neu gegründete Bewegung autorisiert und kompetent sprechen konnten (Unterberg 1991: 158f.). Die vielen aus der Bevölkerung kommenden Angebote zur Mitarbeit blieben häufig unbeantwortet. Weder waren die Finanzen geordnet noch die Mitgliederlisten, und auch die Organisationsstruktur blieb weitgehend unklar. Insofern ist es zwar berechtigt zu behaupten, daß die Bürgerrechtsbewegungen aus den politisch alternativen Gruppen hervorgegangen sind.<sup>269</sup> Falsch aber wäre es anzunehmen, daß diese den Massenzulauf zu

267 Diese Unterscheidung übernehme ich von Wielgohs/Johnson (1997: 352).

268 Von „organisatorischer Überforderung“ spricht zum Beispiel Ludwig Mehlhorn (A 14): „Es gab eine riesen Masse an Anforderungen: vor Gruppen zu sprechen, in Gemeinden zu kommen, zunehmend auch im öffentlichen Bereich, an Fernsehdiskussionen teilzunehmen, Interviews zu geben usw. Dann kam später die Arbeit des Runden Tisches dazu. Jetzt kommt dazu, daß wir halt ein Büro einrichten müssen. Das sind also so organisatorische Probleme, denen diese fast privaten Arbeitszusammenhänge nicht gewachsen sind.“ Martina Krone vom *Friedenskreis Friedrichsfelde* in Berlin spricht sogar von einem „anfänglichen organisatorischen Chaos“, das im Neuen Forum geherrscht habe (Interview vom 25.1.1990, A 7).

269 Allenfalls einige Aktivitäten aus der Künstler- und Schriftstellerszene lassen sich unmittelbar aus der Netzwerkmobilisierung der oppositionellen Gruppen erklären. Hier mag es direkte Interaktionen gegeben haben, die die Unterstützung der neu gegründeten oppositionellen Verei-

nigen organisiert hätten. Vielmehr zeigt sich auch beim Übergang von den alternativen Gruppen zur Bürgerrechtsbewegung wieder, daß der Umbruch in der DDR nicht akteurstheoretisch erklärt werden kann, sondern zu seiner Erklärung der Rekurs auf die allgemeine gesellschaftliche Lage unverzichtbar ist.

Gleichwohl waren die alternativen Gruppen für den Umbruch wichtig, nicht nur insofern, als sie als Kristallisationspunkte für den Massenprotest fungierten, sondern auch insofern, als sie die Initiatoren der Bürgerrechtsbewegung stellten und den in den Bürgerrechtsbewegungen geführten Diskurs maßgeblich beeinflussten. Wenn sie mit ihren Situationsdeutungen und Handlungsanweisungen auch die Masse der Bevölkerung anfangs kaum erreichten, so ist die personelle und inhaltliche Kontinuität zwischen alternativen Gruppen und Bürgerrechtsbewegung doch unübersehbar. Jahrelang in den staatskritischen Gruppen aufgestellte Forderungen flossen nun in die Programme der Oppositionsvereinigungen ein. Gesellschaftlich einflußreich wurden sie aber erst dann, als in der DDR so etwas wie Öffentlichkeit entstand, also etwa ab Mitte Oktober 1989. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Argumente der alternativen Gruppen und Oppositionsbewegungen von der Bevölkerung gehört und aufgegriffen. Dabei kam es der Akzeptanz der Oppositionsgruppen zugute, daß sie ihre Programme relativ vorsichtig und moderat formuliert hatten. Den Versuchen der Kriminalisierung und Ausgrenzung des *Neuen Forums* durch die SED konnte argumentativ entgegengehalten werden, daß es sich bei dem Aufruf des *Neuen Forums* durchaus nicht um ein antisozialistisches Pamphlet handeln würde und daß man die Überlegungen der Opposition daher ernstnehmen müsse.<sup>270</sup> Aber auch wenn der öffentliche Diskurs an die Argumentationen der Bürgerrechtsbewegungen anknüpfte und sie aufnahm, so bleibt es doch richtig, daß diese den Massenzulauf zu ihren Organisationen nicht selbst organisiert haben. Die externe Mobilisierung der Bürgerrechtsbewegungen war in erster Linie nicht das Ergebnis ihrer eigenen Anstrengungen, sondern die Folge veränderter

nigungen befördert haben.

270 So heißt es in einem Bericht des Staatssicherheitsdienstes vom 13. Oktober 1989: „Auch progressive Kräfte zeigen Unsicherheit in der politischen Bewertung und Auseinandersetzung mit Anhängern und Sympathisanten des 'Neuen Forums'. Sie vertreten z. T. die Auffassung, die vom 'Neuen Forum' aufgeworfenen Probleme seien auch von ihnen längst als solche erkannt worden. (...) Das 'Neue Forum' und seine Anhänger generell als verfassungsfeindlich abzustempeln, führe nur zur Konfrontation und zu einer zahlenmäßigen Stärkung dieser Kräfte.“ (Zitiert nach Süß 1996: 268f.) Ein Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS vom 6. November 1989 enthält die Bemerkung: „Unter großen Teilen der Bevölkerung kommt es immer wieder zu Sympathiebekundungen für das 'Neue Forum'. (...) Eine antisozialistische Zielstellung des 'Neuen Forums' wird in Abrede gestellt und nachdrücklich die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Ablehnung seiner Zulassung als Vereinigung aufgeworfen.“ (Zitiert nach Süß 1996: 274)

gesellschaftlicher Bedingungen, wobei nicht nur die Spannungsverschärfung zur Ausbreitung der Bürgerrechtsbewegungen beitrug, sondern auch die plötzlich entstehende Dialog- und Diskussionskultur. Aufgrund der Entstehung dieser Kommunikationskultur konnten die Argumente der Bürgerrechtsbewegungen auf die neu entstandene Öffentlichkeit einwirken, so daß es kurzzeitig zu einer Vermischung der alternativen Subkultur und der öffentlichen Sphäre kam. In dieser Zeit waren die oppositionellen Vereinigungen tatsächlich das Sprachrohr der Bevölkerung. Nach der Maueröffnung brach - mit einer gewissen Phasenverzögerung - die entstandene Einheit zwischen Bürgerrechts- und Volksbewegung jedoch wieder auseinander, und beide verfolgten unterschiedliche Zielstellungen. Während es der einen um die Relativierung der Konsumansprüche der Bevölkerung und eine möglichst lange Bewahrung der Selbständigkeit der DDR ging, kam es der anderen auf eine möglichst schnelle Wiedervereinigung und die Angleichung der Lebensverhältnisse an den Westen an.

#### 4.2. Hardliner und Reformen in der Partei

Neben der Ausreise-, der Bürgerrechts- und der Volksbewegung ist noch auf zwei weitere Handlungslinien hinzuweisen, die die Verhältnisse im Herbst 1989 in der DDR prägten und eine relative Unabhängigkeit voneinander besaßen: auf die Handlungslinie der Staats- und Parteiführung sowie auf das politische Engagement der Parteireformer. Beide Handlungszusammenhänge sollen hier nur kurz dargestellt, nicht aber ausgiebig behandelt werden.

Die offizielle Handlungslinie war in der Krisensituation im Spätsommer und Frühherbst 1989 vor allem durch ein Merkmal charakterisiert: durch Unbeweglichkeit. Auf die Fluchtwelle reagierte die Staats- und Parteiführung lediglich mit propagandistischen Mitteln und mit einer Verschärfung der Abschottung nach außen. Die Fluchtwelle wurde als das Ergebnis von Hetzkampagnen und Abwerbungsversuchen des Westens dargestellt, während jeder Handlungsbedarf im Landesinnern geleugnet wurde. Ansonsten versuchte die Staats- und Parteiführung, der Fluchtwelle Herr zu werden, indem sie nicht nur die Grenzen zum Westen, sondern kurzerhand auch die zu den östlichen Nachbarstaaten abriegelte. Mitte September wurden die Grenzkontrollen für Reisende nach Ungarn verschärft (Mitter/Wolle 1990: 151f.), am 3. Oktober wurde die Grenze zur ČSSR geschlossen (Neues Deutschland vom 4.10.1989, 2). Dadurch rückte das Ausreiseproblem immer näher an die DDR heran und verlagerte sich mit der Lenkung der von Prag kommenden Ausreisetzüge über Dresden und Plauen in die DDR selbst (Timmer 1999: 121).

Auf die im September einsetzende Demonstrationswelle antwortete die SED ebenfalls vor allem durch den Einsatz propagandistischer Mittel. Wiederum wurden die Demonstranten als außengesteuert sowie als Rowdies und Randalierer gebrandmarkt, wobei die öffentliche Propaganda flankiert wurde durch polizeiliche Maßnahmen gegen einzelne der Demonstranten. Das heißt, es wurden trotz der dramatischen Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Situation gegenüber den Demonstranten im wesentlichen dieselben Mittel eingesetzt, die auch in den Monaten und Jahren zuvor zum Einsatz gekommen waren. Weder konnten sich die Vertreter der Partei- und Staatslinie dazu entschließen, auf die Forderungen der Demonstranten einzugehen und Reformen einzuleiten, noch dazu, die Demonstrationen konsequent zu unterbinden. Nicht der Einsatz polizeilicher Instrumente dominierte, obschon insbesondere Anfang Oktober in Dresden, Berlin und Leipzig die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Staatsmacht teilweise brutale Formen annahm, sondern die Anwendung politischer Mittel. Immer wieder unternahmen die Vertreter von Staat und Partei in den Wochen von Anfang September bis Anfang Oktober den Versuch, die Menschen davon abzuhalten, auf die Straße zu gehen. Versammlungen wurden durchgeführt, in denen man versuchte, die Menschen von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen.<sup>271</sup> Zeitungen strichen die Erfolge der 40jährigen Politik der SED heraus. Die Mitglieder der SED wurden mobilisiert und für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Klassengegner, der sich in den Kirchen und auf öffentlichen Plätzen versammelte, zugerüstet.<sup>272</sup> In Gesprächen mit den Kirchen drängten die staatlichen Vertreter die Kirchenleitungen dazu, ihren Einfluß geltend zu machen, um die Demonstrationen zu verhindern (Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 272ff.).<sup>273</sup> Man kündigte an, Zwangsmaßnahmen durchführen zu müssen, wenn weiterhin demonstriert werde. Auch die Rechtfertigung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking diente dem Ziel, Gewalt

271 So heißt es in einem Entschluß des Chefs der Volkspolizei in Leipzig noch am 6. Oktober 1989: „Verstärkte politisch-ideologische Arbeit der Bezirksparteiorganisation und der Kreisorganisation erfolgt in Betrieben, Schulen, Universitäten, sonstigen Einrichtungen und im Wohngebiet.“ (Kuhn 1992: 50)

272 „So zum Beispiel: Einsatz von 5.000 gesellschaftlichen Kräften, davon 2.000 in der Kirche und 3.000 auf dem Nikolaikirchplatz sowie 500 Kräften Reserve“ (in demselben Entschluß des Chefs der Leipziger Polizei, Kuhn 1992: 50).

273 Es war immer die Vorstellung der Partei- und Staatsvertreter, daß der Protest organisiert sei und man ihn daher auch verhindern könnte, wenn man nur die Rädelsführer ausfindig machen und die Führer auf seine Seite bringen würde. Noch im November verhandelte das MfS mit Repräsentanten des *Neuen Forums* über die Absetzung der Demonstrationen (Gespräch mit Gerd Klenk, Mitglied des *Friedenskreises Gohlis* in Leipzig, am 2.11.1993). Daß die Volksbewegung spontan zustandekam und niemand sie in der Hand hatte, haben die Vertreter der Organisationsgesellschaft nie begriffen.

zu vermeiden. Mit seiner Rechtfertigung wollte man abschrecken und so den Einsatz polizeilicher Mittel überflüssig machen.<sup>274</sup> Vor und am 9. Oktober wurden Gerüchte gestreut, es sei gefährlich, sich am Montag in Leipzig in der Innenstadt aufzuhalten (Neues Forum Leipzig 1989: 82; Kuhn 1992: 75ff.). In einem in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Brief drohte ein Kommandant der Kampfgruppen sogar mit der Anwendung der Schusswaffe (Leipziger Volkszeitung vom 6. Oktober 1989, 2). Selbst die Gründung der oppositionellen Vereinigungen wurde nicht konsequent unterbunden, obwohl dies dem MfS ein Leichtes gewesen wäre, da es in allen Vereinigungen seine Inoffiziellen Mitarbeiter plazierte hatte und über alle wichtigen Aktivitäten der damals noch durchaus überschaubaren Oppositionsszene informiert war. Die Staats- und Parteimacht versuchte in den entscheidenden Wochen des September und Anfang Oktober, durch Propaganda zu werben, mit Argumenten zu überzeugen, mit Drohgebärden einzuschüchtern, sie beobachtete und kontrollierte das Geschehen und griff zuweilen hart ein, aber sie verzichtete - bis auf den sensiblen 7. Oktober - auf den durchgreifenden Gewalteinsatz. Die Frage lautet, warum.

Erstens war die SED-Spitze aufgrund der Krankheit ihres ersten Mannes in den ersten Septemberwochen geschwächt. Wochenlang fiel bezüglich der in den bundesdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau sich sammelnden DDR-Flüchtlinge überhaupt keine Entscheidung, so daß die Situation eskalierte und dem Regime wertvolle Zeit für die Herrschaftsstabilisierung verloren ging. Zweitens wollte Honecker bis zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober der Weltöffentlichkeit ein heiles Bild von den Verhältnissen in der DDR vorspiegeln und alle imageschädigenden Aktionen vermeiden. Dadurch verlor das Regime weitere kostbare Zeit zur Stabilisierung der Lage. Für die Zeit nach den Jubiläumsfeierlichkeiten hatte sich Honecker freilich ein hartes Durchgreifen vorgenommen (Wettig 1996: 410). Drittens hätte die Anwendung von Gewalt nicht nur politische, sondern auch unkalkulierbare wirtschaftliche Folgen mit sich gebracht. Seitdem die Sowjetunion Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war und sich aufgrund dessen weigerte, für die ökonomischen Probleme der sozialistischen Länder aufzukommen, war die ökonomische Abhängigkeit der DDR vom Westen stark gestiegen. Die DDR hatte umfangreiche Kredite in westlichen Staaten, insbesondere in der Bundesrepublik, aufgenommen, für deren Rückzahlung sie neue Kredite benötigte. Durchgreifende Gewaltanwendungen hätten die Chancen für die Gewährung dieser neuen Kredite drastisch verschlechtert. Auch aus diesem

274 Auch die Ausstrahlung einer Dokumentation des Militäreinsatzes gegen die chinesischen Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens im DDR-Fernsehen sollte wohl diesen abschreckenden Effekt haben.

Gründe waren die Handlungsmöglichkeiten der Staats- und Parteiführung bei der Bekämpfung der internen Proteste stark eingeschränkt. Schließlich dürfte die SED aber auch deshalb auf den umfassenden Gewalteinsatz verzichtet haben, weil sie die durchgeführten propagandistischen und sicherheitsdienstlichen Maßnahmen für ausreichend ansah. Jahrzehntlang war das politische System der DDR von innen her keinen ernsthaften Bedrohungen mehr ausgesetzt gewesen. Nicht nur die Bevölkerung, nicht nur die westlichen Staaten, auch die SED-Führung selbst hatte sich an die Stabilität des 'ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden' gewöhnt. Daß dieses System zusammenbrechen könnte, war unvorstellbar geworden. Es ist merkwürdig, daß die SED über Jahrzehnte hinweg markige Klassenkampf-Parolen ausgab, daß aber dann, als der 'Klassenfeind' tatsächlich sein gefährliches Haupt erhob, die SED-Führung von seiner Existenz völlig überrascht war und sich als unfähig erwies, ihre Macht zu verteidigen. Offenbar hatten die Funktionäre in den letzten Jahren selbst den Glauben an den Klassenfeind verloren.

Nachdem die Jubelfeierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR vorüber waren und die internationalen Gäste, unter ihnen Michail Gorbatschow, die Hauptstadt der DDR wieder verlassen hatten, erwartete man im allgemeinen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Demonstrationen, insbesondere in Leipzig, aber auch in Dresden, Plauen und anderswo, niedergeschlagen werden würden. Auch wenn ein entsprechender Befehl nicht nachgewiesen ist, sprechen doch einige Indizien dafür, daß ein gewaltsames Eingreifen der Polizeikräfte an dem entscheidenden Montag - dem 9. Oktober - in Leipzig tatsächlich geplant war.<sup>275</sup> Zwar hatte man auf den Plan verzichtet, die zu erwartende Demonstration wie in China durch Panzer und Armeeinheiten aufzulösen. Geplant war allerdings, mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte zu verhindern, daß der Demonstrationzug den Leipziger Ring passiert und wieder ins Stadtzentrum gelangt. Dafür sollten polizeitaktische, im Hintergrund durch Militär abgedeckte Maßnahmen wie Kesselbildung, Aufspaltung und Abdrängung der Demonstrationzüge durch Einsatz von Schlagstöcken, Hunden, Wasserwerfern durchgeführt werden.<sup>276</sup> Das heißt, geplant war, die Demonstration schon in ihrem Entstehen aufzulösen oder, wie der Befehl hieß, „von vornherein zu unterbinden“,<sup>277</sup> also

275 Vgl. S. 222, Anm. 257. Am 9. Oktober standen die Straßenräumfahrzeuge, die gegen die Demonstranten aufboten werden sollten, an der Ecke Hauptbahnhof/Wintergartenstraße zum Einsatz bereit (Kuhn 1992: 80f., 130).

276 Aussagen von einem Offizier der Staatssicherheit und von dem Oberstleutnant der Bereitschaftspolizei Wolfgang Schröder in: Kuhn 1992: 80f.

277 Fernschreiben Erich Honeckers vom 8. Oktober 1989 (Kuhn 1992: 73). Bereits in einem Fernschreiben vom 22. September hatte es geheißen, daß „konterrevolutionäre Aktionen im Keime zu ersticken sind“ (151).

möglichst gar nicht erst zuzulassen. Auf jeden Fall hatten die Sicherheitskräfte den Befehl, sich selbst und ihre Objekte zu verteidigen, wenn sie angegriffen würden (Kuhn 1992: 133; Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 282). Überraschenderweise aber kamen die am 9. Oktober in Leipzig bereitstehenden Polizeikräfte nicht zum Einsatz. Will man erklären, warum dies nicht geschah, wird man auf eine weitere sich relativ selbständig entwickelnde Handlungslinie hinweisen müssen: auf die Aktivitäten der Reformen innerhalb der SED.

Unter den SED-Reformern lassen sich zumindest drei Gruppen unterscheiden: einmal der konspirative Kreis um Günter Schabowski und Egon Krenz im Politbüro, der den Sturz Honeckers organisierte, dann die Gruppe der Reformen auf der Bezirksparteileitungsebene wie Hans Modrow in Dresden oder Kurt Meyer, Jochen Pommert und Roland Wötzel in Leipzig, die angesichts der Massendemonstrationen eigenständige Wege des Dialogs mit den Demonstrierenden gingen, und schließlich die Gruppe der relativ jungen Parteireformer um Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Bernd Okun und anderen, die an Universitäten und Akademien tätig waren und sich auf einer akademischen Ebene für eine Modernisierung des Sozialismus einsetzten. Übereinstimmend kamen alle drei Gruppen in der Meinung, daß die Opposition in der DDR nicht ernstzunehmen sei und die Erneuerung der DDR nur von der SED ausgehen könne (Schabowski 1990: 48; Land 1997: 140f.). Unterschiede zwischen den drei Gruppen zeigten sich aber in ihrem unterschiedlichen Zugang zur politischen Macht. Deswegen interessieren uns in unserem Zusammenhang nur die beiden zuerst genannten Gruppierungen und dabei insbesondere der konspirative Kreis um Krenz und Schabowski.<sup>278</sup>

Der entscheidende Anstoß für die konspirativen Aktivitäten von Krenz und Schabowski, die schließlich zur Entmachtung Honeckers führen sollten, ging nicht von den Demonstrationen im Lande aus, sondern von der Ausreisewelle. Die „straffere Phase der konspirativen Aktion“ setzte, so Schabowski (1990: 80), am Morgen des 8. Oktober ein. An diesem Tag reichte Krenz während einer Sitzung im MfS an Schabowski den Entwurf einer Erklärung herüber, die im Politbüro eingebracht werden sollte. Der wichtigste Punkt dieser Erklärung bestand in der Feststellung, daß die Abkehr von der DDR niemanden gleichgültig lassen könne, daß jeder, der das Land verlasse, von der SED als Verlust empfunden werde - eine Aussage, die im direkten Widerspruch zu der von Honecker eigenhändig ins „Neue Deutsch-

278 Ob Krenz und Schabowski tatsächlich als Reformen anzusprechen sind, läßt sich zu Recht fragen. Ich etikettiere sie hier als solche, da sie sich gegen den unbeweglichen Kurs Honeckers stellten und ebenso wie die anderen Parteireformer eine Erneuerung des Sozialismus im Sinne Gorbatschows befürworteten. Richtig ist freilich auch, daß es ihnen natürlich um nichts anderes als um die Bewahrung der politischen Macht, nur mit anderen flexibleren Mitteln ging. Insofern könnte man sie auch als machtbewußte Pragmatiker bezeichnen.

land“ hineingebrachten Formulierung stand, daß man denen, die das Land verlassen, keine Träne nachweinen sollte. Der Widerspruch gegen Honecker entzündete sich also an seinem Umgang mit dem Ausreiseproblem. Schon am 5. September hatte die zunehmende Zahl der Flüchtlinge Günter Schabowski (1990: 62ff.) zu einem emotional geladenen Ausbruch in einer Politbüro-Sitzung bewogen, auf der allerdings weder Honecker noch Krenz anwesend waren, weshalb die von Schabowski angestoßene Debatte auch vertagt wurde. Die Tatsache, daß sich in den Wochen zuvor täglich mehrere hundert DDR-Bürger über die grüne Grenze in den Westen abgesetzt hatten, war für ihn eine „quälende Situation“ (62). *Exit* brachte hier also unmittelbar *voice* hervor. Das demonstrierende 'Volk' hingegen war kaum im Blick. Am 7. Oktober hatten Krenz und Schabowski zwar wahrgenommen, daß es in Berlin eine Demonstration gegeben hatte. Als am 8. Oktober im MfS die Auswertung der Vorgänge vom Vortage und die Planung der nächsten Einsätze der Sicherheitskräfte vorgenommen wurde, hielten sie das, was Mielke zu sagen hatte, jedoch für bloße „Banalitäten“ (80). Im Kopf hatten sie den Wortlaut der ins Politbüro einzubringenden Erklärung - normalerweise war allein der Generalsekretär befugt, Vorlagen ins Politbüro einzubringen - sowie die Frage, wie Honecker darauf reagieren würde, welche Mehrheitsverhältnisse sich bei der Diskussion über die Vorlage im Politbüro bilden würden und wie man so viel Politbüromitglieder wie möglich hinter sich bringen könnte (87), nicht aber, „wie sich die Lage im Lande bereits verschärft hatte“ (Schabowski 1991: 250).<sup>279</sup>

Am 9. Oktober sah sich Krenz allerdings noch einmal „mit der Bewegung in der 'Außenwelt' konfrontiert“ (Schabowski 1991: 250). Aus Leipzig erreichte ihn die Anfrage, ob am Abend in Leipzig Gewalt eingesetzt würde. Krenz wußte nichts von einem derartigen Befehl (Kuhn 1992: 90), obwohl er das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüromitglied war, und mußte daher erst prüfen lassen, ob ein solcher Befehl irgendwo existierte. Walter Friedrich, der Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig und ein Duz-Freund von Krenz, berichtet, daß er am Vormittag des 9. Oktober Egon Krenz in seinem Büro in Berlin besucht habe und dort einen aufgeregten Egon Krenz vorgefunden habe (Kuhn 1992: 87). Aufgeregt war Krenz aber nicht wegen des in Leipzig möglicherweise bevorstehenden Blutbades, über das er von Walter Friedrich überhaupt erst informiert wurde, sondern weil er bereits am Tage zuvor die vorbereitete Erklärung an Honecker gesandt hatte und dieser ihm noch am selben Tage telefonisch seine ablehnende Haltung gegenüber dem Papier kundgetan hatte. Nun am Vor-

279 Angesichts dieses Wirklichkeitsverlustes ist es glaubhaft, wenn Schabowski (1990: 78f.) versichert, nichts von den Ausschreitungen der Polizei gegen die Demonstranten am 7. Oktober gewußt zu haben.

mittag des 9. Oktober rechnete Krenz jeden Augenblick damit, zu Honecker bestellt zu werden und sich ihm gegenüber behaupten zu müssen. Honecker aber ließ den widerspenstigen Krenz „zunächst garkochen“ (Schabowski 1991: 251) und holte ihn erst gegen Mittag zu sich. Bei dem Gespräch schlug Honecker einen beschwörenden Tonfall an. Er könne sich an keine ähnliche Situation in der Partei erinnern, nie habe er sich Wilhelm Pieck oder Walter Ulbricht gegenüber ähnliches erlaubt. Wenn Krenz auf seiner Absicht beharre, die Vorlage einzubringen, könne er nicht mit einer höheren Verantwortung in der Partei rechnen (ebd.). Krenz war „mitgenommen von der kontroversen Unterredung“ (ebd.). Sogar mit seinem Widersacher Herrmann sprach er an diesem Nachmittag über seine Auseinandersetzung mit Honecker. Krenz hatte an dem Nachmittag des 9. Oktober, als in Leipzig das Schicksal des Umbruchs in der DDR entschieden wurde, andere Gedanken im Kopf, als sich mit dem Ausgang der Leipziger Demonstration zu beschäftigen. Wohl vor allem damit hängt zusammen, daß Krenz sein Einverständnis mit dem Verzicht auf Gewaltanwendung in Leipzig erst gegen 19.15 Uhr, also nach den entscheidenden Augenblicken der Demonstration, an die Verantwortlichen in Leipzig übermittelte (252). Allerdings dürften für seinen verspäteten Anruf auch komplizierte Abstimmungsprobleme verantwortlich zu machen sein, da er für die Entscheidung zum Gewaltverzicht die Zustimmung der drei Generäle Mielke, Kefler und Dickel benötigte.

In Leipzig indes saß die Einsatzleitung mit Helmut Hackenberg, dem amtierenden 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, an der Spitze in der Bezirksleitung und wartete auf eine Entscheidung aus Berlin. Um 17.00 Uhr hatte das Friedensgebet in den Kirchen von Leipzig begonnen. Um 18.00 Uhr war es beendet. Gegen 18.15 Uhr setzte sich der Demonstrationzug in Bewegung. Etwa 10 bis 15 Minuten später ging der letzte Anruf nach Berlin mit dem Hinweis, daß es sich bei den Demonstrierenden um eine unübersehbare Menschenmenge handele (Kuhn 1992: 134). Krenz versprach zurückzurufen (131). Dann gab es eine längere Pause im Kontakt zwischen Leipzig und Berlin. Die Demonstranten bewegten sich immer weiter auf den Hauptbahnhof zu, wo sie aufgehalten werden sollten (130). Nach etwa einer halben Stunde, als die Demonstranten den Hauptbahnhof längst passiert hatten, sagte Hackenberg plötzlich: „Nu brauchen se auch nicht mehr anzurufen, nu sind se 'rum.“ (134)

In den entscheidenden Minuten war die Leipziger SED-Bezirksleitung auf sich allein gestellt und mußte ohne Verbindung zur Zentrale in Berlin entscheiden. Damit war sie offenbar überfordert. Die Bezirksleitung der SED in Leipzig war gespalten. Drei Sekretäre, die bereits genannten Meyer, Pommert, Wötzel, hatten am Nachmittag den Aufruf der Leipziger Sechs unterschrieben, durch den sie helfen wollten, die Anwendung von Gewalt in

Leipzig zu verhindern, und in welchem sie versprachen, sich dafür einzusetzen, daß der Dialog zwischen Staatsmacht und Bevölkerung zustandekommt (Neues Forum Leipzig 1989: 82f.) - eine Aktion, die nicht auf die Billigung von Helmut Hackenberg gestoßen war. Berlin fiel als Entscheidungsinstanz weitgehend aus. Honecker hatte aufgrund seiner Krankheit und der gegen ihn gerichteten Bestrebungen die Zügel nicht mehr fest in der Hand. Krenz war mit der Ablösung Honeckers beschäftigt. Großteils unterschätzte man dort auch die Dramatik der Situation. Um Leipzig kümmerte sich aus dem Politbüro in diesen Tagen kaum einer. Aber auch die andere Zentralinstanz - die Sowjetunion - kam als Interventionsinstanz nicht mehr in Frage. Ende Juni 1989 hatte Gorbatschow Honecker mitgeteilt, daß die UdSSR mit ihren Truppen nicht eingreifen würde, falls die DDR in innenpolitische Schwierigkeiten geraten sollte (Wettig 1996: 409). Seit Jahren hatte sich die Sowjetunion geweigert, bei wirtschaftlichen Problemen für die sozialistischen Länder einzutreten (382). Die Entlassung der sozialistischen Staaten in die militärische Selbständigkeit war eine Konsequenz dieser Weigerung, ökonomische Verantwortung zu übernehmen. Das heißt, die ostdeutschen Partei-, Armee- und Polizeikader waren - anders als am 17. Juni 1953 - auf sich allein gestellt. Sie hatten, wenn sie sich zu einem Gewalteininsatz entschließen sollten, das Risiko allein zu tragen. Schon am Tag zuvor, am 8. Oktober, war es unter Vermittlung von Kirchenvertretern in Dresden zu einer ersten Verständigung zwischen Demonstranten und Staatsmacht gekommen (Ziemer 1989: 190f.), was die Lage für den Einsatzleiter in Leipzig noch mehr komplizierte, denn es war nicht klar, inwieweit es sich dabei nur um eine regionale oder um eine zentral abgeseignete Lösung handelte. Schließlich dürften die Entscheidungen der Sicherheitskräfte aber auch durch das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking beeinflusst worden sein. Möglicherweise wirkte das chinesische Beispiel abschreckend (Offe 1994: 33; vgl. auch Schabowski 1990: 62), und niemand wollte eine so hohe persönliche Verantwortung übernehmen, wie sie ein Befehl zum Losschlagen bedeutet hätte. Das Ausbleiben einer gewaltsamen Auflösung der Demonstration in Leipzig erklärt sich vor allem aus der auf unterschiedlichen Ebenen eingetretenen Spaltung der Partei in Reformer und Hardliner, die ein geschlossenes Vorgehen gegen die Demonstranten verhinderte, und aus der daraus resultierenden Schwächung der Zentralinstanzen. Er war nicht das Ergebnis einer bewußt getroffenen Entscheidung, sondern das Resultat einer Entscheidungsschwäche. Letztlich entschied den Ausgang der Leipziger Demonstration einfach das Verfließen von Zeit: Während die Entscheidungsträger keine Entscheidung fällten, handelten die Demonstranten. Eine gewisse Rolle spielte auch die im September und Anfang Oktober bereits bemerkbar werdende Schwächung des Repressionsapparates (Süß



1995). Nicht nur die Masse der Bevölkerung war zunehmend unzufrieden mit den politischen und ökonomischen Verhältnissen in der DDR. Auch bei den Funktionsträgern des Systems lockerte sich die Bindung an die DDR und die Bereitschaft zur Verteidigung „ihrer Errungenschaften“. Viele Parteimitglieder resignierten,<sup>280</sup> so daß sich die SED-Führung auf ihren eigenen Apparat nicht mehr vollständig verlassen konnte.<sup>281</sup> Bedeutsamer für den friedlichen Ausgang der Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig war freilich die Unentschlossenheit der verantwortlichen Entscheidungsträger, und diese hatte ihren wesentlichen Grund in dem Aufkommen einer neuen reformbereiten Handlungslinie in der SED, also in der Spaltung der Partei.

Freilich trugen auch die Demonstrierenden zum friedlichen Ausgang der Demonstration bei, insofern sie auf jede Provokation der staatlichen Organe verzichteten. Hätten sie Gewalt angewendet, so wäre die Situation aufgrund des vorliegenden Befehls zur Selbstverteidigung der Sicherheitskräfte eskaliert. Der Gewaltverzicht der Demonstranten war insofern eine wichtige Vorbedingung für den Erfolg der Demonstrationen. Das friedliche Verhalten der Demonstranten kam aufgrund der von ihnen betriebenen Selbstdisziplinierung zustande. Wie Berichte zeigen, gab es durchaus einzelne Demonstranten, die es auf eine Konfrontation mit der Polizei und den Kampfgruppen anlegten (Neues Forum Leipzig 1989: 91). In den Tagen vor dem 9. Oktober war es nicht nur in Dresden, sondern auch in Leipzig zu Ausschreitungen gegenüber Polizisten gekommen (Sievers 1990: 38). Die Friedfertigkeit der Demonstranten war also keine Selbstverständlichkeit, obschon sie angesichts der Machtverteilungsverhältnisse auf der Straße nichts anderes als rational war.<sup>282</sup> An dieser Selbstdisziplinierung der De-

280 „Hinweis auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben“, MfS, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (in: Süß 1996: 263).

281 Sogar auf Polizei und Militär war kein Verlaß mehr. Theodor Hoffmann, Chef der Volksmarine, berichtete rückblickend: „Der Motivationsverlust in der Truppe war nicht mehr zu übersehen.“ Soldaten und jüngere Offiziere nahmen an Protestdemonstrationen teil und setzten sich für das *Neue Forum* ein. Im Wachbataillon „Feliks Dzierzynski“ sollen Soldaten zur Friedensgebetszeit sogar Kerzen vor die Waffenkammern gestellt haben. Vgl. Hertle 1994: 43 sowie Süß 1999. Hinzu kommt, daß Polizei und Armee in der DDR keine Erfahrung in der Niederschlagung von Aufständen des eigenen Volkes besaßen. Auch dies mag, wie der Vergleich zu China zeigt, zur Zurückhaltung der polizeilichen und militärischen Kräfte beigetragen haben.

282 Zu den Gründen für das friedfertige Verhalten der Demonstranten vgl. Pollack 1994: 451f. sowie Pollack 1997: 316ff. Am angegebenen Ort versuche ich zu zeigen, daß die Gewaltlosigkeit der Demonstranten weniger auf einen Einfluß der Kirchen oder der Oppositionellen oder gar auf einen die Demonstrationen prägenden Geist der Friedfertigkeit zurückzuführen ist, sondern im Interesse der Demonstranten lag und insofern eher einen instrumentellen Charakter besaß.

monstrationsmenge besaßen die oppositionellen Gruppierungen einen gewissen Anteil. Die von ihnen verteilten Flugblätter waren vor allem auf ein Ziel gerichtet: auf die Vermeidung von Gewalt. Deshalb bildeten sie bei späteren Demonstrationen in Leipzig auch einen Kordon um das Staatssicherheitsgebäude, an dem die Demonstrationen regelmäßig vorbeiführten. Die Zurückhaltung der Demonstrierenden war jedoch nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung für den friedlichen Ausgang der Demonstration vom 9. Oktober. Diese war erst durch den Gewaltverzicht der staatlichen Seite gegeben. Allerdings bedeutete die Friedfertigkeit der Demonstranten eine starke Irritation für die eingesetzten Sicherheitskräfte. Diese erwarteten auf dem Platz des Protestes randalierende Feinde des Sozialismus und Chaoten. Statt dessen trafen sie auf „ganz normale“, disziplinierte Bürger, die den Dialog mit ihnen suchten, ihnen Blumen oder Kerzen in die Hände drückten und sich gegenseitig zur Gewaltlosigkeit ermahnten (Neues Forum Leipzig 1989: 92; Sievers 1990: 67). Dies hat die einsatzbereiten Truppen nachhaltig demoralisiert.

### 4.3. Die Interaktion der Handlungslinien

Indem die Demonstration am 9. Oktober nicht niedergeschlagen wurde, waren jedoch Fakten geschaffen worden, hinter die die Volksmassen nicht mehr zurückgehen wollten. Es entwickelte sich eine Demonstrationskultur mit Transparenten, Sprechchören, Liedern und Kerzen, nicht nur in Leipzig, sondern auch in Dresden, Plauen und später auch in anderen Städten. Die um die Macht der SED besorgten Reformkräfte des Politbüros in Berlin hatten die Dramatik der Situation freilich noch immer nicht begriffen. Egon Krenz war noch immer vor allem mit der Ablösung Erich Honeckers beschäftigt, weniger aber mit der Veränderung der Stimmungslage im Lande. Am 10./11. Oktober hatte er seine Vorlage, die daraufhin im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde, gegen den Widerstand Honeckers im Politbüro durchgebracht. Honecker indes versuchte, Krenz an sich zu binden und lud ihn für den 13. Oktober zu einer Beratung mit den Vorsitzenden der Blockparteien ins ZK der SED ein. „Krenz, der sich nicht mehr vereinnahmen lassen wollte“, schützte „dringende Rücksprachen in Leipzig“ vor, wo wieder eine Montagsdemonstration bevorstehe (Schabowski 1991: 258). Es sei besser, „wenn er sich dort umsehe“ (Schabowski 1990: 99). Das konnte Honecker nicht erweigern. Das heißt, die Fahrt nach Leipzig war nur ein Vorwand, um sich den Machterhaltungsbestrebungen Honeckers zu entziehen. Die Rücksprachen in Leipzig zur Sicherung der Gewaltfreiheit standen

für Egon Krenz noch immer hinter seinen konspirativen Plänen in Berlin zurück. Noch immer nahm er die Demonstrationen im Lande nicht ernst.

Das sollte sich rächen, denn nach der Ablösung Honeckers erwartete Krenz, daß die Ankündigung von Dialog und Reformen ausreichen würde, um die DDR zu stabilisieren (Wettig 1996: 418). Genau das Gegenteil indes trat ein. Die Mehrheit der Bevölkerung verstand die Ablösung Honeckers als einen Sieg des Volkes über die Partei und hielt daher Demonstrationen für ein geeignetes Mittel, um die SED zum Einlenken zu zwingen. Sie konnte nicht wissen, daß Krenz, Schabowski und die anderen Politbüro-Mitglieder ihre Entscheidung zur Entmachtung Honeckers weitgehend unabhängig von der Tatsache, daß es in Leipzig und anderswo zu Demonstrationen gekommen war, getroffen hatten. Zwar wußten sie, daß die Stimmung im Lande schlecht war, aber wichtiger war ihnen die Meinung der Parteimitglieder. Daß auch unter ihnen sich Unzufriedenheit regte, schreckte sie auf, nicht aber, daß in Leipzig 70.000 auf die Straße gegangen waren. Hätten sie das protestierende Volk ernst genommen, dann wäre es ein Gebot der Klugheit gewesen, entweder jeden Anschein von Schwäche zu vermeiden und Honecker im Amt zu belassen oder aber nicht Krenz als Nachfolger Honeckers einzusetzen, sondern einen weitaus radikaleren Wandel zu vollziehen. Da sie aber im wesentlichen nur die Stimmungslage im Politbüro und allenfalls einiger anderer Parteifunktionäre im Auge hatten, handelten sie an der Situation im Lande vorbei.

Die Volksmassen interpretierten den innerparteilichen Differenzierungsprozeß als ein Nachgeben der Parteiführung gegenüber dem Druck der Massen und mißverstanden ihn dadurch gründlich. Dieses kommunikative Mißverständnis sollte allerdings eine ungeahnte politische Dynamik auslösen, denn von nun an galt für die sich seit Jahren betrogen fühlenden Volksmassen die Logik, nur wenn wir auf die Straße gehen, ändert sich in diesem Lande etwas.<sup>283</sup> Einen Tag nach der Ablösung Honeckers bildete sich in Rostock nach einer der regelmäßig seit drei Wochen durchgeführten Fürbittandachten spontan die erste Demonstration (Probst 1993: 88). In Leipzig erreichte die Montagsdemonstration am 23. Oktober mit etwa 300.000 Teilnehmern ihre höchste Teilnehmerzahl (Döhnert/Rummel 1990: 154). In Berlin kam es am Abend des 24. Oktober nach der Wahl von Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden spontan zu einer Demonstration, nach-

283 Das war schon unmittelbar nach dem 9. Oktober vielen klar (vgl. Kaufmann/Mundus/Nowak 1993: 292). Diese Logik aber verstetigte sich nach der Ablösung Honeckers durch Krenz, als die Staats- und Parteiführung noch immer darauf drängte, den Meinungsstreit nicht auf der Straße zu führen. Für die meisten hingegen stand fest, die „Demos haben erst den Dialog ermöglicht“ (ebd., 298). Vgl. auch das Transparent auf der Montagsdemonstration vom 30. Oktober: „So wie wir heute demonstrieren, werden wir morgen leben“ (Schneider 1990: 75).

dem es seit dem 7. Oktober keine Demonstrationen mehr gegeben hatte (Neubert 1997: 874).

Mit der Veröffentlichung der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober begann sich jedoch erstmals seit Jahrzehnten das gesellschaftliche Leben in der DDR grundlegend zu ändern, denn mit ihr vollzog sich die schrittweise Öffnung der Massenmedien für kritische und wirklichkeitsnahe Positionen. Die Bedeutung dieses Schrittes läßt sich kaum überschätzen. Zwar dominierten anfangs noch immer die offiziellen Töne der Propaganda, zwar waren erste kritische Stellungnahmen relativ harmlos. Mit dem Beginn einer offenen Diskussion war jedoch eine Schleuse geöffnet, in die sich nach und nach der ganze Druck des aufgestauten Unmuts entladen sollte. Erst mit der Entstehung einer unabhängigen Öffentlichkeit konnten die bislang voneinander isolierten Handlungslinien zueinander finden. Erst da konnte man sehen, welche Stimmung im Lande herrschte und wie nah oder fern sich die Positionen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen standen. Zwar war es in kritischen Kreisen der Künstler und Schriftsteller auch zuvor bereits zu öffentlichen Aufrufen und Stellungnahmen gekommen, diese erreichten aber die Menschen nur vereinzelt in Kirchenveranstaltungen, bei Konzerten oder in Theateraufführungen. Als ab Mitte Oktober die Diskussionen auch in den zentral verwalteten Medien geführt wurden und Dialogveranstaltungen zunehmend im ganzen Land stattfanden, änderte sich das gesamte gesellschaftliche Klima. Erst jetzt - mit der Entstehung einer unabhängigen Öffentlichkeit - war es den oppositionellen Gruppierungen möglich, breite Teile der Bevölkerung zu erreichen.<sup>284</sup> Jetzt wanderte der jahrelang unter dem Dach der Kirchen geführte gesellschaftskritische Diskurs in die Gesellschaft ein, und es kam zu einer Kommunikation zwischen den fragmentierten Milieus, Berufsgruppen und weltanschaulichen Lagern. Die Überraschung der einzelnen Gruppen war groß. Auf einmal sah der kritische Parteiintellektuelle, daß in der Kirche nicht die Konterrevolution geprobt wurde, sondern die gleichen Probleme verhandelt wurden wie in der Parteiversammlung.<sup>285</sup> Feindbilder und Weltanschauungskonstrukte brachen zusammen, und viele erkannten staunend, wie stark sie sich jahrelang hatten ideologisch bevormunden lassen. Auf einmal fand das Volk seine Sprache

284 Es ist deshalb unsinnig, die auffällige Einheitlichkeit der Situationsdeutung in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vor Mitte Oktober auf die Interpretationsleistungen der alternativen Gruppen und Oppositionsbewegungen zurückzuführen. Diese waren bis Mitte Oktober in der Bevölkerung kaum bekannt. Vgl. etwa den Bericht des Ingenieurs und Kampfgruppenangehörigen Theo Kühirt über den 9. Oktober: „Wir wußten ja nicht, (...) was das für Leute sind, die da auf die Straße gehen, was sie wirklich wollen, was das Neue Forum will.“ (Neues Forum Leipzig 1989: 91)

285 Persönliche Mitteilung einer Doktorandin im Fach Wissenschaftlicher Kommunismus der Karl-Marx-Universität Leipzig.

wieder. Indem der jahrzehntelang privat geäußerte Unmut öffentlich gemacht wurde, verstärkte er sich. Immer eindeutiger wandte er sich gegen den Herrschaftsanspruch der SED.

Die führenden Vertreter der SED dagegen verloren ihre Sprache. Hatten sie in den Jahren zuvor immer wieder stundenlange Propagandareden gehalten, so war ihre argumentative Kraft auf den öffentlichen Veranstaltungen, auf denen sie sich nun den Fragen der Bevölkerung stellen mußten, oft schnell erschöpft. Den Zusammenbruch der Argumentationsfähigkeit konnte man nicht nur bei Erich Mielke beobachten,<sup>286</sup> sondern bei vielen Funktionären des Staates und der SED.<sup>287</sup> In Rostock zum Beispiel trat auf einer der vielen Dialogveranstaltungen - Dialog war seit der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober das Schlagwort, mit dem die SED-Spitze versuchte, den Unmut des Volkes in geregelte Bahnen zu lenken - ein Vertreter des *Neuen Forums* auf und sagte zu dem Vorsitzenden der SED-Bezirksleitung: „Herr Timm, ich trete mit Ihnen in den Dialog. Ich habe drei Fragen. Erste Frage: ‘Was verstehen Sie unter der Diktatur des Proletariats?’ (...) Als Timm das dritte Mal mit ‘Äh... äh...’ geantwortet hatte, brachen die Anwesenden in Lachen aus. Aber das mochte der Funktionär nicht auf sich sitzen lassen. ‘Moment’, rief er in den Saal, ‘da müßte man erst mal nachschlagen.’ Jetzt war es aus. Die Leute schlugen sich auf die Schenkel. Das Einfachste erwies sich doch wieder mal als das Schwierigste! Nachdem der Mann auch seine beiden anderen Fragen gut plazierte hatte, setzte er sich auf den einzigen freien Stuhl im Präsidium und entfaltete vor sich ein Schild: ‘NEUES FORUM’.“ (Christoph Kleemann, zit. nach Probst 1993: 91)

Entscheidend für die in den Monaten Oktober und November einsetzende Dynamik der Veränderung waren aber nicht die Dialogveranstaltungen, sondern die Demonstrationen. Von den Massendemonstrationen ging der entscheidende Druck auf die SED-Führung aus. Deshalb wollte die SED die Menschen auch von der Straße haben. Sie ließ sich auf den Dialog mit der Bevölkerung ein, propagierte ihn sogar. Den Dialog, so argumentierte sie, könne man jedoch nicht auf der Straße führen. Jetzt, wo sich die Parteiführung unter ihrem neuen Generalsekretär Reformen öffne, dürfe man den

286 Vgl. den berühmt gewordenen Auftritt Erich Mielkes vor der Volkskammer am 13. November 1989, bei dem der Stasi-Chef nur noch verstümmelte Versatzstücke aus einstmaligen gehaltenen Propagandareden aneinanderzureihen vermochte. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 1989, 4.

287 Freilich nicht bei allen. Schabowski gelang es vergleichsweise gut, sich gegenüber der diskutierenden Menge zu behaupten. Die Versuche vieler seiner Kollegen, sich ähnlichen Massengesprächen zu stellen, endeten indes oft mit einem Fiasko. Schabowski (1991: 279) berichtet: „Der Erfurter Sekretär meinte nach seiner Bauchlandung, es sei eine ganz falsche Methode. Er werde sich nicht noch einmal zum Watschenmann für Demagogen machen lassen. Ein anderer drückte den gleichen Gedanken origineller aus: Er ziehe es vor, ein feiger Hund genannt zu werden, denn als dummes Schwein dazustehen.“

konstruktiven Dialog nicht gefährden. Die „stundenlangen Demonstrationen und das Gebrüll“, erklärte der stellvertretende Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, seien nicht die Umstände, „unter denen man den Dialog weiterführen kann“ (Neues Deutschland vom 26. Oktober 1989). Die Bevölkerung aber wußte es besser. Ihr war klar, daß die Demonstrationen ihr wichtigstes Mittel waren, um eine Veränderung der Situation herbeizuführen.

Die Forderungen der Demonstranten in der zweiten Hälfte des Oktober richteten sich gegen den Führungsanspruch der SED („Die führende Rolle dem Volk!“, 16.10.), gegen leere Phrasen, gegen Egon Krenz („Egon, leit’ Reformen ein, sonst wirst Du der nächste sein!“, 23.10.). Die Wiedervereinigung wurde zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gefordert, wohl aber Reisefreiheit („Visafrei bis Hawaii“, 23.10.) und der Abriß der Berliner Mauer („Die Mauer muß weg!“, 23.10.). Im Mittelpunkt aber standen die Forderungen nach der Demokratisierung der Gesellschaft, nach freien Wahlen und Pressefreiheit: „Freie Wahlen in einem freien Land!“, 16.10., „Demokratie - jetzt oder nie!“, 23.10., „Demokratie statt Machtmonopol der SED!“, 30.10. (Schneider 1990: 50, 60, 74f.).

Die SED-Führungsspitze stand mit dem Rücken zur Wand. Sie hatte das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand. Ende Oktober erklärte sie Demonstrationen für legal, obschon sie zugleich dazu aufrief, das Demonstrieren doch nun einmal zu lassen (Neues Deutschland vom 30. Oktober 1989). Sie versprach die Demokratisierung der Gesellschaft, aber gleichzeitig erklärte sie, daß sie über eine Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung nicht diskutieren wolle. Sie hielt die „Schutz- und Sicherheitsorgane zu gesetzestreuem Verhalten“ an, aber weigerte sich, über die geforderte Abschaffung des Staatssicherheitsdienstes nachzudenken (Neues Deutschland vom 4./5. November 1989, 1). Mit taktisch kalkulierten Reformangeboten war die Bevölkerung freilich nicht mehr zu beruhigen. Im Gegenteil. Die auf Befriedung angelegten halbherzigen Reformangebote beschleunigten den Prozeß des Umbruchs nur, denn wenn die SED zum Beweis für ihren Reformeifer die erst abgelehnten Forderungen der Demonstranten dann doch erfüllte, wurde das von den meisten nur als Bestätigung ihrer eigenen Stärke aufgefaßt, so daß sie sich zum Aufstellen neuer Forderungen ermuntert fühlten. Das Volk war zum Souverän geworden; es hatte aufgehört, Bittsteller zu sein (Geis 1989: 78).<sup>288</sup>

288 Die Behauptung Claus Offes (1994: 34), daß „nicht der demokratische Protest und das Verlangen des Volkes nach Freiheit und Demokratie“, sondern allein „der Wunsch nach wirtschaftlichem Wohlstand und, auf dessen Spuren, die massenhafte Abwanderung der Menschen“ zum Untergang des politischen Systems der DDR beigetragen hätten, übersieht die Dramatik der Auseinandersetzungen zwischen Volksbewegung und Partei, unterschätzt die politische Konstitution der Volksbewegung und reduziert die Vielzahl der Handlungslinien, die einen Beitrag zum Umbruch geleistet haben, auf eine: die Ausreisebewegung.

Die SED hingegen rannte der Entwicklung hinterher und konnte kaum noch Einfluß auf sie nehmen. Wollte sie die Initiative wiedererlangen, mußte sie einen Tempowechsel vornehmen. Genau das tat sie, indem sie am 9. November - halb gewollt, halb ungewollt - die Grenzen zum Westen öffnete. Mit diesem Schritt, mit dem sie ihre Reformbereitschaft glaubwürdig unter Beweis stellen und den von der Bevölkerung ausgehenden Druck abschwächen wollte, verschaffte sie sich in der Tat zunächst eine Atempause. Die Opposition war völlig überrascht und geriet in die Defensive. Während die Massen die Grenzen stürmten, auf der Mauer tanzten und sich wildfremde Menschen aus Ost und West weinend um den Hals fielen, ohne begreifen zu können, was geschehen war, bezeichneten die Oppositionsführer die Maueröffnung als einen übereilten Schritt, der die DDR an den Westen ausliefern und zu ihrem Ausverkauf führen werde (Sebastian Pflugbeil in der ARD am 10.11.1989). In völliger Verkennung der Stimmungslage in der Bevölkerung und der der Opposition zugewachsenen Führungsrolle sagte Bärberl Bohley, die Galionsfigur der organisierten Opposition: „Die Leute sind verrückt, und die Regierung hat den Verstand verloren.“ Was schon vor Anfang Oktober der Fall und nur für einige Wochen lang unsichtbar gewesen war, trat nun wieder hervor: daß die Oppositionsführung das Volk gar nicht vertrat, daß sie zur Bevölkerung keinen Kontakt hatte, daß sie eine Außenseitergruppe von meist kirchennahen, grün-alternativen, antinationalistischen Idealisten darstellte und daß sie die Interessen der Bevölkerung auch gar nicht repräsentieren wollte. Im September und Oktober hatten die Demonstranten in Leipzig und anderswo noch gerufen „Neues Forum zulassen“. Nach dem 9. November sank die Popularität des *Neuen Forums* rapide ab (Mühler/Wilsdorf 1990), und die für einen kurzen Zeitraum vereinten Handlungslinien trennten sich wieder.

Auch wenn sich die SED gegenüber der Opposition zumindest für kurze Zeit Tempovorteile verschaffen konnte, brachte ihr die Grenzöffnung auf längere Sicht jedoch lediglich Nachteile. Mit der Öffnung der Berliner Mauer gab sie den letzten Trumpf aus der Hand, den sie zur Bewahrung der Machtverhältnisse in der DDR noch hatte. Aufgrund der Grenzöffnung konnte die SED, wollte sie ihre Ziele durchsetzen, keinen Zwang mehr auf die Bevölkerung ausüben, sondern mußte sich in ihren Handlungen an den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Die Bevölkerung konnte verlangen, was sie wollte, denn wenn sie ihre Wünsche und Interessen nicht erfüllt sah, konnte sie jederzeit auch abwandern. Die permanente Abwanderungsdrohung führte zur Umkehrung der Machtverhältnisse in der jahrzehntelang von der SED beherrschten DDR. „SED - wenn du nicht gehst, dann gehen wir“, hieß es auf einem Transparent der Leipziger Montagsdemonstranten. Mit der Maueröffnung hatte die Organisationsgesell-

schaft DDR aufgehört zu existieren. Das zeigt noch einmal, worauf die jahrelange Stabilität der DDR beruhte: Sie war nicht gegründet auf die Akzeptanz der sozialistischen Ideologie, auf die Bejahung einer sozialistischen Zielkultur oder auf einen kollusiven Wertekonsens (Meuschel 1992, Thaa u.a. 1992, McFalls 1994), sondern auf Abgrenzung und Repression.<sup>289</sup> Dem nach dem 9. November 1989 einsetzenden Wettbewerb mit dem kulturell und materiell überlegenen Westen war das DDR-System nicht gewachsen. Seit diesem Zeitpunkt bestimmten nicht mehr interne Kräftekonstellationen, sondern das Ungleichgewicht zwischen Ost und West die ablaufenden Prozesse in der DDR.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß es vor allem die Flüchtlingswelle war, die die unterschiedlichen, ursprünglich getrennt verlaufenden Handlungslinien zu einem dynamischen Prozeß zusammenschloß: Die Flüchtlingswelle löste die Gründung der oppositionellen Vereinigungen, des *Neuen Forums*, des *Demokratischen Aufbruchs*, der *SDP* usw. aus. Die Demonstrationen mit ihren Rufen „Wir bleiben hier“ waren eine unmittelbare Reaktion auf die Abwanderungsbewegung. Und auch die Absetzung Honeckers und die Spaltung der Parteispitze vollzog sich unter dem unmittelbaren Eindruck der Flüchtlingskatastrophe. Die Flüchtlingsbewegung machte die Krise, in der sich das Land im Spätsommer 1989 befand, offenbar, so daß sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus in dieselbe Situation versetzt sahen, aus der nur noch eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung hinausführen konnte. Angesichts der Offensichtlichkeit der Krise, also der über die Ausreisewelle hergestellten eindeutigen Deutung der Situation (framing) entschlossen sich die Bürgerbewegten, aus dem Schutzraum der Kirche hinauszutreten, trafen die anonymen Massen des Volkes die Entscheidung, zu bleiben und der Staatsmacht in der öffentlichen Konfrontation auf der Straße zu widerstehen, und zerfiel die innere Geschlossenheit des Machtapparates bis hin zur obersten Spitze. Insofern kann man sagen, daß unter dem Eindruck der Massenabwanderung die unterschiedlichen Handlungslinien, die bislang getrennt waren, miteinander in Interaktion traten. Eine wichtige Bedingung dafür, daß die unterschiedlichen gesellschaftlichen Segmente aktiv wurden, bestand aber in ihrer relativen Isolation voneinander. Hätten die Flüchtlinge gewußt, daß sich die DDR in Kürze grundlegend verändern würde, daß es Demonstrationen und Veränderungen in der Parteispitze geben würde, so hätten sie möglicherweise darauf verzichtet, das Risiko einer Flucht mit ungewissem Ausgang einzugehen. Hätte die Opposition gewußt, daß ihnen die Revolution von den Volksmassen aus der Hand genommen würde, hätten sie sich möglicherweise gar nicht zu Führern der Volksbewegung machen lassen. Hätten umge-

289 Und allenfalls auf der Gewährung sozialstaatlicher Leistungen. Vgl. oben S. 36f.

kehrt die Volksmassen gewußt, daß die Oppositionellen ganz andere Ziele verfolgten als sie selbst, daß sie gegen eine Erfüllung von Konsumwünschen und für die Beibehaltung der Selbständigkeit der DDR eintreten würden, so hätten sie sie möglicherweise niemals an ihre Spitze geschoben. Hätte Egon Krenz gewußt, in welcher politisch angespannter Situation er handelte, dann hätte er sich möglicherweise nicht zum Sturz Honeckers entschlossen. Der Umbruch in der DDR hat also zwei Voraussetzungen, die sein Eintreten ermöglichten: die Überwindung der Trennung der unterschiedlichen Handlungslinien in der Gesellschaft sowie ihre relative Isolation voneinander zuvor.

Dabei kam die Interaktion zwischen den unterschiedlichen Handlungslinien nicht mit einem Schlage zustande, sondern vollzog sich nach und nach zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Zuerst entstand die Interaktion zwischen politisch alternativen Gruppen und der kulturellen Szene der Künstler, Schriftsteller und Theaterleute, die im unmittelbaren Anschluß an die Aufrufe der Oppositionsgruppierungen bereits seit Mitte September mit ihren Resolutionen, in denen sie sich auch auf den Aufruf des *Neuen Forums* bezogen, öffentlich hervorgetreten waren (vgl. Rein 1989: 152; Neues Forum Leipzig 1989: 101f.). Dann entwickelte sich die Interaktion zwischen den Oppositionsgruppierungen und den demonstrierenden Massen, dann die zwischen Parteireformern und Bevölkerung, wobei die letztere eine Interaktion der wechselseitigen Herausforderung und des wechselseitigen Sich-Aufschaukelns war.

Wirklich synchronisiert waren die unterschiedlichen Handlungslinien aber erst mit der Entstehung einer unabhängigen Öffentlichkeit in der DDR, die mit den Massendemonstrationen auf den Straßen Leipzigs einsetzte und in der Öffnung der offiziellen Medien der DDR Mitte Oktober ihren Abschluß fand. Auf den Demonstrationen konnte der einzelne sehen, daß er mit seiner Meinung nicht allein war und daß die Unzufriedenheit mit den Zuständen in der DDR von vielen geteilt wurde. Mit der Öffnung der Medien und der Entstehung einer Kultur des öffentlichen Dialogs konnten die unterschiedlichen Positionen miteinander in Austausch treten, sich wechselseitig verstärken, aneinander reiben und schärfen. Die Fluchtbewegung war das kritische Ereignis, das die unterschiedlichen staatskritischen Bestrebungen auslöste. Die Entstehung von Öffentlichkeit stellte den kritischen Moment dar, der die einzelnen Bewegungen zusammenschloß.

Doch wenn die Ausreisebewegung das den Umbruch auslösende Ereignis war, wie ist es zu erklären?

Die Abwanderungsbewegung ist nicht zustande gekommen aufgrund einer organisierten Mobilisierung oder aufgrund von framing-Strategien, sondern durch das Zusammenspiel von relativer Deprivation und Erweite-

rung politischer Gelegenheitsstrukturen. Systemintern führte die Erfahrung insbesondere von gut ausgebildeten, gut verdienenden, jüngeren DDR-Bürgern, an Grenzen der Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zu stoßen, zu einer wachsenden Unzufriedenheit, die sich durch den Vergleich mit den Reformprozessen in Polen, Ungarn und sogar in der Sowjetunion, aber natürlich auch durch den permanenten Vergleich mit dem höheren Wohlstandsniveau im Westen Deutschlands immer mehr verstärkte. Gleichzeitig bot die sich schrittweise vollziehende Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze vor allem für diese Gruppe von DDR-Bürgern eine Möglichkeit, die in der DDR nicht realisierbaren Erwartungen sich anderweitig zu erfüllen. Die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die ungarische Regierung am Internationalen Währungsfond und an den von Westeuropa gewährten Finanzhilfen Anteil haben wollte. Die Liberalisierung des Grenzregimes betrieb sie, um ihrem Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch Westeuropa Nachdruck zu verleihen. Der am 2. Mai vorgenommene Abbau der Grenzanlagen war freilich zunächst nichts anderes als ein Propagandaakt, dem keine Taten folgen sollten. Die Grenzbewachung blieb erhalten trotz des scheinbaren Lochs im Eisernen Vorhang. Viele DDR-Bürger mißverstanden den Abbau der Grenzanlagen aber als Öffnung der Grenze zu Österreich und schafften, nachdem sie die Grenze nicht zu überwinden vermochten, durch die Besetzung der bundesdeutschen Botschaft in Budapest Tatsachen, die auf die ungarische Regierung einen enormen Handlungsdruck ausübten. Die Regierung Ungarns befand sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite wollte sie ihren Anspruch auf Unterstützung durch den Westen aufrechterhalten und nicht unglaubwürdig werden. Auf der anderen Seite mußte sie aber auch ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der DDR einhalten, die sie darauf festlegten, die Grenzen nach Westeuropa geschlossen zu halten. Angesichts dieses Dilemmas entschied sich die ungarische Regierung am 11. September für die Öffnung der Grenzen (taz-Journal 1989: 10).

Betrachtet man die Flüchtlinge aus der DDR, so war zweifellos die Erfahrung von politischen und wirtschaftlichen Restriktionen in der DDR und die sich bietende Gelegenheit zur Erweiterung der Handlungsspielräume das entscheidende Motiv für die Ausreise. Betrachtet man die Handlungsweise der ungarischen Regierung, so muß man sagen, daß für die nicht intendierte, aber durch eine Verkettung von Umständen immer unaufhaltsamer gewordene Öffnung der Grenze zu Österreich letztendlich die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens gegenüber dem Osten ausschlaggebend war. Bedenkt man, daß diese Überlegenheit auch schon die Reformschritte in der Sowjetunion erzwungen hatte, die eine aufweichende Wirkung auf die politische und ideologische Geschlossenheit des Machtapparates in der DDR

ausübten, und diese Überlegenheit auch ein starker Anreiz für das riskante Handeln der Flüchtlinge war, so läßt sich wohl ohne Übertreibung die Behauptung aufstellen, daß es ohne das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West im Herbst 1989 wohl kaum zu jener Sprengung der Geschlossenheit des Ostblocks gekommen wäre, die dann den Untergang dieses Machtgebildes zur Folge hatte.

## 5. Zusammenfassung

Abschließend sei noch einmal die leitende Frage dieser Untersuchung nach den Bedingungen der Möglichkeit des Protestes in der DDR aufgenommen und der Frage nachgegangen, inwieweit die Ansätze der westlichen Bewegungsforschung in der Lage sind, zur Beantwortung dieser Frage beizutragen (1.). Außerdem soll das Phänomen der politisch alternativen Protestgruppierungen noch einmal in den sozio-politischen Kontext der DDR-Gesellschaft hineingestellt und auf die in Kapitel 1.1. entwickelten Konstruktionslinien der Organisationsgesellschaft DDR bezogen werden (2.).

1. Die politisch alternativen Gruppen in der DDR sind vor allem als ein reaktives Phänomen zu verstehen. Ihr Aufkommen und ihre Ausbreitung lassen sich in erster Linie nicht auf die besonderen Anstrengungen zurückführen, die diese Gruppen selbst unternommen haben, sondern müssen vor allem aus den sich wandelnden Außenbedingungen des Protests erklärt werden. Solange der Unterdrückungs- und Sanktionsapparat des Systems funktionierte, vermochten es die oppositionellen Gruppen trotz intensiver Bemühungen nicht, größere Teile der Bevölkerung für den Protest zu mobilisieren. Als das Repressionssystem im Herbst 1989 seine Wirksamkeit verlor, waren hingegen die Mobilisierungsanstrengungen der alternativen Gruppen für die Generierung des Protests nahezu überflüssig. Der Protest entstand unabhängig von den Aktivitäten der Opposition, ja die Opposition lief den sich überschlagenden Ereignissen teilweise hinterher. Das heißt, der Ressourcenmobilisierungsansatz besitzt für die Analyse der Entstehung und Verbreiterung von Protest in der DDR nur eine eingeschränkte Erklärungskraft. So unzweifelhaft seine Einführung in den achtziger Jahren einen Fortschritt in der Bewegungsforschung darstellte, so deutlich treten im Falle der DDR doch die Grenzen seiner Anwendbarkeit hervor. Es scheint, daß dieser Ansatz in einem besonderen Maße auf die spezifischen Bedingungen einer westlichen Demokratie zugeschnitten ist, in der politische Partizipationsrechte und Menschenrechte wie Pressefreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, freie Wahlen usw. garantiert sind und daher für Protestgruppen ganz andere Gestaltungsmöglichkeiten existieren, als es in der DDR der Fall war (Dalton/Kuechler 1990: 281; Torpey 1993: 3). In der DDR hätten die oppositionellen Gruppen die Bedingungen der Möglichkeit ihres politischen Handelns erst selber herstellen müssen, bevor sie wie die neuen sozialen Bewegungen in den Demokratien des Westens hätten wirksam werden können. Doch genau an dieser Aufgabe sind sie im Grunde genommen gescheitert.

Dennoch ist der Ressourcenmobilisierungsansatz für die Erklärung des Protestes in der DDR nicht vollkommen nutzlos. Mit seiner Hilfe läßt sich

die Bedeutung des gruppeninternen Rekrutierungsmechanismus, des Prinzips der wechselseitigen Assoziation und Anregung für die Ausbreitung des Gruppenphänomens, vor allem aber die Vermittlungs- und Transportfunktion der Kirche verständlich machen.<sup>290</sup> Unter dem Gesichtspunkt des Ressourcenmobilisierungsansatzes war die Kirche die wichtigste gesellschaftliche Ressource, deren sich die Gruppen zur Vermittlung und Transportierung ihrer Anliegen bedienen konnten. In ihrem Raum besaßen die Gruppen durchaus Handlungsmöglichkeiten, die es zu verteidigen und auszubauen galt. Die vielen Auseinandersetzungen mit Kirchenleitungen und Gemeinden leuchten insofern ein. Was die Handlungsmöglichkeiten in der Kirche angeht, so hatten die Gruppen etwas zu verlieren. Gleichwohl wäre es natürlich unangemessen, die Ursachen für das Aufkommen und die Ausbreitung der oppositionellen Gruppierungen in der Kirche zu sehen. Sie war ein möglicherweise notwendiger, aber kein hinreichender Faktor für die Entstehung der Protestgruppen.

Bedeutender als die internen Handlungsressourcen der Gruppen für die Generierung von Protest waren die externen gesellschaftlichen Spannungszustände, die nach einer gesellschaftlichen Lösung drängten. Nur weil es einen unbewältigten gesellschaftlichen Problemdruck gab, entstanden die politisch alternativen Gruppen. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird der Einfluß von Problemkonstellationen auf die Entstehung von politischem Protest in der Regel unterschätzt.<sup>291</sup> Welche Bedeutung den gesellschaftlichen Spannungszuständen und Problemen für die Protestgenerierung zukommt, wird indes unmittelbar deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Massenprotest der ostdeutschen Bevölkerung im Herbst 1989 nahezu ohne vermittelnde Institutionen, mobilisierende Akteure und rekrutierende Netzwerke zustande kam. Die Kirchen und die oppositionellen Gruppierungen spielten zumeist lediglich die Rolle von Kristallisationskernen, an die sich der Massenprotest anlagern konnte.<sup>292</sup> Ansonsten entstand der Protest weitgehend spontan. Nur die Fluchtwelle und ihre Behandlung in den westlichen (aber auch den östlichen) Medien hatte eine protestaustösende Wirkung. Massive Unzufriedenheit und Deprivation waren zweifellos bedeutungsvolle Bedingungen für das Zustandekommen des Massenprotests.<sup>293</sup>

290 Vgl. oben S. 90, 123, 155f., 165, 197ff.

291 Das sehen auch Neidhardt (1985: 198) und Rucht (1994: 340).

292 Der in den oppositionellen Gruppen geführte Diskurs wanderte erst in die Gesellschaft ein, als die Massendemonstrationen bereits in vollem Gange waren. Erst als sich die Medienlandschaft in der DDR liberalisierte, hatte die Opposition eine Chance, von der Bevölkerung gehört zu werden. Vgl. oben S. 217, Anm. 249, 245f.

293 Der gesellschaftliche Problemdruck war auch entscheidend für die Entstehung der 'Friedensbewegung'. Vgl. oben S. 79f.

Relevant für die Entstehung der politisch alternativen Gruppen ist die Frage, welches gesellschaftliche und politische Problem ihren Protest ausgelöst hat. Waren dies mehr DDR-spezifische Probleme der Form der Machtausübung oder mehr allgemeine Folgeprobleme der Modernisierung der Gesellschaft, also Wachstums-, Umwelt-, Gerechtigkeits- und Friedensprobleme? Diese Frage spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die Anwendbarkeit des europäischen NSB-Ansatzes, wie er etwa von Hubertus Knabe (1988) gebraucht wird, auf das Phänomen der politisch alternativen Gruppen in der DDR einzuschätzen. Auf sie ist zunächst zu antworten, daß das Aufkommen der politisch alternativen Gruppen sowohl auf DDR-spezifische als auch auf modernitätsspezifische Ursachen zurückzuführen ist. Die Gruppen besaßen einen Doppelcharakter und partizipierten insofern an dem Charakter der DDR als einer semimodernen Mischgesellschaft.<sup>294</sup> Stellt man die Frage, welche der beiden Entstehungszusammenhänge der dominanter war, dann muß man im Unterschied zum mainstream der Forschung (Knabe 1988; Wielgoß/Schulz 1991/92; Brinksmeier 1991; Probst 1993) allerdings sagen, daß das Schwergewicht eindeutig auf seiten der DDR-spezifischen Bedingungen lag.

In der Zeit der Entstehung der ersten politisch alternativen Gruppen in der DDR Ende der siebziger Jahre standen zwar die globalen Probleme der Friedensbedrohung und Umweltbelastung im Vordergrund der Auseinandersetzungen. Aber schon damals wurden diese Probleme vorrangig DDR-bezogen reflektiert.<sup>295</sup> Die Kritik richtete sich vor allem auf die Art und Weise, wie in der DDR mit diesen Problemen umgegangen wurde. Im Laufe der Jahre verstärkte sich die Orientierung auf die DDR sogar noch und konzentrierte sich mehr und mehr auf Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite in der DDR.<sup>296</sup> Wie die Ergebnisse der in Leipzig und Berlin durchgeführten Befragung zeigten, erstrebten die Gruppenvertreter vor allem die Veränderung der Gesellschaft der DDR, während globale Probleme eine deutlich untergeordnete Rolle spielten.<sup>297</sup> Die Erfahrungen, aus denen die Motivation zum politischen Engagement entsprang, bezogen sich vorrangig auf die Überorganisation der Gesellschaft, ihre institutionalisierten Kontroll- und Steuerungsmechanismen und ihren weltanschaulichen Totalitätsanspruch, weniger auf die Folgeprobleme der Modernisierung - Umweltverschmutzung und internationale Wirtschaftsgerechtigkeit - und auch nicht auf ein durch die Wohlstandsanhebung bedingtes verändertes Freizeitverhalten und Selbstverwirklichungstreben. Die Entstehung der Gruppen

294 Vgl. oben S. 35f.

295 Vgl. oben S. 93.

296 Vgl. oben S. 99ff.

297 Vgl. oben S. 144f., 153, 168.

dürfte deshalb hauptsächlich auf die Spezifik der Machtverteilungsverhältnisse in der DDR zurückzuführen sein, aber weniger Ähnlichkeit mit den Entstehungsursachen der neuen sozialen Bewegungen im Westen haben.<sup>298</sup>

Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen gab es in der DDR von Anfang an, Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt- und andere protestierende Gruppen jedoch nicht. Auch wenn in der DDR stets ein Bedarf für politischen Protest existierte, so waren die Möglichkeiten seiner Realisierung doch eingeschränkt. Gesellschaftliche Spannungen und Konflikte bringen Protestgruppen also nicht unmittelbar hervor. Vielmehr müssen dafür auch geeignete Opportunitätsstrukturen vorhanden sein. Zu einem Zeitpunkt, als die politischen Verhältnisse derart restriktiv waren, daß so gut wie keine abweichenden Verhaltensweisen geduldet wurden, - in den sechziger Jahren -, bildeten sich abgesehen von den Wehrdienstverweigerungsgruppen auch keine protestativen Gruppen. Sie entstanden erst, als ab Mitte der siebziger Jahre aufgrund der Integration der DDR in den weltweiten Entspannungsprozeß Staat und Partei gezwungen waren, gesellschaftsintern mehr Freiräume zuzulassen und die politischen und polizeilichen Repressions- und Kontrollmechanismen zu verfeinern. Aber auch in der Zeit danach waren die politisch alternativen Gruppen nicht in der Lage, ein größeres Mobilisierungspotential anzusprechen. Sie blieben klein, bis zu dem Augenblick, als die Sanktionsmacht des Unterdrückungsapparates versagte und sich neue Gelegenheitsstrukturen aufboten. Zu diesem Zeitpunkt entwickelte sich der Protest der Massen fast ohne Zutun der Oppositionellen. Das heißt, der Massenprotest in der DDR läßt sich nicht akteurstheoretisch erklären;

298 Dafür spricht auch, daß sich nach dem Untergang der DDR das Phänomen der politisch alternativen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen fast vollständig aufgelöst und grundlegend transformiert hat. Zu den Transformationsprozessen vgl. Wielgohs 1993; Findeis/Pollack/Schilling 1994; Pollack 1995; Rucht/Blatter/Rink 1997. Daß Wielgohs/Schulz (1991: 386) die Bürgerrechts-, Umwelt-, Friedens- und Frauengruppen in der DDR stärker in die Nähe der neuen sozialen Bewegungen des Westens als in die der osteuropäischen Opposition bringen, begründen sie damit, daß im ostdeutschen Gruppenmilieu zum einen deutlich stärkere Ansätze einer neuen Frauenbewegung erkennbar waren als in den meisten osteuropäischen Ländern und daß in ihm zum andern nationale Emanzipationsansprüche gegenüber der sowjetischen Hegemonie weitaus weniger ausgeprägt waren als in Polen, der CSSR oder Ungarn (387). Den zuletzt genannten Tatbestand wird man vorrangig aber nicht auf postmaterialistische Orientierungen, sondern auf die politische, nicht zuletzt die innenpolitische Brisanz der deutschen Frage und die Belastung des Nationalgedankens durch die deutsche Geschichte zurückzuführen haben. Und bezüglich der Frauenfrage wird darauf hinzuweisen sein, daß auch in der DDR der Anteil der Frauengruppen nicht allzu hoch war und sich ihre Bedeutung nicht mit der ihrer westlichen Pendanten vergleichen läßt. Der Staatssicherheitsdienst hat unter den 160 von ihm gezählten oppositionellen Gruppen 7 Frauengruppen ausfindig gemacht (Mitter/Wolle 1990: 47). Wie unterschiedlich geprägt die Frauengruppen in Ost- und Westdeutschland waren, läßt sich übrigens auch an den Verständigungsproblemen der ost- und westdeutschen Frauengruppen nach der Wiedervereinigung ablesen.

seine Entstehung hat strukturelle Ursachen. Dabei kann man, wie in Kapitel 4. gezeigt, deutlich machen, daß die strukturellen Wandlungsprozesse in starkem Maße ereignisbedingt waren, daß Akteure und Akteurskonstellationen den strukturellen Wandel beeinflussten, ja daß sogar der Zufall in die Veränderungsprozesse hineinspielte. Letztendlich kam er zustande - so die hier im Anschluß an Bourdieu vertretene These - durch das Zusammenspiel, die Überschneidung, die wechselseitige Verstärkung und Reibung unterschiedlicher, voneinander relativ unabhängiger Handlungslinien. Es liegt auf der Hand, daß mit der Durchführung einer solchen These der Versuch gemacht wird, mikroanalytische Handlungs- und die mesoanalytische Strukturebene miteinander zu verbinden.

Neben dem Wandel der Opportunitätsstrukturen waren für die Entstehung von Protest in der DDR-Gesellschaft aber auch kulturelle Veränderungsprozesse von besonderer Bedeutung. Jedesmal, wenn die Entwicklung des Protestes in der DDR eine qualitativ neue Schwelle überschritt, spielten in diesen Qualitätssprung auch kulturelle Faktoren mit hinein. Für die Entstehung der politisch alternativen Gruppen Ende der siebziger Jahre war die Rezeption der westlichen Kapitalismus- und Zivilisationskritik entscheidend, denn diese gab ein Instrument in die Hand, um die DDR als moderne Industriegesellschaft auf dem Umweg über die Kapitalismuskritik in die allgemeine Modernitätskritik mit einzubeziehen.<sup>299</sup> Die nächste Schwelle wurde überschritten, als die oppositionellen Gruppen sich ab Mitte der achtziger Jahre stärker Menschenrechtsthemen zuwandten, stärker professionalisierten, vernetzten und an quantitativer Bedeutung gewannen.<sup>300</sup> Dieser Entwicklungsschub wurde unterstützt durch die im Zuge der Gorbatschowschen Reformen eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion. Aufgrund dieser Reformen kam es in der DDR trotz einiger Liberalisierungstendenzen bekanntlich nicht zu einer grundlegenden Änderung der politischen Opportunitätsstrukturen. Das politische System blieb nahezu so wandlungsunfähig und verkrustet wie bisher. Wohl aber änderte sich die gesellschaftliche Zukunftsperspektive, und zwar nicht nur in den oppositionellen Gruppen, sondern auch in der Bevölkerung und sogar bei vielen Funktionären. Gorbatschow zeigte, daß sich auch das erstarrte sozialistische System zu verändern vermag und weckte damit Hoffnungen, die große Teile der Bevölkerung bereits aufgegeben hatten. Diese Veränderungshoffnungen stießen jedoch auf ein System, das, obwohl es immer wieder Signale der Veränderungsbereitschaft aussandte, sich der Veränderung grundsätzlich verweigerte. Die ständig erlebbare Diskrepanz zwischen Erwartungen und Enttäuschungen wirkte protestanreizend und hatte auch für die Gruppensze-

299 Vgl. oben S. 92ff., 203.

300 Vgl. oben S. 98ff., 123f.



ne mobilisierende Effekte.<sup>301</sup> Je höher die Erwartung, desto größer die Enttäuschung und desto stärker auch der daraus resultierende Unmut.

Im Herbst 1989 schließlich kippte das kulturelle Klima in der DDR, und der Protest wurde zu einem Massenphänomen. Die Ausreisebewegung - vermittelt über die Berichterstattung in den westlichen Medien - machte auch dem letzten klar, daß es so wie bisher in der DDR nicht mehr weitergehen kann. Sie schuf einen gemeinsamen Interpretationsrahmen für die Definition der entstandenen Situation.<sup>302</sup> In dieser Lage bedurfte es nur noch der geeigneten Anlässe und Gelegenheiten, damit der Protest entstand. Das heißt, auch im Prozeß des politischen Umbruchs in der DDR waren framing-Prozesse von entscheidender Bedeutung für das Zustandekommen des Protests. Diese framing-Prozesse wurden aber von politischen Akteuren nicht bewußt herbeigeführt. Sie entwickelten sich ungeplant und außerhalb der oppositionellen Gruppierungen. Dies gilt auch für die Effekte der westlichen Zivilisationskritik und der Gorbatschowschen Reformen. Framing-Konzepte sind folglich für die Erklärung von Protest durchaus anwendbar. Framing ist aber nicht nur eine Strategie von politischen Unternehmern, die diese einsetzen, um den Protest zu verbreitern, sondern auch eine außenbedingte Kontextvariable, auf die die politischen Akteure nur begrenzt Einfluß ausüben können.

Framing-Prozesse wirkten natürlich auch auf die Situation in den Gruppen selbst ein. Auch wenn die Gruppen mit ihren Situationsdeutungen, Verantwortungszuweisungen und Problemlösungsangeboten die Bevölkerung kaum zu überzeugen vermochten, so waren diese Weltdeutungen doch für sie selbst von unmittelbarer Bedeutung.<sup>303</sup> Mit ihrer Hilfe statteten sie ihr Handeln, so vergeblich es auch gewesen sein mag, mit Handlungssinn aus und gaben ihm eine über den Alltagserfolg hinausreichende Bedeutung. Daß sie in ihrem politischen Engagement so erfolglos waren, hat sie nicht davon abgehalten weiterzumachen. Die Bedingung für die Fortführung ihrer politischen Aktivitäten aber bestand darin, daß sie sich über die Vergeblichkeit ihres Tuns keine volle Klarheit verschafften. Auch wenn nichts zu machen war, mußten sie in dem Glauben leben, daß sehr wohl etwas zu machen sei. So konnten sie sich sagen, daß die Veränderung beim einzelnen beginnt, daß der Weg das Ziel ist oder daß Gott immer wieder Wege und Auswege kennt, von denen der Mensch nichts weiß, daß manchmal auch weite Umwege zum Ziel führen und daß man die Hoffnung nie aufgeben soll. Die Selbstüberschätzung der oppositionellen Gruppen und die Unklarheit der Zielbestimmungen ihres Handelns hängen eng miteinander zusammen. Ohne die Konstruktion von weitreichenden Interpretationsrahmen zur Deu-

301 Vgl. oben S. 96ff., bes. 98, 121f.

302 Vgl. oben S. 217f.

303 Vgl. oben S. 175ff.

tung der Welt und der eigenen Rolle in der Welt ist politischer Protest unter totalitären Bedingungen nicht möglich.

2. Wollen wir abschließend das Gruppenphänomen auf dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftstheoretischen Leitlinien, wie wir sie in Kapitel 1.1. entworfen haben, beschreiben, so läßt sich zusammenfassend feststellen:

2.1. In der DDR war die Tendenz zur funktionalen Differenzierung durch politisch-ideologische Homogenisierungsprozesse überlagert. Die Entstehung der politisch alternativen Gruppen ist nicht zuletzt auf diese politische Überformung der gesamten Gesellschaft zurückzuführen. Die Gruppen wehrten sich gegen die zentralistische Steuerung der Gesellschaft. Gleichzeitig aber waren sie auf die Gesellschaft nur reaktiv bezogen. Sie mußten sich auf die Übermacht des politisch-polizeilichen Systems einstellen und konnten kaum konkret umsetzbare politische Ziele entwickeln. Zwischen ihrer Handlungsmotivation und ihren Handlungsmöglichkeiten bestand eine permanente Spannung. Teilweise führte das zu einer gewissen Selbstdisziplinierung und Zielzurücknahme (Legitimation des Engagements durch Anlehnung an die systemoffiziellen Werte, Verzicht auf öffentlichkeitswirksame Aktionen), teilweise zu einer Radikalisierung des Protests (Konfliktinszenierung, begrenzte Regelverletzung, prinzipielle Macht- und Institutionenabwehr), teilweise aber auch zu einer bewußten Gestaltung des prekären Verhältnisses von Motivationsüberschuß und Handlungsbeschränkung (konspiratives Handeln, symbolische Aktionen). Wie die Gruppen ihr politisches Engagement aber auch gestalteten, sie blieben vom offiziellen Gesellschaftssystem ausgeschlossen.

2.2. In der DDR war die Differenz zwischen der personalen und der sozialen Konstitutionsebene minimiert. Es war zwischen der politischen Anpassung des einzelnen an das System und der ökonomischen Versorgung durch das System ein Austauschverhältnis installiert, das Individuum und Staat in eine kollusive Interessenübereinstimmung brachte. Die politisch alternativen Gruppen reagierten auf dieses Arrangement zwischen Bevölkerung und Staat, indem sie aus der zur gesellschaftlichen Norm gewordenen 'Lüge' ausstiegen und anderen Werten als nur dem eigenen Nutzen folgten. Indem sie den instrumentell erzeugten Konsens durchbrachen, luden sie ihr eigenes Handeln jedoch emotional auf. Sie verknüpften ihr politisches Engagement mit ihrer Existenz und setzten an die Stelle des pragmatischen Überlebenskalküls, das für das Verhalten der Mehrheit bestimmend war, ein idealistisch überhöhtes moralisierendes Politikverständnis. Sie versuchten, ihre Individualität gegen die Zumutungen des Systems zu stellen und die verbreitete Schizophrenie zwischen äußerer Anpassung und innerer Verweigerung zu durchbrechen. Sie existenzialisierten ihr gesellschaftliches Engagement und überschritten gesellschaftlich sanktionierte Handlungsgrenzen. Zugleich stellten sie es aber auch wieder auf die gesellschaftlichen Handlungsbedingungen ein.

2.3. Die DDR war sowohl in sozialer als auch in sachlicher und zeitlicher Hinsicht ein weitgehend geschlossenes System. Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung paßte sich äußerlich zwar an dieses System an. Emotional und kognitiv wanderten viele jedoch jeden Abend, sobald das Westfernsehen eingeschaltet wurde, aus und bezogen ihre Maßstäbe aus dem Westen. Die politisch alternativen Gruppen dagegen lehnten sich gegen das System zwar öffentlich auf, fühlten sich innerlich mit der DDR, nicht zuletzt aufgrund der zermürbenden Auseinandersetzungen mit ihren Repräsentanten, aber oft viel stärker verbunden als diejenigen, die sich äußerlich anpaßten und innerlich verweigerten. Für die Oppositionellen war die DDR der einzig denkbare Bezugsrahmen ihres Handelns, an dem sie sich rieben, in dem sie aber auch einen außergewöhnlichen Status einnahmen. Trotz ihrer unangepaßten Stellung waren sie daher in hohem Maße auf die DDR fixiert.

2.4. In der DDR war der Bereich der Organisationen, die zwischen Bürger und Staat zu vermitteln haben, vom System selbst besetzt, so daß der einzelne gezwungen war, sich andere Formen des Zugangs zur Gesellschaft zu erschließen. Nicht selten traten an die Stelle der intermediären Organisationen informelle Netzwerke, denen die Aufgabe zukam, gesellschaftliche Funktionsdefizite auszugleichen und die Versorgung mit knappen Gütern zu gewährleisten, um auf diese Weise die gesellschaftlich nicht abgedeckten individuellen Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen. In gewisser Weise gehörten auch die politisch alternativen Gruppen in den Zusammenhang dieser informellen Strukturen. Mit ihrem Engagement versuchten sie, sich Zugang zu dem weitgehend abgeschirmten Bereich der Öffentlichkeit und des Politischen zu verschaffen. Allerdings hatten ihre Aktivitäten weniger den Zugang zu gesellschaftlich knappen Ressourcen zur Folge als den Ausschluß aus der Gesellschaft. Luhmann (1997: 862) paraphrasierend könnte man behaupten, daß sie gerade deshalb, weil sie einen Standpunkt jenseits der Gesellschaft einnahmen, den Anspruch zu erheben vermochten, für die Gesellschaft im ganzen zu sprechen und jene Probleme zu behandeln, die von dieser vernachlässigt wurden. Da sich die politisch alternativen Gruppen außerhalb des offiziellen Systems konstituierten, entwickelten sie auch einen vom politischen System abweichenden informellen, aktionsorientierten, auf Kommunikation und Konsens basierenden politischen Handlungsstil. Ihre Hochschätzung der informellen Beziehungen und ihre Abwertung alles Institutionalisierten, ja teilweise ihre Vereinnahmungsangst durch institutionalisierte Formen erklären sich aus ihren Entmündigungserfahrungen in der Gesellschaft und ihren Anerkennungserfahrungen in der Gruppenszene.

## Literatur

### Unveröffentlichte Quellen

- Albani, Bernd, 1992: Gespräch mit Bernd Albani (September 1992). In: Neuß 1992, 33-36.
- Arbeitskreis Gerechtigkeit 1989: Erklärung der „Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreises Gerechtigkeit“. Leipzig 1989. Masch. (Archiv des Verf.)
- Aufrisse 1987: Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, ergänzt um das Referat von Heino Falcke, hrsg. von S. Bickhardt, R. Lampe und L. Mehlhorn. Berlin (DDR). Masch.
- Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR 1988: 4. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 16.-20. September 1988 in Dessau. Vorlage Nr. 1. Masch. Berlin (DDR).
- Bericht zum Kirchentag von Unten 1987: Masch. (Archiv des Verf.) Teilweise auch in: Buntrock 1988, 194-204.
- Demke, Christoph, 1985: Kirche in der Kirche - Die Kirche und ihre Gruppen: Gesprächsthesen. Magdeburg. Masch.
- Demokratische Initiative 1989: Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft (DI); Aufruf 1989. Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)
- Dietrich, Christian, 1988: Zwischen Konsolidierung und Innovation: Ein Kommentar. In: Spuren 1988, 49-55.
- Dohle, Horst, 1988: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation B. Berlin (DDR), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Forschungsbereich Geschichte der Bündnispolitik der SED. Masch.
- Dokumenta Zion 1988. Berlin (DDR). Samisdatdruck.
- Drees, Erika, 1992: Gespräch mit Erika Drees (September 1992). In: Neuß 1992, 24-27.
- Drees, Ludwig, 1988: Wer sind wir selbst in diesen Herausforderungen? In: Zeugnisse der Betroffenheit: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Stadtjugendamt Berlin (DDR) 1988, 20-26. Masch. (Archiv des Verf.)
- Eigenfeld, Katrin, u.a. 1987: Solidarität unter Frauen: Der Arbeitskreis in Halle. In: Spuren 1988, 80f.
- Eppelmann, Rainer, 1987: Gezielte Ungeduld im politischen Handeln! Interview von Stephan Bickhardt. In: Spuren 1988, 41-49.
- Erklärung 1988: Erklärung zur Arbeitsweise des AKG. Februar 1988. Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)
- Fliegendes Papier 1987: Kirchentag von Unten, hrsg. von der Initiative Kirchentag von Unten. Berlin (DDR). Masch. (Archiv des Verf.) Teilweise abgedruckt in: Buntrock 1988, 193-206.
- Friedrichsfelder Extrablatt. Sonderausgabe des Friedrichsfelder Feuermelder. Berlin (DDR) Samisdat-Zeitschrift.

Friedrichsfelder Feuermelder 1987ff. Samisdat-Zeitschrift. Berlin (DDR).  
 fußnote 3 1988: Eine Dokumentation, hrsg. von Mitgliedern der Initiative Frieden und Menschenrechte. Berlin (DDR). Masch.  
 Geschäftsordnung 1989: Geschäftsordnung der Initiativgruppe Leben. Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)  
 Grenzfall 1986ff., Samisdatzeitschrift, hrsg. von Mitgliedern der Initiative für Frieden und Menschenrechte. Berlin (DDR).  
 Grundsatzklärung 1989: Grundsatzklärung der Initiativgruppe Leben (IGL). Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)  
 Haeger, Monika, 1988: Ein Stein des Anstoßes und seine Folgen: Die Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“. In: Spuren 1988, 75-80.  
 Kontakt 1988: Samisdatzeitschrift, hrsg. von der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR. Berlin (DDR).  
 Krusche, Werner, 1988: 6. März: 1978-1988 ein Lernweg, hrsg. vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR - Sekretariat. Berlin (DDR). Masch.  
 Leich, Werner, 1988: Ansprache auf der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates Erich Honecker am 3. März 1988: Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 3.3.1988. Berlin (DDR). Masch.  
 Mehlhorn, Ludwig, 1988: Öffentlich anwesend sein: Ein Diskussionbeitrag. In: Über das Nein hinaus: Aufrisse II, hrsg. von Stephan Bickhardt, Reinhard Lampe und Ludwig Mehlhorn. Berlin (DDR) 1988, 84-88.  
 Meusel, Georg, 1987: Königswalde und die Arbeit christlicher Friedensseminare. In: Spuren 1988, 61-66.  
 MFS 1989: Ministerium für Staatssicherheit der DDR: Information über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, ZAIG 3756, BStU, 56-71.  
 Müller, Andreas, 1989: Tendenzen der Entwicklung in der DDR 1988/1989 - einige Aspekte. Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)  
 Niederschrift über die Zusammenkunft verschiedener Bürgerinitiativgruppen und -bewegungen am 24.9.1991 in Leipzig. Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)  
 Passauer, Martin-Michael, 1988: „Schwerter zu Pflugscharen“: Vision und umstrittenes Symbol; Interview mit Ludwig Mehlhorn. In: Spuren 1988, 55-60.  
 Pasternak, Peer, 1989: Kirche - Gruppen - Gesellschaft: Protokoll der Tagung der Arbeitsgruppe „Marxistische Religionstheorie“ am 18.2.1989 in Leipzig. Leipzig. Masch. (Archiv des Verf.)  
 Rechenschaftsbericht 1984: Der Kirchenleitung vor der 2. Tagung der X. Synode der Kirchenprovinz Sachsen, Halle 24.-28.10.1984. Masch.  
 Saab, Karim, 1988: Fiktiver Brief nach Prag. In: Spuren 1988, 36-39.  
 Spuren 1988: Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR; Vorgelegt zum Seminar „Frieden konkret VI“ 26.-28.2.1988 Cottbus, hrsg. von S. Bickhardt, M. Haeger, G. Poppe, E. Richter und H.-J. Tschiche. Berlin (DDR).  
 Templin, Wolfgang, 1988: Bemerkungen zur politischen Orientierung in der Friedensbewegung. In: Spuren 1988, 72-75.  
 Tschiche, Hans-Jochen, 1988: Teilhabe statt Ausgrenzung: Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung. Cottbus. Masch. (Archiv des Verf.)

Umweltblätter 1986ff: INFO-Blatt des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde. Berlin (DDR). Samisdatzeitschrift.  
 Warum eine Kirche von Unten? Papier der Initiatoren des „Kirchentags von Unten“ vom Juni 1987. Berlin (DDR). Masch. (Archiv des Verf.)  
 Was war los in Leipzig? 1989: Zusammengestellt von C. Dietrich. Naumburg. Masch. (Archiv des Verf.)  
 „Weil alle Abgrenzung...“ 1988: Dokumente im Streit um die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, hrsg. von Mitgliedern des Friedenskreises der Bartholomäusgemeinde Berlin. Berlin (DDR). Masch.  
 Zum Verhältnis zwischen Kirche und Gruppen, 1988: Ein Diskussionspapier. Vorlage der Arbeitsgruppe Menschenrechte für die 207. Sitzung des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen am 24. Februar 1988. Berlin (DDR). Masch.

## Veröffentlichte Quellen und Sekundärliteratur

Adler, Hans-Gerd, (Hrsg.) 1990: Wir sprengen unsere Ketten: Die friedliche Revolution im Eichsfeld; Eine Dokumentation. Leipzig.  
 Aldenhövel, Josef Lütke/Mestrup, Heinz/Remy, Dietmar, (Hrsg.) 1993: Mühlhausen 1989/1990: Die Wende in einer thüringischen Kleinstadt. 2. Aufl. Münster.  
 Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.) 1990: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung: Dresden - Magdeburg - Dresden; eine Dokumentation. Berlin.  
 Albani, Bernd, 1988: Pflanzschule der Phantasie. In: Die Kirche vom 28.8.1988, 5.  
 Ammer, Thomas, 1995: Widerstand und Opposition in Jena. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 128-139.  
 Arbeitskreis Wittenberg 1980: Kein Sonnenschein ohn' Unterlaß ...: Naturzerstörung in der DDR und ein Handlungskatalog. In: Wensierski/Büscher 1981, 51-84.  
 Arjomand, Said Amir, 1988: The Turban for the Crown: the Islamic Revolution in Iran. New York.  
 Ash, Timothy Garton, 1990: Ein Jahrhundert wird abgewählt: Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990. München.  
 Auerbach, Thomas, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.  
 Bartl, Eva-Maria, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.  
 Baecker, Dirk, 1991: Die Leute, in: Baecker, Dirk/Hüser, Rembert/Stanzitzek, Georg: Gelegenheit. Diebe: 3xDeutsche Motive. Bielefeld 1991, 81-99.  
 Bahrmann, Hannes/Links, Christoph, 1994: Chronik der Wende: die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989. Berlin.

- Bauerkämper, Arnd, 1998: Abweichendes Verhalten in der Diktatur: Probleme einer kategorialen Einordnung am Beispiel der Landwirtschaft in der DDR. In: Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd, (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte: Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998.
- Beleites, Michael, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Bericht des Sozial-Ethischen Ausschusses über erste Kontakte mit Vertretern von Gruppen in der Landeskirche, die sich der Thematik einer ökumenischen Versammlung stellen, 1987: 22. Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Frühjahrstagung 21.-24.3.1987 in Dresden. Auch in: epd Dokumentation 19/1987, 9-17. Masch.
- Besier, Gerhard, 1993: Der SED-Staat und die Kirche: Der Weg in die Anpassung. München.
- Besier, Gerhard/Wolf, Stephan, (Hrsg.) 1992: „Pfarrer, Christen und Katholiken“: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen/2. Aufl. Neukirchen-Vluyn.
- Bickhardt, Stephan, (Hrsg.) 1988: Recht ströme wie Wasser: Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung; Ein Arbeitsbuch aus der DDR. Berlin-West.
- Bickhardt, Stephan, 1995: Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 450-503.
- Bierwisch, Manfred, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Bohley, Bärbel, u.a. 1989: 40 Jahre DDR ... und die Bürger melden sich zu Wort. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre, 1988: Homo academicus. Frankfurt/M.
- Brand, Karl-Werner, 1990: Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3, 1990/2, 9-16.
- Braun, Volker, 1985: Hinze-Kunze-Roman. Halle; Leipzig.
- Brie, Michael, 1990a: Die allgemeine Krise des administrativ-zentralistischen Systems: Eine reproduktionstheoretische Skizze. In: Initial 1990, 17-26.
- Brie, Michael, 1990b: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus: Thesen in der Diskussion. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 38, 1990, 218-229.
- Brie, Michael, 1996: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich: alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut, (Hrsg.): Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/M. 1996, 39-104.
- Brinksmeier, Burghard, 1991: Die Gruppen und die Kirche. In: Zur Freiheit berufen: Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989, hrsg. von J. Israel. Berlin 1991, 46-60.

- Broszat, Martin, 1981: Resistenz und Widerstand: Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojektes. In: Broszat, Martin, u.a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. München 1981, 691-709.
- Bruckmeier, Karl, 1993: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR. In: Haufe/Bruckmeier 1993, 9-28.
- Buntrock, Hans-Jürgen, 1988: Die Kirche von Unten. In: Kroh 1988a, 181-209.
- Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter, 1984: Null Bock auf DDR: Aussteigerjugend im anderen Deutschland. Reinbek.
- Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus, (Hrsg.) 1982: Friedensbewegung in der DDR: Texte 1978-1982. Hattingen.
- Choi, Sung Wang, 1999: Von der Dissidenz zur Opposition: Die politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1978 bis 1989. Köln.
- Dähn, Horst, (Hrsg.) 1993: Die Rolle der Kirchen in der DDR: Eine erste Bilanz. München.
- Dalos, György, 1995: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 540-557.
- Dalton, Russell J./Kuechler, Manfred, 1990: Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies. New York.
- Das Neue Forum, 1990: Selbstporträt einer Bürgerbewegung: Demokratiebewegung in der DDR. (Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit)
- Davies, James C., 1962: Toward a Theory of Revolution. In: American Sociological Review 27, 1962, 5-19.
- Dietrich, Christian, 1994: Der Protest formiert sich...: Zur Entwicklung der Opposition am Ende der DDR in den 80er Jahren. In: Lindner 1994a, 38-52.
- Dietrich, Christian, 1995: Fallstudie Leipzig 1987-1989: Die politisch alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 558-666.
- Dietrich, Christian/Schwabe, Uwe, 1994: Freunde und Feinde: Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989. Leipzig.
- Döhnert, Albrecht/Rummel, Paulus, 1990: Die Leipziger Montagsdemonstrationen. In: Grabner/Heinze/Pollack 1990, 147-158.
- Dornheim, Andreas, 1995: Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90. Weimar.
- Eckert, Rainer, 1995: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 667-757.
- Eckert, Rainer, 1999: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte. Leipzig. Masch.
- Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, (Pseudonym für H. Knabe) 1982: Schwerter zu Pflugscharen: Friedensbewegung in der DDR. Reinbek.
- Eisenfeld, Bernd, 1978: Kriegsdienstverweigerung in der DDR - ein Friedensdienst? Genesis, Befragung, Analyse, Dokumente. Frankfurt/M.

- Eisenfeld, Peter, 1988: Innerer Frieden schafft äußeren Frieden: Erfahrungsbericht über Möglichkeiten und Grenzen der Friedensarbeit im Raum Dresden. In: Kroh 1988a, 119-140.
- Eisinger, Peter K., 1973: The Conditions of Protest Behavior in American Cities. In: *American Political Science Review* 67, 1973, 11-28.
- Elvers, Wolfgang, 1992: Politische Einstellungen der Gruppenvertreter vor der Wende. In: Pollack/Elvers/Findeis/Franke/Schilling 1992, 62-103.
- Elvers, Wolfgang/Findeis, Hagen, 1990a: Was ist aus den politisch- alternativen Gruppen geworden? Eine soziologische Auswertung von Interviews mit ehemals führenden Vertretern in Leipzig und Berlin. Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig 1990. Masch.
- Elvers, Wolfgang/Findeis, Hagen, 1990b: Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel: Eine empirische Studie zu ihrem Selbstverständnis. In: Grabner/Heinze/ Pollack 1990, 97-111.
- Enquete-Kommission 1995: Widerstand, Opposition, Revolution: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1 und VI/2. Baden-Baden.
- epd Dokumentation: Ein Informationsdienst; Evangelischer Pressedienst, Zentralredaktion Frankfurt/M.
- Eppelmann, Rainer, 1993: Fremd im eigenen Haus: Mein Leben im anderen Deutschland. Köln.
- Eyerman, Ron/Jamison, Andrew, 1991: *Social Movements: A Cognitive Approach*. Cambridge.
- Faktor, Jan, 1994: Intellektuelle Opposition und alternative Kultur in der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 10/1994, 30-37.
- Falcke, Heino, 1985: Unsere Kirche und ihre Gruppen: Lebendiges Bekennen heute? In: *Kirche im Sozialismus* 11, 1985, 145-152. Überarbeitete Fassung in: *Gottes Zukunft - Zukunft der Welt: Festschrift für Jürgen Moltmann zum 60. Geburtstag*, hrsg. von H. Deuser u.a. München 1986, 124-135. Auch in: Pollack 1990c, 41-56.
- Falcke, Heino, 1989: Kirche und christliche Gruppen: Ein nötiges oder unnötiges Spannungsfeld? In: Pollack 1990c, 103-113.
- Falkenau, Manfred, 1985: Kirche und Gruppen: Einsichten und Fragen zur sozialen Gestalt der Gemeinde. Arbeitspapier der 3. Gemeindegemeinschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin-Ost 1985. Auch in: Pollack 1990c, 25-29. Unter der irrtümlichen Verfasserschaft Jens Langers ebenfalls in: *Die Christenlehre* 39, 1986, 155-157.
- Fehr, Helmut, 1995: Von der Dissidenz zur Gegen-Elite: Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976 bis 1989). In: Poppe/Eckert/Kowalczyk 1995a, 301-334.
- Fehr, Helmut, 1996: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen: Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen.
- Feldhaus, Friedhelm, 1993: Politisch alternative Gruppen im sozialen Raum der DDR: Am Beispiel politischer Dokumente und Erklärungen Leipziger Oppositionsbewegungen. Diplomarbeit im Fach Sozialwissenschaften an der Universität Hannover. Masch.

- Fest, Joachim, 1989: Schweigende Wortführer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.12.1989, 25.
- Feydt, Sebastian/Heinze, Christiane/Schanz, Martin, 1990: Die Leipziger Friedensgebete. In: Grabner/Heinze/Pollack 1990, 123-136.
- Findeis, Hagen, 1990: Überblick über die sozioethisch engagierten Gruppen in Leipzig Anfang 1989. In: Grabner/Heinze/Pollack 1990, 91-96.
- Findeis, Hagen, 1991: Politisch alternative Gruppen in der DDR im Spiegel ihrer kirchlich-theologischen, marxistischen und soziologischen Aufarbeitung. In: *Soziologentag Leipzig 1991: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*, hrsg. von H. Meyer. Berlin 1992, 392-399.
- Findeis, Hagen, 1992: Die Struktur der Gruppen vor der Wende. In: Pollack/Elvers/Findeis/Franke/Schilling 1992, 104-155.
- Findeis, Hagen, 1994: Die Struktur der Gruppen vor der Wende. In: Findeis/Pollack/Schilling 1994, 241-268.
- Findeis, Hagen/Pollack, Detlef/Schilling, Manuel, 1994: Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Berlin.
- Findeis, Hagen/Pollack, Detlef, (Hrsg.) 1999: *Selbstbewahrung oder Selbstverlust: Bischöfe und Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR über ihr Leben*. Berlin.
- Fischer, Alexander/Heydemann, Günther, (Hrsg.) 1995: *Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen: Rückblick und Zwischenbilanz*. Weimar; Köln; Wien.
- Flam, Helena, 1997: Die poröse und die wasserdichte Sinnwelt der Opposition: Der ostdeutsche und der polnische Fall. In: Pollack/Rink 1997, 145-170.
- Forek, Gottfried, 1993: Kerzen im Advent 1987: Der Sturm auf die Umweltbibliothek klärte die Fronten. In: *Die Kirche* 1993, 49.
- Franke, Ulrike, u.a. 1990: Der Pfarrer im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft: Auswertung von Interviews mit Leipziger PastorInnen vor und nach der Wende. In: Grabner/Heinze/Pollack 1990, 47-62.
- Franke, Ulrike, 1994: Geschichte der politisch alternativen Gruppen in der DDR. In: Findeis/Pollack/Schilling 1994, 14-34.
- Friedrich, Walter, 1990: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 16-17/1990, 25-37.
- Fulbrock, Mary, 1996: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Bessel, Richard/Jessen, Ralph, (Hrsg.): *Die Grenzen der Diktatur: Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen 1996, 275-297.
- Funk, Uwe, 1989a: Die Politikbezogenheit von kirchlichen Tätigkeiten im Sozialismus und entsprechende Erfordernisse bei der Realisierung sozialistischer Politik: Politiktheoretische Betrachtungen am Beispiel gegenwärtiger Entwicklungen im Wirken der Evangelischen Kirche in der DDR. Thesen. Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie. Masch.
- Funk, Uwe, 1989b: Die Existenz sozioethischer Gruppen in der evangelischen Kirche der DDR als gesellschaftswissenschaftliches Problem. Referat auf der Tagung der Arbeitsgruppe „Marxistische Religionstheorie“ am 18.2.1989 in Leipzig. In: Pollack 1990c, 81-102.
- Funk, Uwe, 1989c: Die Existenz sozioethischer Gruppen in der evangelischen Kirche der DDR als gesellschaftswissenschaftliches Problem. Thesen zum Referat.

Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie. Masch.

Geis, Matthias, 1989: Der Weg zurück ist versperrt. In: taz DDR-Journal 1989, 78.

Gensichen, Hans-Peter, 1987: Ökologischer Dimensionsgewinn in der Kirche. In: Kirche im Sozialismus 13, 1987, 185-189.

Gensicke, Thomas, 1991: Vom Pessimismus zum Optimismus und vom „konservativen“ Protest zur Selbständigkeit? Überlegungen zur Entwicklung der sozialen Psyche und der Mentalität der Ostdeutschen vor und nach der Wende. In: BISS public 4/1991, 98-115.

Gensicke, Thomas, 1992: Werte und Wertwandel im Osten Deutschlands. In: Klages, Helmut/Hippler, Hans-Jürgen/Herbert, Willi, (Hrsg.): Werte und Wandel: Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/M.; New York 1992, 672-694.

Gerhards, Jürgen, 1993: Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung: Eine Fallstudie. Opladen.

Giebel, Wieland, 1989: ...geht die Opposition an den Start. In: taz DDR-Journal 1989, 7f.

Giesscke, Hermann, 1981: Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. München.

Gilcher-Holtey, Ingrid, 1995: „Die Phantasie an die Macht“: Mai 68 in Frankreich. Frankfurt/M.

Goertz, Joachim, 1995: Der AKSK im Konfliktfeld Kirche, Gruppe, DDR. Masch.

Goffman, Erving, 1977: Rahmen-Analyse: Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt/M.

Goldstone, Jack, 1991: Revolution and Rebellion in the Early Modern World. Berkeley.

Grabner, Wolf-Jürgen/Heinze, Christiane/Pollack, Detlef, (Hrsg.) 1990: Leipzig im Oktober: Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR; Analysen zur Wende. Berlin-West.

Graf, Friedrich Wilhelm, 1993: Traditionsbewahrung in der sozialistischen Provinz: Erste Überlegungen zur Deutung der „Kirche im Sozialismus“. In: Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR, hrsg. von T. Rendtorff. Göttingen 1993, 253-279.

Graf, Friedrich Wilhelm, 1996: Zur DDR-Opposition in den fünfziger und achtziger Jahren. In: Kaiser, Gert/Frie, Ewald, (Hrsg.): Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR. Frankfurt/M.; New York 1996, 45-61.

Grundmann, Uta/Michael, Klaus/Seufert, Susanne, (Hrsg.) 1996: Die Einübung der Außenspur: Die andere Kultur in Leipzig 1971-1990. Leipzig.

Gurr, Ted, 1970: Why Men Rebell. Princeton, N.J.

Gutzeit, Martin, 1993: Der Weg in die Opposition: Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. In: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, hrsg. von W. Euchener. Göttingen 1993, 84-114.

Gysi, Gregor/Falkner, Thomas, 1990: Sturm aufs Große Haus: Der Untergang der SED. Berlin.

Hankiss, Elemér, 1988: 'Second Society': Is There an Alternative Social Model Emerging in Contemporary Hungary? In: Social Research 55, 1988, 12-42.

Haufe, Gerda/Bruckmeier, Karl, (Hrsg.) 1993: Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern. Opladen.

Havel, Václav, 1978: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek.

Hein, Christoph, 1987: Diskussionsgrundlage für den X. Schriftstellerkongress der DDR. In: X. Schriftstellerkongress der DDR: Arbeitsgruppen. Berlin; Weimar 1988, 224-247.

Hellmann, Kai-Uwe, 1997: Protest in einer Organisationsgesellschaft: Politisch alternative Gruppen in der DDR. In: Pollack/Rink 1997, 252-278.

Hellmann, Kai-Uwe, 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick. In: Ders./Koopmans, Ruud, (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen 1998, 9-30.

Henkys, Reinhard, 1982: Zwischen Militarismus und Pazifismus: Friedensarbeit der evangelischen Kirchen. In: Büsscher/Wensierski/Wolschner 1982, 14-28.

Henkys, Reinhard, 1989: Kirche als Anwalt der Bürger: Christen in der DDR drängen auf Reformen. In: Evangelische Kommentare 22, 1989/Heft 4, 6-8.

Herlyn, Ulfert/Bertels, Lothar, (Hrsg.) 1994: Stadt im Umbruch: Gotha; Wende und Wandel in Ostdeutschland. Opladen.

Hertle, Hans-Hermann, 1994: „Ein Stein vom Herzen“: Über die Rolle des Militärs bei der Maueröffnung. In: Der Spiegel vom 14.11.1994.

Herzberg, Guntolf, 1988: Einen eigenen Weg gehen oder weggehen. In: Kroh 1988a, 59-87.

Herzberg, Wolfgang, 1993: Der Gründerkreis des sozialdemokratischen Neubeginns in der DDR 1989: Versuch einer Analyse ihrer kollektiven Biographie, in: Herzberg/Mühlen 1993, 11-37.

Herzberg, Wolfgang/Mühlen, Patrik von zur, (Hrsg.) 1993: Auf den Anfang kommt es an: Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989; Interviews und Analysen. Bonn.

Heydemann, Günther/Schaarschmidt, Thomas, 1995: Innenpolitische Voraussetzungen und Etappen der „Wende“ in der DDR, in: Fischer/Heydemann 1995, 45-70.

Hilger, Peter, 1995: Aufbruch in die Bedeutungslosigkeit? Zur Marginalisierung der Oppositionsgruppen in der DDR im Jahr der „Wende“. Hannover.

Hirsch, Ralf, 1988: Die Initiative Frieden und Menschenrechte. In: Kroh 1988a, 210-233.

Hirsch, Ralf/Kopelew, Lew, (Hrsg.) 1989: Grenzfall: Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Berlin.

Hirschmann, Albert O., 1974: Abwanderung und Widerspruch: Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen.

Hirschmann, Albert O., 1992: Abwanderung und Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik: Ein Essay zur konzeptuellen Geschichte. Übers. von U. Struve. In: Leviathan 20, 1992, 330-358. Auch in: World Politics 45, 1993, 173-202.

Homans, George Caspar, 1960: Theorie der sozialen Gruppe. Opladen.

Hunt, Scott A./Benford, Robert D., 1994: Identity Talk in the Peace and Justice Movement. In: Journal of Contemporary Ethnography 22, 1994, 488-517.

Jahn, Roland, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.

- Jander, Martin, 1995a: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 896-986.
- Jander, Martin, 1995b: Formierung und Krise politischer Opposition in der DDR: Die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk 1995a, 284-300.
- Jander, Martin/Manrique, Matthias/Streng, Barbara, 1994: DDR-Opposition in den 70er und 80er Jahren: Ein Beitrag zu Geschichte und Forschungsstand. In: Geschichte und Transformation des SED-Staates: Beiträge und Analysen, hrsg. von K. Schröder. Berlin 1994, 233-250.
- Japp, Klaus P., 1984: Selbsterzeugung oder Fremdverschulden: Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt 35, 1984, 313-329.
- Jesse, Eckhart, 1995: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 987-1030.
- Joppke, Christian, 1995: East German Dissidents and the Revolution of 1989: Social Movements in a Leninist Regime. New York.
- Kädtler, Jürgen/Kottwitz, Gisela, 1994: Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Durch Kooperation zum Gegensatz von Kapital und Arbeit. In: Industrielle Beziehungen 1, 1994, 13-38.
- Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut, (Hrsg.) 1994: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart.
- Kähler, Christoph, 1996: Kirchliche Hochschulen in der DDR. In: Pasternak, Peer, (Hrsg.): Hochschule & Politik. Theologie & Politik: Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR. Berlin 1996, 241-250.
- Kaufmann, Christoph/Mundus, Doris/Nowak, Kurt, (Hrsg.) 1993: Sorget nicht, was ihr reden werdet: Kirche und Staat in Leipzig im Spiegel kirchlicher Gesprächsprotokolle 1977-1989. Leipzig.
- Kirche im Sozialismus: Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR. Berlin-West 1975ff.
- Kirche in der Zeit. 1945ff.
- Kitschelt, Herbert, 1986: Political Opportunity Structures and Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science 16, 1986, 57-85.
- Klandermans, Bert/Tarrow, Sidney, 1988: Mobilization into Social Movements: Synthesizing European and American Approaches. In: International Social Movement Research 1, 1988, 1-38.
- Kießmann, Christoph, 1991: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 5/91, 52-62.
- Kießmann, Christoph, 1993: Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 19, 1993, 29-53.
- Kießmann, Christoph, 1994: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR. In: Kaelble/Kocka/Zwahr 1994, 254-270.
- Klier, Freya, 1992: Wie die „Aktion Störenfried“ zu ihrem geplanten Ende gebracht wurde: Die Vertreibung der DDR-Opposition und wer daran mitwirkte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. April 1992, 36.
- Knabe, Hubertus, 1988: Neue soziale Bewegungen im Sozialismus: Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40, 1988, 551-569.
- Knabe, Hubertus, 1989a: Neue soziale Bewegungen: Zur Entstehung und Bedeutung alternativer Gruppen im Sozialismus. In: Kirche im Sozialismus 14, 1989, 14-16.
- Knabe, Hubertus, (Hrsg.) 1989b: Aufbruch in eine andere DDR: Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes. Reinbek.
- Knabe, Hubertus, 1990a: Politische Opposition in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2, 1990, 21-32.
- Knabe, Hubertus, 1990b: Bewegung im Osten. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3, 1990/2, 17-21.
- Knabe, Hubertus, 1995: Widerstand und Opposition in den sechziger und siebziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 76-88.
- Knabe, Hubertus, 1996: Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR; aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/96, 23-36.
- König, René, 1983: Die analytisch-praktische Doppelbedeutung des Gruppentheorems: Ein Blick in die Hintergründe. In: Neidhardt 1983a, 36-64.
- Konrád, György, 1985a: Antipolitik: Mitteleuropäische Meditationen. Frankfurt/M.
- Konrád, György, 1985b: Mein Traum von Europa. In: Kursbuch September, 1985.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha, 1995a: Von der Freiheit, Ich zu sagen: Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk 1995a, 85-115.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha, 1995b: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Krause, Henry, 1999: Wittichenau: Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR. Dresden.
- Kriesi, Hanspeter et al. 1992: New Social Movements and Political Opportunities in Western Europe. In: European Journal of Political Research 22, 1992, 219-244.
- Kroh, Ferdinand, (Hrsg.) 1988a: „Freiheit ist immer Freiheit ...“: Die Andersdenkenden in der DDR. Frankfurt/M.; Berlin-West.
- Kroh, Ferdinand, 1988b: Havemanns Erben: 1959 bis 1988. In: Kroh. 1988a, 10-58.
- Krusche, Günter, 1986: Offener Brief an die Friedenskreise und Friedensgruppen in Berlin, vom 29.9.1986. In: Kirche im Sozialismus 12, 1986, 238-240. Vgl. auch: Offener Brief von Generalsuperintendent Günter Krusche/Berlin und was dazu zu sagen ist. In: Weißenseer Blätter 6/1986, 42-46.
- Krusche, Günter, 1988: Gemeinden in der DDR sind beunruhigt: Wie soll die Kirche sich zu den Gruppen stellen? In: Lutherische Monatshefte 27, 1988, 494-497. Auch in: Pollack 1990c, 57-62.

- Kuhn, Ekkehard, 1992: Der Tag der Entscheidung: Leipzig, 9. Oktober 1989. Berlin, Frankfurt/M.
- Kühnel, Wolfgang, 1990: Zwischen basisdemokratischer Verheißung und parlamentarischer Interessenvertretung: Neue soziale Bewegungen in der politischen Arena der DDR. Berlin-Ost, Masch.
- Kühnel, Wolfgang/Sallmon-Metzner, Carola, 1991: Grüne Partei und Grüne Liga. In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs 1991, 166-220.
- Kuhr, Eberhard, (Hrsg.) 1996: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch. Opladen.
- Kukutz, Irena, 1995: Die Bewegung „Frauen für den Frieden“ als Teil der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/2. Baden-Baden 1995, 1285-1408.
- Küttler, Thomas/Röder, Jean Curt, (Hrsg.) 1992: Die Wende in Plauen: Eine Dokumentation. 4. Aufl. Plauen.
- Land, Rainer, 1997: Reformbewegungen in der SED in den 80er Jahren: Möglichkeiten und Grenzen. In: Pollack/Rink 1997, 129-144.
- Land, Rainer/Will, Rosemarie/Segert, Dieter, 1990: Wie wollen wir mit den entstandenen informellen politischen Gruppen und Bewegungen umgehen, und wie könnte mit dem Prozeß des Umbaus des politischen Systems sowie des Staates und des Rechts begonnen werden? In: Texte zu Politik, Staat, Recht, hrsg. von R. Land und L. Kirschner. Berlin 1990, 62-71.
- Leyh, Manfred, 1994: Arnstadt im Herbst 1989. In: Lindner 1994a, 94-103.
- Lieberwirth, Steffen, 1990: „Wer eynen Spielmann zu tode schlaegt...“: Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989; die Verwaltung der Spontaneität. Leipzig.
- Lindner, Bernd, 1990: Soziologie der Losungen. In: Leipziger Demontagebuch, hrsg. von W. Schneider. Leipzig, Weimar 1990, 169-172.
- Lindner, Bernd, (Hrsg.) 1994a: Zum Herbst '89: Demokratische Bewegung in der DDR. Leipzig.
- Lindner, Bernd, 1994b: Plauen: Widerborstige Stadt mit Bürgerstolz und Freiheits-sinn. In: Ders. 1994a, 123-138.
- Löscher, Lutz/Vogel, Jürgen, 1989: Leipziger Herbst: Eine subjektive Dokumentation. In: Leipziger Demontagebuch, hrsg. von W. Schneider. Leipzig, Weimar 1990, 17.
- Luchterhandt, Otto, 1993: Verfassungsgrundlagen kirchlicher Eigenständigkeit, ihre Bedrohung und Verteidigung. In: Dähn 1993, 21-35.
- Luhmann, Niklas, 1972: Die Organisierbarkeit von Religionen und Kirchen. In: Wössner, Jakobus, (Hrsg.) 1972: Religion im Umbruch: Soziologische Beiträge zur Situation von Religion und Kirche in der gegenwärtigen Gesellschaft. Stuttgart, 245-285.
- Luhmann, Niklas, 1975: Interaktion, Organisation, Gesellschaft. In: Ders.: Soziologische Aufklärung, Bd. 2. Opladen 1975, 9-20.
- Luhmann, Niklas, 1982: Liebe als Passion: Zur Codierung von Intimität. Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas, 1991: Protestbewegungen. In: Ders.: Soziologie des Risikos. Berlin 1991, 135-154.
- Luhmann, Niklas, 1996: Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen, hrsg. von K.-U. Hellmann. Frankfurt/M.

- Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Lutz, Anabelle, 1997: Distanz und Rebellion: Motive der ostdeutschen Bürgerbewegten für Widerstand versus Emigration. Berlin, Masch.
- Magirus, Friedrich, 1990: „Selig sind, die Frieden stiften...“: Friedensgebete in St. Niklilai zu Leipzig. In: Dona nobis pacem: Fürbitten und Friedensgebete Herbst '89 in Leipzig, hrsg. von G. Hanisch u.a. Berlin.
- Maier, Charles S., 1994: Die Umwälzung in der DDR und die Frage einer deutschen Revolution, in: Jarausch, Konrad/Middell, Matthias, (Hrsg.): Nach dem Erdbeben: (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft. Leipzig 1994.
- Matthes, Uwe/Müller-Hartmann, Irene, 1990: Zur politischen Stimmungslage der DDR-Bevölkerung im Zeitraum November 1988 bis November 1989. Unveröffentl. Vortrag auf dem 5. Soziologie-Kongreß der DDR. Berlin.
- Mayer, Karl Ulrich/Solga, Heike, 1994: Mobilität und Legitimität: Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, 1994, 193-208.
- McAdam, Doug, 1982: Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970. Chicago; London.
- McAdam, Doug, 1996: Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions. In: McAdam/McCarthy/Zald 1996, 23-40.
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N., (Hrsg.) 1996: Comparative perspectives on social movements: Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings. Cambridge.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N., 1973: The Trend of Social Movements in America: Professionalization and Resource Mobilization. Morristown, N.J.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N., 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. In: American Journal of Sociology 82, 1977, 1212-1241.
- McFalls, Laurence, 1994: Alltag und Revolution: Vom Wertewandel zum Systemwandel. In: Lindner 1994a, 149-155.
- Mechtenberg, Theo, 1982: Die Friedensverantwortung der evangelischen Kirchen in der DDR. In: Henkys, Reinhard, (Hrsg.): Die evangelischen Kirchen in der DDR: Beiträge zu einer Bestandsaufnahme. München 1982, 355-399.
- Meckel, Markus, 1983: Friedensarbeit im Widerspruch: Zur Friedensarbeit in der DDR. In: Meckel/Gutzeit 1994, 133-152.
- Meckel, Markus, 1984: Zur Selbstverständigung von Friedenskreisen. In: Meckel/Gutzeit 1994, 124-130.
- Meckel, Markus, 1989: Wir haben den Raum der Kirche verlassen. In: Rein 1989, 95-97.
- Meckel, Markus, 1994: Aufbrüche. In: Meckel/Gutzeit 1994, 25-78.
- Meckel, Markus/Gutzeit, Martin, 1994: Opposition in der DDR: Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit; kommentierte Quellentexte. Köln.
- Mehlhorn, Ludwig, 1989: Wir brauchen eine vom Staat unabhängige Gesellschaft. In: Rein 1989, 73-83.
- Mehlhorn, Ludwig, 1995: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR. In: Materialien der En-



- quete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/2. Baden-Baden 1995, 1409-1436.
- Merleau-Ponty, Maurice, 1966: Phänomenologie der Wahrnehmung: Phänomenologisch-psychologische Forschungen, Bd. 7. Berlin.
- Meuschel, Sigrid, 1990: Revolution in der DDR. In: Spittmann, Ilse/Helwig, Gisela, (Hrsg.) 1990: Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit: Probleme, Perspektiven, offene Fragen; 23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1990, 3-14.
- Meuschel, Sigrid, 1991: Revolution in der DDR: Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation. In: Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages 1990 in Frankfurt/Main, hrsg. von W. Zapf. Frankfurt/M./New York 1991, 558-571.
- Meuschel, Sigrid, 1992: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt/M.
- Meusel, Georg, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Michael, Klaus, 1997: Zweite Kultur oder Gegenkultur? Die Subkulturen und künstlerischen Szenen der DDR und ihr Verhältnis zur politischen Opposition. In: Pollack/Rink 1997, 106-128.
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan, (Hrsg.) 1990: „Ich liebe euch doch alle ...“: Befehle und Lageberichte des MfS: Januar - November 1989. Berlin (DDR).
- Mobiles Friedensseminar in Mecklenburg 1985: Ergebnisbericht aus einer Arbeitsgruppe des 4. Mobilen Mecklenburgischen Friedensseminars. In: Meckel/Gutzeit 1994, 192-195.
- Molt, Rudi, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Moritz, Torsten, 1993: DDR-Opposition in Ostberlin: Die Umweltbibliothek. Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.
- Moritz, Torsten, 1997: Die Entwicklung von DDR-Oppositionsgruppen nach 1989: Das Beispiel der Umweltbibliothek Berlin; Die Tücken der Gruppendynamik. In: Pollack/Rink 1997, 208-234.
- Mrotzek, Fred, 1996: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim. Hamburg.
- Mühlen, Patrik von zur, 1993: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. In: Herzberg/Mühlen 1993, 38-60.
- Mühlen, Patrik von zur, 1995: Widerstand in einer thüringischen Kleinstadt 1953 bis 1958: Der „Eisenberger Kreis“. In: Poppe/Eckert/Kowalczyk 1995a, 162-177.
- Mühler, Kurt/Wilsdorf, Steffen H., 1990: Meinungstrends in der Leipziger Montagsdemonstration: Nachbetrachtungen zu einer basisdemokratischen Institution. In: Grabner/Heinze/Pollack 1990, 159-175.
- Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan, (Hrsg.) 1991: Von der Illegalität ins Parlament: Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin.
- Neidhardt, Friedhelm, 1979: Das innere System sozialer Gruppen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 31, 1979, 639-660.

- Neidhardt, Friedhelm, (Hrsg.) 1983a: Gruppensoziologie: Perspektiven und Materialien. Opladen (Sonderheft 25 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).
- Neidhardt, Friedhelm, 1983b: Themen und Thesen zur Gruppensoziologie. In: Ders 1983a, 12-34.
- Neidhardt, Friedhelm, 1983c: Gruppierungsprobleme sozialwissenschaftlicher Forschungsteams. In: Ders. 1983a, 552-573.
- Neidhardt, Friedhelm, 1985: Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Hradil, Stefan, (Hrsg.): Sozialstruktur im Umbruch. Opladen 1985, 193-204.
- Neubert, Ehrhart, 1985: Religion in der DDR-Gesellschaft: Nicht-religiöse Gruppen in der Kirche - ein Ausdruck der Säkularisierung? In: Kirche im Sozialismus 11, 1985, 99-103. Unter verändertem Titel auch in: Pollack 1990c, 31-40.
- Neubert, Ehrhart, 1986a: Religion in Soziologie und Theologie: Ein Vermittlungsversuch für den Gebrauch des Religionsbegriffes in der DDR. In: Beiträge A 5 (Gemeinde), hrsg. von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin-Ost, 2-9.
- Neubert, Ehrhart, 1986b: Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft: Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen. In: Beiträge A 6 (Gemeinde), hrsg. von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin-Ost. Auch in: epd Dokumentation 35/1986; 36/1986.
- Neubert, Ehrhart, 1989: Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel: Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie. edition kontext. Berlin-Ost 1989. Auch in: Pollack 1990c, 155-201.
- Neubert, Ehrhart, 1997: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin.
- Neues Forum Leipzig (Hrsg.) 1989: Jetzt oder nie - Demokratie! Leipziger Herbst '89: Zeugnisse, Gespräche, Dokumente. Leipzig.
- Neuß, Sebastian, 1992: Das Kirchenverständnis ausgewählter Basisgruppen in der evangelischen Kirche in der DDR der achtziger Jahre. Voraussetzungen - Ziele - Differenzen. Examensarbeit an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Masch.
- Noack, Axel, 1994: Von der Opposition in die Innerlichkeit? Studentengemeinden in den 80er Jahren. In: Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR: Vorträge und Diskussionen 1993/94, hrsg. von G. Kaiser und E. Frie. Düsseldorf 1994, 81-89.
- Oberschall, Anthony, 1994: Protest Demonstrations and the End of Communist Regimes in 1989. In: Research in Social Movements 17, 1994, 1-24.
- Oberschall, Anthony, 1996: Opportunities and Framing in the Eastern European Revolts of 1989. In: McAdam/McCarthy/Zald 1996, 93-121.
- Offe, Claus, 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts: Entwicklungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/M.; New York.
- Ohlemacher, Tomas, 1993: Brücken der Mobilisierung: Soziale Relais und persönliche Netzwerke in Bürgerinitiativen gegen militärischen Tiefflug. Wiesbaden.
- Opp, Karl-Dieter/Voß, Peter, 1993: Die volkseigene Revolution. Stuttgart.
- Pawlowski, Peter/Schlese, Michael, 1991: Arbeitsbeziehungen im 'Realen Sozialismus': Bedingungen der Systemtransformation. Berlin. Masch.

- Peukert, Detlev, 1982: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde: Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln.
- Pflugbeil, Sebastian, 1989: Wir müssen die Reform mit den Genossen machen. In: Rein 1989, 20-26.
- Pollack, Detlef, 1989: Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR: Eine religionssoziologische Untersuchung. In: Pollack 1990c, 115-154.
- Pollack, Detlef, 1990a: Außenseiter oder Repräsentanten: Zur Rolle der politisch alternativen Gruppen in der DDR. In: Deutschland Archiv 23, 1990, 1216-1223. Auch in: Pollack 1990c, 221-229.
- Pollack, Detlef, 1990b: Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: Zeitschrift für Soziologie 19, 1990, 292-407.
- Pollack, Detlef, (Hrsg.) 1990c: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche. Frankfurt/M.
- Pollack, Detlef, 1992: Umstellungsprobleme/Einstellungswandlungen. In: Pollack/Elvers/Findeis/Franke/Schilling 1992, 172-188, 206-233.
- Pollack, Detlef, 1994: Kirche in der Organisationsgesellschaft: Zum Wandel der sozialen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart.
- Pollack, Detlef, 1995: Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41/1995, 34-45.
- Pollack, Detlef, 1997: Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR: Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich. In: Pollack/Rink 1997, 303-331.
- Pollack, Detlef, 1998a: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24, 1998, 110-131.
- Pollack, Detlef, 1998b: Wie alternativ waren die alternativen Gruppen in der DDR? Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 11, 1998/1, 92-102.
- Pollack, Detlef/Rink, Dieter, 1997: Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt/M.; New York.
- Pollack, Detlef/Elvers, Wolfgang/Findeis, Hagen/Franke, Ulrike/Schilling, Manuel, 1992: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen in der DDR geworden? Im Auftrag der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Leipzig. Masch.
- Poppe, Gerd, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Poppe, Gerd, 1998: Referat auf dem Historikertag in Frankfurt/Main.
- Poppe, Ulrike, 1988: Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft. In: Pollack 1990c, 63-79.
- Poppe, Ulrike, 1994: Trotzdem immer neue Hoffnung. In: Lindner 1994a, 174-180.
- Poppe, Ulrike, 1995: „Der Weg ist das Ziel“: Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre. In: Poppe/Eckert/Kowalczyk 1995a, 244-272.
- Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha, (Hrsg.) 1995a: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung: Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin.

- Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha, 1995b: Opposition, Widerstand und widerständiges Verhalten in der DDR: Forschungsstand - Grundlinien - Probleme. In: Dies. 1995a, 9-26.
- Probst, Lothar, 1991: Bürgerbewegungen, politische Kultur und Zivilgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/1991, 30-35.
- Probst, Lothar, 1993: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie: Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln.
- Rammstedt, Otthein, 1978: Soziale Bewegung. Frankfurt/M.
- Raschke, Joachim, 1985: Soziale Bewegungen: Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/M.; New York.
- Raschke, Joachim, 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth/Rucht 1991, 31-39.
- Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.) 1985: Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR. Köln.
- Reich, Jens, 1991: Rückkehr nach Europa: Zur neuen Lage der deutschen Nation. München; Wien.
- Rein, Gerhard, (Hrsg.) 1989: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin-West.
- Rein, Gerhard, (Hrsg.) 1990: Die protestantische Revolution 1987-1990: Ein deutsches Lesebuch. Berlin-West.
- Reiprich, Siegfried, 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Richter, Edelbert, 1991a: Erlangte Einheit - verfehlt Identität: Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik. Berlin.
- Richter, Edelbert, 1991b: Christentum und Demokratie in Deutschland: Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR. Leipzig/Weimar.
- Richter, Edelbert, 1995a: „Die neue Partei konnte nur eine sozialdemokratische sein“ - der Demokratische Aufbruch bis zu seiner Spaltung (Interview mit Stephan Schnitzler), in: Dornheim, Andreas/Schnitzler, Stephan, (Hrsg.): Thüringen 1989/90: Akteure des Umbruchs berichten. Erfurt 1995, 42-49.
- Richter, Edelbert, 1995b: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden 1995.
- Richter, Johannes, 1989: Wir sind Sachsen! In: Rein 1989, 182-187.
- Rink, Dieter, 1991: Soziale Bewegungen in der DDR: Die Entwicklungen bis Mai 1990. In: Roth/Rucht 1991, 54-70.
- Rink, Dieter, 1992: Bürgerbewegung im Übergang: Entwicklungslinien der Leipziger Bürgerbewegung. In: Forschungsjournal NSB 5, 1992, 61-69.
- Rink, Dieter, 1993: Bürgerbewegungen und Kommunalpolitik in Ostdeutschland: Grün-bürgerbewegte Kommunalpolitik in Ostdeutschland? Leipzig. Masch.
- Rink, Dieter, 1995: Das Leipziger Alternativmilieu: Zwischen alten und neuen Eliten. In: Soziale Milieus in Ostdeutschland, hrsg. von M. Vester, M. Hofmann und I. Zierke. Köln 1995, 193-229.
- Röder, Hans-Jürgen, 1982: Signale an der Basis. In: Kirche im Sozialismus 8, 1982, 31-38.

- Rosenthal, Rüdiger, 1987: Größere Freiräume für Basisgruppen: Interview von Matthias Hartmann. In: Kirche im Sozialismus 13, 1987, 189-191.
- Rosenthal, Rüdiger, 1988: Hintergrund und Widerstand: Die Parallelkultur in Berlin-Ost. In: Kroh 1988a, 141-154.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter, (Hrsg.) 1991: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Rucht, Dieter, 1994: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, hrsg. von F. Neidhardt. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34, 1994, 337-358.
- Rucht, Dieter, 1996: Organizational form as frame: Collective Identity and Political Strategy in the American Labor Movement, 1880-1920. In: McAdam/McCarthy/Zald 1996, 205-226.
- Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter, 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung: Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt/M.; New York.
- Rüddenklau, Wolfgang, 1992: Störenfried: ddr-Opposition 1986-1989; Mit Texten aus den „Umweltblättern“. Berlin.
- Runciman, Walter G., 1966: Relative Deprivation and Social Justice: A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England. London.
- Rytlewski, Ralf, 1989: Politische Kultur und Generationswechsel in der DDR: Tendenzen zu einer alternativen Kultur. In: Politische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West, hrsg. von B. Claußen. Bonn 1989, 209-224.
- Saab, Karim, 1996: Der „Anschlag“. In: Grundmann/Michael/Seufert 1996, 154-159.
- Sachse, Christian, 1997: Die Revolution und ihre Folgen: Die Ereignisse vom Herbst 1989 und die Perspektive einer deutschen Kleinstadt. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin 1997/4, 82-100.
- Schabowski, Günter, 1990: Das Politbüro: Ende eines Mythos; Eine Befragung, hrsg. von F. Sieren und L. Koehne. Reinbek.
- Schabowski, Günter, 1991: Der Absturz. Reinbek.
- Scheler, Wolfgang/Kießling, Gottfried, 1981: Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit. Berlin-Ost.
- Schelske, Walter, 1988: Zum Verhältnis von evangelischen Kirchen und Randgruppen. In: Forschungsberichte und Beiträge des Forschungskollektivs „Wissenschaftlicher Atheismus“ der Pädagogischen Hochschule „Liselotte Herrmann“ Güstrow 58/1988, 484-485.
- Schilling, Manuel, 1992: Das Handlungsumfeld: Stellung zur Bevölkerung. In: Pollack/Elvers/Findeis/Franke/Schilling 1992, 233-247.
- Schilling, Walter, 1989: Die offene Arbeit: Emanzipationsbewegung in den Kirchen seit Ende der sechziger Jahre, In: Umweltblätter vom 2.3.1989, 12f.
- Schilling, Walter, 1992: Gespräch mit Walter Schilling. In: Neuß 1992, 14-19.
- Schlegelmilch, Cordia, 1995: Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen. In: Fischer/Heydemann 1995, 117-146.
- Schmidt, Andreas, 1995: Widerständiges Verhalten des einzelnen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden 1995, 182-194.

- Schmittbauer, Bernhard, (Hrsg.) 1991: Tage, die Bürger bewegten. 2 Bde. Rostock.
- Schneider, Hans-Dieter, 1985: Kleingruppenforschung. 2. Aufl. Stuttgart.
- Schneider, Wolfgang, (Hrsg.) 1990: Leipziger Demontagebuch. Leipzig; Weimar.
- Schorlemmer, Friedrich, 1985: Macht und Ohnmacht kleiner Gruppen vor den Herausforderungen unserer Zukunft. In: Pollack 1990c, 17-23.
- Schüddekopf, Charles, (Hrsg.) 1990: „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek.
- Schulz, Marianne, 1991: Neues Forum: Von der illegalen Opposition zur legalen Marginalität. In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs 1991, 11-104.
- Schulze, Gerhard, 1992: Die Erlebnisgesellschaft: Kultursociologie der Gegenwart. Frankfurt/M.; New York.
- Schwabe, Uwe, 1994a: „Für ein offenes Land mit freien Menschen“: Geschichte einer Losung. In: Lindner 1994a, 9f.
- Schwabe, Uwe, 1994b: Die Entwicklung in Magdeburg. In: Lindner 1994a, 111-122.
- Sievers, Hans-Jürgen, 1990: Stundenbuch einer deutschen Revolution: Die Leipziger Kirchen im Oktober 1989. Zollikon; Göttingen.
- Simmel, Georg, 1908: Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig.
- Skocpol, Theda, 1979: States and Social Revolution. Cambridge.
- Snow, David A., et al. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review 51, 1986, 464-481.
- Snow, David A./Benford, Robert D., 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney, (Hrsg.): From Structure to Action: Social Movement Participation Across Cultures. Greenwich, Conn. 1988, 197-217.
- Solidarische Kirche 1988: Basiserklärung des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“. In: Ost-West-Diskussionsforum 1988/Nr. 1, 20f.
- Steinlein, Reinhard, 1993: Die gottlosen Jahre. Berlin.
- Stolpe, Manfred, 1984: Anmerkungen zur besonderen Gemeinschaft der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik, Berlin West und in der DDR. Vortrag in der Ev. Akademie Tutzing am 24. März 1984. In: Tutzinger Materialien Nr. 11/1984: Zwei deutsche Staaten - ein deutscher Nationalismus?, 1- 18.
- Stolpe, Manfred, 1992: Schwieriger Aufbruch. Berlin.
- Stöver, Bernd, 1997: Leben in Deutschen Diktaturen: Historiographische und methodologische Aspekte der Erforschung von Widerstand und Opposition im Dritten Reich und in der DDR. In: Pollack/Rink 1997, 30-53.
- Suß, Walter, 1995: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit: Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, in: Deutschland Archiv 28, 1995, 122-151.
- Suß, Walter, 1996: Die Stimmungslage der Bevölkerung im Spiegel von MfS-Berichten. In: Kuhrt 1996, 237-277.
- Suß, Walter, 1999: Staatssicherheit am Ende: Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin.
- Süssmuth, Rita/Baule, Bernward, (Hrsg.) 1997: Eine deutsche Zwischenbilanz: Standpunkte zum Umgang mit unserer Vergangenheit. München.
- Szczypiorski, Andrzej, 1995: Mein Irrtum: Weshalb die Opposition in der DDR nicht mit der polnischen gleichgesetzt werden darf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Bilder und Zeiten vom 4. März 1995, 1f.

- Tarrow, Sidney, 1988: National Politics and Collective Action: Recent Theory and Research in Western Europe and the United States. In: *Annual Review of Sociology* 14, 1988, 421-440.
- Tarrow, Sidney, 1991: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 1991, 647-670.
- Tarrow, Sidney, 1992: Mentalities, Political Cultures, and Collective Action Frames: Constructing Meanings through Action. In: *Frontiers in Social Movement Theory*, ed. by A. Morris/ C. McClurg Mueller. New Haven; London 1992, 174-202.
- Tarrow, Sidney, 1994: Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Mass Politics in the Modern State. Cambridge.
- taz DDR-Journal 1989: Zur Novemberrevolution: August bis Dezember 1989; Vom Ausreisen bis zum Einreißen der Mauer, hrsg. von der tageszeitung. Berlin-West; Frankfurt/M.
- Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard, 1991: Initiative Frieden und Menschenrechte: Die erste unabhängige DDR-Oppositionsgruppe. In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs 1991, 148-165.
- Thaa, Winfried, 1989: Die legitimatorische Bedeutung des Arbeitsparadigmas in der DDR. In: *Politische Vierteljahresschrift* 30, 1989, 94-113.
- Thaa, Winfried, u.a. 1992: Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen.
- Theologische Studienabteilung 1985: Leben und Bleiben in der DDR: Gedanken zu einem neuen/alten Thema, hrsg. von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Berlin-West.
- Tilly, Charles, 1978: From Mobilization to Revolution. Reading, Mass.
- Timmer, Karsten, 1999: Vom Aufbruch zum Umbruch: Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Diss. Bielefeld.
- Tocqueville, Alexis de, 1856: Der alte Staat und die Revolution. München 1989.
- Torpey, John, 1992: Two Movements, not a Revolution: Exodus and Opposition in the East German Transformation, 1989-1990. In: *German Politics and Society* 26, 1992, 21-42.
- Torpey, John, 1993: The Abortive Revolution Continues: East German Civil Rights Activists Since Unification. Paper presented to the German Studies Group. Center for European Studies, Harvard University, February 12, 1993.
- Tyrell, Hartmann, 1983: Zwischen Interaktion und Organisation I: Gruppe als Systemtyp. In: *Gruppensoziologie: Perspektiven und Materialien*, hrsg. von F. Neidhardt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 25/1983, 75-87.
- Unterberg, Peter, 1991: „Wir sind erwachsen, Vater Staat!“. Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig. Diplomarbeit, Fakultät für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.
- Voskamp, Ulrich/Wittke, Volker, 1991: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen: Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinationen der ehemaligen DDR. In: *Berliner Journal für Soziologie* 1, 1991, 17-39.
- Voß, Peter, 1988: Mikrogruppen. In: *Sozialpsychologie für die Praxis: Erkenntnisse und Empfehlungen in 20 Bausteinen*, hrsg. von W. Friedrich und P. Voß. Berlin-Ost 1988, 237-248.
- Wagner, Harald, 1989: Die Leute hatten Angst um ihre Kinder: Gespräch mit G. Rein. In: *Rein* 1989, 175-181.
- Wagner, Harald, 1993: Kirchen, Staat und politisch alternative Gruppen: Engagement zwischen Evangelium und Reglementierung. In: *Dähn* 1993, 104-114.
- Weiß, Konrad, 1989: Wir möchten kein Land der Bundesrepublik werden. In: *Rein* 1989, 69-72.
- Weißhuhn, Reinhard, 1995: Der Einfluß der bundesdeutschen Parteien auf die Entwicklung widerständigen Verhaltens in der DDR der achtziger Jahre: Parteien in der Bundesrepublik aus der Sicht der Opposition in der DDR. In: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/2. Baden-Baden 1995, 1853-1949.
- Wensierski, Peter, 1989: Das grüne Netzwerk „arche“: Dachverband kirchlicher Umweltgruppen. In: *Kirche im Sozialismus* 14, 1989, 17-19.
- Wensierski, Peter/Büscher, Wolfgang, (Hrsg.) 1981: Beton ist Beton: Zivilisationskritik aus der DDR. Hattingen.
- Wettig, Gerhard, 1996: Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR: Ursachen und Vorgänge. In: *Kuhrt* 1996, 379-455.
- Wielgohs, Jan, 1993: Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung. In: *Deutschland Archiv* 26, 1993, 426-434.
- Wielgohs, Jan/Johnson, Carsten, 1997: Entstehungsgründe, Handlungsbedingungen, Situationsdeutungen: Analytische Perspektiven auf die DDR-Opposition der 80er Jahre. In: *Pollack/Rink* 1997, 332-363.
- Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne, 1990: Reformbewegung und Volksbewegung: politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 16-17/1990, 15-24.
- Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne, 1991/1992: Von der illegalen Opposition in die legale Marginalität: Zur Entwicklung der Binnenstruktur der ostdeutschen Bürgerbewegung. In: *Berliner Journal für Soziologie* 1, 1991, 383-392; 2, 1992, 119-128.
- Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne, 1995: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/2. Baden-Baden 1995, 1950-1994.
- Wiesenthal, Helmut, 1996: Die Transition Ostdeutschlands: Dimensionen und Paradoxien eines Sonderfalls. In: Ders. (Hrsg.): *Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt/M.; New York 1996, 10-38.
- Woderich, Rudolf, 1992: Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn. In: *Deutschland Archiv* 25, 1992, 21-32.
- Wolchik, Sharon L., 1991: *Czechoslovakia in Transition*. London 1991.
- Wolf, Christa, 1987: *Störfall: Nachrichten eines Tages*. Berlin; Weimar.
- Wolfram, Klaus, 1994: Zur Geschichte des guten Willens: Skizzen aus der Opposition. In: *Sklaven (11 Folgen)*. Berlin.
- Wolle, Stefan, 1992: Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 36/1992, 35-45.
- Wonneberger, Christoph, 1994: Ich habe immer tun müssen, was ich für richtig hielt. In: *Lindner* 1994a, 192-199.

Zander, Helmut, 1989: Die Christen und die Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten: Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978-1987. Berlin-West.

Ziemer, Christof, 1989: Die Weisheit des Volkes ist noch nicht erloschen, in: Rein 1989, 188-196.

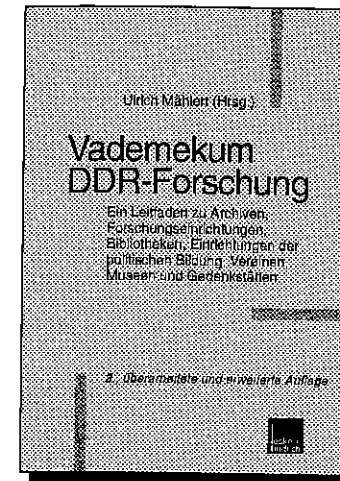
Zwahr, Hartmut, 1993: Ende einer Selbstzerstörung: Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen.

Zwahr, Hartmut, 1995: Die Revolution in der DDR 1989/90 - eine Zwischenbilanz, In: Fischer/Heydemann 1995, 205-252.

*Jetzt in überarbeiteter Auflage:*

## Vademekum DDR-Forschung

Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten



**Ulrich Mähler (Hrsg.)**  
**Vademekum der**  
**DDR-Forschung**

Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten  
2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1999  
396 Seiten. Kart. 48,- DM  
ISBN 3-8100-2326-4

Das hier in zweiter, überarbeiteter und erweiterter Auflage vorliegende Vademekum DDR-Forschung ist ein unentbehrlicher Wegweiser durch die unüberschaubare Forschungs- und Archivlandschaft zur Geschichte der zweiten

deutschen Diktatur. Es verzeichnet Archive, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen, Institutionen der politischen Bildungsarbeit, Museen und Gedenkstätten sowie Zeitschriften und nicht zuletzt eine Vielzahl von Vereinen, Verbänden und Initiativen, die sich alle im weitesten Sinne mit der DDR-Geschichte beschäftigen oder wichtige Materialien, Bücher, Dokumente, Daten etc. bereitstellen.

Angestrebt wurde ein Buch für Hochschullehrer gleichermaßen wie für die Verantwortlichen der Wissenschaftsförderung in den Ministerien, in den Wissenschaftsorganisationen und Stiftungen.

Zur Zielgruppe gehören darüber hinaus Politiker, Journalisten, Mittler der politischen Bildungsarbeit und jeder andere interessierte Bürger, der sich darüber informieren möchte, wo über die politische Geschichte der DDR, die SED, die DDR-Kultur, das Grenzregime, die Staatssicherheit, die „sozialistischen Errungenschaften“, die Landwirtschaft, die Jugendkultur etc. geforscht oder informiert wird.

Mit seinen knappen, standardisierten Beschreibungen der Institute, ihrer Arbeitsschwerpunkte sowie den Angaben über die in ihnen tätigen Forscherinnen und Forscher soll das Vademekum der historischen DDR-Forschung ein unentbehrliches Instrument für die Selbstdarstellung der Forschungseinrichtungen werden. Hilfreich ist es auch bei der Suche nach Kooperationspartnern in Wissenschaft, Publizistik und Bildung.

■ Leske + Budrich